Peinischer
Angweiser
5,11-6
1920.30

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0001

Jg 1–4 und Jg 5, Nr. 1–17
in Zeitungsform.

Bitte auf den Katalog u. Zettel
vermerken!

Ausserdem Ver. von dem Kopf-
titel: Der Demokrat.

10. Jahrgang Berlin, 5. Mai 1929 Nummer 9

Demokratische Organisation

Von Werner Stephan.

Wenn man mehr als sechs Jahre für die Organisation der Deutschen Demokratischen Partei verantwortlich gearbeitet hat, ist man ablösungsbedürftig. In unserer Partei hat man sich zwar zuweilen darüber gestritten, ob wir eine liberale Partei seien; mindestens in der Schwierigkeit, ihr eine feste organisatorische Grundlage zu schaffen, hat sie aber seit Jahren ihren liberalindividualistischen Charakter deutlich bewiesen. Eine Fülle von Persönlichkeiten, eine große Zahl von wertvollen und selbständigen Charakteren, ein hohes Maß von Idealismus und politischer Bildung ist unter den Anhängern der Deutschen Demokratischen Partei vorhanden. Große Vorzüge! Eine Freude, mit solchen Menschen zu arbeiten! Immer wieder hat man das Gefühl, daß bei keiner Partei der Durchschnitt geistig und menschlich so hoch liegt wie bei der unsrigen. Aber alle diese Vorzüge haben die Schattenseite, daß die Zusammenfassung zu festen Einheiten so außerordentlich schwer ist. Für diese Partei eine wirklich gute und leistungsfähige organisatorische Basis zu schaffen, das ist eine Arbeit, die mit dem Anbohren eines dicken Brettes wohl verglichen werden kann. Ehe der Erfolg da ist, vergehen viele Jahre, und es ist ganz gut, wenn zuweilen eine Ablösung mit frischen Kräften an die Arbeit geht.

Worauf beruht die Organisation einer modernen Partei? Die Ortsvereine genügen als Grundlage weniger als je. Vor dem Kriege hatten alle politischen Parteien schwache Ortsgruppen, deren praktische Leistungsfähigkeit nur in kommunalen oder Reichstagswahlen sich erprobte. Die Revolution brachte für kurze Zeit eine Änderung. Seitdem ist aber ein starker Mitgliederrückgang in allen Parteien zu verzeichnen. Nur die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren wieder einen Zuwachs an zahlenden Parteianhängern genommen, der aber auch nur knapp parallel mit ihren Wahlerfolgen geht. Aber selbst diese stärkste Partei hat knapp 10% ihrer Wähler in ihren Organisationen erfaßt. Im ganzen schätzt man eher zu hoch als zu niedrig, wenn man annimmt, daß nur zwei Millionen von insgesamt mehr als 40 Millionen Wahlberechtigten einer politischen Partei angehören. Und in wie vielen Ortsgruppen sich die Anteilnahme am Leben der Partei schließlich auf den engeren oder erweiterten Vorstand beschränkt, ist auch noch nicht ohne weiteres zu sagen! Es kommt hinzu, daß — eine allgemein bekannte Erscheinung! — der jugendliche Nachwuchs sehr knapp ist. Kein Wunder also, daß Mitgliederversammlungen, wie sie die Ortsgruppen zu veranstalten pflegen, für sich allein als Ausdruck des politischen Lebens nicht genügen. Eine vielfältige Entwicklung hat statt dessen eingesetzt. Häufig in überparteilicher Richtung. Die bündische Bewegung hat auch einen politischen Zusammenschluß über die Parteigrenzen hinaus nach Weltanschauungsgruppen mit sich gebracht. Die Arbeit der Berufsverbände wirkt bis zum gewissen Grade in gleicher Richtung: bei der gesteigerten Bedeutung, die der Stand des einzelnen für seine Lebensgestaltung im nachrevolutionären Deutschland angenommen hat, sind die Zusammenschlüsse in Berufsverbänden wesentlicher für die politische Meinungsbildung als je. Endlich die Presse: im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0003

ganzen ist die überparteiliche Presse auf Kosten der reinen Parteiblätter vorgedrungen. Die Sozialdemokratie, die in der Inflationszeit ihre sämtlichen Parteizeitungen in einem großen Konzern zusammenfassen konnte, hat freilich einen Ausbau ihrer Stellung vornehmen können. Trotzdem kann man aber feststellen, daß auch die sozialdemokratischen Wähler, ja selbst die sozialdemokratischen Mitglieder in ihrer Mehrzahl noch immer überparteiliche Blätter bevorzugen. Auch die Hugenberg-Blätter sind kein Beweis für das Gegenteil: Hugenberg hat mit seinen Zeitungen die Deutschnationale Partei erobert — man kann nicht sagen, daß die Deutschnationalen in der Hugenberg-Presse ein willfähriges Organ zur Verfügung gehabt hätten. Und wie die Entwicklung hier zu Ende gehen wird, ist noch keineswegs abzusehen.

Im ganzen also die Feststellung, daß die Parteiarbeit komplizierter, d. h. mannigfaltiger geworden ist als je. Denn Massenbeeinflussung kann nicht mehr ausschließlich, ja vielleicht nicht einmal in erster Linie von Parteiortsgruppen ausgehen. Wohl sollen sich dort die Männer und Frauen sammeln, die ihrer Weltanschauung Anhänger werben, die feste Kristallisationspunkte für die Ausbreitung ihrer Idee bilden wollen. Aber mit Diskussionsabenden beim Glase Bier, mit Vorträgen und nachfolgender Aussprache ist heute wenig mehr geschehen.

Wir sind noch weit zurück in der Erfassung moderner Propagandagedanken und in der Ausübung neuzeitlicher Werbemethoden. Viele von uns verlassen sich auf den Geist und auf die guten Werke. Aber damit ist es leider nicht getan. Der Geist braucht den Körper, um sich zu materialisieren. Die Partei kann sich nicht mit Verdiensten begnügen, sie muß sie auch zu nutzen, sie den breiten Massen zu übermitteln wissen. Nichts trauriger, als wenn ausgerechnet eine demokratische Partei nach jeder Wahl wieder feststellen muß, daß sie zwar alles richtig gemacht hat, aber leider von den Wählern nicht verstanden worden ist. Eine konservative Partei kann ein solches Argument zur Not verwerten. Eine Gruppe, die sich auf den Diktaturgedanken einstellt und die Alleinherrschaft durch die Minderheit anstrebt, braucht keine Zustimmung der Massen! Eine demokratische Partei muß volkstümlich sein und durch Einfachheit auf die breiten Schichten wirken können.

Mittel und Wege, mit denen das geschehen kann, immer mehr zu finden, ist des Schweißes der Edlen wert. Sie auszunutzen, ist nicht nur Sache der Geschäftsführer und ihrer Mitarbeiter in den Parteigeschäftsstellen, sondern aller derer, die am Aufstieg der Deutschen Demokratischen Partei innerlich Anteil nehmen. Und in diesem Sinne bleibt jeder Demokrat mit der Arbeit der Parteizentrale verbunden, mag er ihr selbst als Mitarbeiter angehören oder nicht.

*

Werbt neue Leser!

Die Frau in der Gemeindearbeit

Von Stadtratsmitglied G. Geisenheyner.

Die bevorstehenden Kommunalwahlen in Preußen und Bayern veranlassen mich, einige Worte zu den „Frauenkandidaturen" zu sagen, die

bedauerlicherweise seit einer Reihe von Jahren mehr und mehr zurückgegangen

sind. Der Grund hierzu ist sicher nicht in einer ungenügenden oder erfolglosen Mitarbeit der Frau zu suchen, sondern lediglich im Egoismus der immer mehr hervortretenden Interessenvertretungen: Handwerker, Hausbesitzer, Groß- und Kleinhändler, Beamte aller Kategorien und andere Gruppen wollen vertreten sein, und sie alle stellen Forderungen an die Parteien. Und wie oft schon ist die Erfüllung dieser Forderungen auf Kosten der Frauen gegangen. Es ist selbstverständlich nicht zu übersehen, daß die Verminderung der Frauenkandidaturen in unserer Partei auch auf deren zahlenmäßigen Rückgang zurückzuführen ist. Trotz alledem ist aber zu verlangen, auch mit Rücksicht auf den großen Zustrom von weiblichen Wählern, die gerade unsere Partei aufzuweisen hat,

daß bei den kommenden Wahlen mehr Frauen aufgestellt

werden. Gute und sichere Plätze müssen ihnen auf den Listen zugebilligt werden, und es darf nicht mehr vorkommen, daß man sie als die stärkste Wählergruppe zugunsten irgendeiner Interessenvertretung zurückschiebt oder gar ausschaltet. Schon vor dem großen Umsturz wurde uns Frauen von weiten Kreisen des Recht zugestanden, in der Gemeindepolitik mitzuarbeiten. In der Hauptsache beschränkte sich diese Mitarbeit jedoch auf eine beratende Tätigkeit auf dem Gebiet der Fürsorge und Wohlfahrtspflege. Lange vor dem Kriege haben Frauen ihre besondere Eignung für dieses Gebiet des öffentlichen Lebens erwiesen.

Wieviel Wertvolles und Bahnbrechendes ist hier von ihnen geleistet worden!

Wir finden heute noch in vielen Städten trotz der Verarmung der Volkskreise, die früher hauptsächlich die Mittel zur Finanzierung der sozialen Aufgaben der freien Wohlfahrtspflege aufbrachten, Einrichtungen, wie

Rentnerheime, Krippen, Kinderheime und Horte, die lediglich durch die Tatkraft und Tüchtigkeit von Frauen erhalten

werden konnten. Mit welcher Energie und innerer Anteilnahme haben sich Frauen schon lange vor ihrer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung mit fast allen sozialen Problemen der Kinder- und Jugendfürsorge befaßt!
Man sagt sicher nicht zuviel, wenn man behauptet, daß

fast allerorten von Frauen der Grund gelegt und die Vorarbeit geleistet

worden ist zu den jetzigen Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen der Städte. Auf diesem Gebiete haben die Frauen auf das überzeugendste bewiesen, was sie leisten können und auf diesem Gebiete brachten sie bei ihrem Eintritt in die städtischen Parlamente eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0005

solche Fülle von Anregung und Erfahrung mit, daß ihre Mitarbeit befruchtend wirken mußte. Die Aufwärtsentwicklung der letzten 10 Jahre auf dem Gebiete städtischer sozialer Einrichtungen, der gesamten Wohlfahrtspflege und aller Fürsorgezweige ist sicher in großem Umfange ein Verdienst der Frauen und ist ihrer Mitarbeit in den Stadtparlamenten und in den städtischen Verwaltungen zuzuschreiben. Bei aller Wertschätzung für die Männer ist doch wohl eines unbestreitbar, daß alle die großen Aufgaben der letzten 10 Jahre auf sozialem Gebiete bei ihrer Lösung der bestimmenden Mitarbeit der Frauen nicht haben entbehren können.

Wie steht es aber nun mit den anderen Abteilungen der städtischen Verwaltung. Ist es auch hier den Frauen gelungen, durch ihre Mitarbeit eine Lücke auszufüllen und Ersprießliches zu leisten? Diese Frage stellen, heißt sie bejahen! Als die Frauen 1919 als gleichberechtigte Staatsbürger in die kommunalen Parlamente eintraten, ging es ihnen nicht anders als ihren Kolleginnen in Reichs- und Landtagen. Sie standen, oft gänzlich ungeschult, vor einer Fülle großer Aufgaben, deren Bewältigung nicht geringe Schwierigkeiten machte und fleißiges Lernen und Arbeiten erforderte. Es erwies sich jedoch bald, daß das Interesse der Frauen an der gesamten Gemeindeverwaltung weit größer war, als man anfangs gedacht hatte. Die überwiegende Mehrheit der Frauen beschränkte sich nicht auf das Gebiet der Fürsorge und Wohlfahrtspflege, sondern sie erstreckten ihre Tätigkeit auch auf alle andern Zweige der Gemeindeverwaltung. Die Frau kann

nur dann eine wirkliche Befriedigung in der kommunalen Tätigkeit finden, wenn sie sich in die Gesamtmaterie der Gemeindepolitik vollständig einarbeitet,

sich zum mindesten soviel Überblick verschafft, daß sie alle Entscheidungen und Beschlüsse aus eigener Anschauung und Überzeugung mit fassen kann. Es wird nicht überall möglich sein, daß Frauen als Mitglieder in die Finanz- und Verwaltungsausschüsse gewählt werden, aber trotzdem müßten sie alljährlich den schwierigen Vorberatungen über die Festsetzung des Haushaltplanes beiwohnen. Es ist sicher nicht leicht, sich in die Materie der Mittelbeschaffung für den gesamten Verwaltungsapparat einzuarbeiten. Jedoch ist es nach meiner Erfahrung gerade

für die Frau dringend notwendig, daß sie über die finanzielle Leistungsfähigkeit der von ihr vertretenen Gemeinde auf das genaueste unterrichtet

ist, um ihre Forderungen auf kulturellem und fürsorgerischem Gebiete darnach einrichten zu können. Ich habe während meiner langjährigen kommunalen Tätigkeit in einer Kleinstadt Thüringens immer den Hauptausschüssen als Mitglied angehört und habe auf diese Weise Gelegenheit gehabt, gründlichst alle Abteilungen der städtischen Verwaltung kennen zu lernen.

Die Tätigkeit eines Stadtverordneten in der Kleinstadt ist unendlich vielseitig.

Man ist gezwungen, da verhältnismäßig wenig Kräfte für die Arbeit in den Ausschüssen zur Verfügung stehen, seine Tätigkeit auf alle Zweige der Verwaltung zu erstrecken. Sei es das Problem der Beschaffung des Finanzbedarfs, oder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0006

Fragen des Wohnungsbaues, der Bodenpolitik mit dem vielumstrittenen Kapitel „Erbbaurecht", sei es die Verwaltung der städtischen Werke mit allen dazu gehörenden Fragen der Ferngas und Elektrizitätsversorgung, des Straßenbaues usw. In alle diese Abteilungen moderner Kommunalpolitik gilt es sich einzuarbeiten, wahrlich

eine unendlich lebendige und schöpferische Tätigkeit, die so leicht keinen wieder losläßt.

Ein besonderer Reiz liegt auch in der persönlichen engen Berührung des Stadtverordneten mit allen Kreisen der Bevölkerung. Der Stadtverordnete ist, besonders in der Kleinstadt, eine von jedermann gekannte Persönlichkeit, obgleich es natürlich eine Frage des einzelnen ist, inwieweit er Vertrauen genießt. Im allgemeinen kann man sagen, daß fast jeder, der ein Anliegen an die Stadt hat, sich persönlich an uns wendet und sich unsere Unterstützung zu sichern versucht. Und

gerade diese unmittelbare Berührung mit allen Kreisen der Bevölkerung ist es, die unsere Arbeit so reizvoll macht.

Mir ist jedenfalls aus meiner kommunalen Arbeit große Befriedigung erwachsen und wenn ich auf die drei Jahre meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter zurückblicke, so bedauere ich den Wechsel meines Wirkungsfeldes im öffentlichen Leben keine Minute. Die

Kommunalpolitik ist für die Frau das erfolgreichste und ersprießlichste Arbeitsgebiet des öffentlichen Lebens

und es wäre nur zu wünschen, daß viel mehr Frauen als bisher sich damit zu beschäftigen Gelegenheit hätten.

*

Der Parteiausschuß in Leipzig

Der Parteiausschuß der Demokratischen Partei trat am 28. 4. in Leipzig zusammen. Am Tage vorher hielt der Agrarausschuß eine Sitzung ab, die Reichsernährungsminister Dietrich mit einer programmatischen Rede einleitete:

Die Lage nach dem Kriege ist gekennzeichnet durch den gewaltigen Gegensatz zwischen Mangel an Lebensmitteln in den ersten Nachkriegsjahren, die Unmöglichkeit, diese Lebensmittel mit dem schlechten deutschen Gelde im Auslande zu kaufen und der gegenwärtigen Überschwemmung des deutschen Marktes durch das Ausland, obwohl große Lieferanten der Vorkriegszeit, Rußland und Rumänien, ausgefallen sind. Wenn die Lage besonders katastrophal am Getreide- und Viehmarkt ist und es in Deutschland Wirtschaftspolitiker gibt, die der Meinung sind, daß man die alte Bauernregel, daß Korn und Horn Hauptsache seien, vernachlässigt habe, so kann man dem nicht restlos beitreten. Es wäre

falsch zu glauben, daß allein in der Getreide- und Großviehwirtschaft das Heil und die Genesung zu suchen wären.

Wenn unser Auslandsbedarf an Weizen 2 Millionen Tonnen beträgt, so bedeutet das ohne Zoll noch nicht einmal 400 Millionen Mark, und mit dem Weizen zusammen, der im Inland auf den Markt kommt, handelt es sich vielleicht um 900 Millionen Mark. Schon die Eiereinfuhr erfordert fast ebensoviel Geld

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0007

wie die Weizeneinfuhr und der Wert der Kleinprodukte der Landwirtschaft an Geflügel und Eiern, Obst und Gemüse, Weinen und ähnlichen Dingen, beträgt mehr als 2 Milliarden Mark und kommt damit dem Werte der gesamten Körnererzeugung in Deutschland nahe. Für die bäuerliche Wirtschaft in ganz Deutschland ist in der Regel entscheidend die Produktion an Milch und an Schweinen. Wenn wir 20 Millionen Schweine verbrauchen innerhalb des Eigenbedarfs der Landwirtschaft, so repräsentieren sie bei einem Preise von 70 Mark der Zentner Lebendgewicht 2,8 Milliarden etwa, und ein Verlust von 10 Pfennigen am Pfund Lebendgewicht bedeutet 400 Millionen Mark. Wenn aber die Landwirtschaft in Deutschland für 3 Milliarden Milch absetzt für durchschnittlich 16 oder 17 Pf., so bedeutet 1 Pfennig Verbesserung über 180 Millionen Mark.

Die Kenntnis der Bedeutung der einzelnen landwirtschaftlichen Produkte ist die Voraussetzung dafür, daß man die Dinge richtig sieht und die Wege findet, wo angesetzt werden muß.

Gegenwärtig steht aber einmal die Zollpolitik im Vordergrund, wobei die Beteiligten nicht genügend über die Mehrheitsverhältnisse im deutschen Volke und im Deutschen Reiche nachdenken und daneben noch vergessen, daß in vielen Fällen die Zölle allein nicht helfen können.

Wenn die Qualität sich nicht ändert, werden dänische Butter, amerikanische Äpfel und italienisches Gemüse mit keiner Zollpolitik vom deutschen Markt zu vertreiben sein.

Daraus ergibt sich, mit aller Entschlossenheit gewisse Zollverhältnisse zu ändern, die Notwendigkeit der Produktionsförderung und -umstellung. Der Unterschied des gegenwärtigen Programms, für das auf 5 Jahre 100 Millionen angefordert sind, gegenüber dem Schieleschen liegt darin, daß

neben die Förderung des Absatzes in Deutschland gesetzt wird die Umstellung der Produktion

und die Förderung der Standardisierung in den Aufgabenkreis weitgehend hereingezogen ist.

Der Redner erörterte dann

das große Gebiet der Milchwirtschaft,

auf dem die organisatorischen Maßnahmen auf der ganzen Linie im vergangenen Jahr auf den Marsch gesetzt worden sind, und bezeichnet als das Kernstück des Milchgesetzes, welches demnächst dem Reichstag vorgelegt wird und der Öffentlichkeit bereits zur Diskussion übergeben wurde, die Schaffung einer standardisierten Milch in Form der Markenmilch, welche gewissen Mindestforderungen entspreche und in einer vorgeschriebenen Verpackung (genormte Flaschen) in den Verkehr kommen solle. Die Bedenken dagegen, daß man daneben Vorzugsmilch, Standardmilch und endlich gewöhnliche Milch habe oder, wie sich gelegentlich einer der Beteiligten ausdrückte, „Proletarier"-Milch, sind völlig unbegründet.

Die Markenmilch soll und wird die Milch des breiten Volkes werden.

Aus dem Gutachten der amerikanischen Sachverständigen ergibt sich auch, daß das beabsichtigte Vorgehen den kleinen Landwirten durchaus ungefährlich ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0008

Der Milchpreis wird allerdings vielfach vom Butterpreis beeinflußt, und insofern ist die Forderung nach einem Erziehungszoll für Butter begründet. Es muß aber bemerkt werden, daß der Butterzoll in drei Handelsverträgen gebunden ist.

Obst und Gemüse sind im Absatz im vergangenen Jahre stark gefördert worden.

Die kommenden Jahre werden mehr der Schaffung einheitlicher und qualitativ hochstehender Sorten und der Schädlingsbekämpfung zu widmen sein.

Auch auf dem Gebiete der Eier- und Geflügelproduktion des Absatzes sind im vergangenen Jahr bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden. Auf allen diesen Gebieten kann das Ministerium für Ernährung und Wirtschaft für sich in Anspruch nehmen, daß, soweit seine Kräfte und Mittel reichen, nichts versäumt worden ist, und daß darüber hinaus die Grundlage für eine ruhige Arbeit auf viele Jahre hinaus gelegt worden ist.

Voraussetzung der Wirksamkeit der Arbeit auf allen diesen Gebieten ist aber die

Wiederbelebung eines wirklichen genossenschaftlichen Gedankens.

Wenn es gelingen sollte, in den nächsten Wochen und Monaten den Zusammenschluß des ganzen deutschen Genossenschaftswesens durchzuführen, so soll diese Rationalisierung des Genossenschaftswesens der Ansporn dazu sein, nicht nur unwirksames Arbeiten auf der ganzen Linie zu beseitigen, sondern noch mehr das Vertrauen in das Genossenschaftswesen und in seine Fähigkeiten, Produktion und Absatz zu verbessern, wieder erwachen zu lassen

Die entscheidendste Aufgabe im gegenwärtigen Augenblick ist die Hebung der gänzlich unzureichenden Viehpreise.

Eine Reihe von Maßnahmen ist unterwegs. Büchsenfleisch ist bereits ausgesperrt. Die Seegrenzschlachthöfe müssen unter eine einheitliche Verwaltung gebracht werden. Die Einfuhr von Fleisch aus dem Osten, wie dies in den polnischen Handelsvertragsverhandlungen bereits versucht wird, muß kontingentiert werden, und endlich müssen die Zölle für Lebendvieh erhöht werden. Alle vier Maßnahmen sind eingeleitet.

Was das Brotgetreide angeht, so sind hier vorgeschlagen Zollerhöhungen, Einzelmonopole oder Preisausgleichsgebühren. Dietrich schilderte die drei Möglichkeiten und bezeichnete es immer noch als das Klügste, wenn man seinen Gedankengängen mit der Ausgleichsgebühr folgen würde, selbst dann, wenn dieselbe etwa auf eine Art gleitenden Zoll hinauskäme. „Ich habe den Eindruck, daß über die Notwendigkeit des Monopols in keiner Fraktion des Reichstages unbedingte einheitliche Stimmung vorhanden ist. Man hatte auch in der Zuckerwirtschaft im Dezember vorigen Jahres unter Führung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft einen Weg gefunden, die Zuckerproduktion zu schützen, ohne eine Zwangseinrichtung zu treffen und obendrein ohne den Konsumenten zu schädigen.

Die Belastung der Landwirtschaft mit Steuern und sozialen Lasten läßt sich, solange das Reparationsproblem nicht gelöst ist, nur in bescheidenem Umfange ändern. Allerdings ist die

Erwerbslosenfürsorge, so wie sie jetzt auf dem Lande besteht und gehandhabt wird, untragbar.

Eine Änderung ist absolut erforderlich. Vorschläge dazu sind auch vom Reichslandwirtschaftsministerium gemacht worden.

Die größte Gefahr sind immer noch die hohen Zinssätze. Die Kapitalbildung in Deutschland reicht trotz der starken Geldzufuhr in den vergangenen Jahren nicht aus, den Geldbedarf besonders der Landwirtschaft zu decken. Die

Zinssätze aber sind in ihrer Höhe außer jedem Verhältnis zu der möglichen Rentabilität der Landwirtschaft,

selbst wenn sie unter normalen Verhältnissen arbeitet.

Reichsminister Dietrich wies dann darauf hin, daß außer allen bereits erwähnten Faktoren eine ganze Menge anderer Dinge noch beachtet und ausgenutzt werden müßte, wenn es gelingen soll, aus der Notzeit herauszukommen. Dahin gehören das Meliorationswesen, die Neuordnung des Pachtrechtes, die vom Reichsernährungsministerium betrieben werde, wobei ein sozialer Pachtschutz nicht entbehrt werden kann, die Schaffung besserer und billigerer Maschinen, die Einführung neuer Arbeitsmethoden und das Bildungswesen. Mit Ausnahme des letzteren, welches Sache der Länder ist, sind alle Aufgaben in Arbeit. Markt- und Ernährungsforschung treten hinzu.

Diese Darstellung ergibt mit aller Deutlichkeit, daß die Landwirtschaft selbst berufen ist, in weitgehendem Umfange durch einheitliche und neue Gedanken und Methoden an ihrer Wiedergenesung mitzuarbeiten und daß die größte Gefahr, in der sie sich befindet, die ist, daß so oft in unverantwortlicher Weise die Meinung verbreitet und gepredigt wird, es gehöre nur der gute Wille des Staates dazu, und die Landwirtschaft könnte sofort wieder in Ordnung sein.

Der gute Wille des Staates ist vorhanden,

aber es bedarf Jahre anstrengender Arbeit, und es bedarf auch noch einer Politik, die nicht ins Maßlose geht und daran scheitert, sondern Notständen in einer Form und in einem Maße begegnet, daß auch die übrigen Schichten der Bevölkerung mithelfen und mitmarschieren können.

An die Rede schloß sich eine rege Aussprache, an der vorwiegend praktische Landwirte beteiligt waren. Am Schluß der Sitzung wurde mit dem landwirtschaftlichen Aktionsprogramm, das wir im nächsten Heft im Wortlaut veröffentlichen werden, folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die zahlreich aus allen Teilen Deutschlands versammelten Mitglieder des Agrarausschusses der Deutschen Demokratischen Partei sprechen dem Reichsernährungsminister Dietrich nach seinem programmatischen Vortrag ihren Dank für seine Arbeit für die deutsche Landwirtschaft und insbesondere für die Hebung des Bauerntums aus.

Sie versprechen, seine Arbeit nach besten Kräften zu unterstützen, da sie im höchsten Sinne national und dazu angetan ist, mit der Sicherung der deutschen Landwirtschaft das deutsche Wirtschaftsleben von dieser Basis her wieder zur Gesundung zu führen. Sie sind mit ihm der Überzeugung, daß die demokratische Republik nur dann auf die Dauer fest fundiert sein wird, wenn sie mitgetragen wird von einer starken lebensfähigen Schicht des deutschen Landvolkes."

Am Abend des 27. April fanden ferner Tagungen der Jungdemokraten und des Reichsausschusses demokratischer Beamten statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0010

Der Parteiausschuß versammelte sich am 28. 4. Der mit den Reichsfarben geschmückte Saal des kaufmännischen Vereinshauses war bis auf den letzten Platz mit Hunderten von Delegierten gefüllt. Die Tagung wurde von dem Ehrenvorsitzenden der Partei, Bürgermeister Dr. Petersen-Hamburg, eröffnet. Im Hinblick auf die sächsischen Landtagswahlen hob er die Bedeutung des demokratischen Gedankens und die Notwendigkeit der Demokratischen Partei hervor und knüpfte an die Tradition der demokratischen Ideale an, die in Sachsen durch zwei Vorkämpfer der Partei vor allem verkörpert sind: durch den früheren Kultusminister Dr. Seyfert und den langjährigen Leipziger Abgeordneten Junck. Beide pries er als die Verkörperung demokratischen Bürgersinnes und politischer Gradlinigkeit, die im alten wie im neuen Reiche treu und selbstlos in unbeirrbarer Sachlichkeit für den freiheitlich-nationalen Gedanken gekämpft haben.

Unter stürmischem Beifall der Versammlung wandte sich Bürgermeister Dr. Petersen sodann dem Parteivorsitzenden Koch-Weser zu. In bewegten Worten stattete er ihm den Dank für die Selbstlosigkeit ab, mit der er im vergangenen Jahre das Amt des Reichsjustizministers übernommen hat.

Mit Weitblick, Energie und schöpferischer Kraft hat Koch-Weser das Reichsjustizministerium geleitet und weit über die Kreise der Partei hinaus Dank und Anerkennung gefunden, wie das uneingeschränkt auch von politischen Gegnern bezeugt wird.

Noch stärkere Anerkennung verdient das uneigennützige Verantwortungsbewußtsein, mit dem Koch-Weser im Interesse des Ganzen sein Amt, das ihm lieb geworden ist, zur Verfügung gestellt hat.

Sodann verlas Dr. Petersen ein Begrüßungstelegramm des Parteivorstandsmitgliedes Graf Bernstorff, der in Genf, in hartem Kampf stehend, dem Parteiausschuß Worte herzlichen Gedenkens übermittelt hat.

Im Namen der demokratischen Wahlkreisorganisation und des Ortsvereins Leipzig begrüßte Professor Herz den Parteiausschuß. Der frühere sächsische Finanzminister und Landtagsabgeordnete Dr. Dehne dankte namens der Demokratischen Partei Sachsens der Reichsparteileitung für das Interesse, das sie dem sächsischen Wahlkampf durch die Verlegung der Sitzung nach Leipzig bekundet hat.

Nach Dr. Dehne hielt Koch-Weser sein Referat. Er dankte den sächsischen Parteifreunden für die freundliche Begrüßung und wünschte im kommenden Landtagswahlkampf einen vollen Erfolg. Der Landtagswahlkampf ist notwendig geworden durch die Haltung der sächsischen Sozialdemokratie, die in Abweichung von der Haltung der Reichsparteileitung sich der großen Koalition widersetzt und ein Wahlgesetz angefochten hat, das sie selbst geschaffen hat. Wie Hugenberg mit seiner Intransigenz die Hebamme der Großen Koalition im Reiche gewesen ist, so verdankt die gegenwärtige sächsische Regierung ihre Existenz dem Radikalismus der sächsischen Sozialdemokratie. Wer wie ich immer dafür eingetreten ist, daß man die Sozialdemokratie durch Mitarbeit am Staate zur Mitverantwortlichkeit bringe, hat das Recht zu sagen,

daß es ebenso gefährlich ist, wenn der Arbeiter ohne den Bürger regiert, als wenn der Bürger ohne den Arbeiter regiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0011

Die Deutsche Demokratische Partei wird im neuen Landtage erneut ihre Bedeutung haben als Sammlungsstätte aller Freiheitlich-, Fortschrittlich- und Sozialgesinnten, die gegen Klassenkampf und für Volksgemeinschaft, gegen Fanatismus und für Völkerverständigung eintreten. Der Republik ist es zu verdanken, daß das deutsche Volk in den letzten Jahren vor Hunger, Bolschewismus und dem Vernichtungswillen seiner Gegner bewahrt geblieben ist. Wir sehen mit Genugtuung auf unsere Mitwirkung in diesen zehn Jahren. Aber wir haben keine Veranlassung, uns für alles verantwortlich machen zu lassen, was geschehen ist. Es ist vielleicht ein Schaden für die Deutsche Demokratische Partei gewesen, daß sie, um überhaupt nur den Staat am Leben zu erhalten, die Verantwortung auch da hat mit übernehmen müssen, wo nicht oder nicht voll in ihrem Sinne gearbeitet wurde.

Wir kommen mit der schrankenlosen Bejahung des Bestehenden nicht durch. Die Republik besteht, aber sie wird nur bestehen bleiben, wenn sie nicht stehenbleibt, sondern sich entwickelt.

Das gilt in erster Linie auch für die Handhabung der Verfassung.

Niemand darf sagen, daß die Verfassung und ihre Handhabung ein fertiges Werk sei. Nicht darum, ob sie fertig oder unfertig sei, geht der Streit mit unsern Gegnern, sondern darum, ob sie eine geeignete Grundlage ist oder ob man diese Grundlage wieder aufbrechen soll. Wir wehren uns gegen einen Parteiismus, der die Parteien an die Stelle der Regierung zu setzen versucht, der bei den Ministerernennungen die Zahl an Stelle der Persönlichkeit setzt, der eine starke und verantwortungsbewußte Regierung erschwert und der unausführbare Beschlüsse faßt in der Hoffnung, daß die Regierung Mittel und Wege finden werde, sie nicht auszuführen.

Gegen eine solche Handhabung ist das Volk aufzurufen

und hätte vielleicht schon im letzten Jahre aufgerufen werden müssen. Mit einer Verfassungsänderung, wie sie die Deutsche Volkspartei in der Form der Einführung einer qualifizierten Mehrheit für ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragte, ist allerdings nichts gewonnen. Es war geradezu grotesk, daß diese Forderung an einem Zeitpunkt aufgestellt wurde, wo man keine Regierung zusammenbringen konnte. Fast alle Regierungen sind nicht durch Mißtrauensvoten gestürzt, sondern deswegen, weil sie ihr Ziel infolge des Widerstandes ihrer Gefolgschaft nicht erreichen konnten.

Wir sind weiter Vorkämpfer für eine Reichsreform, weil wir immer der Anschauung gewesen sind, daß die Weimarer Verfassungsgeber ja die Bahn für eine gesunde Gliederung und Organisierung Deutschlands freigemacht haben, aber noch nicht bis zum Ende schreiten konnten. Ich freue mich, daß auch

über den Weg zum dezentralisierten Einheitsstaat heute zwischen fast allen führenden Personen eine Einigung erzielt

worden ist. Innerhalb der Partei bedeutet das, daß auch Höpker-Aschoff und ich uns auf einer mittleren Linie gefunden haben. Das Ergebnis liegt dem Parteiausschuß in der Form formulierter Anträge des vorbereitenden Ausschusses vor. Dieses Ergebnis deckt sich fast völlig mit den Beschlüssen der

Ausschüsse der Länderkonferenz. Es klang neulich so, als wenn der Reichsinnenminister Severing sich über die Arbeiten der Länderkonfeernz skeptisch ausgesprochen habe. Ich verstehe das nicht recht. Die beiden maßgebenden Ausschüsse, Organisationsausschuß und Zuständigkeitsausschuß kommen zu denselben Ergebnissen. Wenn sich das Plenum ihnen auch nur mit Stimmenmehrheit anschließt, ist eine feste Basis für die Arbeit des Reichsministers des Innern geschaffen. Es bedarf dann der zähen Arbeit der politischen Leitung, den Reichstag zu Entschlüssen zu bringen, oder in einem Volksentscheid das Volk aufzuklären. Die Länder mit wesentlich sozialistischer Regierung auf diesen Weg zu bringen, kann doch gerade dem gegenwärtigen Minister des Innern nicht schwer fallen.

Wir alle, die wir uns mit der Frage beschäftigen, sind heute darin einig:

Der Einheitsstaat kann nur mit einer einmaligen großen Maßnahme erreicht werden.

Er muß eine gute und gleichmäßige Gliederung Deutschlands bringen, bei der sich die Grenzen der Länder mit denen der Reichsverwaltungsbezirke decken müssen. Die Gewalt, die in Preußen verkörpert ist und die Norddeutschland einen festen Zusammenhalt gibt, muß auf die Reichsregierung überführt werden. Wir halten es mit Rücksicht auf die erforderliche Neugliederung auch für erträglich, wenn für Norddeutschland Gesetzgebung und Verwaltung noch in weiterem Umfange in der Hand des Reiches sind als für Süddeutschland. Um die Errichtung reichseigener Behörden überall draußen im Lande unmöglich zu machen, zugleich aber dem Reiche den nötigen Einfluß auf für das Reich bedeutungsvolle Angelegenheiten zu geben, ist zwischen die Reichseigenverwaltung und Landeseigenverwaltung die Reichsauftragsverwaltung zu setzen.

Das parlamentarische System in unserem Sinne ist auf das Reich, wo große politische Entscheidungen fallen, zu beschränken.

Der Reichsrat ist als eine Vertretung der Länder beizubehalten. Der badische Minister Remmele hat die Sachlage richtig erkannt, wenn er immer sagt, daß den Ländern das Recht auf Verwaltung garantiert werden muß. Verzichten sie auf das alte Souveränitätsgefühl, so finden sie in einer ausgedehnten Verwaltungsarbeit für sich und ihre Bevölkerung einen mehr als vollwertigen Ersatz. Den Ländern und Gemeinden ist Einnahmebewilligung und Ausgabendeckung wieder zu übertragen. Ich habe sogar Hoffnung, daß auch Bayern den Ideen des Einheitsstaates jetzt freundlicher gegenübersteht, wo es im Reichsrat ein Reichshopfengesetz beantragt hat, weil die Länder allein nicht in der Lage seien, hier Ordnung zu schaffen. Was aber dem Bier billig ist, sollte auch den gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Interessen recht sein. Die Ungültigkeitserklärung von Landtagswahlen dort, wo sich das Land der Entscheidung des Staatsgerichtshofes unterwirft, die Aufrechterhaltung von Landtagswahlen auf Grund verfassungswidriger Gesetze wie in Bayern, weil man dort mit rückwirkender Kraft den Staatsgerichtshof ausgeschlossen hat, ist auf die Dauer unmöglich. Die verschiedenartigen Entscheidungen des Staatsgerichtshofes zeigen die Verwirrung, die durch das Kunterbunt angerichtet wird, das heute im Verfassungsleben herrscht. Die

Verschiedenartigkeit der Ausgestaltung des Wahlrechts hat nichts mit der Eigenheit der Stämme, aber alles mit dem Eigensinn des Dezernenten zu tun.

Auch die Finanzwirtschaft wird erst in Ordnung kommen, wenn eine Verwaltungsreform geschaffen ist, die nur nach einer Verfassungsreform einheitlich und durchgreifend für Deutschland möglich ist. Der jetzige Finanzausgleich beeinträchtigt die industriellen Länder und Städte, die zwar höhere Einnahmen haben, aber auch viel höhere sozialpolitische Pflichten. Ein Abbau der Sozialpolitik würde der Wirtschaft teuer zu stehen kommen. Die Sozialpolitik, die die Arbeitnehmer zum kollektivistischen Sparen bringt, ist tragbarer als das amerikanische System. Daß aber die

Erwerbslosenversicherung auf den ersten Anhieb nicht gelungen

ist, und sich so in der Entvölkerung des flachen Landes, in der Behandlung der Saisonarbeiter und in der Kontrolle schwere Mißstände ergeben, kann gerade derjenige nicht leugnen, der rechtzeitig die Mißstände beseitigen will, um die Aufrechterhaltung des Grundgedankens nicht zu gefährden.

Auch in der Außenpolitik darf man die Entwicklung der letzten Jahre nicht ohne Kritik hinnehmen. Die Diplomaten haben die gute Idee eines Völkerbundes, der gleichmäßig zu allen Staaten steht und alle Streitigkeiten souverän schlichtet, durch eine Fülle von Papier, „bilateralen" und „multilateralen" Sicherheits- und Schiedsverträgen zugedeckt, die die große Idee ersticken. Die gegenwärtigen Verhandlungen von Paris geben ein trübes Bild. Noch niemals hat ein Industrieland ohne viel Bodenschätze oder ohne große Kapitalrenten von auswärts einen guten Lebensstandard behauptet, noch weniger geldliche Leistungen ans Ausland vollbringen können. Ich habe

keinerlei Veranlassung, in eine voreilige Kritik unserer Pariser Unterhändler einzutreten,

die von der Reichsregierung bestellt sind. Ich billige es, daß sie in ihren Angeboten nicht über die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit hinausgegangen sind. Die Konferenz schon jetzt abzuhalten, entspricht dem Betreiben des Reparationsagenten, aber leider hält sich bisher Amerika ganz zurück. Jedenfalls sehen wir aber den Erfolg einer zehnjährigen Verständigungspolitik darin, daß Deutschland dadurch die Sicherheit erhalten hat, auch bei einem Scheitern dieser Verhandlungen von terroristischen Maßnahmen und gewaltsamen Sanktionen verschont zu bleiben und auf gleicher Stufe wie seine Gegner auf eine endgültige Verständigung warten zu können.

Keine Partei kann heute mehr darum herumkommen, zu den Wirtschaftsproblemen ein festes Programm zu entwickeln. Wenn man einen Staat hat, der einen Einfluß auf die Gestaltung des Schicksals von etwa 90 Proz. unserer Volksgenossen ausübt, darf man nicht annehmen, daß dem Wähler die wirtschaftliche Einstellung seines Abgeordneten gleich sei. Die sozialistische Lehre ist gewiß faszinierend, und sie bleibt es auch deswegen, weil sie niemals in die Praxis umgewandelt wird. Sie wird gewiß nicht durch die Überführung möglichst vieler Privatbetriebe in die öffentliche Hand erfüllt und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0014

ich verstehe nicht, daß man schon daran eine Freude haben kann, wenn viele öffentliche Betriebe vorhanden sind, die keineswegs sozialer aber vielfach wirtschaftlich schlechter geleitet werden als die privaten.

Gerade eine nicht sozialistische Partei darf sich nicht der Notwendigkeit verschließen, ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, allein mit dem Schlagwort von der freien Wirtschaft kommt man nicht mehr durch. Freiheit der Wirtschaft darf nicht Freiheit der Monopole bedeuten. Das Wirtschaftsprogramm der Deutschen Demokratischen Partei, das unter der Führung von Dr. Stolper ausgearbeitet wird, geht seiner Vollendung entgegen. Wir haben bei einer mehrtägigen Zusammenkunft von Sachverständigen der Partei aus den verschiedensten Berufsschichten vor einigen Wochen feststellen können, daß wir oft um Worte gestritten haben, in der Sache uns aber fast völlig eins sind. Die Deutsche Demokratische Partei hat nicht nur darunter gelitten, daß sie keine Interessenpartei ist, sondern auch unter dem Vorwurf, als wolle sie sich einseitigen Interessen dienstbar machen.

Ich bin überzeugt, daß das Wirtschaftsprogramm den Beweis dafür liefern wird, daß die D. D. P. feste Wirtschaftsziele hat, die niemandem Sonderbegünstigung zuteil werden lassen,

aber den Aufstieg der leistungsfähigen Persönlichkeit und die Hebung der Massen fördern und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte sichern.

Wir wissen genau, daß Fanatismus und Interessenpolitik uns vielfach Anhänger abgenommen hat. Aber wir sehen trotz allem die Zukunft der Partei in einer unbeirrbaren Sachlichkeit, die jeden an sein Ziel kommen läßt und dem Ganzen dient.

In der Aussprache kamen u. a. Dr. Goldschmidt-Köln, Dr. Stolper-Berlin, Landtagsabgeordneter Bartels-Hannover, Frau Abgeordnete Dönhoff, Helmuth Jaeger, Landtagsabgeordneter Dr. Grzimek, Oberbürgermeister Luppe-Nürnberg, Dr. Schaefer-Köln, Staatssekretär a. D. Mayer, M. d. R., Reichsminister a. D. Dr. Külz und Heinrich Landahl zu Wort.

Reichsminister Dietrich erörterte die Kassenmisere des Reichs. Die Gründe dafür liegen darin, daß in früheren Jahren außerordentliche Ausgaben durch Anleihen gedeckt werden sollten. Diese Anleihen sind aber nicht zustande gekommen, so daß die notwendigen Mittel auf andere Weise beschafft werden mußten, wodurch ein Fehlbetrag von 600 bis 700 Millionen entstanden ist. Außerdem mußte das Reich zur Arbeitslosenversicherung Zuschüsse in Höhe von 400 Millionen Reichsmark leisten, so daß ingesamt ein Fehlbetrag von mehr als 1 Milliarde Reichsmark besteht. Nun bestand die Hoffnung, daß die Lösung der Reparationsfrage aus dem Finanzelend herausführen werde. Minister Dietrich ging hier auf die Vorgeschichte der Pariser Konferenz ein unter Hervorhebung der Schlüsselstellung der amerikanischen Delegierten. Er betonte den Wandel in der Verhandlungsart gegenüber früheren Nachkriegskonferenzen und die unbedingte Verpflichtung, nur das zu unterschreiben, was gehalten werden kann.

Zum Schluß wurde der Termin des Parteitags erörtert und seine Abhaltung für Mitte September in Heidelberg beschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0015

Für den deutschen Einheitsstaat!

Richtlinien der D. D. P.

Der Einheitsstaat-Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei trat am 27. 4. 1929 in Berlin unter Vorsitz des Reichsministers a. D. Koch-Weser zu einer Sitzung zusammen, die auch von Mitgliedern aus dem Reiche gut besucht war. Es fand zunächst eine allgemeine Besprechung im Anschluß an ein kurzes einleitendes Referat des Vorsitzenden Koch-Weser statt, an der sich Minister Dr. Apelt, Bürgermeister Dr. Petersen, Dr. Cohnstaedt, Ministerialdirektor Dr. Poetzsch-Heffter, Professor Dr. Anschütz, Minister Dr. Höpker-Aschoff und Reichsminister Koch-Weser selbst beteiligten. Die Generaldebatte erstreckte sich besonders auf die Probleme: territoriale Neugliederung des Reiches, Stellung des Reichsrats, Dezentralisation und nahm mehrere Stunden in Anspruch. Am Nachmittag wurde eine Spezialdebatte über die dem Ausschuß vorliegenden Richtlinien für ein demokratisches Aktionsprogramm vorgenommen, das schließlich in folgender Form Annahme fand.

1. Mit der von ihr aufgestellten Forderung des dezentralisierten Einheitsstaates erstrebt die Deutsche Demokratische Partei Stärkung und Vereinheitlichung der Reichsgewalt, soweit es sich um die entscheidenden Grundlinien in Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung handelt. Eine lebendige und fortschreitend zu erweiternde Eigenverwaltung soll den Ländern und Gemeinden überlassen bleiben.

2. Unsere ganze öffentliche Verwaltung bedarf der Vereinfachung. Jede durchgreifende und einheitliche Verwaltungsreform setzt aber eine Verfassungsreform voraus. Die Zahl der Instanzen ist nach Möglichkeit zu verringern.

Je unmittelbarer eine Instanz dem Volksleben verbunden ist, desto vertrauensvoller sind ihr Verwaltungsaufgaben zu unmittelbarer und möglichst selbständiger Besorgung zu übertragen.

3. Die Reichsreform muß innerhalb des ganzen Reichsgebietes gleichzeitig durchgeführt werden.

4. Der dezentralisierte Einheitsstaat erfordert eine Gliederung des Reichs in große, leistungsfähige Gebietskörperschaften, Länder genannt, deren Verwaltung in der Regel durch keine besondere Mittelinstanz kompliziert sein soll.

Als solche Länder kommen Gebiete von der Größe Bayerns, Württembergs, Badens und Sachsens in Betracht. In Norddeutschland werden sie durch Vereinigung preußischer Provinzen mit benachbarten Ländern geschaffen.

5. Die preußische Regierung geht in der Reichsregierung auf. Der starke Zusammenhalt, den die preußische Staatsgewalt in Norddeutschland bedeutet, wird durch die Reichsregierung gewährleistet.

6. Die Zuständigkeit zur Gesetzgebung bleibt zwischen dem Reich und den Ländern geteilt. In Norddeutschland bleibt zur Wahrung des größeren Zusammenhalts ein Teil der bisherigen Landesgesetzgebung der Reichsgesetzgebung vorbehalten. Ein Ausgleich zwischen den norddeutschen und süddeutschen Zuständigkeiten ist bei der künftigen Gesetzgebung anzustreben.

7. Die öffentliche Verwaltung wird entweder durch Reichsbehörden (Reichsverwaltung) oder durch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0016

Landesbehörden nach den Weisungen der Reichsregierung (Reichsauftragsverwaltung) oder — in den den Ländern vorbehaltenen Zuständigkeiten — als Eigenverwaltung der Länder geführt. Die Gebiete der Länder sollen im allgemeinen auch die Verwaltungsbezirke der Reichsverwaltung sein.

8. Bei der Abgrenzung der Zuständigkeiten in der Verwaltung zwischen Reich und Ländern muß auf die verschiedene geschichtliche Entwicklung Süd- und Norddeutschlands Rücksicht genommen werden. Jeder unnötige Zentralismus ist zu vermeiden.

Was notwendig ist, um die Einheitlichkeit Deutschlands in Staatlichkeit, Kultur und Wirtschaft zu wahren und zu festigen, gehört in die Reichsverwaltung. Alles andere ist der Verwaltung in den Ländern (Reichsauftragsverwaltung oder Landeseigenverwaltung) zu überlassen. In die Auftragsverwaltung sind nur diejenigen Gebiete einzubeziehen, auf denen die letzte Entscheidung dem Reiche vorbehalten werden muß. Auf eine gute Ausstattung der Landeseigenverwaltung ist besonderes Gewicht zu legen.

9. Hieraus ergibt sich, daß auswärtige Angelegenheiten, Eisenbahn, Wehrmacht, Post, Finanzverwaltung dem Reiche gebühren. Bei allen anderen Verwaltungen wie Schulverwaltung, Landwirtschaftsverwaltung, Arbeitsverwaltung und Wohlfahrtsverwaltung ist Gewicht darauf zu legen, daß die Initiative in der regionalen und örtlichen Instanz nach Möglichkeit aufrechterhalten und verstärkt wird.

Die Justiz ist Sache des Reichs. Die Landesgerichte werden Reichsgerichte. Das schließt nicht aus, daß den Ländern bei der Bestellung der Richter ein Mitwirkungsrecht eingeräumt wird.

Auch die Sicherheitspolizei ist Sache des Reiches. Sie kann auf Länder oder Gemeinden übertragen werden.

10. Die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden in ihrer Entschließung über Einnahmebewilligung und Ausgabendeckung ist weitgehend wiederaufzurichten.

11. Die Landesregierungen werden mit Rücksicht darauf, daß der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in einer guten und stetigen Verwaltung beruht, auf Zeit bestellt. Das parlamentarische System im engeren Sinne (Abhängigkeit der Regierung vom jederzeitigen Vertrauen des Parlaments) bleibt auf das Reich als den Träger der großen politischen Entscheidungen beschränkt.

12. Der Reichsrat besteht aus Vertretern aller Länder, die von den Landesregierungen bestellt und mit Weisungen versehen werden. Die Zahl der Stimmen entspricht der Bevölkerung in den einzelnen Ländern. Die Frage einer Umgestaltung des Reichsrats bleibt einer zukünftigen Prüfung vorbehalten.

13. Diese Richtlinien stellen allgemeine Grundsätze dar. Wir legen uns auf Einzelheiten nicht fest und verschließen Verbesserungsvorschlägen nicht unser Ohr. Wir begrüßen jede Mitarbeit. Die Demokratische Partei, die durch ihre Führer den ersten Anstoß zu einer großen Reichsreform gegeben hat, wird nicht rasten, bis das Ziel verwirklicht ist.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0017

Hilfe für die Landwirtschaft

Ein demokratisches Aktionsprogramm

Der Agrarausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hat in seiner Sitzung in Leipzig das folgende landwirtschaftliche Aktionsprogramm beschlossen.

Die beiden Hauptprobleme, deren Bewältigung die Lösung der innerdeutschen Agrarkrise zur Voraussetzung hat, sind das Kreditproblem und das Rentabilitätsproblem. Beide Probleme sind nicht voneinander losgelöst zu betrachten. Neues Kapital der Landwirtschaft zuzuführen, das nur dazu dienen soll, durch mangelnde Rentabilität entstandene und entstehende Betriebsverluste zu decken, ist volkswirtschaftlich unverantwortlich. Daher ist die unerläßliche Voraussetzung für die Neuinvestition von Kapital die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft.

I. Wiederherstellung der Rentabilität.

Der landwirtschaftliche Betrieb muß einen Rohertrag abwerfen, der dem Betriebsinhaber ein angemessenes Arbeitseinkommen sichert, die Verzinsung des aufgewandten Kapitals gewährt und die Neubildung von Kapital ermöglicht.

Die Wiederherstellung der Rentabilität kann auf zwei Wegen erfolgen a) auf der Unkostenseite und b) auf der Preisseite.

a) 1. Die unerläßlich notwendige Ermäßigung der auf der Landwirtschaft ruhenden Steuern und sozialen Abgaben hängt außer von der Ermäßigung der Reparationslasten von der Durchführung der Verwaltungs- und Reichsreform ab. Die durch diese beiden Maßnahmen angestrebte Entlastung des öffentlichen Haushaltes muß in erster Linie der Landwirtschaft zugute kommen.

2. Die mehrfach in Aussicht gestellte, bisher aber nicht oder nur ungenügend erfolgte Senkung der Preise für künstliche Düngemittel muß endlich durch Ausnutzung des dem Staate bei der Preisgestaltung zustehenden Mitbestimmungsrechtes herbeigeführt werden.

Die durch die Rationalisierung herbeigeführte Unkostensenkung kann nur individuell gelöst werden und ist eine Angelegenheit der Selbsthilfe der Landwirtschaft, die aufs innigste mit der fachlichen und Berufsausbildung zusammenhängt (Beratungswesen).

b) Regelung der Absatz- und Preisfrage.

Der Staat hat die Gründung und den Zusammenschluß von Absatz- und Verwertungsgenossenschaften auf dem Gebiete der Eier-, Geflügel- und Milchwirtschaft, des Obst- und Gemüsebaues zu fördern. Innerhalb der Selbstverwaltung sind diesen Genossenschaften Handhaben zu Zwangsmaßregeln erziehlichen Charakters zur Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Funktionen zu gewähren. Durch Reichsgesetz sind einheitliche Normen für das Reichsgebiet zu schaffen, nach denen Standardtypen und Markenprodukte einheitlich zu bewerten sind. Die Reichsgesetzgebung ist nach den Mustern des Reichs-Milch- und Pflanzenschutzgesetzes mit dem Ziel der Standardisierung und Typenschaffung auszubauen.

Die Zusammenfassung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu einem einheitlichen Spitzenverband ist mit Beschleunigung durchzuführen.

Das Reich hat geeignete Maßnahmen, insbesondere auch durch Hergabe von Mitteln zu treffen, durch die diejenigen Stellen, die sich mit der wissenschaftlichen Erforschung der Absatz- und Preis-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0018

bildungsfragen befassen, zu einheitlicher Arbeit an einer Stelle zusammengefaßt werden.

Soweit diese Maßnahmen allein zur Erzielung rentabler Preise für die landwirtschaftlichen Produkte nicht führen, haben zollpolitische und verwaltungstechnische Maßnahmen einzusetzen, bis durch die Durchführung des Rationalisierungsprozesses der Landwirtschaft und die Regelung der Kreditfrage die innerdeutsche Agrarkrise überwunden ist.

Dazu gehört:

I. auf zollpolitischem Gebiet:

1. die Angleichung der Zölle für Lebendvieh an die Fleischzölle,
2. die Erhöhung der Fett- und Speckzölle,
3. stärkerer Zollschutz für die Produkte der Milchwirtschaft, des Gemüse- und Obstbaues,
4. Ausdehnung des Einfuhrscheinsystems auf die Ausfuhr von Produkten der Vieh- und Milchwirtschaft,
5. ausreichender Schutz gegen Seuchengefahr bei der Einfuhr von Lebendvieh,
6. Stabilisierung der Weizenpreise im Sinne der Vorschläge des Reichsernährungsministers Dietrich (Preisausgleichsgebühr).

II. auf verwaltungstechnischem Gebiet:

die Schaffung von Organisationen auf privatwirtschaftlicher Grundlage unter staatlicher Aufsicht. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, aus dem Ausland eingeführte, auch in Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte zu erfassen und sie zu verwerten. Die Erfassung und Verwertung hat zu dem Zweck zu erfolgen, daß ein gegebenenfalls eintretendes Überangebot von landwirtschaftlichen Produkten nicht die unter Opfern der Allgemeinheit erzielten Fortschritte in Absatzregelung und Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Produkte aufhebt. Besonders notwendig ist die Schaffung einer Auffangorganisation für die Einfuhr von lebendem und geschlachtetem Vieh, für Rohzucker im Falle von Mißernten im Inland. Dagegen sind alle Bestrebungen nachdrücklich abzulehnen, die in der Form von Monopolen zur Zwangsbewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse führen können.

II. Kapitalbeschaffung.

Für die Pflege des landwirtschaftlichen Hypothekenkredites und des Personalkredites sind zwei getrennte, jedoch das gesamte Reichsgebiet umfassende Kreditorganisationen erforderlich. Die Beschaffung von Auslandsanleihen hat grundsätzlich nur durch die Hypothekenkreditorganisationen zu erfolgen. Der Meliorationskredit ist entsprechend der Besonderheit der Kapitalsanlage von einer besonderen Organisation, die von Reich und Ländern gemeinsam getragen wird, zu pflegen. Die Vereinfachung des Instanzenzuges bei der Kreditgewährung für alle Kredite ist zur Beschleunigung und Verbilligung der Kreditaktionen erforderlich.

Die für die Umschuldungsaktion bereitgestellten und bereitzustellenden Mittel sind im Benehmen mit einer gemeinnützigen Auffangorganisation zur Stützung des Gütermarktes und zur Sanierung hierfür geeigneter Betriebe zu verwenden.

* * *

Diese Forderungen eines Demokratischen Aktionsprogrammes zur Linderung der deutschen Agrarkrise und zur Rettung des besonders

im Osten in seiner Existenz bedrohten deutschen Bauerntums sind tatkräftig und beschleunigt durchzuführen. Die im Demokratischen Bauernprogramm geforderte grundsätzliche Umgestaltung der deutschen Agrarverfassung muß außerdem durch eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Pachtrechtes und eine grundlegende Reform des Siedlungswesens einheitlich und planvoll in Angriff genommen werden.

*

Demokratischer Parteitag in Heidelberg

Auf der Parteiausschußsitzung in Leipzig wurde beschlossen, den nächsten Parteitag in Heidelberg, und zwar im Laufe des Monats September abzuhalten. Der genaue Zeitpunkt bleibt dem Beschluß des demokratischen Parteivorstandes überlassen.

Entschließung des demokratischen Parteiausschusses zur Reparationsfrage. Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei nahm auf seiner Leipziger Tagung nachstehende Entschließung an:

„Der Parteiausschuß billigt es rückhaltlos, daß die deutschen Sachverständigen in Paris eine Lösung der Reparationsfrage, welche die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigt, abgelehnt haben.

Der Parteiausschuß erwartet von der Regierung, daß sie zwar nach wie vor bemüht sein wird, auf eine befriedigende Lösung hinzuwirken, aber nicht den Standpunkt verlassen wird, Abmachungen von der Hand zu weisen, die Deutschlands Wirtschaft auf die Dauer erschüttern und schließlich nicht innegehalten werden können."

*

Tagung der demokratischen Beamten. Anläßlich der Tagung des Reichsparteiausschusses fand eine Tagung der demokratischen Beamten in Leipzig statt. Die sehr stark besuchte Versammlung nahm einen kurzen Bericht des Vorsitzenden des Reichsausschusses der deutschen demokratischen Beamten, Regierungsrats Vogt-Berlin, über den fortschreitenden Ausbau des Beamtenausschusses innerhalb der Partei entgegen und hörte dann einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Schuldt-Steglitz über das „Berufsbeamtentum und die ihm drohenden Gefahren". Schuldt zeigte an Beispielen, wie sehr von vielen Seiten auf die Beamtenschaft eingeschlagen werde und daß sie daher in höchster Alarmbereitschaft zu halten sei. Er wies treffend nach, daß die Demokraten nicht nur nach ihrem Programm, sondern auch nach ihrer bisherigen Haltung zu Beamtenfragen im Reichstag die besten Schützer des Berufsbeamtentums und seiner wohlerworbenen Rechte seien. In der Erörterung sprach u. a. der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Haas, über die Beamtenpolitik der Reichstagsfraktion. Ausgehend von dem Gedanken, daß die Politik nicht abhängig sein dürfe von engen Ansichten gebundener Gruppen, führte er aus, daß in der gemeinsamen Arbeit aller Schichten mit dem Blick auf den Staat in der Deutschen Demokratischen Partei das Berufsbeamtentum jederzeit Stütze und Förderung haben werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0020

Aus dem demokratischen Parteileben

Reichstagsabgeordneter Erkelenz, der seit längerer Zeit wegen Überarbeitung sich von den Geschäften zurückgezogen hat, hat vor einigen Wochen die Leitung des Vorstandes der D. D. P. wieder übernommen. Auf seinen Vorschlag und um ihm eine weitere Schonung zu ermöglichen, haben sich die Abgeordneten Dr. Külz und Lemmer bereit erklärt, neben den beiden anderen stellvertretenden Vorsitzenden der Parteiorganisation, Dr. Fischer und Dr. Frankfurter, einen Teil der Arbeiten des Herrn Erkelenz zu übernehmen.

Paul Ziegler 25 Jahre in der Gewerkvereinsarbeit. Am 1. Mai 1929 ist der demokratische Reichstagsabgeordnete Paul Ziegler 25 Jahre im Gewerkverein deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker) tätig gewesen. Paul Ziegler hat, wie der Hauptvorstand des Gewerkvereins in einer Kundgebung erklärt, immer in der vordersten Reihe des Kampfes gestanden. Als Kind des bergischen Landes, in Barmen geboren, stammt er aus einer Umgebung, der der Kampf um die Lebensmöglichkeit nicht fremd ist. Ziegler hat sich stets mit bestem Wissen und Können der Arbeitersache angenommen. Seine Tätigkeit im Reichstag und in der Nationalversammlung, besonders auf dem Gebiet der Sozialversicherung, wird unvergessen bleiben. Der Hauptvorstand des Gewerkvereins hat Paul Ziegler aus Anlaß seines Ausscheidens — Paul Ziegler hat die Leitung des Arbeitsamtes Erfurt übernommen — den Dank ausgesprochen für die geleistete Arbeit und daran den Wunsch geknüpft, daß Ziegler auch in seiner weiteren Lebensarbeit Erfolg und Befriedigung finden möge.

Wechsel in der demokratischen Reichsgeschäftsstelle. Der bisherige Reichsgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei, Werner Stephan, hat am 1. Mai seinen Posten verlassen, um als Referent in das Auswärtige Amt, Presseabteilung der Reichsregierung, einzutreten. Stephan, der vor seinem Eintritt in die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei eine längere journalistische Tätigkeit praktisch ausgeübt hat, war seit Ende 1922 Reichsgeschäftsführer. Unter seiner Leitung wurde die bei einer liberalen Partei besonders schwierige Aufgabe, einen befriedigenden organisatorischen Aufbau zu schaffen, eingeleitet und erfolgreich durchgeführt. Bei der Leipziger Parteiausschußsitzung gab Reichsminister a. D. Koch-Weser unter dem lebhaften Beifall der Versammelten mit dem Dank der Partei zugleich der sicheren Erwartung Ausdruck, daß Stephan auch weiter an führender Stelle der Deutschen Demokratischen Partei tätig sein werde.

Als Nachfolger Werner Stephans übernimmt die Leitung der Reichsgeschäftsstelle der bisherige Generalsekretär für den Wahlkreis Franken, Dr. Wilhelm Rexrodt-Nürnberg, der seit dem Zusammenbruch der völkischen Bewegung den Neuaufbau in Bayern erfolgreich geleitet hat.

Ortsgruppenneugründungen. Im Wahlkreis Halle-Merseburg wurden Ortsgruppen gegründet in Gräfenhainichen, Neurössen und Oberröblingen/See; im Wahlkreis Hannover-Ost in Lübberstedt.

Neue demokratische Ausschüsse in den Wahlkreisen. Das Leben in den demokratischen Organisationen ist schon seit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0021

längerer Zeit in erfreulichem Aufschwung begriffen. Dafür zeugen u. a. nicht nur die wachsenden Teilnehmerzahlen bei den Bezirkstagungen und sonstigen Veranstaltungen der Partei, das beweist auch die Tatsache, daß wieder mehrere Wahlkreisorganisationen in der Lage gewesen sind, sich Fachausschüsse, bestehend aus Vertretern bestimmter Berufsgruppen, als sachverständige Gremien anzugliedern. So hat die ostpreußische Parteiorganisation der D. D. P. einen Agrarausschuß eingesetzt, der sich in erster Linie der Bauernpolitik widmet. In Oldenburg beschlossen Vertreter der demokratischen Handwerker die Bildung eines fünfgliedrigen Handwerkerausschusses der Demokratischen Partei des Landesteils Oldenburg. Der Ausschuß hat die Aufgabe, Anregungen, Wünsche und Forderungen der demokratischen Handwerker an die Abgeordneten der Partei im Landtag und Reichstag weiterzuleiten. Ferner wurden im Wahlkreis Koblenz-Trier ein Ausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe und ein Arbeitnehmerausschuß begründet. Eine Arbeitsgemeinschaft demokratischer Lehrer bildete sich im Regierungsbezirk Frankfurt/Oder. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich u. a. eingehende schulpolitische Arbeit sowie Förderung und Vertretung der öffentlichrechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Mitglieder zur Aufgabe gemacht.

Ein „rehabilitierter" „Revolutionär". Der ehemalige hanseatische Oberlandesgerichtsrat Dr. John Ullrich Schröder, der jetzt im sächsischen Justizministerium tätig ist und der zur Revolutionszeit an hervorragender Stelle am Marinerat in Hamburg beteiligt gewesen ist, hat neulich eine Broschüre unter dem Titel: „Im Morgenlichte der deutschen Revolution" veröffentlicht. Darin heißt es: „Endlich waren dem Marinerat (nämlich in Hamburg) auch die erforderlichen Geldmittel aus Berlin überwiesen worden, so daß er imstande war, seine Geschäfte unabhängig von den hamburgischen Behörden zu erledigen. Daß er bis dahin nicht, wie ihm vorgeworfen worden ist, in ausländischem Solde gestanden oder mit russischem oder englischem Gelde gearbeitet hatte, sondern ohne mein und seiner Vorsitzenden Wissen von demokratischer Seite finanziert worden war, das sei hier nur andeutend erwähnt." Diese Mitteilung wird von den sattsam bekannten „Leipziger Neuesten Nachrichten" mit dem größten Vergnügen aufgenommen und weiterverbreitet mit dem Bemerken, „daß Schröder die reine Wahrheit spricht" und daß es somit als „geschichtliche Tatsache höchst betrüblichen Charakters" zu gelten habe, „daß die Finanzierung der Revolution auch durch deutsche Demokraten erfolgt ist". Leider müssen wir den „Leipziger Neuesten Nachrichten" den Schmerz antun, zu betonen, daß Schröder hier alles andere als die reine Wahrheit spricht und daß es sich vielmehr um eine Verleumdung handelt. Obwohl die Angaben Schröders den Stempel der Unwahrheit an der Stirne trugen, haben wir bei unseren Hamburger Parteifreunden genaue Erkundigungen eingezogen und den Bescheid erhalten, die in Schröders Broschüre aufgestellte Behauptung, daß die Hamburger Demokraten dem während der Zusammenbruchszeit in Hamburg tätig gewesenen Marinerat Geldmittel überwiesen hätten, sei freierfunden. Die Hamburger Organisation der D.D.P. hat diesen Marinerat weder durch Geld noch auf andere Weise unterstützt, und ebenso haben die einzelnen Demokraten, die in der Zusammenbruchszeit öffentlich tätig waren, dem Marinerat keine Mittel zur Verfügung gestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0022

Demokratische Arbeit in Parlament und Regierung

Wie wertet man die folgenden Mitteilungen aus? Indem man für ihre Weiterverbreitung an die politische und Fachpresse sorgt!

Reichstag

Reichsjustiz! Ehlermann für Fortsetzung der Justizreform. Bei der Beratung des Reichsjustizetats im Hauptausschuß des Reichstags wandte sich der demokratische Abgeordnete Ehlermann scharf gegen die Konservierung des Föderalismus im Justizwesen. Die demokratische Partei vertritt den Standpunkt, daß das Justizwesen dringend Reichsangelegenheit werden müsse. Eine wirklich großzügige Justizreform, die alle Redner gefordert hätten, lasse sich niemals mit den Justizverwaltungen von 17 Ländern durchführen, sondern nur durch eine einheitliche Reichsjustizverwaltung, und er beklage sehr die mangelnde Beteiligung der Länder an der Strafrechtsreform. Die Landesjustizverwaltungen, die immer so gern von der Souveränität der Länder im Justizwesen redeten und die größte Erfahrung in der Strafrechtsprechung für sich in Anspruch nähmen, ließen sich bei den Beratungen im Strafrechtsausschuß kaum vertreten. Wenn sie das mit Mangel an Mitteln entschuldigen wollten, so sei das eben der beste Beweis für die Notwendigkeit der Verreichlichung der Justiz. Die geforderte Freizügigkeit der Referendare sei nur nach einheitlicher Regelung der Vorbildung, und vor allem der Vorbildungszeit möglich. Gerade im Zusammenhang mit der von der Rechten geforderten Konservierung des Föderalismus im Justizwesen frage er die Reichsjustizverwaltung, wie es mit einem einheitlichen Reichsnotariatsgesetz und einer einheitlichen Notariatsgebührenordnung stehe, heute führen die Rechtsuchenden im Reich herum und suchten sich für notarielle Akte den Staat aus, in dem die Notariatsgebühren am billigsten sind. Ebenso fordere er die Reichsjustizverwaltung dringend auf, für eine Vereinheitlichung der Stempelsteuer zu sorgen. Heute müßten die Menschen für einfache Notariatsakte aus einem Bundesstaat in den anderen reisen, um unnötige Stempelsteuern zu sparen. Er verlange auch eine klare Erklärung, daß die Vorwegerhebung der Gerichtskosten baldigst beseitigt werde. Heute würde das Armenrecht vielfach nur wegen der Vorwegerhebung der Gerichtskosten in Anspruch genommen. Ganz dringend forderte Abgeordneter Ehlermann den weitgehenden Ausbau des Instituts der Rechtspfleger, ferner die Besetzung der Senate der Oberlandesgerichte mit fünf Richtern. Er wünsche ferner eine Erklärung über den Stand der Aktienrechtsreform und über die Reform der Patentgesetzgebung. Für eine Generalamnestie sei er für Jahre nicht zu haben. Entschieden wende er sich gegen die Zurückweisung kommunistischer Anwälte als Verteidiger beim Reichsgericht. Die Unabhängigkeit der Rechtsanwälte sei für die Justiz ebenso wichtig, wie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0023

die Unabhängigkeit der Richter. Eigenartig sei es, wenn die Deutschnationalen eine Einengung des Begriffs der Beschimpfung beim Republikschutzgesetz verlangten, während sie beim Gotteslästerungsparagraphen eine Ausdehnung des Begriffs der Beschimpfung wünschten. Ganz entschieden widerspreche er der Stellungnahme der Deutschnationalen zu dem Jornsprozeß. Er erwarte mit Bestimmtheit, daß der Reichsjustizminister keinen Zweifel darüber lasse, daß der Reichsanwalt Jorns auch nach seinem Erholungsurlaub vor Rechtskraft des Urteils auf keinen Fall in sein Amt zurückkehre. Dieser Herr sei juristisch und sittlich für die Reichsanwaltsstellung nicht geeignet. Auch der Redner habe menschliches Verständnis für die Zeitverhältnisse 1919, aber doch nur für die Tat des Mordes, jedoch niemals für das Verhalten der Justiz. Wenn sich damals eine unabhängige Justiz nicht habe durchsetzen können, so hätte Jorns den Herrn vom Militär sein Amt zurückgeben müssen und ihnen eine politische Erledigung, die niemals Sache der Justiz sein könne, überlassen müssen.

Deutschlands Arbeitslosenproblem. Beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums hielt der demokratische Abgeordnete Lemmer eine bedeutungsvolle Rede über das Arbeitslosenproblem. Seine besondere Bedeutung des Arbeitslosenproblems für uns ist außer Zweifel. In England steht jetzt diese Frage im Mittelpunkt des Wahlkampfes; und auch das deutsche Volk habe alle Veranlassung, sich der ganzen Bedeutung dieses Problems bewußt zu sein. Wenn auch heute nach den Erfahrungen der letzten Monate bedauerlicherweise festgestellt werden müsse, daß die Arbeitslosenversicherung zum Teil mißbraucht werde, so dürfte die berechtigte Mißstimmung darüber aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß im vergangenen Winter fast drei Millionen Menschen in Deutschland, obwohl arbeitswillig und arbeitsfähig, sich vergeblich nach Arbeit und Brot gesehnt haben. Diese Zahl schließe große Gefahren in sich, da Millionen von Arbeitslosen auf die Dauer die wirtschaftliche und auch die soziale Ordnung eines Volkes bedrohen müßten.

Abgeordneter Lemmer kritisierte alsdann im einzelnen einige Mißstände, die in der Arbeitslosenversicherung zutage getreten wären. Die Versicherungsträger, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hätten ein gemeinsames Interesse daran, weil sie die Beiträge aufzubringen hätten, daß nach den bisherigen Erfahrungen durch geeignete Maßnahmen die Mißstände beseitigt würden. Der Redner glaubt allerdings nicht, daß die schwierige Finanzlage der Arbeitslosenversicherung selbst bei Beseitigung aller Mißstände beseitigt werden könne. Auf solch große Arbeitslosenziffern, wie sie der schwere Winter dieses Jahr gebracht habe, sei die Arbeitslosenversicherung nicht vorbereitet gewesen. Darum bliebe für das Reich und für die Gesamtheit die Verpflichtung bestehen, in besonderen Krisenzeiten über die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung hinaus die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Im übrigen wies Abgeordneter Lemmer noch auf die Tatsache hin, daß im Winter 1926 die damalige Erwerbslosenfürsorge dem Reich fast 700 Millionen RM. an Unterstützungszuschüssen gekostet habe, während bei der noch größeren Arbeitslosigkeit des letzten Winters die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0024

Zuschüsse des Reiches weniger, also nur einige Hundert Millionen RM. ausgemacht haben.

Mit größter Entschiedenheit wandte sich Lemmer gegen einen vorliegenden Antrag der Deutschnationalen, der fordert, daß der Landwirtschaft für diesen Sommer eine größere Zahl von polnischen Wanderarbeitern zur Verfügung gestellt werden solle. An Hand der amtlichen Statistik könne festgestellt werden, daß die polnischen Arbeiter in den Ostprovinzen ausschließlich dem Großgrundbesitz zugute kämen. Der kleinere Besitzer beschäftige durchweg deutsche Arbeiter. Und je größer der Besitz sei, um so größer sei der Prozensatz der beschäftigten polnischen Arbeiter. Abgeordneter Lemmer gab dem Hause Kenntnis von einer Reihe von Zuschriften von Vorsitzenden von Arbeitsämtern, aus denen hervorgehe, daß in Ostelbien die arbeitswilligen und arbeitsfähigen deutschen Landarbeiter zur Stunde noch längst nicht alle wieder in Arbeit gebracht werden konnten. Zahlreiche Arbeitsamtsvorsitzende beklagen sich sogar in Beschwerden an ihre Präsidenten darüber, daß in zahlreichen pommerschen und anderen ostelbischen Kreisen die Großgrundbesitzer trotz mehrfacher Aufforderung bisher nicht einmal bereit gewesen wären, ihren Bedarf an Arbeitskräften bei den Arbeitsämtern anzumelden. Vielfach werde sogar höhnisch von den Großgrundbesitzern den Beamten von Arbeitsämtern gesagt, daß man den polnischen Arbeiter vorzöge. Gewiß habe jeder Einsichtige ein Interesse daran, daß auch die Großlandwirtschaft leistungsfähig sei. Aber die demokratische Fraktion würde sich nur dann entschließen können, dem Großgrundbesitz weitere polnische Arbeitere zur Verfügung zustellen, wenn zuvor festgestellt werden könne, daß auch der letzte arbeitswillige und arbeitsfähige deutsche Arbeiter in der Landwirtschaft untergebracht werden konnte. Im übrigen müsse immer wieder auf die doppelte Moral mancher Großgrundbesitzer in diesem Zusammenhang hingewiesen werden. Auf der einen Seite mache man in demagogischem Radaupatriotismus, veranstalte Ostmarkenkundgebungen gegen Polen, und auf der anderen Seite zöge man immer wieder neue polnische Arbeiter in die an sich schon so menschenarme deutsche Ostmark hinein, weil man, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, sich nur in den seltensten Fällen entschließe, den einheimischen und deutschen Arbeiter vorzuziehen und ihm menschenwürdige Arbeits- und Wohnungsbedingungen zu gewähren. Das Landarbeitsproblem verdiene die allergrößte Beachtung, denn wenn es nicht gelänge, in der ostelbischen Großlandwirtschaft dem deutschen Arbeiter eine den modernen Zeitverhältnissen entsprechende Behandlung zu gewährleisten, dann würde sich die unheimliche Landflucht in den deutschen Ostprovinzen fortsetzen, die schon im vergangenen Frühjahr einen erschreckenden Umfang angenommen habe. Dadurch entständen große nationale Gefahren; außerdem würden der bäuerliche und gewerbliche Mittelstand durch den Rückgang der Kaufkraft des Landvolkes wirtschaftlich schwer geschädigt.

*

Preußische Regierung

Staatssteuererleichterung für Saisonbetriebe. Der preußische Finanzminister Dr. Höpker Aschoff hat dem Preußischen Landtag auf eine Kleine Anfrage bezüglich der Staatssteuererleichterungen für Saisonbetriebe in Kur- und Badeorten mitgeteilt, daß nach dem Ergebnis angestellter Ermittlungen in Westfalen und Niedersachsen insgesamt 11 Zwangsversteigerungen von Saisonbetrieben bekannt geworden sind. Hiervon ist jedoch nur in einem Falle, in dem Böswilligkeit des Steuerschuldners vorlag, die Zwangsversteigerung wegen rückständiger Staats- und Gemeindesteuern veranlaßt worden. In zahlreichen Runderlassen hat der Minister Anordnungen getroffen, daß die Anträge der Saisonbetriebsinhaber in den Kur- und Badeorten auf Stundung und Niederschlagung von Hauszinssteuerbeträgen besonders wohlwollend behandelt werden. Wie er aus den wiederholt eingeforderten Berichten ersehen hat, sind im allgemeinen weitgehende Steuererleichterungen gewährt worden. Sie haben insbesondere in den Seebädern zur Niederschlagung von 30 bis 40 und mehr vom Hundert des Solls geführt. Hierbei hat auch die verminderte Zahlkraft der Badegäste, soweit sie in den Preisen für Zimmer usw. zum Ausdruck gekommen ist, angemessene Berücksichtigung gefunden.

Mittelstandsfreundliche Finanzpolitik. Der preußische Finanzminister Höpker Aschoff hat sich vor kurzem in einer Versammlung mit der Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe beschäftigt. Er sieht in ihrer Besteuerung eine unbedingte Notwendigkeit, vor allem aus Gründen der Kontrolle eines rationellen Arbeitens. Die öffentlichen Betriebe sind bereits den preußischen Steuern unterworfen. Es ist grundsätzlich falsch, daß sie in den meisten Fällen von den Reichssteuern, insbesondere der Einkommensteuer, befreit sind. Dabei handelt es sich nicht in erster Linie um die Sicherung eines Mehrertrags an Steuern, sondern neben der erwähnten Kontrolle der öffentlichen Betriebe, um ihre möglichst weitgehende Gleichstellung mit der Privatindustrie, damit beide unter denselben Bedingungen in Konkurrenz arbeiten.

Ebenfalls äußerte sich Dr. Höpker Aschoff vor einiger Zeit über seine Stellung zur Hauszinssteuer und dabei die von der Reichsregierung vorgeschlagene Sacherhaltungssteuer und Entschuldungssteuer erwähnt: „Bei der Sacherhaltungssteuer ist ein Abbau vorgesehen, der sich in zwei Stufen vollziehen soll, und zwar im Jahre 1934 und im Jahre 1937. Ich habe auch gesagt, warum diese Jahre gewählt worden sind, und habe auch gebilligt, daß sie gewählt worden sind. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir nach der Entwicklung der Bevölkerung vom Jahre 1936 an mit einem starken Rückgang der Eheschließungen und damit des Neubedarfs an Wohnungen zu rechnen haben, habe also die Vorlage der Reichsregierung in dieser Beziehung verteidigt. Ich habe weiter gesagt, daß ich es begrüßt haben würde, wenn auch bei der Entschuldungssteuer nach dem Jahre 1937 ein allmählicher Abbau in dem Gesetz festgelegt werden würde, habe aber kein Hehl daraus gemacht, daß ich mir diesen Abbau auf eine lange Reihe von Jahren verteilt denke . . . Daß ich aber einen gesetzlich festgelegten mäßigen Abbau der Entschuldungssteuer für notwendig halte, sage ich heute im Landtag nicht zum erstenmal."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0026

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Deutschnationale Volkspartei

Verantwortungsgefühl. Das Plenum des Postverwaltungsrates hat in seiner Sitzung vom 30. April den Antrag seines Arbeitsausschusses, „der Mehrablieferung von 35 Mill. Rm. an das Reich wird unter Zurückstellung der sich aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage der Deutschen Reichsbank ergebenden schwerwiegenden Bedenken mit Rücksicht auf die Notlage des Reiches einmalig für das Rechnungsjahr 1929 zugestimmt", angenommen. Die Ablieferung an das Reich beträgt für 1929 somit 161,5 Millionen Mark. Reichspostminister Dr. Schätzel erklärte hierzu, daß von einer Tariferhöhung aus diesem Anlaß in keiner Weise gesprochen werden dürfe. Ebenso werde das Bauprogramm nicht gekürzt. Die Mehrablieferung werde durch größere Sparmaßnahmen möglich und sei mit Rücksicht auf das weitere günstige Wirtschaftsergebnis tragbar. Der deutschnationale Abgeordnete Bruhn, der Kommunist Torgler und der Wirtschaftsparteiler Mollath stimmten gegen die Mehrablieferung. Abgeordneter Bruhn begründete seine Haltung damit, daß seine Partei jetzt keine Regierungspartei sei!

„Wirtschafts"partei

Der Enthüller Hecken. Ab und zu muß man auch den Deutschnationalen dankbar sein. So hat ihr Abgeordneter Hecken in einer Landtagsrede vom 20. 4. zwei ungemein wertvolle Tatsachen mitgeteilt. Daß auch der Kampf gegen die Wohnungszwangswirtschaft mit dem Ziele ihrer sofortigen Aufhebung für die Wirtschaftspartei lediglich ein demagogisches Agitationsmittel ist, war uns bekannt. Sie weiß sehr genau, daß es unmöglich ist, kurz und bündig die Aufhebung zu dekretieren. Das verraten manchmal auch die Männer der Wirtschaftspartei in einer schwachen Stunde. So konnte z. B. Herr Hecken berichten, daß auf einer Handwerkertagung im Mai 1927 in Weißenfels der sächsische wirtschaftsparteiliche Finanzminister Weber wörtlich erklärt habe: „Es kommt an mich heran der Wunsch: sofortige Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft! Diesem Wunsch kann selbstverständlich nicht Rechnung getragen werden, sondern eine Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft ist nur Zug um Zug mit Schaffung des notwendigen Neuwohnraums möglich." Abg. Ladendorff von der Wirtschaftspartei gab sich verzweifelte Mühe, diese Äußerung als angeblich längst widerlegt aus der Welt zu schaffen. Aber der deutschnationale Redner entgegnete ihm: „Sie können doch nicht abstreiten, was ich selbst gehört habe, und was eine Reihe anderer Kollegen gehört hat. . . ."

Herr Hecken konnte aber noch anderes verraten. Bei der Abstimmung im Preußischen Landtag über die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer am 19. 3. 29 war es aufgefallen, daß der wirtschaftsparteiliche Abg. Dr. Rhode den Saal verließ, so daß er nicht wie seine Fraktionsgenossen eine Ja-Karte abzugeben brauchte. Aber bei der folgenden namentlichen Abstimmung am selben Tag stimmte er frisch und fröhlich wieder mit. Hecken hat des Rätsels Lösung gegeben:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0027

„Bei der Abstimmung über die Einbeziehung der freien Berufe selbst, bei diesem Spezialantrag haben Sie nicht einstimmig votiert! Ihr Fraktionsmitglied Rechtsanwalt Rhode ist in aller Form von der Abstimmung entbunden worden." Als der wirtschaftsparteiliche Fraktionsvorsitzende Ladendorff dagegen widersprach, wurde Hecken deutlicher: „Herr Ladendorff, mit meinem Wort bürge ich dafür, daß Sie in meiner Gegenwart einen Ihrer Herren beauftragt haben, Herrn Rhode mitzuteilen, daß er von der Abstimmung entbunden wird!" Diese Tatsache der Freigabe der Abstimmung mußte im Laufe der Diskussion von dem wirtschaftsparteilichen Abg. Donners bestätigt werden.

Daß auch sonst für die Wirtschaftspartei die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer nur ein Agitationsmittel ist, und daß der Partei an einer wirklichen Durchführung dieser Forderung gar nichts liegt, zeigt ihr Verhalten in Sachsen. In diesem Freistaat hat es früher bereits die allgemeine Berufssteuer gegeben. In der Inflationszeit wurde sie dann abgeschafft; und als dann die Wirtschaftspartei nach den Landtagswahlen von 1926 den Finanzminister stellte, ist es diesem gar nicht eingefallen, die Berufssteuer wieder einzuführen, obwohl das ein gut Teil leichter gewesen wäre als ihre Neuschaffung in Preußen.

Wie die Wirtschaftspartei den Mittelstand im Stiche läßt. Die demokratische Fraktion in der Bezirksversammlung Berlin, Kreuzberg, hatte kürzlich beantragt, eine Einspruchsinstanz zu schaffen, die von den Gewerbesteuerpflichtigen angerufen werden kann, wenn die beantragte Stundung der Gewerbesteuer von der Steuerkasse nicht bewilligt wird. Dem Antrage lag insbesondere die Erwägung zugrunde, daß ein dem sonst bei Beschwerden allein entscheidenden Steuerdezernenten beigegebener Ausschuß von fünf Mitgliedern aus der Deputation für Handel und Gewerbe eher das Vertrauen der beteiligten Steuerpflichtigen aus Handel und Gewerbe hat als der Beamte allein. Die Demokraten wollten durch diesen Antrag erreichen, daß ein besseres Verständnis für die schwierige Lage der Gewerbesteuerpflichtigen und die daraus entspringende persönliche Not der einzelnen gewährleistet wird. Auffallenderweise sprach der Redner der Wirtschaftspartei, ein Klempnermeister, gegen diesen Antrag. Er bezeichnete ihn als überflüssig, offenbar deshalb, weil ihn die Wirtschaftspartei nicht gestellt hatte. In der Abstimmung wurde der Antrag angenommen. Die beiden Wirtschaftsparteiler wagten nicht gegen den Antrag zu stimmen, enthielten sich aber der Stimme. Das nennt man praktische Förderung der Interessen des gewerblichen Mittelstandes! P.

Sparsamkeit in Theorie und Praxis. Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages hatte über nachstehenden Antrag zu verhandeln: „Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß der § 22 GVG. dahin abgeändert wird, daß künftig Amtsgerichtsräte gleichzeitig zu Richtern an mehreren Amtsgerichten ernannt werden können, um einerseits die Aufhebung und Zusammenlegung kleiner Amtsgerichte möglichst zu vermeiden und andererseits eine Durchführung der kleinen Justizreform auch an diesen Gerichten und an mehrstelligen unterbeschäftigten Gerichten zu ermöglichen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0028

Der Antrag wurde schließlich in folgender Fassung angenommen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß der § 22 GVG. dahin abgeändert wird, daß künftig Amtsgerichtsräte gleichzeitig zu Richtern an mehreren Amtsgerichten ernannt werden können."

In der Beratung beschäftigte man sich eingehend mit der Frage der Aufhebung kleiner Amtsgerichte. Es ist kein Geheimnis, daß es in Preußen eine erhebliche Anzahl von kleinen Amtsgerichten gibt, bei denen der Geschäftsumfang so gering ist, daß die Arbeitskraft des Richters auch nicht entfernt ausgenutzt wird. Das preußische Finanzministerium vertritt die Ansicht, man könne ohne irgendwelche Bedenken etwa 80 kleine Amtsgerichte in Preußen aufheben. Daß sich bei den Beratungen die Deutschnationalen und das Zentrum sehr stark dagegen wandten, kleine, nicht lebensfähige Amtsgerichte aufzuheben, war ja nichts Neues; denn das entspricht der Haltung, die diese Parteien stets eingenommen haben. Interessant war aber, zu sehen, wie sich die Vertreter der Wirtschaftspartei und der Deutschen Fraktion mit allergrößter Entschiedenheit gegen die Beseitigung kleiner Amtsgerichte im Interesse der Sparsamkeit wandten. Auf der einen Seite erlebt man im Lande, daß gerade die Wirtschaftspartei und die Christlichen Bauern, die der Deutschen Fraktion angehören, gegen die aufgeblähte Verwaltung zu Felde ziehen und mit allergrößtem Nachdruck strengste Sparsamkeit und Zusammenfassung der Verwaltung fordern. Wenn aber solche Maßnahmen durchgeführt werden sollen, dann wollen ausgerechnet diese beiden Parteien Sparsamkeit verhindern!

Ein weiser Richter. Anläßlich der Freisprechung des Malers Grosz von der Anklage der Gotteslästerung durch eine Berliner Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtdirektors Siegert richtete die aufgeregte Wirtschaftspartei im Preußischen Landtag eine Anfrage an das Staatsministerium, ob es bereit sei, den Landgerichtsdirektor Siegert über die vorhandenen religiösen Anschauungen zu unterrichten, evtl. durch einen Sonderkursus, und ob es bereit sei, den Landgerichtsdirektor Siegert unverzüglich seines Amtes zu entheben. Diese Forderungen wirken um so seltsamer, als die Wirtschaftspartei sonst nachdrücklich an der Unabsetzbarkeit des Richterstandes festhält. Das Originellste ist aber, daß zu den Unterzeichnern der Anfrage auch ein Richter gehört, der Land- und Amtsgerichtsrat Hestermann aus Bielefeld. Er hat sich damit herauszureden versucht, daß er die Kleine Anfrage vor Unterzeichnung gar nicht gelesen habe. Kleine Anfrage: Ist das Staatsministerium bereit, den Abgeordneten Hestermann in einem Sonderkursus über die Sorgfalt und Zuverlässigkeit eines richterlichen Beamten zu belehren?

Herr Hestermann hat einen Fraktionskollegen, den Abgeordneten Grüter, der in einer Landtagsrede verlangt hat, man sollte den Landgerichtsdirektor Siegert, „der sich nicht schämt, einem Urteil eine solche Begründung beizufügen, zum Teufel jagen". Da kam der selbstverständliche Zwischenruf: „Unabhängigkeit der Richter!" Worauf Herr Grüter erwidert: „Dann ist es die höchste Zeit, daß die Reichsverfassung geändert wird."

Ja, es ist schon ein seltsames Völkchen, das sich in der Reichspartei gegen den deutschen Mittelstand (Wirtschaftspartei) zusammenfindet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0029

Wirtschaftsparteiliche Ministergehälter.

Sachsen hat die Ministergehälter auf 30 000 RM. erhöht. Maßgebend bei Gehaltsfragen ist der Finanzminister. Der sächsische Finanzminister gehört der Reichspartei gegen den deutschen Mittelstand (Wirtschaftspartei) an. Die Wirtschaftspartei verlangt bekanntlich Abbau der öffentlichen Ausgaben. So verwirklicht sie ihr Programm. Ein neuer Beitrag für die grundsatzlose, unehrliche Art ihres Kampfes. Die Ministergehälter sind erhöht, die Hauszinssteuer, für deren Bestehen die Wirtschaftspartei die Verantwortung trägt, ist in Sachsen auch erhöht.

Kommunisten

Die Notwendigkeit des privaten Handels, die von den Marxisten (aber auch von den Gruppen der Rechten) so oft geleugnet wird, ist durch die wirtschaftliche Entwicklung in der russischen Sowjetrepublik einwandfrei bewiesen worden. Nachdem die Bolschewisten ursprünglich jede private Handelstätigkeit verboten hatten, haben sie schon seit Jahr und Tag den Warenhandel im innerrussischen Verkehr wieder zulassen müssen. Ihm auch im Verkehr mit dem Auslande seinen Platz wieder einzuräumen, dagegen sträuben sich die Bolschewisten aber vorläufig noch aus Doktrinarismus; sie arbeiten hier ausschließlich mit einer staatlichen Organisation. Daß sie ihren Eigensinn aber teuer bezahlen müssen, darüber sind sie sich selbst nicht im unklaren. Im „Wirtschaftsdienst" (Heft 15 v. 12. 4. 29)) liest man folgendes: Die stärkste Steigerung (bei den Exportunkosten) weisen die Handelsunkosten auf, d. h. die Kosten des staatlichen und genossenschaftlichen Handelsapparates. „Unter den allgemeinen Fragen der Rationalisierung unseres Staatsapparates", bemerkte kürzlich L. Chintschuk, ein leitender Beamter des Handelskommissariats, „spielt die Frage der Senkung der unproduktiven Unkosten des Handelsapparates eine bedeutende Rolle. Unsere Unkultur zeigt sich auf diesem Gebiete darin, daß wir keine richtige Arbeitsleistung zwischen den Beschaffungs- und Absatzorganisationen, zwischen den zentralen Regulierungs- und den lokalen Handelsorganen durchführen können. Infolgedessen sind die Handelsunkosten beträchtlich gestiegen und bilden eine schwere Belastung für unseren Export. Die Senkung der Unkosten könnte der Verbreitung der Sowjetwaren auf den ausländischen Märkten bedeutenden Nutzen bringen. Wir müssen noch lange und ernsthaft lernen, wie man Handel treibt."

Nationalsozialisten

Sie wissen über einander Bescheid. In dem nationalsozialistischen „Angriff" ist folgender Erguß zu lesen: „Die Herren Wulle und Konsorten ziehen es also vor, den Verleumdungskampf gegen uns aus der feigen Sicherheit der Zeitungsspalten ihrer Winkel- und Schundblätter für geistig Minderbemittelte weiterzuführen. . . . Die Versammlung am letzten Freitag war von uns geplant als Begräbnis erster Klasse für einen Verein (Deutschvölkische Freiheitspartei), der in der Öffentlichkeit vorgibt, Politik zu treiben, in Wirklichkeit aber nur harmlosen Naivlingen das Geld aus der Nase zieht, um das höchst überflüssige Vorhandensein einer Handvoll politischer Strauchritter damit zu ernähren. . . ."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0030

Splittergruppen

„Los vom Deutschen Reich!“ Wenn man geglaubt hatte, die ablehnende Haltung der bayerischen nationalistisch-monarchistischen Bewegung gegen den Stahlhelm sei ein Zeichen beginnender Vernunft, so sieht man sich schnell eines Schlechteren belehrt. Die Ausführungen, die in einer Versammlung des bayerischen Heimat- und Königsbundes Graf Arco über das Verhältnis Bayerns zum Reiche gemacht hat, sind so erschütternd gewissenlos, daß man daran verzweifeln muß, diese Kreise jemals zu positiver Mitarbeit am Aufbau der Republik heranziehen zu können. Graf Arco propagierte ganz offen die Parole: Los vom Reich! und er verlangte eine selbständige bayerische Politik, die imstande sein müsse, etwa mit Österreich gegen Preußen ein Bündnis zu schließen. Den Gedanken der Reichstreue lehnte er als ein politisches Unding rundweg ab. Obwohl in der deutschnationalen Presse die Rede des Grafen Arco scharfer Kritik begegnet, bleibt sie kennzeichnend für einflußreiche bayerische Stimmungen.

*

Aus den deutschdemokratischen Parteien des Auslandes

Die Deutschdemokratische Freiheitspartei in der Tschechoslowakei. Die Deutschdemokratische Freiheitspartei entstand im Jahre 1919 durch Verschmelzung der alten Deutschen Fortschrittspartei mit der kurz vorher gegründeten Deutschen Demokratischen Partei. Die Wahlen in die erste (gewählte) Nationalversammlung im Jahre 1920 boten Gelegenheit, in den Wahlkampf einzutreten. Das geltende Wahlrecht, das sowohl für das Abgeordnetenhaus als auch für den Senat die Bestimmung enthält, daß die Stimmen einer Partei, die in keinem Wahlkreis die Wahlzahl erreicht, verloren sind, brachte es mit sich, daß zwischen den deutschen Parteien sowohl aus Gründen der Selbstverwaltung als auch aus allgemein nationalen Gründen gewisse Vereinbarungen getroffen wurden, die dahin gingen, daß in gewissen Wahlkreisen mehrere Parteien gemeinsam unter dem Namen einer von ihnen kandidierten. Daher kann die Zahl der demokratischen Stimmen nicht festgestellt werden. Die Partei erzielte zwei Mandate in das Abgeordnetenhaus (Univ.-Prof. Dr. Bruno Kafka und Handelskammersekretär Karl Kostka) und zwei Mandate in den Senat (Univ.-Prof. Dr. Spiegel und Baumeister Josef Jelinek). Die Genannten haben in dieser ersten Parlamentsperiode nicht nur im Sinne der Parteigrundsätze gewirkt, sondern sie haben infolge ihrer hervorragenden, von allen Seiten anerkannten Qualitäten und infolge der Mittelstellung, die die Partei in dem bald einsetzenden Kampfe der deutschen Gruppen einahm, eine über ihre Zahl weit hinausreichende Rolle gespielt. Die grundlegenden Ideen der deutschen Politik im Staate sind größtenteils auf sie zurückzuführen und sie waren die geistigen Führer im Existenzkampf, den das Deutschtum des Staates in dieser Zeit zu führen hatte. Ihre Kraft verwendeten sie und die Partei mehr in diesem nationalen Kampfe und im Sinne der Einheitsbestrebungen unter den Parteien des deutschen Volkes des Staates als im Interesse der Ideale der Partei und deren Organisation, was sich vom rein parteimäßigen Standpunkte als ein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0031

Fehler erwiesen hat. Als es im Herbste 1925 zu den zweiten Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften kam, scheiterten im letzten Augenblicke die Bestrebungen der deutschen nicht marxistischen Parteien auf Schaffung einer Einheitsfront für den Wahlkampf trotz der eifrigsten Bemühungen der Demokraten und es gelang — trotzdem bindende Versprechungen seitens gewisser deutscher Parteien vorlagen — nicht, auch nur ein Teilkompromiß zustande zu bringen.

Da nun die Möglichkeit bestand, daß die Partei in keinem Wahlkreise die Wahlzahl erreichen würde, zog sie es vor, keine eigenen Kandidatenlisten aufzustellen, so daß sie in der gegenwärtigen Nationalversammlung unvertreten ist. Bei allen Nachteilen, die diese Abstinenz vom Standpunkte der Partei mit sich bringt, hat sie den Vorteil, daß sie nunmehr keinerlei Bindungen nach irgendwelcher Richtung und das volle Recht der Kritik gegenüber den anderen deutschen Parteien hat und diese in um so berechtigter Weise ausüben kann, als ein Teil der deutschen Gruppen in unfruchtbarer, negativistischer, unversöhnlicher Opposition zum Staate steht, während der andere Teil seit zweieinhalb Jahren ohne jegliche Garantien in einer tschechisch-deutschen Regierung sitzt, ohne daß es ihr gelungen wäre, das Schicksal der deutschen 3½-Millionen-Minderheit des Staates irgendwie besser zu gestalten.

So mußte sich geradezu zwangsläufig ein Umschwung in der Stimmung der deutschen Wählerschaft zugunsten der Deutschdemokratischen Freiheitspartei vollziehen. Die Sympathien, die ihr im Jahre 1925 deshalb entgegengebracht wurden, weil weite Kreise der Bevölkerung darüber empört waren, daß gerade die besten Politiker, über die die Deutschen verfügten, durch den engstirnigen Parteiegoismus und den durch ihn erfolgten Zusammenbruch des ungemein volkstümlichen Einheitsfrontgedankens aus dem politischen Leben ausscheiden mußten, wandelten sich allmählich zu einer Sympathie, die auf ihrer berechtigten Kritik der von den anderen fortdauernd begangenen Fehler und auf ihrer Mittelstellung zwischen den sich immer schärfer befehdenden deutschen Parteien fußte. Es wurden jener immer mehr, die abgestoßen wurden von dem sterilen Radikalismus der einen und dem würde- und erfolglosen „In-der-Regierung-sitzen" der anderen.

Diese Stimmung lag in der Luft und wurde im Sommer 1928 noch dadurch verstärkt, daß einer der besten Köpfe der deutschen Nationalpartei, der Abgeordnete Dr. Alfred Rosche, angewidert von dem Starrsinn seiner Partei und von den unerquicklichen Verhältnissen in ihren Reihen, diese verließ und sein Mandat niederlegte. Kampf gegen den Bruderkampf, Einheit der deutschen Front, nationale Selbstverwaltung war seine Losung. Es kam zu einer Annäherung seiner Gruppe und der Deutschdemokratischen Freiheitspartei, die bald zu einem engen Zusammenschluß unter dem gemeinsamen Namen „Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft" führte, ohne daß aber beide Gruppen ihre Selbständigkeit aufgaben.

Die am 2. Dezember 1928 stattgefundenen Wahlen in die neu geschaffenen Landes- und Bezirksvertretungen gaben der neuen Parteikoalition Gelegenheit, sich um das Vertrauen der deutschen Wählerschaft zu bewerben. Der Erfolg war verblüffend! Trotz der ungünstigen Voraussetzungen — worauf hier nicht näher eingegangen werden kann — wurden bei den Wahlen in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0032

die Landesvertretungen von Böhmen 98 000, von Mähren-Schlesien 27 000 Stimmen abgegeben, was bei den Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften einer Mandatsziffer von fünf bis sechs im Abgeordnetenhause, von zwei bis drei im Senate bedeutet hätte. Die beiden Führer Dr. Rosche und Prof. Dr. Kafka gelangten in die böhmische Landesvertretung.

Nunmehr wird an der Organisation der neuen Gemeinschaft und ihrer beiden Gruppen emsig gearbeitet, um für die Neuwahlen in die Nationalversammlung, die man vielleicht schon für den Herbst dieses Jahres, sicher aber für das nächste Jahr erwartet, gerüstet dazustehen.

So sieht die Deutschdemokratische Freiheitspartei in der Tschechoslowakei hoffnungsfroh in die Zukunft!

*

Presseschau

In der **„Gesellschaft"** (Heft 3, 6. Jahrg. S. 197) steht ein Aufsatz des Reichsinnenministers Severing über den Entwurf des Wehrprogramms der Sozialdemokratie. Diese Ausführungen erscheinen uns — auch im Hinblick auf die Erörterungen über ein demokratisches Wehrprogramm — von grundsätzlicher Bedeutung, so daß wir ihren wesentlichen Teil im folgenden wiedergeben:

Die Kommission zur Prüfung des Wehrprogramms bejaht die Pflicht der Landesverteidigung und verteidigt damit zugleich eine alte, gute Tradition der Partei. . . . wenn die Nichts-als-Pazifisten in unserer Partei heute die Dinge so darzustellen belieben, als ob Landesverteidigung gleichbedeutend sei mit der Verteidigung des Kapitalismus, dann darf doch an eine Rede erinnert werden, die Bebel in der Reichstagssitzung vom 7. März 1904 gehalten hat. Bebel hielt damals der kaiserlichen Regierung und den bürgerlichen Parteien vor:

„Meine Herren! Sie können künftig keinen siegreichen Krieg ohne uns schlagen. Wenn Sie siegen, siegen Sie mit uns, nicht gegen uns; ohne unsere Hilfe können Sie nicht mehr auskommen. Ich sage noch mehr: wir haben sogar das allergrößte Interesse, wenn wir in einen Krieg gezerrt werden sollten — ich nehme an, daß die deutsche Politik so sorgfältig geleitet wird, daß sie selbst keinen Grund gibt, einen Krieg hervorzurufen — aber wenn der Krieg ein Angriffskrieg werden sollte, ein Krieg, in dem es sich dann um die Existenz Deutschlands handelte, dann — ich gebe Ihnen mein Wort — sind wir bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zu Liebe, selbst meinetwegen Ihnen zum Trotz.

Wir leben und kämpfen auf diesem Boden, um dieses unser Vaterland, unser Heimatland, das so gut unser Vaterland, vielleicht noch mehr als Ihr Vaterland ist, so zu gestalten, daß es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für den letzten unter uns."

Es ist in der Debatte über die Richtlinien verschiedentlich bemängelt worden, daß der Hinweis der Programmkommission, daß Deutschland als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden könne, einer Aufgabe der völligen Abrüstung gleichkäme. Diesem Einwand darf doch wohl entgegengehalten werden, daß die Frage der völligen Abrüstung heute leider sehr wenig aktuell ist. Wir dürfen den Vortritt dabei, ohne uns an den Grundsätzen des Sozialismus irgend etwas zu vergeben, getrost anderen Völkern überlassen, deren Heeresbestände heute ein Vielfaches von dem ausmachen, was die deutsche Republik auf diesem Gebiete aufweist. Eine völlige Abrüstung wird selbstverständlich das Ziel der Sozialisten aller Länder bleiben müssen, wenn sie ihre höchsten Ideale von der Verbrüderung der Menschheit unter Herbeiführung eines Zustandes des ewigen Friedens nicht verleugnen wollen. Aber bis zur Verwirklichung dieses Ideals wird uns noch ein weiter Weg durch allerlei Unfriedens-Länder führen. Der französische Außenminister Briand hat vor einiger Zeit durchaus zutreffend darauf aufmerksam gemacht, daß auch obligatorische Schiedsgerichte zur Lösung internationaler Konflikte einstweilen nicht ohne Exekutive bleiben könnten. Es wird gut sein, daß wir uns von Zeit zu Zeit an diese politischen Realitäten erinnern und unsere Erwartungen auf eine völlige Abrüstung in kurzer Frist nicht allzu hoch spannen.

Dabei bleibt für uns freilich die Frage zu erörtern, ob Deutschland überhaupt mit einer von der Programmkommission angedeuteten Möglichkeit rechnen muß, daß es als Aufmarschgebiet mißbraucht werden könne. Hätten wir die Jahre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0033

unseres tiefsten Falles nicht so schnell vergessen, dann würden darüber Zweifel nicht bestehen, dann würden wir uns daran erinnern, daß im Jahre 1920 im Russisch-Polnischen Kriege die Provinz Ostpreußen nahe daran war, Aufmarschgebiet der feindlichen Heere zu werden. Daß damals etwa 60 000 bis 80 000 Flüchtlinge ostpreußischen Boden betraten, ist den Bewohnern dieser Provinz in lebendigster Erinnerung geblieben, und darum werden die gelegentlichen Spannungen zwischen Litauen und Polen an der deutschen Ostgrenze begreiflicherweise mit größerem Interesse verfolgt, als das sonst wohl im Binnenlande geschieht. Man darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß polnische Insurgenten im Spätsommer 1920 in schlesische Gebietsteile einbrachen, um durch die Abtrennung deutschen Bodens für die neue Grenzziehung vollendete Tatsachen zu schaffen. Oberschlesien war damals schon von interalliierten Truppen besetzt, das heißt, für deutsche Truppen gesperrt und darum sich selbst überlassen. So kam es, daß sozialistische Arbeiterführer nach Berlin eilten mit der Forderung, die Arbeiterschaft mit Waffen zur Abwehr der polnischen Überfälle zu versehen. Gewiß ist die Abfuhr, die die polnischen irregulären Haufen damals erfahren haben, nicht ohne Wirkung geblieben. Und weiter ist richtig, daß sich die Verhältnisse auch im Osten seitdem konsolidiert haben. Das zu betonen, sind gerade wir berufen, um die Atmosphäre des Mißtrauens zu beseitigen, die Chauvinisten hüben und drüben immer wieder schaffen. Aber eine Gewißheit, daß namentlich der deutsche Osten nicht wieder Aufmarsch- und Einfallgebiet werden könnte, wird niemand geben können. Und darum bleibt es richtig, daß Deutschland als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden kann.

Dann aber entsteht gerade für uns die Frage, ob wir die Abwehr einem geordneten Heerwesen oder untergeordneten privaten Organisationen überlassen sollen. Wenn unsere Pazifisten glauben, daß die Grenzbevölkerung in derartigen Fällen sich wehrlos plündern, brandschatzen, verstümmeln und töten ließe, dann irren sie gewaltig. Würde der Schutz des Staates versagen, dann würde sich eben eine private Abwehr organisieren mit allen ihren Gefahren für die eigenen Angehörigen, aber auch mit allen Gefahren für den Staat und seine Einrichtungen. Man braucht nur an die Ausschreitungen des oberschlesischen Selbstschutzes im Jahre 1921 zu erinnern, um zu ermessen, was das für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedeutet. Wir würden einem neuen Faustrecht den Boden bereiten und damit der Arbeiterklasse und nicht zuletzt den — Pazifisten den allerschlechtesten Dienst leisten, wenn wir eine Politik betreiben wollten, die den gänzlichen Abbau der staatlichen Machtmittel zum Ziele hätte. Das sind nicht vage Mutmaßungen, sondern bittere Erfahrungen einer langen Praxis. . . .

Die Kardinalfrage ist, auf welchem Wege die Einzelforderungen des Wehrprogramms erfüllt werden sollen. Seit im März 1920 Geßler die Leitung der Reichswehr übernahm, ist von einer Umgestaltung der Wehr im republikanischen Sinne sehr wenig zu spüren gewesen. Es wäre kurzsichtig und ungerecht, dafür allein die Reichswehr und ihre Leitung verantwortlich zu machen. Noskes Bemühungen z. B., zuverlässige Republikaner in die Reichswehr aufzunehmen, haben im Jahre 1919 keinen großen Erfolg gehabt. Den Werbungen für die Reichswehr in Arbeiterkreisen ist verschiedentlich von Arbeiterorganisationen entgegengetreten worden. In der Reichswehr blieben daher nicht nur die Offiziere, sondern — von wenigen Ausnahmen abgesehen — auch die Mannschaften der alten Armee. Was bei den Freikorps und anderen militärischen Formationen an Übergriffen in den Jahren 1920 und später zu beklagen war, wurde recht oft ungerechtfertigt auf die ganze Reichswehr übertragen. Und so bildete sich bald eine Stimmung zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr heraus, die ein Vertrauensverhältnis nicht aufkommen ließ und die Reichswehr stimmungsmäßig immer mehr in das Lager der Rechtsparteien drängte. Die Reichswehr hat von sich aus nichts getan, um dieses Verhältnis zu bessern, dagegen vieles geduldet — z. B. die Verbindung mit Rechtsverbänden —, was neues Mißtrauen gegen sie wachrufen mußte. So stehen wir heute, so kann es aber nicht bleiben . . .

Die **„Jungnationalen Stimmen"**, die dem christlich-sozialen Flügel der Deutschnationalen nahestehen, schreiben: „Nicht die Gesinnung macht den Staat, wie viele glauben, die den Staatsgedanken der Aufklärung abzulehnen vorgeben, sondern umgekehrt . . . Dennoch bleibt richtig, daß der Staat, der wirklich echte Staatsgesinnung erweckt, erst einmal in den Herzen seiner zukünftigen Bürger leben muß. Die Deutschnationalen fühlen das auch, aber sie packen das Problem falsch, oder zum mindesten einseitig vom rein Organisatorischen her an. Ganz gewiß wird Hugenberg seinen ‚Laden' gut aufziehen, aber in diesem Laden werden, so fürchten wir, sehr viel Hökerware und alte Ladenhüter weiter verkauft werden."

Verantwortlich: Dr. Dietrich Mende, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0034

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang | Berlin, 20. Mai 1929 | Nummer 10

Frauenschaffen und Volkskultur

Von Dr. Gusta Rath-Heilbronn

Wir haben es in den letzten Jahrzehnten erlebt, daß die Zahl der berufstätigen Frauen sich außerordentlich rasch vermehrt hat. Nicht nur die alleinstehenden Frauen und Mädchen, auch die verheirateten Frauen und Mütter aus weiten Schichten der Bevölkerung sind in das Berufsleben des Volkes so eingegliedert, daß man sie nicht mehr daraus wegdenken kann.

Wie stehen diese Frauen zu ihrem Beruf? Was bedeutet er ihnen und ihren Familien?

Gewiß ist für viele der Gelderwerb, der notwendige Verdienst der alleinige oder hauptsächliche Antrieb; aber aus dieser Masse heben sich, auch unter den Fabrikarbeiterinnen, einzelne heraus, die ein inneres Verhältnis zu ihrer Arbeit haben; die die Arbeit bejahen, sie um ihrer selbst willen lieben.

Für sie ist die Arbeit nicht nur Erwerb, um das eigene Dasein und das der Angehörigen zu fristen, für sie ist sie kulturelle Tat, und hat neben dem zahlbaren auch einen ethischen Wert.

Es gibt eine ganze Anzahl von Frauenberufen, die ohne dieses innere Bejahen, ohne Liebe und Hingabe überhaupt sinnlos würden — das sind alle Berufe mit erzieherischen und pflegerischen Aufgaben: die Lehrerin und die Kindergärtnerin, die Krankenpflegerin und Fürsorgerin, und manche andere. Bei diesen tritt der Erwerbsgedanke zurück,

diese Frauen sind erfüllt von einer Aufgabe im Dienst des Nächsten,

der sie nicht mit Kenntnissen und Arbeitskraft allein gerecht werden können, wenn diese auch nicht entbehrt werden können. Sie schaffen kulturelle Werte, zuweilen unter erheblichen Opfern am eigenen Leben und Sein.

Diesen ganz nahe stehen die rein künstlerischen und wissenschaftlichen Berufe: sie verlangen Ehrfurcht und Liebe und volle Hingabe an die Erforschung des Wahren, an die Vollendung des Schönen.

Wir sehen also: nicht jede Arbeit ist an sich für den Arbeitenden kulturell wertvoll, aber jede kann geadelt werden durch die innere Einstellung des Arbeitenden. Mir ist unvergeßlich ein Gespräch mit einer Arbeiterin am Webstuhl in einer großen Fabrik, die schon ein Menschenalter an der Maschine zugebracht hatte, mit welcher liebe-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0035

vollen Sorgfalt legte sie das fertige Stück weg, wie freute sie sich der gelungenen Arbeit.

Sie fühlte sich ganz eins mit ihrem Tun und war mindestens ebenso glücklich über ein schönes Gewebe wie der Arzt über die gelungene Heilung eines vorher hoffnungslosen Kranken.

Es ist klar, daß die Befriedigung im Beruf, die aus der Freude an der Leistung entspringt, da am besten gedeihen wird, wo die Arbeitsbedingungen gute und menschenwürdige sind, wo sie dem Bedürfnis nach Beseelung der Arbeit entgegenkommen; denn die Umstände, unter denen ein Mensch arbeitet, und seine seelische Einstellung zur Arbeit haben eine ganz große Bedeutung für die sittliche Persönlichkeit selbst. Es ist demnach

durchaus nicht gleichgültig, unter welchen Umständen die Töchter, Ehefrauen, Schwestern, Mütter in ihrer Berufsarbeit

stehen. Denn sie tragen Wesentliches mit nach Hause — im einen Fall Abgespanntheit und Gleichgültigkeit, die zur Stumpfheit führen, im anderen Fall Befriedigung und innere Lebendigkeit, die sich mitteilen und in der Familie auswirken. Gelegentlich wird es sich wohl finden, daß andere, außerhalb des Berufs liegende Interessen höherer Art das Leben auch wertvoll machen können; aber immer müssen wir dessen eingedenk bleiben, daß

die Lage der arbeitenden Frau ein ganz wesentlicher Faktor für die kulturelle Höhe des ganzen Volkes

ist; und deshalb dürfen wir nicht aufhören, auf Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen (ausreichende Löhne, geeignete Arbeitsräume, praktische, nicht körperfremde Arbeitsanordnung, Vermeidung von Überlastung usw.) hinzuarbeiten.

Zu Hause wird die Frau, die selbst verdient, eine andere Rolle spielen als die nicht erwerbende. Schon daß sie über ihr Arbeitseinkommen selbst verfügt, verleiht ihr mehr Ansehen und hebt ihr Selbstbewußtsein. Diese Umstände sind — neben der Möglichkeit einer besseren Lebenshaltung — in vielen Fällen bestimmend für den Entschluß der Frau, auch in der Ehe die Erwerbsarbeit beizubehalten oder neu aufzunehmen, trotz der dann häufig auftretenden Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt. Dazu kommt, daß die Wohnungsnot oft das Zusammenwohnen mehrer Familien erzwingt, wodurch die jüngeren Frauen im Haushalt nicht gebraucht werden, oder daß gelegentlich die Arbeitslosigkeit des Mannes den Verdienst der Frau unentbehrlich macht. Sie ist dann diejenige, von der das kulturelle Niveau der Familie soweit als möglich gehalten wird.

Ist die Arbeit der Frau eine solche mit kulturellen Zielen, so wird sie der ganzen Familie ihren Stempel aufdrücken; wenn sie auch weniger Zeit auf ihre Familienpflichten verwenden kann als eine Nur-Hausfrau, so wird andererseits der Reichtum ihres Lebens und ihrer Person sich der Familie mitteilen.

Wie die Mutter, so fühlen sich durch sie auch die Kinder in Verbindung mit dem Strom der Welt, mit dem lebendigen Leben, an dem sie schon früh inneren Anteil nehmen, und dem sie später auch ihre Kräfte weihen werden.

Nicht immer werden die Verhältnisse so liegen, daß ein großer Teil der Frauenarbeit für außerhäusliche Berufsarbeit entbehrt wer-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0036

den kann oder entbehrt werden muß. Auch reichen, wie die Verhältnisse heute liegen, nicht immer die Kräfte für eine solche Belastung aus. Trotzdem braucht ein solches Frauenleben nicht leer und eng zu sein.

Jede rechte Frau wird das Leben finden, das sie zu pflegen, die Aufgabe, der sie zu dienen hat.

Wir sind auf dem Wege zu neuen Lebensformen; wie weit er uns führen wird, wissen wir nicht. Nicht immer vollzieht sich der Übergang reibungslos. Frauen und Männer sind oft nicht dafür erzogen. Die traditionellen Methoden der Haushaltführung sind zu mühsam, belasten die Frauen zu sehr. Hier kann und muß Wandel geschaffen werden.

Große Aufgaben warten auf die Frau. Schon hat sie die Wohlfahrtspflege wesentlich umgestaltet und ausgebaut, schon hat sie dem weiblichen Nachwuchs den Zugang zu den meisten Bildungswegen, und zu den meisten Berufen erkämpft. Auch hat sie wertvolle Leistungen auf zahlreichen Gebieten menschlicher Arbeit aufzuweisen.

An uns, den Müttern der heranwachsenden Generation liegt es nun, diese Jungen stark und tüchtig heranzuziehen, daß Arbeit ihnen Lust und Leistung ihnen Freude werde. Denn der verlorene Krieg lastet auf uns; noch bedarf es der Anspannung aller Kräfte, damit wir unsere Verpflichtungen erfüllen, ohne daran zu verbluten.

Wir aber, und die nach uns kommen, wollen die Arbeit nicht auf uns nehmen als ein Muß, sondern wir wollen sie durch freudige und tüchtige Leistung veredeln, so daß sie uns und den Unsern zum Segen gereicht.

*

Währung, Wirtschaft und Steuersystem

Von Dr. h. c. Hermann Höpker-Aschoff,
Preußischem Finanzminister

Wenn die Reichsbank im Laufe von vier Monaten 1¼ Milliarden Devisen abgeben muß — damit Deutschland Reparationen und Schuldenzinsen an das Ausland zahlen kann, damit die deutsche Wirtschaft den Einfuhrüberschuß begleichen und gekündigte Auslandskredite zurückzahlen kann, — wenn die Pariser Presse gegen Schacht und seine Diskontpolitik Sturm läuft und mit der Bedrohung der deutschen Währung die deutschen Unterhändler in Paris unter Druck zu setzen versucht, wenn die Zeitungen davon berichten, daß die Reichskasse leer sei und der Reichsfinanzminister sich täglich bemühe, mit kurzfristigen Kreditoperationen Geld in die Reichskasse zu bringen, wenn endlich unverantwortliche Politiker ihre sogenannte nationale Politik damit bestreiten, daß sie die deutsche Währung als erschüttert darstellen — dann darf man sich nicht wundern, daß vor ängstlichen Augen das Gespenst der Inflation erscheint.

Wenn der Wille da ist, eine Währung zu halten, so kann sie nicht erschüttert werden. Der Angriff auf die deutsche Mark ist zurückgeschlagen, die Spekulation auf den Sturz der deutschen Mark zusammengebrochen. Die Reichsbank hat ihre Reserven rücksichtslos eingesetzt und den Kurs der deutschen Mark gehalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0037

Wenn der deutsche Bürger etwas mehr von der Theorie der Geldwirtschaft verstünde, so würde er nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß die Reichsbank auch erneute Stürme abwehren kann. Selbst wenn ein erhöhter Diskont nicht dazu führen würde, Auslandskredite nach Deutschland zu bringen oder doch wenigstens den Abzug von Auslandskrediten zu verhindern, so würde doch eine durchgreifende Einschränkung der Kreditgewährung durch die Reichsbank die deutsche Wirtschaft zwingen, den ausländischen Warenimport zu drosseln und ihre Warenvorräte um jeden Preis an das Ausland zu verkaufen und so Devisenzahlungen an das Ausland zu sparen und Devisen vom Auslande zu beschaffen. Solche Maßnahmen können zu einer Erschütterung der deutschen Wirtschaft führen, eine Erschütterung der deutschen Währung kann durch sie unter allen Umständen vermieden werden. Wenn nur die Reichsbank will. Und wer zweifelt daran, daß sie wollen wird! So wird der Kampf um die deutsche Währung unter allen Umständen siegreich durchgeführt werden.

Aber die Inflation hat noch eine andere Seite: die Vermehrung inländischer Zahlungsmittel und die dadurch bedingte Steigerung der Preise, das Spiegelbild der Vermehrung und Entwertung des Geldes. Ware ist Angebot, Geld ist Nachfrage. Wenn man die Zahlungsmittel vermehrt, ohne die Warenvorräte zu vermehren, so treibt die erhöhte Nachfrage die Preise in die Höhe. Erhöhte Preise verlangen dann größeren Umlauf von Zahlungsmitteln. Wenn man nunmehr von neuem die Menge der umlaufenden Zahlungsmittel vermehrt, so wiederholt sich die Preissteigerung. Das ist das Wesen der Inflation, die wir schaudernd erlebt haben. Erste Ursache dieser Inflation war der Geldbedarf des Reiches. Das Reich beschaffte sich die erforderlichen Geldmittel durch Verkauf von Schatzwechseln an die Reichsbank. Die Reichsbank stellte dafür mit Hilfe der Notenpresse die erforderlichen Banknoten zur Verfügung. Dazu trat eine planlose Kreditgewährung an die Wirtschaft, ebenfalls mit Hilfe der Notenpresse. Solche Finanzwirtschaft ist heute völlig undenkbar. Die Reichsbank ist unabhängig, sie darf dem Reich höchstens 400 Millionen Schatzwechsel abnehmen und selbst diese nicht als Notendeckung verwenden. Der Gesamtbetrag der umlaufenden Noten muß zu 40 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt sein. Es kann wiederum keinem Zweifel unterliegen, daß diese Grenzen von der Reichsbank eingehalten werden, weil sie eingehalten werden müssen. Die Reichsbank wird die Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzen durch Diskonterhöhungen und Kreditrestriktionen unter allen Umständen erzwingen, koste es was es wolle. Auch dies kann zu Erschütterungen der Wirtschaft führen, eine Inflation aber ist undenkbar. Die Generation, die einmal eine Inflation erlebt hat, wird sie nicht zum zweiten Male erleben.

Freilich, das Reich kann in Schwierigkeiten kommen, und so ist denn unsere Sorge nicht die Inflation — nur Narren können sie befürchten, nur verantwortungslose Gesellen können sie an die Wand malen —, sondern unsere Sorge sind die Reichsfinanzen. Das Rechnungsjahr 1928 wird mit einem Fehlbetrage von rund 100 Millionen abschließen. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat bis zum Jahresende 260 Millionen vom Reich in Anspruch genommen, für die keine Deckung vorhanden ist. Die Vorschüsse für die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts — das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0038

sind Ausgaben, die durch Anleihen gedeckt werden sollen, aber nicht gedeckt worden sind, weil das Reich nach dem Fehlschlag der Anleihe von 1927 eine neue Anleihe aufzulegen bisher sich scheute — betrugen am Jahresende 675 Millionen. Es handelt sich nicht mehr um eine vorübergehende Ebbe in der Kasse. Selbst wenn die geplanten Maßnahmen — die 500-Millionen-Anleihe, der Verkauf von Eisenbahnvorzugsaktien — einen Erfolg hätten und der Kasse erhebliche Mittel zur Abdeckung der Vorschüsse für den außerordentlichen Haushalt zuführten, würde ein Fehlbetrag bleiben, der irgendwie durch Einnahmen gedeckt werden muß.

Daraus ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

1. Die fortlaufende Inanspruchnahme der Reichskasse durch die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist unerträglich. Die Arbeitslosenversicherung muß so umgestellt werden, daß die Ausgaben im Durchschnitt des Jahres durch die eigenen Einnahmen gedeckt werden können.

2. Es verdient die größte Anerkennung, daß die Fraktionen des Reichstages — im wesentlichen nach den Vorschlägen des Hansa-Bundes — die Ausgaben zusammengestrichen haben. Je stärker die Ausgaben zusammengestrichen werden, um so besser. Aber es ist ein Irrtum zu glauben, daß wir damit um eine durchgreifende Besteuerung des Alkoholkonsums nach dem Vorbild anderer Länder herumkommen könnten. Es ist ein Wahnsinn, daß Deutschland sich einem ausgedehnten Alkoholkonsum hingibt und diesen Konsum noch nicht einmal einer durchgreifenden Besteuerung unterwirft. Die Alkoholsteuern bringen in Deutschland 600 Millionen, in England das Vierfache auf. Wir brauchen diese Besteuerung zunächst, um die Fehlbeträge der Reichskasse abzudecken, sodann aber für eine vernünftige Umgestaltung unseres Steuersystems, d. h. für die Herabsetzung der Realsteuern und eine Milderung des Einkommensteuertarifs, dessen scharfe Progression die Kapitalbildung verhindert und eine erschreckende Steuerflucht auslöst.

3. Es geht nicht an, daß die Entlastung, die ein Erfolg der Pariser Verhandlungen uns bringen kann, zur Deckung der Kassenfehlbeträge oder gar neuer Ausgaben benutzt wird. Diese Entlastung muß voll für die eben umschriebene Umgestaltung des Steuersystems verwandt werden. Nur so kann der deutschen Wirtschaft der so dringend notwendige Auftrieb gegeben werden. Für Reichsregierung und Reichstag kommt eine Stunde von entscheidender Bedeutung! Es handelt sich darum, neue Ausgaben zu verhindern und die Verminderung der Reparationen für die Gesamtheit der deutschen Steuerzahler auszuwerten.

In den Monaten Juni, Juli und August

erscheint der „Demokrat"

monatlich einmal als Doppelnummer

jeweils am 15. des Monats.

Die Schriftleitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0039

Der Sinn von Worms

Von Hellmuth Jaeger

Der nachfolgende Aufsatz geht unseren Freunden erst zu, wenn die Jungdemokratentagung in Worms vorüber ist. Wir halten seinen Inhalt für grundsätzlich wichtig und glauben deshalb, daß er auch nachträglich noch Interesse beanspruchen kann.

Zum 5. Mal seit dem 10jährigen Bestehen unserer Bewegung finden wir uns zu einem Jugendtag zusammen. Wenn wir auf die Reihe der früheren Tagungen zurückblicken, so erkennen wir deutlich den politischen Weg mit seinen verschiedenen Etappen, die wir im verflossenen Jahrzehnt zurückgelegt haben. Der Weg geht von der jugendbewegten, romantischen, theoretischen politischen Ideologie zur realen, praktischen politischen Arbeit.

Als wir uns im Jahre 1922 in Cassel vereinten, waren wir reine Jugendbewegung. So mancher befand sich unter uns, der 1913 auf dem Hohen Meißner gewesen war. Lediglich die politische Nuance hob uns von der allgemeinen Jugendbewegung ab, aber schon im nächsten Jahre brachte uns Frankfurt am Main eine Scheidung und Klärung. Es hatten sich zwei markante Strömungen herausgebildet: die „politische“ und die „jugendbewegte“ Richtung. Die Frankfurter Tagung selbst hatte noch ein Kompromiß zwischen beiden Richtungen ergeben. Es war unhaltbar. Durch das Eingreifen Ernst Lemmers wurde ihm ein schnelles Ende bereitet und der politischen Richtung zum endgültigen und vollen Siege verholfen. Die frühzeitige Trennung ist, auf weite Sicht gesehen, ein großer Erfolg gewesen. Sie schaffte unserer Bewegung Einheitlichkeit der Grundauffassung und damit politische und organisatorische Schlagkraft. Sie bewahrte unsere Bewegung vor unfruchtbaren inneren Auseinandersetzungen und vor dem übertriebenen Individualismus rein jugendbewegter Kreise, dessen zersetzende Auswirkungen in chaotischer Viel- und Neubündelei bestanden. Dieser Individualismus ist die Ursache zum geistigen Untergang der allgemeinen Jugendbewegung geworden. Ernst Lemmers Eingriff war scharf, und die Trennung von den rein jugendbewegten Freunden war vielen von uns schmerzhaft. Aber für die Zukunft ist die Bahn für unsere politische Entwicklung frei geworden, die nun von Tagung zu Tagung sichtlich fortschritt. In Altenburg befaßten wir uns mit staatspolitischen Fragen; in Heidelberg erfolgte die Kundgebung für Deutschlands europäische Sendung. Worms wird uns mitten hineinstellen in die schweren Wirtschaftssorgen, durch die Deutschlands innere und äußere Lasten heraufbeschworen worden sind.

Aber Worms soll nicht nur Zielsetzung für die Zukunft, sondern auch Rechenschaft über die politische Arbeit seit Heidelberg bringen. Wir haben in den letzten beiden Jahren eine ganze Reihe politischer Aktionen eingeleitet und mit beachtlichen Erfolgen durchgeführt. Im Vordergrund steht die von uns angeregte und eingeleitete Bewegung gegen die Todesstrafe; wir haben uns damals im September 1927, als die Entscheidung über die Todesstrafe im Strafrechtsausschuß des Reichstages bevorstand, mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, der mit seiner entschiedenen Forderung nach der Beseitigung der Todesstrafe ein lebhaftes Echo erweckte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0040

Wir erinnern heute weiter daran, daß wir uns mit großem Eifer bemüht haben, fortschrittliche und neuartige Ziele der Wirtschaftspolitik aufzustellen. Wir haben uns vor allem auf unserer Führerratstagung in Wetzlar im Oktober 1928 in ausführlicher Aussprache mit diesen Dingen beschäftigt und neue Grundlagen der wirtschaftspolitischen Zielsetzung herauszuarbeiten versucht. In der Folgezeit haben wir in der vom Hauptparteivorstand eingesetzten Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Wirtschaftsprogrammes der Partei, vertreten durch Ernst Lemmer, mitgewirkt.

Auch daran muß gedacht werden, daß wir das Gebiet der Sozialpolitik nicht vernachlässigt haben. Wir haben im Sommer des vorigen Jahres einen Ausschuß eingesetzt, der sich vor allem mit den Fragen des Jugendrechts beschäftigt hat und der nach der Durcharbeitung einer ganzen Reihe von wichtigen Gesetzen — der einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzentwurfes, des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Jugendwohlfahrtsgesetzes u. a. — eine Reihe von konkreten Forderungen zur Besserung der Rechtsstellung der Jugendlichen herausgearbeitet hat. Die Arbeiten des Jugendrechtsausschusses sind noch nicht vollkommen abgeschlossen; ihr Ergebnis wird in sehr kurzer Frist der Bewegung zur Kenntnis gebracht werden.

Neben der eigentlichen politischen Arbeit sind wir auch stets und vor allem bemüht gewesen, unseren Einfluß in der Partei zu stärken und die Politik und Organisation der Partei im Sinne unserer Ideen umzugestalten. Man kann wohl mit Recht sagen, daß dies die Hauptaufgabe unserer Arbeit seit Heidelberg gewesen ist.

Zwei Punkte seien hier von allem herausgegriffen. Als nach dem niederschmetternden Wahlergebnis vom Mai 1928 Pessimismus und Verzweiflung in weitesten Kreisen unserer Parteifreunde Platz griffen und für uns untragbare Transaktionen und Parteiverschmelzungen erörtert wurden, haben wir uns in die Bresche gestellt und haben die Partei zur Selbstbesinnung und Selbstbehauptung aufgerufen. Wir haben dann in der praktischen Ausführung dieser unserer grundsätzlichen Einstellung — das sei hier als zweites herausgehoben — bestimmte Forderungen an die Organisation der Partei gestellt, die vor allem die Verjüngung und Aktivierung des Parteiapparates zum Ziel hatten. Wir können mit Zufriedenheit feststellen, daß unserem unaufhörlichen und unnachgiebigen Drängen der Erfolg beschieden war: Die Eisenacher Organisationskonferenz der Partei hat im Januar d. J. sich eine Reihe von wesentlichen Forderungen der Jungdemokraten zu eigen gemacht und ihre Durchführung als dringend erstrebenswert empfohlen.

Den Weg, den wir bisher gegangen sind, werden wir auch weitergehen: den Einfluß der jungen Generation auf die Deutsche Demokratische Partei und darüber hinaus auf das gesamte politische Leben unseres Volkes zu stärken und diesen Gedanken mit konsequenter Energie in der praktischen Arbeit zu verwirklichen. Zu dieser Arbeit rufen wir alle Freunde in Worms auf und bitten sie um ihre tatkräftige Mitarbeit.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0041

Die Regierungsbildung in Sachsen

Von Dr. Külz, Reichsminister a. D.

Der Ausgang der sächsischen Landtagswahlen hat gezeigt, wie unfruchtbar für die praktische Politik es ist, einen Wahlkampf mit den Schlagworten: „Hier Marxismus — hier Antimarxismus“ oder: „Her mit dem Sowjetsachsen — nie wieder Sowjetsachsen“ zu führen. Die wirtschaftliche und soziale Struktur Sachsens ist nun einmal so, daß die dauernde Ausschaltung der Sozialdemokratie von der Staatsverantwortung ein unbefriedigender Zustand ist, und zwar einfach deswegen, weil nichts sicherer den Radikalismus und die Verschärfung der Gegensätze fördern müßte, als ein Zustand, bei dem 47 Prozent des Volkes dauernd in Opposition zum Staate stehen. Der Gedanke, daß die Sozialdemokratie von 96 Abgeordneten 33 hat, kann unsympathisch sein, aber diese Stärke der Sozialdemokraten im Parlament ist doch eine politische Realität, über die man stimmungsmäßig nicht einfach hinwegsehen kann, und zwar — wie nachdrücklich betont sei — auch nicht auf seiten der Sozialdemokratie. Sie hat vor dem Staat und vor dem Volke als stärkste Partei die Pflicht, sich zur Mitübernahme der Regierungsverantwortung bereit zu erklären. Mit einer platonischen Erklärung dieser Art würde es natürlich nicht getan sein, wenn nicht hinter ihr wirklich der Wille zu praktischer Regierungsarbeit stünde. Das bedingt die Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit nichtsozialistischen Parteien.

Der Schlüssel der nächsten Entwicklung liegt also vorerst bei der Sozialdemokratie. Wird sie von ihrem bisherigen, fruchtlosen, lediglich negierenden Radikalismus ablassen und dem Beispiel der Partei im Reichstage folgen, oder wird sie, obwohl eine reine Linksregierung ziffernmäßig nicht möglich ist, eine Zusammenarbeit mit Parteien rechts von ihr ablehnen?

Für die Entscheidung der Sozialdemokratie sowohl wie der anderen Parteien ist es natürlich ausschlaggebend, zu wissen, inwieweit eine Arbeitsgemeinschaft mit Bezug auf Gesetzgebung und Regierung möglich ist. Koalition ist, vom reinen Parteistandpunkt aus gewürdigt, immer Resignation; von dieser Erkenntnis sollten sich alle Beteiligten von vornherein leiten lassen. Hundertprozentig kann man in eine Koalition seine Parteipolitik niemals einbringen.

Nach dem Vorbild im Reiche sollte es nicht unmöglich sein, auch in Sachsen eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Sozialdemokraten, Altsozialisten, Demokraten und Volkspartei zustandezubringen. Schließlich liegt ja doch die politische Problematik im Lande Sachsen weniger kompliziert als im Reiche. Das Bestehen der alten sozialdemokratischen Partei braucht kein Hinderungsgrund für die Sozialdemokratie zu sein, die Regierung zu bilden, und umgekehrt. Die A. S. P. war ja doch eben die aus sozialistischen Kreisen selbst gekommene Reaktion gegen den bisherigen Sonderradikalismus gerade der sächsischen Sozialdemokraten, der ja im gleichen Augenblick auch als Spannungsmoment überwunden ist, wo durch positive Mitübernahme der Staatsverantwortung dieser Radikalismus de facto überwunden ist.

Eine so gebildete Regierung würde von 96 Abgeordneten 52 umschließen. Ergeben die Verhandlungen zwischen den hier beteiligten Parteien die Grundlagen zu einer praktischen Arbeitsmöglichkeit, so wird es eine in aller Ruhe zu erörternde Frage sein, ob eine so ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0042

wonnene Regierungsbasis noch weiter verbreitert werden kann. Geliegt das, so ist es freudig zu begrüßen, gelingt es nicht, so genügt die Mehrheit der erwähnten Koalition vollkommen zu praktischer Arbeit.

Man sollte die Verhandlungen durch besonnene Leute recht bald beginnenn lassen. Je länger man die Dinge schwimmen läßt, um so verschwommener werden sie. Die Zusammensetzung des künftigen Landtags verlangt starke und rechtzeitig einsetzende Führung bei allen den politischen Parteien, denen über das Parteidogma hinweg die Verantwortung gegenüber Staat und Volk oberstes Gesetz ist.

*

An alle Ortsvereine, Wahlkreisvorsitzende, Geschäftsstellen und Abgeordnete.

I.

Die hinter uns liegende Wahl hat für die Geschäftsstellen, für die Kandidaten und für die örtlichen Organisationen ein großes Maß von Arbeit gebracht. Sie ist in den meisten Fällen gern und willig geleistet worden. Hierfür aufrichtigen Dank auszusprechen, ist dem Parteivorstand Pflicht und Bedürfnis.

II.

Der Ausgang der Wahl ist unbefriedigend und zwingt zur Selbstprüfung.

Nur wenn wir uns offen Rechenschaft geben, und zwar nicht nur nach der sachlichen, sondern auch nach der persönlichen Seite, ist ein Erkennen der Ursachen des geringen Erfolgs möglich.

III.

Es ist dringend erwünscht, daß die Parteifreunde im Lande, insbesondere die am Wahlkampf beteiligten Personen und Stellen, mit rücksichtsloser Offenheit ihre Wahrnehmungen im Wahlkampfe mitteilen und sich zu den Gründen äußern, die nach ihrer Auffassung das Wahlergebnis ungünstig beeinflußt haben.

IV.

Im Anschluß an die Haltung eines Teils der Berliner Presse zu den Maivorgängen in Berlin fällt der „Vorwärts“ in seiner Ausgabe vom 14. Mai d. J. folgendes Urteil: „Eins erkennen wir sicher, woher es kommt, daß die über die stärkste Presse verfügende Partei von Wahl zu Wahl, wo es auch sei, an Stimmen und Anhängerschaft abnimmt. Nicht trotz ihrer Presse, sondern wegen ihrer Presse.“

Es wäre wertvoll, zu wissen, ob diese Auffassung in Parteikreisen geteilt wird und ob ähnliche Momente im Wahlkampf gewirkt haben.

V.

Hinsichtlich der Regierungsbildung ist es nach den Grundsätzen, nach denen wir den Wahlkampf geführt haben, selbstverständlich, daß wir in erster Linie bei der Regierungsbildung auf die große Koalition hinarbeiten müssen. Ihr Zustandekommen hängt natürlich wesentlich von der Haltung der Sozialdemokratie ab. Ihre Mitarbeit ist von unserem Standpunkt aus als erstrebenswert zu bezeichnen und nicht von vornherein abzulehnen.

Mit Parteigruß! (gez.) Dr. Külz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0043

Das bayerische Wahlunrecht

Vor einem Jahr, am 20. Mai 1928, ist auf Grund eines verfassungswidrigen Wahlgesetzes der bayerische Landtag gewählt worden — und noch ist nicht abzusehen, wann der bayerische Staatsgerichtshof über die Anfechtungsklage der Demokraten entscheiden wird. Das ist eine unmögliche Verschleppung. Der frühere bayerische Landtagsabgeordnete Eisenbeis schreibt dazu:

Der Staatsgerichtshof des Reiches hat Artikel des sächsischen und des württembergischen Wahlgesetzes, die gegen das von der Reichsverfassung allen Staatsbürgern garantierte gleiche Wahlrecht verstießen, für ungültig und den sächsischen Landtag, der 1926 nach diesem Wahlgesetze gewählt worden war, für aufgelöst erklärt. Im bayerischen Landeswahlgesetze finden sich weitaus krassere Verstöße gegen die verfassungsgemäßen Grundstäze der gleichen und der direkten Wahl. Daß bei der Wahl 1928 nach diesem Wahlgesetze in Niederbayern das Mandat mit 21 600 Stimmen errungen werden konnte, wozu man in Oberbayern 29 500 und in Mittelfranken sogar 32 200 Wählerstimmen brauchte, daß Parteien, die in Niederbayern 21 600 Stimmen aufbrachten, bei der Restmandatsverteilung mit ihrer Gesamtrestziffer sich beteiligen durften, während solche, die in Mittelfranken 23 500 ja sogar 28 000 Stimmen auf sich vereinigten, von der Beteiligung an der Restsitzverteilung gänzlich ausgeschlossen und so 109 000 und 105 000 bürgerliche Stimmen vollständig unberücksichtigt blieben, daß auch die 15 sogenannten Landesmandate von den Parteien vergeben und Abgeordnete ernannt und nicht gewählt werden, dies sind Verfassungswidrigkeiten, wie sie in keinem der Wahlgesetze der anderen deutschen Länder sich vorfinden.

Hätte der Reichsstaatsgerichtshof sich nicht aus sehr durchsichtigen politischen Gründen der Verbescheidung der Beschwerde der Demokraten und der Wirtschaftsparteiler gegen das bayerische Wahlgesetz entzogen, dadurch daß er sich in dieser Streitfrage für unzuständig erklärte, so hätte er wohl nicht bloß die angegriffenen Bestimmungen des Wahlgesetzes, sondern — genau wie in Sachsen — die Zusammensetzung des Landtages aus der Wahl 1928 für verfassungswidrig und deshalb für rechtsungültig befinden müssen.

Nun kann es aber doch innerhalb der deutschen Grenze für die einzelnen Länder nicht verschiedene Auslegungen und Ausmaße der verfassungsmäßigen Grundrechte geben und kann in Bayern nicht etwas für recht und billig angesprochen werden, was in Sachsen und Württemberg und vorher schon in Mecklenburg und Hamburg vom obersten Reichsverwaltungsgerichtshof als gegen die Reichsverfassung verstoßend befunden wurde. Der Reichsstaatsgerichtshof hat der Demokratischen und Wirtschaftspartei das Recht zur Beschwerde zugesprochen und hat sie an den bayerischen Staatsgerichtshof verwiesen. Bei diesem wurde die Beschwerde gegen die wider die Verfassung stehenden Bestimmungen des bayerischen Wahlgesetzes bereits auch eingereicht.

Wird dieser Beschwerde der Demokraten und der Wirtschaftsparteiler vom bayerischen Staatsgerichtshof nicht in absehbarer Zeit Rechnung getragen, so bleibt, wenn die Bestimmungen der Artikel 13 und 15 der Reichsverfassung nicht bloß auf dem Papiere stehen sollen, und wenn die Verfassung selbst fernerhin noch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0044

als Grundgesetz angesehen werden soll, der Reichsregierung nichts anderes übrig, als gegen die bayerische Regierung in dieser Sache vorzugehen.

In Bayern haben die verfassungswidrigen Bestimmungen des Landeswahlgesetzes sicherlich schon auf die Stimmabgabe eingewirkt, und es müßten, wenn man vollauf gerecht werden wollte, Neuwahlen nach einem den verfassungsmäßigen Bestimmungen für das Wahlrecht restlos entsprechenden geänderten Wahlgesetz erfolgen. Weil aber bei der derzeitigen wirtschaftlichen Notlage und der dadurch hervorgerufenen Unzufriedenheit weitester Volksschichten bei Neuwahlen ein zutreffendes Bild von der politischen Einstellung des bayerischen Volkes doch sicher nicht zutagetreten und eine Neuwahl nur vermehrte Unruhe verursachen und dazu noch viel Geld verschlingen würde, ist anzunehmen, daß die in Betracht kommenden Parteien sich vorerst damit zufrieden geben werden, wenn durch Aufhebung des Artikels 55 Abs. 4 des jetzt geltenden bayerischen Wahlgesetzes die Schranke beseitigt wird, die ihnen den Zutritt zum Landtage 1928 versperrte und noch jetzt versperrt.

Bei der Austeilung der Landtagssitze in den acht bayerischen Wahlkreisen konnten im Mai 1928 von den 128 Sitzen 31 Mandate nicht verteilt werden. Diese und die unberücksichtigt gebliebenen Wahlkreisstimmen der einzelnen Parteien wurden dem Landeswahlausschusse nach München gemeldet und dort als sogenannte Restsitze auf die Gesamtreststimmen ausgeschlagen. Dabei mußten nach Artikel 55 Abs. 4 des Wahlgesetzes in verfassungswidriger, höchst ungerechter Weise die Demokraten mit 108 724, die Wirtschaftspartei mit 105 794, die Volksrechtpartei mit 44 064 und der Christliche Volksdienst mit 43 866 Wählerstimmen unberücksichtigt bleiben, obwohl die Durchschnittsziffer für diese Restmandatsverteilung in Höhe von 33 237 Stimmen von den Demokraten und der Wirtschaftspartei je dreimal und von der Volksrechtpartei und dem Christlichen Volksdienst je einmal erreicht worden war. Die 8 Landsitze, um die das bayerische Landeswahlgesetz die eben genannten Parteien betrog, indem es deren 300 000 bürgerliche Wählerstimmen für unwirksam erklärt, fielen den andern, bereits mit Mandaten bedachten Parteien, und zwar darunter auch den Sozialdemokraten, den Kommunisten und Nationalsozialisten zu.

Wären die 108 724 Stimmen der Demokraten, die 105 794 Stimmen der Wirtschaftspartei, die 44 064 Stimmen der Volksrechtpartei und die 43 866 Stimmen des Christlichen Volksdienstes der Verfassung entsprechend diesen Parteien angerechnet und mit Restmandaten bedacht worden, hätten die Sozialdemokraten einen, die Deutschnationalen zwei, die Kommunisten einen, die Bayerische Volkspartei zwei, die Nationalsozialisten einen und der Bauernbund auch einen von den Restsitzen weniger, als ihnen zugeteilt wurden, bekommen müssen.

Wird vom bayerischen Staatsgerichtshof der von den Demokraten und den Wirtschaftsparteilern eingereichten Beschwerde wenigstens in Beziehung auf Ungültigkeitserklärung des Artikels 55 Abs. 4 entsprochen, so sind die zu viel erhaltenen Restsitze von den vorhergenannten Parteien wieder freizugeben und es sind diese Restsitze unter die bisher verfassungswidrig vom Landtag ferngehaltenen Parteien ihrer ihnen zugefallenen Wählerstimmenzahlen entsprechend zu verteilen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0045

Eine solche Regelung ist wohl das wenigste, was die durch das bayerische Landeswahlrecht geschädigten Parteien vom bayerischen Staatsgerichtshof, von der bayerischen Regierung und dem bayerischen Landtage nach Recht und Billigkeit verlangen müssen und können, und was dieselben mit allen Mitteln, die ihnen die auch für Bayern noch geltende Reichsverfassung zuspricht, sich erkämpfen werden.

*

Aus dem demokratischen Parteileben

Personalien

Koch-Weser an Stephan

An den bisherigen Reichsgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei Werner Stephan hat der Parteivorsitzende Reichsjustizminister a. D. Koch-Weser ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Nach siebenjähriger Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei haben Sie heute ein Amt im Reichsdienst übernommen. Die Tätigkeit des Hauptgeschäftsführers einer Partei wird namentlich in bürgerlichen Kreisen heute noch vielfach unterschätzt. Viele ahnen nicht, wieviel entsagungsvolle und aufreibende Arbeit notwendig ist, um den reibungslosen Gang der Parteimaschine zu gewährleisten. Sie wissen nicht, wie großer Verständnislosigkeit und Gleichgültigkeit das unermüdliche Streben, die Organisation in Ordnung zu halten, auch in Kreisen begegnet, die für die hohen Ziele der Partei Wärme und Begeisterung aufbringen.

Wenn es aber einem gelungen ist, in diesem schweren, nach außen wenig hervortretenden Amt Anerkennung, Vertrauen und Autorität zu gewinnen, so ist es Ihnen gelungen. Nie verzagend und immer hilfsbereit, haben Sie gearbeitet, unerschrocken und ohne Furcht, anzustoßen oder unbeliebt zu werden, jedem Ihre Meinung gesagt, die Sorge für Ihr eigenes Wohl unbedenklich hinter die für die Partei zurückgestellt. Ihr klarer und durchdringender Verstand, Ihre rasche Entschlußfähigkeit und Ihr unfehlbarer Takt haben in schweren politischen Situationen den rechten Weg für die Entschließungen der Partei gewiesen. Vielen in der Partei sind Sie menschlich nahegekommen, mir persönlich ein lieber Freund geworden.

Wenn Sie die Partei jetzt verlassen, so tröstet mich die Zuversicht, daß Sie auch auf Ihrem künftigen Lebenswege mit der Partei und ihren Zielen eng verbunden bleiben. Ihr Rat und Ihre Hilfe werden uns stets wertvoll sein.“

Ewald Haase 80 Jahre. Am 8. Mai feierte das demokratische Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtages, Ewald Haase, in Kottbus seinen 80. Geburtstag. Haase, der von Beruf Handschuhmachermeister ist, war in der gesamten Lausitz von frühester Jugend an öffentlich tätig und ein Vorkämpfer des entschiedenen Liberalismus. Als solcher vertrat er den ehemaligen Liberalen Verein und später die Deutsche Demokratische Partei 22 Jahre lang im Kottbuser Stadtparlament. 1902 kandidierte er für die Fortschrittliche Volkspartei für den Reichstag im Wahlkreis Kottbus-Spremberg, wobei er zwar nicht gewählt wurde, aber einen solchen Erfolg erzielte, daß er bereits im folgenden Jahr für die preußischen Landtagswahlen im Kreise Görlitz-Lauban wiederum aufgestellt und auch gewählt wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0046

Er hat dann bis 1915 dem Preußischen Landtag angehört und trotz seines hohen Alters hat er sich noch im Jahre 1926 durch seine Freunde bestimmen lassen, die Deutsche Demokratische Partei der Niederlausitz im Brandenburgischen Provinziallandtag zu vertreten. Haase erfreut sich in der Niederlausitz eines außerordentlich großen Ansehens, insbesondere auch durch seine umfangreiche Tätigkeit für das Feuerwehrwesen, in deren Anerkennung im Jahre 1926 die Stadt Kottbus ihn zu ihrem Ehrenbürger ernannt hat. Die Deutsche Demokratische Partei wünscht dem Jubilar, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, für die demokratische Sache im deutschen Osten so wie bisher trotz seines hohen Alters erfolgreich zu kämpfen.

Ein demokratischer Veteran. Werkmeister Franz Gresitza aus Jena, ein treuer Kämpfer für Freiheit und Fortschritt, ist 70 Jahre alt geworden. Gresitza hat dem Jenaer Stadtrat über ein Vierteljahrhundert angehört, der ihn deshalb zum Ehrenbürger der Stadt ernannt hat.

Jubiläen. Der demokratische Bürgerschaftsabgeordnete für das Hamburger Landgebiet, Wilhelm Leonhardt, beging am 12. Mai seinen 50. Geburtstag. Die Bürgerschaftsabgeordnete Frau Frieda Radel, Hamburg, feierte ihren 60. Geburtstag.

Wechsel im bremischen Parteivorstand. Auf der Hauptversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Bremen wurde der langjährige Parteivorsitzende Dr. Böhmert, der gebeten hatte, von einer Wiederwahl abzusehen, zum Ehrenvorsitzenden der Bremer Partei ernannt. Zum 1. Vorsitzenden wurde der bisherige 2. Vorsitzende Dr. Dronke gewählt.

Dr. Böhmert konnte grade in diesen Tagen die zwanzigjährige Wiederkehr des Tages begehen, an dem er die Führung der freiheitlich-fortschrittlichen Parteibewegung Bremens übernommen hat. Böhmert ist in Bremen geboren und wurde im Jahre 1900 zum Direktor des Bremischen Statistischen Landesamts berufen. Er war 1909 an die Spitze der Fortschrittlichen Volkspartei in Bremen getreten und wurde im März 1911 als Vertreter der 4. Klasse in die Bürgerschaft gewählt, obgleich er zur 1. Klasse, von den Gelehrten gebildet, gehörte. Böhmert kämpfte Jahre hindurch für eine Politik, deren Inhalt er im Jahre 1911 in den Worten ausdrückte: „Es muß eine politische Jugend herangezogen werden und eine jugendliche Politik betrieben werden." Die politischen Grundpfeiler, auf denen Dr. Böhmerts Arbeit beruhte, waren soziales Verantwortungsbewußtsein, demokratische Mitarbeit und eine starke Vaterlandsliebe, die ihn fernhielt von einem verantwortungslosen Internationalismus und gleichzeitig von den hohlen Phrasen eines überheblichen Nationalismus.

Tagungen

Demokraten-Tagung im Wahlkreis Halle-Merseburg. Der Bezirksverband Halle der Demokratischen Partei hielt am 11. und 12. Mai seinen Wahlkreisparteitag ab. Die Tagung war von Delegierten und Gästen aus den Kreis- und Ortsgruppen sehr stark beschickt. Am 11. fand eine große öffentliche Kundgebung statt, die einen eindrucksvollen Verlauf nahm. Es sprachen Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Hummel und Staatsminister Dr. Schreiber. In den Vordergrund seiner Ausführungen stellte Abgeordneter Dr. Hummel die Lösung der Reparationsfrage und den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in Paris. Deutschland habe wenig Veranlassung,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0047

sich einem übertriebenen Optimismus hinzugeben. Für eine Liquidation des Weltkrieges sei die Welt heute noch nicht reif. Auch ließe sich heute die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands noch nicht übersehen. Die bisher von unseren Gegnern getriebene Zollpolitik sei mit der schärfste Gegner der Lösung der Reparationsfrage. Ohne Regelung der gesamten Kriegsschulden aller Länder und ohne Opfer auch von Amerika sei eine endgültige Liquidierung nicht möglich, zudem sind große politische Schwierigkeiten in die wirtschaftlichen hineingetragen worden. Bei allem und jederzeit müsse das deutsche Volk geschlossen hinter seinen Unterhändlern stehen.

Minister Dr. Schreiber beschäftigte sich zunächst mit der Arbeitslosenfrage. Die Sozialpolitik müsse weitergeführt, aber in Anbetracht der aufgetretenen Schäden und der Notwendigkeit entsprechend geändert werden. Man werde unsere Handelsbilanz wesentlich günstiger gestalten, wenn man auf eine Verminderung der Einfuhr ausländischer Waren hinarbeite. Ohne gesunde Kapitalbildung kann keine Wirtschaft auskommen. An eine Steuersenkung im allgemeinen sei infolge der großen Kriegslasten nicht zu denken, aber die Steuern müßten gerecht und einfach sein. Minister Dr. Schreiber ging dann auch auf die Vorgänge in Berlin am 1. Mai ein und betonte, daß von dem Radikalismus Demokratie und Freiheit mit Anarchie verwechselt wird.

Bei den Verhandlungen des Parteitages stand im Vordergrund ein Referat des Landeshauptmanns Dr. Hübener über Aufgaben und Probleme des Provinzialverbandes. Der Redner verbreitete sich zunächst in instruktiver Weise über die umfangreiche Provinzialverwaltungsarbeit und kam am Schlusse seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen auch auf die Notwendigkeit der Verwaltungsreform und der Reichsreform, auch im Interesse der Länder und Provinzialverbände, zu sprechen. Die übrigen Beratungen des Parteitages waren der Ausgestaltung der Organisation und den dem Parteitag obliegenden Wahlen gewidmet. Neben der Tagung des Wahlkreisparteitages ging eine gutbesuchte Tagung der Jungdemokraten einher, bei der eine lebhafte Aktivität bemerkbar war.

Ostkundgebung der Jungdemokraten. Am Himmelfahrtstage fand in Guben der Zusammenschluß der Jungdemokraten des Wahlkreises Frankfurt/Oder-Grenzmark statt. Zum ersten Vorsitzenden wurde Dr. Conrad Schütt gewählt. In öffentlicher Kundgebung hielt der Landtagsabgeordnete Riedel einen Vortrag über die Aufgaben der deutschen Ostpolitik. Der Redner zog einen Vergleich zwischen dem deutschen Osten und dem deutschen Westen und zeigte, wie der politisch fortschrittlichere und kulturell hochentwickelte Westen nicht so viel territoriale und politische Kriegsverluste erlitten habe, wie der politisch reaktionäre und kulturell rückständige deutsche Osten. Das beweist, daß eine politisch freiheitliche und kulturell fortschrittliche Entwicklung ein Gebiet in vaterländischem Sinne viel mehr sichert als eine Politik des starren Zwanges und kulturellen Stillstandes, die den Staat in der Stunde der Gefahr nicht hat schützen können. Die Folge dieser schädlichen Politik der Vergangenheit ist, daß der deutsche Osten auch heute noch nicht die Beachtung und Würdigung erfährt, die ihm für die Gestaltung der deutschen Zukunft zukommt. Um die Mittel, die für den deutschen Osten notwendig sind, müssen daher in den Parlamenten immer wieder heftige Kämpfe geführt werden. Und gewal-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0048

tige Mittel sind notwendig, um einmal die Sünden der Vergangenheit am deutschen Osten wieder gut zu machen und zum andern die großen Aufgaben zu erfüllen, die sich aus der neuen Grenzziehung ergeben. Der Redner zeichnete die Zustände auf dem Gebiete des Verkehrs (Eisenbahnen, Chausseen), der Siedlung, der Kultur und die großen Aufgaben, die hier noch ihrer Lösung harren. An der Lösung dieser Aufgaben mitzuarbeiten in freiheitlich-nationalem und fortschrittlichem Sinne ist die Aufgabe der deutschen Jugend.

Der Redner übte dann Kritik an der bisherigen Politik und Verwendung staatlicher Gelder durch die Regierung. Anstatt große Bauten aufzuführen, sollte man die Mittel lieber benutzen zur Ankurbelung des Verkehrs. Und die Mittel, die man opfert für eine falsch verstandene Stipendien- und Subventionspolitik, die nur einseitigen Privatinteressen dient, würden in vaterländischem Sinne in einer großzügigen Kulturpolitik viel zweckentsprechender angelegt. Nur wenn man die Verkehrs- und Kulturverhältnisse bessert, wird man auch eine erfolgreiche Siedlungspolitik treiben können. Ein entvölkerter deutscher Osten ist eine große Gefahr für das ganze Vaterland. Auch die Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft müssen fortschrittlicher gestaltet werden. In den weiten unerschlossenen Gebieten des deutschen Ostens liegen die Grundlagen für den Aufstieg der deutschen Wirtschaft überhaupt. An ihrer Erschließung mitzuarbeiten, dazu zu helfen, daß es in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht im deutschen Osten vorwärts geht, ist die deutsche Jugend, nicht bloß die der Ostmark, berufen. Der Redner begrüßte darum den Zusammenschluß der Jungdemokraten aufs wärmste.

Reichstagsabg. Lemmer sprach über das Thema: Der Kampf der demokratischen Jugend um den deutschen Osten. Der Vortragende wies darauf hin, daß sich der demnächst in Worms stattfindende Reichsjugendtag der Deutschen Demokratischen Partei auch mit dem Ostproblem beschäftigen wird, weil seine Lösung entscheidend sein wird für die deutsche Zukunft. Die Gefahr im Osten sei noch groß. Das zeige blitzartig das Echo der polnischen Presse auf die Vorgänge in Oppeln. Die Grenzverhältnisse im Osten seien unerträglich und bedürfen der Revision. Diese sei aber nicht zu erstreben durch eine Auseinandersetzung mit kriegerischen Machtmitteln, sondern nur mit Mitteln der Politik und der inneren Erstarkung. Von diesem Standpunkt aus müsse man ganz besonders in ostmärkischem Interesse die bisher geführte deutsche Außenpolitik als richtig bezeichnen. Wir bekämen im Osten keine Luft, wenn es uns nicht gelinge, mit den Völkern des Westens zu einem vernünftigen Akkord zu kommen.

Die nationale Gefährdung im Osten müsse sich verstärken, wenn es nicht gelinge, in wirtschaftlicher Beziehung der Bevölkerung den natürlichen Rückhalt zu geben. Ohne diese wirtschaftliche Voraussetzung sei auch kein kultureller Fortschritt möglich. Und bevölkerungspolitisch würden wir uns nur behaupten können, wenn wir gegenüber dem immer mehr verstärkenden Polentum eine kulturelle Überlegenheit behaupten können.

Wie schlimm es in wirtschaftlicher Hinsicht bei uns stehe, sei leider viel zu wenig bekannt. In den Landbezirken sei die Landflucht erschreckend hoch. In wachsendem Maße verstärke sich der Strom, der die ohnehin schon dünn bevölkerten Ostprovinzen noch mehr entvölkert. Dem Landarbeiter folge der Bauernsohn und diesem dann der Angehörige des gewerblichen Mittelstandes. Es gebe be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0049

reits Kreise, in denen die Bevölkerung bis unter dreißig auf einen Quadratkilometer gesunken sei.

Mit den Methoden eines Radaunationalismus ließen sich diese Probleme nicht lösen. Notwendig sei, den Landarbeiter unter ein modernes Landarbeiterrecht zu stellen. Sonst könne es kommen, daß er mit seinen Angehörigen brotlos würde, weil er nicht imstande sei, die vertraglich vereinbarte Zahl von Hofgängern zu stellen. Schuld an diesen bevölkerungspolitisch gefährdeten Zuständen trage ein großer Teil des Großgrundbesitzes im Osten. Der Redner wandte sich nicht gegen den Großgrundbesitz schlechthin, sondern dagegen, daß ein wirtschaftlich nicht mehr lebensfähiger Teil des Großgrundbesitzes mit staatlichen Mitteln in einer falsch verstandenen Subventionspolitik künstlich gehalten würde.

Es sei notwendig, daß man dem Landarbeiter selbst im Wege der Anliegersiedlung zu Hilfe komme. Auf gleichem Wege werde man auch den zweiten und folgenden Bauernsöhnen des Ostens die Möglichkeit schaffen müssen, sich selbständig und seßhaft zu machen. Ein neues Landarbeiterrecht dürfe den Landarbeiter nicht mehr unter ein Ausnahmegesetz stellen.

Für den Osten seien aber alle aufgewandten Mittel erfolglos, wenn die deutsche Politik im ganzen nicht gesunde Wege gehe. Wenn man genauer zusehe, wie in den letzten Jahren Politik gemacht wird, dann könne man beunruhigt werden. Die Parteien und die Bürger fühlten sich dem Staate gegenüber nur als Fordernde. Der einzelne gehe in die Partei, in der er am meisten zu verdienen glaube und die Parteien ließen sich nur von dem Gedanken leiten, was gewinnen wir für unsere Partei. Von der Auffassung, dem Staate verpflichtet zu sein, dem Staate dienen und zur Gesundung helfen zu müssen, finde man nur selten eine Spur. Solange man in der Politik nur den Tummelplatz für eine einseitige Interessenvertretung sehe, werde man auch die großen nationalen Lebensfragen des deutschen Ostens nicht in einer befriedigenden Weise lösen können. Hier müsse auch die Arbeit der Jugend einsetzen, die sich beunruhigt fühle durch die Verantwortungslosigkeit in der Vertretung von Eigeninteressen. Hier müsse ihre Arbeit einsetzen, damit es gelinge, die Menschen zu wecken, die den Staat so ausbauen, daß er die inneren Kräfte auslöse, die imstande seien, auch die großen nationalen Aufgaben im deutschen Osten zur Durchführung zu bringen.

Organisation

Jungdemokratische Organisationsarbeit seit Heidelberg. Seit dem April 1927, seit dem letzten großen Reichstreffen, haben die deutschen Jungdemokraten in sehr vielen Teilen des Reiches einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern und Gruppen zu verzeichnen. Es ist dabei vor allem auf die Neugründung des sächsischen und des schlesischen Verbandes, die im Spätsommer 1927 erfolgte, hinzuweisen; daran schloß sich im Jahre 1928 die Gründung des Landesverbandes Hamburg und des Landesverbandes Thüringen an, die sich seitdem beide in einer guten und aussichtsreichen Entwicklung befinden. Besonders erfreulich ist der im Berliner Verband zu verzeichnende Fortschritt. Man kann heute in Berlin mit 32 Gruppen rechnen, die zum größten Teil eine beträchtliche politische Aktivität entwickeln. Als abschließender Erfolg ist noch zu berichten von der vor einigen Tagen in Guben erfolgten Gründung des Landesverbandes Ostmark, der die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0050

im Wahlkreis Frankfurt a. Oder-Grenzmark gelegenen Gruppen zusammenfaßt.

Es ist natürlich, daß in einigen anderen Gebieten die Arbeit auf größere Widerstände stößt, als es zum Beispiel in West- und Südwestdeutschland der Fall ist. Deswegen kann man auch für Bayern und Niederdeutschland über wenig Erfolge berichten; wir werden daraus die Konsequenz ziehen müssen, daß die Arbeit künftighin in viel stärkerem Umfange der Organisation in diesen beiden Gebieten zugewandt werden muß. Daß aber auch in den politisch schwer umkämpften Gebieten Erfolge zu erringen sind, beweist die Tatsache, daß die Jungdemokraten sich in den ostelbischen Provinzen — trotzdem der Bund hier längere Zeit hindurch nicht recht vorwärts kam —, vor allem in Oberschlesien, Brandenburg und der Grenzmark, in der letzten Zeit durchgesetzt haben. Sie können berichten von der neu erfolgten Gründung des ostpreußischen Verbandes und von der Zusammenfassung der pommerschen Gruppen in Gestalt der pommerschen Landesleitung in Stettin.

In der letzten Zeit ist man eifrig bemüht gewesen, vor allem in Ostdeutschland, Beziehungen zu der Landjugend aufzunehmen, weil man der Meinung ist, daß eine demokratische Bewegung, die im Herzen des Volkes Wurzel fassen will, sich keinesfalls auf die Städte beschränken darf, sondern ihre Tätigkeit auf das flache Land hinaustragen muß. Das Bestreben war deshalb, auf dem Lande Vertrauensleute als Mittler und Verbreiter demokratischer Ideen zu gewinnen. Fühlung wurde aufgenommen mit der freiheitlichen Bauernjugend in Niederschlesien.

Man sieht, daß die in den letzten Jahren gewachsene politische Aktivität der Jungdemokraten die organisatorische Arbeit nicht in den Hintergrund gedrängt hat. In diesem Sinne soll weiter gearbeitet werden in der Hoffnung, demokratische Gedanken in weitere Kreise der deutschen Jugend tragen zu können.

Ortsgruppenneugründungen. Wir freuen uns, zwei neue Ortsgruppen ankündigen zu können, die auf dem besonders schwierigen pommerschen Boden erwachsen sind, nämlich in Naugard und Richtenberg (Krs. Franzburg). Im Wahlkreis Baden wurden neue Ortsgruppen gegründet in Dinglingen und Blankenloch.

Ein Jahresbericht. Der Parteisekretär für Mannheim, Dr. Bertram, legt einen „Jahresbericht 1928" vor, den wir allen empfehlen, die den Willen haben, die Partei vorwärts zu entwickeln. Was darin über Werbemethoden, Veranstaltungen u. a. gesagt ist, dürfte auch außerhalb Mannheims Geltung beanspruchen können. Wir sind sicher, daß der Ortsverein Mannheim, Parteisekretariat D 1, 3, den Bericht gern zur Verfügung stellt.

Frauenarbeit

Im Sächsischen Landtag 3 Frauen! Die Wahl zum Sächsischen Landtag am 12. Mai hat den Frauen eine neue Enttäuschung gebracht. Wieder ist in einem Landesparlament die Mitwirkung der Frauen erheblich gemindert worden. Im alten Sächsischen Landtag waren unter 96 Abgeordneten (1 Deutschnationale, 1 Demokratin, 3 Sozialistinnen), das waren gleich 5,22 Proz. aller Abgeordneten. Im neuen Sächsischen Landtag sind unter 96 Abgeordneten nur 3 Frauen (3 Sozialistinnen), das sind nur 3,12 Proz. aller Abgeordneten.

Wider Erwarten ist auch die bisherige demokratische Landtagsabgeordnete Frau Dr. Else Ulich-Beil, Dresden, nicht wieder-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0051

gewählt worden, weil durch die höhere Wahlbeteiligung eine höhere Verteilungszahl für die Mandate zur Anwendung kam und die Demokraten dadurch — trotz Stimmengewinn gegenüber der letzten Landtagswahl — ein Mandat verloren. Daß Frau Dr. Ulich-Beil nicht wiedergewählt wurde, ist nicht nur für die demokratischen Frauen und für die demokratische Partei Sachsens ein schweres Unglück, sondern in parlamentarischen Kreisen Sachsens betrachtet man Frau Dr. Ulich-Beils Nichtwiederwahl als schmerzlichen Verlust für das sächsische Parlament.

Dieser Auffassung vom Wert der parlamentarischen Arbeit von Frau Dr. Ulich-Beil wird sich jeder anschließen, aber ganz besonders empfinden natürlich die demokratischen Frauen diesen Ausgang der Wahl für die parlamentarische Frauenarbeit als niederdrückend. Dieser Fall ist ein neuer Beweis dafür, daß selbst die anerkannt tüchtigsten, politisch arbeitenden Frauen fast immer bei einem Mandatsverlust ihrer Partei, die Leidtragenden sind. Die Sicherungen, die die politischen Parteien weiblichen Kandidaten geben, sind eben unzureichend! Der Einwand, daß ein männlicher Kandidat dadurch ebenso getroffen werden könne, kann man in diesem Zusammenhange nicht gelten lassen. Denn, da immer mehrere männliche Kandidaten zugleich Aussicht auf ein Mandat haben, sind die männlichen Kandidaten zahlenmäßig immer im Vorteil. Bei den verschiedensten Wahlen schloß darum die endgültige Mandatzuteilung immer gerade vor dem Frauenplatz ab. Das spricht dafür, daß eben die Frauen trotz aller ihrer Kämpfe und trotz aller Versprechungen seitens der Parteien meistens (man möchte „immer" sagen) an nicht genügend gesicherten Stellen der Wahllisten placiert werden. Es gibt keine Möglichkeit, etwa durch Vorsorge der obersten Parteileitung diktatorisch den Frauen günstige, d. h. sichere Plätze zu reservieren. Das würden auch die Frauen als undemokratisch ablehnen. Aber sie müssen auch ihre männlichen Parteifreunde im ganzen Reiche gerade bei diesem Fall wieder einmal ganz deutlich fragen, ob die Demokratische Partei die Mitarbeit von Frauen im Parlament eigentlich will oder nicht. Wenn man sie will, dann wird die Partei allerdings dafür zu sorgen haben, daß der parlamentarische Einfluß demokratischer Frauen erheblich steigt.

Die Frauen glauben, daß die Mehrheit der männlichen Parteifreunde dieser Forderung verständnisvoll gegenübersteht. Deshalb müßte es mit gutem Willen gelingen, bei den nächsten Wahlen bessere Resultate hinsichtlich der parlamentarischen Mitarbeit der demokratischen Frauen zu erreichen. Der Verlust des Mandats von Frau Dr. Ulich-Beil ist ein ernstes Warnungszeichen, dessen bedenkliche Auswirkung auf die politisch interessierten Frauen nicht zu unterschätzen ist. Die demokratischen Frauen richten an die Partei den dringenden Appell, bei noch stärkerer Aktivität auch an das Ziel zu denken, dessen Verwirklichung unbedingt zu den Aufgaben einer demokratischen Partei gehört: nämlich die tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau bei Lösung der Aufgaben, die das Parlament für die Nation zu leisten hat. G. Wi.

Frauen und Wahlreform. Unter dem Eindruck des Ausscheidens von Frau Dr. Ulich-Beil aus dem Sächsischen Landtag ist es verständlich, daß die demokratischen Frauen sich gegen jede Wahlreform aussprechen, die im Sinne der Frauen noch ungünstigere Resultate herbeiführen könnte. So erklärte auf einer Frauentagung in Bremen die preußische Landtagsabgeordnete Frau Dönhoff u. a.:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0052

Vor allem werde vom Frauenstandpunkt aus zu erklären sein, daß ein solches Wahlrecht praktisch dazu führen werde, die aktive Mitarbeit der Frauen in den Parlamenten völlig auszuschalten. Wenn so der Entwurf des Demokraten Külz auch in den Kreisen der Demokratischen Partei auf Widerstand stoße, so habe er doch das eine für sich, daß hier zum erstenmal über allgemeine Grundsätze hinweg ein wirklich in alle Einzelheiten gehender Vorschlag vorliege. Realpolitisch gesehen scheine es zurzeit jedoch so, daß irgendwelche nennenswerten Änderungen unseres Wahlrechts im Reichstage bei seiner jetzigen Zusammensetzung nicht zu erwarten seien. Die demokratischen Frauen würden deshalb mit Aufmerksamkeit die Entwicklung verfolgen und bei etwa einsetzenden Beratungen im Reichstag über den Entwurf der Reichsregierung immer wieder darauf dringen, daß auch ein kommendes Wahlrecht die Mitarbeit der Frauen nicht erschwere, sondern sicherstelle.

Gleichzeitig nimmt nun auch noch die frühere württembergische Landtagsabgeordnete Else Eberhardt das Wort, um über den Rückgang der Frauen im Württembergischen Landtag zu berichten. 1919 waren unter 38 demokratischen Abgeordneten in Württemberg noch 5 Frauen, heute sind die demokratischen Frauen gänzlich ausgeschaltet.

Die Ursachen dieser nicht nur für die Frauen bedauerlichen Entwicklung sind verschiedener Art. Nicht zuletzt ist es die Einstellung der Frauen selbst, die innerhalb der Parteien sowohl wie als Wählerinnen das Instrument des Stimmrechts noch nicht richtig zu handhaben wissen. Hier liegt eine bedeutende Aufgabe der Parteien und ihrer Frauengruppen, die bisher trotz vieler Anstrengungen und Bemühungen noch nirgends befriedigend angefaßt noch gelöst worden sind. In zehn Jahren ist es den Parteien nicht gelungen, außer einer führenden Oberschicht größere Mengen von Frauen zur positiven und aktiven Mitarbeit zu gewinnen und zu schulen. Es ist verständlich, wenn die interessierten Frauen nachgerade andere Wege gehen und Politisierung der Frauen außerhalb der Parteien zu erreichen suchen.

Aber nicht nur die Frauen haben versagt. Die Parteiapparate haben sich bis heute nicht auf die ihnen wohl immer noch ungewohnte Mitarbeit und Mitbestimmung der Frau ein- und umgestellt. Man betrachtet die Frau in der Politik — man verzeihe den harten Ausdruck — günstigenfalls als notwendiges Übel und glaubt, das Dekorum gewahrt zu haben, wenn in jeder Instanz eine Frau vertreten ist. Im Staat wie in der Familie müssen sich Mann und Frau gegenseitig ergänzen, und unser öffentliches Leben hat einen starken Einschlag echten Frauentums gerade in der Jetztzeit, wo materielle und sachliche Interessen vielfach unter Zurückstellung des wahrhaft Menschlichen vorherrschen, bitter nötig. Diese Erkenntnis muß in weiteste Männer- und Frauenkreise getragen, aber auch danach gehandelt werden.

Das vollständige Ausscheiden der demokratischen Frauen aus dem Württembergischen Landtag hat, abgesehen von der grundsätzlichen Bedeutung, eine Menge nachteiliger Nebenwirkungen ausgelöst. Wenn man auch den männlichen Abgeordneten volles Vertrauen entgegenbringen kann, so können sie aus durchaus verständlichen Gründen nicht mit dem aus eigenem Erleben hervorgehenden Nachdruck für die Frauenforderungen eintreten, vielfach kommt es ihnen auch gar nicht zum Bewußtsein, daß da und dort Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden müssen. Die Gleichstellung der Frau muß im ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0053

zelnen noch durchgeführt werden — mit dem formalen Verfassungsrecht ist es auch hier nicht getan. Es sei hier nur an die Haushaltsberatungen erinnert, wo es sich darum handelt, für die Beamtinnen genügend Plan- und Vorrückungsstellen zu schaffen und für ihre richtige Eingruppierung zu sorgen. Die in den letzten Monaten im Reiche wie im Lande so viel Staub aufwirbelnde Frage der verheirateten Beamtin hätte zweifellos bei stärkerer Frauenvertretung eine befriedigendere Lösung finden können.

Neben diesen „reinen Frauenfragen" gibt es aber eine Menge anderer, die oftmals fälschlich als solche bezeichnet werden, in Wahrheit aber Volksfragen im weitesten Sinne des Wortes sind. Aber nicht nur diese kulturellen und sozialen Fragen sind es, bei denen man den Frauen eine Mitarbeit immerhin zugesteht: es sind schlechthin alle Fragen des Staatshaushalts und der Verwaltung, die von Frauen mitberaten und beeinflußt werden müssen. Von den Steuern bis zur Verteilung der Lasten, von der Regierungszusammensetzung bis zur Verwaltungsreform, von der Rechtsprechung bis zum Strafvollzug: es gibt kein Gebiet in unserem Staate, das die Frauen nicht mittelbar oder unmittelbar berührte. Darum muß es Aufgabe der Frauen und in erster Linie der demokratischen Frauen sein, daß der Sinn des Frauenwahlrechts nicht ausgehöhlt und auf das aktive Stimmrecht beschränkt wird.

*

Demokratische Arbeit in Parlament und Regierung

Wie wertet man die folgenden Mitteilungen aus? Indem man für ihre Weiterverbreitung an die politische und Fachpresse sorgt!

Wirrwarr um die Todesstrafe. Im Strafrechtsausschuß des Reichstages fand am 2. Mai die entscheidende Abstimmung über die Todesstrafe statt, wobei die Demokraten durch die Abgeordneten Ehlermann und Lemmer vertreten waren. Zunächst wurden die kommunistischen Anträge abgelehnt. Dann fiel ein Antrag Ehlermann (D. D. P.), den Mord mit lebenslangem Zuchthaus zu bestrafen, gegen die Stimmen der Demokraten und der Sozialdemokraten. Ebenso wurde der sozialdemokratische Antrag, als Strafe Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder lebenslanges Zuchthaus zu setzen, abgelehnt. Der Antrag Kahl (Dt. Volkspartei), der die Todesstrafe beseitigen und mit lebenslangem Zuchthaus bestrafen will, aber bei Begnadigung eines solchen Zuchthäuslers Sicherungsverwahrung vorsieht, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten außer dem Antragsteller Kahl die Demokraten und die Sozialdemokraten. Alle anderen einschließlich der beiden anderen Volksparteiler stimmten dagegen, so daß also bei dieser entscheidenden Abstimmung die volksparteiliche Gruppe auseinandergefallen ist.

Sodann wurde der Strafgesetzentwurf, der allgemeine Todesstrafe vorsieht, mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt, und zwar stimmten die Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen, die anderen Parteien dafür.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0054

Der dann noch von der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum gestellte Eventualantrag, der im allgemeinen für Mord lebenslanges Zuchthaus vorsieht, aber für ganz besonders qualifizierte Fälle die Todesstrafe will, wurde ebenfalls mit 14 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Damit ist bei dieser wichtigen und für den ganzen Strafgesetzentwurf entscheidenden Frage zunächst eine Lücke entstanden. Da kein Antrag angenommen wurde, ist also für den Mord eine bestimmte Strafe bisher nicht vorgesehen. Es bleibt abzuwarten, ob bis zur zweiten Lesung die Einigung einer Mehrheit erfolgt.

Demokratische Anregungen zur Ostpreußenhilfe. Im Ostausschuß des Reichstages begann am 14. 5. die Beratung des Gesetzentwurfes über wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen. Der Reichsernährungsminister gab zunächst eine Erläuterung des Gesetzentwurfes und betonte dabei, daß, soweit der Entwurf Lastensenkungen bringe, er sicher eine gute Hilfe für die Notlage Ostpreußens sein werde. Schwieriger sei es, auf dem Gebiet der Neusiedlung, der Anliegersiedlung und der Kredithilfe einen raschen Erfolg voraussagen zu können. Hier sei aber hervorzuheben, daß es sich um ein Werk auf längere Sicht handle, dessen Erfolg im wesentlichen davon abhänge, daß die mit der Ausführung des Gesetzes Beauftragten in jedem einzelnen Falle der Hilfe den landwirtschaftlichen Verhältnissen Ostpreußens gerecht zu werden verstehen. Mit der Hilfe an die Landwirtschaft als dem Schlüsselgewerbe der Wirtschaft Ostpreußens werde man der Gesamtwirtschaft Ostpreußens die notwendige Hilfe bringen. Der Minister bat um schleunige Behandlung des Gesetzentwurfes, damit man rasch Ostpreußen in seiner Not helfe.

In der Aussprache knüpfte der Abgeordnete Dr. Fischer (Demokrat) an eine von der sozialdemokratischen Fraktion vorgebrachte Bemerkung an, daß nämlich von einem großen landwirtschaftlichen Verbande ein Käuferstreik angedroht sei. Dr. Fischer verlangte, daß hier Aufklärung durch die Regierung geschaffen würde; denn Landwirte, die jetzt zum Käuferstreik auffordern, setzten sich so mit dem Grundgedanken des Gesetzes, das ja gerade will, daß auch der übrige Teil der Wirtschaft, vor allen Dingen das Handwerk und die Kaufmannschaft, Erleichterungen bekommen, in Widerspruch, daß sie für ihren Besitz aus der Hilfe auszuscheiden hätten. Die vorgebrachten Bedenken gegen das Gesetz als solches teile auch seine Fraktion: es sei immer gefährlich, einer Wirtschaft mit staatlichen Subventionen helfen zu wollen; man müsse aber die Vorlage als einen Teil all der Pläne der gegenwärtigen Reichsregierung ansehen, die auf eine Neuorientierung unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik überhaupt hinausliefen. Nur sie könne der gesamten Wirtschaft und vor allen Dingen auch den übrigen Grenzgebieten die notwendigen Möglichkeiten zu eigener Erhöhung der Produktivität bringen. Im Rahmen dieser Gesamtpläne sei dieser Entwurf aus nationalen und volkspolitischen Gründen zu begrüßen.

Geprüft werden müsse noch, ob nicht noch mehr auf dem Gebiete der Lastensenkung geschehen könne, da es wenig Sinn habe, auf der einen Seite Steuern einzuziehen und auf der anderen Seite Subventionen zu geben. Das sei natürlich für die Betriebe zu verstehen, die an sich als hilfsbedürftig anzusehen sind. Im übrigen warne er, allzuviel Einzelheiten in das Gesetz zu bringen. Der Erfolg hänge davon ab, daß die preußische Staatsregierung in Verbindung mit dem Reichskommissar praktische Arbeit leiste. Alle Einzelheiten seien ja auch heute gar nicht zu übersehen. Der beabsichtigte Zweck

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0055

würde gefährdet, wenn man dem Reichskommissar noch einen Ausschuß von Interessenten zur Mitwirkung beigeben würde. Im parlamentarischen Staat gäbe es andere Mittel, die Arbeit der Beauftragten zu kontrollieren. Entscheidenden Wert lege seine Fraktion darauf, daß in bezug auf die Erleichterungen hinsichtlich der Rentenbankzinsen die Pächter nicht schlechter behandelt werden als die Eigenbesitzer; denn gerade in Ostpreußen sei bei den beabsichtigten Maßnahmen der Pächter nicht nur zu schützen, sondern zu pflegen. Die besondere Bevorzugung von arbeitslos werdenden Landarbeitern und landwirtschaftlichen Beamten bei der Siedlung sei für die demokratische Fraktion gemäß ihren früher gestellten Anträgen eine Selbstverständlichkeit. Sie würde entscheidenden Wert auf eine schleunige Behandlung legen, weil sonst die gewollte Hilfe in ihrem Erfolg immer fraglicher würde.

Das Gesetz ist, wie bekannt, inzwischen vom Reichstag verabschiedet worden.

Um den Reichswirtschaftsrat. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beriet am 2. Mai in zweiter Lesung die Vorlage über den endgültigen Reichswirtschaftsrat. In erster Lesung war beschlossen worden, die Mitgliederzahl, die nach der Regierungsvorlage 151 betragen sollte, auf 165 zu erhöhen. Hiergegen hatte sich der Reichswirtschaftsrat in einem Gutachten ausgesprochen und gleichzeitig angeregt, die Zahl gemäß seinen ursprünglichen Vorschlägen auf 144 zu bemessen. Abgeordneter von Raumer (Dt. Volkspartei) stellte demgemäß den Antrag, die Mitgliederzahl auf 144 festzusetzen. Für diesen Antrag sprachen sich auch die Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei aus. Die Abgeordneten Meyer-Berlin und Lemmer vertraten demgegenüber den Standpunkt, daß kein Anlaß vorliege, von den wohlbegründeten Beschlüssen der ersten Lesung abzugehen, die berechtigte Wünsche wichtiger Berufsschichten, wie der Bauernschaft, des Handels, der Handelsvertreter, des Gastwirtsgewerbes, der freien Berufe, der Beamten usw., besser berücksichtige als die ursprüngliche Vorlage des Reichswirtschaftsrates. Keinesfalls könne man dem Antrag Raumer zustimmen, wenn nicht alsdann die ursprünglichen Vorschläge des Reichswirtschaftsrates in vollem Umfang angenommen würden. Bestimmte Erklärungen nach dieser Richtung wurden vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei nicht abgegeben; beide Parteien behielten sich vielmehr Abänderungsanträge vor.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag v. Raumer gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Demokraten angenommen.

Demokratische Forderungen an die Reichspost. Der demokratische Abgeordnete Dr. Reinhold wandte sich bei Beratung des Reichspostetats im Haushaltsausschuß des Reichstages scharf gegen Gebührenerhöhungen der Post, die nur eine indirekte, und zwar eine außerordentlich unerwünschte, Form der Besteuerung darstellen. Nicht durch erhöhte Gebühren, sondern durch Rationalisierung des Betriebes, auf manchen Gebieten sogar durch Gebührenherabsetzung, muß die Wirtschaftlichkeit der Post gefördert werden. Insbesondere forderte er eine Herabsetzung der Gebühren für Kabeltelegramme und der Gebühren nach außerdeutschen Ländern zum Zwecke der Exportförderung. Die deutsche Wirtschaft darf nicht mit höheren Auslandsgebühren belastet werden als irgendein anderes exportierendes Land. Auch eine Herabsetzung der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0056

Rundfunkgebühren ist ebenso wie eine Verbesserung der technischen Übertragung gerade im Interesse der minderbemittelten Kreise und der Popularisierung des Rundfunks unbedingt zu fordern.

Was die Personalpolitik anbetrifft, erscheinen die Anstellungs- und Beförderungsaussichten des Postpersonals, besonders auch des weiblichen Personals und der Versorgungsanwärter, durchaus verbesserungsbedürftig. Das Hauptaugenmerk bat er auf Leistungssteigerung durch organische Maßnahmen zu richten, wobei die Demokraten trotz grundsätzlicher Anhängerschaft zum 8-Stundentag sich gegen jede Schematisierung sowohl bei der Einführung wie bei der Durchführung im Postbetrieb wenden. Noch mehr als bisher ist der Bau von Wohnungen für die Postbeamtenschaft zu fordern, der, sobald es die Marktlage erlaubt, durch Auflegung von Postpfandbriefen zu finanzieren ist.

Das Eindringen der Post in die Luftfahrt begrüßte Dr. Reinhold unter der Voraussetzung, daß durch die Beteiligung der Post am Luftfahrtwesen eine einheitliche Zusammenfassung der in der Luftfahrt tätigen Kräfte erfolgt.

Das Reichskulturministerium. Bei Beratung des Haushaltsplanes des Reichsinnenministeriums erklärte der demokratische Abgeordnete Dr. Külz, die demokratische Partei habe das Vertrauen zum Reichsinnenminister, daß er die verantwortungsvollen Aufgaben seines Amtes in einer Weise erfasse, die den Interessen der deutschen Republik und des deutschen Volkes gerecht werde. Der Redner beklagte die schmerzlichen Vorgänge am 1. Mai tief. Es sei selbstverständlich Pflicht des Staates, staatsgefährdende Strömungen, gleichviel, ob sie von links oder rechts kommen, mit den Machtmitteln des Staates zu bekämpfen. Die Blutschuld des 1. Mai hafte an denen, die die Verantwortung für diese Auflehnung gegen die staatliche Ordnung tragen. — Dr. Külz wünschte eine beschleunigte Vorlegung der Beamtengesetze, ein modernes Reichsangehörigkeitsgesetz mit besonderer Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Frauen und ein Gesetz über Sammlung und Vereinfachung des Reichsrechts, das jetzt 12 000 Gesetze aufweise, von denen nur noch 2000 in Gültigkeit sind. Der Redner verbreitete sich des weiteren über die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform und wünschte eine Stellungnahme des Ministers zu diesem Problem.

Dr. Külz lenkte weiter die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Notwendigkeit kultureller Förderung des Auslandsdeutschtums. Um von den anderen Staaten eine Anerkennung des deutschen Volkstums und der deutschen Kultur verlangen zu können, sei es notwendig, daß in Deutschland selbst den fremden Minderheiten gegenüber keine berechtigten Wünsche offen bleiben. Vorgänge, wie die in Oppeln, seien unserer unwürdig und schädigten auf das schwerste die deutschen Minderheiten in anderen Staaten. Die kulturelle Minderheitengesetzgebung sei nicht Sache der Länder, sondern Aufgabe des Reiches; denn alle diese Probleme seien keine preußischen oder bayerischen oder sächsischen, sondern deutsche Probleme schlechthin.

Zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern stellte Dr. Külz gemeinsam mit Dr. Reinhold im Ausschuß des Reichstages bedeutsame kulturpolitische Anträge. Sie verlangen baldige Vorlage eines Lehrerbildungsgesetzes, das den hochschulmäßigen Charakter der Berufsbildung gewährleistet. Ferner fordern sie eine systematische und weitschauende Begabtenförderung durch Erziehungsbeihilfen, Vereinfachung und Vereinheitlichung des höheren Schulwesens.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0057

unter Vermeidung einer Überspannung des Berechtigtenwesens. Schließlich wird einheitliche Regelung der Schulpflicht und der Berufsschulpflicht beantragt.

Die Maivorgänge in Berlin. Die demokratische Landtagsfraktion hat bei der Erörterung der Maivorgänge in Berlin die nachstehende Erklärung abgegeben:

„Durch unverantwortliche Treiber und auch durch Anweisungen aus dem Ausland haben sich Teile der Berliner Bevölkerung am 1. Mai zum Widerstand gegen die Staatsgewalt bis zum offenen Aufruhr verleiten lassen.

Das für Groß-Berlin bestehende Demonstrationsverbot verpflichtete alle amtlichen Stellen, insbesondere die Polizei, die Durchführung dieses Verbotes mit den Machtmitteln des Staates zu sichern.

Die deutsch-demokratische Fraktion lehnt den eingebrachten Mißtrauensantrag ab. Den Beamten der Polizei spricht sie für ihre aufopfernde Hingabe an ihren schweren Dienst ihre Anerkennung aus. Sie beklagt die durch die Kämpfe verursachten Opfer. Die Verantwortung für diese Opfer tragen diejenigen, die die Unruhen hervorgerufen haben."

Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich dieser Erklärung angeschlossen.

*

Informationen

Umbau des Staatsgerichtshofs. In dem Gesetz über den Staatsgerichtshof, das aus dem Jahre 1921 stammt, ist dem Reichsgericht und dem Reichsgerichtspräsidenten insofern eine Sonderstellung zugewiesen, als einstweilen bei den verfassungsrechtlichen Streitigkeiten der Staatsgerichtshof beim Reichsgericht gebildet wird und der Präsident des Reichsgerichtes Vorsitzender des Staatsgerichtshofes ist. Nachdem nun das Reichskabinett den Gesetzentwurf zur Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts im wesentlichen fertiggestellt hat, tritt auch in der Organisation des Staatsgerichtshofes eine Änderung ein. Nach Annahme des Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht wird der Staatsgerichtshof bei verfassungsrechtlichen Streitigkeiten in Zukunft beim Reichsverwaltungsgericht gebildet werden müssen. Alsdann wird auch der Präsident des Reichsverwaltungsgerichts den Vorsitz führen. Dieser Umbau wird in politischen Kreisen begrüßt, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil bei den bisherigen Entscheidungen des Staatsgerichtshofes festgestellt werden mußte, daß mehrfach die privatrechtliche Auffassung des Reichsgerichts in das öffentliche Recht gebracht wurde. Das geschah z. B. bei einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes über Aufwertungsforderungen. Weiter hat aber auch die Verfahrensart Anlaß zu berechtigter Kritik gegeben. Bei einzelnen Entscheidungen beschränkte sich der Staatsgerichtshof nicht darauf, z. B. bei der Biersteuerklage, reine Feststellungen, die notwendig waren, zu treffen, sondern er betätigte sich sozusagen selbst als Gesetzgeber, indem er in bestehende Gesetze, hier in das Gesetz über den Finanzausgleich, eingriff. Eine verfassungsrechtliche Handhabe bot auch das Vorgehen des Reichsgerichtspräsidenten nicht, als er in Sachen des Verwaltungsrats der Reichsbahn den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0058

Reichspräsidenten anrief. Endlich ist auch in juristischen Kreisen bemängelt worden, daß der Staatsgerichtshof zivilrechtliche Verfahrensvorschriften insofern glaubte anwenden zu müssen, dadurch daß er einstweilige Verfügungen erließ. Es sind auch innerhalb der Reichsregierung Bestrebungen vorhanden, die dahin gehen, in dieser Beziehung die Kompetenz des Staatsgerichtshofes einwandfrei zu klären. Schließlich sind gegen die enge Verbindung des Reichsgerichts mit dem Staatsgerichtshof insofern Bedenken entstanden, weil einzelne Entscheidungen des Reichsgerichts in Fragen, die die Republik angehen, eine Unmöglichkeit darstellen. Es braucht nur an die Feststellung erinnert zu werden, die ein Senat des Reichsgerichts getroffen hat, wonach die Bezeichnung „schwarz-rot-hühnereigelb" für die Reichsfarben und die Republik keine Beleidigung darstelle. Das ganze Problem dürfte in nächster Zeit in politischen Kreisen eingehend erörtert werden, und es werden die notwendigen Folgerungen aus dem jetzigen unhaltbaren Zustand gezogen werden müssen.

Sonderbare Grenzhilfe. Im Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtages ist die Frage der Verwendung der Reichsgelder für die Osthilfe eingehend behandelt worden, und es sind dabei merkwürdige Dinge zur Sprache gekommen. Die bayerische Staatsregierung hat alles Interesse daran, diese Dinge nicht über Gebühr bekannt werden zu lassen; ist es doch notwendig, darauf hinzuweisen, daß hier Reichsgelder auf durchaus unzweckmäßige Art und Weise verwandt worden sind. Er hat sich nämlich herausgestellt, daß die Reichsgelder der Osthilfe an der bayerischen Grenze für Kirchen und kirchliche Organisationen in weitgehendem Maße hergegeben worden sind. Der Osthilfe-Fonds ist im bayerischen Finanzministerium lediglich als Unterstützungskasse religiöser Gemeinschaften aufgefaßt worden, und seine Mittel sind fast ausschließlich für Kirchenbauten und klerikale Seminarien verwandt. Insbesondere ist im Bayerischen Landtage festgestellt worden, daß der Neubau des katholischen Priesterseminars in Weiden zum großen Teil aus Mitteln der Osthilfe finanziert worden ist. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß auch an protestantische Kreise Gelder gegangen sind. Die Verwendung dieser Gelder steht aber mit dem festgelegten Zweck in krassem Widerspruch. Religiöse Gegensätze zwischen Tschechen und Deutschen gibt es nicht, zumal alle Versuche der Wiedereinführung einer tschechischen Nationalkirche kläglich Schiffbruch erlitten haben. Die Gelder der Osthilfe sind für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke, aber nicht für kirchliche Zuwendungen bestimmt.

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Deutschnationale Volkspartei

Südtirol und Rumpelstilzchen. Die „Deutsche Zeitung" kündigt ein neues Buch von Rumpelstilzchen, dem Knappen Hugenbergs, an. Dieses Buch heißt „Der Schmied von Rom" und schildert Mussolini. Über den Inhalt sagt die „Deutsche Zeitung" u. a.: „Das Schicksal Tirols kränkt den Patrioten, aber das Beispiel einer selbstbewußten Nation wiegt stärker." Das ist der Patriotismus der „Deutschen Zei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0059

tung", der Patriotismus Rumpelstilzchens, der seinen Ruhm vor allem der unübertroffenen Beschimpfung republikanischer Politiker verdankt. Man wird neben vielen anderen markigen Worten Rumpelstilzchens auch diesen Satz nicht vergessen.

Der „Diktator" im Kampf. Es ist sehr still geworden um die „Diktatur" Hugenberg. Weil der endlich beginnende Frühling die politische Nervosität gebannt hat? Vielleicht. Mehr noch wahrscheinlich weil Hugenberg zunächst einmal mit dem Widerstand im eigenen Lager aufräumen muß. Herrn von Loebells „Deutschenspiegel" wirft darauf einige Schlaglichter. Hugenbergs Auseinandersetzungen mit dem deutschnationalen Abgeordneten Schlange-Schöningen, als deren Folge Schlange von dem Vorsitz der Deutschnationalen Volkspartei in Pommern zurückgetreten ist, waren keineswegs persönlicher Natur, sondern stellten einen Teil des Kampfes dar, der zwischen Hugenberg und dem Reichslandbund geführt wird. An diesem Kampf ist insbesondere der frühere Minister Schiele als Präsident des Landbundes unmittelbar beteiligt. Dazu macht der „Deutschenspiegel" folgende interessante Mitteilungen: „Für den Reichslandbundpräsidenten Schiele ergeben sich bei dieser Politik gewisse Schwierigkeiten, die in dem Kurs begründet sind, die die Deutschnationale Volkspartei unter der Leitung von Geheimrat Hugenberg einzuschlagen im Begriff ist. Auf der letzten Vorstandstagung ist zwar in der Agrarfrage noch einmal ein Kompromiß gefunden worden. Es ist aber kein Geheimnis, daß Hugenbergs Wünsche in wesentlich anderer Richtung laufen, und daß er nicht das geringste Interesse an der Bildung einer reinen Bauernfront hat, die zweifellos sich nicht unter das Kommando der Deutschnationalen Volkspartei stellen könnte. Wenn also Schiele seine Politik der wirtschaftlichen Querverbindungen durch die Parteien hindurch weiterhin erfolgreich fortführen will, wenn er, mit anderen Worten, für seine Berufsgenossen im Zentrum und in der übrigen bürgerlichen Mitte verhandlungs- und koalitionsfähig bleiben will, dann muß er sich gegenüber der Politik seines Parteiführers Hugenberg diejenige Freiheit bewahren, die ihm von der anderen Seite sicherlich nur widerwillig zugestanden wird." Im Hinblick auf einen Artikel Schlanges von programmatischer Bedeutung heißt es dann: „Sicherlich ist es kein Zufall, daß hier gleichfalls ein Landwirt die Stimme gegen den augenblicklichen Kurs erhebt, und man darf eine weitgehende sachliche Übereinstimmung zwischen Schlange und Schiele feststellen. Es wird noch eine ganze Weile dauern, bis die Klärung Wirklichkeit geworden ist, aber sie ist die Voraussetzung für eine neue politische Machtkonzentration auf der Rechten."

Der „Diktator" wird auch mit seiner Fraktion nicht fertig. Ende April ist der deutschnationale Parteivorsitzende Hugenberg aus seinem Urlaub nach Berlin gekommen, um in der deutschnationalen Reichstagsfraktion seinen Einfluß und seine Macht endgültig zu stabilisieren. Hugenbergs Forderungen bezogen sich im einzelnen darauf, daß der Fraktionsvorsitzende bei allen Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten, mit der Reichsregierung oder anderen Parteien sich mit dem Parteivorsitzenden Hugenberg ins Benehmen setzen solle. Weiterhin sollten Reden und Verlautbarungen der Reichstagsfraktion, die grundsätzlicher Art seien, stets vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0060

her mit dem Parteivorsitzenden vereinbart werden. Die Erörterungen, die im Hinblick auf Hugenbergs Eigenmächtigkeiten in den Fragen Reichsreform, Landwirtschaftsnot und Sozialversicherung nicht gerade sanft waren, endeten mit einer kompakten Niederlage des Parteiführers.

Dafür hat er seine Macht an anderer Stelle ausüben können. Der deutschnationale Publizist Dr. Hermann Ullmann, der Herausgeber der „Politischen Wochenschrift", ist aus dem Verlag Scherl, wo er in leitender Stellung tätig war, ausgeschieden. Ullmanns Zeitschrift hat mehrfach entschieden gegen die Hugenberg-Politik Stellung genommen. Von deutschnationaler Seite wird auch offen zugegeben, daß politische Motive zu dem Austritt Ullmanns geführt haben.

Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen ist die Rede des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Lambach in Saarbrücken interessant. Er führte u. a. aus: „Es bedeute ein völliges Verkennen dessen, was in diesen Jahren im deutschen Volke vor sich gehe, wenn man diejenigen, die nicht bereit seien, zu opfern und für ihre Kollegen einzustehen, als politischen Machtfaktor einsetzen wolle. Es sei reichlich naiv, sich auf solche Gruppen im politischen Leben zu stützen, die von gestern und vorgestern statt von heute und morgen seien. Es gäbe Leute, die der Meinung seien, das gewerkschaftliche Zusammenstehen reiße künstliche Klassengegensätze auf und sprenge die Einheit des Volkes, es wäre darum besser, Unternehmer und Arbeiter in Werksgemeinschaften zusammenzufassen. Diese Leute hätten vom Gang der Geschichte nicht einen Hauch verspürt.

Das alte deutsche Reich mit seiner schimmernden Wehr, seiner großen Machtstellung, seinem glänzenden Kleid habe sich in das Denken und Fühlen der Älteren so eingeprägt, habe sie so stark erschüttert, daß sie gar nicht anders könnten, als diesen Staat wieder herbeizuführen. Aber den Jüngeren fehlten diese Vergleichsmaßstäbe. Bei ihnen beginne ganz natürlich von heute aus der neue Wille für die Zukunft, der Wille, das Vaterland wieder aufzubauen. Zwischen ihnen und den Älteren sei in der ganzen Vorstellungs- und Erlebniswelt nicht mehr der gleiche Klang, wie er vorher gewesen sei.

Er gehöre nicht zu denen, die da glaubten, daß andere für uns das Schicksal meistern, und daß durch Jammern und Rufen „große Männer" geschaffen werden könnten. Man könne nichts Besseres tun, als in Treue seine Pflicht zu erfüllen, aus dem Nebel der Vorstellungen heraus auf den Boden der Wirklichkeit zu treten. Er glaube, daß der bessere Zustand erst dann komme, wenn der letzte Arbeiter und Angestellte eingegliedert sei in die Rechte und Pflichten des Volkes. Für dieses Ziel scheue man keine Kämpfe, wer einem auch entgegentrete.

Nationalsozialisten

Ein lichter Augenblick. Der Führer der Völkischen Freiheitsbewegung, Wulle, veröffentlicht im „Deutschen Tageblatt" ein Schreiben, das der nationalsozialistische Abgeordnete Dr Goebbels an den Landesverband Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei gerichtet hat. Die Deutschnationalen hatten die Nationalsozialisten zur Teilnahme an einer monarchischen Kundgebung in Neukölln auf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0061

gefordert. Darauf erwidert Dr. Goebbels zunächst, die Nationalsozialisten hätten „Besseres zu tun als für den monarchischen Gedanken zu demonstrieren". Dann heißt es: „Erst gar für das angestammte Herrscherhaus zu demonstrieren und ein Treugelöbnis vor aller Welt dafür abzulegen, wird von uns als unzeitgemäß erachtet, in Anbetracht dessen, daß dieses angestammte Herrscherhaus die Treue dem deutschen Volke gegenüber selbst gebrochen hat, und da, wo es galt, für den monarchistischen Gedanken zu demonstrieren, das Gegenteil von dem tat, was jeder einfache Frontsoldat und jeder einfache deutsche Arbeiter tat, nämlich auszuharren bei einem Volk in der Not, so wie man bei diesem Volk stand im Glück."

So viel Vernunft ist bei Hitlers Jüngern neu.

„Wirtschafts"partei

Die Städtefeindlichkeit der „Wirtschafts"partei. Daß die sogenannte Wirtschaftspartei überaus städtefeindlich ist, ist bekannt. Erst kürzlich wieder hat als Wortführer der Wirtschaftspartei im Preußischen Landtag der Abgeordnete Dr. Schmidt-Hoepke — ausgerechnet Chefredakteur der „Deutschen Bergwerkszeitung" — seinem Herzen unmißverständlich Luft gemacht. Er führte nach dem amtlichen Bericht u. a. aus, daß die (bekanntlich abwegige) Kritik des Reichsbankpräsidenten Schacht an der Ausgabengebarung der Städte noch nicht vergessen sei. Mit Recht habe Dr. Schacht die Luxusausgaben der Städte gegeißelt. Trotzdem hätten die Städte volle zwei Jahre länger nach demselben Rezept weiter gewirtschaftet; sie dürften sich dann natürlich nicht wundern, wenn sie ihren Kredit ganz erheblich schädigten.

Wenn die Städte nichts für Handel und Wandel tun, dann schreit die Wirtschaftspartei über die Vernachlässigung des gewerblichen Mittelstandes. Wenn sie aber etwas tun, dann nennt man das Luxusausgaben. Wenn die Städte nicht hinreichend für Luft, Licht und Gesundheit der Bevölkerung sorgen, dann wirft ihnen die famose Wirtschaftspartei Unfähigkeit und mangelnde Fürsorge für die Einwohnerschaft, insbesondere natürlich für den Mittelstand, vor. Wenn die Städte aber alle diese Dinge durchführen, dann nennt man die Ausgaben dafür wieder Luxusausgaben.

Bünde und wirtschaftliche Organisationen

„Evangelibank". Das ist die Telegrammadresse für die „Evangelische Zentralbank E. G. m. b. H., Berlin W 62, Kurfürstenstraße". Unsere Kunden genießen stets die höchstmöglichste Verzinsung ihrer Spar- und sonstigen Einlagen (z. B. seit Jahren nicht unter 8 Prozent für Termingeld) und unterstützen gleichzeitig durch eine Kontoführung bei uns die evangelische Sache, in deren Dienst unsere Bank seit 36 Jahren steht .... Konten in In- und Auslandswährung! Eigene Garantiemittel Ende 1927 bereits über zwei Millionen Reichsmark! . . . Das ist zu lesen im „Fridericus"! Der bekanntlich zu denen gehört, die nationale Gesinnung gepachtet haben und sich nicht schämt, Anzeigen aufzunehmen, die zur Unterstützung der französischen Offensive gegen die deutsche Währung auffordern.

Grenzlandpolitik des „Stahlhelm". Der Danziger Senat hat eine Stahlhelm-Kundgebung, die in Danzig stattfinden sollte, aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verboten. Als Ersatz fand

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0062

eine Stahlhelmparade in Königsberg statt. Dabei fühlte Herr Seldte die Verpflichtung, das Verbot durch einen höchst unanständigen Angriff auf den Danziger Senatspräsidenten Dr. Sahm persönlich beantworten zu müssen. Nach dem Vereinsblättchen, der „Stahlhelmzeitung", sagte er: „So wollten wir in Danzig, der Stadt des alten Hansegeistes, sprechen, in der kühner Kaufmannsgeist einst den Artushof oder Junkerhof erbaute. Das Volk nannte diese kühnen Hanseaten Junker, und ein anderes, ein stolzeres Blut floß damals durch die Adern derer, die Danzig führten, als durch den heutigen Senat von Danzig, geführt von Herrn Sahm. Es scheint der Herr Präsident Sahm vergessen zu haben mit seiner roten Regierungsgefolgschaft, daß Geschichte und Tradition verpflichten. Wir wissen im Reich, wie umdroht der Osten, wie umdroht Westpreußen und Ostpreußen von Feinden sind. Aber noch immer gilt das Wort: Viel Feind', viel Ehr'. Und nimmermehr hätten wir geglaubt, daß Deutsche sich gehorsam und furchterfüllt polnischen Machtansprüchen beugen würden. Vor der Zukunft und dem Himmel wird Herr Sahm und werden die Männer seiner Regierung diesen Verrat an Deutschland zu verantworten haben."

Der Danziger Senat hat in einer durch ihre würdige Ruhe doppelt eindringlichen Antwort die „jedes Maß übersteigenden Beschimpfungen" Seldtes zurückgewiesen: „Als ein bedauerliches Zeichen der Verrohung im politischen Kampf muß er (der Senat) den Versuch der Stahlhelmleitung bezeichnen, dem Präsidenten des Senats, Dr. Sahm, die Ehre abzuschneiden. Die Verdienste Sahms um die Deutscherhaltung der Freien Stadt Danzig sind vor aller Welt in einem zehnjährigen Wirken für Danzig bekannt. Die Danziger Presse hat fast einmütig und mit aller Entschiedenheit das Verhalten der Stahlhelmleitung verurteilt. Der Senat sieht darin einen Beweis dafür, daß die öffentliche Meinung und die große Mehrheit der Danziger Bevölkerung mit ihm einig sind in der Beurteilung der maßlosen Angriffe des Stahlhelms." So sieht das wahre Gesicht des „Stahlhelm" aus, der für sich die einzig echte Wahrung „nationalpolitischer Belange" in Anspruch nimmt. Aber höher stehen Seldtes Mannen die „Vereinsbelange". Dem ausgezeichneten und in schwerster Zeit bewährten Vorkämpfer der Deutschen-

Ein idealer Ferienaufenthalt ist das

Friedrich-Naumann-Haus in Wenzenbach bei Regensburg.

Wenzenbach ist Bahnstation (Linie Regensburg—Wutzelhofen—Falkenstein) 12 km von Regensburg entfernt. Das Haus liegt auf einer kleinen Anhöhe ruhig und staubfrei am Rande des Waldes. Es besitzt elektrisches Licht, Bad usw. Der Pensionspreis beträgt im Juli und August 4 M., sonst 3,50 M. Der Aufenthalt bietet Gelegenheit zu kleineren Spaziergängen in schönem Hochwalde; aber auch größere Ausflüge, so z. B. zur Walhalla, lassen sich leicht unternehmen. Markierungen, ausgeführt von der Waldv.-Sekt. Regensburg, sind vorhanden.

Anfragen an die Geschäftsstelle des Deutschen Demokratischen Vereins, Regensburg, Tändlergasse 9.

sache, Dr. Sahm, ist das Unglück passiert, ihnen zu nahe zu treten. Daß er zehn Jahre lang an verantwortungsvollster Stelle aufbauende Deutschtumsarbeit geleistet hat, ist den johlenden, radaulustigen Leuten um Seldte, die sich selbst und Deutschland gleichsetzen, egal. Seldtes Beschimpfungen eines Führers im Grenzkampf sind ein neuer Beitrag zu seiner Auffassung von nationaler Verantwortung. Im übrigen stellen wir fest, daß Reichspräsident von Hindenburg noch immer Ehrenmitglied des „Stahlhelm" ist.

*

Presseschau

„Der Deutsche Metallarbeiter", die Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, schreibt in einem Aufsatz über „Unproduktive Ausgaben, Wirtschaftspolitik und Gewerkschaft": „Die Wirtschaft ist die Grundlage des einzelmenschlichen Lebens, der menschlichen Wohlfahrt und Zivilisation. Dennoch wäre es falsch, diese wirtschaftlichen Dinge als Selbstzweck zu bewerten. Sie haben zwar ihre Eigengesetzlichkeit und auch die Wirtschaft hat ihre Normen und Gesetze, aber dennoch wird man der Wirtschaft und ihren Gesetzen ebensowenig eine absolute Eigengesetzlichkeit anerkennen können, wie irgendeiner anderen menschlichen Funktion auch. Letzte Kraft allen Lebens und Strebens ist die sittliche Verantwortung. Infolgedessen hat die Wirtschaft ebenfalls von sittlichen Geboten auszugehen. Sie sind oberstes Gesetz und Richtschnur. Deshalb anerkennen wir auch keine grundsätzliche Freiheit der Wirtschaft und des Privateigentums. Über den Wert dieser beiden stehen die Werte: Daseinssicherung des Volkes, Familie und Familienglück. Wir stehen im privatkapitalistischen System, haben mit ihm zu rechnen und in ihm vollzieht sich unsere gewerkschaftliche Arbeit. Aber die Form des kapitalistischen Systems bejahen, bedeutet nicht eine Bejahung des kapitalistischen Geistes oder eine Bejahung der gegenwärtigen Verteilung des Privatkapitals. Wir bejahen den Unternehmer und die Unternehmerinitiative, wie wir andererseits den Unternehmer verneinen, für den der Profit das Letzte und Höchste darstellt. So tritt denn das Wollen der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervor als das Streben, das reine Kapitalinteresse aus dem Mittelpunkt der Wirtschaft zu verdrängen und das Arbeitsinteresse in den Mittelpunkt zu rücken; d. h. Mensch und Wert der Arbeit stehen höher als das tote Kapital. Daß sich das jedoch nur vollziehen kann auf dem Boden einer Wirtschaftsdemokratie, der wirtschaftlichen und sozialen Gleichwertung, haben wir bereits in der vorigen Nummer dargelegt."

Die **„Kreuzzeitung"** hat sich einer sehr dankenswerten Aufgabe unterzogen. Sie hat eine Reihe führender geistiger Persönlichkeiten um die Deutung der konservativen Idee — losgelöst vom Zeitgebundenen, Tagespolitischen — befragt. Aus den Antworten heben wir einige heraus. Jakob Wassermann schreibt: „Konservativ sein im fruchtbaren Sinne nenne ich die weise und voraussehende Bewahrung des lebendig Seienden, lebendig Geschaffenen und lebendig Wirkenden gegen alles Versuchswesen und ideenlose Experimentieren, das nur der Sucht nach Veränderung entspringt, und gegen alle Zerstörung um der Zerstörung willen. Es gibt (neben der göttlichen) eine gottlose Unruhe, die in der menschlichen Gesellschaft ebenso viele Leiden verursacht wie die in ihr eingerosteten Schäden und wie die freiwillige Blindheit derer, die nur Nutznießer des Alten sind."

Kaplan Fahsel schreibt u. a.: „Soweit der Mensch schöpferische Spuren, ewige, objektive Werte in der Welt erfassen kann, gilt für ihn die heilige Pflicht, nach diesen Werten seine Kultur zu gestalten. Der Intellekt des Menschen erkennt Wesensgründe und ewige Naturgesetze, sein Gewissen zeigt ihm objektive Werte und Prinzipien der Lebensführung und Moral. Hier konservativ zu sein, ist Recht und Schuldigkeit der Vernunft. Und was der einzelne vielleicht nicht selbst kennt, ihm aber von genialen Repräsentanten des Menschengeschlechts überliefert wird, das hat er festzuhalten und fortzupflanzen. Hier konservativ sein, ist Forderung der Pietät.

Seinem Wesen treu zu sein, naturgemäß zu leben, das Erkannte zu bekennen und das gegebene Wort zu halten, heißt konservativ sein sich selbst gegenüber. Wer anders handelt, gibt die Persönlichkeit und den Charakter preis.

Was Vorväter und Umwelt an ewigen Werten erworben und in Werken ausgestaltet haben, gegen Leichtsinn, falsche Neuerungssucht und Verweichlichung des Zeitgeistes zu verteidigen, heißt konservativ sein im Gesellschaftsleben.

Solcher Konservatismus ist Rückgrat für die gesunde Entwicklung des Menschengeschlechts."

Der junge Dichter Fred A. Angermayer meint: „Konservativ sein scheint mir das Endergebnis einer langen Summe von Erfahrungen, die eine Persönlich-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0064

keit auf dem Entwicklungswege zu ihrer Formation gemacht und als das allein Richtige erkannt hat. Konservativ sein verlangt einen in sich gefestigten, flüchtigen Tageseinflüssen widerstehenden Charakter und gleichzeitig die Erkenntnis vom entscheidenden Wert einer Tradition."

Der Berliner Kunsthistoriker Oskar Fischel äußert sich: „Was erscheint wert, daß es erhalten würde? So weit muß die Antwort doch wohl politisch sein, daß man sagen darf: jene Gemeinsamkeit von Menschen, die wir Volk nennen.

Wir ‚Unpolitischen' können mithelfen, Klarheit über das zu schaffen, was das dauernd sich Erhaltende, zu Erhaltende ist. Denn ob ethisch, politisch, ästhetisch, ökonomisch, naturwissenschaftlich gerichtet, was wir tun, wie wir denken mögen, wir sind dem Ganzen verpflichtet. Dies Ganze ist nicht bloß räumlich, unser Land und Volk, sondern auch seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft; in einem Wort: unser Menschentum. Die Empfindung dafür hat unsere geistige Kultur, seit sie wesentlich städtisch geworden ist, durch Organisation und Spezialisierung gefährdet, wo nicht zerstört. Es müßte ein Lehrerstand aller Stufungen entstehn, der den Sinn für das Begeisternde echter Tradition in sich entwickelt. Er würde den Dienst an diesem Menschentum vorbereiten und dazu leiten, Generationen und Parteien als sich ergänzende Kräfte eines Ganzen zu empfinden.

Konservativ wäre also, den Menschen die Fähigkeit zu wecken, wachzuhalten und wiederzugeben, daß sie ‚ihres Ursprungs gedenken und ihres Ziels'."

*

Büchertisch

Deutschland, Jahrbuch für das deutsche Volk, 1929. Herausgegeben von Dr. Külz, Reichsminister des Innern a. D., M. d. R. Helingsche Verlagsanstalt, Leipzig. 164 S.

Das Jahrbuch „Deutschland" hat sich dank der geschickten Auswahl der Mitarbeiter und der Aktualität der von ihnen behandelten Fragen rasch das Interesse und die Gunst weitester Kreise ohne Unterschied der Partei erworben. Auch der neue, jetzt vorliegende Jahrgang schließt sich würdig seinen Vorgängern an, er übertrifft sie vielleicht noch durch die Reichhaltigkeit des Inhalts. Der Herausgeber Dr. Külz, der selbst mit einem gedankenreichen Artikel über das Thema „Zehn Jahre Deutsches Reich" vertreten ist, hat hier ein Werk geschaffen, das durchaus frei von jeder Einseitigkeit gehalten und lediglich dem deutschen Gedanken gewidmet ist. Es ist unnötig, einzelne Aufsätze besonders hervorzuheben; sie sind sämtlich mit großem Sachverständnis geschrieben und behandeln durchweg Probleme, die für die Gegenwart von Bedeutung sind, mag es sich nun um politische, wirtschaftliche oder kulturelle Fragen drehen. Viele von ihnen sind mit lehrreichen, gut ausgeführten Bildern geschmückt.

Du und der Staat. Schriftenreihe, herausgegeben von Ministerialrat **Goslar** und Ministerialrat **Dr. Hirschfeld.** Bisher sind erschienen Band I: Politik und Parlament von Ministerialrat Goslar; Band II: Eine Stunde Justiz von Regierungsrat Dr. Kaiser; Band III: Ein Blick in die Verwaltung von Ministerialrat Dr. Hirschfeld; Band V: Wirtschaft und Siedlung von Staatssekretär Dr. Krüger. Verlag von Gersbach und Sohn, Berlin W 35.

So verschiedenartig die Verfasser sind, die in dieser Schriftenreihe zu Wort kommen, darin sind sie sich alle gleich: in der Beherrschung des Stoffes, über den sie schreiben, in der Fähigkeit, ihn angemessen darzustellen, und in der positiven Staatsanschauung, von der aus sie an ihre Themata herangehen. Diese Bändchen sollen nicht wissenschaftlichen Zwecken dienen, sondern sie sollen den Laien, der an dem weiteren Aufbau des Staatswesens mitarbeiten will, gründlich einführen in die Einzelheiten des Staatsapparates, der Politik, der Rechtspflege, der Verwaltung, und sie tun das in leben-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0065

diger, gefälliger Form, ohne gelehrtes Beiwerk, aber trotzdem tief eindringend in alle Fragen, die hier zu berücksichtigen sind. Jeder Staatsbürger findet in diesen Schriften Lehre und Aufklärung über den oft so arg verkannten Gegenwartsstaat und darum seien sie auf das angelegentlichste allen empfohlen, die sich wahrhaft staatserhaltend bewähren wollen.

Dr. W. Abegg, Staatssekretär im Pr. Innenministerium: **Für den neuen Staat.** Verlag v. Gersbach & Sohn, Berlin W 35. 92 S., Preis 2,50 RM.

Staatssekretär Dr. Abegg hat in diesem Buche zwei Aufsätze vereinigt, die von verschiedenen Gesichtspunkten aus die Notwendigkeit einheitlicher, moderner Staatsauffassung erörtern. Der Aufsatz „Flaggenwechsel in England und Frankreich, ein Beitrag zur Lösung der deutschen Flaggenfrage", beweist an der Hand der historischen Vorgänge mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, wie ein Land selbst bei durchgreifenden Staatsumwälzungen seine Weltgeltung bewahrt, wenn nur seine Bürger, durchdrungen von der Bedeutung des einheitlichen Staatsgedankens, sich geschlossen hinter das Hoheitszeichen, die Landesflagge stellen. — Im zweiten Aufsatz „Die Bedeutung Friedrichs des Großen und Napoleons I. für die heutige Zeit" wird aus dem Entwicklungsgang dieser beiden großen Männer klargelegt, welch eine Fülle von Lehren aus ihrem Wirken auch für unsere Zeit zu ziehen ist — wenn man sich nur die Mühe dazu nimmt. Der Verfasser gibt das Material, aus dem sich diese Lehren ziehen lassen, bequem an die Hand und zeigt uns, wie die zutreffende Auffassung der Persönlichkeiten Friedrich II. und Napoleons zugleich befähigt, die Vorgänge der Gegenwart richtig zu würdigen.

Eugen Lennhoff: Die Freimaurer. Amalthea-Verlag, Zürich-Leipzig-Wien. 476 S. und 107 Bildtafeln; Preis geh. 14,—, geb. 17,— RM.

Angesichts der vielen, gewöhnlich oberflächlichen, durch Sachkunde nicht getrübten und polemisch gehaltenen Schriften aus der letzten Zeit über das Freimaurertum macht es Freude, in dem vorliegenden Buche ein unparteiisches Werk zu finden, das ohne jede Voreingenommenheit, nur auf Grund der historischen Dokumente Entstehung, Entwicklung und Wesen der Freimaurerei schildert. Ganz von selbst erhält dieses Buch einen apologetischen Charakter, die Bedeutung einer Verteidigungsschrift gegenüber den zahlreichen und oft überaus albernen Angriffen der Gegnerschaft; denn eine geschichtliche Darstellung des Freimaurertums liefert ohne weiteres den Nachweis, wie lächerlich die Mehrzahl der Beschuldigungen ist, die gegen die Freimaurer erhoben worden sind und zum Teil auch jetzt noch erhoben werden.

B. Gramse: Die Rechtsprechung in Miet- und Wohnungsfragen im Jahre 1928 (Nr. 8 der Sammlung). Verlag Reichsmieterdienst, Berlin-Wilmersdorf II, Detmolder Str. 15. 183 S., Preis 2,75 RM.

Die vorliegende Band bietet, wie die früheren Nummern dieser Sammlung, eine Fülle von grundsätzlichen Entscheidungen zu den bestehenden Gesetzen und Ausführungsverordnungen und ermöglicht zugleich durch die Gliederung nach Rechtsgebieten ein leichtes Zurechtfinden. Besonderes Interesse verdienen auch die zu den Einzelfragen des Miet- und Wohnrechts ergangenen gerichtlichen Entscheidungen.

Verantwortl.: I. V. Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Str. 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0066

DER

DEMOKRAT

Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 15. Juni 1929 Nummer 11/12

Reichsparteitag 4.—6. Oktober

In einer Sitzung des Vorstandes der D. D. P. am 3. Juni wurde unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Erkelenz beschlossen, daß der diesjährige Reichsparteitag zu Beginn des Oktober in Heidelberg stattfinden soll, und zwar wird auf dem Reichsparteitag über das demokratische Wirtschaftsprogramm Stolper, Berlin, berichten. Den Bericht über die politische Lage erstattet der Parteivorsitzende Reichsminister a. D. Koch-Weser. Über Bauernpolitik wird der Reichsernährungsminister Dietrich sprechen. Es wurde weiter beschlossen, daß auf dem Parteitag ausführlich das Reparationsproblem und seine Folgen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik erörtert werden sollen. Außerdem werden Organisationsfragen behandelt werden.

Kommunal-Wahltagung der preußischen Demokraten

Im Einvernehmen mit dem demokratischen Parteivorstand veranstaltet die preußische Landtagsfraktion gemeinsam mit dem kommunalpolitischen Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei am 14. und 15. September in Berlin eine Kommunal-Wahltagung der preußischen Demokraten. Diese Tagung dient vor allen Dingen der Vorbereitung der im Herbst stattfindenden Kommunal-, Kreis- und Provinzialwahlen in Preußen.

Sommerschule in Helmbrechts (Oberfranken)

Vom 19. bis 21. Juli wird im Rahmen der Sommerarbeit der Partei in Helmbrechts eine Sommerschule mit dem Thema „Das Deutschtum in der Welt“ abgehalten werden. Das einleitende Referat wird Frau Dönhoff, M. d. L., halten, Reichsminister a. D. Dr. Külz wird über das „Deutschtum in den Kolonien“ sprechen und auf einer abschließenden Kundgebung die Frage „Auslandsdeutschtum und Heimat“ erörtern. Der frühere Hauptgeschäftsführer der Partei, Herr Werner Stephan wird über das Deutschtum in Südeuropa und wahrscheinlich Herr Dr. Paul Schiemann, der bekannte Führer der baltischen Deutschen, über das „Deutschtum im Osten“ referieren. Parteifreunde, die den Wunsch haben, sich an der Sommerschule zu beteiligen, werden gebeten, sich an die Reichsgeschäftsstelle, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18, zu wenden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0067

Die Wormser Reichstagung der deutschen Jungdemokraten und die Deutsche Demokratische Partei

Der Wormser Reichsjugendtag mit der Heerschau der Jungdemokraten liegt hinter uns. Wir Demokraten haben immer mit Bedauern festgestellt, daß innerhalb unserer heutigen Jugend eine starke Entfremdung gegenüber dem neuen Staat sich breit gemacht hat und noch breit macht und daß ihm keine Liebe entgegengebracht wird. Der republikanische Staat und seine Ideale üben immer noch zu wenig Anziehungskraft aus, wenn auch neuerdings größere Jugendkreise, so die jungen Volksparteiler und auch in gewisser Beziehung der Jungdo, sich bemühen, den Weg zu ihm zu finden. Das eine steht jedenfalls fest, daß ein großer Teil unserer politischen Jugend immer noch rückwärts schaut und sich von dem Glanz der Vergangenheit blenden läßt und so sich selbst um die staatliche Gegenwart betrügt und dann auch dem neuen Staat die Jugend wegführt, beides höchst bedauerliche Erscheinungen. Von Anfang an bejahten unsere Jungdemokraten den neuen Staat, die Wormser Tagung bewies es erneut; sie bewies auch, daß sie trotz ihres politischen Eigenlebens innerhalb der Partei stehen. Wie die vorgehenden, so stellt auch der Wormser Reichsjugendtag einen Abschnitt in der jungdemokratischen Entwicklung dar und er wird sich als kraft- und richtunggebend für die Zukunft erweisen. Die Vorschläge nach dem Referat von Adolf Damaschke zur Behebung der Wohnungs- und Bodennot fanden einstimmige Annahme und gaben damit der Tagung die soziale Note, die unseren Jungdemokraten eigen ist. Das Referat von Koch-Weser über den Neuaufbau des deutschen Parlamentarismus fand eine begeisternde Aufnahme und schlang erneut das gemeinsame Band zwischen Jugend und Parteiführer. Es war ein feierlicher Augenblick, als die Jungdemokraten, hingerissen von den Ausführungen Koch-Wesers, stehend ihrem Führer huldigten. Daß es zu Hausstreitigkeiten zwischen dem rechten und linken Flügel kam, tut dem guten Gesamteindruck keinen Abbruch. Der linke Flügel schied hauptsächlich freiwillig aus der Vorstandschaft aus und tat damit einen Schritt, den man im übergeordneten Interesse der Gesamtbewegung nicht gutheißen kann und darf, zumal die oppositionellen Verbände sich sofort zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen. Ob dieser Zustand auf die Dauer aufrechterhalten werden kann und was daraus entstehen wird, bleibt abzuwarten und ist eine Angelegenheit des Bundes. Wir wollen hoffen, daß hier bald eine Wendung zum Besseren eintritt, damit nicht die gemeinsame Kampffront geschwächt wird. Die neue Vorstandschaft, die Führung Lemmers und die Geschäftsleitung von Reichelt, geben die Gewähr, daß in steigendem Maße politisch und organisatorisch der Bund vorwärtsgetrieben wird, das dauernde Steigen der organisierten Mitglieder in der letzten Zeit bestärkt diese Annahme. Dabei ist zu wünschen, daß die Jungdemokraten in enger Verbindung mit der Partei bleiben, um ein reibungsloses Zusammenarbeiten im gegenseitigen Interesse zu sichern. Ist manchmal nicht die Grenze dessen überschritten, was erlaubt war? Das soll keineswegs heißen, daß unsere Jugend parteifromm werden und daß an der restlosen Unabhängigkeit ihrer politischen Entscheidungen gerüttelt werden soll. Im Gegenteil, eine politische Jugend, die sich am Gängelbande führen läßt, ist keine Jugend, wenn auch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0068

von vornherein Jungsein keineswegs berechtigt, immer aus Prinzip in Oppositionsstellung gegen die Partei sich zu befinden. Wie bisher muß der Reichsbund seine Hauptaufgabe darin erblicken, die Werbung unter der Jugend zu betreiben; an und für sich eine Selbstverständlichkeit, jedoch muß hier gesagt werden, daß es Organisationen im Lande gibt, die diese Uraufgabe direkt sträflich vernachlässigten, halb offen, halb versteckt strebte man danach, eine Partei innerhalb der Partei zu sein und bereitete damit eine Gefahr vor, die sehr ernst zu nehmen ist, sobald sie größeren Umfang annimmt. Die Deutsche Demokratische Partei braucht die Jugend zur Belebung der Politik. Deshalb ist sie uns wertvoll und deshalb ist sie unsere Zukunftshoffnung. Ein Prüfstein, ob eine Partei eine Zukunft hat, ist ja die Stellung der Jugend zu ihr und in ihr. Wir brauchen eine Jugend, die den Blick auf das Ganze richtet, denn nur so beweist sie, daß sie das letzte Wesen der Politik erfaßt hat. Daß wir eine solche Jugend besitzen, dafür hat die Wormser Tagung uns den Beweis erbracht. Worms bewies, daß unsere jungdemokratische Bewegung als ein Teil der großen demokratischen Bewegung aufzufassen ist. Es bewies ferner, daß unsere Jungdemokraten sich auf dem richtigen Wege zur Erfüllung ihrer Aufgaben befinden, die über alle Tagespolitik hinweg darin gipfelt, den jungen deutschen Menschen im Geiste der demokratischen Weltanschauung zu Kämpfern für demokratische Ideale zu erziehen. Worms zeigte uns ferner, daß in den Reihen unserer Jungdemokraten ein prachtvolles Menschenmaterial vorhanden ist, das die Kraft und Begabung besitzt, am Kampfe um die demokratischen Ideale teilzunehmen. Man sah hier jugendliche Menschen voller Ernst und Energie, die in schöpferischer Kraft weiter und höher bauen wollen. Man ging mit dem Eindruck nach Hause, daß unsere Partei ein von Idealen geleitetes, von der Liebe zu unserem Volke und zu der Menschheit beseeltes junges Geschlecht besitzt, auf das wir stolz sein können. Jung und alt mögen daher, gegen den gemeinsamen Gegner kämpfend, treu zusammenstehen. Rx.

*

Zukunftsaufgaben der Deutschen Demokratischen Partei

Von Reichsminister a. D. Erich Koch-Weser.

Grundgedanken eines Referats, das auf der Reichstagung der Jungdemokraten in Worms gehalten wurde.

Die hinter uns liegenden zehn Jahre deutscher Geschichte haben den Beweis erbracht, daß wir mit unserem Glauben an die politische Mündigkeit des deutschen Volkes recht gehabt haben. Die in Weimar geschaffene demokratische Verfassung hat nicht nur mit dem revolutionären Zustande ein Ende gemacht, sondern darüber hinaus neue und zukunftweisende Ideen herausgestellt. Das muß vor allem betont werden, weil wir Demokraten uns davor hüten müssen, konservativ zu werden und über dem Festhalten an staatsrechtlichen Formen zu vergessen, daß noch eine Reihe großer Verheißungen der Weimarer Verfassung der Erfüllung harren. Darum nennen wir unsere Politik evolutionär; wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Entwicklung unseres politischen Lebens durch die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0069

Menschen vorwärts getrieben werden muß, und halten es für unsere Aufgabe, Pioniere zu sein, die dafür zu sorgen haben, daß die notwendigen Dinge zur rechten Zeit getan werden.

Daneben wollen wir jedoch nicht außer acht lassen, daß der Parlamentarismus nicht die einzige Ausdrucksform der Demokratie ist, und daß vor allem der

Parlamentarismus in der gegenwärtig geübten Form,

der den Staat hinter den Parteien verschwinden läßt,

nicht den Grundgedanken des an sich richtigen Systems entspricht.

Gewiß ist es notwendig, daß wir eine klare und volkstümliche Politik treiben; auf die Dauer gesehen kann aber eine Partei nicht von demagoischer Agitation leben. Über diese Überlegung hilft nicht das Argument mancher Demagogen hinweg, daß man seine Politik orientieren müsse an der politischen Unreife des Volkes. Wir bekennen uns demgegenüber zu der Auffassung, daß man nur dahin arbeiten kann, daß der unverständige Wähler verständig wird, nicht aber, daß man durch Konzessionen an demokratische Instinkte selbst unverständig wird.

Jedenfalls ist festzustellen, daß wir an einer Überalterung des Parlamentarismus leiden; vor allem hat das

Verhältniswahlrecht

dazu beigetragen, das in der Praxis lebenslängliche Parlamentssitze verleiht. Dazu kommt noch, daß in unserem Parlament die wenigen Volksvertreter von staatsmännischem Format verschwinden hinter den Vertretern der Interessengruppen, hinter den Sachverständigen für die einzelnen Sachgebiet der Politik, die in den Kommissionen zweifellos hervorragende Arbeit leisten, kaum aber in der Lage sind, die Grundzusammenhänge ihrer Politik zu sehen und sie dem Volk verständlich zu machen. In dieser Form ist das gegenwärtige Parlament eine schlechte Auflage der alten Bürokratie.

Man übertreibt nicht, wenn man weiterhin feststellt, daß die

gegenwärtig geübte Form der Regierungsbildung nichts mehr mit dem Grundgedanken des Parlamentarismus zu tun hat.

An Stelle der Persönlichkeit ist heute die Ziffer getreten. Hier ist es die Aufgabe des Reichspräsidenten, die Initiative zu ergreifen und diesem Zustande ein Ende zu machen. Ein energischer Präsident, der sich, wie es die Verfassung will, als Kontrollorgan des Parlaments empfindet, würde schnell diesen Zustand ändern können.

Es kommt auf die Menschen an, nicht auf die Gesetze. Darum

lehnen wir jede Verfassungsänderung ab,

weil wir glauben, daß auch das beste System dem Volke keinen Nutzen bringen kann, wenn nicht die geeigneten Menschen für seine Durchführung zur Verfügung stehen. Eins muß allerdings gesagt werden:

Eine Änderung des Wahlrechts brauchen wir dringend.

Das Verhältniswahlrecht zerreißt ein Volk, eint es aber nicht, das haben die Erfahrungen der letzten Jahre deutlich bewiesen, und es ist ein Zeichen für die innere Geschlossenheit unseres Volkes, daß es an dem Verhältniswahlrecht nicht zugrunde gegangen ist.

Bedenklich ist auch, daß einige große Parteien versuchen, in der Frage der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0070

politischen Beeinflussung der Beamtenernennung

ein Verhältniswahlrecht über die interessierten Parteien hin zu konstruieren. Man wird gewiß auf dem Standpunkt stehen müssen, daß die Beamten, denen die maßgebenden Stellen der Exekutive des republikanischen Staates anvertraut werden, sich zu den Grundgedanken dieses Staates bekennen; wir wollen aber, daß unsere Beamten nicht nach der Parteizugehörigkeit, sondern nach der republikanischen Staatsgesinnung ausgewählt werden.

Im ganzen genommen brauchen wir

nicht Abkehr von der Demokratie, sondern Ausbau der Demokratie,

und wir hoffen, daß dieser Gedanke mehr und mehr in weiten Kreisen des Volkes Eingang findet. Die Vergleiche, die zwischen einigen, jetzt diktatorisch regierten Staaten und den politischen Verhältnissen in Deutschland gezogen werden, gehen nach unserer Ansicht in die Irre; für eine weiße Diktatur gibt es auf die Dauer in Deutschland nicht genug Analphabeten. Darum wollen wir uns

gegen jede Diktaturbewegung,

die das politische Leben und die geistige Entwicklung unseres Volkes einengen und verzerren würden, mit aller Kraft einsetzen, nicht zaghaftig und unentschlossen, sondern mit der ganzen Kraft unseres Glaubens an die Demokratie.

Man darf doch nicht darüber hinwegsehen, daß in allen germanischen Ländern sich

Demokratie und Parlamentarismus vortrefflich bewährt

haben, und trotz aller Übelstände und Unzulänglichkeiten des parlamentarischen Systems kann man heute schon sagen, daß die Führerauslese in unserem Staat weitaus besser funktioniert als die des alten Regimes. Darüber kann kein Zweifel bestehen.

Es bedarf jedoch noch ein Umstand der Erwähnung, der das Ansehen des Parlamentarismus zu diskreditieren geeignet ist. Das ist die

Vielfältigkeit unserer parlamentarischen Vertretungen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Verhältnisse in manchen deutschen Ländern, die mit politischen Frontstellungen und Entscheidungen nichts mehr zu tun haben, den Grundgedanken des Parlamentarismus verzerren. Wir vermögen auch nicht einzusehen, aus welchen Gründen die Länder, denen vor allem die Erledigung von Verwaltungsaufgaben obliegt, sich des Parlamentarismus bedienen. Gewiß, es muß den Ländern ein weitgehendes Maß an Verwaltungsaufgaben gesichert werden und jeder Zug zu einer zentralistischen Bürokratie hin muß vermieden werden. Ein Ende gemacht werden muß aber endlich mit dem Souveränitätsdünkel der Länder, der noch in vielen Köpfen der Länderbürokratien herumspukt. Wir wünschen nicht, daß unsere Länder sich als Erben der ehemaligen Bundesfürsten empfinden.

Wenn die **Bewegung zum Einheitsstaat hin,**

die wir als Lebensnotwendigkeit für unser Volk empfinden, nicht bald zu zufriedenstellenden Ergebnissen führt, dann werden wir die Frage prüfen müssen, ob wir über den Weg des Volksentscheides an die politische Einsicht unseres Volkes appellieren müssen.

Wir wollen aufbauen auf dem Parlament und wollen verhüten, daß man uns unsere Demokratie verzerrt.

Dazu brauchen wir die deutsche Jugend.

Ich bekenne mich zu dieser Jugend!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0071

Jungdemokratische Wirtschaftskundgebung

Im Rahmen der Reichstagung der Jungdemokraten in Worms fand am Pfingstsonntag eine Kundgebung zur Wirtschaftspolitik statt, auf der Dr. A. Damaschke und Ernst Lemmer Referate hielten, die im Auszug wiedergegeben zu werden verdienen. Damaschke führte u. a. folgendes aus:

„Es hat bisher kein großes Volk in dem Maße formale demokratische Grundforderungen durchgesetzt, wie das deutsche. Durch die Tatsache, daß jeder junge Mann, jedes junge Mädchen vom 20. Lebensjahre an das gleiche Mitbestimmungsrecht in Reich, Staat und Gemeinde besitzt, ist die äußerste tragbare Grenze der formalen Demokratie erreicht. Es erwächst uns nun die große Aufgabe, die wunderschönen in der Reichsverfassung enthaltenen Grundrechte des deutschen Volkes mit lebendigem Inhalt zu füllen. Diese Aufgabe erblickt der Referent im wesentlichen darin, ein neues Bodenrecht zu schaffen, das entsprechend dem Werte der Reichsverfassung es jedem Deutschen ermöglicht, eine Heimstätte zu besitzen. Sodann entwickelt er die Ziele der deutschen Bodenreform und schilderte das, was die Nationalversammlung seinerzeit zur Forderung des Heimstättengedankens getan hat. Er schilderte die Einsetzung des Städtebeirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium, dessen Vorsitzender er selbst wurde, und den Entwurf eines Wohnstättengesetzes, den der ständige Beirat ausgearbeitet habe, um zunächst einmal den gesetzlichen Weg zu den Wohnstätten frei zu machen. Der Wohnungsausschuß des Reichstags hat auf einen demokratischen Antrag hin beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald ein Wohnheimstättengesetz im Sinne des ständigen Beirats vorzulegen. Bei der Abstimmung im Plenum des Reichstags haben 243 Abgeordnete für den Antrag und nur 136 dagegen gestimmt. Demokraten, Zentrum, Sozialisten, Kommunisten und Nationalsozialisten traten für diesen Antrag ein. Trotzdem hat die Regierung seit zwei Jahren nichts getan, und es ist dem Referenten unverständlich, wie ein Reichstag es sich gefallen lassen kann, daß Wünsche, die er mit nahezu Zweidrittelmehrheit äußert, von der Reichsregierung als Bagatelle mißachtet werden. In einem Wohnheimstättengesetz muß es den Gemeinden ermöglicht werden, billiges Heimstättenland in genügendem Maße zu gewinnen. Die Gemeinden müssen zur Bodenvorratswirtschaft verpflichtet werden, im Notfall muß die Möglichkeit der Enteignung mit einer angemessenen Entschädigung, worunter Damaschke den Steuerwert versteht, offengehalten werden. Ehe es den Städten nicht möglich sein wird, Boden zu einem erschwinglichen Preis kaufen zu können, wird eine neuzeitliche den sanitären Anforderungen entsprechende städtische Siedlungspolitik nicht möglich sein."

Dann sprach Ernst Lemmer über die „Wirtschaftlichen Probleme des deutschen Ostens". Die Bearbeitung der ostdeutschen Fragen für unsere nationale Politik ist ungeheuer wesentlich und es ist notwendig, auch in West- und Süddeutschland Interesse für die schweren Sorgen und die ernsthaften Gefahren, denen östliche Gebiete unseres Vaterlandes ausgesetzt sind, Verständnis zu wecken. Wohl kennt auch der Westen Deutschlands seine Not, aber Lemmer, der als gebürtiger Rheinländer, die Verhältnisse im Westen und Osten gleich gut kennt, muß bestätigen, daß es für die ostdeutsche Wirtschaft und Kultur bald ums Ganze geht. Alles Land östlich der Elbe stellt heute Notstandsgebiet dar. Die großen Städte, wie Breslau und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0072

Stettin, sind geradezu Krisenzentren geworden. Einst blühende Handelsplätze von internationaler Geltung, sind sie heute arm geworden. Stettins Schiffsbau und Schiffahrtsindustrie liegt darnieder. Die Vulkanwerft, einst das industrielle Zentrum Stettins, ist abgebrochen und verschrottet. Die überragende Bedeutung von Stettin, Breslau und Königsberg als internationale Umschlagsplätze für die Wirtschaft Ost- und Südwesteuropas ist zum Teil verlorengegangen und durch die furchtbare Arbeitslosigkeit ist viel menschliches Leid erzeugt worden. Stehen doch die Arbeitslosenziffern von Stettin und Breslau nach der amtlichen Statistik an der Spitze aller deutschen Großstädte. Der Versailler Vertrag hat den Osten Deutschlands aufs schärfste getroffen, weil ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge nationalistisches Gebaren und politischer Dilettantismus zwischen Oder und Weichsel neue Grenzpfähle gesteckt haben, die den Organismus der ostdeutschen Wirtschaft stranguliert und blühendes Leben zerstört haben. Nicht ohne Schuld von beiden Seiten wurden aus den Grenzen im Laufe der Jahre wirtschaftliche Barrikaden und die Lage mancher an der neuen Grenze liegenden Stadt ist verzweifelt ernst geworden. Seit einer Reihe von Jahren laboriert man an der Lösung der wirtschaftlichen Ostfragen herum und hat auf dem Wege der Stipendien und Subventionen hunderte von Millionen in die Notgebiete gepumpt. Die Frage des Ostens ist aber ein Gesamtproblem und verlangt eine Gesamtlösung die nur allein helfen kann. Wir nähern uns der Gesamtlösung nicht, wenn wir auch mit noch so gutem Willen durch Teilhilfe Erleichterung schaffen wollen. Der Krankheitsherd bleibt bestehen. Das bedenklichste ist die Landfluchtbewegung im Osten, die nachgerade katastrophale Dimensionen angenommen hat. Es scheint, als ob ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit von den praktischen Auswirkungen einer solchen Landflucht sich keine richtige Vorstellung macht, was vielleicht auch darauf mitzurückzuführen ist, das seit zehn Jahren die Augen der Deutschen viel stärker nach dem Westen als nach dem Osten gerichtet sind. Das ist so in politischer, in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

Der agrarische Osten unseres Landes entvölkert sich schon seit Jahrzehnten. In der Zeit von 1900 bis 1910 erlitten die alten Provinzen des Ostens, Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien, einen Wanderungsverlust von ungefähr einer Dreiviertelmillion Menschen. Die Abwanderung aus den uns verbliebenen Ostgebieten hat sich in der Nachkriegszeit erheblich und gefahrvoll verstärkt. Allein aus der Provinz Ostpreußen sind von 1919 bis 1925 nahezu 160 000 Menschen fortgewandert. Im gleichen Zeitraum aus Pommern 70 000 Menschen, und seither hat sich das Bild auf den heutigen Tag ständig nach der ungünstigen Seite verschoben. Wenngleich noch keine Gesamtziffern vorliegen, so lassen doch die amtlichen Einzelergebnisse aus einzelnen Kreisen und Regierungsbezirken deutlich erkennen, daß man geradezu schon von einer Landflucht sprechen muß. Während im Regierungsbezirk Köslin in den Jahren 1926/27 1926 Menschen aus der Land- und Forstwirtschaft in die Städte abwanderten, sind allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 1928 1164 Menschen in der gleichen Weise abgewandert. Während 1926 und 1927 insgesamt 4339 Menschen aus dem Regierungsbezirk Köslin nach Mittel- und Westdeutschland oder gar ins Ausland gewandert sind, sind in den ersten sechs Monaten 1926 allein 2779 Menschen aus der Heimat ausgewandert. Diese vergleichenden Ziffern lassen leider nur allzu deutlich erkennen, in welch starkem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0073

Maße sich seit Anfang des Jahres 1928 die Landflucht rapide verstärkt hat, die allein im Jahre 1928 mehr als doppelt so viel Menschen, wie in den beiden vorhergehenden Jahren von der Heimat wegführt. Diese Ziffern sollten wesentlich sein, um die deutsche Öffentlichkeit ernsthaft zu beunruhigen. Wobei man noch besonders stark beachten muß, daß der gefährliche Wanderstrom gerade aus Gebieten kommt, deren Bevölkerungsdichte an sich schon ganz beträchtlich unter denen der übrigen deutschen Landesteile liegt. Schon im Jahre 1913 kamen in Pommern auf den Quadratkilometer nur 59 und in Ostpreußen 57 Menschen, während der Allgemeindurchschnitt in Preußen 124 war. Im letzten Jahre ist die Bevölkerungsdichte noch stärker zurückgegangen und der ostpommersche Kreis Rummelsburg kann sich heute „rühmen" mit nur noch 27 Einwohnern auf den Quadratkilometer unter allen bewohnten europäischen Kulturgebieten den Tiefstand erreicht zu haben. Das ganze Problem kann nur insgesamt angepackt werden und nur insgesamt gelöst werden. Der einzige Weg, den Wanderstrom zu stoppen und die Menschen auf der Scholle festzuhalten und neue Menschen den gefährdeten Gebieten zuzuführen, ist der Weg der Siedlungspolitik, wobei im Notfalle nicht vor der Zerschlagung der Latifundien zurückzuschrecken ist!

*

Künftige Aufgaben jungdemokratischer Arbeit

Von Ernst Reichelt,
Mitglied der Bundesleitung der Deutschen Jungdemokraten

In der Berichterstattung über den Jungdemokratentag in Worms ist in der Presse vielfach von politischen Gegensätzen gesprochen worden, die im Verlaufe der Tagung aufgetaucht seien. Diese Auffassung ist unterstrichen worden durch die Bildung einer oppositionellen Arbeitsgemeinschaft der Verbände Berlin-Hamburg-Hessen-Nassau, die auch von einer Vertretung im Bundesvorstand glaubten absehen zu müssen, weil sie von der Mehrheit der gegenwärtigen Bundesvorstandsmitglieder nicht die Fortführung des bisherigen politischen Kurses des gesamten Bundes erwarten zu können glaubten. Vor allem erhebt man gegen die Mehrheit des Bundes den Vorwurf, daß sie geistig und organisatorisch — das Letztere vor allem bewiesen durch die Tatsache, daß eine Reihe von Verbandsführern hauptamtlich Parteisekretäre sind — sich in zu enger Bindung an die offizielle Parteipolitik befänden, als daß sie noch den Mut zu neuen Ideen und neuen Entscheidungen aufbringen könnten.

Diese Anschauung der Lage, die von dem Führer der oppositionellen Arbeitsgemeinschaft, Erich Lüth, im „Hamburger Anzeiger" vertreten wird, sieht Gegensätze, wo keine sind und verschärft die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen einzelnen Gruppen des Bundes bestehen. In den Vordergrund muß vor allem die Tatsache gerückt werden, daß die fast einstimmige Wiederwahl des langjährigen Bundesführers Ernst Lemmer, die nur gegen eine Stimme und bei wenigen Enthaltungen erfolgte, eine zuverlässige Gewähr für die Innehaltung des seit einer Reihe von Jahren verfolgten entschiedenen politischen Kurses bedeutet. Es ist selbstverständlich, daß die Vorstandsmitglieder, die eine Wahl in dem von Ernst Lemmer geleiteten Vorstand akzeptierten, sich damit auch auf den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0074

durch die Person des Bundesführers verkörperten politischen Kurs festlegten.

Man sollte unter diesen Umständen nicht schon in dem Augenblick, in dem die neue Bundesführung kaum ihre Arbeit in Angriff genommen hat, von einer „Verspießerung" des Bundes reden. Ein derartiges Urteil in der Öffentlichkeit abzugeben, bevor Beweise für diese Behauptung vorliegen und bevor die neue Bundesführung überhaupt in der Lage gewesen ist, sachliche Leistungen zu zeigen, ist nicht objektiv und nicht zur Bereinigung der Gegensätze in unserem Bunde geeignet. Organisationen mit ausgeprägter Schulung, wie sie offenbar die oppositionellen Verbände der Jungdemokraten nicht in zureichendem Maße besitzen, würden in der gleichen Situation dem neuen Vorstand eine weitgehende Chance gegeben haben, die ihn in die Lage versetzt hätte, ungehindert durch bestehende Meinungsverschiedenheiten, zunächst seine Ansichten durchzusetzen.

Aber wie dem auch sei, durch diese Angriffe wird der feste Wille der Bundesleitung, für die Innehaltung des bisherigen politischen Kurses des Bundes sich mit allen Kräften einzusetzen, nicht gemindert. Sie wird vor allem bemüht sein, die bisher an der Parteipolitik und Parteiarbeit geübte Kritik in positiven Vorschlägen zur Umstellung der Parteipolitik und zur grundlegenden Reform der Parteiorganisation zu konkretisieren. Das soll nicht bedeuten, daß sie sich der Parteiarbeit gegenüber grundsätzlich kritisch einstellt. Sie freut sich vielmehr über jede Möglichkeit der Übereinstimmung und will dahin arbeiten, daß über den Weg der Durchsetzung der eigenen Gedanken in Zukunft kritische Auseinandersetzungen nicht mehr geführt zu werden brauchen.

Zunächst ist sie aber der Auffassung, daß die Politik der Partei einer schleunigen und radikalen Umstellung auf einige wenige volkstümliche Ziele bedarf, die man in der agitatorischen Verwendung geschickt herausstellen muß. Sie hält die bisher geübte Methode, die Stimmen der Wähler durch weitreichende politische Bekenntnisse, die an keiner Einzelfrage der Politik vorbeigehen, zu gewinnen, für falsch und unpsychologisch und verweist dabei auf die Erfahrungen des letzten englischen Wahlkampfes, die den Beweis dafür erbracht haben, daß die Wählerschichten trotz weitgehender demokratischer Schulung einer volktümlichen Politik gegenüber akademischen Bekenntnissen den Vorzug geben. Sie sieht einen wertvollen Anfang in den hervorragenden Leistungen des Reichsernährungsministers Dietrich, die vor allem der geschickten agitatorischen Verwertung bedürfen. Sie unterstützt daher die Vorschläge des Agrarausschusses der Partei zu einem agrarpolitischen Aktionsprogramm, und würde wünschen, daß die Parteifreunde, die mit diesem Programm in einigen Punkten aus grundsätzlichen Erwägungen nicht übereinstimmen können, ihre Bedenken zurückstellen.

Der zweite Punkt, die radikale Reform der Parteiorganisation, wird der Gegenstand einer Denkschrift sein, die die Bundesleitung in kurzer Zeit der Partei und dem Bunde zur Stellungnahme übergeben wird. Im Mittelpunkt der Reformvorschläge steht die Überlegung, daß man der organisatorischen Krise der Partei, angesichts der geringen Neigung vieler Parteifreunde, sich einzuordnen und dringende organisatorische Notwendigkeiten zu erfüllen nur beikommen kann durch Lösungen, die eine durchgreifende Reform von oben her bewirken. Sie greift auch hier auf Erfahrungen des englischen Wahlkampfes und vor allem der Reorganisation der Liberalen Partei zurück, die gezeigt haben, daß man die Leitung der Organi-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0075

sation nur einem kleinen Kreise von Menschen in die Hand geben darf, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet ist und die nötige Energie und Rücksichtslosigkeit besitzt, um seine Vollmachten auszunutzen. Das Kernproblem der Reorganisation der Partei ist die Ersetzung verbrauchter Führer durch aktive, junge Kräfte, die den Glauben an die Partei noch nicht verloren haben, sondern ihr durch neue politische Ziele und durch einen neuen Idealismus zum Aufstieg verhelfen wollen.

Auf politischem Gebiet ist vor allem geplant, die Veröffentlichung eines jungdemokratischen Wirtschaftsprogramms, Vorschläge zur Änderung und Neufassung der Bestimmungen auf dem Gebiete des Jugendrechts und ein Aktionsprogramm zur Republikanisierung der Reichswehr, das an die Stelle des grundsätzlichen Wehrprogramms, in dessen Ablehnung sich nahezu die gesamte jungdemokratische Bewegung einig ist, treten soll. Besonderer Nachdruck wird in den nächsten Monaten gelegt werden auf die Bearbeitung aller der politischen Fragen, die sich mit der krisenhaften Lage des deutschen Ostens beschäftigen. Auf Anregung der Bundesleitung ist bereits in Worms eine Arbeitsgemeinschaft der ostdeutschen Verbände ins Leben gerufen wurden, die zu ihrer ersten Sitzung am 30. Juni d. J. in Frankfurt a. d. Oder zusammentreten wird, um sich grundsätzlich und praktisch über die Aufgaben ihrer Arbeit auszusprechen.

Aus den vorstehenden kurzen Ausführungen ist zu ersehen, daß die neue Bundesführung der Jungdemokraten nicht daran denkt, auf politische Aktivität zu verzichten. Sie wird vielmehr und in stärkerem Maße als früher sich der Aufgabe der grundsätzlichen und praktischen Reform der Deutschen Demokratischen Partei widmen, die sie als das entscheidende praktisch-politische Ziel ihrer Arbeit betrachtet.

Gedanken um Versailles

Von Martha Dönhoff, M. d. L., Soest

Eine der packendsten politischen Erinnerungen bleibt mir die gemeinsame Sitzung der demokratischen Fraktionen der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung im Festsaal des Preußischen Landtages, zur Stellungnahme zum Friedensvertrag. Die Vertreter in der Nationalversammlung waren von Weimar herübergekommen, um in Berlin in Beratung mit der Partei und der Preußenfraktion die Frage der Unterzeichnung des Versailler Diktats zu entscheiden. Die ungewöhnlichen äußeren Bedingungen der Sitzung betonten die Bedeutung des Entschlusses; sie fand im Verlauf der Beratungen erschütternden Ausdruck. Temperament und Erfahrungskreis, Weltanschauung und politische Richtung bestimmten die Stellungnahme der Redner. Alle standen unter dem Gefühl einer Schicksalsfrage für Volk und Reich, die nur aus persönlicher Verantwortung zu entscheiden ist. Die Abstimmung wurde deshalb ohne Fraktionszwang freigegeben. Wenn nachher in Weimar 73 von den 78 Fraktionsmitgliedern gegen die Unterwerfung unter den Gewaltfrieden stimmten, so wog die Stellungnahme jedes einzelnen gleich, als Zeugnis einer schwer erkämpften, tief wurzelnden Überzeugung. — Wir fragen heute, nach zehn Jahren, nicht mehr, welche Parteien die Mehrheit für die Vertragsunterzeichnung gestellt haben, und ob es richtig war, seine harten Bedingungen anzunehmen und sich seiner

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0076

moralischen Belastung zu unterwerfen. Die Ehre der Nation ist nicht verwirkt durch ein erpreßtes Schuldbekenntnis, und das Gewissen des einzelnen Deutschen nicht beschwert durch die aufgezwungene Pflicht der Wiedergutmachung. Die Frage der Kriegsverantwortung rückt in aller Welt in zehnjähriger Besinnung und harter Erfahrung allmählich aus der Sphäre gefühlsmäßiger Bewertung und nationalegoistischer Übersteigerung in eine sachlichere Betrachtung. Wir träumen nicht von Gerechtigkeit — die Wagschale der Macht der Sieger nach dem ungeheuren Kampf fordert ein anderes Gegengewicht — die Lebensnotwendigkeiten der Völker werden sie ausbalancieren. Das ist ein schwieriger Vorgang, langsam, wie alles historische Geschehen, unsicher, wie jeder Umbildungsprozeß, der mit gegensätzlichen Interessen und mit Gefühlsmomenten fertigwerden muß. Aber wir sehen ihn sich anbahnen. Die wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages sind schon heute ein Rechenexempel, dessen Lösung die Politiker den Wirtschaftlern zuschieben, die helfen sollen, daß die Überanspannung des Schuldners die Gläubiger nicht zu Schaden bringt. Und seine machtpolitischen Bestimmungen mit ihrer willkürlichen Grenzziehung rollen Probleme des Souveränitätsgedankens, der Minderheitenfrage und andere auf, die nur gemeinsam geregelt werden können. Ein schweres Hemmnis für das so notwendige Zusammenkommen der Völker ist die moralische Begründung des Friedensvertrages, die eine Alleinschuld und -verantwortung konstruiert und sie Deutschland und seinen Verbündeten auflädt. Die Friedensbedingungen, die sich auf diese Anklage stützen, werden den Weltkrieg nicht überwinden. Sie ist der Ausgangspunkt für die Überheblichkeit der Fordernden, und ihre maßlosen Ansprüche für das Gefühl der Vergewaltigung der anderen durch die Sieger und das Mißtrauen gegen ihre Absichten. Nicht um Deutschlands moralische Rechtfertigung, um die Gesundung des Völkerlebens und die Sicherung des Friedens muß der Kampf gegen die Schuldlüge von Versailles geführt werden. — Wenn wir den 28. Juni 1929 als die zehnjährige Wiederkehr der Vertragsunterzeichnung in ernster Besinnung verleben, sehen wir die schwere Aufgabe vor uns, die in seiner Erfüllung und seiner Überwindung gestellt ist. Wir Demokraten konnten sie übernehmen und werden sie weiterführen, weil wir an die Lebenskraft und Tüchtigkeit unseres Volkes glauben und darauf vertrauen, daß sich unsere politischen Gedanken im Völkerleben durchsetzen werden.

*

Mecklenburgs Landtagswahl*)

Von Dr. M. Moeller, Mecklenburgischem Staatsminister

Die kommende mecklenburgische Landtagswahl, die am 23. Juni stattfinden wird, stellt sich mit einer für die mecklenburgischen Verhältnisse neuen Nuance dar. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, Völkische und Wirtschaftspartei, endlich eine „Landvolkpartei", hinter der nur der großagrarische Landbund steht, haben beschlossen, eine „Einheitsliste nationaler Mecklenburger" aufzumachen. Die Patronage über dieses Sammelsurium hat der „Stahlhelm" übernommen, dessen Landesführer Graf Soden das gemeinsame Vorgehen kurzerhand „befohlen" hat. Hinter der angeblichen Stärke dieses ge-

*) Aus der „Vossischen Zeitung".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0077

schlossenen Vorgehens steht nichts als verborgene Schwäche. Die Deutschnationalen als stärkste Oppositionspartei wurden durch die Drohung mit der eigenen Landbundliste, an deren Spitze der Landbundvorsitzende und jetzige Reichstagsabgeordnete Wendhausen kandidieren sollte, gezwungen, sich der „Einheitsliste" anzuschließen.

Die Volkspartei kann nur durch die Beteiligung an ihr hoffen, einige Landtagsmandate zu retten, auf die sie den Anspruch infolge ihrer sinnlosen, die Deutschnationalen bei weitem übertrumpfenden Oppositionspolitik verloren hat. Die Völkischen werden wie überall im Reich durch die zügellose Agitation der Nationalsozialisten in den Schatten gestellt und haben sich deshalb in die rettenden Arme der gemeinschaftlichen Liste geflüchtet. Jede dieser Parteien erhofft Zuwachs oder Behauptung durch die Stimmen der andern: kein sehr günstiges Vorzeichen für den Ausgang!

Nur die Wirtschaftspartei verfügt noch über den Stamm ihrer Wähler kleinbürgerlichen Formats, die glauben, in ihr die wahre und einzige Vertretung ihrer „Interessen" zu finden.

Wohl ist bei dem Konglomerat, das die reine Form des Besitzbürgerblockes angenommen hat, keiner der beteiligten Parteien; daß es bestenfalls darum ging, aus der Not eine Tugend zu machen, geht aus der merkwürdig gedrückten Sprache der Rechtspresse mit Deutlichkeit hervor.

Die erste Parole, die man ausgegeben hat — gegen den Sozialismus, für Erhaltung des Privateigentums! —, mutet selbst für mecklenburgische Verhältnisse außerordentlich hinterwäldlerisch an, nachdem die Sozialdemokratie im Reich wie in den Ländern zehn Jahre lang in Koalition mit bürgerlichen Parteien gestanden und ihr grundsätzliches Parteiprogramm mit einem realpolitischen Aktionsprogramm vertauscht hat.

Stärkeren Einfluß auf die Wählerschaft erwartet man von der zweiten Wahlparole: „Erhaltung der Selbständigkeit Mecklenburgs", will sagen, Erhaltung Mecklenburgs als Landes im Deutschen Reich.

Diese Frage indes wird nicht durch parteipolitische Formulierungen, sondern nur durch die tatsächliche finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes entschieden werden. Die Erhaltung des Landes Mecklenburg erfordert gerade von den Kreisen erhebliche wirtschaftliche Opfer, die hinter der Einheitsliste stehen sollen. Hier werden sich Theorie und Praxis also ganz wesentlich unterscheiden. Besonders pikant ist die Tatsache, daß der erste Vortänzer für die „Selbständigkeit" Mecklenburgs der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Everling ist, seines Zeichens Fürstenanwalt, Urberliner und Vorstandsmitglied des Preußenbundes; auch in einer schmächtigen Persönlichkeit ist also Platz für die verschiedensten Richtungen.

Gegen die Mischmaschliste treten, scheinbar stärker zersplittert, die bisherigen Regierungsparteien an.

Die SPD. verläßt sich auf ihr festes, über das ganze Land gleichmäßig ausgedehntes Organisationsnetz und hofft, den Kommunisten noch eins von ihren bisherigen drei Mandaten abnehmen zu können. Ohne Zweifel hat auch das brutale, zu offener Revolution aufrufende Vorgehen der Kommunisten ihre Stellung in Mecklenburg, einem Land ohne wesentliche Industrie, schwer erschüttert. Auch das Verbot der Rot-Front-Organisationen, das für Mecklenburg allein keine Notwendigkeit gewesen wäre, da diese Organisationen hierzulande bereits eines natürlichen Todes starben, wird keine Märtyrerbegeisterung zeitigen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0078

Die Demokratische Partei ruft vor allem den Mittelstand in Stadt und Land zu ihren Fahnen auf. Sie plant im Verlauf des Wahlkampfes eine große Kundgebung des Landvolkes, bei der der Reichslandwirtschaftsminister Dietrich das Hauptreferat übernehmen wird. Schon jetzt ist im ganzen Lande stärkstes Interesse für diese Veranstaltung vorhanden.

Als Sondergruppe erscheinen die Mieter und Sparer, die aber im kommenden Landtag wie im bisherigen mit den Demokraten wieder eine Fraktion bilden werden.

Ferner stellt der Mecklenburgische Bauernverein, unter Führung des bisherigen volksparteilichen Abgeordneten Kratzenberg, der aus der Volkspartei ausgeschieden ist, eine eigene Liste auf, um die Macht des Landbundes unter der ländlichen Bevölkerung zu brechen, die sich bisher zur demokratischen Weltanschauung noch nicht hat durchringen können. Auch diese Gruppe wird im kommenden Landtag sich der Arbeitsgemeinschaft der Mitte anschließen und somit den bürgerlichen Flügel der Koalition verstärken.

Soweit die Stimmung im Lande bisher zu erkennen ist, geht sie dahin, die Fortsetzung des bisherigen Regierungskurses, der eine umfassende Wirtschafts- und Siedlungspolitik betrieb, zu ermöglichen.

Auch die fieberhafte Tätigkeit der Nationalsozialisten, auf deren Klage gegen den bisherigen Landtag die vorzeitige Festsetzung der Neuwahl zurückgeht, wird daran nichts ändern.

Das mecklenburgische Volk hat in sieben Landtagswahlen, die es in zehn Jahren getätigt hat, erkannt, daß die extremen Parteien dem Lande den inneren Frieden nicht geben, dessen es zum Ausbau seiner Wirtschaft und Kultur dringend bedarf.

*

Die sächsischen Wahlen

Rx. Das amtliche Ergebnis liegt jetzt vor und zeigt folgendes Zahlenbild:

	Parteien	Stimmenzahl 12. 5. 29	Mandate	Reichstagswahl 20. 5. 28	Landtagswahl 31. 10. 26	Mandate
1	Sozialdemokraten	922 932	33	999 421	758 009	31
2	Deutschnationale Volkspartei	218 309	8	254 488	341 153	14
3	Deutsche Volkspartei	363 382	13	316 017	292 085	12
4	Wirtschaftspartei	304 884	11	232 052	237 626	10
5	Kommunisten	345 530	12	381 565	342 382	14
6	Demokraten	115 289	4	142 143	111 467	5
7	Kommunistische Opposition	22 129	0	—	—	—
8	Volksrechtpartei	70 131	3	87 545	98 479	4
9	Altsozialisten	39 568	2	34 869	97 885	4
10	Nationalsozialisten	133 958	5	74 343	37 725	2
11	Völkisch Soziale Arbeitsgemeinschaft	fällt aus!				
12	Zentrum	25 460	0	23 915	24 093	0
13	Sächsisches Landvolk	140 611	5	129 575	—	—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0079

Gewählt wurden als Abgeordnete der D. D. P. Dr. Dehne-Dresden, Prof. Dr. Kastner-Dresden, Claus-Leipzig, Bretschneider-Chemnitz. Mit rückhaltloser Offenheit müssen wir sagen, daß die sächsischen Wahlen uns enttäuscht haben, und daß nicht die Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind, die wir an ihren Ausgang geknüpft haben. Wenn es auch zur Vorsicht mahnende Stimmen gab, so berechtigte dennoch die klare und verständige Politik unserer sächsischen Landtagsfraktion zu der Annahme, daß unsere Partei gestärkt aus den Wahlen hervorgehen würde. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Prozent gegenüber der Beteiligungsziffer von 70,8 Prozent bei der letzten Landtagswahl. Unter Zugrundelegung dieses Verhältnisses hätte unsere Partei um die Zahlen von 1926 zu halten, in Dresden-Bautzen ungefähr 52 000 Stimmen bekommen müssen. Da ein Resultat von 54 500 Stimmen erzielt wurde, ist hier ein Gewinn von 2000 Stimmen zu verzeichnen. Unter dieser Voraussetzung hätte der Wahlkreis Leipzig 36 500 Stimmen erhalten müssen, anstatt der erzielten 32 500, er weist also einen Verlust von 4000 Stimmen auf. Im Wahlkreis Chemnitz schließlich hätten auf uns 33 900 Stimmen entfallen müssen, in Wirklichkeit wurden 28 000 Stimmen abgegeben, was einen Verlust von 4700 Stimmen bedeutet. Gegenüber der letzten Landtagswahl haben wir insgesamt einen Gewinn von 3822 Stimmen, gegenüber der letzten Reichstagswahl den beträchtlichen Verlust von 27 554 zu verzeichnen.

Hat es Zweck nach Gründen nachträglich zu suchen? Wir wollen und müssen es tun. Einmal ist festzustellen, daß in einer Zeit, in der die Parteien mit Ausnahme der unsrigen immer mehr zu reinen Interessenparteien herabsinken, die allgemeine Stimmung für uns von vornherein nicht günstig ist. Hieraus erklärt sich vieles, wenn auch nicht alles. Zu diesem allgemeinen Grund kommt hinzu, daß die Gründung der sogenannten staatsbürgerlichen Einheitsfront mit ihrer scharfen Einstellung gegen die Sozialdemokratie und ihrer Hetze, die D. D. P. befände sich wie immer wiederum im Schlepptau der Roten, nachteilig für uns ausgewirkt hat. Diese von vornherein erkannte Gefahr mußte hingenommen werden, denn eine Beteiligung an einem Bürgerblock steht bei uns außerhalb jeder Diskussion. Die Deutsche Volkspartei, die Partei der inneren Widersprüche und die Partei, die es immer versteht, die Früchte für sich einzuheimsen, die die D. D. P. gesät hat, lag bei den sächsischen Wahlen an einer gutgeschnittenen Ecke. Sie konnte eine zugkräftige Landesliste aufstellen, auf der sie bei dem Besitz von 12 Mandaten den Ansprüchen aller Berufsgruppen an sicherer Stelle in ausreichendem Maße entgegenkommen konnte. Es ist bei ihr auch weiter nicht verwunderlich, daß sie einmal sich als die Partei von Gustav Stresemann ausgab, zum anderen mit dem Stahlhelm, dem schärfsten Bekämpfer der Stresemannschen Außenpolitik, gemeinsame Sache machte. Diesen Widerspruch merkt der deutsche Wähler nicht. Sie pries sich ferner als die alleinige Retterin vor der Sozialdemokratie an und betonte stark ihre kirchliche Einstellung, Propagandamittel, die ihre Wirkung nicht verfehlten, und mit denen sie immer wieder in den Wahlkampf treten wird. Ob unsere Kandidatenlisten in den drei Wahlkreisen richtig aufgestellt waren, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ehrich-Leipzig hat wohl mit seiner Behauptung im „Sächsischen Landboten“ Recht, daß die drei verschiedenen Listen nicht aufeinander abgestimmt waren. Eine Landesliste war daher vorzuziehen, um diesen Fehler auszugleichen. Die Deutsche Volkspartei hat entschieden Nutzen von ihrer Landes-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0080

liste gehabt. Auch war unsere Agitation nicht schlagkräftig genug, sie war zu sachlich, zu objektiv. Unsere Gegner hatten in dieser Beziehung keine Hemmungen und schreckten vor unehrlichen Mitteln und vor unwahren persönlichen Angriffen, besonders in den letzten Tagen, nicht zurück. Es ist das alte Lied, das man immer wieder hört. Organisatorische Mängel waren natürlich, so muß man leider sagen, vorhanden, wenn auch für die Wahlzeit eine tüchtige und fleißige Arbeit entfaltet wurde und wenn auch einige sächsische Kreise als gut organisiert angesehen werden müssen. Fehler können gemacht werden, aber man muß aus ihnen Lehren ziehen. Ein aufhellendes Moment der sächsischen Wahlen besteht in der Zunahme der Wirtschaftspartei, obwohl diese Partei im augenscheinlichen Gegensatz zu uns auf irgendwelche Erfolge in der sächsischen Politik nicht zurückblicken kann. Ihre beiden Minister, der frühere Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm und der Finanzminister Dr. Weber waren ihrer Aufgabe keineswegs gewachsen. Und dennoch nahm sie zu. Von Sachsen aus hat die Wirtschaftspartei ihren Siegeslauf genommen und von Sachsen aus hätte sie nach den Gesetzen der politischen Logik und Vernunft eine Abwärtsentwicklung nehmen müssen, zumal obendrein vor den Wahlen aus ihren Reihen mehrere führende Politiker geschieden sind mit der kurzen Begründung, die Wirtschaftspartei könne dem Mittelstand nicht helfen. Aber der Wunderglaube an die Wirtschaftspartei ist nicht geschwunden, er besteht weiter. Solange eben der Mittelstand unter dem Druck der wirtschaftlichen Not steht, starren diese Kreise unentwegt und wie geblendet nach ihrer Klassenpartei, in der sie ihr Heil sehen. Entschieden hat die Wirtschaftspartei durch die Einheitsfront eine gute Stütze gehabt, als eigentlichen Gegner fand sie nur uns vor und alle unsere Angriffe verloren durch die Propaganda der Einheitsfront an Stoßkraft. Selbst die Volkspartei ist der Meinung, daß, wenn bei einem frei und ohne Bindung geführten Wahlkampf die Wirtschaftspartei von allen bürgerlichen Parteien für eine allbekannte Versprechungspolitik vom Wahlkampf 1926 zur Rechenschaft gezogen worden wäre, sie diesen Wahlkampf nicht bestanden haben würde. Dasselbe gilt von der Aufwertungspartei. Jedenfalls muß, das beweisen die Sachsenwahlen, damit gerechnet werden, daß die berufsständische Welle im politischen Leben Deutschlands noch nicht verebbt ist, wenn es auch einmal soweit kommen wird.

Seit 1918 gab es drei politische Wellen. Die erste war die demokratische; sie war mächtig, aber kurz und wurde abgelöst von der nationalistischen, die ihr Damaskus dann durch die Locarno- und Dawes-Plan-Politik fand, den beiden größten und nicht erfolglosen Versuchen, die Aushöhlung des Versailler Diktates. Eine Feststellung, die richtig ist, wenn auch die Früchte dieser Politik nur langsam reifen. Es ist nur merkwürdig, daß nach der Schwächung des Nationalismus die politische Wellenbewegung nicht wieder dahin zurückkehrte, von wo sie ihren Ausgangspunkt genommen hatte. Es kam nämlich die dritte Welle hoch, die berufsständische, die noch lange Zeit ein Faktor unseres politischen Lebens sein wird und die wohl erst dann ihren Höhepunkt überschritten haben wird, wenn unsere Wirtschaft in ruhigen und sicheren Bahnen sich bewegt. Vom demokratischen Standpunkt aus betrachtet, zeigt das Zahlenbild der sächsischen Wahlen trotz unseres Rückganges gegenüber den Stimmen der Reichstagswahlen, daß wir über einen festen Wählerstamm verfügen, dessen innere Zusammensetzung bis zu einem bestimmten Grade wechselt, dessen Höhe im Großen und Ganzen aber stabil

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0081

bleibt. An dieser Tatsache dürfen wir nicht vorübergehen, ohne daß wir beschönigen wollen, was nicht zu beschönigen ist und nicht beschönigt zu werden bedarf. Die sächsischen Wahlen berechtigen entschieden zu dem Schluß, daß wir heute ebenso wie 1928 eine anderthalb Millionen-Partei sind. Dies kann wohl nicht bezweifelt werden.

Mag die Interessenpolitik noch lange Triumphe feiern, die Deutsche Demokratische Partei bleibt, was sie ist, die republikanische Staatspartei, aufgebaut auf dem klaren Bekenntnis zu den Ideen des Rechts- und Volksstaates und auf der rückhaltlosen Anerkennung der Kraft des sozialen Gedankens. Jede Partei hat Höhen- und Tiefenkurven, und politisch ungünstige Zeiten sind immer der Prüfstein für die Lebenskraft und den Lebenswillen einer politischen Partei. In Zeiten der Not zeigt sich klar und deutlich, ob eine Partei eine Augenblickserscheinung ist oder eine Zukunft hat. Die Ratio der Deutschen Demokratischen Partei ist Bestand der Deutschen Republik und damit des deutschen Staates. Gewiß muß sie den berechtigten Interessenwünschen nachkommen, aber sie darf es nur im Rahmen des Allgemeinwohles. Das beste Beispiel bietet in dieser Hinsicht augenblicklich die Agrarpolitik unseres Reichsernährungsministers Dietrich, dessen Wirken bereits einen internationalen Ruf angenommen hat. Wir, die wir als die großstädische Asphaltpartei verschrien sind, werden zum Helfer der Landwirtschaft! Fest und entschlossen, im Glauben an uns selbst werden wir die Schwierigkeiten zu meistern versuchen, die die Zukunft uns bringen wird.

*

Die Bedeutung der Provinzial-Landtagswahlen

Neben den Kommunalwahlen und Kreistagswahlen, die im Spätherbst dieses Jahres zu erwarten sind, wird der Wahl zu den Provinziallandtagen eine besondere Bedeutung beizumessen sein. Das Recht der Wähler, auch hierbei unter dem gleichen direkten und Verhältniswahlrecht wählen zu können, fand erst 1921 zum ersten Male Anwendung. Früher war der größte Teil der Wähler von dem Recht, bei der Verwaltung ihrer Heimatbezirke mitzusprechen, ausgeschaltet. Die Herrschaft übten der Großgrundbesitz und seine Mitläufer aus. Daneben wurden dann nur Bürgermeister und Landräte in den Provinziallandtag geschickt. Heute ist die Provinz eine eigene Gebietskörperschaft, die sich auf die politischen Parteien stützt. Und der Provinziallandtag hat außer seiner Verwaltungsarbeit auch politische Aufgaben zu erfüllen. Nach Artikel 86 der Preußischen Verfassung sind die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Vorsitzende des Provinzialschulkollegiums und des Landeskulturamtes nur im Einvernehmen mit dem wichtigsten Ausschuß des Provinziallandtages, dem Provinzialausschuß, zu ernennen. Vom Provinziallandtag werden ferner die Mitglieder des Preußischen Staatsrats gewählt, der in vielen Dingen dem Preußischen Landtag gleichgeordnet und dessen Einfluß gewiß nicht zu unterschätzen ist. Der Provinziallandtag bzw. sein von ihm gewählter Provinzialausschuß bestimmt mit über die politische Zusammensetzung des Reichsrats, da ihm die Wahl der Hälfte der dem Lande Preußen zustehenden Mitglieder dieser wichtigen Körperschaft zusteht. Wie oft haben die von reaktionären Provinzial-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0082

ausschüssen gewählten reaktionären Reichsratsmitglieder gegen die von der preußischen Staatsregierung im Reichsrat abgegebenen Stimmen gestimmt und so der ganzen Gesetzgebung einen reaktionären politischen Stempel aufgedrückt. Auch an die Zeiten der Ruhrbesetzung denke man bei den wichtigen politischen Aufgaben des Provinziallandtages, als der westfälische Provinzialausschuß jede Regelung, die eine Lockerung der besetzten Gebiete zum Preußischen Staat in sich schloß, mit Festigkeit zurückwies. Also Aufgaben genug von weittragender politischer Bedeutung.

Der Provinzialausschuß bereitet ferner die Beschlüsse des Landtags vor und führt überhaupt gemeinsam mit dem vom Landtag gewählten Landeshauptmann die eigentliche Verwaltung der Provinz. Er wählt auch den dem Oberpräsidenten zur Durchführung staatlicher Aufgaben beigegebenen Provinzialrat und die Laienmitglieder der bei den einzelnen Regierungen befindlichen Bezirksausschüsse, die gleichfalls wichtige staatliche Funktionen ausüben. Hierunter gehören auch beispielsweise die vom Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten zu erlassenden Polizeiverordnungen, die zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Bezirksausschusses und des Provinzialrats bedürfen. Dieser ist sozusagen Verwaltungsbeschlußbehörde, während der Bezirksausschuß sogar noch die Funktion einer Verwaltungsbehörde ausübt.

Neben diese staatlichen und politischen Aufgaben tritt das weite Gebiet innerer Verwaltungsaufgaben. Als Parlament der Provinz beschließt der Landtag über die Feststellung des Haushaltsplans, über Erhebung von Abgaben und Verwendung von Einnahmen. Nach von ihm aufgestellten Grundsätzen werden die Provinzialverwaltung geführt und die Provinzialämter eingerichtet. Um hier nur einiges zu nennen: Bau und Unterhaltung der Chausseen, Förderung des Baues von Kleinbahnen, der Landesmelioration. Ihm unterliegt die Fürsorgeerziehung (Taubstummen-, Blinden-, Krüppelfürsorge und Irrenfürsorge) und das Hebammenwesen. Zu diesen durch Gesetz übertragenen Aufgaben tritt ein großer Komplex der von den Provinzialverbänden freiwillig übernommenen Aufgaben (Überlandzentrale, Talsperren, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Kommunalbanken, Feuersozietäten, öffentliche Lebensversicherungsanstalten). Dazu als höchstwichtiges Moment das den Provinzen verliehene Recht, darüber zu beschließen, ob neben der deutschen Schulsprache eine andere Schulsprache zuzulassen ist (Minderheitsschulen).

Es gilt, auch in der Provinzialverwaltung die Grundsätze wahrer Demokratie zur Geltung zu bringen. Alle Demokraten müssen deshalb den bevorstehenden Wahlen zum Provinziallandtag größtes Interesse entgegenbringen und um die Aufstellung und Wahl demokratischer Kandidaten bemüht sein. Das gilt auch für die demokratisch gesinnten Frauen, denen die sozialen Aufgaben der Provinz ein weites Feld der Mitarbeit und Betätigung bieten.

*

Aus dem demokratischen Parteileben

Überparteiliche Kundgebungen am 28. Juni. Auf verschiedene Anfragen örtlicher Parteiorganisationen hat der Parteivorstand der D. D. P. folgenden Bescheid erteilt: „Der Parteivorstand hat bereits Ende Mai den Organisationen die Beteiligung an den in Aussicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0083

genommenen Kundgebungen gegen die Kriegsschuldlüge empfohlen, wenn es sich um eine wirklich überparteiliche Veranstaltung handelt. Da der Deutsche Städtetag seinen Mitgliedern nahegelegt hat, derartige Veranstaltungen zu fördern, bitten wir unsere Parteifreunde, diese Aktion des Städtetages zu unterstützen, indem sie tunlichst auf das Zustandekommen von Kundgebungen unter behördlicher Leitung und Teilnahme hinwirken, welche von vornherein die erforderliche Gewähr der Überparteilichkeit und des würdigen Verlaufs bieten."

Mandatsverzicht Dr. Glockners. Dem neuen badischen Landtag, der im Oktober d. J. gewählt werden wird, wird eine Persönlichkeit nicht mehr angehören, die zu den bedeutendsten Mitgliedern des badischen Landtags während der Nachkriegszeit gehört hat: Geheimrat Dr. Karl Glockner, der seit 1919 demokratisches Mitglied des Landtages gewesen ist, nunmehr aber die Bürde des Mandats jüngeren Schultern anvertrauen will. Dr. Glockner war ehemals als Ministerialdirektor im badischen Ministerium des Innern die rechte Hand der Minister Eisenlohr, Schenkel und von Bodmann, da er juristischen Scharfsinn mit politischer Bildung glücklich vereinigte. 1913 wurde er Präsident des badischen Verwaltungsgerichtshofs, ein Amt, das er bis zum Jahre 1927 innehatte. Vor dem Kriege gehörte er der nationalliberalen Partei an; als Erfolg seiner Bemühungen in erster Linie wird es gebucht, daß im Jahre 1905 der sogenannte Großblock der Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten zustande kam, und dann eine erhebliche Reihe von Jahren die innere Politik Badens bestimmte. 1918 schloß er sich der Demokratischen Partei an und ist ihr in Baden seitdem ein angesehener und von allen Parteien geachteter Führer gewesen.

Ortsgruppenneugründung. In Berlinchen in der Neumark ist eine Ortsgruppe der D. D. P. gegründet worden. Schriftführer ist Herr Fabrikant Kurt Neustein, Berlinchen, Seestr. 7/8.

Pölitz, Kr. Randow, Pommern. Vors. Studienrat Kuß, Mühlenstraße 37.

Weiterhin ist eine neue Ortsgruppe der D. D. P. in Drossen gegründet worden. Vorsitzender ist Rektor Liebig, Drossen, Kreis Weststernberg.

Neuorganisation im Wahlkreis Weser-Ems. In den Ämtern Brake und Jever des Landes Oldenburg wurden die Ortsgruppen und Vertrauensleute einer Nachprüfung unterzogen. Es gelang der Partei in einer Reihe von Fällen, neue, tätige Freunde zu gewinnen und alte, bisher abseits stehende, wieder zu interessieren. Die Zahl der demokratischen Stützpunkte in diesen beiden Ämtern wurde stark vermehrt. — Im Amte Brake bestehen nunmehr folgende Stützpunkte: Brake, Dedesdorf, Goldswarden, Hammelwarden, Oberhammelwarden, Ovelgönne, Rodenkirchen, Schwei, Strückhausen, Wardenburg und Warfleth; im Amte Jever: Accum, Bohnenburg b. Sengwarden, Fedderwarden, Heidmühle, Hooksiel, Horumersiel, Hohenkirchen, Jever, Mariensiel, Minsen, Midogge, Oldorf b. Tettens, Ostiem b. Heidmühle, Sande, Sandel, Schortens, Sengwarden, Stull bei Hohenkirchen, Tettens, Wiarden, Waddewarden, Westrum, Wangerooge, Wiefels und Wüppels.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0084

Wahlkreisparteitag Frankfurt (Oder)-Grenzmark

Am 2. Juni fand in Frankfurt (Oder) ein Parteitag des Wahlkreises Frankfurt (Oder)-Grenzmark statt, der sich zunächst mit den Vorbereitungen der Provinziallandtags-Kreis- und Kommunalwahlen beschäftigte, worüber Landtagsabgeordneter Oswald Riedel referierte. Er nahm dann einen Geschäftsbericht des Generalsekretärs Dr. Schütt entgegen, der erfreuliche Angaben über einen starken Ausbau der Organisation machen konnte.

Im Mittelpunkte der politischen Aussprache stand ein Referat des Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Dr. Hermann Fischer, der von den Pariser Reparationsverhandlungen ausgehend den Streit um Dr. Vögler berührte. Er bedauerte, daß ohne genaue Kenntnis der Gründe seines Rücktritts ihm deswegen Vorwürfe gemacht würden. Weiter führte er aus:

„Wenn durch die Pariser Verhandlungen eine Entlastung zustande kommt, muß ein klares eindeutiges Sofortprogramm unverzüglich aufgestellt werden, das diese Entlastung in den Rahmen der Neuorientierung einordnet und verhindert, daß es erneut zu Ausgabenaufblähungen kommt. Im Rahmen dieses Sofortprogramms muß dringlich für unsere Landwirtschaft und unsere Grenzgebiete vor allem des gefährdeten Ostens Hilfe geschaffen werden. In beiden Fällen bin ich der Meinung, daß Subventionen und Dotationen auf die Dauer nicht wirklich helfen können. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß die wirksamste Hilfe zurzeit darin liegt, daß man sowohl der Landwirtschaft als auch den Grenzgebieten im Rahmen des von mir geforderten Sofortprogramms ein Steuermoratorium oder gar einen Steuernachlaß für eine gewisse Zeit gibt. Dabei kann auf regionale Unterschiede und Unterschiede der Betriebsgröße und -art durchaus Rücksicht genommen werden. Auf jeden Fall aber müssen wir für den Osten sehr bald zu einem einheitlichen Hilfsprogramm kommen, an Stelle der bisherigen zersplitterten Dotationen, ein Programm, das von der Erkenntnis ausgeht, daß das ganze Reich mithelfen muß, unsere gefährdeten Ostgebiete zu stützen. Denn allzulange ist unser Blick nach Westen gerichtet gewesen, wo die nationale Not zunächst augenfälliger zutage trat. Und doch leidet letzlich der Osten schwerer, weil seine Notlage nicht auf der schließlich doch einmal vorübergehenden Tatsache der Besetzung beruht, sondern die Folge einer feststehenden wirtschaftlich völlig unvernünftigen Grenzziehung ist.

Über das Sofortprogramm hinaus denke ich mir die notwendige Reform und Vereinfachung unseres ganzen Steuerwesens in großen Zügen so, daß die direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen allein konzentriert werden unter Aufgabe des Objektsteuerprinzips, das durch ein Zuschlagsrecht bei der Einkommensteuer ersetzt werden muß. Die indirekten Steuern können dann in erster Linie auf Tabak und Alkohol konzentriert werden. Geht Hand in Hand damit eine vernünftige Reform der Sozialversicherung, die ohne Minderung der sozialen Leistung unseren Sozialapparat wirklich rationell gestaltet und wird das Problem des Einheitsstaates mutig angepackt und gelöst, so wird der Weg frei, um unser Volk trotz allem einer neuen schönen Zukunft entgegenzuführen."

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0085

Demokratische Arbeit in Parlament und Regierung

Die demokratische Reichstagsfraktion über die Pariser Verhandlungen. Die demokratische Reichstagsfraktion ist, wie sie parteioffiziös feststellen läßt, der Auffassung, daß das Ergebnis der Pariser Verhandlungen für Deutschland nur dann tragbar sein kann, wenn die ungeheuren finanziellen Belastungen der deutschen Staats- und Volkswirtschaft ihren Ausgleich in den unerläßlichen Folgerungen auch auf politischem Gebiete, insbesondere in der Räumung der besetzten Gebiete, in einer ungehinderten Betätigung Deutschlands auf dem Weltmarkt, in einer angemessenen Regelung des Minderheitenproblems usw. findet. Die ziffernmäßigen Erleichterungen, die das Pariser Abkommen bringt, müssen nach Ansicht der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Steuerzahler verwendet werden. Zur Durcharbeitung der diesen Zwecken dienenden praktischen Vorschläge setzte die Reichstagsfraktion einen besonderen Ausschuß ein.

Zu den Koalitionsverhandlungen in Preußen erläßt die preußische Deutsch-Demokratische Landtagsfraktion eine Erklärung, in der es heißt: „Die Demokratische Landtagsfraktion vertrat bisher den Standpunkt, daß im Sinne der Verfassung nur der Ministerpräsident zu solchen Verhandlungen berufen sei. Sie hat deshalb auch den Nachrichten über Verhandlungen zwischen einzelnen Abgeordneten der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Volkspartei keinen großen Wert beigelegt. Ein innerer Zusammenhang zwischen solchen Koalitionsverhandlungen und der sachlichen Entscheidung über den Vertrag zwischen Preußen und der Kurie wird von der Demokratischen Landtagsfraktion nicht anerkannt. Der Wiederherstellung einer Großen Koalition in Preußen hat die demokratische Landtagsfraktion stets zugestimmt. Sie hat insbesondere bei den maßgeblichen Verhandlungen ausdrücklich erklärt, zu den hierzu notwendigen Opfern beitragen zu wollen. Die Vorgänge, die sich im Reiche bei der Bildung der Großen Koalition ereignet haben, dürfen sich jedoch in Preußen nicht wiederholen."

Bayerns neuer Staatsgerichtshof
Protest der Demokraten

Es ist in der Gesetzgebung ein seltener Fall, daß dem Parlament Gesetzentwürfe vorgelegt werden, mit einem ausdrücklichen Hinweis auf schwebende Verfassungsklagen. Ein solcher Fall ist in Bayern eingetreten. Der Entwurf zur Änderung der Verfassung des Bayerischen Staatsgerichtshofes nimmt in seiner Begründung bezug auf die jüngste Verfassungsklage der Demokratischen Partei und der Wirtschaftspartei in Bayern. Dieser Hinweis läßt die Befürchtung aufkommen, daß der Ausbau des bayerischen Staatsgerichtshofes nur um deswillen jetzt vorgenommen wird, um den beiden klagenden Parteien die Möglichkeit zu nehmen, sich nach dem Entscheid des Münchener Staatsgerichtshofes erneut an den Staatsgerichtshof der deutschen Republik zu wenden. Schon einmal hat die bayerische Staatsregierung einen Entwurf eingebracht, der sich rückwirkend gegen die Deutsche Demokratische Partei kehrte.

Innerhalb der demokratischen Kreise Bayerns herrscht über dieses Vorgehen der bayerischen Staatsregierung lebhafte Entrüstung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0086

und in einer öffentlichen Versammlung zu München, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Külz sprach, wurde auch der neue Entwurf der bayerischen Staatsregierung erörtert. Es wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Es ist nunmehr ein Jahr verflossen, seit auf Grund eines beispiellos ungerechten Wahlgesetzes die 128 Sitze des derzeitigen Landtages verteilt und damit rund 300 000 bayerische Wähler glatt ihres Stimmrechts beraubt wurden. Inzwischen wurden in anderen Ländern viel weniger einschneidende Wahlrechtsbestimmungen durch den Reichsstaatsgerichtshof als verfassungswidrig erklärt und Neuwahlen angeordnet. Das bayerische Wahlgesetz und der bayerische Landtag entging diesem Schicksal, weil der Reichsstaatsgerichtshof sich für unzuständig erklärt hat. Die bayerische Staatsregierung, die den bayerischen Staatsgerichtshof als das zuständige Gericht bezeichnet, hält es jetzt aber für erforderlich, das bayerische Gesetz über den Staatsgerichtshof zu ändern, um seine Zuständigkeit sicherzustellen. Darin liegt eine Selbstverurteilung des bisher von der Regierung eingenommenen Standpunktes und eine Erneuerung ihrer Gepflogenheit, nach Anhängigmachung einer Klage, die Gesetzgebung für ihre parteipolitischen Ziele zu mißbrauchen. Gegen einen solchen Mißbrauch und die dadurch erneut bedingte Verzögerung der gerichtlichen Entscheidung erheben wir im Namen der um ihr Recht betrogenen Wähler den entschiedensten Widerspruch. Wir fordern, daß die Regierung dem Richter nicht in den Arm fällt und das Recht nicht verfälscht."

Hamburgische Bürgerschaft

Hagenbeck als Förderer des Einheitsstaates. Die demokratischen Bürgerschaftsabgeordneten Erich Lüth und Dr. Hans Pilder haben in der hamburgischen Bürgerschaft eine Anfrage eingebracht, die sich mit den Schwierigkeiten des weit über Hamburgs und Deutschlands Grenzen hinaus bekannten Stellinger Tierparks Hagenbeck beschäftigten. Bekanntlich hatte der Gründer der Firma Hagenbeck wegen der beschränkten Bodenverhältnisse Hamburgs keine Möglichkeit, seine an sich hamburgische Firma auf dem Staatsgrund seiner Vaterstadt anzusiedeln. Der von ihm gegründete Tierpark mußte, obgleich er sich auf das großhamburgische Bevölkerungsgebiet stützt, vor die Tore Hamburgs auf preußischen Grund und Boden gelegt werden. Im Laufe der Zeit ergaben sich, teilweise durch den Weltkrieg bewirkt, eine Reihe erheblicher Schwierigkeiten. Die preußischen Rundgemeinden Hamburgs wurden durch die Ungunst ihrer Lage zu besonders verschärften Kommunalsteuern genötigt. Diese Steuern treffen auch den Tierpark Hagenbeck. Andererseits hatte aber der Tierpark das dringende Bedürfnis nach einer ausreichenden Schnellbahnverbindung mit Hamburg. Auch hier hemmte die politische Grenze. Und endlich erwuchs nunmehr eine neue Schwierigkeit, wo sich die Schaustellung von Tieren als unrentabel erweist und der großhamburgische Bevölkerungskreis durch seine kommunale Organisation voraussichtlich zu Subventionen genötigt wird. Das zuständige Altona allein kann es nicht schaffen, und Hamburg verspürt wiederum die politische Abtrennung „seines" Tierparks vom hamburgischen Staatsgebiet. Auf diese besonders schwierige Konstellation sucht die Anfrage der beiden demokratischen Abgeordneten Rücksicht zu nehmen. Ihr erster Teil lautet:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0087

„In der Öffentlichkeit ist die Meinung aufgetaucht, daß der Hagenbecksche Tierpark in Stellingen in seinem Bestande als Tierpark gefährdet sein soll. Die Inhaber des Tierparks sehen sich angeblich nicht in der Lage, bei den schlechten Verkehrsverhältnissen mit Hamburg und bei den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Erhaltung eines großen Tierparks dauernd wertvolle Tierbestände aus ihrem Tierhandelsunternehmen herauszunehmen, um sie in Gehegen zur Schau zu stellen. Obgleich der Tierpark in Stellingen auf preußischem Gebiet liegt, besitzt er doch für Hamburg einen erheblichen Wert nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch als Anziehungspunkt für zahlreiche Fremde. Seit langer Zeit sind den Besitzern des Tierparks Zusicherungen bezüglich des Ausbaues der Verkehrslinien nach Stellingen zu Schnellverkehrslinien gemacht worden. Die Verkehrsmittel nach Stellingen sind aber bis auf den heutigen Tag unzureichend."

Der Senat wird dann u. a. gefragt, ob er grundsätzlich bereit ist, seinen Einfluß bei der Hochbahn A.-G. geltend zu machen, um den Zustrom größerer Besuchermengen zu dem für Hamburg so wertvollen Hagenbeckschen Tierpark zu erleichtern und auf diese Art die Gefahr der Schließung des Tierparks beseitigen zu helfen, und ob er darüber hinaus grundsätzlich bereit ist, wenn entsprechende Anträge an ihn herantreten, möglichst in Fühlung mit der Stadt Altona, die Fortexistenz des Hagenbeckschen Tierparks auch mit anderen Mitteln sicherzustellen.

Durch die Vorbringung dieser Anfrage hat sich die demokratische Fraktion führend eines Themas angenommen, das in der gesamten hamburgischen Bevölkerung stärkstes Interesse besitzt.

*

Aus der Bremischen Bürgerschaft. Wie fast in allen Ländern, hat auch in Bremen mit seiner verhältnismäßig kleinen landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Aussprache über die Möglichkeit von Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft stattgefunden. — Auf wiederholte, dringende Anfragen der Demokraten hat der Senat nunmehr eine Vorlage an die Bürgerschaft gebracht, die auch angenommen wurde. Den Kern dieser Vorlage bildet ein Umschuldungskredit, der mit Hilfe der bremischen Sparkasse der Landwirtschaft gewährt werden soll. Die demokratische Fraktion hat diese landwirtschaftliche Vorlage erheblich verbessert dadurch, daß sie den Antrag stellte, daß ¼, aber höchstens 2 Proz., der Zinsen für diese Umschuldungskredite vom Staat übernommen werden soll. Dieser Antrag, der der Landwirtschaft die Verzinsung der Umschuldungskredite bedeutend erleichtert und der ganzen Aktion erst den rechten Wert gibt, fand auch Annahme.

Auf sozialpolitischem Gebiete bewegt sich ein demokratischer Antrag, der eine Neuregelung der Polizeistunde in Bremen vorsieht. Der Hauptinhalt dieses Antrages besteht darin, daß die demokratische Fraktion die Gaststätten von 3—6 Uhr nachts für alle Fälle (mit Ausnahme von geschlossenen Vereinsfestlichkeiten) geschlossen haben will. Dieser Antrag will erreichen, daß den Gast- und Kaffeehausangestellten ihre Stellung erleichtert und eine würdigere Lebenshaltung ermöglicht wird. Merkwürdigerweise war es gerade die Sozialdemokratie, die gegen diesen Antrag stimmte, indem sie erklärte, sie hätte die Garantie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0088

erhalten, daß die Arbeitsschutzbestimmungen innegehalten würden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Sozialdemokratie hier im Interesse einer großen Anzahl von Parteimitgliedern, die dem Wirtestand angehören, gestimmt hat. Daß die Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung jeder Polizeistundenvorschrift und die Verlängerung der Polizeistunde um 1 Stunde, bis 2 Uhr nachts, in allen Fällen forderte, kann weiter nicht wundernehmen. An der gemeinsamen Front von Volkspartei und Sozialdemokratie scheiterte der demokratische Antrag. Das Gesetz über die Feier des 1. Mai, der mit einer Zufallsmehrheit Ende April zum gesetzlichen Feiertag erhoben wurde, ist auf den Einspruch des Senats hin bei der zweiten Abstimmung gescheitert. Die demokratische Fraktion hat in beiden Fällen gegen den 1. Mai gestimmt und dabei, neben manchen anderen Gründen, besonders darauf hingewiesen, daß sie die Festsetzung von gesetzlichen Feiertagen für eine Angelegenheit des Reiches und nicht der Länder halte.

*

Der rhein-mainische Planungsverband — ein Schritt vorwärts für Reichsreform. Auf Einladung der Stadt Frankfurt tagten unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Landmann die Oberbürgermeister, Bürgermeister und technischen Sachberater einer größern Anzahl von Städten des Rhein-Main-Gebiets. Es wurde die Gründung eines rhein-mainischen regionalen Planungsverbandes beschlossen. Die Städte Frankfurt, Darmstadt, Friedberg, Hanau, Homberg, Mainz, Bad Nauheim, Offenbach und Wiesbaden traten dem Verbande sofort bei. Aufgabe des Verbandes ist in erster Linie die Beschaffung einheitlicher Planungsunterlagen, Luftbildaufnahmen usw. sowie die Bemühungen um einheitliche Regelung der Verkehrsverhältnisse sowie der Grünflächen- und Siedlungspolitik.

Frauenarbeit

Demokratische Frauentagung des Hamburger Reichstagswahlkreises. Die demokratischen Frauen Hamburgs beabsichtigten, ihre diesjährige Wahlkreis-Frauentagung zu einer Art Werbetagung für den Wahlkreis zu gestalten. Für den 2. Juni d. J. hatte man nach Cuxhaven, der Stadt am Meere, eingeladen. Die gute Absicht und der Optimismus der Hamburger Parteifreundinnen wurden belohnt — über 200 Teilnehmerinnen haben sich dort zu der Tagung versammelt. Der uns vorliegende Bericht über den Verlauf der Tagung legt ein erfreuliches Zeugnis dafür ab, daß sie durch das starke Gefühl der inneren Verbundenheit, durch die gleiche Weltanschauung und durch das gleiche Parteibekenntnis, ihr besonderes wertvolles Gepräge erhielt. Man weiß ja, daß diese Imponderabilien ganz besonders mit dazu beitragen, daß von solchem Zusammensein eine neue starke Arbeitsfreudigkeit durch die Tagungsteilnehmer an andere Kreise der Gesinnungsfreunde vermittelt wird.

Die Wahlkreis-Hauptvertrauensfrau, Frau Bertha Wendt, Hamburg, leitete die Tagung und hatte die Freude, nicht nur eine an sich so zahlreiche Teilnehmerschar begrüßen zu können, sondern konnte auch das mit Genugtuung feststellen, daß eine namhafte Zahl führender Persönlichkeiten der Wahlkreisorganisation ihr Interesse für die Arbeit der demokratischen Frauen durch persönliches Erscheinen zum Ausdruck brachte. Nach der einstimmig erfolgten Wiederwahl der bisherigen Wahlkreis-Hauptvertrauensfrau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0089

Frau Wendt, Hamburg (zu der wir die Hamburger Parteifreundinnen und uns aufrichtig beglückwünschen), folgte ein Referat von Frau Hölzer, Cuxhaven, über: „Die Frauen in der Kleinstadt." In sehr klarer Gegenüberstellung charakterisierte sie die Unterschiede des Lebens der Frau in der Großstadt, und das der Frau in der Kleinstadt. Die Vorteile und Schwierigkeiten auf der einen und der anderen Seite wurden sehr fein von ihr geschildert und die Schlußfolgerung konnte nur die Forderung nach einem Austausch und Ausgleich der Kräfte sein. Großen Beifall fand die Referentin mit der Forderung, daß die Geschichte der Frauenbewegung in den Schulen gelehrt werden solle.

Es folgte dann ein groß angelegter Vortrag von Frau Oberschulrätin Emmy Beckmann, M. d. B., Hamburg, von der „Nationalen und Internationalen Verantwortung der Frau". In Anknüpfung an persönliche Eindrücke, die Frau Beckmann jetzt während der Zeit des Wahlkampfes in London empfangen, erinnerte sie an einen Ausspruch von Lady Astor, daß die wenigen Frauen im Englischen Unterhause es erreicht haben, daß unter ihrem Einfluß und ihrer Mitarbeit mehr Gesetze für Kinderschutz, Familienfürsorge, Wohnungspflege usw. verabschiedet sind, als während der ganzen bisherigen Parlamentsarbeit, — und sie knüpfte daran die Frage, ob sich die gesamte politische Verantwortung der Frauen durch die aktive politische Mitarbeit in den Parlamenten erfüllen läßt, oder ob sie ihre Stütze und Ergänzung in dem politischen Verantwortungsbewußtsein der Gesamtheit der Frauen finden muß, die sie nicht begrenzt wissen will auf die tätige politische Mitarbeit in den Parteien oder im Wahlkampf, die sie vielmehr ausgedehnt sehen möchte auf den Erziehungseinfluß und das Gesinnungsbeispiel. — Durchdrungen von dem Bewußtsein ihrer Macht, müssen die Frauen in der Familie und im öffentlichen Leben die Idee des Friedens, der Völkerverständigung, der sittlichen und kulturellen Höherentwicklung der Menschheit, der sozialen Neugestaltung, vertreten. Die Frauen dienen dann nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft, nicht nur ihrem Volk, sondern der ganzen Menschheit. — Mit stürmischem Beifall — und mit besonders spontanen Sympathiekundgebungen von seiten der jüngeren Frauengeneration — wurden diese Ausführungen von Frau Beckmann aufgenommen, die nicht zum wenigsten dazu beigetragen haben, daß die Demokratinnen von dieser restlos befriedigenden Tagung mit einem tiefen Gefühl der Solidarität der Frau schieden.

R. Fr. A.

Demokraten in Ostpreußen. Ostpreußen gilt im allgemeinen als politisch reaktionäre Provinz. Diese Beurteilung trifft aber nur sehr bedingt zu. Zugegeben, daß die Kreise des ostpreußischen Großgrundbesitzes und des Adels zum Teil noch die Stützen der Deutschnationalen in Ostpreußen sind und wahrscheinlich heute noch zu den wenigen wirklich überzeugten Anhängern des monarchischen Systems zählen, so ist doch nicht zu verkennen, daß auch hier die Macht der Deutschnationalen am Zusammenbrechen ist.

Nicht zuletzt ist auch die Trennung Ostpreußens vom Reiche mit ausschlaggebend auf die Parteigestaltung dort, weil alle Kreise der Bevölkerung einen schweren Wirtschafts- und Existenzkampf zu bestehen haben. Wenn man sich trotzdem auch nur langsam darauf besinnt, daß nur ein enges und verständnisvolles Zusammen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0090

wirken mit dem Reiche allen dient, und der törichte Parteikampf gegen den heutigen Staat grundlose und nutzlose Kraftverschwendung ist, so kann man doch feststellen, daß sich eine parteipolitische Umstellung zugunsten der Republik angebahnt hat und fraglos vorwärtsschreiten wird.

Die Parteizersplitterung zeigt auch in Ostpreußen ihr wenig segensreiches Wirken. Auch hier versucht die Deutsche Volkspartei, ebenso wie die weltanschauungsmäßig gänzlich programmlosen Aufwertungs- und Wirtschaftsparteien, aus der großen Schar derer, die jetzt den Weg zu den Parteien des heutigen Staates suchen, Gefolgschaft zu sammeln. Sicher geschieht das teilweise noch mit Erfolg und die Demokratie hat auch heute noch in Ostpreußen einen sehr schweren Boden für ihre Arbeit. Aber dennoch zeigte der Bericht unserer Geschäftsführerin, Frl. Wittstock, die soeben von einer vierzehntätigen Vortragsreise durch Ostpreußen zurückkehrte, daß die Demokratische Partei alle Ursache hat, damit zu rechnen, daß sie weiteren Zuwachs ihrer Gefolgschaft in Ostpreußen erhält. Sowohl in den Mitgliederversammlungen unserer Partei: in Königsberg, Insterburg, Gumbinnen und Osterode, wie auch in den gut besuchten öffentlichen Versammlungen in Tilsit und Allenstein war einerseits ein reger und opferbereiter Arbeitswille der Parteianhänger festzustellen, andererseits in allen Volkskreisen (namentlich in den Kreisen der Kleinrentner, des Mittelstandes und der Beamten) ein wachsendes Interesse für die Ziele der Demokratischen Partei und für die praktische politische Arbeitsleistung der demokratischen Parlamentarier zu finden. Sehr viel Geduld und zähes, unermüdliches Fortsetzen der Kleinarbeit in der Partei wird sicherlich mit dazu beitragen, daß unsere ostpreußischen Gesinnungsfreunde doch einem Erfolg ihrer Arbeit für die Ziele der Demokratie entgegensehen dürfen.

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Das Gesetz über Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage des Reichs (das einmal der Regierung die Ermächtigung zur Aufnahme einer steuerlich privilegierten Anleihe in Höhe von 500 Millionen Mark und sodann die Ermächtigung zur Liquidierung der im Eigentume des Reiches stehenden Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn erteilt) wurde vom Reichstag am 15. Mai 1929 in namentlicher Gesamtabstimmung mit 197 gegen 173 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten, Bayerische Volkspartei mit den unten genannten Ausnahmen, sowie ein Teil der Deutschen Volkspartei. Dagegen stimmten Deutschnationale Volkspartei, Kommunisten, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten, Christliche Bauernpartei, Deutsche Bauernpartei, Deutsch-Hannoveraner außer dem Abgeordneten Alpers, Volksrechtspartei, sowie der Abgeordnete Dr. Pfleger von der Bayerischen Volkspartei und ein anderer Teil der Deutschen Volkspartei. Der Abstimmung enthielten sich die Abgeordneten Albert, Gerauer, Herbert, Lank von der Bayerischen Volkspartei, der deutschhannoversche Abgeordnete Alpers und ein dritter Teil der Deutschen Volkspartei.

Die **Deutsche Volkspartei,** die doch sozusagen als Regierungspartei die Pflicht gehabt hätte, in dieser bedeutsamen Frage die Politik der Regierung zu unterstützen, war bei der Abstimmung voll-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0091

ständig in Verwirrung geraten. Mit Ja stimmten 18 Abgeordnete, nämlich: Beythien, Bickes, Dr. Cremer, Dr. Curtius, Dingeldey, Hampkens, Frau Dr. Hertwig-Bünger, Dr. Hoff, Dr. Kahl, Dr. Kempkes, Frau Dr. Matz, Morath, Freiherr von Rheinbaben, Dr. Runkel, Dr. Schnee, Dr. Scholz, Winnefeld, Dr. Wunderlich. Mit Nein stimmten zehn Abgeordnete, nämlich Dr. Becker-Hessen, Cramm, Dauch, von Gilsa, Hueck, Janson, Köngeter, Dr. Leutheuser, Dr. Pfeffer, Schmid-Düsseldorf. Der Abstimmung enthielten sich sechs Abgeordnete, nämlich: Brüninghaus, Findeisen, Hintzmann, Dr. Kulenkampff, Dr. Schneider-Dresden, Dr. Zapf. Es fehlten elf Abgeordnete, darunter als krank Günther, Dr. Hugo, Dr. Mittelmann, die übrigen acht ohne Entschuldigung, nämlich: Albrecht, Dr. Kalle, v. Kardorff, Dr. Moldenhauer, v. Raumer, Graf z. Stolberg-Wernigerode, Dr. Stresemann und Thiel.

Die Novelle zum Branntweinmonopolgesetz, durch die die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol um 75 Millionen erhöht werden sollen, wurde vom Reichstag am 15. Mai 1929 in namentlicher Schlußabstimmung mit 217 gegen 159 Stimmen bei elf Enthaltungen angenommen. Für die Novelle stimmten Sozialdemokraten, Zentrum mit den unten genannten Ausnahmen, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Bayerische Volkspartei, beide mit den unten genannten Ausnahmen. Gegen die Novelle stimmten Deutschnationale Volkspartei, Kommunisten, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten, Christliche Bauernpartei, Deutsche Bauernpartei, Deutsch-Hannoveraner und der Abgeordnete Herbert von der Bayerischen Volkspartei. Der Abstimmung enthielten sich die Zentrumsabgeordneten Damm, Diez, Ersing, Dr. Föhr, Kerp, Dr. Köhler, die demokratischen Abgeordneten Lemmer und Rönneburg, die Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei Emminger und Lang, sowie Abgeordneter Dr. Lobe von der Volksrechtspartei.

Die Annahme des preußischen Staatshaushaltsplanes für 1929 ist am 16. Mai 1929 im Landtag mit 208 gegen 28 Stimmen bei drei Enthaltungen erfolgt. Für den Etat stimmten Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, sowie der Abgeordnete Dr. Heimann-Köln von der Deutschen Volkspartei. Der Stimme enthielten sich der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Wiemer, sowie die Abgeordneten Pohl und Wehner von der Deutschen Fraktion. Gegen den Etat stimmte die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Fraktion, beide mit den genannten Ausnahmen, ferner der deutschnationale Abgeordnete Ebersbach und der kommunistische Abgeordnete Dr. Ausländer. An der Abstimmung beteiligten sich nicht die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei (außer Ebersbach), der kommunistischen Partei (außer Dr. Ausländer), der Wirtschaftspartei und der Nationalsozialisten. Daß die Deutsche Volkspartei gegen den Etat stimmte, sollte wohl ein Beweis für die Regierungsfähigkeit dieser Partei in Preußen sein.

Deutschnationale Volkspartei

Wie groß der Einfluß Hugenbergs in der Deutschnationalen Volkspartei war, schon ehe er offiziell zum Führer erwählt worden war, ergibt sich daraus, daß er bei den letzten Reichstagswahlen in der Lage gewesen ist, Persönlichkeiten den deutschnationalen Wählern als Kandidaten aufzuzwingen, die diese selbst gar nicht haben wollten, und die weiter keine Vorzüge

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0092

besaßen, als daß sie sich der Politik Hugenbergs mit Leib und Seele verschrieben hatten. Auf diese Weise ist der Abgeordnete Dr. Bang in den Reichstag eingezogen, ein Mann, der sich von jeher als der Schleppenhalter Hugenbergs bewährt hat. Wie die Wahl Bangs zustande gekommen ist, das verrät ein Brief, von dem der sozialdemokratische Abgeordnete Heinig am 15. Mai 1929 dem Reichstage Kenntnis gab. Danach ist Dr. Bang nicht in freier Wahl gekürt worden, sondern durch ganz bestimmte Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei als Kandidat aufgenötigt worden. Welches aber diese Kräfte sind, das ersieht man aus dem Schreiben, in dem es klipp und klar heißt: „Es trifft zu, daß das durch Herrn Hugenberg geschehen ist." Der Brief ist an den damaligen Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Sachsens gerichtet, der dann auf sein Amt verzichtete, weil er diesen Parteiskandal nicht zu ertragen vermochte; unterschrieben aber ist er: „Ihr sehr ergebener Graf von Westarp." Es ist verständlich, daß die Mitteilungen des Abgeordneten Heinig für die deutschnationale Reichstagsfraktion sehr peinlich waren. Aber niemand wagte sie zu dementieren, nicht einmal der Abgeordnete Dr. Bang selbst, obwohl dieser nachher das Wort nahm, um allerlei Behauptungen der gegnerischen Redner richtigzustellen.

Deutschnationales Versicherungswesen. Immer neue Maßnahmen ersinnt die Deutschnationale Volkspartei, um ihre Anhänger, deren zunehmende Fahnenflucht durch jede Neuwahl bestätigt wird, nach Möglichkeit bei sich festzuhalten. Da dies durch ideelle Mittel ausgeschlossen ist, so sucht man die Parteigenossen durch Darbietung materieller Vorteile an sich zu fesseln. In dieser Beziehung bemüht sich die Rechte besonders auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Bereits vor einiger Zeit ist bekannt geworden, daß die Deutschnationale Volkspartei Lebensversicherungen vermittele. Aus Prospekten, die dem „Demokraten" vorliegen, ergibt sich nun, daß dies System neuerdings noch weiter ausgebaut worden ist. So erbietet sich ein deutschnationaler Krankenversicherungsverein zu erstaunlichen Leistungen gegen verhältnismäßig geringes Entgelt. Und ebenso preist sich eine deutschnationale Feuerversicherungsgesellschaft zur Versicherung gegen Brand, Blitzschlag und Explosion sowie gegen Einbruchsdiebstahl und Beraubung an. Man kann darüber, ob eine derartige Tätigkeit sich mit dem Charakter einer politischen Partei vereinbaren läßt, verschiedener Meinung sein; auf jeden Fall verdient darauf aufmerksam gemacht zu werden, mit welcher Rührigkeit die deutschnationale Parteileitung sich auch des leiblichen Wohls ihrer Parteigenossen annimmt.

Deutschnationale Volkspartei und Gehaltskürzungen. Die vom Reichsausschuß der deutschnationalen Beamtenschaft herausgegebenen Beamtenbriefe (vierter Jahrgang, April 1929) bringen unter Nr. 4 „Aus der Arbeit der Deutschnationalen Volkspartei" folgende interessante Mitteilung: „In der Linkspresse, auch in der Beamtenfachpresse ist unsere Partei angegriffen worden, weil die deutschnationale Fraktion des bayerischen Landtages sich an einen Beschluß beteiligt habe, der wegen Herabsetzung der Gehälter der höheren Beamten ein Gutachten des Obersten Landgerichts einholen lassen wollte. Nach unseren Informationen hat allerdings unsere Fraktion dem Antrage auf Einholung eines Gutachtens zugestimmt. Sie hat aber auch innerhalb der Koalition keinen Zweifel daran gelassen, daß sie einer Kürzung der Gehälter der oberen Beamten unter keinen Umständen zustimmen würde. Übrigens soll auch die Bayerische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0093

Volkspartei, aus deren Kreisen der Gedanke angeregt war, ihn bereits wieder haben fallen lassen."

Also, die Deutschnationalen unterstützen die Einholung eines Gutachtens des Obersten Landesgerichts über die Herabsetzung der Gehälter der höheren Beamten; allerdings in der festen Absicht, eine Kürzung der Gehälter unter keinen Umständen mitzumachen. Ja, wozu wollen sie denn eigentlich das Gutachten haben? So naiv wie der Reichsausschuß der deutschnationalen Beamtenschaft ist wirklich kein Beamter in Deutschland.

Bismarck an Hugenberg. „Für das Bestreben, das eigene Vaterland vor dem Auslande als erniedrigt darzustellen, weil die eigene Partei nicht am Ruder ist, für dieses Bestreben überlasse ich die Verantwortung denen, die sich in diesem Sinne ausgesprochen haben, in diesem Hause und außerhalb desselben; ich verliere darüber kein Wort." (Bismarck im Preußischen Abgeordnetenhause am 29. Jan. 1863.)

Wirtschaftspartei

Das wahre Gesicht der Wirtschaftspartei wird in einer Entschließung enthüllt, die diese Partei zur dritten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für das Rechnungsjahr 1929 eingebracht hatte, und die natürlich abgelehnt worden ist. Diese Entschließung lautet wörtlich: „Das Staatsministerium wird ersucht, die Reichsregierung zu veranlassen, baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem a) das Wohnungsmangelgesetz, b) das Reichsmietengesetz, c) das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter außer Kraft zu setzen und durch kurzbefristete Uebergangsbestimmungen zu ersetzen sind." Wenn man die Herren von der Wirtschaftspartei im Lande zu stellen sucht wegen ihrer rein hausagrarischen Haltung in den Parlamenten, dann geben sie zu, daß es ganz unmöglich ist, in wenigen Wochen oder Monaten die ganze Mieterschutzgesetzgebung und die gesamte Wohnungszwangswirtschaft abzubauen; sie stellen sich dann so, als ob auch sie nur an einen allmählichen Uebergang zur freien Wirtschaft dächten. Aus Anträgen aber wie dem obigen ergibt sich zweifelsfrei, daß die Wirtschaftspartei im Interesse einer gewissen Klasse von Hausbesitzern eine Katastrophenpolitik in der Wohnungsfrage treibt, indem sie den Mieterschutz von heute auf morgen beseitigen will.

Eine besondere Zierde der Wirtschaftspartei ist der preußische Landtagsabgeordnete Wilhelm **Haase**, Kaufmann und Fabrikbesitzer in Liegnitz. Ueber dessen geschäftliche Moral erfuhr man ein bezeichnendes Stückchen in der Sitzung des Preußischen Landtages vom 15. Mai 1929. Der demokratische Abgeordnete Riedel, der vorher von den Abgeordneten der Wirtschaftspartei persönlich angegriffen worden war, machte in dieser Sitzung Mitteilung über seltsame kaufmännische Konkurrenzmanöver, bei denen der Abgeordnete Haase persönlich sehr stark beteiligt war. Es handelte sich um folgendes. Die Gemeinde Rothwasser in Schlesien hatte einen Schulneubau ausgeführt und brauchte dazu eine Reihe neuer Schulmöbel. Um die Lieferung bewarb sich auch die Firma Gebr. Haase, Schulbank- und Schultafelfabrik in Liegnitz, deren Teilhaber der Abgeordnete Haase ist. Und zwar bewarb sie sich in der Weise, daß sie dem von der Gemeinde Rothwasser bestellten Sachverständigen, einem Tischlermeister

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0094

Hirche, folgendes Geschäft vorschlug: „Wir werden dafür eintreten, daß Tische, Schränke, Stühle usw. bei Ihnen bestellt werden. Sollten wir den Zuschlag für den ganzen Auftrag erhalten, so sollen Sie berechtigt sein, von uns zu verlangen, daß Sie die oben genannten Gegenstände anfertigen zu den Preisen, die wir selbst bekommen, also für uns völlig nutzlos. Sie hingegen treten dafür ein, daß die Schulbänke und Schultafeln von uns geliefert werden. Dafür vergüten wir Ihnen vom Rechnungsbetrage eine Provision von 5 Prozent." Aus dem Schreiben ging zugleich hervor, daß sein Inhalt bereits vorher von dem Abgeordneten Wilhelm Haase selbst dem Tischlermeister Hirche mündlich vorgetragen worden war. Nun aber ereignete es sich, daß nicht die Firma Gebr. Haase, sondern eine Konkurrenzfirma die Lieferung erhielt. Und jetzt richtete die Firma Gebr. Haase, vertreten durch einen Rechtsanwalt Hans Haase, an den Gemeindevorstand in Rothwasser ein Schreiben, in dem sie den Tischlermeister Hirche denunzierte, er habe von der Konkurrenz Geld genommen und dieser daraufhin den Auftrag zugeschanzt. Daß die Firma Gebr. Haase selbst Herrn Hirche vorher materielle Vorteile versprochen hatte für den Fall, daß er ihr die Lieferung verschaffte, das hatte sie anscheinend bei dieser Denunziation vergessen, und als nun Abgeordneter Riedel im Landtag den Abgeordneten Haase darauf aufmerksam machte, vermochte dieser weiter nichts vorzubringen, als die ganz unsinnige Ausrede, die Firma Gebr. Haase habe dem Tischlermeister Hirche die Provision usw. nicht in seiner Eigenschaft als behördlich bestellter Sachverständiger, sondern in seiner Eigenschaft als Tischlermeister und Möbelhändler in Aussicht gestellt! Dieser Abgeordnete Haase war übrigens in der vorigen Wahlperiode derselbe würdige Vertreter der Wirtschaftspartei im Ostausschuß des Landtages, der sich bei den Sitzungen des Unterausschusses regelmäßig in die Anwesenheitsliste eintrug, dann aber noch am Vormittag eiligst nach Hause fuhr und den geschäftlichen Teil der Sitzung schwänzte.

Sozialdemokratische Partei

Heilmann, der Antiparlamentarier. Einen recht merkwürdigen Vorsitzenden besitzt die sozialdemokratische preußische Landtagsfraktion in der Person des Abgeordneten Heilmann. Dieser Abgeordnete hat sich vor noch gar nicht so langer Zeit als entschiedenen Gegner des parlamentarischen Systems bekannt. Am 25. August 1917 schrieb er u. a. in der sozialistischen Zeitschrift „Die Glocke": „Ebenso einig wie in dieser Forderung und bei ihrer Verfechtung sollte die Sozialdemokratie bei der Ablehnung der sogenannten parlamentarischen Regierungsweise sein. Welche Garantie gibt denn gerade die parlamentarische Regierungsweise, daß tüchtige Verwalter an die Spitze kommen? Gar keine! . . . Die Wesenheit des parlamentarischen Ministers besteht nämlich darin, daß er von dem Amt, zu dessen Leitung er berufen wird, nichts versteht."

Nationalsozialisten

Fort mit Hindenburg! So rufen die Nationalsozialisten. Der nationalsozialistische Kapitän v. Mücke veröffentlicht im „Eisenhammer", dem Kampfblatt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für die Pfalz (Nr. 20 vom Mai 1929), einen offenen Brief

an den Reichspräsidenten, der mit der Aufforderung schließt: „Im Interesse des deutschen Volkes möchte ich daher an Sie, Herr Reichspräsident, die Bitte richten, in Überlegungen einzutreten, ob es nicht zweckmäßig wäre, daß Sie von Ihrem Posten zurücktreten und Männern Platz machen, die in der Lage sind, die Geschicke zu meistern."

Nationalsozialistische Sprache. In der Sitzung des Reichstages vom 15. Mai 1929 charakterisierte der Abgeordnete Feder, die nationalökonomische Leuchte der Nationalsozialisten, die von der Regierung empfohlene 500-Millionen-Anleihe wie folgt: „Die Anleihe selbst stattet der Herr Reichsfinanzminister wie eine alte Hure mit neuen Reizen aus. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und Zuruf: Das ist parlamentarisch! — Glocke.) Präsident Löbe: „Herr Abgeordneter Feder, ich rufe Sie zur Ordnung und bitte Sie, sich doch einigermaßen so auszudrücken, wie es in diesem Hause angebracht ist." (Abgeordneter Stöhr [Nat.-Soz.]: „Wie es der Würde des Hauses entspricht!" — Heiterkeit bei den Nationalsozialisten.) Abgeordneter Feder: „Jawohl, sie wird aufgeschminkt, damit die alten Juden noch einen Reiz an ihr finden. Der Herr Abgeordnete Leicht hat ja offen ausgesprochen, daß uns das Ausland keinen Pfennig mehr gibt. Also bleiben nur mehr die Schieber, die Wucherer, die Steuerdrückeberger und die Defraudanten, die noch irgend wohin Millionen verschoben und versteckt haben. Mit anderen Worten: das Reich läßt sich also durch Lumpen und Gauner, durch Steuerdrückeberger finanzieren. Das ist der letzte Rettungsanker für dieses Reich."

*

Presseschau

Im **„Arbeitgeber"**, der Zeitschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (Nr. 8) äußert der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. v. Dryander „Gedanken zur Verfassungsreform": Die Bismarcksche Verfassung war geboren aus den realen Machtfaktoren des Jahres 1871 . . . Sie war entwicklungsbedürftig und von ihrem Meister als entwicklungsbedürftig gedacht. Diese Entwicklung sollte in der Richtung einer Erweiterung der Reichsgewalt gehen . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß die planmäßige Führung, die für diese Aufgabe notwendig war, dem deutschen Volk versagt geblieben ist. Die Keime dazu machten sich schon in der letzten Bismarck-Zeit geltend. Seine Nachfolger wurden stärkstens von den Dingen getrieben, statt die Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen. Ohne tiefgreifende Verfassungsänderungen wurde die Bismarcksche Verfassung in der praktischen Handhabung zu etwas ganz anderem, als sie war und nach dem Willen ihres Meisters geworden wäre. Man muß sich dies vor Augen halten, wenn man heute der merkwürdigen, auf mangelnder Geschichtskenntnis beruhenden Auffassung begegnet, als ob Bismarcks Verfassung im wesentlichen wiederherstellbar sei . . . Von aktuellem Interesse ist, daß die Beziehungen von Reich und Preußen sich trotz der engen Verknüpfung schon in der Kaiserzeit bis zur Unerträglichkeit verschärft haben. Mit der Entwicklung der Reichsämter trat der unmittelbare Einfluß Preußens auf den Gang der Reichsmaschine zurück. Die Verschiedenheit des Wahlrechts wirkte sich in der inneren Einstellung der beiderseitigen Beamtenkörper stärkstens aus. Sie führte zu Reibungen, von denen sich Fernerstehende schwer einen Begriff machen. Jede kommissarische Beratung der Ministerien begann mit dem Kampf der beiden Finanzressorts. Wenn Roon 1873 seinen Rücktritt damit begründete, er könne die „Verdeutschung um jeden Preis" nicht mitmachen, so trat in etwas utrierter Form eine Auffassung zutage, die in den leitenden Kreisen Preußens außerordentlich verbreitet war und mit fortschreitender Radikalisierung des Reichstags sehr zugenommen hat. Manche altpreußisch-konservativen Kreise taten das falscheste, was sie tun konnten: sie schimpften auf das Reich, zogen sich verärgert auf Preußen zurück und bauten dort ihre Machtpositionen aus, ohne sich über die Gefahren eines Zwiespaltes zwischen Preußen und Reich viel Gedanken zu machen und ohne sich zu sagen, daß die konservativen Kräfte auf diese Weise bei der Entwicklung des neuen Reiches zu unzureichender Auswirkung kamen. . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0096

Herr v. Bethmann Hollweg hat im Krieg „die Unfertigkeit unserer Verfassungsverhältnisse" eins der schwersten Gefahrmomente unserer politischen Lage genannt. Tatsache ist, daß der deutsche Reichskanzler gerade im Verhältnis von Preußen und Reich verfassungsrechtliche Schwierigkeiten zu meistern hatte wie kein zweiter Staatsmann der Welt. Ging er unter dem Druck des Reichstags nach links, begegnete er schwersten Widerständen im Landtag. Ging er unter preußischem Druck nach rechts, hatte er schwerste Konflikte im Reich. Der preußische Druck wog um so schwerer, als Minister und Bürokratie in Preußen mit der Mehrheit beider Häuser des Landtags Hand in Hand gingen. . . .

Am stärksten hat das mangelnde Zusammenwirken von Preußen und Reich auf unsere Grenzmarkpolitik gewirkt. Die unzureichende Verbindung von Auswärtigem Amt und Preußischem Innenministerium, die mangelnde Fühlung zwischen dem Oberpräsidenten in Posen und den Botschaftern in Petersburg und Wien, zwischen dem Oberpräsidenten in Schleswig und dem Gesandten in Kopenhagen hat mehr als einmal die Schwankungen veranlaßt, die unserer Grenzmarkpolitik so geschadet haben. Zu bestimmenden Maßnahmen der Polen- und Dänenpolitik wurde das Auswärtige Amt kaum gehört. Sie lag ausschließlich in der Hand des preußischen Innenministers und seiner Organe. Da das Polentum Deutschlands, Österreichs und Rußlands notorisch in engster Verbindung stand, bedeutete dieser Zustand eine unbestreitbare Schwächung der Abwehrfront. . . .

Alle diese Erinnerungen sind heute von aktuellster Bedeutung. Die Not der Zeit verführt manche, die Verfassungszustände der Vorkriegszeit in die Sphäre des Ideals zu erheben, wo doch tatsächlich die politischen Verhältnisse schon im letzten Vorkriegsjahrzehnt immer unerträglichere Formen angenommen hatten. Gewiß war Bismarcks Verfassung gegenüber dem Kompromißwerk von Weimar von grandioser Einheitlichkeit. Gewiß hat man das Gefühl, als sei sie in einem Zug niedergeschrieben, wie sie dem Kopf des Meisters entsprang. Aber sie war stärkstens auf Bismarcks Person zugeschnitten. Die Riesenkraft, die notwendig war, sie gegenüber der sich unaufhaltsam vollziehenden Verschiebung der Dinge nicht nur zu handhaben, sondern auch weiterzuentwickeln, blieb dem deutschen Volke versagt. Der Weltkrieg traf uns ohne ausreichende verfassungsrechtliche Basis. . . . Schon die ersten Kriegsjahre brachten eine weitere grundlegende Veränderung des Verhältnisses von Reich und Preußen. . . . Während die Staatssekretäre der Reichsämter sich zu Reichsministern auswuchsen, traten die preußischen Minister immer mehr zurück. Zu Immediatvorträgen sind sie kaum noch gelangt. Gleichzeitig wurden dem Reich Exekutivaufgaben übertragen, die die immer unorganischer werdende Abgrenzung von Reich- und Ländergewalt grundlegend verschoben. . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Krieg auch ohne Revolution eine dauernde starke Verschiebung der beiderseitigen Zuständigkeiten zugunsten des Reichs zur Folge gehabt hätte."

Der Verfasser gibt dann einen Überblick über die Entwicklung der Reichsverwaltung. „Das Reichsfinanzministerium hat auf Ersuchen des Hauptausschusses eine interessante Karte anfertigen lassen, die das wilde Durcheinander der Behördengrenzen klar zum Ausdruck bringt. Sie zeugt von chaotischen und immer chaotischer werdenden Verfassungs- und Verwaltungszuständen, die vom Standpunkt sparsamer Geschäftsführung. reibungsloser, produktiver Arbeit, einheitlicher Staatswillensbildung gleich unerträglich sind.

Noch schlimmer ist das Verhältnis der Zentralen in Preußen und Reich. Im Gegensatz zum Kaiserreich rangiert die Weimarer Verfassung Preußen wie jedes andere Land, ein Vierzigmillionenland wie einen Freistaat mit knapp 100 000 Einwohnern. Zusammenhanglos wie fremde Mächte stehen beide einander gegenüber, — zwei Regierungen, von denen die eine Gesetzgebung und große Politik macht, die andere die gesamte Exekutive bis zum letzten Schutzmann in ihrer Hand hat. Weder Reichspräsident noch Reichskanzler haben auf den preußischen Staatsapparat den geringsten Einfluß, während andererseits Preußen durch seine Position im Reichsrat — trotz der bekannten einschränkenden Bestimmungen — an der Regierung des Reichs immerhin beteiligt ist. Im Ruhrkampf preßte der Mangel jedes Einflusses auf die Exekutive dem Reichskanzler Cuno den Stoßseufzer ab: ‚Der arme Reichskanzler kann ja nicht einmal einem Schupomann befehlen, drei Schritt vor- oder rückwärts zu machen.' Der Ruhrkampf ist an diesem Dualismus fast gescheitert.

Eine Anwendung des Artikels 48, auf die manche in diesem Zusammenhang verweisen, war zwar 1923 gegen das im kommunistischen Aufruhr stehende Sachsen möglich, zumal der damalige Reichspräsident Sozialdemokrat war und seine Partei hinter sich hatte. Gegen die preußische Regierung ist sie eine Utopie. Wenn jemand einwirft, das Reich verfüge doch über die Reichswehr und damit über das stärkste Machtmittel in Deutschland, so mache man sich klar, was der Einsatz der Reichswehr gegen eine zielbewußte, auf Schupo und Verwaltungsbehörden gestützte preußische Regierung zu bedeuten hätte.

Kein Wunder, daß dieser . . . Tatbestand den Ruf nach dem Einheitsstaat mächtig fördert. Zweifelsfrei auch, daß, wenn der Einheitsstaat möglich wäre, dies Deutschlands Außen- und Innenpolitik erheblich erleichtern würde. Weniger in Ersparnissen, die in diesem Zusammenhang erheblich überschätzt werden, als in der Vereinheitlichung des Staatswillens liegen seine realen Vorzüge. . . . Poli-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0097

tisch betrachtet, geht die traurige Geschichte Deutschlands wesentlich auf die Tatsache zurück, daß uns der geschlossene Nationalstaat versagt blieb. Hätte die Revolution den Einheitsstaat zustande gebracht, sie hätte Aussicht, von der Geschichtsschreibung trotz allem als ein großes produktives Ereignis innerhalb der tausendjährigen Geschichte Deutschlands gewürdigt zu werden. Daß der Realpolitiker Bismarck, der die Einverleibungen von 1866 nicht scheute, — wenn er gekonnt hätte, den deutschen Einheitsstaat unter Führung der Hohenzollern verwirklicht hätte, wird niemand bestreiten wollen. . . .

. . . Es ist unerträglich, wenn man Lebensfragen des deutschen Volkes in trauernden, stimmungsvollen Rückblicken erschöpft. Wer geschichtlich denkt, weiß, daß die Geschichte sich nicht wiederholt. Er weiß, daß auch Bismarcks Reich Ausdruck einer bestimmten Geschichtsepoche war und in gleicher Form nicht wiederkehren wird. Er weiß, daß es sich heute nur um die eine große Aufgabe handeln kann, dem deutschen Volk den starken, wetterfesten Staat zu bauen, der den Stürmen der Zukunft gewachsen ist. Die Aufgabe ist ungeheuer schwer. Jeder Blick in die Literatur wie in die praktische Entwicklung der Dinge beweist es. Um so trostloser, wenn jeder konstruktive Versuch, die verfassungsrechtliche Weiterbildung des Deutschen Reiches zu fördern, sofort mit allen Mitteln diskreditiert und schließlich erstickt wird. Hier handelt es sich wirklich um Probleme, die weit über dem kläglichen Streit der Parteien von den führenden Geistern der Nation nach rein vaterländischen Gesichtspunkten behandelt werden sollten und von deren Lösung die Zukunft Deutschlands abhängt."

*

Büchertisch

Dr. Johannes Schauff: Neues Wahlrecht. Beiträge zur Wahlreform. Verlag von Georg Stilke, Berlin 1929. 256 S.

Der Herausgeber Dr. Schauff bezeichnet als Zweck dieses Buches: die öffentliche Meinung wachzurufen, und das Wählervolk zur Schaffung eines neuen Wahlrechts anzuregen, indem gezeigt wird, daß eine Wahlrechtsänderung nicht nur notwendig, sondern auch daß und wie sie möglich ist. Zu diesem Zwecke hat er eine Reihe von Mitarbeitern gewonnen, die an dem gegenwärtigen Wahlsystem Kritik üben und Vorschläge für eine Reform des Wahlrechts machen. Weder Kritik noch Reformvorschläge sind einheitlich: mit voller Absicht hat Dr. Schauff die verschiedenartigsten Standpunkte zu Worte kommen lassen. (Aus der demokratischen Partei beispielsweise finden wir Darlegungen von H. G. Erdmannsdörfer über „Bestandteile und Wirkung der Wahlgesetzreform" sowie von Else Ulich-Beil über „Frauen und Wahlrechtsreform".) In einem Schlußkapitel setzt sich dann der Herausgeber selbst mit den vorangegangenen Darlegungen auseinander und entwickelt die ihm wichtig erscheinenden Punkte zur Wahlrechtsreform — vorsichtig abwägend und das augenblicklich politisch Mögliche und Erreichbare prüfend und empfehlend. An dem Buche kann niemand vorbeigehen, der sich mit der so wichtigen Frage des Wahlrechts beschäftigen will; ob sich jeder mit den Schlußfolgerungen Schauffs einverstanden erklären wird, das ist freilich eine Frage für sich.

Von der Broschüre „Friedrich Naumann" von Otto Nuschke sind noch einige hundert Exemplare vorhanden, die zum Preise von 0,40 RM. von der Reichsgeschäftsstelle der D. D. P. bezogen werden können. Die Schrift ist als Material für die bevorstehenden Feiern anläßlich des zehnten Todestages Naumanns sehr zu empfehlen.

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0098

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 15. Juli 1929 Nummer 13/14

Zehn Jahre Versailles

Aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrages erlassen der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei und die demokratische Reichstagsfraktion nachstehenden Aufruf:

„Die deutsche Demokratie hat schon während der Verhandlungen über den Friedensvertrag von Versailles und unermüdlich, nachdem der Friedensvertrag dem deutschen Volke aufgezwungen war, gegen die unwahre Behauptung gekämpft, daß Deutschland die Schuld an diesem Kriege trägt. Der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge war nicht ohne Erfolg. Mehr und mehr hat sich im ehemals feindlichen Auslande und in den neutralen Staaten die Überzeugung durchgesetzt, daß der Artikel 231 des Versailler Vertrages gegen die geschichtliche Wahrheit grob verstößt. Es bleibt die Pflicht der deutschen Demokraten, auch weiterhin gegen die Kriegsschuldlüge zu kämpfen. Wohl wissen wir, daß der Versailler Vertrag nicht auf der Kriegsschuldlüge beruht, sondern auf der Tatsache, daß wir den Krieg verloren haben. Es ist ein irriger Glaube, daß der Versailler Vertrag zusammenbricht, wenn die Welt sich von der Unwahrheit des Artikels 231 überzeugt hat. Trotzdem muß dieser Kampf geführt werden. Es darf auf uns nicht der Makel lasten, daß das deutsche Volk das Unglück dieses Krieges über die Welt gebracht habe.

Es kann aber der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge mit starker Wirkung nur geführt werden, wenn man ehrlichen Herzens sich von jeher zu der Überzeugung bekannt hat und sich weiterhin zu ihr bekennt, daß keinerlei machtpolitische Erwägungen die Entfesselung eines Krieges rechtfertigen. Gerade deshalb dürfen die deutschen Demokraten, die schon lange vor dem Kriege den Gedanken der Völkerverständigung vertreten haben, den Demokraten der anderen Länder mit aller Schärfe zum Ausdruck bringen, daß es mit dem Geiste einer aufrichtigen Verständigung nicht vereinbar ist, die Lüge deutscher Kriegsschuld in dem Vertrage von Versailles weiterhin aufrechtzuerhalten.

Um der aufrichtigen Völkerverständigung willen rufen wir die Demokraten in allen Ländern auf, uns im Kampf gegen die Lüge von der deutschen Kriegsschuld tatkräftig zu unterstützen."

Koch-Weser, Erkelenz, Dr. Fischer, Dr. Haas."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0099

Die schwebenden Fragen der Reichspolitik

Eine Rede des Reichsernährungsministers Dietrich

Mit dem badischen Landesparteitag der D. D. P., der am 29. und 30. Juni in Triberg stattfand, war eine öffentliche Versammlung verbunden, in der der Führer der badischen Demokraten Reichsernährungsminster Dietrich, vor einem überaus zahlreichen Publikum unter stürmischem Beifall über die schwebenden Fragen der Reichspolitik ungefähr folgendes ausführte:

Wir stehen wieder an einem Höhepunkt des politischen Geschehens, vor der Generalabrechnung des Krieges und vor der endgültigen Bereinigung der noch schwebenden, aus dem Kriege herrührenden großen Streitfragen, insbesondere der Besatzung. Wir müssen uns überlegen, unsere Wirtschaft so einzustellen, daß sie der Lage entspricht, wie sie aus den neuen Abmachungen und Verpflichtungen sich ergibt. Dazu gehört vor allen Dingen auch, daß wir nicht nur die Ausfuhr steigern, sondern auch die Einfuhr drosseln, und das letztere kann nur bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Platz greifen. Aus dieser Notwendigkeit ergeben sich gewisse Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft, die in Verbindung stehen mit den großen Arbeiten, die das Reichsministerium zurzeit auf dem Gebiete der Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion und in der Ordnung des Absatzes übernommen hat.

Von der Entwicklung der Landwirtschaft hängt auch weitgehend das Problem der Zurückdämmung der Arbeitslosigkeit ab. Nicht nur insofern, als eine Abwanderung vom Land die Arbeitslosen in der Stadt vermehren würde, sondern auch insofern, als ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion den inneren Markt schwächen und damit der Industrie, den Beamten, Angestellten und Arbeitern Arbeits- und Verdienstmöglichkeit entziehen würde.

Leider ist dieses große Ringen wieder durchsetzt mit scharfen rein politischen Kämpfen, wie sie eben aus Anlaß der Wiederkehr des 10. Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags aufgetreten sind. Die Reichsregierung habe, so fuhr der Minister fort, dokumentiert, daß sie eine Alleinschuld des deutschen Volkes am Kriege nicht anerkenne. Es sei wirksamer als tumultuöse Veranstaltungen, so vorzugehen, wie die Reichsregierung es getan habe. Das Ausland könne nun sicher nicht von mangelndem Verständigungswillen reden. Ein unmöglicher Zustand sei es auf die Dauer, daß auf der einen Seite die Regierung fortgesetzt heruntergerissen und auf der andern Seite von ihr erwartet werde, daß sie die unmöglichsten Aufgaben löse. Ein interessantes Beispiel ist die Zahl der Forderungen der Landwirtschaft dafür, die gesamte Getreidewirtschaft einschließlich der Futtermittel zu monopolisieren. Der Monopolgedanke ist gescheitert, und an seine Stelle sind andere Maßnahmen getreten, von denen erwartet werden darf, daß sie den Beginn einer wirksamen Sanierung der Landwirtschaft bedeuten. Allerdings darf auch hier nicht vergessen werden, die Konsumenten in ihren berechtigten Interessen zu schützen. Neben die Zollmaßnahmen sind organisatorische Maßnahmen zu setzen. Dabei geht es freilich nicht an, uferlose Probleme aufzustellen und so zu tun, als habe der Weltkrieg gar nicht stattgefunden oder wir hätten ihn nicht verloren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0100

In der Arbeitslosenversicherungsfrage hat die demokratische Fraktion schon vor Weihnachten im Reichstag Anträge gestellt, zwecks Beseitigung der großen Mißstände. Die Sozialdemokratie und das Zentrum haben diese Vorschläge abgelehnt. Erneut hat die demokratische Fraktion Änderungen in der Versorgung der Saisonarbeiter, in der Frage der Anwartschaft und Behebung des Mißstandes für Personen mit einem für die Unterhaltung ausreichenden Erwerbszweig vorgeschlagen. Die Arbeitslosenversicherung hat im vorigen Winter einen Reichszuschuß von 400 Millionen Mark erfordert, die nicht wieder hereingebracht werden können. Gründliche Reformen seien jetzt aber unumgänglich.

Die Pariser Verhandlungen sieht das Volk meistens nur unter dem Gesichtspunkt: Was sparen wir an Ausgaben? Zunächst sind rund 800 Millionen jährlich gegenüber der bisherigen Daweslast weniger abzuführen. Diese Millionen dürfen nicht zur Stopfung der Löcher in der Reichskasse verwendet werden, sondern zur Steuersenkung. Ebenso wichtig ist aber bei dem Pariser Ergebnis das Freiwerden aus Bindungen aus dem Versailler Vertrag, die sich beziehen auf die Verpfändung der Steuern, die Schuldlast auf der Industrie, auf die Eisenbahnverpflichtungen und die vielen Kontrollorgane, die in Berlin sitzen. Mit Recht erhebt die Eisenbahnerschaft den Anspruch auf Wiederherstellung ihrer früheren rechtlichen Stellung. Auf alle diese Dinge sollten gerade die Kreise, die sich gern als besonders national hinstellen, mehr achten, und diese Kreise sollten nicht stetig von Versklavung reden, da doch die Siegerstaaten gleichfalls unerhörte Kriegsschulden an die Amerikaner bezahlen und unter sich ausgleichen müssen. Die Alliierten haben nicht weniger als rund 100 Milliarden Goldmark Schulden untereinander.

Zum Schluß besprach der Redner die Einstellung der Staatsbürger und vor allem der Jugend zum heutigen Staate und betonte dabei, noch nie habe eine Schicht den Staat beherrscht, die ihn verneine oder bekämpfe oder abseits stehe. Wenn die Mittelschichten, Bürger und Bauern, sich nicht mehr um den Staat kümmern, wird er zum Kampfobjekt zwischen Sozialdemokratie und Industrie werden. Erfreulicherweise wächst die Zahl der Jungen, die von der negativen Kritik zur positiven Arbeit übergehen, um Einfluß auf den Staat zu gewinnen. Die Republik, die wir aus dem Schutt des Krieges und der Revolution geschaffen haben, steht fest. Auch ihre Symbole, vor allem die Flagge, setzten sich mehr und mehr durch. Vor 10 Jahren war die Republik noch ein Notbau, der ständig unter den Gewaltdrohungen der Gegner zitterte. Heute verhandeln wir mit den Gegnern und schließen Verträge ab, die gehalten werden müssen. Wenn die bevorstehenden politischen Verhandlungen gut zu Ende kommen, dann wird ein großer Teil Freiheit für Deutschland zurückgewonnen sein, denn dann bleibt neben den finanziellen Verpflichtungen fast nur noch die Beschränkung der Wehrmacht. Wir rechnen bestimmt auf einen Erfolg in der Räumungsangelegenheit. Mehr als alle finanziellen Lasten wiegen die Freiheit und Unabhängigkeit eines Volkes. Wird dieses Ziel erreicht, dann gehört dem deutschen Volk die Zukunft.

Naumann-Gedenkfeiern. Wir hatten bereits in dem letzten „Demokraten" auf die Naumannschriften Nuschkes und Wencks hingewiesen. Wir möchten heute noch auf die Broschüre „Friedrich Naumann, seine Persönlichkeit und sein Lebenswerk" von Hermann Barge aufmerksam machen, die durch die Reichsgeschäftsstelle zum Preise von 0,50 RM. pro Stück bezogen werden kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0101

Die Aktion für die Landwirtschaft

Von Staatssekretär a. D. Oscar Meyer, M.d.R.

Kurz nachdem die Pariser Verhandlungen mit einem Ergebnisse beendet worden sind, das — man mag es beurteilen, wie man wolle — jedenfalls Deutschland vor die gebieterische Notwendigkeit stellt, in Zukunft die Anstrengungen zur Verstärkung seiner Ausfuhr auf das äußerste zu steigern, hat der Reichstag eine Reihe bedeutsamer Agrargesetze beschlossen, durch die zweifellos unsere Außenhandelspolitik eine außerordentliche Erschwerung erleiden wird.

Niemand, der sich der Tragweite dieser Beschlüsse bewußt war, konnte sie leichten Herzens fassen. Wenn trotzdem die deutsche demokratische Fraktion daran mitgewirkt hat, so geschah es aus der Erkenntnis, daß die Lage der Landwirtschaft eine schnelle Hilfe unbedingt erfordert. Ohne eine solche wäre sie mit einer Schuldenlast von 10 oder 11 Milliarden bei Verkaufspreisen, die die Vorkriegspreise im Durchschnitte nur um wenige Prozente übersteigen und für Getreide darüber hinaus unter dem unberechenbaren Drucke des überseeischen Getreideüberflusses stehen, dem Untergange geweiht. Daß das für die deutsche Volkswirtschaft ein Unglück von unübersehbarer Tragweite wäre, bedarf keiner Darlegung.

Natürlich blieben die Fragen übrig, ob die Hilfe wirklich nur durch Zollerhöhungen gebracht werden konnte und ob Zollerhöhungen eine Hilfe sind. Beide Fragen waren zu bejahen. Gewiß sind organisatorische Maßnahmen auf dem Gebiete der Produktion, des Absatzes und des Realkredites an sich den Zollerhöhungen vorzuziehen. Aber diese Maßnahmen, die teilweise bereits von dem Reichsernährungsminister Dietrich mit starker Initiative eingeleitet sind, können sich erst allmählich auswirken. Um das Mißverhälnis zwischen dem Index agrarischer Erzeugnisse und dem Lebenshaltungsindex oder selbst dem Index agrarischen Industriebedarfs rasch zu verbessern, gab es nur das Mittel der Zollerhöhungen oder — für die Getreidewirtschaft — des Monopols.

Tatsächlich schien es eine Zeitlang, als würde sich eine Mehrheit des Reichstages sogar auf das Getreidemonopol vereinigen. In dem landwirtschaftlichen Studienausschuß, den das Reichskabinett gebildet hat, entstand anfangs geradezu eine Monopolkoalition zwischen den agrarischen Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der (mit der Wirtschaftspartei fraktionell zusammengeschlossenen!) Deutschen Bauernpartei einerseits, den sozialdemokratischen Mitgliedern andrerseits — allerdings aus verschiedenen Motiven: die Agrarier erstreben das Monopol als Notmaßnahme, ohne sich auf den Grundsatz festlegen zu wollen; die Sozialdemokraten erblickten darin einen Schritt zur Sozialisierung und suchten deshalb ihm den Charakter einer dauernden Einrichtung, nicht einer Notmaßnahme, zu verschaffen. Immerhin war der Erfolg beiden Teilen so wichtig, daß sie sich weit entgegenkamen, die Agrarier durch den Verzicht auf die zeitliche Begrenzung, die Sozialdemokraten durch das Zugeständnis eines Weizenpreises von 252 RM. für die Tonne (gegenüber dem damaligen Marktpreise von rund 210 RM.). Daß trotzdem die Einigung nicht gelang, ist weniger auf die dennoch verbliebenen Streitpunkte als auf die politischen Schwierigkeiten zurückzuführen. Die Demokratische Partei ließ in Übereinstimmung mit dem Minister Dietrich keine Unklarheit darüber, daß ein Monopol für sie untragbar wäre, und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0102

ähnliche Stimmen wurden aus den Reihen der Volkspartei und des Zentrums vernehmbar. Dieser Belastung hielt die junge agrarisch-sozialistische Koalition um so weniger stand, als die sachlichen Angriffe gegen die Monopolpläne — illoyale Umgehung handelspolitischer Bindungen; Unmöglichkeit der baldigen technischen Durchführung; Notwendigkeit neuer großer Organisationen; Korruptionsgefahr; Gefahr „politischer" Preise; Verdrängung der freien Wirtschaft, noch dazu ohne Entschädigung der existenzlos werdenden Unternehmer und Arbeitnehmer (die gegen die demokratische Stimme von dem Ausschuß abgelehnt wurde) — schlechterdings nicht zu widerlegen waren.

Nach der Beseitigung des Monopolplans traten die Forderungen der Landwirtschaft auf Zollerhöhung in den Vordergrund. Ihnen ist für Getreide durch die Beseitigung der sogen. Zwischenzölle auf Weizen, Roggen und Hafer Rechnung getragen worden, was im Verkehr mit den Ländern, mit denen Handelsverträge abgeschlossen sind, die Heraufsetzung des Weizenzolls von 5 auf 6,50, des Roggen- und Haferzolls von 5 auf 6 RM. zur unmittelbaren Folge hat; im Verkehr mit anderen Ländern — praktisch kommt hier nur Kanada in Betracht — treten dadurch die autonomen Zölle von 7,50 Reichsmark für Weizen und 7 RM. für Roggen und Hafer in Kraft. Nach Ablauf des gekündigten schwedischen Handelsvertrages, also mit dem 15. Februar 1930, würden die autonomen Zölle allgemein Geltung erlangen, insoweit sie nicht durch neue Verträge gemildert werden. Die agrarischen Wünsche, schon jetzt auch die autonomen Zölle zu erhöhen, gingen nicht in Erfüllung, ebensowenig die von demokratischer Seite heftig bekämpften Wünsche der Rechten auf Erhöhung der Zölle für Futtergerste und Mais. Daß der Mehlzoll im gleichen Verhältnisse wie der Getreidezoll erhöht werden soll — dazu ist noch ein Abkommen mit Frankreich nötig, das vermutlich bald getroffen werden wird —, ist als sachgemäß anzuerkennen.

Um der Zollerhöhung, die im Effekt hinter der Verteuerung zurückbleibt, die der Monopolplan selbst nach dem sozialdemokratischen Preiszugeständnisse verursacht hätte, eine volle Auswirkung auf die Preisgestaltung zu sichern, ist weiter der sog. Vermahlungszwang eingeführt worden, durch den die Mühlen verpflichtet werden, 30 bis 40 Prozent deutschen Weizen zu vermahlen. Ob diese vom Standpunkte der freien Wirtschaft wenig willkommene Einrichtung zu dem verfolgten Ziele führt, wird erst die Erfahrung lehren. Eine vorbehaltlose Zustimmung verdient hingegen die Aussetzung von 7½ Millionen RM. für die Erntefinanzierung, wodurch vermöge wesentlicher Verbilligung des Diskonts für inländische Getreidewechsel der Verschleuderung der Ernte entgegengewirkt werden soll.

Hinsichtlich des Kartoffelzolls ist eine Neuregelung insofern vorgenommen, als der 4-RM.-Zoll für Frühkartoffeln, der bisher bis zum 31. Juli galt, fortan bis zum 31. August gelten wird und für Spätkartoffeln der Zoll von 1,50 auf 2 RM. und damit auf das Vierfache des Vorkriegszolls erhöht worden ist. Die Vertragszölle bleiben aber bestehen. Im übrigen hat sich bisher gezeigt, daß dem Kartoffelbau bei normalen Ernten Zölle wenig nützen; das wird sich auch durch die neue Regelung kaum ändern, so daß zur Hebung des Ertrags doch in erster Reihe organisatorische Maßnahmen zu ergreifen sein werden.

Der Zuckerrüben bauenden Landwirtschaft ist durch die Änderung des Zuckerzollgesetzes und durch die Befreiung des zur Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0103

fütterung verwendeten Zuckers ein erhebliches Zugeständnis gemacht worden. Für den Konsum beruht die praktische Bedeutung davon in der Hauptsache darin, daß der zulässige Höchstpreis (Notierung an der Magdeburger Börse) von 21 RM. für den Zentner künftig vom vierten Monate der Zuckerkampagne ab monatlich um 15 Pfennig, also bis zum Jahresende auf 22,35 RM. steigen darf. Daß diese Höchstsätze erreicht werden, ist kaum anzunehmen, da auch der bisherige Höchstsatz noch nie erreicht worden ist.

Selbstverständlich mußte die Demokratische Fraktion den größten Wert darauf legen, daß innerhalb der Aktion für die Landwirtschaft die bäuerliche Wirtschaft gebührend berücksichtigt werde. Hier fügte sich als Stütze für die eingeleitete Umstellung der Milch- und Molkereiwirtschaft die Einführung eines Erziehungszolls auf Butter ein (Erhöhung von 27,50 auf 50 RM. für den Doppelzentner mit der Maßgabe, daß er vom 1. Januar 1934 ab auf 40 und vom 1. Januar 1936 ab auf 30 RM. gesenkt wird). Das Inkrafttreten des neuen Satzes wird sich voraussichtlich durch eine Verständigung mit Finnland erreichen lassen. Die Viehzölle werden nicht verändert, da sie vertraglich zu vielseitig gebunden sind; doch wird die Kontrolle der Seegrenzschlachthöfe dazu beigetragen, übermäßigen Schwankungen der Rindviehpreise entgegenzuwirken. Daß der Ansturm der Rechten gegen das Gefrierfleischkontingent gescheitert ist — es beträgt noch ganze 50 000 Tonnen, also ¾ kg auf den Kopf der Bevölkerung! —, ist im Sinne der unbemittelten Verbraucher in den dichtbevölkerten Gebieten zu begrüßen. Für die Landwirtschaft ist dieser Punkt von ganz untergeordnetem Wert.

So bildet die Aktion in ihrem hier nur in großen Zügen gezeichneten Gesamtbild den Beweis, daß die Reichstagsmehrheit unter Hintansetzung nicht geringer Bedenken das mögliche getan hat, um der Not der Landwirtschaft schnelle Hilfe zu bringen. Um so ernster ist an die Landwirtschaft die Mahnung zu richten, diese Aktion vorurteilslos zu würdigen und den skrupellosen Hetzern den Rücken zu kehren, die nicht die Hilfe, sondern die Krisis wollen. Die Landwirtschaft muß sich auch darüber klar sein, daß der Gesetzgeber ihre Interessen nur im Rahmen des Gesamtwohls schützen kann, also unter billiger Rücksichtnahme auf die anderen Berufsstände, die nicht einen Zollkrieg mit der halben Welt aushalten können, und — nicht zuletzt — auf die Verbraucher.

*

Zur Reform der Arbeitslosenversicherung

Was muß geschehen?

Von Gustav Schneider, M. d. R.

Der illegalen Ausnützung der Arbeitslosenversicherung ist durch einen Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt bereits entgegengewirkt worden. Freilich kommt es nun darauf an, daß die Organe der Arbeitslosenversicherung diesen Erlaß ausführen. Sie müssen sich bewußt werden, daß es um den Ruf und das Ansehen der Selbstverwaltung geht. Es ist aber nicht einzusehen, warum in der Arbeitslosenversicherung nicht die gleichen Kontrollmaßnahmen durchgeführt werden können, die in den anderen Zweigen der Sozialversicherung bereits vorhanden sind. Unberechtigter Inanspruchnahme

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0104

vorzubeugen geschieht doch auch zum Schutze der Versicherten, deren Beiträge für die Leistungen aufkommen müssen.

Der legale Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung ist auf dem Verwaltungswege nicht zu verhindern. Er beruht auf Mängeln des Gesetzes, die allgemein anerkannt sind, auch von denen, die das Übermaß an Kritik bekämpfen. Besteht also Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Reform, so doch keineswegs über ihr Ausmaß. Schon in der wichtigsten Frage der Saisonarbeitslosigkeit treten diese Meinungsverschiedenheiten zutage. Die eine Seite bestreitet, daß die berufsübliche Arbeitslosigkeit versicherungsmäßig erfaßt werden kann, die andere hält sie unter gewissen Einschränkungen für möglich. Nicht geleugnet werden kann, daß die berufsübliche Arbeitslosigkeit durch konjunkturelle Einflüsse gesteigert werden kann. Ebenso richtig ist aber, daß die Saisonarbeiter neben der berufsüblichen Arbeitslosigkeit auch konjunkturell arbeitslos werden. Sie sind also bei gleich hohen Beiträgen gegen zwei Risiken versichert.

Mit anderen Worten: Alle Versicherten müssen höhere Beiträge bezahlen, um den Saisonarbeitern die Leistungen während der regelmäßig alle Jahre eintretenden berufsüblichen Arbeitslosigkeit zu sichern.

Daß die anderen Versicherten sich dagegen auflehnen, den höher entlohnten Saisonarbeitern zu gestatten, regelmäßig das mehrfache der eingezahlten Beiträge aus der Kasse zu entnehmen, ist daher verständlich. Denn die Wirkung dieses Zustandes zeigt sich in der Forderung, die Beiträge — nicht etwa nur für die Saisonarbeiter — sondern für alle Versicherten zu erhöhen.

Eine Beschränkung der Unterstützungsleistung während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit ist daher nicht nur im Interesse der Arbeitslosenversicherung, sondern mehr noch im Interesse der Versicherten, durchaus gerecht. Wer gegen zwei Risiken versichert ist, muß entweder höhere Beiträge bezahlen oder sich mit geringeren Leistungen begnügen. Nicht angängig ist es, geringer bezahlte Versicherte mit hohen Beiträgen zu belasten, um höher entlohnten Versicherten eine hohe Unterstützung — die vielfach höher ist, als der Lohn anderer Versicherter — regelmäßig zu garantieren. Das hieße den Begriff der Solidarität in sein Gegenteil umkehren.

Von diesen durchaus sozialen Erwägungen ausgehend, will der demokratische Antrag unter Aufrechterhaltung des Versicherungsgedankens die Anwartschaftszeit für die Unterstützung bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit auf 36 Wochen, die Wartezeit auf 14 Tage verlängern. Die Unterstützungssätze sollen nach den Lohnklassen I—VI bemessen werden. Die Lohnklassen VII—XI fallen während der Bezugsdauer bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit fort. Für die Zeiten konjunktureller Arbeitslosigkeit bleibt es auch für die Saisonarbeiter bei den bisherigen Bestimmungen.

Was als Saisonberuf und was als Saisonarbeiter zu gelten hat, bedarf allerdings einer genauen Nachprüfung. Der Katalog, den die Reichsanstalt bei Durchführung der „Sonderfürsorge“ aufstellte, geht wohl etwas zu weit. Aus verständlichen Gründen, denn die Kosten der „Sonderfürsorge“ trug zu vier Fünfteln das Reich und nur zu einem Fünftel die Reichsanstalt. Eine dem Saisoncharakter entsprechend höhere Entlohnung wird bei der Begriffsbestimmung mit in Rechnung gestellt werden müssen.

Ebenso umstritten wie die Versicherung der Saisonarbeiter ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0105

die der Heimarbeiter. Sie ganz aus der Versicherung herauszunehmen, wäre ein sozialer Rückschritt. Die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ist ebenso unhaltbar, denn er wirkt sich wie eine Subvention der Reichsanstalt an die Verleger aus. Wenn die ganze Familie versichert ist und jedes Familienmitglied turnusmäßig die Unterstützung bezieht — ist die Lohnfrage beinahe gelöst. Der demokratische Antrag sieht demnach vor, daß nur der Haushaltungsvorstand versicherungspflichtig ist. Auch bei dieser Regelung sind noch mancherlei Unzuträglichkeiten zu befürchten, da die Heimarbeit schwer kontrollierbar ist.

Die gelegentliche Mitarbeit der Ehefrau ist nach dem Gesetze versicherungspflichtig. Es handelt sich in zahlreichen Fällen um Wochenverdienste von 3—4 RM. Tritt der Versicherungsfall ein — und es geschieht meist nach 26 Wochen — dann muß — unter Umständen 26 Wochen lang — der niedrigste Wochenunterstützungssatz von 6 RM. gezahlt werden. Daneben aber sind noch die Versicherungsbeiträge zu entrichten. Für solche Fälle ist die Arbeitslosenversicherung nicht geschaffen worden. Es ist daher richtig, wenn der demokratische Antrag für Ehefrauen, die in häuslicher Gemeinschaft mit ihrem Ehegatten leben und ganz oder überwiegend von ihm unterhalten werden, von der Versicherungspflicht befreit sind.

Nichtversicherungspflichtig soll nach dem demokratischen Antrage auch sein, „wer ein Gewerbe oder Handelsgeschäft betreibt oder Pächter land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitzes ist, von dessen Ertrag er mit seinen Angehörigen in der Hauptsache leben kann". Damit soll den Scheinarbeitsverträgen, die lediglich abgeschlossen werden, um Arbeitslosenunterstützung zu beziehen, ein Ende gemacht werden.

Um Lohndruck zu vermeiden, sollen in allen Fällen der Beschäftigung (Heimarbeit, Ehefrauen und Selbständige) der Arbeitgeber seinen Beitragsanteil an die Arbeitslosenversicherung zahlen.

Das gleiche gilt auch für die Empfänger von Vollaltersrenten und Wartegeld, die ebenfalls aus der Versicherungspflicht herausgenommen werden sollen.

Wohl die ungerechteste Bestimmung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist die Höhe der Unterstützung. Ob ein Versicherter nur gerade 26 Wochen lang Beiträge gezahlt hat oder 5 Jahre — die Leistung bleibt die gleiche. Es ist durchaus berechtigt, wenigstens in den ersten vier Jahren eine Abstufung eintreten zu lassen. Der demokratische Antrag verlängert die Wartezeit im ersten Jahre der versicherungspflichtigen Beschäftigung auf 19 Tage, läßt sie im zweiten auf 15, im dritten auf 11, im vierten Jahre auf 9 Tage sinken. Im fünften Jahre erst soll die reguläre Wartezeit erreicht werden. Ähnlich soll auch die Bezugsdauer der Unterstützung abgestuft werden. Sie soll im ersten Jahre 12, im zweiten 16, im dritten 20, im vierten 24 und im fünften Jahre 26 Wochen betragen. Erwähnt sei noch, daß nach dem demokratischen Antrage die Unterstützung in keinem Falle 75 Prozent des tatsächlich erhaltenen Lohnes übersteigen soll.

Der Überspannung des Solidaritätsgedankens tritt der demokratische Antrag mit einer sehr beachtlichen Forderung entgegen. Er wirft die Frage der Bildung von Gefahrenklassen in die Aussprache. Sie ist durchführbar nach dem Vorbilde der Unfallversicherung. Wenn das Baugewerbe sein konjunkturelles und saisonbedingtes Risiko allein tragen muß, wird es zu Arbeitsmethoden gezwungen sein, die eine Verkürzung der berufsüblichen Arbeits-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0106

losigkeit herbeiführen. Andererseits könnte für die Angestellten eine weit bessere Versorgung stattfinden, wenn sie nicht für alle anderen Berufe mitzahlen müßten. Die Arbeitslosigkeit der Angestellten ist, wie in der amtlichen Denkschrift über ältere Angestellte längst festgestellt ist, von besonderer Art. Sie tritt seltener ein, ist aber dann von längerer Dauer. Dieser Besonderheit trägt die Arbeitslosenversicherung in keiner Weise Rechnung. Die 3½ Millionen Angestellten haben aber einen ebenso berechtigten Anspruch auf Beachtung ihrer Sonderwünsche wie etwa die Saisonarbeiter und die Landwirtschaft. Im Grunde genommen noch einen berechtigteren, denn sie zahlen weit mehr in die Arbeitslosenversicherung ein, als sie jemals ausgezahlt erhalten. Das Landesarbeitsamt Köln hat festgestellt, daß es im Jahre 1928 aus dem Baugewerbe 1 800 000 RM. an Beiträgen erhalten, aber 6 000 000 RM. an Unterstützungen ausgezahlt hat, obwohl ein großer Teil der Bauhandwerker während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit nach dem Eichsfelde zurückkehrte und dort seine Unterstützung bezog. Diese Beispiele zeigen, daß die schematische Regelung der Arbeitslosenversicherung ein schwerer Fehler ist, der nur durch die Bildung von Gefahrenklassen wieder gutzumachen ist. Der Solidaritätsgedanke steht dem nicht entgegen, denn es ist eine falsche Solidarität, die dem einen Teil der Versicherten auf Kosten der anderen viel, den anderen aber wenig gibt.

*

Der **demokratische Antrag** hat folgenden Wortlaut (Antrag Schneider-Berlin, Haas und Fraktion):

Der Reichstag wolle beschließen:

die Regierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 nach folgenden Gesichtspunkten ändert:

I.

Bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit (Saisonarbeiter) beträgt

a) die Anwartschaftszeit 36 Wochen,
b) die Wartezeit vom Tage der Arbeitslosigkeitmeldung 14 Tage,
c) die Unterstützung bemißt sich nach den Lohnklassen I—VI (§ 107),
d) die Dauer der berufsüblichen Arbeitslosigkeit darf 14 Wochen nicht überschreiten.

II.

Bei Heimarbeitern (Hausgewerbetreibenden) ist nur der Haushaltsvorstand versichert. Die miterwerbenden Angehörigen sind für ihre Person von der Zahlung der Versicherungsbeiträge befreit. Der Beitragsanteil des Arbeitgebers ist auch für diese Arbeitnehmer zu entrichten. Ein Anspruch auf Unterstützung als Hauptunterstützungsempfänger entsteht durch diese Beitragsleistung nicht.

III.

Ehefrauen, die in häuslicher Gemeinschaft mit ihrem Ehegatten leben, und ganz oder überwiegend von ihm unterhalten werden, sind nicht versicherungspflichtig.

IV.

Nicht versicherungspflichtig ist, wer ein Gewerbe oder Handelsgeschäft betreibt oder Eigentümer oder Pächter land- oder forst-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0107

wirtschaftlichen Grundbesitzes ist, von dessen Ertrag er mit seinen Angehörigen in der Hauptsache leben kann. Der Arbeitgeber, der solche Arbeitskräfte beschäftigt, hat auch für diese Arbeitnehmer seinen Beitragsanteil an die Kasse abzuführen. Ein Unterstützungsanspruch für den Arbeitnehmer entsteht durch diese Beitragsleistung nicht.

V.

Nicht versichert sind die Empfänger von Vollaltersrenten und von Wartegeld. Der Arbeitgeber hat auch für diese Arbeitnehmer seinen Beitragsanteil an die Kasse abzuführen. Ein Unterstützungsanspruch entsteht für den Arbeitnehmer durch diese Beitragsleistung nicht.

VI.

Wartezeit und Bezugsdauer werden in den ersten fünf Jahren der versicherungspflichtigen Beschäftigung wie folgt geregelt:

a) die Wartezeit beträgt im

ersten	Jahr	der	versicherungspflichtigen	Beschäftigung	. .	19	Tage
zweiten	„	„	„	„	. .	15	„
dritten	„	„	„	„	. .	11	„
vierten	„	„	„	„	. .	9	„
fünften	„	„	„	„	. .	7	„

b) die Bezugsdauer beträgt im

ersten Jahre	. . . . .	8 Wochen
zweiten „	. . . . .	12 „
dritten „	. . . . .	16 „
vierten „	. . . . .	20 „
fünften „	. . . . .	24 „

VII.

Die Unterstützung darf in keinem Falle 75 Prozent des tatsächlich erhaltenen Lohnes überschreiten.

VIII.

Für die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu der einzelnen Lohnklasse ist das Arbeitsentgelt maßgebend, das er im Durchschnitt der letzten neun Monate seiner Arbeitnehmertätigkeit vor der Arbeitslosmeldung bezogen hat.

IX.

Das Arbeitsamt ist ermächtigt, eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft für versicherungsfrei zu erklären, wenn ein Familienmitglied des Arbeitgebers in einem anderen land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe als Arbeitnehmer beschäftigt ist.

Die Zahl der versicherungsfreien Stellen eines Betriebes bestimmt sich nach der Zahl der anderwärts (Abs. 1) beschäftigten Familienmitglieder.

Ob für die Beschäftigung ein Entgelt gewährt wird, ist unerheblich.

X.

Im Rahmen der Reichsanstalt werden Gefahrenklassen (Landwirtschaft, Baugewerbe, Lohnarbeit wechselnder Art, Angestellte) gebildet, die das Risiko der Arbeitslosigkeit gerechter verteilen und die Leistungen den Bedürfnissen der einzelnen Berufe zweckmäßiger anpassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0108

Preußenkonkordat und evangelische Kirche

Professor Heinrich Hermelink-Marburg, Mitglied der D. D. P., bezeichnet, wie er in der „Christlichen Welt" auseinandersetzt, die Zustimmung zu dem Vertrag Preußens mit der Kurie, „wenn zugleich damit der Vertragsschluß mit den evangelischen Kirchen in Preußen gesichert ist", aus folgenden Gründen als notwendig:

1. Eine Neuordnung der katholisch-kirchlichen Verhältnisse in Preußen ist unbedingt notwendig. Sie kann nicht durch Staatskirchenhoheitsgesetz, sondern nur durch Vertrag geschehen. Einmal praktisch-technisch, weil die bisherige Ordnung seit den Zirkumskriptionen zu Anfang des vorigen Jahrhunderts (1821 für Altpreußen) auf Vereinbarungen beruhte; sodann grundsätzlich bedeutet die Vertragsform die Anerkennung der schiedlich-friedlichen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche, wie sie in der Reichsverfassung ausgesprochen ist. Der Staat respektiert damit die Selbständigkeit der Kirchen; das Zeitalter territorialistischer Kirchenhoheit ist unwiederbringlich dahin.

2. Der preußische Kirchenvertrag hat, wie man sehen kann, wesentlich organisatorischen und finanziellen Inhalt. Daß dazu Bestimmungen über die Bischofswahl und über die Pfarrerausbildung (einschließlich der theologischen Fakultäten und Seminare) kamen, hängt mit der Konvention von 1821, die durch den Vertrag erneuert werden sollte, zusammen. Es ist bekannt, daß die Kurie durch ihre Unterhändler viel weiter gehende Wünsche anmeldete. Ihr ist es, wie das italienische Konkordat, das der Papst aber als ideales bezeichnet hat, zeigen kann, darum zu tun, mit ihrer heutigen Konkordatspolitik möglichst viel aus dem kodifizierten römischen Kirchenrecht in die Staatsgesetzgebung der modernen Staaten hineinzubringen. Es ist dem Berliner Nuntius nicht gelungen, weder über die Schule noch über die Orden und Kongregationen, noch über das Eherecht, noch über die Pflicht des Staates zur Beitragsleistung an die Pfarrbesoldungen irgend etwas Bestimmtes in den neuen Vertrag hineinzupraktizieren. In endlosen Verhandlungen und immer neuen Anläufen, die bis in die letzte Stunde vor Unterzeichnung des Vertrages sich erstreckten, hat der gewandte Römer, dessen Bruder bekanntlich die Lateranverträge vorbereitet hat, sein Ziel zu verfolgen gesucht, dem preußischen Kirchenvertrag einen weiter gehenden Inhalt zu geben. Gegenüber den immer neuen Einwürfen und wahrhaft welschen Interpretationskünsten des Gegenparts fand der Widerstand der erstaunten preußischen Unterhändler seinen Rückhalt an dem Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff. Das ist eine Tatsache, die vom Historiker zu buchen ist (nicht eine Schmeichelei). Es ist zu verstehen, daß die demokratische Landtagsfraktion angesichts dieses Tatbestandes ihrem in dieser Sache führenden Minister die Gefolgschaft nicht verweigern konnte und die grundsätzliche Zustimmung zum Vertragswerk ausgesprochen hat, unter den Voraussetzungen: 1. daß in eingehenden Ausschußberatungen dem Landtag Gelegenheit gegeben werde, zu den Einzelheiten des Vertrages Stellung zu nehmen, und 2., daß „mit Rücksicht auf die Wahrung des konfessionellen Friedens und der Parität" Vereinbarungen mit den evangelischen Kirchen gesichert sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0109

3. Diese evangelischen Parallelverträge spielten bei der Entscheidung für uns evangelische Theologen, die wir der Demokratischen Partei und zugleich dem Kreis der Freunde der „Christlichen Welt" angehören, auch eine wesentliche Rolle. Es galt, den bekanntlich anfangs völlig ablehnenden Standpunkt des Ministerpräsidenten in dieser Sache zu korrigieren. Es galt, die Vertragsfähigkeit und damit die Selbständigkeit auch der evangelischen Kirchen zu erringen, die sich, wie jeder Eingeweihte weiß, trotz der Gesetzgebungsakte vom 8. April und 15. Oktober 1924 nicht nur hinsichtlich ihrer Finanzgebarung, sondern auch hinsichtlich ihrer innerkirchlichen Gesetzgebung stärker beaufsichtigt wissen und mehr gebunden fühlen als je in den alten Zeiten des Staatskirchentums. Es war uns klar, daß eine Imparität, ja auch nur der Schein einer Imparität gegenüber der Forderung der evangelischen Kirchen Preußens, in Parallelverträgen ihre Selbständigkeit gegenüber dem Staate zu sichern, die seit längerer Zeit angebahnte Entwicklung der Annäherung der Kirchen an den Staat nicht nur hemmen, sondern mit unabsehbaren Folgen für beide Teile und für den konfessionellen Frieden geradezu zerbrechen müßte. Es kann selbstverständlich der moderne Staat auf die Dauer nicht existieren — und das mußte dem Ministerpräsidenten und der Mehrheit seiner Fraktionsgenossen deutlich gesagt werden, welche die geistige Kraft der evangelischen Kirchen zu unterschätzen geneigt sind —, wenn unsere evangelischen Kirchenkreise in Kulturkampfstimmung hineingestoßen werden. Und was soll aus den Kirchen werden, wenn das Mißtrauen und die Erbitterung zwischen ihnen und dem Staate immermehr wächst? Was soll aus uns evangelischen Christen werden, die wir beiden dienen wollen, dem modernen Staat und unserer evangelischen Kirche? Soll das das Ende des evangelischen Landeskirchentums in Deutschland sein, daß religiös-soziale und andere Freikirchen, vom Staat mehr oder weniger unterstützt (mit viel berechtigter religiöser Kritik!), aufstehen gegen ein reaktionär immer mehr erstarrendes, vergeblich auf seine alten Scheine pochendes Konsistorialkirchentum? Zusammen mit der Konkordatsfrage beschäftigt uns die Zukunftsfrage unseres evangelischen Landeskirchentums überhaupt. Und wir berieten die demokratische Landtagsfraktion, daß sie mit ihrer Zustimmung zum Vertrag mit der Kurie, die Forderung der evangelischen Landeskirchen aufnehmend, einen Antrag einbrachte, worin sie die Staatsregierung ersucht, alsbald Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen aufzunehmen und dem Landtag gleichwertige Verträge vorzulegen. Diese Verträge sollen zum Gegenstand haben: 1. eine paritätische Sicherung der Religionsübung, des kirchlichen Eigentums und anderer kirchlicher Rechte; 2. eine den Grundsätzen der Reichsverfassung entsprechende Umgestaltung des Staatsgesetzes vom 8. April 1924 im Sinne einer Sicherung der Selbständigkeit der Kirchen in ihrer innerkirchlichen Gesetzgebung und Verwaltung, insbesondere auch die Befreiung von Bindungen, die der katholischen Kirche nicht auferlegt sind; 3. eine vertragsmäßige Sicherung der Dotationen für die allgemeine kirchliche Verwaltung und eine den Grundsätzen der Parität entsprechende Erhöhung dieser Dotationen und 4. eine Mitwirkung des Staates bei der Besetzung der leitenden Ämter in den evangelischen Kirchen. Weiter soll geprüft werden, ob die bisherige Rechtslage in Ansehung der Besetzung der theologischen Lehrstühle vertraglich festgelegt werden kann.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0110

Das Antwortschreiben der demokratischen Landtagsfraktion an den Ministerpräsidenten Dr. Braun betreffend das sogenannte Konkordat lautet wörtlich:

„Die Deutsche Demokratische Landtagsfraktion ist bereit, an der Verabschiedung einer Vereinbarung mit der Kurie mitzuarbeiten. Sie setzt dabei voraus, daß dem Landtage nach Bekanntgabe des Wortlautes des Vertrages ausreichende Gelegenheit gegeben wird, in eingehenden Ausschußberatungen zu den Einzelheiten des Vertrages Stellung zu nehmen.

Die Fraktion setzt weiterhin voraus, daß ohne Verzug Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen eingeleitet werden. Sie wird der Vereinbarung mit der katholischen Kirche mit Rücksicht auf die Wahrung des konfessionellen Friedens und der Parität nicht zustimmen können, wenn nicht das Zustandekommen auch dieser Vereinbarungen gesichert ist. Die Fraktion bereitet entsprechende Anträge vor."

In diesem Sinne wirkte denn auch die Demokratische Partei in dem Hauptausschuß des Landtages bei der Beratung des Vertrages mit der Kurie. Auf Grund eines Antrages des demokratischen Abgeordneten Graue wurde hier eine Entschließung angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Das Staatsministerium wird ersucht, unverzüglich in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen einzutreten, über Verträge, die auf dem Gebiete der Religionsübung, des kirchlichen Eigentums und anderer kirchlicher Rechte, der innerkirchlichen Gesetzgebung und der Verwaltung, der Dotationen und der Besetzung der leitenden Ämter die paritätische Behandlung mit der katholischen Kirche sicherstellen. Dabei ist weiter zu prüfen, ob die bisherige Rechtslage hinsichtlich der Besetzung der theologischen Lehrstühle vertraglich festgelegt werden kann."

Die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zu dem Vertrage Preußens mit dem Heiligen Stuhle fand am Dienstag, dem 9. Juli 1929, statt. Die Abstimmungen hatten das folgende Ergebnis:

Artikel 1 wurde mit 324 gegen 92 Stimmen der Kommunisten, Deutschen Volkspartei und Nationalsozialisten angenommen.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei, daß gleichzeitig mit dem katholischen Konkordat ein Vertrag mit den evangelischen Kirchen in Kraft treten müsse, spätestens aber am 1. Januar 1930, wurde in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 175 Stimmen abgelehnt.

Zum Artikel 2 des Gesetzes hatten die Deutschnationalen den Abänderungsantrag gestellt, daß es gleichzeitig mit einem evangelischen Konkordat in Kraft treten soll. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 265 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

Artikel 2 des Gesetzes wurde dann in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 173 Stimmen angenommen. In der Opposition befanden sich Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, einige Christlichnationale Bauern, Nationalsozialisten und Kommunisten.

In namentlicher Schlußabstimmung wurde dann der Vertrag mit 243 gegen 172 Stimmen angenommen.

Die Entschließung, deren Wortlaut wir oben mitgeteilt haben, wurde in namentlicher Abstimmung mit 231 gegen 60 Stimmen angenommen. 109 Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung, ein anderer Teil der Sozialdemokraten und die Kommunisten stimmten dagegen, alle anderen Parteien dafür.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0111

Die Wahlen in Mecklenburg-Schwerin

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin hat folgendes endgültiges Wahlergebnis gehabt:

	Stimmen	(am 22. 5. 27)	Sitze	(am 22. 5. 27)
1. Sozialdemokratische Partei	120 570	(126 865)	20	(21)
2. Einheitsliste nationaler Mecklenburger (Deutschnationale Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Deutschvölkische Freiheitsbewegung, Landvolkpartei) .	140 151	(144 045)	23	(24)
3. Kommunistische Partei Deutschlands	16 451	(15 748)	3	(3)
4. Gruppe für Volkswohlfahrt (Mieter, Hypothekengläubiger, Sparer, Pächter usw.)	7 461	(10 003)	1	(2)
5. Deutsche Demokratische Partei	8 962	(8 994)	1	(2)
6. Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei	12 721	(5 611)	2	(—)
7. Mecklenburg. Bauernpartei (Wirtschaftliche Einheitsfront, mittlere u. kleinere Landwirte) . .	8 087	(—)	1	(—)

Es mag zuerst befremdlich klingen, wenn man trotz des Stimmenrückganges und des Verlustes eines Sitzes im Landtag behauptet, daß das Ergebnis dieser Wahl für die Deutsche Demokratische Partei relativ günstig war. Und doch darf man das sagen, da die Partei gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 1927 nur 32 Stimmen verloren hat, während zum Beispiel die S. P. D. einen Rückgang von 6295 Stimmen, die Einheitsliste einen solchen von 3894 und die Gruppe für Volkswohlfahrt, die bei der letzten Wahl noch bedeutend stärker als die Deutsche Demokratische Partei war, einen solchen von 2542 Stimmen zu verzeichnen hatten.

Der Verlust des einen Mandates ist ein besonders unglücklicher Umstand, da zu dessen Erlangung gerade 39 Stimmen fehlten. Nach den Mecklenburgischen Wahlgesetzen entfallen nämlich auf ein Mandat 6000 Stimmen, beträgt die Rest-Stimmenzahl mehr als die Hälfte, so gilt ein weiterer Abgeordneter als gewählt. Mit 9001 Stimmen hätte die Deutsche Demokratische Partei folglich 2 Abgeordnete ins Parlament bekommen. Bereits bei der letzten Wahl wurde die obige Zahl mit 7 Stimmen unterschritten. Da jedoch an einem Orte die Wahlvorschriften verletzt worden waren, so konnte die D. D. P. sich damals bei der vorgenommenen Nachwahl die für das 2. Mandat fehlenden Stimmen erobern. Wie wir hören, sind auch bei dieser Wahl an einigen Orten wegen Verletzung der Wahlvorschriften wieder Proteste

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0112

erhoben worden, so daß eventuell die Aussicht besteht, daß bei Stattgebung dieser Proteste die fehlenden Stimmen noch gewonnen werden.

Trotz des — allerdings nur geringen — Stimmenrückganges kann das Ergebnis der Wahl als relativ gut bezeichnet werden, da der Wahlkampf für die Deutsche Demokratische Partei unter denkbar ungünstigen Aussichten stand. Denn gerade kurz vor der Wahl wurde in Ludwigslust die Silberhochzeit des früheren Großherzogpaares, in Bützow das 700jährige Bestehen dieser Stadt und in Rostock das Landesschützenfest gefeiert. Alle diese Feiern wurden mit großer nationalistischer Propaganda, um das Wort „Rummel" zu vermeiden, begangen, was naturgemäß in einem solchen verhältnismäßig kleinen Lande wie Mecklenburg nicht ohne Auswirkung bleiben konnte.

Weit schwerwiegender war jedoch die Tatsache, daß die Demokraten in der Regierung saßen. Von drei Ministern stellten sie einen und die Sozialdemokraten zwei. Ganz abgesehen davon, daß die Opposition bei den Wahlen in der Regel eine bessere Position hat — der starke Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen! —, kam hier noch erschwerend hinzu, daß der demokratische Minister bei nur zwei Mandaten im Landtag hier nicht den notwendigen Rückhalt für die Durchführung seiner Politik finden konnte. So war er häufig gezwungen, mit der Sozialdemokratischen Partei Kompromisse einzugehen. Dieses sich daraus ergebende Zusammengehen mit der S. P. D. wurde der Deutschen Demokratischen Partei in weiten Bevölkerungskreisen besonders verübelt.

Vor allem konnte sich die Presse, an ihrer Spitze der „Rostocker Anzeiger", die bei weitem bedeutendste Zeitung Mecklenburgs, in Vorwürfen der genannten Art nicht genug tun, während der Demokratischen Partei keinerlei Zeitungen zur Verfügung standen, in der sie ihre Politik rechtfertigen konnte. Ein besonders bedauerliches Zeichen ist es, daß von dem größten Teil der Mecklenburger Zeitungen der Wahlkampf in einem Ton geführt wurde, der die Grenzen politischer Anständigkeit hart streifte und nicht selten sogar erheblich überschritt.

In ähnlicher Weise ging die Einheitsliste „nationaler" Mecklenburger vor, in der Deutschnationale Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Deutschvölkische Freiheitsbewegung und die Landvolkpartei zusammengeschlossen waren. Sie scheute nicht einmal vor bewußten Entstellungen zurück und versuchte sogar die Nationalsozialisten in bezug auf Unfairheit der Wahlkampfführung zu übertreffen. Da die in der Einheitsliste zusammengeschlossenen „Bruder"-Parteien sich nun unmöglich, wie früher, gegenseitig anfehden konnten, richteten sich ihre Verunglimpfungen in erster Linie gegen die Deutsche Demokratische Partei. Eine besonders traurige Rolle spielte in dieser Beziehung die Deutsche Volkspartei, deren Führer, ein Lehrer Walter, seine sämtlichen Listen-Genossen darin übertraf, die Koalitionsfreunde seiner Partei im Reiche in der schlimmsten Weise zu beschimpfen.

Besondere Beachtung verdient der Erfolg der Nationalsozialisten, die den Wahlkampf mit größter Intensität und dem Aufwand erheblicher Geldmittel betrieben haben. Ihre Propaganda erstreckte sich bis in die kleinsten und entlegensten Dörfer, wohin nicht einmal die Sozialdemokraten und die Einheitsliste vorgedrungen waren.

Einen größeren Einfluß auf das Stimmenergebnis der Deutschen Demokratischen Partei hatte jedoch die Aufstellung einer besonderen Bauernliste unter Führung des Bauernvereinsführers Kratzen-

berg. Kratzenberg gehörte vorher der Volkspartei an und war aus ihr ausgeschieden, um mit für den Etat der Linksregierung zu stimmen. Nur mit einer Stimme konnte hier eine Mehrheit erzielt werden. Durch diese Bauernliste erlitt die Demokratische Partei einen nicht unwesentlichen Stimmenverlust auf dem flachen Lande, vor allem in der besonderen Domäne Kratzenbergs, im südwestlichen Mecklenburg, wo die Deutsche Demokratische Partei bis dahin stets eine ganze Reihe von Wählern gehabt hatte. Ohne die Aufstellung dieser Sonderliste wäre das Gesamtergebnis für uns weitaus günstiger gewesen. Es ist nämlich bezeichnend, daß die **D. D. P. in den Städten** durchweg an Stimmen beträchtlich **zugenommen** hat. So brachte z. B. die Wahl in Schwerin ein Mehr von etwa 300, in Rostock von etwa 200, in Güstrow von etwa 100 Stimmen usw. (Daß der Stimmenzuwachs in Rostock hinter dem von Schwerin verhältnismäßig stark zurückblieb, findet seine Begründung in verschiedenen technischen und organisatorischen Fehlern und Schwierigkeiten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.)

Zuletzt darf als einer der wesentlichsten Faktoren für den Ausgang der Wahl nicht außer acht gelassen werden, daß im Wahlkreis Mecklenburg keine hauptamtlich geführte Parteiorganisation besteht. Daß hierunter die Parteiarbeit leiden mußte, liegt auf der Hand. Auch in diesem Wahlkampfe zeigte es sich wieder, daß die Arbeit zwischen den Wahlen sogar durch regste Tätigkeit im Wahlkampfe selbst nicht ersetzt werden konnte.

Fassen wir nun die ganzen erschwerenden Momente zusammen, die das Wahlergebnis ungünstig beeinflußt haben, so ist die Erhaltung der Stimmenzahl bei den Mecklenburger Wahlen für die Deutsche Demokratische Partei ohne Frage ein Erfolg.

*

Aus dem demokratischen Parteileben

Personalien

Dr. Schwander 10 Jahre Oberpräsident. Am 8. Juli hat Oberpräsident Dr. Schwander zehn Jahre lang das Amt des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau verwaltet. Dr. Schwander, der nach Abschluß seines Studiums 1901 in den Dienst der Stadt Straßburg trat, dort Beigeordneter und Oberbürgermeister war, bis er 1907 als Staatssekretär in das Reichswirtschaftsamt berufen wurde, kehrte im Herbst 1918 als Statthalter für Elsaß-Lothringen nach Straßburg zurück. Nach einigen Wochen zwang der Waffenstillstand Dr. Schwander, seine Heimat zu verlassen. Er übernahm dann das Oberpräsidium der Provinz Hessen-Nassau. Was Dr. Schwander damals versprochen hat: mit allen Kräften bemüht zu sein, „durch eine verständnisvolle, dem neuen Geist entsprechende Verwaltung den Wiederaufbau zu fördern," das hat er in vollem Umfange gehalten, und dafür ist die Provinz Hessen-Nassau von ganzem Herzen dem tatkräftigen, einsichtigen Demokraten dankbar.

Geheimrat Professor Dr. Josef Brix vollendete am 26. Juni 1929 sein 70. Lebensjahr. Geheimrat Brix ist weit über den Rahmen unserer Partei und über die Grenzen des deutschen Vaterlandes hinaus bekannt. Wurde er doch unter anderem berufen, die Anschlußlinien der orientalischen Eisenbahn — Konstantinopel-Saloniki — zu errichten und als anerkannter Städtebauer Montevideo aufzubauen. Seit 25

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0114

Jahren wirkt Profesor Brix an der technischen Hochschule in Charlottenburg, deren Rektor er im Jahre 1928 war. Seit dem Bestehen des Bezirksamts Charlottenburg gehört er dessen Bezirksversammlung an, die ihn schon vor einigen Jahren zu ihrem Vorsteher wählte. In der früheren Stadtgemeinde Charlottenburg war er ebenfalls Stadtverordneter. Vor seiner kommunalpolitischen Tätigkeit in Charlottenburg arbeitete er auf demselben Gebiet in Mainz, Wiesbaden und Altona. Das Bezirksamt Charlottenburg wird als äußeres Zeichen der Dankbarkeit eine Straße nach dem hochverdienten Manne benennen.

Dr. F. C. Witte in Rostock, der 2. Vorsitzende des Landesverbandes Mecklenburg-Schwerin, feierte am 7. Juli seinen 65. Geburtstag.

Hermann Schiersand, der langjährige Vorsitzende des Ortsvereins Chemnitz, feierte am 4. Juli seinen 60. Geburtstag in Rüstigkeit und Frische.

Ein alter und ein neuer demokratischer Senator in Hamburg. Nach der Amtsniederlegung des Senator Carl Cohn hat am 26. Juni die Hamburger Bürgerschaft den Chefredakteur Curt Platen zu seinem Nachfolger gewählt. Mit Senator Carl Cohn ist einer der kundigsten Finanzsachverständigen Hamburgs aus dem aktiven Dienst geschieden. Wie erinnerlich, hatte die demokratische Fraktion, zu deren ersten Vertretern der heute 72jährige gehörte, im Herbst letzten Jahres nur ungern, einer durch den unerquicklichen Verlauf von Koalitionsverhandlungen geschaffenen Zwangslage folgend, ihren Parteifreund gebeten, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Mißverständnisse, die damals entstanden waren, sind inzwischen erfreulicherweise vollkommen beigelegt worden. Der Hamburger Wirtschaft wird Senator Cohn durch seinen Eintritt in den Vorstand der der Exportförderung dienenden Hamburgischen Bank weiter seine Dienste zur Verfügung stellen. — Der von der demokratischen Fraktion zur Neuwahl präsentierte Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion Curt Platen gehört seit Jahrzehnten zu den aktivsten Kämpfern für die Idee des Forschritts sowohl im parlamentarischen Leben als Mitglied der Bürgerschaft als auch als Chefredakteur des demokratischen „Hamburger Anzeiger". Im Senat wird er unter Beibehaltung seines journalistischen Berufes als sogenannter halbamtlicher Senator die Leitung der für die soziale Entwicklung in Hamburg bestimmenden Arbeitsbehörde übernehmen. Die Leitung der Finanzdeputation wird in die Hände des langjährigen demokratischen Senators Dr. Matthaei gelegt werden.

Zum Gedenken für Walther Rathenau. An der Stelle, wo vor 7 Jahren Walther Rathenau den Kugeln fanatisierter politischer Gegner zum Opfer gefallen ist, hat die Deutsche Demokratische Partei des Wahlkreises Potsdam II am 23. 6. 29 Gedenktafeln angebracht und in einem feierlichen Weiheakt dem zuständigen Bezirksamt übergeben. Nahe der Mordstelle ist eine Buche am Straßenrand, deren Stamm noch die Spuren mehrerer Einschüsse zeigt. Dieser Baumstamm ist mit einem einfachen gußeisernen Gitter umgeben worden, das an zwei Seiten Bronzetafeln trägt. Sie zeigen nur die einfache Inschrift: „Walther Rathenau, gestorben 24. 6. 22." Die Feier wurde musikalisch umrahmt von Darbietungen einer Reichsbannerkapelle und schloß mit einem Vorbeimarsch von Reichsbanner-Formationen. Die Gedenkrede hielt der demokratische Reichstagsabgeordnete Staatssekretär a. D.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0115

Oskar Meyer, der Rathenau als Menschen, als Staatsmann und als Republikaner charakterisierte und daran erinnerte, daß er als Reichsaußenminister zum ersten Male wieder Deutschland im internationalen politischen Geschehen zur Selbständigkeit geführt habe. Dem Gedächtnis dieses Staatsmannes, dieses Republikaners, der die Liebe zu seinem Vaterlande mit der Hingabe seines Lebens besiegelte, gelte die Feier und gelte das schlichte Denkmal. Die Reichsregierung war durch den Reichswehrminister und den Reichsminister für die besetzten Gebiete vertreten; Dr. Groener legte namens der Reichsregierung einen Kranz nieder, Abg. Nuschke tat dies namens der demokratischen Parteileitung.

Mandatsverzicht Dr. Glockners. Dem neuen badischen Landtag, der im Oktober d. J. gewählt werden wird, w ird eine Persönlichkeit nicht mehr angehören, die zu den bedeutendsten Mitgliedern des badischen Landtags während der Nachkriegszeit gehört hat: Geheimrat Dr. Karl Glockner, der seit 1919 demokratisches Mitglied des Landtages gewesen ist, nunmehr aber die Bürde des Mandats jüngeren Schultern anvertrauen will. Dr. Glockner war ehemals als Ministerialdirektor im badischen Ministerium des Innern die rechte Hand der Minister Eisenlohr, Schenkel und von Bodmann, da er juristischen Scharfsinn mit politischer Bildung glücklich vereinigte. 1913 wurde er Präsident des badischen Verwaltungsgerichtshofs, ein Amt, das er bis zum Jahre 1927 innehatte. Vor dem Kriege gehörte er zur nationalliberalen Partei. 1918 schloß er sich der demokratischen Partei an und ist ihr in Baden seitdem ein angesehener und von allen Parteien geachteter Führer gewesen.

Tagungen

Landesparteitag der Badischen Demokraten

Der Landesparteitag der Badischen Demokraten begann in Triberg am Sonnabend, dem 29. Juni, nachmittags, mit Ausschußberatungen. Allgemein wurde der Auffassung Ausdruck verliehen, daß Reichsminister Dietrich den Vorsitz der Landespartei beibehalten möge, obwohl ihn seine Arbeit als Reichsminister fast dauernd außer Landes fern hält. Zu seiner Entlastung wurde zu den beiden bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Fabrikant Richard Freudenberg, Weinheim, und Rechtsanwalt und Stadtrat Wilhelm Frey, Karlsruhe, noch ein weiterer in der Person des Oberforstrates Zircher, Karlsruhe, bestimmt. Der demokratischen Jugend wurde ein weitgehendes Vertrauensrecht in den Organen der Landespartei gesichert.

In der erweiterten Landesausschußsitzung hielt Professor Schnitzler, Mannheim, einen Vortrag über „Grundsätzliches zur Beamtenpolitik". Die Ausführungen des Redners fanden ihren Niederschlag in folgender von ihm vorgelegten und von der Versammlung einmütig genehmigten Entschließung:

1. Die Besetzung der Beamtenstellen bzw. der Ämter ist Sache der Regierung und nicht Sache der politischen Parteien.

Die Regierung handelt dabei im Auftrage des ganzen Volkes und nicht im Auftrag einer Gruppe von politischen Parteien.

2. Jeder verfassungstreue Beamte hat nach Maßgabe seiner besonderen Befähigung und dienstlichen Leistung Anspruch auf Berücksichtigung bei der Besetzung von Aufstiegs- und Beförderungsstellen. Nach Parteizugehörigkeit darf dabei nicht gefragt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0116

3. Die (sogenannten) politischen Beamtenstellen, bei deren Besetzung ein besonderes Vertrauensverhältnis zu einer der die Regierung bildenden politischen Parteien maßgebend ist, müssen besonders gekennzeichnet und einzeln festgestellt werden.

Reichsminister Dietrich betonte die Notwendigkeit eines leistungsfähigen, unbestechlichen, staatstreuen Beamtentums und machte dann vertrauliche Mitteilungen über die Politik der demokratischen Reichstagsfraktion bzw. über die politischen Fragen, die in den letzten Wochen im Vordergrund der Erörterungen in Regierung und Reichsparlament standen.

Im Anschluß daran benutzte Unterrichtsminister Dr. Leers die Gelegenheit, die Entstehung und Bedeutung seines Erlasses bezüglich der 10jährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages darzulegen. Minister Leers beleuchtete alsdann noch die durch den Abschluß des Preußischen Konkordats geschaffene Situation. Nach der Ansicht des Ministers muß im Vordergrund des Wahlkampfes die Forderung nach größtmöglicher Sparsamkeit im Haushalt stehen.

Am Samstagabend sprach in einer öffentlichen Kundgebung Reichsernährungsminister Dietrich über die schwebenden Fragen der Reichspolitik. Wir berichten über diese Rede an anderer Stelle.

Am Sonntagvormittag sprach auf dem eigentlichen Parteitag, der von dem stellvertretenden Vorsitzenden Freudenberg, Weinheim, eröffnet wurde, zunächst der geschäftsführende Vorsitzende Oberforstrat Zircher über den Auf- und Ausbau der Parteiorganisation im Lande und über die technischen Methoden des Wahlkampfes, der ja den Badenern im Oktober bevorsteht. Nach Verabschiedung des Satzungsentwurfes würdigte Landesvorsitzender Dietrich unter starkem Beifall die großen Verdienste des im Herbst aus dem Landtag ausscheidenden bisherigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Glockner, der in seinen Dankesworten der Partei insbesondere einen stets wachsenden Einfluß wünschte.

In der nun beginnenden politischen Aussprache warnte Landtagsabgeordneter Hofheinz vor Resignation und Kleinmut, sowie davor, über den Sorgen um die kleinen Alltagsschwierigkeiten unsere Überzeugung und den Glauben an unsere Iden erlahmen zu lassen. Der Redner schilderte dann namentlich die durch den Abschluß des Preußenkonkordats geschaffene Lage. — Unterrichtsminister Dr. Leers ging noch einmal auf die Frage der Kriegsschuldproteste ein und konstatierte, daß er denselben Standpunkt eingenommen habe, wie die Reichsregierung und insbesondere sich restlos die diesbezüglichen Worte Stresemanns zu eigen gemacht habe, so daß die Volkspartei am allerwenigsten Grund habe, für sich von der Haltung des badischen Unterrichtsministers abzuweichen, denn damit gebe sie auch ihren eigenen Führer und Minister im Reich preis. Die weitere Erörterung dieser Frage fand ihren Niederschlag in der einstimmigen Annahme folgender Entschließung:

„Der Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei Badens fühlt sich einig mit dem tief inneren Sinnen des gesamten deutschen Volkes, die im Vertrag von Versailles erzwungenen Anerkennungen der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkrieg aufgehoben zu sehen. Er dankt der Reichsregierung und der Reichsparteileitung, daß sie in ihren Kundgebungn zum 28. Juni diesem Verlangen vor Inland und Ausland entschlossenen Ausdruck verliehen habe."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0117

Im Anschluß an Ausführungen des Fabrikanten Freudenberg über die wirtschaftspolitische Lage nahm der Parteitag nachstehende Entschließungen an:

1. Der Landesparteitag begrüßt es aufs wärmste, daß unter der Führung des Reichsernährungsministers Dietrich die Landwirtschaftspolitik des Reiches zum ersten Male in die Bahnen einer echten Bauernpolitik gelenkt wird. Die Demokratische Partei ist gewillt, alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, der deutschen Landwirtschaft über die heutige Krise hinwegzuhelfen. Ganz besonders anerkennt sie, daß der Minister die Gefahr des Getreidemonopols abgewendet hat. Die Partei spricht ihrem Reichsminister Dietrich Dank und rückhaltsloses Vertrauen aus und erwartet von ihm, daß er sich durch keinerlei Kritik, aus welchem Lager sie auch komme, in der Verfolgung des als Recht anerkannten Weges beirren lassen wird.

2. Die Demokratische Landespartei erwartet, daß nach einem positiven Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen mit der Entente die 800 Millionen Mark, um welche die deutschen Reparationsleistungen sinken, restlos zur Ermäßigung der unerhörten Steuerlasten in Reich, Land und Gemeinden Verwendung finden.

3. Die Demokratische Landespartei verfolgt mit größter Sorge die Entwicklung des Arbeitslosenproblems. Sie verlangt von der demokratischen Fraktion des Reichstags, daß sie die von ihr geforderte Reform der Arbeitslosenversicherung durchficht. Wir wollen keinen sozialen Rückschritt, aber wir verlangen die Reformen, ohne welche die Arbeitslosenversicherung nicht aufrechterhalten werden kann.

Aus der weiteren Debatte sei noch erwähnt der Appell des jungen Demokratenführers Stahl, der Gewinnung der Jugend und vor allem der Bewegung des Jungdo die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und der Jugend den ihr im Interesse der Zukunft der Partei gebührenden Einfluß innerhalb der Parteiorganisation zu gewähren und zu sichern. Endlich sei erwähnt die von einem Schweizer Freisinnigen betonte Gesinnungsgemeinschaft mit den badischen und deutschen Demokraten.

Der Parteitag sprach der Landtagsfraktion sowie dem Unterrichtsminister Leers den Dank für die geleistete Arbeit und rückhaltloses Vertrauen aus.

Mittelschlesischer Wahlkreisparteitag der D. D. P.

Der Wahlkreisverband Mittelschlesien der D. D. P. hielt am 8. und 9. Juni seinen diesjährigen Sommerparteitag ab. Nachdem am Sonnabend eine Vorstandssitzung und am Abend ein geselliges Beisammensein stattgefunden hatte, folgte am Sonntag vormittag die Delegiertenversammlung unter der Leitung des Rektors Gramatte und in Anwesenheit u. a. des Staatssekretärs a. D. Oskar Meyer, des Landtagsabgeordneten Dr. Zeitlin, des Regierungspräsidenten Jaenicke und des Oberbürgermeisters Dr. Wagner. Der 2. Vorsitzende der Ortsgruppe, Dr. Ernst Fraenkel, referierte über das Thema: ‚Bilanz der Politik — Bilanz der Partei' unter großem Beifall. Daran schloß Oberbürgermeister Dr. Wagner Darlegungen über die bevorstehenden Provinziallandtags- und Gemeindewahlen. Der Redner richtete an alle den dringenden Appell, nicht beiseite zu stehen, sondern der durch das Wahlrecht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0118

bedingten moralischen Wahlpflicht nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des Volkes zu genügen. Oberbürgermeister Dr. Wagner wies schließlich noch darauf hin, daß dem Provinziallandtag, wenn die Reichsreform komme, noch einmal noch größere Aufgaben erwachsen könnten als heute. Die mit lebhafter Zustimmung begrüßten Ausführungen Dr. Wagners ergänzte unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung Lehrer Trippner-Nimptsch durch Darlegungen über die Kreistagswahlen; auch er forderte, daß der Gedanke der Volksgemeinschaft zur Grundlage der demokratischen Politik gemacht werde.

Die traurige Lage der schlesischen Wirtschaft schilderte Direktor Ullmann. Einem Getreideeinfuhrmonopol steht Direktor Ullmann angesichts der Überproduktion der deutschen Landwirtschaft äußerst skeptisch gegenüber, aber schon z. B. eine Besserung der Milchwirtschaft könnte der Landwirtschaft äußerst nützlich sein. Die Industrie seufzt unter einem Meer von Nöten, erschreckend ist die Zunahme der fremden Gelder in den Betrieben. Die Frage der Lohnpolitik habe weniger im Vordergrund des Interesses zu stehen als das Problem der Rationalisierung, die straff, aber mit sozialem Verständnis durchzuführen sei. Staatshilfe ist gefährlich, denn wo der Staat gibt, sucht er sich Einfluß zu sichern. Daher sei auch der Ruf nach Subventionen äußerst bedenklich. Zu der Verringerung der Kriegslasten durch den Young-Plan, die ja auch die Aufhebung der Industriebelastung bringt, müsse eine Steuersenkung durch weise Sparsamkeit und durch gründliche Vereinfachung des Verwaltungsapparats treten.

Im weiteren Verlaufe des Parteitags nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschließung an:

„Der Bezirkstag der Deutschen Demokratischen Partei dankt Herrn Dr. Fraenkel für die Übernahme der Geschäftsführung der Partei im Bezirke in schwerer Zeit. Herrn Dr. Fraenkels Umsicht ist es gelungen, die Partei des Wahlkreisverbandes Mittelschlesien vor schweren Erschütterungen zu bewahren. Der Bezirksparteitag billigt die Geschäftsführung Dr. Fraenkels und spricht ihm lebhaft sein Vertrauen aus."

Es folgte dann ein Referat von Büchereidirektor Lic. Moering über die Konkordatsfrage. Die sich daran knüpfende Erörterung ergab Übereinstimmung in der Würdigung der schweren Bedenken, die in demokratischen und liberalen Kreisen gegen den Abschluß des Konkordats herrschen. Andererseits wurde allseitig anerkannt, daß durch die dankenswerte Tätigkeit der demokratischen Minister in dem vorliegenden Vertrage die Schule nicht behandelt wird und auch sonst wichtige Hoheitsrechte des Staates nicht preisgegeben zu werden scheinen. Man erwartet, daß der Preußische Landtag das Konkordat nur abschließen wird, wenn die nähere Prüfung diesen Eindruck bestätigt und die volle Parität gegenüber den evangelischen Kirchen gewahrt wird, wobei die Frage, ob die evangelischen Kirchen Anlaß haben, Verträge mit dem Staat abschließen zu wollen als eine innerkirchliche Frage diesen selbst zu entscheiden überlassen werden muß.

In der regen Debatte, an der sich auch die anwesenden Parlamentarier wiederholt beteiligten, wies Reichstagsabgeordneter Oskar Meyer darauf hin, daß man trotz aller grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Schutzzölle doch um gewisse Notstandszölle für die Landwirtschaft sowie auch vielleicht für gewisse Industriezweige — er erinnerte in diesem Zusammenhange an die katastrophalen Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0119

hältnisse in der Schuhindustrie — nicht herumkommen werde, daß aber ein Getreideeinfuhrmonopol für die D. D. P. unannehmbar ist.

Demokratischer Parteitag des Wahlkreises Köln-Aachen

Am 9. Juni wurde in Köln der Parteitag des Wahlkreises Köln-Aachen unter dem Vorsitz von Dr. Hermann Schaefer mit bestem Gelingen und in Anwesenheit überaus zahlreicher Delegierter abgehalten. Im Hinblick auf den Abschluß der Sachverständigen-Verhandlungen in Paris forderte Dr. Schaefer unter stürmischer Zustimmung die sofortige bedingungslose Räumung und die Aufrollung der Saarfrage. Aus der Versammlung heraus wurde nachstehende Entschließung beantragt, die einstimmige Annahme fand:

„Angesichts der zehnten Wiederkehr des Jahrestages des Versailler Diktates, das den dringendsten Lebensbedürfnissen und dem Geist des Völkerrechts widerspricht, protestiert der Wahlkreisparteitag Köln-Aachen der Deutschen Demokratischen Partei erneut und aufs schärfste gegen die in Versailles erzwungene Anerkennung der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg und fordert die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses zur Feststellung der Wahrheit. Des weiteren erhebt der Parteitag Einspruch gegen jede Verquickung der Reparationsfrage mit der Räumungsfrage und fordert die zugesicherte sofortige Räumung des noch besetzten Rheinlandes und die Vorverlegung der Abstimmungsfrist für das Saargebiet."

Landtagsabgeordneter Justizrat Falk unterstrich die Forderung auf Räumung ohne Kompensationen und ohne neue Kontrollbestimmungen. Der Redner gedachte dann in warmen Worten der deutschen Sachverständigen, denen es gelungen sei, wenigstens einen Teil der Lasten, die uns zugedacht waren, von uns abzuwenden. Die Stimmen der deutschen Rechtsblätter, die in diesen Tagen von einer neuen Versklavung sprachen, seien verantwortungslos. Die innerpolitische Auswirkung des Pariser Abkommens zeige sich für die nächsten Jahre in einer Senkung der finanziellen Bedürfnisse um 500 Millionen. Nach der Bereinigung des Kassendefizits sei die notwendigste Aufgabe, eine Senkung der Steuern herbeizuführen, um so eine weitere Kapitalflucht zu verhindern und zur Kapitalneubildung anzuregen. Das Reich müsse auf einen erheblichen Teil der Reichseinkommensteuer zugunsten der Länder und Gemeinden verzichten. Heute nimmt das Reich 25 Proz. dieser Steuer für sich in Anspruch. Die Länder und Gemeinden verteilen die restlichen 75 Proz. unter sich nach einem bestimmten Schlüssel. Das Reich müsse sich mit einem niedrigeren Prozentsatz (etwa 10 Proz., wie in den früheren Jahren) begnügen, da nur so Raum zu schaffen sei für weitere Einnahmen der Gemeinden und Mittel zur Senkung der Realsteuern freigemacht werden könnten. Eine Senkung der Einkommensteuer unter Beibehaltung des bisherigen Verteilungsmodus würde die Gemeinden auch bei Zubilligung von Zuschlägen zur Einkommensteuer im Endeffekt nicht besser stellen. Die Aufhebung der Gewerbesteuer sei leider nicht möglich, da nur durch diese die Großbetriebe steuerlich zu erfassen seien, der Kampf richte sich vielmehr gegen die unerträgliche Höhe dieser Steuer. Notwendig sei auch verstärkte wirtschaftliche Fürsorge für die Grenzgebiete. Die Notlage des Aachener Bezirks scheine von den Regierungsstellen immer noch nicht genügend erkannt zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0120

Der Abschluß der Pariser Verhandlungen gebe dem Preußischen Handelsministerium und der Reichsbahn nun wohl endlich die Möglichkeit, die Frachttarife für die Notstandsgebiete zu senken.

Besondere Aufmerksamkeit fanden die Ausführungen des Redners über den preußischen Staatsvertrag mit der römischen Kurie, den er genau analysierte. Der Landtag könne das Konkordat nur annehmen oder ablehnen. Aus Gründen der Parität müsse der evangelischen Landeskirche das gleiche Entgegenkommen wie der katholischen Kirche zuteil werden. Andernfalls würden die Demokraten den Vertrag ablehnen. Im übrigen habe sich die Deutsche Demokratische Partei ihre Entscheidung noch vorbehalten. Sie sei im Augenblick noch in keiner Weise gebunden. Er hoffe, daß die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei in dieser Frage nicht auseinandergehen. — Zum Schluß wies der Redner auf die Bestrebungen hin, den preußischen Kultusminister Becker durch den sozialdemokratischen Schulrat König zu ersetzen, und schloß mit einem entschiedenen Bekenntnis zu der überragenden Persönlichkeit Beckers, der ein Kultusminister von solchem Rang sei, daß er lediglich parteipolitischen Erwägungen nicht zum Opfer fallen dürfe.

Die Äußerungen Falks fanden starken Beifall. Leider mußten infolge der vorgerückten Zeit die übrigen Punkte der Tagesordnung (Wahlreform und Wirtschaftsprogramm) vertagt werden. Zu Beginn der Tagung war noch ein früherer Beschluß bestätigt worden, nach dem die Demokratische Partei des Wahlkreises Köln-Aachen demokratische Doppelmandate für unerwünscht hält.

Vor dem Landesausschuß hessischer Demokraten, der am 30. Juni in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Oberstaatsanwalts Dr. May tagte, hielt Dr. Reif, Berlin, ein Referat über die Grundlinien des demokratischen Wirtschaftsprogramms. In der Aussprache, an der sich unter anderen Minister Korell und Reichstagsabgeordneter Dr. Hellpach beteiligten, wurden besonders die Fragen der Sozialpolitik und der Wirtschaftsdemokratie erörtert. Das zweite Referat hielt Fabrikant Weniger, Bad Nauheim, über die Frage der Ferngasversorgung. Einmütig faßte die Versammlung folgende Entschließung:

„Die Demokratische Partei Hessens will der Entscheidung der maßgebenden Instanzen in Sachen der Ferngasversorgung nicht vorgreifen. Sie erwartet jedoch auf das bestimmteste, daß bei der Entscheidung nicht allein die rein wirtschaftliche Betrachtungsweise des Augenblicks den Ausschlag gibt, sondern daß im Interesse der künftigen Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes auch dem Gesichtspunkt des Zusammenschlusses dieses Gebiets Rechnung getragen wird. Schon aus diesem Grunde begegnet die vertragliche Bindung an die Ruhrgas-A.-G. schwersten Bedenken. Die Demokratische Partei wünscht, ohne sich nach der einen oder anderen Richtung zu binden, daß das neue Angebot der Südwega und alle weiteren Angebote ebenso gründlich geprüft werden wie die übrigen Angebote. Wir verlangen ferner, daß vor der Entscheidung die wesentlichsten Verbraucher und die größeren Städte als Verbraucher gehört werden."

Organisation

Neubesetzung von Parteisekretariaten. Zum Generalsekretär des Wahlkreises Liegnitz wurde Arnold Wetter, früher in Düsseldorf, berufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0121

Zum Generalsekretär des Wahlkreises Berlin wurde an Stelle des in den Ruhestand tretenden Generalsekretärs Schumacher Dr. Kunze, der bisherige Generalsekretär in Darmstadt, berufen.

Zum Generalsekretär des Wahlkreises Potsdam I wurde Studienrat Thoms-Eberswalde ernannt.

Arbeitsgemeinschaft demokratischer Lehrer. Am 14. Mai d. J. ist eine „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Lehrer und Lehrerinnen" für Königsberg und die Provinz Ostpreußen gegründet worden. Die vorläufige Führung liegt in den Händen von Lehrer Nettelrodt, Rektorin Dr. Oeckinghaus und Rektor Busalla, Königsberg/Pr. Alle demokratischen Lehrerinnen und Lehrer werden um die Angaben ihrer Anschriften an Herrn Lehrer Nettelrodt, Königsberg/Pr. 9, Gerhardstraße 19, III, ersucht.

Ortsgruppenneugründung. In Driesen in der Neumark ist eine neue Ortsgruppe der D. D. P. gegründet worden. Vorsitzender ist Juwelier Adolf Lewin, Driesen, NM.

Von weiteren Ortsgruppenneugründungen im Wahlkreis Frankfurt a. Oder—Grenzmark können wir mit Befriedigung folgende registrieren: 1. Bernstein; Vors.: Kfm. A. Markus, Berlinchen, Kr. Soldin. — 2. Bückgen; Vors.: Arb. Paul Berndt, Bückgen bei Grube Ilse (N.-L.) — 3. Soldin; Vors.: Rektor Ripka. — 4. Reppen; Vors.: Lehrer Hurlbring. — 5. Zielenzig; Vors.: Lehrer Prenzel.

Ein neues Mitteilungsblatt der D. D. P. In Nürnberg erscheint vom 1. Juli ab für den Wahlkreisverband Franken ein Mitteilungsblatt, das den Titel führt: „Der fränkische Demokrat".

Frauen

Abfindungssumme an Beamtinnen, die wegen Heirat freiwillig aus dem Dienst ausscheiden. Der Reichstag wird in absehbarer Zeit das Gesamtproblem der Rechtsstellung der verheirateten Beamtin (auf der Grundlage des Art. 128 der Reichsverfassung) grundsätzlich und endgültig regeln müssen. Damit wird auch die Frage der Gewährung einer Abfindungssumme an solche Beamtinnen, die wegen Heirat freiwillig aus dem Dienst ausscheiden, zu regeln sein. Inzwischen haben sich die Beamtenorganisationen mit dieser Frage beschäftigt, und der Verband der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen hat in seiner letzten großen Tagung (Anfang Mai in Frankfurt/M.) eine Entschließung angenommen, in der

„. . . mit Befriedigung davon Kenntnis genommen wird, daß sowohl in einem Gemeinwesen wie auch in einzelnen Ländern und im Reich Bestrebungen im Gange sind, den wegen Heirat freiwillig ausscheidenden Beamtinnen eine Abfindung zu gewähren. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit allen Kräften für die baldige Gewährung einer Abfindungssumme bei freiwilligem Ausscheiden von verheirateten Beamtinnen aus dem Reichsdienst einzutreten.

Der Verbandsvorstand soll weiter dahin wirken, daß die Staffelung der Abfindungssummen für freiwillig ausscheidende verheiratete Beamtinnen nach gerechteren Grundsätzen als bisher bemessen werde. Außerdem soll die große Ungerechtigkeit der verschieden hohen Bemessung der Abfindungssumme, je nachdem die Beamtin einen Beamten oder einen Nichtbeamten heiratet, beseitigt werden, da die Abfindung die durch

die verflossene Dienstzeit erworbenen Beamtenrechte abgelten soll und der Beruf des Ehemanns dabei völlig bedeutungslos ist . . ."

Der Reichsfrauenausschuß der D. D. P. bittet die Parteifreundinnen, diese Frage nicht so zu behandeln, als ob sie nur die Beamtinnen anginge, sondern allgemein in den Arbeitsgruppen ernsthaft dazu Stellung zu nehmen. Er verweist auf die sehr eingehende Behandlung der Frage von Frau Dr. Bäumer in Nr. 7 der Zeitschrift „Die Frau" (Verlag F. A. Herbig, Berlin).

Jugend

Osttagung der deutschen Jungdemokraten. Am 30. Juni trat in Frankfurt a. d. O. der auf dem Reichsjugendtag in Worms gewählte Arbeitsausschuß der ostdeutschen Verbände zu seiner ersten Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand eine Rede des preußischen Abgeordneten Dr. Grzimek, der die Notwendigkeit einer weit stärkeren Berücksichtigung des deutschen Ostens in der Partei und in der deutschen Politik verlangte und vor allem darauf hinwies, daß man bemüht sein müsse, aus den Ostprovinzen wertvollen Nachwuchs für die entscheidenden Stellen im Staat und in der Wirtschaft heranzuholen. Er setzte sich des weiteren für eine entschiedene politische Aktivierung und Reorganisation der Demokratischen Partei ein. — Ernst Reichelt gab als Mitglied der Bundesleitung einen Bericht über die gegenwärtige Lage im Reichsbund der Jugendemokraten. Er betonte, daß die neue Bundesführung gewillt ist, mit aller Entschiedenheit an dem bisherigen Kurs der politischen Unabhängigkeit und der entschiedenen politischen Haltung festzuhalten, und daß sie darüber hinaus bemüht ist, an der Aktivierung der Demokratischen Partei positiv mitzuarbeiten.

Zum Vorsitzenden des Ostausschusses wurde das Mitglied der Bundesleitung, Dr. Conrad Schütt, gewählt. Die Versammlung nahm eine Anzahl von Entschließungen an, in denen u. a. der Bundesleitung das aufrichtige und volle Vertrauen wegen der entschiedenen politischen Haltung ausgesprochen wurde. Weiter wurde von den Jungdemokraten die Einsetzung eines Dreierausschusses beantragt, der die notwendigen Aufgaben für die Reorganisation der Deutschen Demokratischen Partei praktisch durchzuführen hat, und endlich wird der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei ersucht, einen Ostausschuß zu konstituieren, dem die Bearbeitung der besonderen politischen Aufgaben im Osten übertragen werden soll.

Jungdemokratische Arbeit in Ostpreußen. Die in diesem Frühjahr ins Leben gerufene Landesleitung der ostpreußischen Jungdemokraten hielt Anfang Juni zusammen mit der Jungdemokratischen Ortsgruppe Königsberg eine Versammlung ab, in der ein Aktionsprogramm für die künftige Arbeit innerhalb der ostpreußischen Partei aufgestellt wurde. Die Versammlung war einmütig der Auffassung, daß schärfste Kritik und allergrößte sachliche Entschiedenheit in der Durchführung der Forderungen zur Neubelebung und Verjüngung der Partei notwendig sind, wenn man überhaupt wieder vorwärts kommen will. Die ostpreußischen Jungdemokraten legten bei dieser Gelegenheit ein Bekenntnis zu dem ostpreußischen Demokratenführer, dem preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Grzimek, ab, in dem sie einen zuverlässigen Garanten für eine entschiedene politische Haltung der Partei erblicken und den sie auffordern, sich mit der größten Intensität der Aktivierung der demokratischen Partei zu widmen. Der Führer der ostpreußischen Jungdemokraten, Lehrer Max Bialluch, entwickelte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0123

sodann ein Programm für die organisatorische Arbeit der ostpreußischen Jungdemokraten in den nächsten Monaten, für die eine Reihe von Gruppenneugründungen in verschiedenen Städten der Provinz in Aussicht stehen.

In Braunsberg wurde im Anschluß an eine gut besuchte Versammlung die Gründung einer jungdemokratischen Ortsgruppe beschlossen.

Jungdemokratischer Verband Mittelpommern. In einer Versammlung der mittelpommerschen Jungdemokraten in Stargard in Pommern sprach das Mitglied der Jungdemokratischen Bundesleitung Ernst Reichelt, Berlin. Er setzte sich für einen entschiedenen Kurswechsel der demokratischen Partei ein. Des weiteren forderte er eine schleunige und durchgreifende Reorganisation des Parteiapparates, der trotz der Wahlniederlage und der bisher aufgestellten Reorganisationspläne noch bei weitem nicht den notwendigen Ansprüchen genüge. Im Anschluß an die einmütig gebilligten Ausführungen des Redners wurde eine Entschließung angenommen, in der die Jungdemokraten erklärten, daß sie der Bundesleitung für die seit Worms bewiesene Aktivität und entschiedene Haltung ihre Anerkennung und ihr Vertrauen aussprechen und sich für die Durchführung der von der Bundesleitung aufgestellten Richtlinien zur Parteireform im Wahlkreis Pommern einsetzen werden.

*

Demokratische Arbeit in Parlament und Regierung

Young-Plan und Steuerreform. Die demokratische Reichstagsfraktion erließ am 27. Juni folgende Kundgebung:

„Die demokratische Reichstagsfraktion hält es im Hinblick auf die schweren Lasten des deutschen Volkes für unbedingt erforderlich, eine Wirtschaft erhöhter Produktion zu ermöglichen, um durch die Verbilligung der deutschen Waren die innere Kaufkraft der Bevölkerung zu erhöhen und den deutschen Export zu steigern. Es ist deshalb unerläßlich, daß die für den Fall der Annahme des Young-Berichts eintretenden Ersparnisse restlos dazu benutzt werden, die Steuerlast für alle Kreise der Bevölkerung zu erleichtern, eine stärkere Kapitalbildung zu ermöglichen und Kreditverhältnisse herbeizuführen, die der Tüchtigkeit der schaffenden Stände wieder freie Entfaltung sichern.

Dazu ist es notwendig, daß sofort eine organische Reform des deutschen Steuerwesens durchgeführt wird, und zwar so rechtzeitig, daß sie einschließlich des neuen Finanzausgleichs mit den Ländern und Gemeinden am 1. April 1930 in Kraft treten kann. Dabei ist das Hauptgewicht auf eine Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer zu legen und eine Durchführung des ganzen Systems vorzunehmen. Es scheint weiterhin geboten, die Besteuerung auf einfache und durchsichtige Formen zurückzuführen und Rücksicht auf diejenigen Erträge der Gewerbetreibenden zu nehmen, die der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0124

Sicherung der Lebensdauer der Betriebe und der Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit dienen. Es wird zu prüfen sein, inwieweit die Rentenbankgesetzgebung und das Industriebelastungsgesetz eine Änderung erfahren müssen. Ferner ist eine Überprüfung der bestehenden Verbrauchssteuern und die Aufhebung oder Ermäßigung der Zuckersteuer geboten.

Für dieses Programm ist indessen unerläßliche Voraussetzung, daß die Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten weiter verschärft und durch eine durchgreifende Verwaltungs- und Reichsreform im Sinne des dezentralisierten Einheitsstaates vertieft wird. Alle neuen Ausgaben, die irgendwie vermeidlich sind, müssen unterlassen werden. Namentlich ist Vorsorge zu treffen, daß die Durchführung des Etats nicht durch unvorhergesehene Ausgaben gestört wird, die, wie die letztjährigen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung bei einer besser vorausschauenden Redaktion der Gesetze hätten verhindert oder wenigstens begrenzt werden können."

Die Mißstände im Bauwesen. Der demokratische Abgeordnete des Preußischen Landtages, Ehrenobermeister Kniest, hat an die Regierung folgende Kleine Anfrage gerichtet:

„Das Unwesen im Baugeschäft, daß Generalunternehmer Arbeiten, welche sie nicht im eigenen Betriebe herstellen, an Handwerker zu den niedrigsten Preisen weitervergeben, nimmt zu. Häufig werden die Handwerker mit Wechseln bezahlt, welche von diesen am Fälligkeitstage selbst eingelöst werden müssen, weil der Herr Generalunternehmer das bare Geld verbraucht hat.

Der Herr Wohlfahrtsminister hat in der Landtagssitzung in dankenswerter Weise zugesagt, Wandel zu schaffen.

Ich frage das Staatsministerium, wann die Verordnung oder Anweisung geschieht, daß bei Bauten, welche mit öffentlichen (Hauszinssteuer-Hypotheken) Mitteln finanziert werden, die Reichsverdingungsordnung in all ihren Bestimmungen anzuwenden ist?"

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Deutschnationale Volkspartei

Beschimpfung der deutschen Krieger durch die Deutschnationalen. Wenn die Deutschnationalen bei bevorstehenden Wahlen die Stimmen der ehemaligen Soldaten brauchen, dann können sie die Heldentaten dieser Soldaten im Weltkriege gar nicht hoch genug preisen. Gelegentlich stellen sie auch einmal in den Parlamenten zugunsten der Krieger oder ihrer Hinterbliebenen Demonstrationsanträge, um sich bei diesen Wählern in angenehme Erinnerung zu bringen. Das alles ist aber eitel Heuchelei. Die wahre Gesinnung der deutschnationalen Führer ist in einer Äußerung klar zutage getreten, die der deutschnationale Abgeordnete von Lettow-Vorbeck am 15. Juni 1929 bei der Beratung des Reichswehretats im Reichstage tat. Dieser wackere Volksvertreter hatte die Keckheit, den Soldaten vorzuwerfen, ihre Tapferkeit sei nicht begründet in ihrem persönlichen Mut, in ihrer Aufopferungsfähigkeit, in ihrer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0125

Vaterlandsliebe, in ihrer Hingebung an das große Ganze, sondern in der — Furcht vor Strafe. Er sagte wörtlich:

„Die Anforderungen, die an den Soldaten im Falle der wirklichen Not gestellt werden, und die Einflüsse, die dann im Augenblick der Gefahr auf ihn einstürmen, sind unter Umständen doch derartige, daß eine Leistung nur erzielt werden kann, wenn die Furcht vor der Strafe noch größer ist als die Furcht vor der Gefahr."

Diese unerhörte Beschimpfung der Soldaten, die, an welcher Stelle sie auch im Weltkriege standen, die bewundernswertesten Heldentaten vollbracht haben, wirkt um so peinlicher, als sie ausgeht von einem Manne wie Lettow-Vorbeck, der selbst im Kriege an entlegenem Posten ein Kommando gehabt hat, und der aus eigener Erfahrung wissen muß, daß bei einem deutschen Soldaten die Furcht vor Strafe wirklich das allerletzte Motiv zu heldenhaften Leistungen bildet. Was diesen Ausfall noch weiter in seiner Wirkung steigerte, war die stillschweigende Billigung, die er bei den Deutschnationalen fand. Keiner von den Abgeordneten dieser Partei hielt es für nötig, von den Worten Lettow-Vorbecks abzurücken.

Deutschnationale und Republikschutzgesetz. Den Deutschnationalen ist bei der Beratung und Abstimmung über die jüngste Novelle zum Republikschutzgesetz Ende Juni d. J. nicht sehr wohl gewesen, da doch dieselbe Deutschnationale Volkspartei im Jahre 1927, als sie in der Regierung saß, in der Lex Westarp die Verlängerung dieses Gesetzes um zwei Jahre selbst beantragt und durchgesetzt hatte. Weshalb das geschah, das wußte man schon längst; neuerdings aber hat es ein deutschnationaler Abgeordneter noch ausdrücklich ausgesprochen. Das geschah in dem Rechtsausschuß des Reichstags, der die neue Novelle zum Republikschutzgesetz vorzuberaten hatte. Als man dort den Deutschnationalen vorhielt, daß sie seinerzeit, um an der Macht zu bleiben und höhere Zölle zu erlangen, ihre monarchistischen Grundsätze verleugnet hätten, wurden anfangs solche Zusammenhänge mit großer Entrüstung zurückgewiesen. Am 17. 6. 29 aber erklärte der deutschnationale Abgeordnete Everling im Rechtsausschuß, der Vorwurf, daß die Deutschnationalen früher der Verlängerung zugestimmt hätten, treffe sie nicht, denn damals habe man mit der Sprengung der Koalition gedroht in einem Augenblick, wo das Schulgesetz und die Notmaßnahmen für die Landwirtschaft versprochen worden seien; dieses Versprechen sei nachher von den Kontrahenten nicht gehalten worden. — Dieser Satz des Abgeordneten Everling ist ein einwandfreies Geständnis: um das Schulgesetz, mehr noch aber um der erhöhten Zölle willen haben damals die Deutschnationalen in der Lex Westarp Wilhelm II. und ihre ganzen Grundsätze über den Haufen geworfen.

Als Phrasendrescher hat sich Dr. Hugenberg so recht ausleben können in einer Rede, die er am 21. 6. 29 vor der Marburger Studentenschaft hielt (vgl. „Berliner Lokalanzeiger" Nr. 290 v. 22. 6. 29). Hugenberg suchte in dieser Versammlung die Studenten gegen die Reparationsabkommen in Paris aufzuhetzen und rief ihnen u. a. zu:

„Ihr, meine lieben jungen Freunde, sollt für Lebenszeit in diesen Ketten liegen. Aber nicht Ihr allein, sondern auch noch Eure Kinder. Wollt Ihr das? Nein! Aber können wir es ändern? Ja, wenn wir wollen! Wir müssen vor

allem die Augenblicksangst vor dem nächsten Tage von uns streifen, das elende deutsch-bürgerliche Schlagwort vom größeren und kleineren Übel. Wer aus Bequemlichkeit und Furcht von Übel zu Übel stolpern will, geht sicher zugrunde. Nur wer das Auge auf das große Ziel richtet, und sich mutig seinen Weg bahnt, durch die Dornen und Hindernisse, die dazwischen liegen, wird schließlich das rettende Ziel erreichen. Gegen die Bequemlichkeit und Schwachheit großer Teile der älteren Generationen rufe ich Euch Jüngeren zu Hilfe! Die Deutschen waren Helden im Kriege. Sie waren im Kriege und nachher Helden im Dulden. Laßt uns endlich auch Helden werden in der politischen Tat."

Was sind das für nichtssagende Redensarten! Zu welcher „politischen Tat" will Hugenberg seine Zuhörer begeistern? Wir erfahren es gleich hinterher: Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei weiß keine andere politische Tat in Aussicht zu stellen, als einen — Volksentscheid über das Pariser Young-Abkommen und über die Kriegsschuldlüge! Kann sich die politische Ideenlosigkeit dieses Mannes besser kennzeichnen? Außerdem sei noch folgende Phrase aus der Rede notiert:

„Lieber zusammen mit dem gesamten Volke eine Zeitlang, bis die Stunde der Freiheit kommt, Proletarier sein, als gegen unser Volk Fronvögte und Nutznießer auswärtigen Kapitals."

Ein Großkapitalist wie Hugenberg hat gut reden vom Proletariersein! Er ist auch nicht Proletarier gewesen, als das deutsche Volksvermögen in der Inflationszeit zusammenschmolz und der Mittelstand ausgepovert wurde, zugunsten von gewissen Nutznießern.

Wirtschaftspartei

Die grundsatzfeste Wirtschaftspartei. Dicht vor dem Auseinandergehen des Reichstags Ende Juni fand noch die Beratung und Abstimmung über die Verlängerung des Republikschutzgesetzes im Reichstage statt. Die Regierung hatte ursprünglich eine Verlängerung um drei Jahre beantragt. Auf Verlangen der Wirtschaftspartei, die — da für das Gesetz eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage notwendig war — die Entscheidung in der Hand hatte, hatten sich dann die Koalitionsparteien damit einverstanden erklärt, daß das Gesetz nur bis zum 31. Dezember 1930 in Geltung bleiben soll. So wurde denn auch in zweiter Lesung beschlossen. In dritter Lesung aber machte die Wirtschaftspartei plötzlich eine Schwenkung und erreichte es durch ihre Quertreiberei, daß das Gesetz zu Fall gebracht wurde. Wie kam dies? Am Nachmittag des 27. 6. 29 veröffentlichte die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei eine eigenartig formulierte Erklärung, worin sie ihre Überraschung darüber aussprach, daß Tags vorher durch die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Demokraten eine Resolution auf Einbringung eines „Bodenreformgesetzes" (tatsächlich handelt es sich um das Wohnheimstättengesetz) durchgedrückt worden sei. Weiter hieß es in der Erklärung, diese Entschließung wirke zusammen mit der durch den Sprecher der Sozialdemokraten abgegebenen Erklärung, daß diese die heutige demokratische Republik nur als Vorstufe zur sozialistischen Republik ansehe; die Wirtschaftspartei sei deshalb nicht mehr in der Lage, den „herrschenden Parteien" weiter ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0127

gegenzukommen und für das Gesetz zum Schutze der Republik zu stimmen.

Aus einem Anlaß also, der sachlich auch nicht das Entfernteste mit dem Republikschutzgesetz zu tun hatte, stimmte die Wirtschaftspartei gegen denselben Gesetzentwurf, den sie noch ganz kurz zuvor gebilligt hatte, und so wurde das Gesetz nur mit 263 gegen 166 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen, was in Wirklichkeit eine Ablehnung bedeutete, da die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht war. Das Verhalten der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei in Sachen des Republikschutzgesetzes zeigt wieder einmal so recht deutlich, daß diese Partei gar nicht weiß, was sie will, sondern daß sie sich bei ihrer politischen Stellungnahme nur von augenblicklichen, zufälligen Stimmungen leiten läßt. Während, wie gesagt, die Reichstagsfraktion am 27. Juni gegen das Gesetz stimmte, hatte noch am 25. Juni (vgl. „Berliner Tageblatt" Nr. 307 v. 2. 7. 29) der zweite Parteivorsitzende der Wirtschaftspartei, der Reichstagsabgeordnete Colosser im Handelsgewerbeverein Berlin-Friedenau gesagt:

„Wir werden für das Republikschutzgesetz stimmen, weil wir den Einzelhändlern ihre Fensterscheiben und Auslagen vor dem Mob von rechts und links schützen wollen."

Zwei Tage später war es Colosser und seinen Leuten herzlich gleichgültig, ob den Einzelhändlern die Schaufenster eingeworfen werden oder nicht — inzwischen hatte nämlich die Reichstagsmehrheit (genau wie das der vorige Reichstag auch schon getan hatte) die Regierung um die Vorlage eines Wohnheimstättengesetzes ersucht und dieses fürchterliche Verbrechen mußte durch Ablehnung des Republikschutzgesetzes gerächt werden. Geistreiche Politiker!

Wirtschaftspartei und Offizierspensionen. Auf der Jahreshauptversammlung der Oldenburger Demokraten wandte sich der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Ehlermann mit Entschiedenheit gegen die Demagogie der Wirtschaftspartei, die sich gerade in ihrem Antrag zu der Kürzung der hohen Pensionen gezeigt habe. Kurz, nachdem dieser Antrag im Reichstag angenommen worden war, sei ein Schreiben des Offiziersbundes an sämtliche Parteien gelangt, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Wirtschaftspartei auf Vorstellung dieses Bundes und anderer Gruppen die Erklärung abgegeben habe, daß es sich lediglich um einen Antrag handele, der die politischen Beamten und vor allen Dingen die Minister treffen solle. Mit dieser Erklärung der Wirtschaftspartei steht fest, daß der Antrag finanziell ohne jede Auswirkung ist und daß diese Partei wieder einmal, wie so oft, nachdem sie mit einer demagogischen Forderung herausgekommen ist, sofort vor der Gegenforderung von Interessentenverbänden zurückgewichen ist.

Hakenkreuz und Sowjetstern. Die sächsiche kommunistische Presse hat Anfang Juli mit Vergnügen ein Schreiben veröffentlicht, das der frühere nationalsozialistische sächsische Landtagsabgeordnete von Mücke aus Dresden-Loschwitz unter dem 29. 6. 29 im Auftrage seiner Parteileitung an die Sozialdemokraten und Kommunisten im sächsichen Landtag gerichtet hat. In dem Schreiben fragt Mücke an, „ob Sie gneigt sind, mit mir Verbindung aufzunehmen zur Klärung der Frage, ob eine Unterstützung einer von Ihren Parteien gebildeten sächsischen Regierung durch die nationalsozialistische Fraktion sich ermöglichen läßt. Die Reichsparteileitung legt Wert auf die Klärung dieser Angelegenheit,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0128

um mit der Landtagsfraktion entsprechend in Verbindung treten zu können." Herr von Mücke betont dann weiterhin, daß dies Schreiben unter Kenntnis der national-sozialistischen Landtagsfraktion abgesandt worden sei, und bittet, das Schreiben als vertraulich zu behandeln. Die Kommunisten hatten natürlich nichts Eiligeres zu tun, als den Brief in die Öffentlichkeit zu bringen. Das Auffälligste ist, daß die nationalsozialistische Landtagsfraktion Kenntnis von dem Schreiben gehabt hat, dieselbe Fraktion, die wenige Tage vorher den volksparteilichen Minister Dr. Bünger zum Ministerpräsidenten wählen half! Immerhin sind diese Annäherungsversuche nicht so verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Nationalsozialisten im Reichstage schon seit Jahr und Tag in wichtigen Fragen zumeist auf seiten der Kommunisten gegen die nichtsozialistischen Parteien stehen.

Ebenso unrühmlich für die Nationalsozialisten wie der Anfang dieser Affäre war auch ihr Fortgang. Kommunisten und Sozialdemokraten lehnten das Angebot des Herrn v. Mücke ab, und darauf legte sich die nationalsozialistische sächsische Landtagsfraktion notgedrungen wieder auf die rechte Seite und betätigte sich von neuem als Hilfstruppe für den volksparteilichen Ministerpräsidenten Bünger. Hitler seinerseits wagte trotzdem nicht, v. Mücke zu desavouieren. Dieser wurde jedoch genötigt, aus der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei auszutreten.

Völkischer Zinssatz. Im „Völkischen Beobachter" (Nr. 124 vom 1. 6. 29) finden wir folgende „dringende Bitte":

„Wer leiht Parteigenossen 500 RM. zu 12 Prozent Zinsen auf 10 Monate. Als Sicherstellung Holz- und Kohlengeschäft. Mitteilung erb. unter 6037 an den „Völkischen Beobachter".

Innerhalb des eigenen Geschäfts- und Geldverkehrs der „Brecher der jüdischen Zinsknechtschaft" scheinen also die verruchten „talmudischen Wucherpraktiken" vorläufig noch in voller Geltung zu sein.

Die Nationalsozialisten drohen mit Mordtaten. In der Reichstagssitzung am 24. 6. 29 erklärte der nationalsozialistische Redner Abgeordneter Graf Reventlow bei der Besprechung des Young-Planes:

„Ich sage: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird, sobald sie in der Lage ist, sobald das von ihr gelenkte Reich da ist (Lachen links) — Lachen Sie ruhig, das tut nichts —, alle diejenigen Minister und Abgeordneten, welche es jetzt wagen, für den Young-Plan zu stimmen, vor dem gesetzmäßigen Staatsgerichtshof stellen und ihre Bestrafung mit dem Tode fordern. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.) Die Todesart können Sie sich selbst aussuchen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)"

Abgeordneter Graf Reventlow ist zwar wegen dieses Bramarbasierens von den übrigen Parteien im Reichstage kräftig ausgelacht worden, aber wer die Nationalsozialisten kennt, weiß, daß es wahrhaftig nicht an ihnen liegen wird, wenn solche Morddrohungen nicht zur Ausführung gelangen.

Sozialdemokratische Minister als Partikularisten. Der Flecken Thedinghausen bildet mit einigen Ortschaften eine braunschweigische Exklave in der preußischen Provinz Hannover. Diese Exklave ist an der Weser unmittelbar an deren Eintritt in das bremische Staatsgebiet gelegen und weit mehr als hundert Kilometer von der Grenze des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0129

Freistaates Braunschweig entfernt. Aus Anlaß der 250jährigen Zugehörigkeit des Amtes Thedinghausen zu Braunschweig fand nun in Thedinghausen eine Feier statt. Vom braunschweigischen Staatsministerium nahmen der Vorsitzende Minister Dr. Jasper und Minister Steinbrecher daran teil. Dabei wurde eine „Botschaft" verlesen, in der es (nach dem „Demokrat" v. 4. 7. 29) u. a. heißt:

„Mit lebhaftem Dank nimmt die braunschweigische Staatsregierung namens des braunschweigischen Staats dieses erneute Bekenntnis des Kreisgemeindeverbandes Thedinghausen zum braunschweigischen Staatsgedanken entgegen, das in der heutigen Zeit von besonderem Wert ist. Das Staatsministerium, das der hohen Einschätzung der Gedenkfeier durch die Teilnahme zweier seiner Mitglieder auch äußerlich Ausdruck gibt, weiß sich eins mit der braunschweigischen Bevölkerung, wenn es das Bekenntnis Thedinghausens zum braunschweigischen Staat in gleicher Treue erwidert."

Für sozialdemokratische Minister, die grundsätzlich Unitaristen sein sollten, ist dieses partikularistische Getue allerhand.

Verbrüderung des Stahlhelms mit der Volksrechtpartei. Die Stahlhelmleute machen es bei ihrer politischen Agitation genau so wie die ihnen so nahestehenden Nationalsozialisten: Sie versprechen jedem, was er haben will. Um die Verwirklichung ihrer Versprechungen brauchen sie ja nicht besorgt zu sein, da sie doch niemals in die Lage kommen, eine politische Verantwortung zu tragen. So hat jetzt der Stahlhelmführer Seldte die Frage des Vorsitzenden der Volksrechtpartei, ob der Stahlhelm geneigt und entschlossen sei, unter Beseitigung der jetzigen Aufwertungsgesetzgebung „das durch die Inflationspolitik begangene Unrecht" nach Möglichkeit aus der Welt zu schaffen, mit einem „klaren Ja" beantwortet. Der Stahlhelm wird hiernach also auf eine nachträgliche Aufwertung im Sinne der Volksrechtpartei bis zur Höhe von 100 Prozent eintreten. Was werden die Stahlhelmanhänger aus den Kreisen des Hausbesitzes und der Landwirtschaft dazu wohl sagen?

Verfassungsfeiern!

Der Reichs-Frauenausschuß der D. D. P., Berlin SW 11, Bernburger Straße 18, III, hat eine kleine Druckschrift herausgegeben (Stück 10 Pf.), die Programmentwürfe für Verfassungsfeiern enthält, und zwar für einfachere wie für anspruchsvolle. Es wird angegeben, wo die Texte zu den Festreden, zu den Gedichten, Liedern und Instrumentalstücken zu beziehen sind, es wird eine Reihe von Liedertexten wörtlich mitgeteilt, und daran schließt sich eine Materialsammlung für Festreden. An der Hand dieser Broschüre kann jedermann, auch der in solchen Dingen Unbewanderte, das Programm für eine würdige Verfassungsfeier zusammenstellen.

Eine weitere Sammlung von Reden, Zitaten, Gedichten, Daten nebst Vorschlägen zur Ausgestaltung von Verfassungsfeiern hat die Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin W, Potsdamer Straße 41, herausgegeben. Auch diese Sammlung sei unseren Parteifreunden bestens empfohlen. Bestellungen für die von der Reichszentrale herausgegebene Broschüre „Zum Verfassungstag" nur direkt bei der Reichszentrale für Heimatdienst. (Preis des Büchleins 50 Pf.)

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0130

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 15. August 1929 Nummer 15/16

Demokratischer Reichsparteitag Mannheim-Heidelberg

Für den 8. ordentlichen Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der in Abänderung des ursprünglichen Programms vom 4. bis 6. Oktober in Mannheim-Heidelberg stattfindet, ist die vorläufige Tagesordnung nunmehr versandt worden. Sie lautet:

1. Wirtschaftsprogramm (Referent Dr. Stolper).
2. Politischer Bericht (Referent Reichsminister a. D. Koch-Weser, M. d. R.).
3. Die Reparationen und ihre finanz- und wirtschaftspolitische Auswirkung.
4. Bauern- und Mittelstandspolitik (Referent Reichsminister Dietrich, M. d. R.).
5. Organisationsbericht (Referent Dr. Rexrodt, Hauptgeschäftsführer).

Der Reichsparteitag wird am Freitag, dem 4. Oktober, vormittags 10 Uhr, beginnen. Aller Voraussicht nach wird für den 3. Oktober der Parteiausschuß nach Heidelberg einberufen werden. An diese Sitzung schließt sich eine öffentliche Kundgebung in Heidelberg an, der ein geselliges Beisammensein auf der Molkenkur folgen wird.

Anträge für den Reichsparteitag sind satzungsgemäß bis zum 4. September der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei einzureichen.

*

Demokratische Kommunalwahltagung in Preußen

Am 14. und 15. September wird in Berlin zur Vorbereitung der preußischen Provinziallandtags-, Kreistags- und Gemeindevertreterwahlen eine preußische Kommunalwahltagung der Deutschen Demokratischen Partei stattfinden.

Diese Tagung wird am Sonnabend, dem 14. September, mittags 2 Uhr, im Plenarsitzungssaal des Preußischen Landtags eröffnet werden. Ein grundlegendes Referat über das kommunalpolitische Programm unserer Partei wird Herr Reichsminister a. D. Dr. Külz halten. Die Aussprache soll sich dann an drei Spezialreferate anschließen. Ein solches hält zunächst am Sonnabend, dem 14. September, Herr Staatsminister Dr. Schreiber über „Öffentliche Wirtschaftsbetriebe".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0131

Am Sonntag, dem 15. September, spricht Herr Staatsminister Dr. Höpker Aschoff über „Kommunale Besteuerung". Sodann folgt ein Referat über „Sozial- und Kulturpolitik in den Gemeinden".

Am Vormittag des 14. September wird der Kommunalpolitische Ausschuß der Partei tagen.

Teilnahmeberechtigt sind: a) die preußischen Mitglieder des Reichsparteivorstandes, b) die preußischen Mitglieder der Demokratischen Reichstagsfraktion, c) die Mitglieder der Demokratischen Landtagsfraktion, d) die derzeitigen preußischen Provinziallandtags- und Kreistagsmitglieder, die unserer Partei angehören, e) die maßgebenden Verwaltungsbeamten, die unserer Partei angehören, f) die Delegierten der Wahlkreisverbände, g) die Parteibeamten. Auch die preußischen Mitglieder des Parteiausschusses und anderer zentraler Ausschüsse der D. D. P. können nach vorheriger Anmeldung im Fraktionsbüro der demokratischen preußischen Landtagsfraktion teilnehmen. Außer den Teilnahmeausweisen werden noch Gastkarten zum Preise von 1 M. ausgegeben, die zur Teilnahme an allen Veranstaltungen berechtigen, auch an dem für Sonnabend, den 14. September, in der Wandelhalle und sämtlichen Restaurationsräumen des Landtags vorgesehenen geselligen Abend.

Auf der Tagung wird auch ein Kommunalpolitisches Programm der D. D. P., das der Kommunalpolitische Ausschuß der Partei vorbereitet hat, zum Beschlusse erhoben werden.

Aus Anlaß dieser Tagung gibt der Abgeordnete Riedel im Auftrage der demokratischen Landtagsfraktion und in Fortsetzung des vor zwei Jahren erschienenen ABC-Buches ein Wahlhandbuch heraus, das den Teilnehmern an der preußischen Tagung kostenlos ausgehändigt wird, und das im übrigen zum Selbstkostenpreis bezogen werden kann.

Alle Zuschriften sind zu richten an Herrn Landtagsabgeordneten Riedel (Fraktionsbüro der D. D. P.), Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 5.

*

Sommerschule in Maulbronn

Die Sommerschule in Maulbronn/Württemberg, mit dem Thema „Wandlungen der Rechtsauffassung vom Standpunkte demokratischer Weltanschauung" wird vom 4. bis 8. September stattfinden.

Programm:

Mittwoch, den 4. 9.	Ankunft, abends geselliges Beisammensein.
Donnerstag, den 5. 9.	Vormittags einleitendes Referat von Frau Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R. Nachmittags Dr. h. c. Marianne Weber, Heidelberg: „Die Sinndeutung der Ehe."
Freitag, den 6. 9.	Vormittags: „Rechtspflege." (Referent voraussichtlich Dr. Dessauer, Hamburg. Nachmittags: „Justizreform, neuzeitlicher Strafvollzug." (Referent voraussichtlich Dr. Ludwig Haas, M. d. R.
Sonnabend, den 7. 9.	Vormittags: „Probleme des Arbeitsrechtes der Arbeitsbürger." Referent Dr. Rechtsanwalt Dr. Adler, Stuttgart. Nachmittags Ausflug, abends Orgelkonzert in der Klosterkirche.
Sonntag, den 8. 9.	Vormittags 11 Uhr: Öffentliche Kundgebung. Vortrag von Frau Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R.

Maulbronn ist in den Ausläufen des Schwarzwaldes reizend gelegen und bietet Gelegenheit zu schönen Ausflügen in die Umgebung. Der Preis des Hotelquartiers mit Frühstück beträgt etwa 3.— RM. bis 3.50 RM.; Mittag- und Abendessen werden je etwa 1.80 RM. kosten. Alle näheren Einzelheiten sind aus dem Prospekt ersichtlich, der auf Wunsch von der Reichsgeschäftsstelle kostenlos versandt wird. Anmeldungen können an die Reichsgeschäftsstelle oder auch an unseren Vertrauensmann in Maulbronn, Herrn Bezirksaktuar Rücker, gerichtet werden. Eine Tagungsgebühr wird nicht erhoben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0132

Ein Entwurf für Wahlkreissatzungen

Die Wahlkreisleitung im Wahlkreise Thüringen veröffentlicht in ihrem Mitteilungsblatt einen Entwurf für die neuen thüringischen Wahlkreissatzungen. Wir bringen ihn zum Abdruck, weil er unserer Ansicht nach wegen seiner sorgfältigen Durcharbeitung auch anderen Wahlkreisen als Muster dienen kann.

§ 1.

Der Wahlkreisverband faßt die Ortsgruppen und Vertrauensleute der D.D.P. im Reichstagswahlkreis 12 (Thüringen) zu einer Arbeitsorganisation zusammen.

Für die selbständige Erledigung der mit den Landesparlamentswahlen und der durch die Landespolitik der Partei gegebenen Aufgaben sind die Ortsgruppen und Vertrauensleute des preußischen und thüringischen Teils des Wahlkreises in besonderen Landesverbänden zusammengeschlossen.

Organe des Verbandes sind:

1. die Vertrauensleute,
2. die Ortsgruppen,
3. die Kreisverbände,
4. die Kreiskonferenz,
5. der geschäftsführende Vorstand,
6. der Hauptvorstand,
7. der Wahlkreisparteitag.

§ 2.

Die Vertrauensleute und die Ortsgruppen haben die Parteiarbeit in fortwährender engster Fühlungnahme mit dem geschäftsführenden Wahlkreisvorstand (Wahlkreisgeschäftsstelle) zu erledigen. Sie erhalten die Verbandsnachrichten und Materialien unmittelbar von der Wahlkreisgeschäftsstelle. Bei Anfragen, Anregungen, Anträgen und anderen organisatorisch-geschäftlichen Angelegenheiten haben sich die Vertrauensleute und Ortsgruppen in der Regel an die Wahlkreisgeschäftsstelle oder, soweit Bezirksgeschäftsstellen vorhanden sind, an diese zu wenden.

Jede Ortsgruppe ist verpflichtet, alljährlich ihr Mitgliederverzeichnis oder Berichtigungen und Ergänzungen dazu dem geschäftsführenden Wahlkreisvorstand auf Anforderung einzureichen.

Der geschäftsführende Wohlkreisvorstand hat das Recht, falls durch untätige Ortsgruppenvorstände das Leben einer Ortsgruppe daniederliegt, von sich aus alle Maßnahmen zur Neubelebung dieser Ortsgruppe zu ergreifen. Jedem Ortsgruppenvorstand sollen mindestens zwei Mitglieder unter 35 Jahren angehören, darunter nach Möglichkeit eine Frau. Ist eine Jungdemokratische Ortsgruppe vorhanden, dann hat diese das Vorschlagsrecht für einen Vertreter im Vorstand der Parteiortsgruppe.

§ 3.

Die Kreisverbände haben die Parteiarbeit für ihren Bereich zu leiten und zu überwachen; sie haben insbesondere dafür zu sorgen, daß durch Ortsgruppeneugründungen und Werbung neuer Vertrauensleute das Organisationsnetz der Partei in ihrem Bereich ausgedehnt wird.

Die Abgrenzung der Kreisverbände erfolgt in jeweiliger Übereinstimmung mit dem geschäftsführenden Wahlkreis-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0133

vorstand und in der Regel in Anlehnung an die Abgrenzung der thüringischen und und preußischen kreisfreien Städte und Landkreise.

Jeder Kreisverband bestimmt alljährlich auf einer Kreiskonferenz seinen Vorort für die Geschäftsführung.

Der geschäftsführende Wahlkreisvorstand ist berechtigt, Vertrauensleute und Ortsgruppen von sich aus zu Kreisverbänden zusammenzuschließen, sofern dieser Zusammenschluß aus eigener Initiative nicht erfolgt.

§ 4.

Der Hauptvorstand des Wahlkreises besteht aus

dem Vorstizenden,
dem Schriftführer,
dem Schatzmeister,
der Hauptvertrauensfrau oder deren Vertreterin,
dem Wahlkreisgeschäftsführer,
den Vorsitzenden des thüringischen und preußischen Landesverbandes oder deren Stellvertretern,
zwei Vertretern der demokratischen Presse des Wahlkreises, die von den auf dem Wahlkreisparteitag anwesenden Pressevertretern dem Wahlkreisparteitag zur Wahl vorzuschlagen sind,
einem Vertreter der Gauvorstandsmitglieder der Partei im Reichsbanner,
einem Vertreter des Jungdemokratischen Verbandes Groß-Thüringen,
den Vorsitzenden der Fachausschüsse oder deren Stellvertretern,
sowie aus 8 vom Wahlkreisparteitag zu wählenden Beisitzern, die von den sonst noch nicht im Hauptvorstand vertretenen Kreisverbänden dem Wahlkreisparteitag zur Wahl vorzuschlagen sind.

Die demokratischen Abgeordneten des Reichstags, des preußischen und des thüringischen Landtags, soweit sie innerhalb des Reichstagswahlkreises 12 gewählt sind, haben im Hauptvorstand beratende Stimme.

Der Hauptvorstand wird alljährlich vom Wahlkreisparteitag gewählt. Der Vorstandswahl hat jeweils die Wahl des Wahlkreisvorortes vorauszugehen. Die Ortsgruppe des Vorortes präsentiert dann dem Wahlkreisparteitag den Vorsitzenden, Schriftführer und Schatzmeister. Wenn der Wahlkreisparteitag die Wahl der vorgeschlagenen Mitglieder ablehnt, sind von der Ortsgruppe andere Vorschläge zu machen.

Der Hauptvorstand hat nach Bedarf, in der Regel einmal jährlich, vor dem Wahlkreisparteitage zusammenzutreten. Alle wichtigen Beschlüsse, namentlich solche von finanzieller Bedeutung, müssen vom Hauptvorstand gefaßt oder vorbereitet werden. Ihm liegt auch die Vorbereitung der Kandidaturen zum Reichstag und zu solchen Körperschaften ob, an deren Wahl der Reichstagswahlkreis 12 einheitlich beteiligt ist. Bezirksgeschäftsstellen können ohne die Zustimmung des Hauptvorstandes nicht eingerichtet werden.

§ 5.

Die laufenden Geschäfte der Wahlkreisleitung werden durch den geschäftsführenden Vorstand, der aus dem Vorsitzenden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0134

dem Schriftführer, dem Schatzmeister und dem Wahlkreisgeschäftsführer besteht, erledigt. Ihm liegt auch die Verwaltung des Verbandsvermögens, die Leitung der politischen Parteiarbeit und die Vertretung des Verbandes nach außen ob.

§ 6.

Von den Kreisverbänden sind jährlich im Einvernehmen mit dem geschäftsführenden Wahlkreisvorstand wenigstens einmal Kreiskonferenzen zu veranstalten, um die Parteitätigkeit in den einzelnen Teilen des Wahlkreises zu beleben.

Die Kreiskonferenz befaßt sich mit Fragen der Agitation und Werbung und nimmt zu Anregungen und Anträgen für den Wahlkreisvorstand und den Wahlkreisparteitag Stellung. Sie wählt die Vertreter zu den Wahlkreisparteitagen, bestimmt das Aktionsprogramm und das taktische Vorgehen des Kreisverbandes bei Gemeinde- und Kreisrats-(tags-)wahlen und schafft die Voraussetzungen, die die Aufstellung eigener Gemeinde- und Kreisratslisten gestatten.

Alle im Bezirk des Kreisverbandes ansässigen Vertrauensleute haben Sitz und Stimme auf der Kreiskonferenz. Die Ortsgruppen haben in der Regel für je 15 Mitglieder einen stimmberechtigten Vertreter zur Kreiskonferenz zu entsenden.

Der geschäftsführende Wahlkreisvorstand hat das Recht, Kreiskonferenzen von sich aus einzuberufen, falls die Ortsgruppe des Vororts des Kreisverbandes es unterläßt oder sich weigert.

§ 7.

Der Wahlkreisparteitag tritt jährlich einmal, möglichst im September, zusammen. Er ist oberste Instanz des Verbandes. Ihm liegt die Beaufsichtigung der gesamten Parteiarbeit im Verbande ob. Zu seinen Aufgaben gehört ferner:

1. die Wahl der Vertreter zum Reichsparteitag;
2. die Wahl für die aus dem Wahlkreis zu stellenden Mitglieder des Reichsparteiausschusses;
3. die Aufstellung der Vorschlagsliste für politische Wahlen, soweit der Wahlkreis einheitlich beteiligt ist.

Außerordentliche Wahlkreisparteitage sind einzuberufen, wenn der Hauptvorstand oder der geschäftsführende Vorstand es erforderlich hält oder mindestens 5 (10) Ortsgruppen, die zusammen über 750 (1000) Mitglieder haben müssen, es beantragen. Die Einberufung erfolgt durch den geschäftsführenden Vorstand. Jeder ordentliche Wahlkreisparteitag beschließt über den Tagungsort für den nächsten ordentlichen Wahlkreisparteitag. Der Tagungsort außerordentlicher Wahlkreisparteitage wird durch den geschäftsführenden Vorstand bestimmt.

Anträge zum Wahlkreisparteitag können von den Organen des Wahlkreisverbandes (§ 1), von den Mitgliedern des Hauptvorstandes und von den im Wahlkreisverbande gewählten Reichs- und Landtagsabgeordneten gestellt werden, sie müssen bei ordentlichen Wahlkreisparteitagen dem geschäftsführenden Vorstand spätestens bis zum 1. September vorgelegt werden, damit sie bei der Einberufung mit bekanntgegeben werden können. Anträge, die erst während der Tagung des Wahlkreisparteitages eingebracht werden, dürfen nur dann zur Beratung gestellt werden, wenn sie wenigstens von 10 anwesenden stimmberechtigten Vertretern unterstützt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0135

§ 8.

Die Einladungen zu den Wahlkreisparteitagen ergehen schriftlich an alle Mitglieder des Wahlkreisvorstandes, an die Kreisverbände, Ortsgruppen und Einzelvertrauensleute sowie an die im Wahlkreise gewählten Reichs- und Landtagsabgeordneten und müssen zwei Wochen vor dem Versammlungstage abgesandt werden. Anträge auf Änderung der Tagesordnung dürfen nur berücksichtigt werden, wenn ihre Bekanntgabe an Kreisverbände und Ortsgruppen mindestens 48 Stunden vor dem Zusammentritt des Wahlkreisparteitages möglich ist. In dringenden Fällen kann zu außerordentlichen Wahlkreisparteitagen mit kürzester Frist eingeladen werden.

§ 9.

Das Stimmrecht der Kreisverbände auf Wahlkreisparteitagen regelt sich nach der Zahl der im Gebiet des Kreisverbandes bei der dem Wahlkreisparteitag vorausgegangenen Reichstagswahl abgegebenen demokratischen Wählerstimmen, und zwar so, daß

auf volle 500 Wählerstimmen je 1 Stimme entfällt. Ein Überschuß von 250 und mehr Stimmen wird vollen 500 gleichgerechnet. Jeder Kreisverband hat mindestens eine Stimme.

Übertragung der Stimmen innerhalb eines Kreisverbandes ist zulässig, dagegen ist die Übertragung der Stimmen von einem Kreisverband auf den anderen nicht zulässig.

Das Stimmrecht der Kreisverbände kann nur ausgeübt werden, wenn der Kopfsteuerpflicht für das laufende Geschäftsjahr genügt ist. Der Schatzmeister hat auf jedem Wahlkreisparteitag die Stimmberechtigung der Kreisverbände festzustellen.

§ 10.

Jede Ortsgruppe hat für jedes Mitglied einen jährlichen Kopfsteuerbeitrag in zwei am 1. Januar und 1. Juli fälligen Raten an die Wahlkreiskasse abzuführen, dessen Höhe von dem Wahlkreisparteitag festgesetzt wird. An dem Kopfsteuerbeitrag haben die Reichsgeschäftsstelle und die Landesverbände Thüringen und Preußen Anteil. Die Höhe des Anteils der Landesverbände bestimmt der Wahlkreisparteitag.

Die Vertrauensleute haben den Parteibeitrag in voller Höhe an die Wahlkreiskassen zu entrichten. Der jährliche Parteibeitrag für Vertrauensleute wird vom Wahlkreisparteitag festgesetzt. Vertrauensleute, die den Parteibeitrag für das laufende Geschäftsjahr nicht bezahlt haben, entäußern sich ihres Stimmrechts auf Kreiskonferenzen und Wahlkreisparteitagen.

Der geschäftsführende Vorstand ist im Bedarfsfall berechtigt und verpflichtet, zu freiwilligen Spenden für die Erhaltung der Wahlkreisgeschäftsstelle und für Wahlzwecke aufzufordern, um die für die Durchführung der Parteiaufgaben erforderlichen Mittel jederzeit bereitstellen zu können.

§ 11.

Die Auflösung des Verbandes erfolgt, wenn die Voraussetzungen für sein Bestehen fortfallen. In diesem Fall ist ein außerordentlicher Wahlkreisparteitag einzuberufen, der die Auflösung ausspricht und über die Verwendung des Verbandsvermögens Beschluß faßt. Zur Beschlußfassung über Auflösung des Verbandes und Verwendung des Verbandsvermögens ist bei Anwesenheit von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0136

zwei Drittel der stimmberechtigten Vertreter Zweidrittelmehrheit erforderlich.

In allen Verbandsangelegenheiten entscheidet einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Wahlen kann vorher in jedem Fall die anzuwendende Wahlordnung bestimmt werden. Der Grundsatz der absoluten Mehrheit muß jedoch stets gewahrt sein. Eine mündliche und öffentliche Stimmenabgabe ist nur zulässig, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

*

Dieser Satzungsentwurf wird endgültig durchberaten werden auf dem Thüringer Wahlkreisparteitag, der am Sonnabend, den 28. und Sonntag, den 29. September, in Mühlhausen i. Th. stattfinden wird. Am Sonnabend, den 28. September, wird sich an Sitzungen des Agrarpolitischen Ausschusses, des Ausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe, des Frauenausschusses und des Wahlkreisausschusses am Abend eine öffentliche Versammlung mit einer Rede des Parteivorsitzenden Koch-Weser schließen. An dem darauf folgenden Tage findet der eigentliche Parteitag statt, auf dem der Abgeordnete des Wahlkreises, Dr. Haas, referieren wird, und auf dem auch die Beratung und Verabschiedung des Satzungsentwurfes erfolgen wird.

*

Die preußischen Kommunalwahlen

Der Herbst des Jahres 1929 wird bekanntlich für Preußen (und auch noch für eine Anzahl anderer deutscher Länder) unter dem Zeichen der Kommunalwahlen stehen. Da es sich hierbei um mannigfache Wahlen handelt und der dabei zugrunde liegenden Gesetze eine große Zahl ist, so sei hier eine Übersicht über diese Gesetze und ihre wichtigsten Bestimmungen gegeben.

Zwei Gesetze, nämlich das Gesetz über die Festsetzung der Gemeindewahlen in der Fassung vom 1. November 1928 (GS. S. 207) und das Gesetz über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 29. Oktober 1928 (GS. S. 197) bestimmen, daß die Kommunalwahlen an einem Tage in der Zeit vom 30. September bis 21. Dezember d. J. stattzufinden haben. Inzwischen ist nun durch das Staatsministerium der **17. November** als Wahltag bestimmt worden. An diesem Tage sind zu wählen:

a) die Gemeindevertretungen in den Städten und Landgemeinden,
b) die Amtsvertretungen der Ämter in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen,
c) die Gemeindevertretungen der Kirchspielslandgemeinden, Dorfschaften und Bauernschaften,
d) die Provinziallandtage,
e) die Kommunallandtage der Bezirksverbände Kassel und Wiesbaden und des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande,
f) die Kreistage.

Hinsichtlich der **Gemeindewahlen** ist zu erwähnen, daß die Gemeindevertretungen nicht neu gewählt werden, die innerhalb 12 Mo-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0137

naten vor Ablauf der allgemeinen Wahlzeit aus besonderem Anlaß neu gewählt worden sind. Da der Wahltag vor dem 2. Dezember 1929 festgesetzt worden ist, so fallen hierunter die Gemeindevertretungen, die infolge der Gutsbezirksauflösung am 2. Dezember 1928 oder später gewählt worden sind. Die Wahlzeit dieser Gemeindevertretungen wird nunmehr erst im Jahre 1933 ablaufen. Hinsichtlich des Ablaufs der Wahlzeit der **Provinziallandtage** (Kommunallandtage) und **Kreistage** gilt das gleiche wie für die Gemeindevertretungen. Ist also aus besonderem Anlaß (z. B. infolge einer Eingemeindung) ein Kreistag innerhalb 12 Monaten vor dem allgemeinen Wahltage neu gewählt worden, so findet jetzt keine Neuwahl statt. Die gewählten Kreistagsmitglieder bleiben vielmehr bis zum Ablauf der nächsten allgemeinen Wahlzeit (1933) im Amte.

Für die Wahl der Mitglieder der **Gemeindevertretungen** ist hauptsächlich das Gemeindewahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1924 (GS. S. 99) maßgebend. Weiterhin beschäftigen sich mit dem Gemeindewahlrecht noch eine ganze Reihe von Verordnungen und Gesetzen, die seit der Staatsumwälzung ergangen sind, so insbesondere die Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919 (GS. S. 13), das Gesetz über das Bürger- und Gemeinderecht der Frauen usw. vom 15. Juli 1919 (GS. S. 113) sowie das Gesetz, betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 18. Juli 1919 (GS. S. 118). Für die Neuwahl der Amtsvertretungen in der Rheinprovinz und in Westfalen ist noch das Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 17. Dezember 1927 (GS. S. 211) von Bedeutung.

Für die Wahl der **Provinziallandtags- und Kreistagsabgeordneten** sind das Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925 (GS. S. 123) und die Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen (s. u.) maßgebend.

Um die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen ganz würdigen zu können, muß man daran denken, daß die nunmehr zu wählenden Körperschaften später ihrerseits wichtige Wahlen vorzunehmen haben.

Die **Gemeindevertretungen** haben zu wählen:

a) den Gemeindevorsteher (Bürgermeister), die Schöffen (Beigeordneten, Stellvertreter usw.),
b) die Mitglieder der Gemeindekommissionen und -deputationen (Schulvorstände).

Durch die **Provinziallandtage** würden nach ihrem Zusammentritt insbesondere zu wählen sein:

a) der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die Mitglieder des Provinzialausschusses,
b) die Mitglieder des Staatsrates. (Die von den Provinzialverwaltungen gemäß Art. 63 d. Reichsverf. zu bestellenden Mitglieder des Reichsrats werden von den Provinzialausschüssen gewählt. Ebenso werden die gewählten Mitglieder des Provinzialrates und der Bezirksausschüsse vom Provinzialausschusse gewählt.)

Die **Kreistage** hätten nach ihrer Neuwahl hauptsächlich folgende Wahlen vorzunehmen:

a) der Kreisausschußmitglieder,
b) der Kreisdeputierten,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0138

c) der Kreiskommissionen und
d) der Amtsvorsteher.

Sämtliche obengenannten Gesetze sind in der „Preußischen Gesetzsammlung" erschienen. Die Nummern der „Preußischen Gesetzsammlung" sind einzeln direkt von R. v. Deckers Verlag, Berlin W 9, Linkstr. 35, zu beziehen.

* * *

Es sei noch darauf hingewiesen, daß die **Wahlordnung** für die Gemeindewahlen und die Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen durch Erlasse des Pr. Ministers des Innern vom 25. 7. 29 weitgehende Änderungen erfahren haben. Die neuen Wahlordnungen, ferner der Ministerialerlaß vom 25. 7. 29 über die Verbindung der Kommunalwahlen miteinander sind (auch einzeln) von Carl Heymann's Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44, zu beziehen. (Die Gemeindewahlordnung kostet 25 Pf., die Provinziallandtags- und Kreiswahlordnung 30 Pf.) Eben dort sind auch die zur Durchführung der Wahlen erforderlichen Vordrucke, die Bürgerliste, Wählerliste, Wahlscheine, Zähl- und Gegenliste, Wahlniederschrift usw. zu haben.

*

Namentliche Abstimmungen

Kurz vor den Sommerferien haben noch im Reichstag wie im Preußischen Landtage eine große Reihe von namentlichen Abstimmungen stattgefunden. Sie sind zum Teil von solcher Bedeutung, daß sie hier festgehalten zu werden verdienen.

Namentliche Abstimmungen aus dem **Reichstag:**

12. Juni 1929. Die kommunistische Entschließung auf Durchführung der völligen Trennung von Staat und Kirche wurde mit 225 gegen 161 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Dafür Sozialdemokraten und Kommunisten, dagegen alle übrigen Parteien; der demokratische Abg. Lemmer enthielt sich der Stimme.

12. Juni 1929. Die kommunistische Entschließung auf Annullierung des bayerischen Konkordats wurde mit 199 gegen 57 Stimmen bei 129 Enthaltungen abgelehnt. Dafür Kommunisten und Nationalsozialisten; der Stimme enthielten sich die Sozialdemokraten und Demokraten; dagegen alle übrigen Parteien.

12. Juni 1929. Die kommunistische Entschließung auf Verbot des Abschlusses des Preußen-Konkordats wurde mit 199 gegen 57 Stimmen bei 129 Enthaltungen abgelehnt. Die Parteigruppierung war genau dieselbe wie bei der Abstimmung über das bayerische Konkordat.

27. Juni 1929. Bei der dritten Beratung des Etats wurde die zweite Rate für den Panzerkreuzer „Ersatz Preußen" mit 240 gegen 171 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten mit den unten genannten Ausnahmen und die Kommunisten. Der Abstimmung enthielten sich die Deutsche Bauernpartei außer dem Abg. Hillebrand und die Zentrumsabgg. Dr. Dessauer und Tremmel. Dafür stimmten die übrigen Parteien einschließlich der sozialdemokratischen Minister Dr. Hilferding, Severing und Wissell sowie des bauernbündlerischen Abg. Hillebrand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0139

27. Juni 1929. Das Sperrgesetz für die standesherrlichen Renten wurde in der Schlußabstimmung mit 258 gegen 168 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen, also ohne Zweidrittelmehrheit. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Zentrum mit den unten genannten Ausnahmen, Kommunisten, Demokraten, Deutsche Bauernpartei sowie der Abg. Schwarzer, Oberbayern, von der Bayerischen Volkspartei. Dagegen stimmten Deutschnationale, Deutsche Volkspartei außer dem Abg. Dr. Cremer, Wirtschaftspartei, Bayerische Volkspartei außer dem Abg. Schwarzer, Oberbayern, Nationalsozialisten, Christliche Bauernpartei, Deutsch-Hannoveraner, Volksrechtpartei und der Zentrumsabg. Blum. Der Stimme enthielten sich die Zentrumsabgg. Bornefeld-Ettmann, Dr. Drees, Feilmayr, Kerp, Dr. Schetter und der volksparteiliche Abg. Dr. Cremer.

27. Juni 1929. Die Verlängerung des Republikschutzgesetzes wurde in der Schlußabstimmung mit 263 gegen 165 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Damit war das Gesetz tatsächlich abgelehnt, da nicht zwei Drittel des Reichstags dafür gestimmt hatten. Für das Gesetz stimmten Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei außer den Abgg. Dr. Cremer und Dauch, die sich der Stimme enthielten, Demokraten, Bayerische Volkspartei und Deutsche Bauernpartei. Gegen die Novelle stimmten Deutschnationale Volkspartei, Kommunisten, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten, Christliche Bauernpartei, Deutsch-Hannoveraner und Volksrechtpartei.

28. Juni 1929. Der Etat für 1929 wurde mit 242 gegen 153 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Bayerische Volkspartei, Deutsch-Hannoveraner und Volksrechtpartei. Dagegen stimmten Deutschnationale außer dem Abg. Koch, Düsseldorf, der sich der Stimme enthielt, Kommunisten, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten, Christliche und Deutsche Bauernpartei.

Von den namentlichen Abstimmungen aus den letzten Tagen des **Preußischen Landtages** sind diejenigen über das Konkordat bereits in der vorigen Nummer des „Demokraten" mitgeteilt worden. Hier seien zunächst vor allem die wichtigsten namentlichen Abstimmungen wiedergegeben, die bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die kommunale Neugliederung im Westen am 10. Juli 1929 stattfanden.

Der Zusammenschluß von Elberfeld und Barmen wurde mit 183 gegen 161 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt. Dafür stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten, die demokratischen Abgg. Graue, Dr. Höpker Aschoff, Otto, Riedel, Dr. Schreiber, Wachhorste de Wente, Dr. Zeitlin und 26 Zentrumsabgeordnete. Dagegen die übrigen Fraktionen und das Gros von Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei bis auf den demokratischen Abg. Hauff, der sich der Abstimmung enthielt.

Der Gesetzentwurf über die kommunale Neugliederung im Westen wurde in der Schlußabstimmung mit 210 gegen 167 Stimmen angenommen. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten außer dem Abg. Greßler, dagegen die übrigen Fraktionen und der demokratische Abg. Greßler.

11. Juli 1929. Der Mißtrauensantrag gegen das Ministerium Braun wurde mit 213 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten; dafür die übrigen Fraktionen. — Der Mißtrauens-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0140

antrag gegen den Kultusminister Dr. Becker wurde mit 201 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten Sozialdemokraten (doch siehe hierüber den besonderen Artikel unter „Rüstzeug für Kampf und Werbung"), Zentrum und Demokraten; dagegen die übrigen Fraktionen außer den Kommunisten, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten. — Der Mißtrauensantrag gegen den Minister des Innern Grzesinski wurde mit 212 gegen 195 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten; dafür die übrigen Fraktionen.

*

Aus dem demokratischen Parteileben

Personalien

„Naumann-Straße" in Berlin. Der Berliner Magistrat hat mit Zustimmung der zuständigen staatlichen Instanzen beschlossen, aus Anlaß des zehnjährigen Todestages von Friedrich Naumann den im Bezirk Berlin-Schöneberg liegenden Straßenzug Königswerg—Kriemhildstraße in „Naumannstraße" umzubenennen. Die Umbenennung ist auf Anregung aus den Kreisen der Deutschen Demokratischen Partei heraus erfolgt, weil Naumann im Königsweg zwölf Jahre hindurch bis zu seinem Tode gewohnt hat. Die im Berliner Bezirk Lichtenberg bereits vorhandene Naumannstraße wird umbenannt.

Georg Kerschensteiner 75 Jahre. Professor Georg Kerschensteiner, einer der bedeutendsten lebenden Männer der Erziehungswissenschaft, beging am 29. Juli seinen 75. Geburtstag. Kerschensteiner ist geborener Münchener, in der bayerischen Hauptstadt hat sich auch der größte Teil seines Schaffens vollzogen. Der jetzt 75jährige war ursprünglich Mathematiker; erst später wurde er zu seinem wahren Beruf, zur Pädagogik, hingeführt. 1895 wurde er Schulrat, später Oberschulrat in München, ein Amt, das er bis 1919 bekleidet hat. 1920 ernannte ihn der Senat der Universität München zum Professor h. c. Sein Wirken galt besonders der Arbeitsschule und der staatsbürgerlichen Erziehung. Obwohl Kerschensteiner von jeher kein Hehl daraus machte, daß er der entschieden liberalen Richtung angehörte, so entsprach es nur dem Ansehen, das er in den weitesten Kreisen der Bürger genoß, daß die Vereinigten Liberalen Münchens ihn im Jahre 1911 einstimmig ersuchten, ein Reichstagsmandat für München zu übernehmen. Kerschensteiner sagte zu, und so gelang es 1912, durch ihn das Mandat für den Liberalismus zu erhalten. Nach der Revolution hat sich Dr. Kerschensteiner der D. D. P. angeschlossen.

Schulze Gaevernitz 65 Jahre. Am 24. Juli feierte der Freiburger Universitätslehrer, Professor der Nationalökonomie Dr. v. Schulze Gaevernitz, seinen 65. Geburtstag. In Breslau 1864 geboren, nahm er seinen Ausbildungsgang über die Universität Breslau und Heidelberg, weitere Ausbildungsstätten besuchte er mit einem weitausgedehnten Studienplan in Rußland, England, Frankreich und Italien. Mit seiner Freiburger Tätigkeit verbindet er ein Lehramt an der Hochschule für Politik in Berlin. In wissenschaftlichen Kreisen, besonders bei seinen Studenten, erfreut sich der Jubilar als Mensch, Freund und Lehrer außerordentlicher Sympathien. Die Deutsche Demokratische Partei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0141

hat die Freude und die Ehre, Professor v. Schulze Gaevernitz in ihren Reihen zu wissen. Von 1912—1918 war Dr. v. Schulze Gaevernitz fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Freiburg i. Br.

Ignaz Konietzny 60 Jahre. Kunsttischlermeister Ignaz Konietzny in Breslau vollendte am 25. Juli sein 60. Lebensjahr. Der Jubilar ist weit über die schlesische Hauptstadt daurch bekannt geworden, daß er lebhaften Anteil an der handwerklichen Berufsvertretung genommen hat, und daß er als Politiker in den Reihen der Fortschrittlichen Volkspartei für die freiheitliche Entwicklung seines Vaterlandes eifrig tätig gewesen ist. Dem preußischen Abgeordnetenhause gehörte er als fortschrittlicher Abgeordneter für Breslau in den Jahren 1913—1918 an. Nach der Revolution wurde er demokratisches Mitglied des Breslauer Volksausschusses und des Volksrats. Später hat er als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates weitergewirkt im demokratischen und republikanischen Sinne.

Fritz Varnholt †. Nach langem, schwerem Leiden ist in Ulm der frühere württembergische Landtagsabgeordnete Fritz Varnholt, Bezirksleiter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, im Alter von 53 Jahren gestorben. Mit Varnholt, der seit dem Jahre 1901 in der Gewerkvereinsbewegung tätig war, hat die freiheitliche und nationale Arbeiterbewegung in Süddeutschland einen ihrer Führer verloren. Dabei war er aber kein einseitiger Arbeitnehmervertreter, die wirtschaftlichen Möglichkeiten und das Allgemeinwohl waren ihm stets Richtschnur für sein Handeln. Seit dem Jahre 1909 gehörte Varnholt dem Landesausschuß unserer Partei an. Über 13 Jahre gehörte er dem Stadtrat in Ulm an und von 1919 bis 1924 saß er im württembergischen Landtag.

Hugo Schneider †. Nach schwerer Krankheit ist in Landsberg (Warthe) der Buchdruckereibesitzer und ehemalige Verleger der „Neumärkischen Zeitung", Hugo Schneider, gestorben. Er spielte lange Jahre in der Demokratischen Partei eine führende Rolle und war Provinziallandtagsabgeordneter und Stadtverordnetenvorsteher.

Demokratische weibliche Beisitzer bei Filmprüfstellen. Der Reichsminister des Innern hat dem Vorschlag des Bundes Deutscher Frauenvereine entsprechend als Beisitzer der Filmprüfstelle Berlin Frau Dr. Ulich-Beil in Dresden, und der Filmprüfstelle München Frau Dr. med. Gusta Rath in Heilbronn auf weitere drei Jahre in ihrem Amte bestätigt.

Zurückgewiesene Hetze gegen einen Demokraten. Die deutschnationalen Abgeordneten Weisemann und Dr. Bund hatten im preußischen Landtag eine Kleine Anfrage eingebracht, in der auf einen Bericht der amerikanischen Zeitung „The Atlanta Constitution" über einen Vortrag des Direktors der Oberrealschule Harburg, Dr. Merk, an der Hochschule in Atlanta hingewiesen wurde. Nach diesem Bericht soll Dr. Merk gesagt haben, er und mit ihm die Mehrheit der Deutschen seien froh, daß Deutschland den Krieg verloren habe. Der Verlust Elsaß-Lothringens sei nicht zu bedauern. Man sehe jetzt, daß Frankreich logischerweise der Herrscher jenes Gebietes sei. Man sehe in Deutschland ein neues Licht, dasjenige des Internationalismus. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob Merk zurzeit Austauschprofessor an der Columbia-Universität New York sei und was es gegen Merk zu veranlassen gedenke. In der jetzt vorliegenden Antwort des Kultusministers wird nun erklärt, es handle sich um eine völlige

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0142

Entstellung des tatsächlichen Wortlauts. Der Vortrag Merks sei vollkommen einwandfrei.

Dem Generalsekretär der D. D. P. in Hamburg, Gerhard Meuthen, der nach zehnjähriger Tätigkeit im Dienste der Partei am 1. Juli aus seiner Stellung ausgeschieden ist, hat der 2. Vorsitzende des Vorstandes der Hamburger Partei, Heinrich Landahl, ein in herzlichen Worten gehaltenes Dankschreiben übersandt. Landahl weist auf das Vertrauensverhältnis, das zwischen Meuthen und einem sehr großen Teil der Parteimitglieder entstanden ist, hin und erklärt: „Er ist den meisten von uns mehr als nur politischer Freund und Mitkämpfer gewesen. Daß er das bleiben will, begrüßen wir mit großer Freude. Wir wissen, daß es für ihn gar nicht anders möglich ist, als daß er auch in Zukunft zu den aktiven Mitgliedern und interessiertesten Mitarbeitern der Partei gehören wird."

Tagungen

Sommertagung der württembergischen Demokraten

Die diesjährige Sommertagung der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs fand am 14. 7. 29 unter sehr zahlreicher Beteiligung in Oehringen statt. Sie begann am Vormittag mit einer Vertrauensmännerversammlung, die, von Generalsekretär Hopf geleitet, einen sehr angeregten und politisch lebendigen Verlauf nahm. Landtagsabgeordneter Fischer sprach über württembergische Politik, vor allem über die unheilvolle Wirkung der Splitterparteien und die Schwäche der Regierung, die es ermöglicht, daß diese Parteien einen ungebührlichen Einfluß gewinnen. Eine lebhafte und ertragreiche Aussprache, an der sich auch der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Heuß beteiligte, schloß sich an.

Den Höhepunkt der Tagung bildete die öffentliche Kundgebung am Nachmittag im vollbesetzten Eisenbahnsaal, bei der als Redner Landtagsabgeordneter Dr. Bruckmann, Heilbronn, und Reichsminister Dietrich sprachen. Dr. Bruckmann ging auf die verschiedensten Fragen der großen und kleinen Politik ein und stellte den Ausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Vordergrund seiner Betrachtungen. Die Art, wie in Württemberg jetzt Politik getrieben werde, mache eine engere Zusammenarbeit von Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei notwendig. Mit großer Spannung folgte alsdann die Versammlung den lichtvollen Ausführungen des Reichsernährungsministers Dietrich, der, von den bevorstehenden schweren inner- und außenpolitischen Entscheidungen ausgehend, zunächst das Problem der Arbeitslosenversicherung, ihre Mißbräuche und die Notwendigkeit einer Änderung der bestehenden Bestimmungen behandelte. Hierauf ging er gründlich auf die Agrarpolitik ein, wobei die Sachkenntnis der Materie und der Wunsch, den Bauern aus ihren Nöten zu helfen, jedem Zuhörenden klar zutage trat, zugleich aber auch die Überzeugung eingeprägt wurde, daß dieser Wunsch jetzt bereits zu einem guten Teil zur Erfüllung gebracht worden ist. Interessant war, daß der Minister gegenüber den Versuchen der Mitglieder der sogenannten Bauernparteien, sich selbst das Hauptverdienst an der staatlichen Aktion zugunsten der Landwirtschaft zuzuschreiben, mit Nachdruck feststellte, daß als einzige Partei die Deutsche Demokratische Partei geschlossen mit ihm bei der Durchführung des Agrarprogramms gegangen sei, während Parteien, die sich außerordentlich bauernfreundlich geben, große Schwierigkeiten gemacht haben. Der zweite

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0143

Teil der Rede Dietrichs galt den brennendsten Fragen unserer Tage: Reparationen, Dawes- und Young-Plan, Räumung und allen damit im Zusammenhang stehenden Fragen und Auswirkungen. Zuletzt behandelte die Rede die Probleme Demokratie, Republik und Arbeit an dem auf den Trümmern der Revolution geschaffenen Staat. Not tun nationale Gesinnung und national-produktive Arbeit; an Stelle von Verhetzung, Verwirrung und Putsch muß die Politik der Ruhe und Ordnung, des Verstandes und der Vernunft treten. Nur dann ist es möglich, eine nationale Politik zu treiben. Lang anhaltender, stürmischer Beifall dankte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. Im Anschluß daran bezeichnete es Dr. Heuß neben der praktisch gesetzgeberischen Arbeit für die Landwirtschaft, die Dietrich unzweifelhaft geleistet habe, als ein besonderes Verdienst dieses Ministers, daß er durch seine ministerielle Tätigkeit die breiten städtischen Kreise zu einer sachlich unbefangenen Überprüfung der großen landwirtschaftlichen Fragenkreise gewonnen habe.

Ein Hoch auf Deutschland und der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes schlossen die glänzend verlaufene Versammlung.

Demokratische Mittelstandspolitik. Der Mittelstandsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei Köln hat folgende Entschließung angenommen:

„Von der nach der Annahme des Young-Planes zu erwartenden Senkung der Reparationszahlungen muß ein erheblicher Teil dem um seine Existenz ringenden gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand zugute kommen. Der Mittelstandsausschuß verlangt in steuerlicher Hinsicht

1. den allmählichen Abbau der Gewerbesteuer zunächst in den unteren Stufen mit dem Ziel der völligen Abschaffung. Dafür wird die Wiedereinführung der Zuschläge zur Einkommensteuer gefordert;
2. eine für die unteren Stufen günstigere Staffelung der Vermögenssteuer.

Entscheidend für den wirtschaftlichen Aufstieg des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes ist die Gewährung von Krediten zu billigerem Zinsfuß. Auch hierin wird eine stärkere Berücksichtigung der genannten Zweige des Mittelstandes gefordert. Diese Forderungen sind um so berechtigter, da schon anderen Mittelstandsgruppen, wie der Landwirtschaft und den Winzern, Vergünstigungen zuteil geworden sind.

Es ist eine Lebensfrage für den gesamten Mittelstand, daß ihm Kapitalbildung in angemessenem Umfang wieder möglich gemacht wird."

Organisation

Ein neuer Verein in Baden. In Leutershausen (Wahlkreis XIX) wurde am 8. Juni nach einem Referat des Parteisekretärs Dr. Bertram ein neuer Ortsverein gegründet, dem sofort 15 Mitglieder beitraten. Zum 1. Vorsitzenden wurde Schreinermeister Förster, zum 2. Vorsitzenden Hauptlehrer Hohenalde und zum Schriftführer und Kassierer Ratschreiber Bock gewählt.

Gewinnung neuer Vertrauensmänner. Wie aus Baden mitgeteilt wird, sind 14 neue Vertrauensleute gewonnen worden in Blumberg (W.-Kreis III), in Oberrotweil (VII), in Ottheim, Mietersheim, Sulz (VIII), in Bollenbach, Erdmannsweiler (IX), in Plittersburg, Bietig-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0144

heim, Au a. Rh. (XII), in Schöllbronn, Schielberg (XIV), in Hüffenhardt und Neckarelz (XXI).

Demokratische Preßvereinigung in Baden. Anläßlich des jüngst in Bad Triberg abgehaltenen Landesparteitages der D. D. P. konstituierte sich die Vereinigung der demokratischen Presse Badens. Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Herren Dr. Müller, Mannheim, Dr. Pfeffer, Heidelberg, und Stein, Karlsruhe; letzterer wurde zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der Vereinigung bestimmt.

*

Die D.D.P. in den Parlamenten

Beschleunigte Abschaffung der Fideikommisse in Hessen. Die demokratische hessische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag bei der hessischen Regierung eingebracht: „Die Regierung wird ersucht, alsbald in Abänderung des Gesetzes vom 11. November 1923 über die Auflösung der Familienfideikommisse dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Beschlußfassung vorzulegen, der ein Erlöschen sämtlicher noch in Hessen bestehenden Fideikommisse oder sonstiger im Interesse einer Familie noch bestehenden Bindungen von Gütern bis spätestens zum 1. April 1935 vorsieht." Als Gründe werden angeführt: die Auflösung der Fideikommisse und Familiengüter kann sich nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen noch jahrzehntelang hinziehen. Es wird dadurch ein Zustand ermöglicht, der aus rechtlichen, wirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen durchaus unerwünscht ist. Preußen hat deshalb neuerdings dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die restlose Beseitigung aller Fideikommisse und Stammgüter bis zum 1. April 1935 vorsieht. Es erscheint geboten, daß Hessen alsbald die gleiche Regelung trifft.

Die Demokraten zum thüringischen Haushaltsgesetz. Der Thüringische Landtag, der Ende Juli in die Ferien gegangen ist, hat in seinen letzten Tagen doch noch neben anderen bedeutsamen Gesetzen auch das Haushaltsgesetz angenommen, über das es vorher lebhafte Konflikte gegeben hatte. Die demokratischen Abgeordneten Dr. Krüger und Moog stimmten für den Etat, obgleich sie mit seiner Gestaltung in vielen Punkten nicht einverstanden sein konnten. Es galt aber, die eigenen Bedenken zurückzustellen, um überhaupt einen Etat zu ermöglichen. Vor der Schlußabstimmung über den Haushaltsplan gaben die Demokraten daher im Landtage folgende Erklärung ab:

„Wir haben diesem Notetat mit seinen vielen zum Teil recht bedenklichen Einschränkungen nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß diese Einschränkungen nur vorübergehend für ein oder zwei Krisenjahre, aber nicht dauernd sein würden. Ähnlich waren unsere Voraussetzungen zu den Notopfergesetzen, die ja nun sämtlich abgelehnt worden sind. Wir haben vergeblich von einer verantwortungsbewußten Opposition andere bessere Vorschläge zur raschen Deckung unseres Defizits erhofft. Wir erwarten nunmehr von unserer Regierung, daß sie nicht nur neue Vorlagen zur Deckung dieses hohen Defizits dem Landtage vorlegt, sondern auch beim Reiche energisch darauf hinwirkt, daß die kleinen Länder entweder in die Lage versetzt werden, auch wirtschaftlich tragbare und sozial

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0145

gerechte Steuern erheben zu können oder möglichst bald im Einheitsstaate aufzugehen."

Aus der bremischen Bürgerschaft. Aus der Arbeit der letzten Sitzung der bremischen Bürgerschaft vor den Ferien ist besonders hervorzuheben ein demokratischer Antrag, der die Geltungsdauer eines in Bremen geltenden Kleinwohnungsgesetzes bis zum 1. Juni 1932 verlängert. Dieses Gesetz gestattet für Kleinhäuser eine Unterschreitung des sonst geforderten Mindestmaßes an Wandstärke, Deckenhöhe und ähnliche Dinge. Die demokratische Fraktion ist selbstverständlich grundsätzlich der Meinung, daß hier alle reichsanerkannten baupolizeilichen Erfordernisse erfüllt werden, glaubt aber in Anbetracht der Wohnungsnot eine Erleichterung gewähren zu müssen, weil die nach solchen Vorschriften erbauten Kleinhäuser immer noch viel besser sind als zahlreiche Notwohnungen. Die bremische Bürgerschaft hat sich diesem Standpunkt angeschlossen und dem demokratischen Antrag zugestimmt.

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Deutschnationale Volkspartei

Der konservative Ständestaat ist unmöglich — so sagt Abg. von Freytagh-Loringhoven, ein Mann, der nicht nur den Altkonservativen sehr nahe steht, sondern der auch die staatswissenschaftliche Leuchte der Deutschnationalen ist und als enger Mitarbeiter Dr. Hugenbergs in seiner Partei besonders großes Ansehen genießt. In dem „Arbeitgeber" (Nr. 14. vom 15. 7. 29) gibt er den Gedanken der Wiedereinführung des Ständestaates vollständig preis und gesteht indirekt ein, daß der „liberale" Staat — der nach seiner Darstellung das alte Ständewesen zerschlagen, aber eine neue Gliederung durch das Aufkommen der Gewerkschaften und anderer Interessenorganisationen ermöglicht habe — die für den Gegenwartsstaat angemessene Form der Gesellschaft bedeute. Abg. von Freytagh-Loringhoven schreibt hierüber wörtlich:

„Der zwangsweise Zusammenschluß, den Mussolini durchgeführt hat, wäre in Deutschland nicht möglich. Aus natürlicher Entwicklung aber kommt ein Zusammenschluß nicht. In den einfachen Zuständen des Mittelalters konnte ein Verband das Dasein seiner Mitglieder umschließen. Konnte er ihren politischen, geistigen, wirtschaftlichen Ansprüchen genügen. Heute ist das nicht mehr denkbar. Heute durchkreuzen und überschneiden die Interessen des einzelnen sich derart, daß die Einpferchung in einer Organisation unerträglich wäre. Zugleich heißt es nicht vergessen, welche Gefahren sich in einer berufsständischen Gliederung des Staates bergen würden. Materielle Interessen würden kraß aufeinanderprallen, und der Kampf an sich berechtigter, aber des Ausgleichs bedürftiger ständischer Egoismen würde den Staat zerstören. Auch die Lehren der Geschichte dürfen nicht übersehen werden: wir haben den Ständestaat durch Jahrhunderte gehabt. Als es aber hieß, das Reich nach dem Westfälischen Frieden wieder aufbauen und die Territorien zu Staaten ausgestalten, haben die Stände versagt, und die Fürsten waren, wollten sie ihre Sendung erfüllen, gezwungen, sie zu beseitigen und den Absolutismus aufzurichten."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0146

Der Brief Hugenbergs an die Amerikaner, in dem von dem einseitigsten Parteistandpunkt der Deutschnationalen aus gegen eine Revision des Dawesplanes Sturm gelaufen und die Kreditwürdigkeit Deutschlands weiter herabgesetzt wurde, hat in Amerika nicht die Wirkung erzielt, die sich Dr. Hugenberg davon versprochen hatte. Fast durchweg ist dort seine Propaganda entschiedener Abweisung begegnet. Zum Beweise dessen seien einige Sätze aus einem Artikel widergegeben, den das „Living Age", eine sehr angesehene und weitverbreitete amerikanische Zeitschrift, am 6. 5. 29 veröffentlichte. Bei aller Zurückhaltung im Ton ist die scharfe Mißbilligung, die aus dem Aufsatz spricht, unverkennbar. Wozu noch bemerkt sei, daß nach den auch sonst vorliegenden Berichten aus Nordamerika die Meinung des „Living Age" typisch ist für die Stimmung, die der Brief Hugenbergs in Amerika in der Öffentlichkeit vorgefunden oder ausgelöst hat. Das Blatt schreibt u. a.:

„Am 23. März empfing „The Living Age" einen geschickt abgefaßten offenen Brief von Dr. Hugenberg, dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei. Diese Partei führt in Deutschland eine beständige Politik des Nichtzusammengehens mit der deutschen Regierung und eine Politik der heftigsten Kritik an den Vereinigten Staaten. In Dr. Hugenbergs Brief aber brüstet sich die Deutschnationale Volkspartei als Retterin der Vereinigten Staaten vor den Leiden und Schrecken des Bolschewismus. Dr. Hugenberg meint, daß Deutschland, wenn es als Ergebnis der jetzigen Reparationsverhandlungen in Paris gezwungen wird, höhere „Tribute" zu zahlen, als es leisten kann, sich dem Bolschewismus zuwenden und die ganze Welt sich dann in ein Chaos verwandeln wird. Diese Beweisführung geht von der Absicht aus, die amerikanische öffentliche Meinung von vornherein gegen alles zu beeinflussen, was die Pariser Expertenkonferenz vollbringen mag. Nebenbei verurteilt die Deutschnationale Volkspartei auch noch sehr unangebrachterweise den Kellogg-Pakt. Die ganze Mitteilung ist so geschrieben, daß Zeitungsverleger, deren Urteil man durch gewisse Anspielungen schmeichelt, Stellen herausnehmen und in den redaktionellen Spalten benutzen sollen, ohne Veränderungen vorzunehmen und ohne auf die Quellen zu verweisen. Auf diese Weise würde die öffentliche Meinung Amerikas nach einer Seite beeinflußt werden, die der amerikanischen Regierung unbequem werden kann, aber auch allen denen, denen der Weltfrieden am Herzen liegt."

Im Anschluß daran wollen wir aus dem berüchtigten Hugenberg-Briefe einige Sätze zitieren, aus denen hervorgeht, mit welchem Ungeschick Dr. Hugenberg die Amerikaner behandelt und mit welchem Eifer er auch in diesem Schreiben wieder den Kredit Deutschlands in Amerika zu erschüttern bestrebt ist. Es hieß in dem Briefe:

„Aus eigener Kraft hat Deutschland seit dem Dawes-Pakt nichts zu zahlen vermocht. Zur Zeit zahlen also die Amerikaner die Tributlasten Deutschlands. Sie sind es, die — sicherlich ohne bösen Willen, aber tatsächlich — den Militarismus Frankreichs finanzieren, den Engländern ihren Flottenbau ermöglichen. Sie sind es, die auch dem Marxismus in Deutschland die Mittel in die Hand geben, staatssozialistische und wirtschaftssozialistische Experimente zu machen. Unter der Last der mit Hilfe von Anleihen bezahlten Tribute verarmt Deutschland immer mehr. Es ist eine Lüge, daß Deutschlands Wohlstand wächst, sowie es eine Lüge ist, daß

Deutschland zahlungsfähig sei. Die wachsende Last der Schulden gefährdet schließlich die Anleihen selbst sowie die deutsche Währung ... Unsere Sache ist die Sache aller derjenigen Elemente, die den Kampf gegen das Chaos wollen. Macht man uns durch eine unvernünftige Regelung der Tributlasten den Kampf unmöglich, dann bricht das Chaos über Deutschland und damit über Europa herein und bringt schließlich die ganze zivilisierte Welt in Gefahr."

Die Auflösung der Deutschnationalen Volkspartei schreitet weiter fort. Daran kann auch nichts ändern, daß es dem Parteiführer Dr. Hugenberg gelungen ist, unter der Firma des Reichsausschusses für das Volksbegehren sogar noch den Stahlhelm und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei seiner Partei anzugliedern; denn diese Angliederung ist nur ein rein äußerliches Zweckbündnis, das in dem Augenblick auseinanderfällt, wo es darauf ankommt, zu politischen Fragen grundsätzlich Stellung zu nehmen. Nachdem Hugenberg die deutschnationalen Arbeitnehmer so heftig vor den Kopf gestoßen hat, daß sie sich zu einer besonderen Abwehrgruppe zusammengeschlossen haben, hat er es jetzt, nicht zu seinem Vorteil von dem Abg. Dr. Martin Spahn beraten, fertig bekommen, den Katholikenausschuß, der bisher bei der Deutschnationalen Volkspartei bestand, zum Auffliegen zu bringen. Das geschah durch die Taktik, die er der deutschnationalen preußischen Landtagsfraktion hinsichtlich ihrer Stellungnahme zum Konkordat vorschrieb. Die in der Landtagsfraktion befindlichen Katholiken waren — wie offenbar auch andere Mitglieder der Fraktion — durchaus bereit, dem Konkordat ihre Zustimmung zu erteilen. Dr. Hugenberg aber drohte mit Fraktionszwang und erreichte es dadurch auch, daß die ganze deutschnationale Landtagsfraktion gegen das Konkordat stimmte mit Ausnahme des katholischen Abg. Goldau, eines Gutsbesitzers in Ostpreußen, der dann auch prompt aus der Fraktion ausgeschlossen wurde. Die übrigen katholischen Mitglieder der Fraktion fügten sich dem Fraktionszwang. Dagegen kam es in dem Katholikenausschuß zu erregten Auseinandersetzungen, deren Folge war, daß der Vorsitzende des Katholikenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei, Freiherr v. Landsberg-Steinfurth, diesen Vorsitz, den er neun Jahre innehatte, niederlegte und aus dem genannten Ausschuß austrat. Mit ihm haben bisher folgende Mitglieder ihren Austritt aus dem Ausschuß erklärt: der stellvertretende Vorsitzende Dr. Lejeune, Exz. Wallraf, Prof. Ziesche, Freiherr von Schönberg, Prof. Max Buchner und Dr. Glasebock.

Freiherr v. Landsberg begründete seinen Entschluß in einem Schreiben an den Parteivorsitzenden Hugenberg damit, daß er das Vorgehen der Landtagsfraktion in der Konkordatsfrage nicht zu hindern vermocht habe und somit die seinerzeit gegenüber den deutschnationalen Katholiken übernommene Bürgschaft in diesem Fall nicht habe einlösen können. Geheimrat Hugenberg antwortete mit einem Schreiben, in welchem er wiederholt den streng paritätischen Charakter der Deutschnationalen Volkspartei behauptete. Ob es ihm aber durch solche Redensarten gelingen wird, die katholischen Mitglieder bei der Partei zu halten, das ist sehr fraglich.

Wirtschaftspartei

Steuerpolitik der Wirtschaftspartei. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach sämtliche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0148

Realsteuern, d. h. die Grund- und Gewerbesteuern sowie die Hauszinssteuer, aufgehoben und als Ersatz dafür die Einkommen- und Vermögenssteuern entsprechend erhöht werden sollen. Was bedeutet das? Nach dem Rechnungsjahr 1927/28 hat die Einkommensteuer einschließlich Lohn- und Körperschaftssteuer 3,127 Milliarden, die Vermögenssteuer 0,540 Milliarden gebracht, dagegen die Grund- und Gewerbesteuern 1,589 Milliarden und die Hauszinssteuer 1,611 Milliarden RM. Die Realsteuern ergaben also zusammen 3,2 Milliarden, die Einkommen- und Vermögenssteuern zusammen 3,7 Milliarden. Eine Abschaffung der Realsteuern würde also annähernd eine Verdoppelung der derzeitigen Steuersätze für die Einkommen- und Vermögenssteuer zur Folge haben. Kann es auch nur in der Wirtschaftspartei jemanden geben, der da glaubt, daß solche Vorschläge überhaupt durchführbar sind? Es handelt sich hier wieder einmal um einen demagogischen Antrag schlimmster Sorte, den unmöglich selbst ein wirtschaftsparteilicher Abgeordneter ernst nehmen kann. Draußen im Lande aber renommieren die Parlamentarier der Wirtschaftspartei unter Hinweis auf den eben erwähnten Antrag wieder einmal damit, daß sie als einzige wirklich bereit sind, den Gewerbe- und Hausbesitzern zu helfen.

Der rabiate wirtschaftsparteiliche Abg. Grüter. Wie es beinahe dazu gekommen wäre, daß die Wirtschaftspartei nicht für das preußische Konkordat stimmte, darüber weiß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" (zitiert in der „Frankfurter Zeitung" Nr. 490 vom 4. 7. 29) folgendes zu erzählen: Der Landtagsabgeordnete Gastwirt Grüter von der Wirtschaftspartei, der sich besonders stark (gegen die Auffassung seiner eigenen Hertener Parteifreunde) für die Eingemeindung seines Heimatortes Herten nach Recklinghausen eingesetzt hatte, richtete an den Vorsitzenden der Zentrumspartei des Landtages, den Abgeordneten Heß, ein Schreiben, in dem er darauf hinweist, daß es insbesondere seinem Einfluß zu verdanken gewesen sei, daß die Wirtschaftspartei geschlossen für den Abschluß des Konkordats eintrete. Er müsse als Gegendienst von dem Zentrum erwarten, daß es sich in der ihn persönlich stark interessierenden Frage Recklinghausen-Herten mit aller Entschiedenheit für die Ansprüche der Stadt Recklinghausen auf Herten einsetze. Sollte das Zentrum dazu nicht in der Lage sein, so müsse er erklären, daß er seinen ganzen Einfluß aufbiete, die Wirtschaftspartei von der Zustimmung zum Konkordat abzuhalten. Abg. Heß setzte sich nach Erhalt des Schreibens sofort mit dem Vorsitzenden der Wirtschaftspartei im Landtage, dem Abg. Ladendorff, in Verbindung und bat ihn um Aufklärung über den Schritt des Abg. Grüter. Abg. Ladendorff antwortete, daß er mit dem Schritte Grüters nichts zu tun habe. Es ist ja auch schließlich ganz anders gekommen, als Grüter in Aussicht gestellt hat: die Wirtschaftspartei hat Mann für Mann, den Abg. Grüter nicht ausgeschlossen, für das Konkordat gestimmt. Aber immerhin muß man dem Abg. Grüter mildernde Umstände zubilligen, da er schließlich nur dasselbe angedroht hat, was die Wirtschaftspartei schon bei einer anderen Gelegenheit ausgeführt hat: ihr gefiel eine Entschließung des Reichstages zum Heimstättengesetz nicht, und deshalb lehnte sie das Republikschutzgesetz ab.

Wie abfällig die Wirtschaftspartei über die Lehrer denkt, das hat der Abgeordnete dieser Partei, Dr. Rhode, bei der Debatte über den Kultusetat im Preußischen Landtag sehr unmißverständlich aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0149

gesprochen. Er sagte da am 16. 4. 29: „Wir können nicht wohl in die allgemeine Überheblichkeit einstimmen, die in gewissen Kreisen der Lehrerschaft eingerissen ist, wenn sie der Auffassung sind, daß ihre Tätigkeit, die Mitteilung der Bildung an die Schüler, überhaupt die ganze Schulangelegenheit heute das allerwesentlichste sei, daß die Lehrerschaft mit Arbeit überlastet sei wie kein anderer Beruf. Das können wir nicht unterschreiben. Wir sind vielmehr der Auffassung, wenn man vom Mittelstand, vom Arbeiter, vom Landwirt und jedem anderen Berufsstand höchste Arbeit verlangt, daß dann auch die Lehrerschaft das Höchstmaß von Arbeit leisten muß, das man von ihr verlangen kann." Diese Ausführungen machte Abg. Dr. Rhode zur Bekämpfung des Planes, die Pflichtstundenzahl der Lehrer herabzusetzen. Schon vorher hatte er die ganze kulturwidrige Auffassung seiner Partei mit den Worten gekennzeichnet: „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Klassenfrequenz in der heutigen Zeit nicht herabgesetzt werden kann (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei), und daß auch die Zahl der Pflichtstunden, die die Lehrer zu erteilen haben, nicht herabgesetzt werden kann." Als der Wirtschaftsparteiler deswegen von den Vertretern anderer Parteien angegriffen wurde, entschuldigte er sich nicht etwa, sondern verschärfte noch seine Invektiven gegen den Lehrerstand, indem er erklärte: „Durch diese Angriffe werde ich mich in keiner Weise davon abbringen lassen, von einer Überheblichkeit der Lehrer zu sprechen. Das Urteil darüber überlasse ich der Öffentlichkeit. Ich fürchte mich gar nicht vor der Lehrerschaft; Sie können lassen und tun, was Sie wollen; Sie können reden, wie Sie wollen. Ich will es Ihnen noch etwas deutlicher sagen: wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Einfluß der gesamten Lehrerschaft im heutigen politischen Leben den Prozentsatz überstiegen hat, der ihr als solcher zukommt, nicht nur im Reichstag, sondern auch in den Landesparlamenten, den Kommunalparlamenten und überall. ... Im übrigen, wenn sich die Herren so reichlich im politischen Leben betätigen, wie das tatsächlich der Fall ist, so beweist das unserer Ansicht nach auch, daß der Lehrerstand nicht so überlastet ist, wie er es immer zu sein behauptet, sondern noch genügend Zeit für diese Dinge hat." (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.)

Zentrum

Zentrum gegen Verfassung. Im Württembergischen Landtage stellte am 26. 6. 29 bei der Beratung des Etats der Universität die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, daß die Regierung „für eine Durchdringung des Unterrichts in allen Schulen und Hochschulen des Landes mit dem Geiste der in den Verfassungen des Reiches und der Länder niedergelegten staatsbürgerlichen Grundsätze" Sorge tragen soll. Für den Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten nur die Demokraten, der Christliche Volksdienst, die Volksrechtpartei und der Zentrumsabgeordnete Andre. Die Rechtsparteien, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, der Nationalsozialist und die Kommunisten wirkten einträchtig zusammen, um den Antrag zu Fall zu bringen. — Daß das württembergische Zentrum eine ganz besondere Marke ist, weiß man ja schon längst. Daß es sich aber dem politischen Standpunkt der Deutschnationalen schon bis zur Verleugnung des Geistes der Reichsverfassung angenähert hat, das hatte man doch nicht erwartet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0150

Jüdische Zentrumswähler. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Schwering behandelt in der „CV.-Zeitung“ (Nr. 22 vom 31. 5. 29) das Verhältnis des Zentrums zum Judentum und schreibt dabei u. a.: „Die Fühlung zwischen den orthodoxen jüdischen Kreisen und dem Zentrum ist sogar eine recht enge. Hier geht es um gemeinsame Interessen, z. B. in der Frage der konfessionellen Schule, und es ist in Zentrumskreisen nicht unbekannt, daß gerade aus diesen Schichten zahlreiche jüdische Wähler stammen, die bei den Wahlen dem Zentrum ihre Stimme geben.“

Deutsche Volkspartei

Angenehme Koalitionsgenossen. In den „Berliner Stimmen“, einer Wochenschrift, die sich ausdrücklich als „parteiamtliches Organ der Deutschen Volkspartei“ bezeichnet, findet sich, wie die „Deutsche Zeitung“ (Nr. 166 vom 18. 7. 29) berichtet, eine Betrachtung über die Bedeutung des 11. August und des 28. Juni (Ratifikation des Versailler Friedensvertrages). Darin äußert sich das Blatt zur Verfassungsfeier am 11. August u. a. folgendermaßen:

„Aber was macht man aus dieser Verfassungsfeier? Das Wort Rummel ist vielleicht ein bißchen hart, aber es drängt sich unwillkürlich auf. Und was da geschieht, ist schlimmer als Rummel, es ist Gesinnungszwang und Gesinnungsschnüffelei . . .“

Nachdem das Blattt dann seinen Witz daran geübt hat, daß das Reichsbanner der Hauptträger aller Festlichkeiten am 11. August sein soll, stellt es die Frage, aus welchem Fonds die Mittel zu diesen Feiern kommen. Es heißt da:

„Der ‚Fonds zum Schutz der Republik‘ im Reichsinnenmisterium beträgt nach dem Sparprogramm der Regierungsparteien nur noch 200 000 Mark. Ursprünglich waren 400 000 Mark angesetzt — ausdrücklich mit dem Hinweis auf die zehnjährige Wiederkehr des Verfassungstages. Wird dieser Topf etwa vollkommen geleert? Dann würde ja Herr Severing kein Geld mehr für den Schutz der Republik haben! Allem Anschein nach kosten alle diese Feiern aber mehr als 200 000 Mark. Wo kommt das Geld her? Wenn man sich recht erinnert, wußte der deutsche Finanzminister vor einigen Wochen nicht, wie er die Gehälter seiner Beamten am Monatsersten bezahlen sollte, denn die Reichskassen waren leer, und die Banken nicht sehr borgebereit. Aber was macht das. Am 28. 6. durften wir nicht feiern, am 11. August müssen wir.“

So spricht das amtliche Organ einer Partei, deren Führer als Außenminister im Kabinett sitzt!

Sozialdemokratische Partei

Die Sozialdemokraten intrigieren gegen Minister Becker. Den Sozialdemokraten ist der weltanschauungsmäßig zu den Demokraten gehörende preußische Kultusminister Dr. Becker schon lange ein Dorn im Auge, weil sie das Kultusministerium für ihre Partei beanspruchen. Sie haben auch schon einen Anwärter für diesen Ministerposten in feste Aussicht genommen, nämlich den Abg. König, Potsdam, der früher Volksschullehrer und jetzt Oberregierungs- und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0151

Schulrat ist, und über dessen Qualitäten die Urteile sehr verschieden lauten. Als nun am 11. 7. 29 im Preußischen Landtage ein Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Dr. Becker — zwischen einem Mißtrauensantrag gegen das gesamte Staatsministerium und einem Mißtrauensantrag gegen den Minister des Innern Grzesinski — zur Abstimmung kam, beteiligten sich eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter, die bei dem vorhergehenden und auch bei dem nachfolgenden Mißtrauensantrag ihre Stimme abgaben, nicht an der Abstimmung. Schon vorher war im Landtage bekannt geworden, daß auf diese Weise versucht werden sollte, dem Mißtrauensvotum eine Mehrheit zu verschaffen und den Kultusminister zu stürzen. Dann wäre die Gelegenheit gegeben, Dr. Becker durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten zu ersetzen. Der üble Plan scheiterte jedoch da die Regierungsparteien trotzdem die Majorität behielten. Immerhin verringerte sich die Stimmenzahl der Koalitionsparteien, die bei dem Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett 213 betragen hatte, auf 201. Die 14 sozialdemokratischen Abgeordneten (es traten bei der Abstimmung über Becker auch einige andere zufällige Verschiebungen ein), die der Abstimmung über das Mißtrauensvotum über Dr. Becker fernblieben, waren Frau Bollmann, Bugdahn, Dr. Hamburger, Heilmann-Berlin, Frau Jensen, Frau Jourdan, Frau Kirschman-Röhl, Kleinert, Frau Oestreicher, Rehbein, Röhle, Schallock, Frau Wachenheim, Frau Dr. Wegscheider. Hiervon gehören nicht weniger als drei, nämlich Frau Bollmann, Dr. Hamburger und Heilmann, dem Fraktionsvorstand an; Heilmann ist sogar Fraktionsvorsitzender.

Sozialdemokratie und Konkordat. Bei der Abstimmung über das Konkordat im Preußischen Landtage hatten die Sozialdemokraten Fraktionszwang beschlossen, so daß alle anwesenden Mitglieder der Fraktion für das Konkordat stimmten. An demselben 9. Juli aber, wo die dritte Lesung des Konkordatgesetzes stattfand, erließen 16 Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion folgende Erklärung:

„Die unterzeichneten Mitglieder der Fraktion der S. P. D. des Preußischen Landtages sind gemäß den Grundsätzen des Parteiprogramms G e g n e r der Regelung der Verhältnisse des preußischen Staates zur katholischen Kirche durch ein K o n k o r d a t. In der Fraktion mit dieser Auffassung in der Minderheit geblieben, fügen sie sich dem Fraktionsbeschluß auf Abstimmungszwang, indem sie die Geschlossenheit der Fraktion und die Parteieinheit ihrer persönlichen Auffassung voranstellen."

Unterschrieben ist diese Erklärung von den Abgg. Schallock, Harnisch, Sabath, Maderholz, Meier-Berlin, Fechner, Zachert, Weiner, Kleinspehn, Franken, Weidemann, Otter, Klaußner, Mehrhof, Wick und Kirchmann. Alle diese Abgeordneten haben mit Ja gestimmt. Es fehlten bei der Abstimmung außer den als krank gemeldeten Abgeordneten o h n e E n t s c h u l d i g u n g die Abgg. Adolf H o f f m a n n (der Zehngebote-Hoffmann) und W i t t m a a c k.

Kommunisten

Pflichtgetreue Kommunisten. Ein immerhin nicht alltäglicher Vorfall ereignete sich am 24. 4. 29 im Preußischen Landtag. Der kommunistische Abg. B e c k e r - Wilmersdorf hielt eine fulminante Rede zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung, an der aber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0152

die übrigen Kommunisten so wenig Interesse hatten, daß nicht ein einziger von ihnen im Saale war, um sie zu genießen. Was den Kommunisten recht ist, ist natürlich den übrigen Parteien billig; die im Saal bis dahin vorhandenen Abgeordneten anderer Parteien hatten ebenfalls keine Lust zuzuhören, wenn die Kommunisten sich drückten, und gingen auch hinaus. So blieb Abg. Becker allein mit dem Landtagspräsidenten und den Schriftführern im Saal und es dauerte geraume Zeit, bis vier von den 56 Abgeordneten der KPD. sich bereit fanden, ihrem Gesinnungsgenossen ein williges Ohr zu leihen. Der auf den Abg. Becker folgende Redner, der Wirtschaftsparteiler Haase, konnte es sich nicht versagen, zu Beginn seiner Ausführungen festzustellen, „daß während der Rede meines Herrn Vorredners eine Zeitlang nur ein einziger Herr im Hause war, nämlich der Herr Vorredner, und daß alle Parteien gefehlt haben." So ist diese Episode auch in die amtlichen Protokolle des Landtages gekommen.

Splittergruppen

Die Nutzlosigkeit von Bauernparteien. Unter der Überschrift „Was die Bauern lernen müssen" behandelt Dr. Georg Heim, der bayerische „Bauerndoktor", die Frage nach der Zweckmäßigkeit von Bauernparteien, um sie entschieden zu verneinen. Nach einem Rückblick auf die im Reichstage neuerdings für die Landwirtschaft erzielten Erfolge schreibt er:

„Alle bäuerlichen Vertreter des Reichstages zusammen hätten noch nicht die geringste Forderung durchgebracht, denn unter 491 Reichstagsabgeordneten befinden sich 67 landwirtschaftliche Vertreter, also noch nicht einmal der siebente Teil. Die Mehrheit, die für jeden Beschluß notwendig ist, beträgt 246. Es fehlen also 179 Stimmen zur Mehrheit. Daraus geht nun hervor, daß ohne die Hilfe anderer Stände und anderer Parteien überhaupt nichts erreicht werden kann. Das ist eine glänzende Bestätigung für den von mir, wie neulich jemand gemeint, zeitlebens mit Starrheit vertretenen Grundsatz, daß die Gründung von Bauernparteien der Landwirtschaft nichts nütze."

Dr. Heim, der der überwiegend agrarischen Bayerischen Volkspartei angehört, beruft sich sodann auf das Zeugnis des Zentrumsabgeordneten Dr. Hermes, der in einer Versammlung zu Kötzting gesagt hat:

„Gerade wir im Christlichen Bauernverein, die wir in die Minderheit gedrängt sind, haben immer die notwendige Verbindung aller Stände gepredigt. Ich bin ein Verneiner der Bildung von Bauernparteien, die nur dazu führen, die Landwirtschaft zur Einflußlosigkeit in den Parlamenten zu verurteilen. Die anderen Stände müssen eben überzeugt und für unsere Sache gewonnen werden."

Auch gegen die Anschauung, daß eine einheitliche Bauernpartei — statt der jetzigen Zersplitterung — etwas erreichen könne, weist Dr. Heim zurück, indem er rundheraus erklärt:

„Angenommen, die Vertreter sämtlicher deutschen Bauern würden heute in einer Partei vereinigt im Reichstage sitzen, wie stünde es dann um die Forderung der Bauern? Ich spreche hier meine feste Überzeugung aus: Es wäre nichts erreicht worden!"

Ihrer Beamtenfeindlichkeit hat die Christliche Bauernpartei von neuem deutlichen Ausdruck verliehen, indem sie im Reichstage am

25. 4. 29 in einer Entschließung einen Gesetzentwurf mit dem Ziele verlangte, „die für die Wirtschaft unerträglichen Folgen des letzten Beamtenbesoldungsgesetzes durch entsprechende Kürzung der dort festgesetzten Bezüge unter Schonung der wirtschaftlich Schwächsten zu beseitigen".

Nationalbolschewisten

Der Gedanke des engen Zusammenarbeitens zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, der seinerzeit bald nach der Revolution auftauchte, und schon vor Jahr und Tag zu charakteristischen gegenseitigen Anbiederungen namhafter Mitglieder der beiden Parteien führte, ist keineswegs tot, im Gegenteil bei der immer weiter fortschreitenden Radikalisierung der Nationalsozialisten ist er augenblicklich lebendiger als je und in der parlamentarischen Tätigkeit der beiden Parteien bereits in die Praxis überführt worden. Die Vorstellung, von der sich Nationalsozialisten wie Kommunisten bei diesem scheinbar widersinnigen Bündnis leiten lassen, geht dahin, daß es zunächst darauf ankomme, durch gemeinsame Tätigkeit aller umstürzlerischen Elemente den Gegenwartsstaat zu untergraben und zur Vernichtung zu bringen. Auf den Trümmern des danach entstehenden Chaos will man dann den Zukunftsstaat errichten, wobei jeder dieser beiden sauberen Brüder hofft, den anderen übers Ohr hauen zu können. Dann würden sich also die Auseinandersetzungen zwischen diesen Komplicen abzuspielen haben; vorläufig ist man in den skrupellosen Angriffen auf den heutigen Staat durchaus einig, und es tut dieser Einigkeit nicht den geringsten Abbruch, wenn die beiden radikalen Richtungen sich gelegentlich einmal verprügeln und ermorden. Man schlägt sich, man verträgt sich.

Wie weit die gegenseitige Annäherung von Nationalsozialisten und Kommunisten im Parlament bereits gediehen ist, das möge eine Liste von namentlichen Abstimmungen aus der letzten Zeit zeigen, bei der die genannten zwei Parteien zusammen gegen sämtliche übrigen Parteien stimmen. Dieses Zusammenstimmen geschah allerdings noch viel öfter bei gewöhnlichen Abstimmungen, aber hier fehlt leider die Möglichkeit einer dokumentarischen Feststellung.

16. 11. 28: Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener.

17. 11. 28: Bewilligung von 30 Millionen für die ausgesperrten Arbeiter in Nordwest.

17. 11. 28: Gewährung von Arbeitslosenunterstützung für die ausgesperrten Arbeiter in Nordwest.

8. 2. 29: Für Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufsgruppen und für Aufhebung jeder zeitlichen Beschränkung.

8. 2. 29: Für Verlängerung der Krisenunterstützung auf ein Jahr an alle über 40 Jahre alten Personen während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit.

15. 5. 29: Für die Ersetzung der vorgeschlagenen neuen Reichssteuern durch Besteuerung der großen Vermögen von mehr als 500 000 Mark.

3. 6. 29: Für den kommunistischen Demonstrationsantrag auf Einstellung von 5 Millionen in den Etat für Kinderspeisungen.

12. 6. 29: Für Annullierung des bayerischen Konkordats.

12. 6. 29: Für Verbot des Abschlusses eines Preußenkonkordats.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0154

Das Zusammenstimmen mit den Kommunisten wird den Nationalsozialisten dadurch besonders erleichtert, daß die letzteren immer mehr den Charakter einer sozialistischen Partei annehmen, den sie allerdings schon von Anfang an in gewissem Umfange besessen haben. Um nur ein paar Beispiele aus den parlamentarischen Verhandlungen zu erwähnen, so sei auf folgendes hingewiesen:

Am 29. 11. 28 erklärte sich der nationalsozialistische Abg. Dr. Frick mit Entschiedenheit gegen das Weiterbestehen der Technischen Nothilfe, weil die Gefahr vorliege, daß sie als „Streikbrecherorganisation" mißbraucht werden könnte.

Am 13. 12. 28 sprach sich der Nationalsozialist Stoehr gegen den Gesetzentwurf über eine Sonderfürsorge im Falle berufsüblicher Arbeitslosigkeit aus, aber nur darum, weil die Fürsorge ihm nicht weit genug geht: „Wir lehnen die Regierungsvorlage ab, weil sie einen Zwang enthält, die Bedürftigkeit des Anspruchsberechtigten zu prüfen. Wir haben die Notwendigkeit der Bedürftigkeitsklausel in allen vorhandenen sozialen Versicherungseinrichtungen stets verneint."

An demselben Strange mit den Kommunisten zogen die Nationalsozialisten auch bei der Beratung und Beschlußfassung über eine Winterbeihilfe an soziale Kleinrentner. Die Kommunisten hatten einen Antrag in diesem Sinne gestellt, der jedem Hauptunterstützungsempfänger 30,— Mark, jedem Unterhaltsberechtigten 10,— Mark zusicherte. Der Sozialausschuß des Reichstags empfahl Ablehnung. Während am 14. 12. 28 bei der Beratung im Plenum sogar die Sozialdemokraten den Antrag auf eine einmalige Unterstützung ablehnten, trat der Nationalsozialist Stoehr mit Begeisterung dafür ein, indem er u. a. hervorhob: „Wenn die Kommunisten verlangen, daß den Sozialrentnern und Kleinrentnern — sie haben noch die Erwerbslosen dazugenommen — auch dagegen ist an sich nichts einzuwenden, eine Weihnachtsbeihilfe bekommen sollen, dann ist eine solche Forderung in vollem Umfange berechtigt." Man werde „es niemandem, der ein soziales Empfinden hat und soziale Verantwortung spürt, verdenken, wenn er sagt; schön, dann stimmen wir den Anträgen der Kommunisten zu, die im Grunde doch weiß Gott nichts Ungeheuerliches und Ungebührliches beanspruchen." Es war Stoehr trotz der ungünstigen finanziellen Lage des Reiches sehr gleichgültig, wieviel diese einmaligen Zuwendungen im ganzen beanspruchen. Er fügte dem eben zitierten Satze die folgenden hinzu: „Unter diesen Umständen können wir ruhig sagen: Dann nehmen wir dieses Defizit zu den anderen schon vorhandenen Fehlbeträgen noch hinzu. Der Herr Abg. Schneider hat, glaube ich, von 230 Millionen gesprochen, die erforderlich wären. Dann wäre also das Defizit um diesen Betrag höher."

Die Annäherung an den Radikalismus der Bolschewisten vollzieht sich aber bei den Nationalsozialisten nicht nur in der praktischen Arbeit des Parlaments, sondern auch theoretisch und programmatisch. Die „Leipziger Volkszeitung" (Nr. 165 v. 18. 7. 29) teilt aus einem nationalsozialistischen Programmentwurf bezeichnende Einzelheiten mit. Vorausgeschickt sei, daß die Nationalsozialisten sich in mehrere Gruppen gliedern, deren Einheitlichkeit nach außen hin nur mit einiger Mühe bisher aufrechterhalten worden ist. Es gibt da die „Faschisten" um Goebbels und Ley, die „Zentristen", um Hitler und Rosenberg, und „die Sozialisten" um Straßer und Reventlow. Dazu kommt nun noch eine vierte ganz ultralinke

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0155

Richtung, die sich selbst „Sozialrevolutionäre Linke der N.S.D.A.P." nennt und etwa auf dem Boden der Bolschewisten steht. Von ihr rührt das eben erwähnte Programm her, das vorläufig als Bürstenabzug verbreitet worden ist. Gleich der Eingang des Programms bringt ein Bekenntnis zum Klassenkampf. Es heißt da:

„Die N.S.D.A.P. ist eine sozialistische Partei. Sie weiß, daß die freie deutsche Nation erst durch die Befreiung der werktätigen Massen Deutschlands von jeder Form der Ausbeutung und Unterdrückung erstehen kann. Die N.S.D.A.P. ist eine Arbeiterpartei. Sie bekennt sich zum Klassenkampf der Schaffenden gegen die Schmarotzenden aller Rassen und Bekenntnisse."

Sodann bringt der Punkt 5 die Forderung des Rätestaates, so wie er in Sowjetrußland verwirklicht worden ist, in folgenden Sätzen:

„Beseitigung der korumpierenden Parlamentswirtschaft; Verwirklichung der Selbstverwaltung des arbeitenden Volkes auf der Grundlage der Betriebe unter Ausschaltung und Zertrümmerung des Organisationsapparates aller Parteien; organisatorische Form der Selbstverwaltung ist der Volks-Rätestaat; der Räte-Aufbau gliedert sich von unten nach oben durch indirekte Wahl aus den Räteformationen."

Der Gedanke der Vollsozialisierung der Produktionsmittel wird in Punkt 11 ausgesprochen. Man liest da:

„Überführung aller Wirtschaftsmittel des Landes in den Gemeinbesitz der Nation."

Zum Schluß werden für die deutsche Außenpolitik folgende Richtlinien aufgestellt:

„Erste Aufgabe der nationalsozialistischen Außenpolitik ist deshalb die Organisation der revolutionären Verteidigung gegen die imperialistischen Mächte. Bündnis mit der Sowjetbundunion und Unterstützung der revolutionären Bewegungen in allen Ländern der Welt, die sich gegen das internationale Finanzkapital richten."

Das könnte ebensogut ein hundertprozentiger Kommunist geschrieben haben. Man darf gespannt sein, ob dieses Programm in den Kreisen der Jugend, für die es bestimmt ist, viele Anhänger gewinnt, und ob es der hinter ihr stehenden Richtung gelingt, in der Nationalsozialistischen Gesamtpartei den Sieg davonzutragen. Viel fehlt ja ohnehin den Nationalsozialisten nicht mehr an diesem tatsächlichen Übertritt zum Kommunismus.

*

Deutsche Jungdemokraten

Die Bundesleitung der deutschen Jungdemokraten erläßt folgenden

Aufruf an die radikale Jugend Europas!

Kameraden!

Mehr als zehn Jahre trennen uns von dem Ende des großen Krieges, dessen Nachwehen noch immer auf den Völkern Europas lasten. Unzählige Wunden, die der vierjährige, menschenvernichtende Kampf den Völkern geschlagen hat, sind noch nicht geheilt; Mißtrauen und Furcht verhindern die restlose Beseitigung aller wirt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0156

schaftlichen und politischen Spannungen, die zwischen den Völkern bestehen, und drohen zu neuen gewaltsamen Auseinandersetzungen zu führen.

Unter diesen Umständen sind wir deutsche Jungdemokraten entschlossen, mit allen Kräften für die Verständigung der europäischen Nationen zu arbeiten, um neuen kulturellen und wirtschaftlichen Niedergang von unseren Völkern fernzuhalten. Aber diese Verständigung ist uns mehr als eine auf den Tag gestellte Forderung nationaler Politik. Sie ist für uns der Ausdruck der europäischen Kulturgemeinschaft, die unsere Völker verbindet, sie bedeutet die einzig wirksame Sicherung vor neuen Zwistigkeiten und kriegerischen Konflikten. Daher erstreben wir eine Verwirklichung mit vollem Herzen und mit der ganzen Leidenschaft unseres politischen Bekenntnisses.

Über diese Aufgabe hinaus, die uns mit ungezählten Mitstreitern aus anderen Lagern der politischen Jugend in einer Kampffront zusammenführt, erwächst uns als radikaler und demokratischer Jugend Europas noch eine besondere Pflicht. Überall, wohin wir blicken, steht die Demokratie in Europa in schwerem Kampf. Faschismus und Bolschewismus bedrängen die demokratisch-parlamentarischen Institutionen unserer Staaten mit dem Bestreben, den demokratischen Mehrheitswillen des Volkes als Quelle der Politik abzutöten und an die Stelle der Souveränität des Volkes die Herrschaft einer klassenmäßig bestimmten Minderheit zu setzen.

Diese Bestrebungen schießen auf dem Sumpfboden wirtschaftlicher Depressionen und sozialer Kämpfe üppig hervor. Sie machen sich die wirtschaftliche Notlage der durch den Krieg und die Nachkriegsjahre verarmten Volksschichten mit demagogischen Schlagworten zunutze; sie wenden sich an die Arbeiter und die Angestellten, die ihr Selbstgefühl in dem Getriebe der industriellen Mechanisierung und ständig zunehmenden sozialen Abhängigkeit zu verlieren fürchten; sie peitschen den Arbeitslosen, der sich hungernd, verzweifelnd abgeschnitten sieht von schaffender Arbeit, gegen den Staat und seine Träger auf; sie suchen die Massen der Bauern, die nach Raum, Absatz, Kultur verlangen, dem Staat und dem Staatsgefühl zu entfremden.

In dieser Situation darf die europäische Demokratie sich nicht mit der Verteidigung des Bestehenden begnügen; sie würde dann, in die Defensive gedrängt, zugunsten einer verantwortungslos unsachlichen Politik auf die Macht verzichten, einer Politik, die Europa in neue Unruhen und unvorstellbares Elend stürzen würde.

Sie muß zum Angriff übergehen! Nur dadurch, daß sie neue, kühne und radikale Lösungsmöglichkeiten für die wirtschaftlichen und sozialen Nöte aufzeigt und mit Blut und Konsequenz an ihrer Durchführung arbeitet, wird sie sich behaupten und verlorenes Terrain zurückgewinnen können.

Dazu aber bedarf es des Bekenntnisses und der Arbeit der jungen demokratischen Generation aller Länder. Die Männer, die heute in der Führung der Parteien stehen, sind zum Teil durch die schwere Last einer jahrelangen, mühseligen Verantwortung für Regierung und Verwaltung verbraucht oder müde und resigniert geworden; sie haben nicht mehr die innere Spannkraft, um Notwendiges zu erkennen oder der Erkenntnis des Notwendigen gemäß ihre Politik zu gestalten. Hier muß der unverbrauchte Optimismus, das temperamentvolle Bekenntnis, der ursprüngliche Glaube an die Demokratie,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0157

der der radikalen Jugend zu eigen ist, sein Recht fordern und um Einfluß auf die praktische Politik ringen.

Eine Aussprache über die so gezeichnete Situation der europäischen Demokratie herbeizuführen und die Möglichkeit zu einer gemeinsamen kameradschaftlichen und von dem tiefen Gefühl der Verantwortung für die Zukunft Europas getragenen Zusammenarbeit zu schaffen, soll der Zweck eines Kongresses sein, zu dem wir deutsche Jungdemokraten unsere Kameraden aus den radikalen, liberalen und demokratischen Jugendorganisationen aller Länder Europas hiermit auf das herzlichste einladen. Der Kongreß soll vom 13. bis 17. November d. J. in Berlin stattfinden.

Wir hoffen von euch, Kameraden, an die dieser Aufruf ergeht, Zustimmung und Mitarbeit an unserem Plan einer innigen Zusammenarbeit der europäischen radikalen Jugend.

Wir wollen den Kampf aufnehmen mit allen denen, die der Freiheit der Menschen und der Verständigung der Völker sich in den Weg stellen.

Wir wollen kämpfen für das Menschenrecht gegen Unterdrückung und Diktatur. Wir wollen kämpfen für den europäischen Frieden.

Mit kameradschaftlichen Grüßen!

Die Bundesleitung der deutschen Jungdemokraten

Ernst Lemmer, Dr. Hellmuth Jaeger, Ernst Reichelt.

Tagung der thüringischen Jungdemokraten. Der Vorstand der Jungdemokraten Thüringens hielt am 14. Juli 1929 in Erfurt eine Sitzung ab, zu der auch eine große Anzahl von Vertretern fast aller Ortsgruppen erschienen war. An ein Referat von Dr. Jobst über die thüringische Politik schloß sich eine Aussprache, aus der sich ergab, daß die Jungdemokraten in ihrer Beurteilung der thüringischen Politik völlig einig sind mit der Auffassung der übrigen Mitgliedschaft der Partei, die sich nahezu an allen Orten Thüringens in einer sehr ernsten und warnenden Kritik Luft gemacht hat. Man war sich auch darin mit der Gesamtpartei völlig einig, daß mit Erfolg nur von Grund auf Wandel geschaffen werden könne, und man besprach eingehend die Wege zu diesem Ziele, wie sie schon in den verschiedenen Ortsgruppen der Demokratischen Partei vorgeschlagen worden sind. Mit voller Entschiedenheit und Energie sprachen sich die Jungdemokraten für die Schaffung des deutschen Einheitsstaates aus. Alsdann entspann sich eine Debatte über den Wormser Bundestag, die auf dem nächsten Vertretertag Thüringens fortgesetzt werden soll.

Gründung einer „Gruppe junger Demokraten" in Würzburg. Der Demokratische Studentenbund in Würzburg und junge Demokraten hatten Anfang Juli zu einer Versammlung eingeladen, in der Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer über „Junge Republik" sprach. Abg. Lemmer führte aus: Die junge Generation hat kein Recht über Überalterung in der Politik zu klagen, solange sie abseits steht. Das Durchschnittsalter des jetzigen Reichstages übertrifft leider das Durchschnittsalter aller vorhergehenden Reichstage. Sicher hat die ältere Generation das Ihre getan, aber die junge Generation hat Anspruch darauf, daß sich der Generationenwechsel rascher vollzieht. Was hindert nun, außer dieser Überalterung des politischen Lebens, die Jugend an der politischen Arbeit? Einmal der überstiegene und übertriebene Parteihader, ferner das geltende Wahlrecht mit seinem Listensystem, die Monotonie der parlamentarischen Arbeit und die Parteien-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0158

zersplitterung, denn die Jugend will große politische Gesichtspunkte sehen. Das alles muß unbedingt anders werden: wir brauchen einen Volksstaat, hinter dem ein Staatsvolk steht, sonst wird der Staat zur Bürokratie. Gerade von der jungen Generation aus müssen nun die Kräfte ausgelöst werden, die in das Parteigefüge eingreifen. Wir müssen alle Hemmungen überbrücken, die der politischen Mitarbeit entgegenstehen, wenn wir wollen, daß der neue Staat, der zeitlich jung ist, auch innerlich jung wird. Der Vortrag fand reichen Beifall. Zum Schluß forderte Lemmer zum Beitritt zu einer zu gründenden Gruppe junger Demokraten auf. Dieser Aufforderung wurde in weitgehendem Maße Folge geleistet.

*

Demokratisches Schrifttum

Nachtrag*)

Abegg, Dr. W., Staatssekretär: Für den neuen Staat. Verlag von Gersbach & Sohn, Berlin W 35, 1929. 92 S. Preis 2,50 RM.

Bäumer, Dr. Gertrud: Grundlagen demokratischer Politik. Verlag G. Braun, Karlsruhe 1928. 59 S. Preis brosch. 3,— RM., geb. 3,50 RM.

Bender, Dr. Karl Ludwig: Jugenderinnerung eines alten Achtundvierzigers. Herausgegeben von Dr. Alfred Oehlke. Verlag der Breslauer Zeitung. 49 S. Preis 1,20 RM.

Deutsch, Regine: Parlamentarische Frauenarbeit. I. und II. Teil. Verlag von F. A. Herbig, Berlin.

Eckard, Hans von, Prof. Dr.: Grundzüge der Politik. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau. 144 S. Preis 3,50 RM.

Eickhoff, Prof. Richard: Politische Profile. Verlag Karl Reißner, Dresden 1927. 223 S.

Erkelenz, Anton: Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik. Sieben Stäbe-Verlag, Berlin. 584 S. und 24 S. Abbildungen. Pr. gebunden 12,— RM. (Vorzugspreis 6,— RM. durch die Reichsgeschäftsstelle der D. D. P.).

Erkelenz, Anton, und Fritz **Mittelmann:** Carl Schurz, der Deutsche und der Amerikaner. Sieben Stäbe-Verlag, Berlin 1929. 264 S. Preis 12,— RM.

Heger, Dr. Klaus: Die Deutsche Demokratische Partei in Württemberg und ihre Organisation. Verlag Theodor Weicher, Leipzig 1927. 133 S.

Hellpach, Dr. Willy: Politische Prognose für Deutschland. Verlag S. Fischer, Berlin 1928. 520 S. Preis geh. 8,— RM.

— Prägung. 12 Abhandlungen aus Lehre und Leben der Erziehung. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig. 263 S. Preis geh. 8,— RM., geb. 10,— RM.

— und Prof. Dr. **Graf zu Dohna:** Die Krisis des Deutschen Parlamentarismus. Referate auf der Tagung deutscher Hochschullehrer zu Weimar 1927. Verlag G. Braun, Karlsruhe 1927. 35 S.

Heuß, Dr. Theodor: Führer aus deutscher Not. Weltgeistbücher Verlagsgesellschaft, Berlin-Charlottenburg. Preis 1,25 RM.

Höpker-Aschoff, Dr. Hermann: Deutscher Einheitsstaat. Ein Beitrag zur Rationalisierung der Verwaltung. Verlag von Georg Stilke, Berlin. 27 S. Preis 1,— RM.

— Die Fortbildung des Haushaltsrechts. Preußische Druckerei- und Verlagsaktiengesellschaft, Berlin 1928. 36 S.

*) Vgl. „Demokrat", Jahrg. 1927. Nr. 14, S. 295.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0159

Koch-Weser, Erich: Der großdeutsche Einheitsstaat. (Verhandlungen des Hamburger Reichsparteitags der D. D. P. Herausgegeben von der Reichsgeschäftsstelle der D. D. P, Berlin SW 11, Bernburger Str. 18.) 56 S. Preis 0,80 RM.

— Einheitsstaat und Selbstverwaltung. Sieben Stäbe-Verlag, Berlin. 58 S. Preis 2,50 RM.

— Rußland von heute. Das Reisetagebuch eines Politikers, mit 16 Bildtafeln. Karl Reißner-Verlag, Dresden 1928. 200 S. Preis geh. 4,50 RM., geb. 6,50 RM.

Külz, Dr. Wilhelm: Deutschland, Jahrbuch für das deutsche Volk, 1929. Helingsche Verlagsanstalt, Leipzig C 1 1929. 164 S.

Luppe, Dr. Hermann: Der großdeutsche Einheitsstaat. (Verhandlungen des Hamburger Reichsparteitags der D. D. P. Herausgegeben von der Reichsgeschäftsstelle der D. D. P., Berlin SW 11, Bernburger Str. 18.) 56 S. Preis 0,80 RM.

Materialien zur demokratischen Politik. Herausgegeben von der Reichsgeschäftsstelle der D. D. P., Berlin SW 11, Bernburger Str. 18. Neuerdings erschienen: Kleinrentner (Nr. 144); Wer hilft dem Mittelstand? (Nr. 145).

Mommsen, Prof. Dr. Wilhelm: Paul de Lagarde als Politiker. Verlag Vandenhouk & Rupprecht, Göttingen 1927. 30 S. Preis 1,20 RM.

— Johannes Miquel. Erster Band 1828—1866. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. 402 S. Preis geb. 10,— RM.

Müller, A.: Der Staatsbürger. Durchgesehen und ergänzt von Oberbürgermeister Dr. Oehler. 4. Auflage. Verlagsbuchhandlung Jakob Lintz, Trier 1928.

Naumann, Margarete: Friedrich Naumanns Kindheit und Jugend. Verlag Leopold Klotz, Gotha 1928. 121 S. Preis 4,— RM.

Rade, Prof. D. Martin: Die Verpflichtung der Kirche zur Friedensarbeit. Kaisers Verlag, München 1927. 15 S.

Rauecker, Dr. Bruno: Rationalisierung als Kulturfaktor. Verlag Reimar Hobbing, Berlin. 182 S. Preis brosch. 7,— .

— Wirtschaftsdemokratie als nationale Aufgabe. Sieben Stäbe-Verlag, Berlin 1929. Preis 2,50 RM.

Schlemmer, Hans: Die Schulpolitik der evangelischen Kirche Preußens. Huttenverlag, Görlitz 1928. 47 S.

Schriftenreihe für politische Werbung. Herausgegeben von der Reichsgeschäftsstelle der D. D. P., Berlin SW 11, Bernburger Str. 18. Es erschienen: Der Wahlkampf 1928 (N. 1); Das Problem des Einheitsstaates (Nr. 2); der Reichsschulgesetzentwurf der Rechtsregierung (Nr. 4); Die Haltung der Parteien zum Reichsschulgesetzentwurf (Nr. 5); Handelsvertragspolitik (Nr. 7); die Agrarpolitik der D.D.P. (Nr. 8); Mittelstandspolitik (Nr. 9); Finanzpolitik (Nr. 10); Übersicht über die gegnerischen Parteien (Nr. 11); Pazifismus (Nr. 12); Deutsche Wirtschaftspartei (Nr. 13); Politische Gegenwartsfragen (Nr. 14). Ein großer Teil der Nummern ist völlig vergriffen.

Wieland, Dr.-Ing. Philipp: Das Projekt der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Selbstverlag des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1929. 96 S.

Die nächste Nummer des „Demokraten“

erscheint am

5. September 1929

Alsdann werden die Nummern des „Demokraten“ wieder wie gewöhnlich am 5. und 20. eines jeden Monats zur Ausgabe gelangen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0160

Aus Büchern und Zeitschriften

Deutsche Einheit — Deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag. Zentralverlag Berlin W 35, 1929. 224 S. Preis in Halbleinen 4,20 RM., in Leder 12 RM.

Dieses Gedenkbuch der Reichsregierung, dessen Auftakt ein Geleitwort des Reichspräsidenten v. Hindenburg und ein Vorwort des Reichskanzlers Müller bilden, weist dem neuen Deutschen Reiche seine Stellung in den Ablauf der deutschen Geschichte. Es läßt zunächst die Stimmen der Vergangenheit sprechen durch die großen Männer der deutschen Nation, aus deren Schriften und Reden besonders markante Zitate entnommen sind. So begleiten wir die deutsche Nation von ihrem Erwachen in der napoleonischen Aera bis zum Weltkrieg. Im zweiten Teil des Buches kommen führende Köpfe des neuen Deutschland zum Wort, aus denen für die Demokraten Gertrud Bäumer, Willy Hellpach und Theodor Heuß genannt seien. Im ganzen ist das Buch eine Wanderung durch die Quellengebiete der nationalen und freiheitlichen Idee, wie das deutsche Schrifttum sie in gleicher Lebendigkeit und umfassender Wahl noch nicht besitzt. Eine besondere Zierde des Buches sind 25 Bildköpfe führender Deutscher aus den letzten hundert Jahren nach künstlerischen Originalzeichnungen, außerdem zahlreiche Kunstblätter mit etwa 100 Abbildungen nach Dokumenten, Gemälden, Akten usw. aus der Geschichte und Gegenwart des Deutschen Volkes.

Sprachenatlas der Grenzgebiete des Deutschen Reiches. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. 6. 25. Bearbeitet vom Preußischen Statistischen Landesamt. Zentralverlag, Berlin 1929. Preis 20,— RM.

Die Reichszentrale für Heimatdienst, die diesen Sprachenatlas herausgegeben hat, hat sich mit der Veröffentlichung ein ganz besonderes Verdienst erworben, da gerade die Nationalitätsverhältnisse in den gemischtsprachigen Gebieten sehr oft in durchaus tendenziöse Beleuchtung gerückt zu werden pflegen, während hier zum erstenmal ganz authentisches Material, und zwar in wissenschaftlich durchaus einwandfreier Bearbeitung, vorliegt. Der Atlas umfaßt zehn Blätter einschließlich einer Übersichtskarte mit verständlichen und sofort ins Auge fallenden bildlichen Aufzeichnungen über die nationale Zugehörigkeit der Bevölkerung. Als ein Vorteil erscheint es, daß die Karten die zwei Sprachen beherrschenden Bevölkerungsteile der betreffenden Gebiete nicht nach Gutdünken (wie das häufig geschieht) den Deutschen bzw. den nationalen Minderheiten zuweisen, sondern sie durch eine besondere Farbe kennzeichnen. Im einzelnen sind die Sprachverhältnisse dargestellt in den Provinzen Ostpreußen, Grenzmark, Posen-Westpreußen, Oberschlesien, Schleswig-Holstein sowie in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die dem Beschauer sich darbietenden Bilder lassen das Wesentlichste sofort dergestalt in die Augen fallen, daß es eigentlich einer besonderen Erläuterung nicht mehr bedarf. Trotzdem hat die Reichszentrale einen ausführlichen, erklärenden Text beigegeben, der den Titel führt „Die fremdsprachige Bevölkerung in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches“ und den Oberregierungsrat Dr. Karl Keller zum Verfasser hat. Über die Genauigkeit des hier verarbeiteten Zahlenmaterials braucht kein Wort der Anerkennung verloren zu werden. Dagegen mag darauf hingewiesen sein, daß das Buch Kellers weit mehr bringt, als der Titel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0161

verspricht. Es enthält nämlich mehrere Kapitel, die den Politiker und überhaupt jeden interessierten Deutschen ganz besonders fesseln müssen, darunter die Abhandlung: „Die Friedensverhandlungen in Versailles und das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung". Hier wird einwandfrei die Vergewaltigung Deutschlands durch das Versailler Friedensdiktat hinsichtlich der Grenzziehung nachgewiesen.

Dr. Bruno Rauecker: Wirtschaftsdemokratie als nationale Aufgabe, Sieben Stäbe-Verlag, Berlin, 1929. Preis bei Einzelbestellungen 3 RM. Bei Sammelbestellungen von mindestens 20 Exemplaren 2,40 RM. pro Exemplar.

Angesichts der bevorstehenden Beratungen des Wirtschaftsprogramms der D.D.P. auf dem Parteitag in Mannheim-Heidelberg hat die vorliegende Schrift für unsere Parteifreunde im Reich ganz besondere Bedeutung. Sie stellt im Gegensatz zu den Ausführungen der sozialistischen Gewerkschaften zur Frage der Wirtschaftsdemokratie die nationale Notwendigkeit einer verstärkten Anteilnahme der Arbeitnehmer an der Regelung der Produktion dar. Darüber hinaus schildert sie, wie verschieden die wirtschaftsdemokratischen Einrichtungen in den in Frage kommenden großen Industriestaaten England, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Italien und Rußland geregelt sind und wie infolgedessen jeder Vergleich mit außerdeutschen Verhältnissen bei der Erörterung des Problems der Wirtschaftsdemokratie hinkt. Von besonderem Interesse sind auch die Ausführungen Raueckers über die bildungspolitischen Voraussetzungen der Wirtschaftsdemokratie über die Schulung der Arbeiter zu Wirtschaftsbürgern.

Wolf v. Dewall: Der Kampf um den Frieden. Deutschland-Frankreich in der europäischen Politik. 244 S. Ganzleinen 6,80 RM. Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt a. M., 1929.

Dewall, der als Außenpolitiker der „Frankfurter Zeitung" seit Jahren in persönlicher Fühlung mit den europäischen Staatsmännern steht, zeigt in diesem anregend geschriebenen Buche die Entwicklung der deutschen auswärtigen Politik von Versailles bis zur Gegenwart. Diese Entwicklung läßt sich nicht durch eine gerade Linie darstellen, sondern nur durch ein Zickzack, da es viele Hemmungen zu überwinden, Umwege zu machen galt, bis die auswärtigen Beziehungen Deutschlands wieder eine einigermaßen normale Gestalt angenommen haben. Noch aber ist, wie auch aus v. Dewalls Schilderungen hervorgeht, ungeheuer viel zu tun, ehe sämtliche politischen Probleme gelöst sind, die der Krieg zurückgelassen hat. Es ist v. Dewalls Verdienst, den Leser in das Verständnis dieser Probleme hineinzuführen und das Ziel zu zeigen, dem eine gesunde europäische internationale Politik zustreben muß.

Berichtigung

Wie wir soeben nach Beginn des Druckes dieser Nummer erfahren, muß die

Maulbronner Sommerschule,

die vom 4.—8. September stattfinden sollte, wegen Behinderung mehrerer wichtiger Referenten zum Frühjahr 1930 vertagt werden.

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0162

DER

DEMOKRAT

Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 5. September 1929 Nummer 17



Friedrich Naumann †

Mit freundlicher Erlaubnis des Verlags Paul Cassirer
nach einer Lithographie des Malers Prof. Max Liebermann

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0163

Die Arbeitslosenversicherung im Reichstag

Von Gustav Schneider, M.d.R.

Die bisherigen Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses haben in der Öffentlichkeit nicht die genügende Wertung erfahren. Die Aufmerksamkeit wendete sich mehr den strittigen Fragen zu, über die eine Einigung bisher nicht zu erzielen war. Es handelt sich dabei letzten Endes um die Entscheidung, ob man den Fehlbetrag von 279 Millionen Mark durch Kürzung der Leistungen von den Arbeitslosen decken läßt oder ob man ihn zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitenden aufteilt. Dabei muß immerhin berücksichtigt werden, daß die Leistungen um ein Viertel verkürzt werden müßten, wenn der Fehlbetrag nur durch Kürzung der Unterstützungen gedeckt werden soll.

Die Erörterung der Mißstände in der Arbeitslosenversicherung hatte in der Öffentlichkeit den allgemeinen Eindruck hervorgerufen, daß ungezählte Millionen gewissermaßen zu Unrecht verausgabt wurden. Scharfe Kritiker sprachen von 100 bis 200 Millionen Mark, die allein durch eine sorgsamere Verwaltung erspart werden könnten. Darüber ist es plötzlich still geworden. Die Regierungsvorlage, die in ihren Vorschlägen zur Beseitigung der Mißstände mit äußerster Schärfe vorgeht, ist in diesen Punkten vom Ausschuß fast unverändert angenommen worden. Die Herausnahme der „geringfügigen Beschäftigungen", der „unständig" Beschäftigten, der Zwischenmeister aus der Versicherungspflicht sind Fortschritte, die nicht nur psychologische, sondern auch finanzielle Auswirkungen haben werden. Das gleiche gilt für die Neuregelung der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, obgleich die vorgeschlagene Regelung nicht ganz befriedigt. Doch kann nicht verkannt werden, daß die Heimarbeit ein sehr vielgestaltiges und schwer übersehbares Gebiet ist, auf dem vorsichtiges Vorgehen vielleicht angebracht ist.

Von großer Bedeutung ist die Begriffsbestimmung der Arbeitslosigkeit. Sie fehlte bisher im Gesetz, und sie wird in ihrer Fassung alle jene unberechtigten Unterstützungsfälle erfassen, die in der Öffentlichkeit mit Recht große Mißstimmung erzeugten. Auch hier wird eine Ersparnis eintreten, ebenso wie bei der Berechnung des Unterstützungssatzes nach den letzten 6 (statt bisher 3) Monaten.

Einschränkend werden auch die verschärften Vorschriften für die Sperrfristen und die Meldepflichten wirken. Von allen Seiten wird anerkannt, daß nach menschlichem Ermessen alles getan ist, Mißbräuche zu verhindern. Aber merkwürdigerweise soll die Beseitigung dieser Mißbräuche, die in der Öffentlichkeit soviel Staub aufwirbelten, finanziell nicht zu Buche schlagen. Wenn nur der zehnte Teil dessen, was im letzten Jahre über die Arbeitslosenversicherung geredet und geschrieben worden ist, wahr gewesen wäre, dann könnte man auf das Konto Mißbräuche eine Einsparung von 100 Millionen Mark buchen. Aber die Regierung schätzt 1½% der Unterstützungsfälle, das wären 15 Millionen Mark, was wiederum zuwenig ist, weil in den bisher beschlossenen Einsparungen auch solche sind, die nicht unbedingt unter dem Kapitel Mißbräuche zu registrieren sind. Bei vorsichtiger Schätzung wird man 30 Millionen Mark einsetzen können. Zusammen mit der Kürzung der Krankenkassenbeiträge wären also bisher 60 Millionen Mark Einsparungen vorhanden. Der Fehlbetrag

beträgt 279 Millionen Mark, der nach der Regierungsvorlage durch eine Beitragserhöhung von ½%, die 140 Millionen Mark einbringt, und durch Kürzungen in den Leistungen gedeckt werden soll. Daß die Regierungsvorlage noch einen Fehlbetrag von 47 Millionen Mark ungedeckt ließ, ist bekannt. Ihre Vorschläge bringen Ersparnisse von nur 92 Millionen Mark. Dabei sind aber die Ersparungen, die in der Beseitigung der Mißbräuche liegen, nicht eingerechnet. Geht man von dem gegenwärtigen Stande der Beratungen aus und setzt die Beitragserhöhung als gegebene Größe in die Berechnung mit 140 Millionen Mark ein, dann sind von dem Fehlbetrag von 139 Millionen Mark erst 60 Millionen Mark durch die bisherigen Beschlüsse gedeckt, 79 Millionen Mark müssen noch aufgebracht werden. Die Regierungsvorlage will durch Anrechnung von Wartegeld, Ruhegehalt — und in begrenztem Umfange — Sozialrenten 16 Millionen Mark einsparen. Darüber wird sich unschwer eine Verständigung erzielen lassen. Dagegen war eine Einigung über die beiden weiteren Vorschläge, Änderung der Wartezeit (25 Millionen Mark), Verlängerung der Anwartschaftszeit und Änderung der Unterstützungssätze bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit, bisher nicht möglich. Anträge der Deutschnationalen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei wollen die allgemeinen Leistungen so stark abbauen und auch die Wartezeit bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit so weit verlängern, daß der gesamte Fehlbetrag von 279 Millionen Mark ganz auf die Arbeitslosen abgewälzt wird. Das ist sozial nicht vertretbar und würde soziale und politische Auswirkungen haben, deren Bedeutung für die gesamte Wirtschaft h e u t e zu gering eingeschätzt wird.

Das Zentrum nimmt eine vermittelnde Stellung ein, aber es will auch einen allgemeinen Abbau. Seinem Antrag liegt aber die Erwägung zugrunde, daß man die Arbeitslosen nicht mit dem vollen Fehlbetrag belasten könne. Es rechnet mit der Beitragserhöhung von ½%. Jedoch will es eine Sonderbehandlung der Saisonarbeiter vermeiden. Die Sozialdemokraten erkennen diese Sonderbehandlung als gerechtfertigt an, sind gegen die allgemeine Herabsetzung der Leistungen und haben gegen eine Verlängerung der Wartezeit Bedenken. Sie sind unbedingt für die Beitragserhöhung.

Die Demokraten haben sich gegen die allgemeine Herabsetzung der Leistungen ausgesprochen und sind für die Sonderbehandlung der Saisonarbeiter. Sie begründen ihre Stellungnahme damit, daß nach der Erhebung der Reichsanstalt vom 15. 3. 29 die Saisonarbeiter die Arbeitslosenversicherung um ein Mehrfaches belasten als die Nichtsaisonarbeiter. Es sei ein Unrecht, diese geringer bezahlten Nichtsaisonarbeiter für die weit höheren Unterstützungsleistungen an die Saisonarbeiter büßen zu lassen. Diese Arbeiter seien gegen ein doppeltes Risiko versichert, von dem das berufsübliche alle Jahre regelmäßig eintritt. Dieses Risiko sei entweder abzudecken durch höhere Beiträge oder durch verkürzte Leistungen während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit. Auch im letzteren Falle würden die Saisonarbeiter gegenüber den Nichtsaisonarbeitern bevorzugt sein. Die Demokraten schlagen vor, während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit die Sätze der Krisenunterstützung zu zahlen.

Gegen eine Verlängerung der Wartezeit für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige auf 14 Tage haben sie keine Bedenken, verlangen aber, daß in Fällen besonderer Notlage — gedacht ist vor allem an weibliche Jugendliche, die nicht bei Angehörigen wohnen — die Wartezeit durch den Vorsitzenden des Arbeitsamts verkürzt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0165

werden kann. Bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit verlangen sie die Verlängerung der Wartezeit auf 14 Tage — mit kürzeren Fristen für Kinderreiche — und 21 Tage für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige, mit der oben erwähnten Kannvorschrift. Daneben beantragen sie eine Verlängerung der Anwartschaftszeit beim erstmaligen Bezug der Arbeitslosenunterstützung. Die Ersparnisse aus diesen Vorschlägen würden sich ebenso wie beim Zentrumsvorschlag auf rund 60 Millionen Mark belaufen, so daß einschließlich der aus der Veränderung der Wartezeit in Höhe von 25 Millionen Mark, der 16 Millionen Mark Anrechnung von Wartegeld usw. und der schon beschlossenen 60 Millionen Mark noch einige Millionen über den Fehlbetrag von 139 Millionen Mark verfügbar wären.

Es bleibt dann noch die Frage der auf 1½ Jahre befristeten Beitragserhöhung von ½%. Gegen sie wird mit Recht eingewendet, daß die Wirtschaft neue Belastungen schwer tragen könne. Niemand wird sich dem Ernst dieses Einwandes entziehen wollen. Es ist in der Tat kein leichter Entschluß, den Arbeitgebern und den Versicherten neue Lasten aufzuerlegen. Würden diese Lasten nicht aber erst recht entstehen, wenn die Unterstützungssätze so stark herabgesetzt werden, daß sie auch zum bescheidensten Leben nicht mehr ausreichen? Schon bei den heutigen Unterstützungssätzen muß die Wohlfahrtspflege in zahlreichen Fällen bei den Unterstützten zusätzlich einspringen. Würden die Unterstützungssätze allgemein, auch bei konjunktureller Arbeitslosigkeit, so tief gesenkt, dann wird die Wohlfahrtspflege weit stärker in Anspruch genommen werden. Es würde also nur eine Lastenverschiebung eintreten, die dann aber aus Mitteln der Allgemeinheit aufgebracht werden müßte und die Wirtschaft weit stärker belasten würde als eine Beitragserhöhung. Wägt man diese Auswirkungen gegeneinander ab, so kann die Beitragserhöhung als das kleinere Übel erscheinen.

Bei der Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (1927) haben die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei durchaus mit der Möglichkeit gerechnet, daß es Zeiten geben könne, in denen über den Beitrag von 3% hinausgegangen werden muß. Die Regierungsvorlage enthielt eine dahingehende Bestimmung, und sie wurde von der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei so hartnäckig verteidigt, daß es der Opposition erst in der zweiten Lesung des Ausschusses gelang, sie zu beseitigen. Wäre sie bestehen geblieben, dann wäre zweifellos schon im Vorjahre die Erhöhung vorgenommen worden. Beide Parteien haben daher durchaus keinen Anlaß, sich als besondere Hüter der Wirtschaft hinzustellen. Der radikale Abbau der Leistungen kann soziale und politische Folgen haben, die unter Umständen mehr kosten als eine Beitragserhöhung.

Diese Frage muß auch unter die Erwägung gestellt werden, ob es angängig ist, das bisher schon an Verbesserungen Erreichte — das nicht nur finanziell, sondern auch psychologisch und arbeitsmoralisch sehr wertvoll ist — und auch die bei den weiteren Verhandlungen zu erwartenden Ersparnisse an der befristeten Beitragserhöhung scheitern zu lassen. Die es tun wollen, würden eine große Verantwortung auf sich nehmen. Denn dann blieben die alten, beklagten Zustände bestehen, und die Lasten würden noch größer, da die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter Ende September abläuft. Das Reich könnte sich der gesetzlichen Verpflichtung, Darlehen zu gewähren, nicht entziehen, ohne die Staatsautorität und das Vertrauen zum Staate aufs schwerste zu erschüttern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0166

Wie immer auch die Verständigung gefunden werden mag, sie ist nur eine vorläufige Regelung der Arbeitslosenversicherung. Der große Wurf, die verschiedenartigsten Risiken einheitlich zu erfassen, ist im Jahre 1927 nicht gelungen. Die innere Krankheit der Arbeitslosenversicherung liegt in der Möglichkeit, daß einzelne Berufsgruppen das wirtschaftliche Risiko auf die Versicherung abwälzen können. Das geschieht jetzt schon in erheblichem Umfange, und bei längerer Übung werden sich die Methoden noch verfeinern. Auch die Versicherten werden es auf die Dauer nicht ertragen, lediglich deshalb höhere Lasten zu tragen, um besser entlohnten Arbeitern doppelte Leistungen zu sichern. In der Angestelltenschaft ist die Forderung nach einer eigenen Gefahrenklasse ständig und immer dringender laut geworden. Das Elend der älteren Angestellten kann nur auf diesem Wege gemildert werden. Aber das Grundlegende, das für eine völlige Umgestaltung spricht, ist die Erziehung zur Verantwortlichkeit. Es ist immer nur von der Gefährdung der Arbeitsmoral gesprochen worden; im gleichen Umfange ist aber auch die Wirtschaftsmoral angekränkelt. Wenn die Krankheit nicht weiterfressen soll, gibt es nur einen Ausweg: Die Bildung von Gefahrenklassen, durch die eine Ausbeutung der Versicherung gehemmt wird, weil sie sich in höheren Beiträgen auswirken würde.

*

Organisation — eine Notwendigkeit

Ein Wort zu dem Mannheimer Parteitag

Rx. Von unserer Partei war keine Wahl organisatorisch-technisch so gut vorbereitet, wie die letzte Reichstagswahl, die, so muß man sagen, vom Standpunkte unserer seit Jahren erfolgreich geführten Aufbauarbeit aus betrachtet, zu früh kam und die die Reorganisation unserer Partei jäh unterbrach und aufschob. Gerade ihre gute Vorbereitung hatte zur Folge, daß große organisatorische Mängel und Schwächen, und zwar mit einer Deutlichkeit aufgedeckt wurden, wie es ruhige Zeiten kaum mit sich gebracht hätten. Nach der Wahl stellten wir unserer Arbeit das richtige Motto voran: „Die Entscheidung einer Wahl fällt zwischen Wahlen." Viele Monate sind ins Land gegangen, und was ist geschehen? Gewiß, unsere Kassen sind durch die Wahlen leer geworden, und diese Leere steht für unsere Organisationsarbeit hindernd im Wege, zumal obendrein neue Wahlen vor der Türe stehen und „Friedenszeiten" sobald nicht einziehen. Doch eins muß in diesem Zusammenhang, wenn auch nur nebenbei, gesagt werden: es fehlt vielerorts auch das einfachste Geschick, Gelder aus der Organisation für die Partei flüssig zu machen. Doch darüber ein anderes Mal. Nach der Reichstagswahl nistete sich in unseren Reihen — wer will es verhehlen —, hauptsächlich hervorgerufen durch die Fusionsgerüchte, ein Pessimismus ein, der zwar durch den Ausgang der Sachsenwahlen einen gewissen Auftrieb erhielt, der aber erfreulicherweise gewichen ist. Nicht alle Nachwahlen zeitigten ein so ungünstiges Ergebnis wie die Sachsenwahlen. Bei den Landtagswahlen in Lippe schnitten wir gut ab; im reaktionären Mecklenburg verloren wir zwar 26 Stimmen gegenüber der Vorwahl und dadurch ein Mandat, dabei ist aber in Betracht zu ziehen, daß wir fast in sämtlichen Städten ohne den Besitz einer einzigen Zeitung gewannen und daß die zum erstenmal auftretende Bauernpartei uns mehrere tausend ländlicher Wähler kostete, was statistisch genau nachzuweisen ist. Es

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0167

zeigt sich immer wieder erneut, daß für den Bestand der Republik eine Partei wie die unsrige, daß eine republikanische Partei eine Notwendigkeit ist. Republik und Sozialdemokratie sind keineswegs identisch, und einer sozialistischen Republik stemmen wir uns mit der gleichen Kraft entgegen wie einer reaktionären, in der die Rechte das Heft in den Händen hat. Eine scharfe Abgrenzung nicht nur nach rechts, auch nach links liegt im Interesse der Partei. Tun wir es nicht, so bleibt es nicht aus, daß wir bei einer großen Wählerzahl, besonders bei dem fluktuierenden Teil, der bei den Wahlen stets die Entscheidung bringt, sehr oft in einem gänzlich falschen Lichte stehen. Unsere Organisation leidet darunter.

Je mehr der Kampf um die Frage der Staatsform nachläßt, und in diesem Stadium befinden wir uns, um so stärker ist der Unterschied zwischen SPD. und DDP. zu ziehen, und dieser Unterschied besteht hauptsächlich darin, daß wir die sozialistische Produktionsweise ablehnen und Anhänger der erwerbswirtschaftlichen als der einzig produktiven sind und bleiben. Sinn, Wesen, ja die Uraufgabe unserer Partei ist es, dem neuen Staate eine neue Wirtschaftsordnung zu geben. Wir bestreiten die Richtigkeit der Behauptung von Sombart, daß die Aera des Spätkapitalismus herangekommen sei, der der Sozialismus folge. Alle Sozialisierungsbestrebungen hat die Privatwirtschaft durch die Überlegenheit ihrer Produktionsweise siegreich abgeschlagen. An ihrem Sieg zweifeln, hieße sie aufgeben. Unsere Aufgabe ist es, Mittlerin zwischen dem Produktionsfaktor, Arbeit und Kapital, zu sein. Eine starke Wirtschaft, aufgebaut auf individualistischer Grundlage und durchsetzt mit der demokratischen Forderung der Volks- und Arbeitsgemeinschaft, ist und bleibt unser Ziel, das auch unsere Organisation vorwärtsbringen wird.

Der Mannheimer Parteitag wird, wie jeder andere Parteitag, sich auch mit der Organisation unserer Partei beschäftigen. Er wird einen Teil seiner Wirkung verlieren, wenn er nicht einen neuen Abschnitt für unsere organisatorische Arbeit einleitet. Was andere Parteien, besonders die Sozialdemokratie, neben vielen anderen Gründen stark macht, ist eine bis ins kleinste gegliederte Organisation. Und diese Stärke einer festgefügten Organisation bringt sie über manche politische Schwierigkeiten hinweg, an denen andere Parteien und besonders wir manchmal schwer zu leiden haben. Auch organisatorische Disziplin, politische nicht zu vergessen, ist hier in einem Maße vorhanden, wie selten bei einer anderen Partei. Dabei soll keineswegs einer Mundtotmachung berechtigter Kritik, vielmehr nur einer freiwilligen Unterordnung unter das große Ganze, dessen Bestand doch das Ziel aller ist, geredet sein. Die richtige Grenze hier zu finden, muß der Einsicht, Logik und Vernunft eines jeden, an verantwortlicher Stelle Stehenden, selbst überlassen werden. Eine Partei ist schließlich auch eine **taktische** Vereinigung von Menschen gleicher Weltanschauung. Ob allen dieser Elementarbegriff politischen Handelns stets bewußt gewesen ist, soll nicht näher untersucht werden. Für eine kämpfende Partei, und besonders dann, wenn ihre Lage ungünstig ist, ist eine solche Erkenntnis und ein Handeln danach eine gebieterische Notwendigkeit. Bei dem geltenden Wahlsystem haben bei der letzten Reichstagswahl die auf große wirtschaftliche und politische Verbände sich stützenden Parteien gesiegt. Bei jenen Parteien spielt sich das politische Leben oft außerhalb des Parteirahmens ab; die linksgerichteten Gewerkschaften und der Stahlhelm beweisen es. Wenn es auch wirtschaftliche und politische Verbände gibt, die in einem freundschaftlich-nachbarlichen Verhältnis zu uns stehen, so besitzen wir

doch keine, die in der Partei aufgehen. Einer der vielen Nachteile des jetzigen Wahlgesetzes besteht bekanntlich auch darin, daß die Liste, die Partei gewählt wird. Die Partei und ihre Organisation stehen überall in den Vordergrund. Eine Partei ohne eine gute Organisation ist keine Partei. Organisation heißt Aktivität. Organisation hilft mit die notwendige politische Stoßkraft zu erzeugen, den Lebenswillen zu erhalten und das Vertrauen zu stärken. Organisation ist der wesentlichste Teil der Machtgrundlage einer Partei und unentbehrlich für ihren Kampf. Kampf aber ist der Sinn einer jeden Partei, Kampf um die Macht und Erhaltung derselben. Und dieser Kampf wird leichter, wird erfolgreicher, je festgefügter und kräftiger die hinter ihr stehende Organisation ist.

*

Herbstwahlen!

In diesem Herbst finden in der Mehrzahl der deutschen Länder Wahlen statt. Baden hat Landtags-, Preußen, Bayern und Sachsen Provinzial-, Kreis- und Kommunalwahlen. In folgenden Ausführungen, die im wesentlichen nur für Preußen gelten, wird die besondere Bedeutung dieser Wahl unterstrichen und Material an Hand gegeben. In den nächsten Nummern des „Demokrat" werden entsprechende Ausführungen über die anderen Wahlen gebracht werden.

Die Bedeutung des 17. November

Von Oswald Riedel, M. d. Pr. L.

Die 10jährige Wiederkehr des Verfassungstages von Weimar erfüllte uns mit Genugtuung über das kühne und große Werk, das unter demokratischer Führung in Deutschlands schwerster Schicksalsstunde zur Rettung unseres Vaterlandes geschaffen worden ist. Aber sie bot auch Anlaß zur Besinnung darüber, wie weit wir noch davon entfernt sind, daß die innere Verwaltung unserer Republik in allen ihren Zweigen vom Geiste der Weimarer Verfassung wahrhaft durchtränkt ist. Hierin drückt sich gewissermaßen auch das Schicksal unserer Partei aus. Sie hat in den letzten zehn Jahren in der großen Politik weitaus die meisten Opfer an Verantwortlichkeit gebracht, und große politische Ideen und Ziele waren der Inhalt unserer Diskussionen. Darüber ist manchmal in Vergessenheit geraten, daß ein unter den materiellen Nöten des Krieges und der Kriegsfolgen leidendes Volk viel leichter bereit ist, sich im engen Kreise seiner täglichen Sorgen zu bewegen. Das geschieht am meisten in den kleinen Verwaltungsangelegenheiten und den engeren Verwaltungsbezirken. Unnatürliche Parteigebilde, wie z. B. die Wirtschaftspartei, haben ja auch von hier aus ihren Aufstieg begonnen. Das wurde dadurch noch erleichtert, daß die Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften außerordentlich buntscheckig verteilt waren. In dem größten Lande Preußen, dessen innere Verwaltung auch bei einer einmal zustande gekommenen Reichsreform das Rückgrat der inneren Verwaltung im weitaus größten Teile Deutschlands bleiben wird, fanden nicht nur die Provinzial- und Kreiswahlen getrennt von den Gemeindewahlen statt, sondern die letzteren hatten durchaus nicht den gleichen Termin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0169

für alle preußischen Gemeinden. So hatten Groß-Berlin und auch andere Stadtgemeinden aus örtlichen Gründen besondere Wahltermine. Wäre nicht durch preußisches Gesetz für dies Jahr ein einheitlicher Wahltermin — allerdings mit etwas Gewalt — bestimmt worden, dann würden wir in der Zeit vom Dezember vorigen bis zum November dieses Jahres nicht weniger als fünf oder vielleicht auch sechs verschiedene kommunale Selbstverwaltungswahltermine in Preußen gehabt haben. Hierdurch mußte selbstverständlich ein einheitliches Interesse der Gesamtpartei an diesen Wahlen gestört werden.

Das ist nun ganz anders geworden. Im vorigen Jahre war es infolge der Selbstauflösung des Landtags möglich, die politischen Landtagswahlen mit den politischen Reichstagswahlen zu vereinigen und somit einen einheitlichen politischen Wahltermin für ganz Preußen zu schaffen. Durch preußisches Gesetz ist dann auch ein einheitlicher Wahltermin für alle Selbstverwaltungswahlen, also für die Wahlen zu den Provinziallandtagen, den Kreistagen und den Gemeindevertretungen, festgesetzt worden. Nunmehr ist es möglich, daß die Gesamtpartei diesen Wahlen am 17. November 1929 ihr regstes Interesse zuwendet. Rein äußerlich ist es für die Stärke unserer Partei auch im politischen Wahlkampfe nach den bisherigen Erfahrungen von großer Bedeutung, welchen Einfluß sie in den Gemeindevertretungen und den Magistraten besitzt. Dort, wo die Kleinarbeit des täglichen Lebens geleistet wird, — dort, wo hervorragende und geeignete Parteifreunde ein praktisches Betätigungsfeld finden können, lassen sich auch die besten Anknüpfungspunkte zur Werbung für unsere Partei finden. Welche Bedeutung die Kreistage im Hinblick auf die Besetzung des Landratsamtes haben, und wie bedeutsam die Kreisausschüsse für die Amtsführung des Landrates sind, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Diejenigen unserer Freunde, die von unserer Personalpolitik nicht restlos befriedigt sind, haben jetzt bei diesen Wahlkämpfen Gelegenheit, die Voraussetzungen für eine stärkere demokratische Personalpolitik mit schaffen zu helfen. Es darf dann noch darauf hingewiesen werden, wie stark die politische Stimmung der gerade für uns zugänglichen kleinbürgerlichen und mittelständlerischen Kreise durch die Realsteuerpolitik der Stadt- und Landkreise beeinflußt wird. Vermag hier die D. D. P. durch geeignete Vertretung einen ausgleichenden Einfluß auszuüben, dann ist das gleichbedeutend mit einer erheblichen Stärkung der Anhängerzahl unserer Partei.

Es darf in diesem Zusammenhange nicht verschwiegen werden, daß die beiden anderen Parteien der Weimarer Koalition gerade in den kleineren Verwaltungsbezirken in personeller Hinsicht oft genug den Gedanken wirklicher Selbstverwaltung arg beeinträchtigt haben. Das war gewiß manchmal nicht unbegründet, hat aber doch dem neuen Staat geschadet und hat insbesondere derjenigen Partei erhebliche Schädigungen bereitet, die wie keine andere zur Hüterin der Selbstverwaltung berufen ist —, das ist die D. D. P. Ihre Stärkung bei den bevorstehenden Wahlen ist geeignet, die Schäden der letzten Jahre wieder gutzumachen.

Eine besondere Bedeutung kommt den preußischen Provinziallandtagswahlen zu. Der Provinziallandtag bzw. der von ihm gewählte Provinzialausschuß haben nicht nur die Angelegenheiten der Provinz zu verwalten, sondern auch die Provinzialbeamten zu wählen, bei der Ernennung der höheren Verwaltungsbeamten mitzuwirken, die Vertreter der Provinz im Staatsrat zu wählen und den Vertreter der Provinz im Reichsrat zu bestellen. Die genannten Provinzialvertretun-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0170

gen üben also nicht nur eine Exekutive aus, sondern wirken indirekt auch an der Legislative mit. Die Schwierigkeiten, die von den Provinzialvertretern im Reichsrat und im Staatsrat in der Vergangenheit oft genug bereitet worden sind, dürften bekannt sein. Insbesondere entspricht die politische Stellung der preußischen Provinzialvertreter im Reichsrat in keiner Weise der politischen Gesinnung der preußischen Bevölkerung. Hierin muß durch die Wahlen vom 17. November so gründlich wie möglich Wandel geschaffen werden. Es muß möglich sein, daß die D. D. P. bei nur einigermaßen starker Vertretung in einer Reihe von Provinzen mit ihren Stimmen im Provinziallandtage ausschlaggebend wird. Das aber muß sich dann wieder bei der Wahl der Vertreter zum Reichsrat, zum Staatsrat und zum Provinziallausschuß auswirken.

Diese politische Bedeutung haben die Wahlen nur in ihrer Spitze. Eine mehr praktische Bedeutung haben sie in ihrer untersten Form. Gerade dort aber muß es bei geschickter Handlungsweise möglich sein, die Beziehungen zu uns nahe stehenden Wirtschaftsgruppen und Wirtschaftsverbänden örtlich zu pflegen und zu stärken oder, wo sie verlorengegangen sein sollten, bei dieser Gelegenheit wieder aufzunehmen. Gerade hier läßt sich vieles ausgleichen, was irgendwo und irgendwie einmal an Gegensätzlichkeiten aufgetaucht sein sollte.

Freilich, das alles erfordert eine mühevolle, sehr sorgfältige und geduldige Kleinarbeit. Deshalb hat es die preußische Landtagsfraktion für ihre Pflicht gehalten, gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Ausschuß unserer Partei eine „Preußische Kommunal-Wahl-Tagung“ am 14. und 15. September nach Berlin einzuberufen. Politische Entscheidungen gehören nicht zu ihrer Kompetenz, diese bleiben vielmehr ureigenste Angelegenheit des Heidelberger Reichsparteitages. Die preußische Tagung soll lediglich das Rüstzeug für den bedeutungsvollen Wahlkampf liefern. Darauf sind die Referate und darauf wird auch die Aussprache eingestellt werden. Aufgabe unserer Parteifreunde im Lande wird es dann sein, das hier gewonnene Rüstzeug in fleißiger Arbeit und mutigem Kampfe zum Erfolge unserer Partei zu verwenden.

Die Preußischen Wahlen

(Auszug aus den Wahlbestimmungen. — Wichtig für alle Ortsgruppen und Vertrauensleute.)

Durch Runderlaß des Preußischen Ministeriums des Innern vom 25. Juli 1929 — IV a III 468 — ist die Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen geändert worden. Dabei sind auch hinsichtlich der **Fristen** wesentliche Abänderungen eingetreten.

Zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Provinziallandtage hat der Provinzialleiter spätestens fünf Wochen (bisher vier) vor dem Wahltage aufzufordern. Diese Wahlvorschläge sind dann spätestens am fünfundzwanzigsten Tage (bisher einundzwanzigsten) bis Mitternacht beim Provinzialleiter schriftlich einzureichen. Mängel bei diesen Wahlvorschlägen sind spätestens bis zum achtzehnten Tage (bisher vierzehnten) abzustellen.

Auf die Kreistagswahlen finden gemäß § 107 der abgeänderten Wahlordnung die gleichen Bestimmungen Anwendung. Hier hat der Kreisausschuß zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0171

fordern, und bei seinem Vorsitzenden sind die Wahlvorschläge einzureichen.

Bei den Kreiswahlvorschlägen müssen die Unterzeichner der Wahlvorschläge im Kreise wahlberechtigt sein und die auf den Wahlvorschlägen genannten Bewerber ihren Wohnsitz im Kreise haben. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Kreisinsassen unterzeichnet sein.

Die Wahlvorschläge für die Provinziallandtagswahlen müssen von mindestens zehn Wahlberechtigten unterzeichnet sein, die beliebigen Wahlbezirken der Provinz angehören können. Die Bewerber müssen mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihre Wohnung muß so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Mit sämtlichen Wahlvorschlägen ist die schriftliche Zustimmungserklärung der Bewerber einzureichen. Ferner eine Bescheinigung des Gemeindevorstehers, daß die Bewerber am Wahltage das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, ihren Wohnsitz im Gebiete der Provinz (bzw. des Kreises) haben und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind. Schließlich auch noch eine Bescheinigung des Gemeindevorstehers, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Wählerliste eingetragen oder mit einem Wahlschein versehen sind.

Jeder Wahlvorschlag muß das Kennwort, unter dem er aufgestellt wird, tragen.

Ein Runderlaß des Innenministers vom gleichen Tage IV a I 318 V regelt die Verbindung der Gemeindewahlen mit den Kreistags- und Provinziallandtagswahlen. Für jede dieser Wahlen wird mit einem besonderen Stimmzettel gewählt. Die Stimmzettel für Gemeindewahlen sind auf weißlichem Papier, diejenigen für die Amtswahlen auf grünlichem Papier, diejenigen für die Kreistagswahlen auf bläulichem Papier und diejenigen für die Provinziallandtagswahlen auf rötlichem Papier herzustellen. Sie werden amtlich hergestellt. Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt für die Gemeinde- und Amtswahlen einerseits und für die Kreistags- und Provinziallandtagswahlen andererseits in je einem gemeinsamen Umschlag. Der erste ist von weißlicher, der letztere von rötlicher Färbung. Mit Ausnahme von Berlin, wo keine Provinziallandtagswahlen stattfinden, sind also überall **zwei** Wahlumschläge abzugeben, die in eine Wahlurne zu tun sind.

Für alle miteinander verbundenen Wahlen wird eine und dieselbe Wählerliste ausgelegt, und zwar in der Zeit vom 12. Oktober bis zum 25. Oktober 1929 einschließlich.

Alles Nähere ist aus dem Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung Ausgabe A Nr. 31 vom 31. Juli 1929 zu ersehen. Dieses kann vom Verlag Carl Heymann, Berlin W 8, Mauerstr. 44, bezogen werden. Dortselbst sind auch Vordrucke zu beziehen, und zwar unter Nr. T 150, die Wahlordnung für die Gemeindewahlen in der neuesten Fassung, zum Einzelpreis von 25 Pf., für 10 Stück 1,80 M., für 25 Stück 4,— M. und 100 Stück 15,— M. und unter Nr. T 151 die Wahlordnung für die Kreistags- und Provinziallandtagswahlen zum Einzelpreise von 30 Pf., 10 Stück 2,50 M. und 25 Stück 5,— M. Der Bezug dieser neuen Wahlordnungen kann wegen der zahlreichen Abänderungen und wegen der Kompliziertheiten, die diesen verbundenen Wahlen anhaften, nicht dringend genug empfohlen werden. O. R.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0172

Preußische Kommunal-Wahltagung der D.D.P.

Tagesordnung:

a) **Sonnabend, den 14. September, nachmittags 2 Uhr,** im Plenarsitzungssaal des Preußischen Landtags

1. Eröffnung, Begrüßung und Konstituierung.
2. Referat des Herrn Reichsministers a. D. Dr. Külz über
   „Demokratische Kommunalpolitik".
3. Referat des Herrn Staatsministers Dr. Schreiber, Minister für Handel und Gewerbe, über
   „Öffentliche Wirtschaftsbetriebe".
4. Aussprache.

b) **Sonnabend, den 14. September, abends 8 Uhr,**
Geselliger Abend
in der Wandelhalle und den Restaurationsräumen des Preußischen Landtags.

c) **Sonntag, den 15. September, vormittags 10 Uhr,**

1. Referat des Herrn Staatsministers Dr. Höpker Aschoff, preußischer Finanzminister, über
   „Kommunale Besteuerung".
2. Referat von Frau Martha Dönhoff, M. d. L., über
   „Kultur- und sozialpolitische Kommunalfragen".
3. Aussprache.
4. Beschlußfassung über das kommunalpolitische Programm.
5. Schlußansprache.

Wahlhandbuch

Aus Anlaß der Preußischen Kommunal-Wahltagung und der bevorstehenden Selbstverwaltungswahlen in Preußen gibt der Abgeordnete Riedel im Auftrage der Preußischen Landtagsfraktion der D.D.P. ein Wahlhandbuch der Deutschen Demokratischen Partei für die preußischen Selbstverwaltungswahlen am 17. November 1929 heraus. Dieses ist ähnlich wie das vor zwei Jahren herausgegebene ABC-Buch alphabetisch geordnet, doch ist es gegenüber jenem ABC-Buch technisch übersichtlicher und inhaltlich konkreter gehalten, vor allem auf den kommenden Wahlkampf eingestellt. Es bringt deshalb gerade für die Wahlagitation eine Fülle tatsächlichen Materials sowohl in sachlicher als auch in parteipolitischer Hinsicht. Für Referenten und Diskussionsredner ist es ein unentbehrliches Hilfsmittel.

Die Teilnehmer an der Preußischen Kommunal-Wahltagung erhalten das Buch gratis. Andere Parteifreunde können es gegen Voreinsendung des Betrages portofrei vom Fraktionsbüro der Landtagsfraktion oder von der Reichsgeschäftsstelle beziehen. Obwohl der Preis von 1 M. noch nicht die Selbstkosten deckt, werden doch beim Bezuge von mindestens 20 Exemplaren 10 v. H. und beim Bezug von mindestens 50 Exemplaren 20 v. H. Nachlaß auf den Preis gewährt.

Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß nicht nur sehr viele Mitglieder der Reichstags- und Landtagsfraktion, wie die Ab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0173

geordneten Dr. Fischer, Dr. Külz, Staatssekretär a. D. Meyer, Tantzen, Rönneburg, Schneider, Lemmer, Falk, Dr. Bohner, Otto, Günther Grzimek, Frau Dönhoff, Hoff u. a. m., sondern auch viele andere hervorragende Parteifreunde wie Oberbürgermeister Böß, Oberbürgermeister Dr. Luppe, Oberbürgermeister Dr. Wagner, Dr. Elsas, Dr. Adolf Damaschke, Dr. Horlacher, Werner Stephan, Dr. Ißberner usw. mitgearbeitet haben.

Die Bedeutung der Kreistagswahlen

Nachdem bereits in Nr. 11/12 des „Demokrat" die Bedeutung der Provinziallandtagswahlen hervorgehoben wurde, soll in nachstehendem nunmehr auch die der Kreistagswahlen behandelt werden. Dabei werden naturgemäß wie bei den Provinzen auch die Aufgaben der Landkreise nicht erschöpfend dargelegt werden können. Aber schon die Aufzählung der wichtigsten Befugnisse wird genügen, um zunächst die Bedeutung der Kreistagswahlen zu erkennen und weiter die Notwendigkeit der Beteiligung aller demokratisch gesinnten Männer und Frauen an der Wahl nachzuweisen. Die Parteien rechts und links von uns bringen ihre Wähler mit viel stärkeren Mitteln, als wir sie anwenden und anwenden können, an die Urne. Wir können nur immer und immer wieder an das Pflichtgefühl der demokratisch gesinnten Bevölkerung appellieren, sich bei der Entscheidung über das Wohl und Wehe der engeren Heimat nicht selbst auszuschalten, sondern restlos zur Wahl zu gehen und an der Entsendung demokratischer Männer und Frauen in die Kreisparlamente tätig mitzuhelfen. Als Wahltag ist jetzt der 17. November bestimmt. Die Entscheidung ist also nicht mehr allzu fern.

Das Parlament des Kreises ist der Kreistag. Er beschließt über den Erlaß der Kreissatzungen, über die Höhe der Kreissteuern (Kreisabgaben). Er verfügt über das Kreisvermögen, stellt den Kreishaushaltsplan auf und bestimmt die Richtlinien, nach denen das Kreisvermögen verwaltet wird. An der Spitze des Kreises steht der Landrat. Er gilt als politischer Beamter und wird vom Staatsministerium ernannt. Aber jedem Kreistag steht zur Besetzung seiner Landratsstelle das Vorschlagsrecht zu.

In bezug auf sein Tätigkeitsgebiet gilt der Landkreis als ein selbständiges kommunales Gebilde, das alle Kreisinsassen für bestimmte Zwecke umfaßt. Diese könnte eine einzelne Landgemeinde gar nicht erfüllen, da sie weit über ihr Vermögen hinausgehen. Erwähnt sei von ihnen der sehr wichtige Straßenbau, die Errichtung von Sparkassen oder sonstigen Kreditanstalten. Dazu kommen das ländliche Fortbildungsschulwesen und Maßnahmen zur Gesundheits- und Wohlfahrtspflege. Letztere haben ja gerade nach dem Kriege für die Landkreise besondere Bedeutung erlangt, und es gibt keinen Landkreis, der von sich aus als einzelner eine ordentliche Wohlfahrtspflege, Klein- und Sozialrentnerfürsorge mit Erfolg durchführen könnte. Aus diesem Grunde sind die Landkreise auf Grund der Reichsfürsorgeverordnung Bezirksfürsorgeverbände geworden, denen auch die Säuglingsfürsorge, Tuberkulosenfürsorge, Wochenfürsorge, Krüppelfürsorge, die Fürsorge für Minderjährige und die an Stelle der früheren Armenfürsorge tretende Sorge für die minderbemittelte und in Not geratene Bevölkerung obliegt.

Daß schon angesichts dieser Aufgaben die Zusammen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0174

setzung der Kreistage einmal für die Richtung, nach der die Wohlfahrtspflege im Kreise geübt wird, und zum anderen für die Grundsätze, nach denen die Abgaben zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel zu erheben sind, von größter Bedeutung sein muß, liegt auf der Hand.

Den Kreisen ist weiter die Durchführung der für die Förderung der Jugend bestimmten Gesetze (Jugendgerichte) übertragen. Sie haben zu diesem Zweck besondere Jugendämter einzurichten, deren Mitglieder von dem Kreistage bzw. dem Kreisausschuß gewählt werden. Dazu treten die Funktionen der Amtsvormundschaften. Und nicht zu vergessen die Mitwirkung der Kreise bei der Fürsorge der Kriegsverletzten und bei der Unterbringung Schwerkriegsbeschädigter.

Ein besonders weites Arbeitsgebiet liegt ferner auf dem der öffentlichen Arbeitsnachweise, denen neben der Arbeitsvermittlung auch die Erwerbslosenfürsorge und die Berufsberatung der aus der Schule entlassenen Jugend übertragen ist, und letzten Endes die ungemein wichtige Aufgabe der Förderung des Siedlungswesens und der Fürsorge für den Wohnungsbau mit Hilfe der Beträge aus der Hauszinssteuer.

Als wichtigstes Verwaltungsorgan des Kreises muß der Kreisausschuß gelten, an dessen Spitze der Landrat steht. Mit diesem zusammen führt er die Geschäfte des Kreises. Er ist staatliches und gleichzeitig kommunales Organ. Er ist Verwaltungsbeschluß- und Verwaltungsgerichtsbehörde im Verwaltungsstreitverfahren, eine Befugnis, die sich auch auf das Gebiet der Gewerbeordnung, auf Erteilung von Schankkonzessionen usw. erstreckt.

Kann es den demokratisch gesinnten Wählern und Wählerinnen im Hinblick auf diese kurz zusammengestellten Aufgaben gleichgültig sein, wie Kreistage und Kreisausschüsse parteipolitisch zusammengesetzt sind? Mit nichten! Wohl hat jedes Kreistagsmitglied die Pflicht, seine Entscheidung nur im Hinblick auf das Wohl der Gesamtheit zu treffen. Aber gerade diese Pflicht muß allen Demokraten den Antrieb geben, ihre Gesinnungsfreunde in die Kreistage und Kreisausschüsse zu bringen, denn in dem demokratischen Bekenntnis liegt die sicherste Gewähr für die Förderung des Allgemeinwohls.

Deshalb: Alle Demokraten auch bei den Vorarbeiten und bei der Wahl zu den Kreistagen an die Front! Dornblüth.

Die Frauen in der Gemeindearbeit!

Von Gertrud Wittstock.

In einer vorzüglichen kleinen Schrift über: „Die Gemeindepolitik der Deutschen Demokratischen Partei“ bringt unser Parteifreund Külz (sicher einer unserer kompetentesten Kommunalpolitiker) mit besonderer Betonung zum Ausdruck, — daß eine der demokratischen Grundlagen jeder Gemeindepolitik die möglichst umfangreiche Beteiligung der Gemeindebevölkerung an der Gemeindeverwaltung sein muß. Es folgt die Erklärung, daß diese Beteiligung u. a. äußerlich in der Teilnahme an den Wahlen zu den Vertretungskörperschaften der Gemeinden und in der Übernahme selb-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0175

ständiger Ehrenämter besteht. Diesem Grundsatz und dieser Erklärung für seine äußerliche Auswirkung stimmen selbstverständlich auch die demokratischen Frauen vorbehaltlos zu. Die demokratischen Frauen wünschen nichts mehr, als daß alle Demokraten, die zu den bevorstehenden Gemeinde-, Kreistags- und Provinziallandtagswahlen bei der Auswahl der vorzuschlagenden Kandidaten mitwirken und die auf die endgültige Aufstellung der Kandidatenlisten Einfluß haben, dabei diesen demokratischen Grundsatz gewissenhaft beherzigen! Dann wäre die heute sehr berechtigte Sorge, daß durch übertriebene taktische Künste und zu weitgehende interessenpolitisch bestimmte Rücksichtnahme auf vielerlei „Gruppen" und „Schichten", die Frauen wahrscheinlich auch bei dieser Wahl wieder zurückgedrängt werden, überflüssig. Wird der oben angeführte demokratische Grundsatz wenigstens von den Demokraten befolgt werden, wird es eine Selbstverständlichkeit sein, daß man vor allen mannigfachen Berufs- und Interessengruppen — die Mitarbeit der Frauen, des größeren Teiles der Gemeindebevölkerung, für die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialparlamente sichert. Das müßte eigentlich selbstverständlich sein! Aber, auch die demokratischen Frauen stehen nach den Erfahrungen der letzten Jahre solchen Selbstverständlichkeiten mit großer Skepsis gegenüber und müssen sich darauf einstellen, ihre Rechte neu zu erkämpfen. Wenn Külz sagt: „Alle Arbeit ist Dienst am Gemeinwohl. Demokratische Gemeindepolitik darf also niemals nach den Bedürfnissen einer bestimmten Erwerbsschicht einseitig orientiert sein; sie ist nicht eine einseitige Kommunalpolitik allein der Arbeiter, oder allein der freien Berufe, oder allein des Gewerbes, sondern sie ist eine Politik der Gesamtheit für die Gesamtheit," so gibt er damit den Frauen recht, die sich von Wahlkampf zu Wahlkampf dagegen wehren, daß sie, die Vertreter des größeren Teils der Gemeindebevölkerung unberücksichtigt bleiben sollen (zumindest schlecht berücksichtigt) gegenüber den Vertretern einseitiger Interessenschichten. Es ist nicht so, und es darf auch nicht so sein, daß sich die Frau, die gewählt wird, lediglich als Vertreter nur des weiblichen Teiles der Bevölkerung betrachtet. Sie ist als Staatsbürgerin gewählt, und zwar von Männern und Frauen und muß sich infolgedessen als Vertreterin der Gesamtheit fühlen, der sie Verantwortung schuldig ist. Diese und andere Gedankengänge bestimmen die demokratischen Frauen, nicht nachzulassen in dem Kampf um ihr Recht und zur Mitarbeit in allen Parlamenten, die unser Staatssystem vorsieht. Im Gegensatz zu allen Wirtschafts-, Beamten-, Angestellten-, Handwerker- und sonstigen Berufs- und Interessengruppen stellt sie sich auf die verantwortliche Vertretung aller ein, und das sollte von keiner anderen Partei mehr gewürdigt und beachtet werden wie von der demokratischen Partei.

In der erwähnten Schrift fordert Külz auch, teils von gleichen, teils von anderen Gedanken ausgehend, die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde. Er sagt:

„Daß auch die Frau in der Gemeinde ein vollberechtigter und vollverpflichteter Mitträger der Entwicklung ist, wird noch vielfach in durchaus ungenügendem Umfange gewürdigt, auch von den Frauen selbst. Eine verständnisvolle Ausnutzung der Frauenarbeit auf kommunalem Gebiete ist unbedingt zu fordern und bewußt zu fördern. Die spezifisch weiblichen Fähigkeiten können gerade im Gemeinde-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0176

leben mit besonderem Nutzen für das Volkswohl ausgewertet werden. In der Wohlfahrtspflege, im Schulwesen, in der Gesundheitsfürsorge, in der Jugendpflege, in den Kulturaufgaben der Gemeinde, wird die Frau um so segensreicher wirken, je weitgehender der Einfluß ist, der ihr in den betreffenden Verwaltungszweigen eröffnet wird."

Wir stimmen darin durchaus mit Herrn Külz überein, daß es in der Gemeindearbeit weite Arbeitsgebiete gibt, die der Frau ihrer wesensgemäßen Veranlagung nach näher stehen wie dem Manne, und in denen sie infolgedessen fraglos besser zum Nutzen der Allgemeinheit wirken kann als z. B. irgendein „Nur-Berufsvertreter". Aber es wird von all den Frauen, die irgendwie schon praktisch in der Gemeindepolitik mitgewirkt haben, festgestellt werden können, daß man sowohl ihr sachliches Interesse wie auch ihre praktischen Fähigkeiten unterschätzt, wenn man glaubt, daß sie sich nur auf die spezifisch weiblichen Arbeitsgebiete erstrecken, resp. da ihre Grenzen finden. Diese Auffassung, daß das Einarbeiten in die Gesamtmaterie der Gemeindearbeit auch für die Frau Bedingung für befriedigende Mitarbeit ist, daß sie vor der Bearbeitung des Haushaltsplanes, des Wohnbauprogramms, der Fragen Ferngas- und Elektrizitätsversorgung usw. usw. nicht haltmachen darf, kam z. B. bei der letzten Reichsfrauentagung in Dresden (September 1928) eindeutig zum Ausdruck, als man dort sehr eingehend über die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde sprach. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Statistik, die auf Grund der Ergebnisse einer Umfrage des Reichsfrauenausschusses bei den demokratischen weiblichen Gemeindevertretern 1927 aufgestellt wurde.

Von 78 weiblichen demokratischen Gemeinderatsmitgliedern, deren Anschriften bekannt waren, lagen 63 ausgefüllte Fragebogen vor. Unter ihnen gehören ihrem Kollegium 43 zum zweiten Male an, hatten also ungefähr eine 9jährige Arbeitsperiode hinter sich. Nur 19 Frauen standen an 1. oder 2. Stelle der demokratischen Liste, viele andere an 3. und 4. Stelle.

Bemerkenswert ist, daß 42 in Frauenvereinen, die dem Bund Deutscher Frauenvereine angehören, meist an führender Stelle arbeiten, einige wenige im Evangelischen Frauenbund und in Frauenvereinen vom Roten Kreuz. 11 Frauen bezeichneten sich als keiner Frauenorganisation angehörend.

In Städten, die ein Doppelkollegium haben, sind 5 Frauen ordentliche Magistratsmitglieder oder Stadträtinnen mit eigenem Dezernat. In der Berufsrubrik bekannten sich 28 als Hausfrauen, 10 Frauen gehören dem Lehrberuf an, 4 sind Sozialbeamtinnen, 10 sonstigen Berufen angehörend, 9 nennen sich berufslos.

Im Wohlfahrtswesen ihrer Gemeinde sind 56 demokratische Frauen in den Kommissionen und Ausschüssen tätig; im Jugendamt 33, in der Kleinrentnerversorgung, die wohl nicht überall gesondert bearbeitet wird, 24 Frauen. In Schulkommissionen und Ausschüssen arbeiten 43 Frauen, im Wohnungswesen 11, im Ausschuß der städtischen Werke 1, in den Arbeitsämtern nur 3, eine vierte in einem Landesarbeitsamt; verschiedene sind noch in sonstigen Arbeits- und Verwaltungszweigen tätig. Viele Frauen haben 5 oder mehr Sonderämter, eine sogar 14, und nur 2 sind in keinem Ausschuß und keiner Kommission.

Eine Demokratin berichtete: „Ich bin II. Vorsitzende des Finanz- und Verwaltungsausschusses, I. Vorsitzende des Wohlfahrts-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0177

und Sozialpolitischen Ausschusses, Mitglied des Personalausschusses, Mitglied des Ausschusses für Kunst- und Bildungsfragen, und schließlich II. Vorsitzende der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft."

So eng gefaßt die Ausführungen über die Bedeutung der Mitarbeit der Frau in der Gemeinde im Rahmen dieses Artikels sein mußten, so wenig umfassend auch der vorstehende Bericht über die Arbeit der demokratischen Gemeindevertreterinnen ist, darf doch der mahnende Appell an alle Gesinnungsfreunde gerichtet werden: Mehr Frauen in die Gemeindeparlamente! Mehr Frauen auch in die Kreistage und Provinziallandtage!

*

Dem Gedächtnis Friedrich Naumanns

Am Sonnabend, dem 24. August d. J., jährte sich zum zehnten Male der Todestag Friedrich Naumanns, des Gründers der Demokratischen Partei. In allen Gauen hat die Demokratische Partei seiner in würdigen Veranstaltungen gedacht. Aus der großen Fülle der Gedächtnisfeiern seien einige erwähnt.

Am Geburtshause Naumanns in Störnthal bei Leipzig veranstalteten die sächsischen Demokraten eine Gedächtnisfeier, zu der zahlreiche Freunde aus dem Lande herbeigekommen waren. In der geschmückten Dorfkirche sprach der Pfarrer D. Johannes Herz, Leipzig.

Als Friedrich Naumann am 24. August 1919 mitten in einem der schwersten und ernstesten Jahre deutscher Geschichte starb, konnte man vielleicht im Zweifel sein, ob die starken Wirkungen, die zu seinen Lebzeiten von ihm ausgegangen waren, seinen Tod überdauern würden. Denn auch sein Lebenswerk war von der ungeheuren Katastrophe des Weltkrieges nicht unberührt geblieben. Sein Traum von „Demokratie und Kaisertum" war zerronnen, sein Plan eines „Mitteleuropa" zerschlagen. Auch über manch andere seiner politischen Ziele und Gedanken war der Lauf der Geschichte unerbittlich hinweggegangen.

Und doch darf man jetzt zehn Jahre nach Naumanns Tode sagen, daß Friedrich Naumann nicht vergessen ist, daß sein geistiges und politisches Führertum noch heute für uns Bedeutung hat. Naumanns bleibende Bedeutung liegt in dem Erzieherwert seiner Persönlichkeit. Schon zu Lebzeiten hat man ihn einen praeceptor Germaniae genannt. Und wenn vor Jahren ein Buch „Rembrandt als Erzieher" geschrieben worden ist, so könnte man heute mit noch mehr Recht ein Buch „Naumann als Erzieher" schreiben. Ein politischer Erzieher kann Naumann unserem Volke vor allem dadurch sein, daß er uns lehrt, wie Voraussetzung alles politischen Handelns ein unerbittlicher Wirklichkeitssinn, ein scharfer Blick für die Tatsachen und ihre Zusammenhänge und ein tiefes psychologisches Verständnis der Dinge und der Menschen ist. Ein sozialer Erzieher ist Naumann durch sein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl, das sich auch durch Enttäuschungen nicht verbittern ließ, durch die stete Einstellung seines Denkens und Handelns nicht auf den einzelnen, sondern auf die Gemeinschaft, durch sein unablässiges Bemühen, fern von allem einseitigen Klassenstandpunkt und allem beschränkten Gruppenegoismus objektiv die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu beurteilen. Als sittlicher Erzieher steht Nau-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0178

mann vor uns in der Lauterkeit seines Charakters und in der Selbstlosigkeit seines Handelns. Nie hat er den eigenen Vorteil im Auge gehabt, sondern stets die eigene Person hintangesetzt und sich mit seinem ganzen Wirken in den Dienst seiner Mitmenschen und seines Volkes gestellt. Als religiöser Führer hat er sich dadurch erwiesen, daß es ihm gegeben war, die seelischen Werte echter Frömmigkeit, losgelöst von ihrer zeitgeschichtlichen Einkleidung, in ihrem Ewigkeitswert zu zeigen und für die Gegenwart lebendig zu machen, und daß er bei aller freimütigen Kritik an der Kirche doch stets die Notwendigkeit und den Wert kirchlicher Gemeinschaft betont und hochgehalten hat. Ohne Unterschied der Partei sollen wir dankbar sein, daß wir in unserer, an führenden Persönlichkeiten nicht eben reichen Zeit einen Mann wie Friedrich Naumann gehabt haben, und wollen uns bemühen, sein Erbe aufrechtzuerhalten und für unsere Gegenwart auszuwerten."

Auch am Grabe Naumanns, auf dem alten Zwölf-Apostel-Friedhof in Berlin-Schöneberg, hatte sich eine Anzahl alter Freunde und Anhänger zu einer schlichten Gedenkfeier unter den alten Bäumen des Friedhofs zusammengefunden. Theodor Heuß, der zu den engsten Mitarbeitern Naumanns gehört hatte, sprach in kurzen, menschlich warmen Worten über Naumanns religiös-soziales und allgemein menschliches Empfinden. Seine Worte gipfelten in dem Satze: „Was Naumann schuf, ist an seine Zeit gebunden, ist in dem Menschen wirksam geworden; was er schaute, ist Vermächtnis, was er lebte, ist Verpflichtung." Im Namen des Hauptvorstandes der Deutschen Demokratischen Partei legte Frau Dr. Bäumer einen Kranz am Grabe nieder.

Die Demokratische Partei in Groß-Berlin veranstaltete gemeinsam mit dem Jungdemokratischen Verbande im früheren Herrenhaus eine Gedächtnisfeier, bei der nach einleitenden Worten Staatssekretär Oskar Meyer darauf hinwies, daß Naumann der erste Abgeordnete Berlins in der Nationalversammlung gewesen sei, ebenfalls Dr. Heuß die Gedächtnisrede hielt. Er schilderte die politische Entwicklung Naumanns, seinen wandlungsreichen Weg vom christlichen Sozialismus zum Liberalismus und zur Demokratischen Partei. Er charakterisierte die große Persönlichkeit dieses „Wanderers nach Erkenntnis", seinen inneren Zwiespalt zwischen Religion und Machtpolitik, sein künstlerisches Einfühlungsvermögen und seine unerschöpfliche Intuition. Will man ihn würdigen, so muß man sagen, daß seine Größe nicht im Erfolg, sondern in seinem Wirken lag. Denn dieses reiche Leben war an Enttäuschungen stärker als an Erfüllungen. Aber er war ein großer Erzieher des deutschen Volkes, wie Schiller, der Freiherr vom Stein und Friedrich Liszt.

Zum Schluß gedachte der jetzige Parteiführer des Verstorbenen. Erich Koch-Weser sprach von dem Politiker Naumann, der niemals ein Politiker jener Art gewesen ist, die Politik vom Standpunkt ihres wirtschaftlichen Sonderinteresses aus zu betrachten. Für ihn war das einzig Maßgebliche das Gesamtinteresse des deutschen Volkes, und das Allgemeininteresse ging ihm immer über das eigene. Seine Tragik war es, in seinem Leben keinen unmittelbaren Einfluß auf die Staatsgeschäfte gehabt zu haben. Aber dennoch hat er die Anschauungen und die Ziele des deutschen Volkes mehr als irgendein Politiker der Nachbismarckschen Zeit bestimmt, weit über den Rahmen der Partei, die er geschaffen hat, hinaus. Er ist ein Pfadfinder und Sucher bis an den Tod gewesen, und was er gekündet hat, wird auch einer neuen Generation Richtlinie und Schulung bleiben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0179

Aus dem demokratischen Parteileben

Personalien

Anton Erkelenz tritt zurück

In der Vorstandssitzung der Partei am 28. August teilte der Vorsitzende des Parteivorstands, Abgeordneter Erkelenz, mit, daß er auf dem Parteitage in Mannheim sein Amt als Vorsitzender des Parteivorstandes niederlegen werde. Leider habe sich sein Gesundheitszustand nicht so gebessert, daß er in dieser schwierigen Zeit das Amt des Vorsitzenden des Parteivorstandes weiterführen könne. Unter lebhafter und herzlicher Zustimmung der Versammelten dankte Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer Anton Erkelenz für alles, was er geleistet habe. Von Jugend auf sei er für die demokratischen Ideen und späterhin für die Deutsche Demokratische Partei eingetreten. Ihm gebühre der herzlichste Dank vor allem für das starke Verantwortungsgefühl, mit dem er stets in die Geschicke der Partei und des Vaterlandes eingegriffen habe. Mit diesem Dank verknüpfte Dr. Fischer die Hoffnung, daß Erkelenz möglichst rasch gesunden möge, damit die innige Arbeitsgemeinschaft zwischen ihm und der Partei wieder ganz hergestellt werden könne.

Mit der Nachfolgeschaft von Erkelenz und mit geplanten organisatorischen Änderungen wird sich ein Ausschuß beschäftigen, der dem Parteivorstand Bericht erstatten soll.

Die Mitteilung von dem in Aussicht stehenden Rücktritt von Anton Erkelenz von seinem Amt wird in allen Kreisen der Partei schmerzliches Bedauern hervorrufen. Erkelenz, der auf dem Bremer Parteitag in sein Amt berufen war, hat acht Jahre den Vorsitz im Parteivorstand innegehabt. Sein unermüdliches politisches und organisatorisches Wirken für die Demokratische Partei, verbunden mit schätzenswertesten menschlichen Eigenschaften, ist allen Parteifreunden zu sehr bekannt, als daß es noch eines Wortes bedürfte — zudem handelt es sich hoffentlich nur um eine Erholungspause, nach der Erkelenz gesund und mit frischen Kräften seine politische Arbeit im demokratischen Parteileben wieder aufnehmen wird.

Prüfungsausschuß in Sachen Hustaedt. Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei nahm in seiner Sitzung vom 28. August den Bericht des Prüfungsausschusses in Sachen Hustaedt entgegen. Der Prüfungsausschuß hat folgende Erklärung abgegeben:

Der Ausschuß hat es als seine Aufgabe angesehen, festzustellen, ob Herrn Dr. Hustaedt wegen der Ablehnung der Begnadigung des zum Tode verurteilten Jakubowski durch das Mecklenburg-Strelitzsche Staatsministerium im Februar 1926 ein Mangel an sittlicher Gewissenhaftigkeit oder eine Verletzung von Parteigrundsätzen zum Vorwurf zu machen ist. Grundsätzlich ist daran festgehalten worden, daß Amtshandlungen eines Parteimitgliedes im einzelnen einer ehrenrechtlichen Nachprüfung auf ihre Zweckmäßigkeit durch die Parteiinstanzen nicht unterliegen.

Der Ausschuß hat die Überzeugung gewonnen, daß Herr Dr. Hustaedt, bevor er gemeinsam mit dem damaligen anderen Staatsminister die Begnadigung ablehnte, die pflichtgemäße Prüfung nach bestem subjektivem Wissen und Gewissen und ohne Verletzung der Parteigrundsätze vorgenommen hat. Dabei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0180

konnten natürlich spätere Ereignisse, aus denen objektive Zweifel an der Schuld oder Alleinschuld des Jakubowski hergeleitet wurden, keine Berücksichtigung finden.

Der anwesende Vertreter der Jungdemokraten, Dr. Jäger, sowie Minister a. D. Hustaedt erklärten sich mit dieser Feststellung des Ausschusses einverstanden und die vorliegenden Anträge für erledigt.

Dr. Fischer, Frau Dönhoff, Dr. Stubmann,
Oskar Meyer, Werner Stephan.

Ernennung. Frau Oberregierungsrat Erna Albrecht von der Schulabteilung des Preußischen Handelsministeriums ist zum Ministerialrat ernannt worden. Wir begrüßen es, daß diese verdienstvolle Frau, die Mitglied der Demokratischen Partei ist, eine behördliche Anerkennung ihrer Tätigkeit gefunden hat.

Tagung

Wahlkreisparteitag in Magdeburg. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Staatspräsident a. D. Dr. Hummel sprach auf dem Magdeburger Wahlkreisparteitag über die Reparationskonferenz und führte u. a. aus:

Fünf Jahre lang habe das Dawes-Abkommen funktioniert, dann habe der Reparationsagent selbst feststellen müssen, daß die Höhe der deutschen Zahlungen ständig mit der der deutschen Auslandsanleihe übereinstimme, und daher seien ihm schon für das erste „Normaljahr" 1928/29 starke Bedenken gekommen, vor allem angesichts der kritischen Kassenlage des Reiches und der Defizits in allen Haushaltsplänen. So habe Gilbert auf die Festsetzung einer Endsumme gedrängt. Auch in Frankreich sei dieser Wunsch sehr stark gewesen, da Frankreich selbst mit Amerika das Abkommen über seine Schuldentilgung in Höhe von jährlich 1,2 Milliarden Frank habe treffen müssen und die Französische Kammer zum Ratifizieren dieses Abkommens nur durch das Versprechen zu bringen gewesen sei, daß Deutschland zur festen Zahlung einer Summe in der entsprechenden Höhe gezwungen werden solle. Deutschland endlich habe sich zu dieser Regelung bereit finden lassen aus Besorgnis vor einer schweren finanziellen Krise.

Nach Ansicht des Redners ist die Sachverständigen-Konferenz, die man so beschloß, um mindestens ein Jahr zu früh angesetzt worden, weil erst die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in diesem Jahre ein rechtes Bild von der wirklichen Lage Deutschlands gegeben hätte und weil auch in politischer Hinsicht die Atmosphäre noch nicht genügend gereinigt sei für eine gerechte endgültige Klärung der Reparationsfrage.

Insgesamt sei festzustellen, daß, nachdem der Youngplan zustandegekommen sei und nachdem er im Haag eine Fortsetzung gefunden habe, unsere Unterhändler im Haag aus den Verhandlungen herausgeholt hätten, was in dieser schwierigen Lage überhaupt herauszuholen war. Ebenso werde der Reichstag, so schwer es deutschen Politikern auch falle, dem Abkommen zustimmen müssen, weil sonst Deutschland als Verhandlungspartner diskreditiert sei und weil sonst in Deutschland eine schwere Krisis entstehen würde, die von niemand begrüßt werden könne. Das unsinnigste aber wäre, über diese Frage eine Volksabstimmung herbeizuführen, weil sie dem Auslande ein ganz falsches Bild von der wirklichen Meinung des deutschen Volkes geben würde. Daß es gelungen sei, schon vor 1935 die Räumung der be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0181

setzten Gebiete zu erreichen, sei ein Erfolg der deutschen Politik. Jetzt sei Deutschland eine neue Chance gegeben, die innere Sanierung zu vollziehen und die deutsche Wirtschaft wieder auf die Füße zu stellen.

*

Die D.D.P. in den Parlamenten

Arbeit für Ostpreußen

Helft dem Mittelstand. Der demokratische Abgeordnete für Ostpreußen, Günther Grzimek, hatte sich im Interesse des Vereins der selbständigen Kaufleute in Braunsberg an den Herrn Preußischen Handelsminister mit der Bitte gewandt, den besonderen wirtschaftlichen Bedürfnissen der örtlichen Kaufmannschaft durch die Freistellung einer größeren Anzahl von Sonntagen für den Verkauf Rechnung zu tragen. Vor allem die Tatsache, daß der Einzelhandel in den Kreisstädten Ostpreußens auf die Einkäufe der Landbevölkerung, vor allem des kleinen Bauerntums und der Landarbeiterschaft, angewiesen ist, läßt diesen Schritt als gerechtfertigt und im Interesse des Einzelhandels als begrüßenswert erscheinen.

Der Herr Preußische Handelsminister hat nunmehr mitgeteilt, daß von der grundsätzlichen Regelung, die nur 6 verkaufsfreie Sonntage vorsieht, im Prinzip nicht abgewichen werden kann, weist aber darauf hin, daß im Einzelfalle begründeten Anträgen von dem Herrn Regierungspräsidenten stets entsprochen werden wird, um den lokalen Bedürfnissen Rechnung zu tragen und den Einzelhandel in den ostpreußischen Städten in seinem schweren Existenzkampf zu unterstützen.

Für verstärkten Bau von Landarbeiterheimen. Der Reichstag hat die für das laufende Etatsjahr vorgesehenen Mittel zur Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues für die Provinz Ostpreußen stark zusammengestrichen; insgesamt konnten von Reich und Staat nur 5 Millionen RM. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Diese Summe genügt bei weitem nicht, um den vorliegenden Anträgen zu entsprechen. Da die verstärkte Seßhaftmachung von deutschen Arbeitern auf dem platten Lande eine nationale, politisch dringende Aufgabe ist, um der Gefahr der zunehmenden Entvölkerung des platten Landes von deutschen Arbeitern gerade in der bedrohten Grenzprovinz Ostpreußen entgegenzuwirken, hat der demokratische Landtagsabgeordnete Günther Grzimek die demokratische Reichstagsfraktion gebeten, sich für eine wesentliche Erhöhung der für den Landarbeiter-Wohnungsbau zur Verfügung gestellten Mittel in einem baldigst einzubringenden Nachtragsetat des Reichsarbeitsministeriums einzusetzen.

*

Deutsche Jungdemokraten

Pommerscher Jungdemokratentag in Stettin. Im Anschluß an die Gründung einer jungdemokratischen Ortsgruppe in Stettin fand am Sonntag, dem 1. September, der diesjährige Vertretertag der pommerschen Jungdemokraten in Stettin statt. Allgemein konnte ein er-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0182

freulicher Fortschritt der jungdemokratischen Arbeit in Pommern festgestellt werden. Die drei Gauverbände Vor-, Mittel- und Ostpommern sollen bestehen bleiben. Es ist zunächst beabsichtigt, in Vorpommern eine Vertrauensmännersitzung abzuhalten, die Gruppengründungen in Stralsund und Bergen abhalten soll. In Mittelpommern ist es als erfreulicher Fortschritt festzustellen, daß in Stargard ein Bezirkspartei-Sekretariat ins Leben gerufen werden soll, dessen Einrichtung den Jungdemokraten Stargards übertragen und das auch mit einem Jungdemokraten besetzt werden soll. Die Jungdemokraten halten das für einen beachtlichen Erfolg praktischer Parteireform und wünschen überall da, wo die Organisation Mängel aufweist, Ähnliches. Die Leitung des Gauverbandes Mittelpommern liegt in den Händen von Kurt Gimpel, Stargard.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit dem bevorstehenden Reichsparteitag in Mannheim und den Kommunalwahlen.

Man war einmütig der Auffassung, daß zum Parteitag alle Kräfte mobil gemacht werden müssen, die an einem Wiederaufbau der Partei in fortschrittlichem und sozialem Sinne arbeiten. Die pommerschen Jungdemokraten sind der Meinung, daß von diesem Parteitag das Geschick der Partei in weitestgehendem Maße abhängen wird, und sie wollen deshalb nicht die Verantwortung auf sich nehmen, bei diesem entscheidenden Kampfe in der Etappe gestanden zu haben, sondern wollen sich aus Gründen politischen Verantwortungsgefühls mit in die Front hineinstellen.

Ebenso einmütig wurde die Auffassung vertreten, daß die Demokratische Partei in die bevorstehenden Kommunalwahlen unter eigener Flagge hineinziehen muß.

Jungdemokratische Arbeit in Ostpreußen! Der Führer der ostpreußischen Jungdemokraten, Lehrer Max Bialluch, Königsberg, wurde zum zweiten Gauvorsitzenden des ostpreußischen Reichsbanners gewählt. Er hat in den letzten Monaten eine überaus rege Tätigkeit zur Belebung der Demokratischen Partei in Ostpreußen entfaltet. Eine Reihe von Gruppengründungen ist auf seine Initiative zurückzuführen. Auch mit den in Anbetracht des kommenden Parteitages so dringend notwendigen Fragen der Parteireform haben sich die ostpreußischen Jungdemokraten in intensivster Weise beschäftigt.

*

Demokratische Frauenbewegung

Kommunalpolitische Sommerschule

Zu einer kommunalpolitischen Wochenendtagung haben, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, die Hauptvertrauensfrauen der Wahlkreise Düsseldorf Ost und West zum 14. und 15. September in das „Klara-Schloßmann-Haus“ (Schülerinnenheim der Niederrhein. Frauenakademie) in Leichlingen (Landkreis Solingen-Lennep) eingeladen.

Beginn: Samstag, den 14. September 1929, nachmittags 4 Uhr. Einleitender Vortrag von Frau Stadtverordnete Bohn-Engelhardt, Essen, über „Die Kommunalwahlen“.

Am Sonntag, dem 15. September, spricht Frau Stadtverordnete Pasie, Duisburg, über „Wohlfahrtspflegerische Aufgaben der weiblichen Stadtverordneten“ und Frau Schönewald (frühere Stadtver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0183

ordnete in Bochum) über: „Aufbau und Aufgabenkreis einer Stadtverwaltung".

Für den Abend des 14. September ist eine kurze Naumann-Gedenkfeier vorgesehen.

Die Leitung der Veranstaltung liegt in den Händen von Frau Bohn-Engelhardt, Essen, Zweigertstr. 57. Die Geschäftsstelle ist in Düsseldorf, Am Wehrhahn 27, II, Anmeldung ist bis spätestens 10. September erwünscht, da die Veranstaltung nur bei genügender Beteiligung stattfinden kann.

Neben der sachlichen Arbeit soll dieses Treffen die demokratischen Frauen der beiden Wahlkreise in engere, persönliche Verbindung bringen. Dazu wird besonders der äußere Rahmen beitragen. Das Wochenendhaus liegt mitten im Wald, kann 35 bis 40 Frauen beherbergen. Die Mahlzeiten, die gemeinsam eingenommen werden, sind in eigner Regie zubereitet, was auch dazu beiträgt, daß der Aufenthalt von den einzelnen Teilnehmerinnen mit geringen Unkosten bestritten werden kann. Wie wir hören, betragen die Aufenthaltskosten etwa 4,50 M.

Wir begrüßen die Initiative unserer rheinischen Parteifreundinnen, die mit dieser Sommerschule den Teilnehmerinnen eine wertvolle Schulung über kommunalpolitische Fragen geben wollen, und wir hoffen, daß zahlreiche Beteiligung den Veranstalterinnen für ihre Mühe lohnt.

Demokratische Frauentagung. Am 5. und 6. Oktober findet in Schleswig eine Tagung der demokratischen Frauen des Wahlkreises Schleswig-Holstein statt.

Die Tagesordnung sieht u. a. Vorträge vor von Frau Dr. Marianne Weber-Heidelberg, Frau Rektorin Petersen-Altona und Frau Dr. Kiep-Altenloh, Altona.

Die Tagung, deren Vorbereitung in den Händen von Frau Karstens-Kiel liegt, verspricht eine inhaltsreiche und repräsentative Veranstaltung demokratischer Frauen zu werden.

Treffen der Frauen. Der Reichsfrauenausschuß veranstaltet im Rahmen des Reichsparteitags in Mannheim am Sonnabend, dem 5. Oktober d. J., 7½ Uhr abends, im Harmoniesaal, eine zwanglose Zusammenkunft der Frauen. Frau Oberreg.-Rat Dr. Ulich-Beil, Dresden, spricht über: „Frauen und Wahlreform". Es folgt eine Aussprache über politische Frauenarbeit. Zahlreicher Besuch dieser Veranstaltung wird erwartet; Einführung von Gästen ist gestattet.

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Deutschnationale Volkspartei

Eine deutschnationale Charakteristik Hugenbergs. Ein rheinischer Katholik, der der Deutschnationalen Volkspartei angehört, schreibt dem Herausgeber des „Ringes", des Organs der sehr rührigen Gruppe der Jungkonservativen, über Hugenberg u. a.:

„Was man von dem Manne Hugenberg wußte, ehe er den Vorsitz der Partei übernahm, nämlich, daß er ein Mann harten, unbeugsamen Willens, ein Mann reiner Gesinnung, ein unermüdlicher Arbeiter ist, daß er jeder ihm gestellten Aufgabe sich mit Eifer und

Hingebung widmet, daß er jedes Amt, jedes sachliche Aufgabengebiet zu verwalten vermag, all das hat er erneut bewiesen, seitdem er mit dem Vorsitz die Verantwortung — so wie er Verantwortung sieht — für die Partei übernahm. Aber auch die Schwächen seines Wesens, die von früher her bekannt waren, haben sich bisher nicht verleugnet. Das, was den Politiker ausmacht, den politischen Instinkt, die Fähigkeit, Menschen zu leiten und mit Menschen fertig zu werden, — für den Besitz dieser Eigenschaften hat Hugenberg als Parteiführer noch keinen Beweis gegeben. Wenn Ihnen mein Urteil zu hart erscheint, so bin ich bereit, meine Gründe zu nennen. Ich denke beispielsweise an den letzten Beschluß des Parteivorstandes, in welchem angekündigt wurde, über die Kriegsschuldfrage einen Volksentscheid herbeizuführen. Jeder, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, die Tücken des Volksentscheidverfahrens und andererseits die bisherigen Erfahrungen des Kampfes gegen die Kriegsschuldlüge, mußte von jenem Beschluß peinlich berührt sein. In der Kriegsschuldfrage einen Volksentscheid verlieren, bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als den totalen Zusammenbruch der Bemühungen und Kämpfe, welche das deutsche Volk seit zehn Jahren gegen die Kriegsschuldlüge geleistet hat. Wie darf man daran denken, ein solches Risiko zu übernehmen, nur um ein Parteigeschäft zu machen!"

Als noch katastrophaler betrachtet der rheinische Deutschnationale das Verhalten Hugenbergs in der Konkordatsfrage. Der Verfasser ist zwar mit diesem Konkordat auch nicht einverstanden. Das hindert ihn aber nicht, zu gestehen, „daß die Verhängung des Fraktionszwanges für die Abstimmung eine Unmöglichkeit und eine Ungeheuerlichkeit ist. Wer Herrn Hugenberg dazu geraten hat, der hat ihm einen sehr schlechten Dienst erwiesen, und Herr Hugenberg selbst hat allerdings das noch Schlimmere getan, diesen Rat zu befolgen." — Die ungeschminkte, aber auf den Tatsachen festbegründete Charakteristik schließt mit den Worten:

„Herr Hugenberg wird einsehen müssen, daß Politik etwas anderes ist wie Amt oder Geschäft, und daß Menschen behandeln etwas anderes ist, als eine Verwaltung betreuen. Ich bedauere es aussprechen zu müssen, daß man der weiteren Entwicklung der Partei nur mit schwerer Sorge entgegensehen kann."

Der Wert internationaler Verständigung. In einem Artikel, der die Tatsache feiert, daß das bekannte Rhodes-Stipendium in diesem Jahre zum erstenmal wieder an deusche Studenten zum Besuch der Universität Oxford verliehen worden ist, heißt es zum Schluß: „Gegenseitige Kenntnis schafft die Grundlagen gegenseitigen Verstehens. Gegenseitiges Verstehen aber bedeutet ein Band des Zusammenwirkens, das sich in ernsten Stunden einmal als wertvoll und unzerstörtes erweisen kann und wird." Diese Worte rühren nicht etwa von einem Mitgliede der Linken her, sondern von dem Abgeordneten v. Lindeiner-Wildau, dem früheren Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei und sind in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 334 v. 21. 7. 29) veröffentlicht. Man sieht daraus, daß bessere Einsicht auch bei der Deutschnationalen Volkspartei vorhanden ist; nur hält sie nicht lange an, das erlaubt Hugenberg nicht.

Reichskriegerbund und Stahlhelm. Aus der Haltung, die der Reichskriegerbund in der letzten Zeit manchmal eingenommen hatte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0185

und insbesondere aus einer Rede seines Präsidenten, des Generals von Horn, war geschlossen worden, daß der Kyffhäuserbund, der die Kriegervereine zusammenfaßt, mit dem Stahlhelm möglichst wenig zu tun haben wolle und namentlich mit dessen Bekämpfung des Gegenwartsstaates nicht einverstanden sei. Aus einer Erklärung aber, die General v. Horn anläßlich eines Reichskriegertages in München am 19. 7. 29 abgegeben hat (vgl. „Münchener Neueste Nachrichten" Nr. 195 v. 20. 7. 29), ist zu entnehmen, daß jene Meinung irrtümlich war, und daß der Kyffhäuserbund die Absicht hat, Arm in Arm mit dem Stahlhelm das Jahrhundert in die Schranken zu fordern. General v. Horn wies in seiner Ansprache gelegentlich eines Empfangsabends des Bayerischen Kriegerbundes, an dem auch der Stahlhelmführer Seldte teilnahm, darauf hin, daß seine Worte, die er in Kiel über die Beziehungen zum Stahlhelm gesprochen habe, mißverständlich aufgefaßt worden seien. Es sei unrichtig, in ihnen die Absicht eines Abrückens des Kyffhäuserbundes vom Stahlhelm zu erblicken. Er, v. Horn, habe gesagt, daß er absolut kein Gegner des Stahlhelms sei, und daß der geistige Gehalt der Verbände in mehreren Dingen übereinstimme, weil beide Organisationen den alten Soldatengeist pflegen; allerdings habe er auch gesagt, daß die Stahlhelmkameraden, die sich in den Reihen des Kyffhäuserbundes befinden, sich als Kriegsvereinler benehmen und so tätig sein müßten. Diese Forderung könne er wohl als Führer einer großen Organisation stellen. Die Leitung des Stahlhelms sei absolut mit ihm einig; von einem Gegensatz der Auffassungen sei gar keine Rede.

Deutsche Volkspartei

Volkspartei und Stresemann. Der Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann ist bekanntlich Führer der Deutschen Volkspartei. Man kann manchmal auf den Gedanken kommen, daß diese Tatsache in vielen volksparteilichen Kreisen unbekannt geblieben ist, wenn man sieht, daß die Deutsche Volkspartei bei den bevorstehenden Kommunalwahlen an vielen Orten wieder mit einem Rechtsblock, zu dem die Deutschnationalen und Nationalsozialisten gehören, zusammengehen will. Ist ihnen die Person ihres Führers so wenig wert, daß sie mit seinen erbittertsten Gegnern, die sich nicht einmal vor den gemeinsten persönlichen Beschimpfungen scheuen, in einer Front zusammengehen wollen?

*

Bücherschau

B. Gramse: Mietrecht (Ergänzungsband) sowie das **Mietrecht der Neubauwohnungen.** Verlag Reichsmieterdienst, Berlin-Wilmersdorf, Detmolder Straße 15. 272 S. Pr. 5,— RM.

Der als Praktiker des Mietrechts bekannte Verfasser hat in diesem Ergänzungsband zum Kommentar zum Mieterschutzgesetz die neuerdings vorliegende Literatur und Rechtsprechung sowie sonstige amtliche Unterlagen umfassend verwertet. Von besonderer Bedeutung sind die im zweiten Teile dieses Buches gemachten umfangreichen Erläuterungen zu dem Mietrecht der Neubauwohnungen, da gerade die Rechtsverhältnisse der Neubaumieter in der juristischen Literatur bisher noch gar nicht berücksichtigt worden sind.

Verantwortlich i. V.: Eberhard Wolff, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0186

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 20. September 1929 Nummer 18

Demokratischer Preußentag

Am Sonnabend, dem 14., und Sonntag, dem 15. September, fand in dem festlich geschmückten Plenarsaal des Preußischen Landtages zu Berlin unter überaus zahlreicher Beteiligung, namentlich auch aus dem Lande, die Tagung der preußischen D. D. P. statt, die der Stellungnahme zu den am 17. November vorzunehmenden Kommunalwahlen diente.

Der Leiter der Tagung, der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, Justizrat **Falk**, wies am Sonnabend nachmittag in seiner Eröffnungsansprache auf die taktischen Kernfragen des kommenden Wahlkampfes hin. Er sprach sich klar gegen die Mischmaschparolen, gegen Bürgerblockstimmungen aus und er erklärte, daß die Demokratische Partei keine Bindung annehmen könne, die mit ihren Grundsätzen nicht zu vereinbaren sei. Auf den Listen sollen nicht nur Männer, sondern auch Frauen stehen, da die Demokraten daran festhalten, daß den Frauen ihr verfassungsmäßiges Recht auch praktisch gewährleistet werden soll. Abgeordneter Falk sprach sein Bedauern darüber aus, daß der demokratische Führer Koch-Weser an der bedeutungsvollen Tagung nicht teilnehmen könne, da er durch seine Genfer Tätigkeit verhindert ist. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung begrüßte der Präsident alsdann den Vorsitzenden der Berliner Demokraten, den Ministerialdirektor und Landtagsabgeordneten Merten.

Nachdem in das Präsidium der frühere demokratische Reichsinnenminister Dr. Külz, der frühere Staatssekretär Oscar Meyer und die Abgeordneten Frau Dönhoff, Falk und Riedel gewählt worden waren, nahm zu einer Begrüßungsansprache im Namen der Parteileitung der Reichstagsabgeordnete **Dr. Hermann Fischer** das Wort, um der Tagung einen guten Verlauf und erfolgreiche Verhandlungen zu wünschen. Hermann Fischer erörterte in großen Zügen die Zusammenhänge auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik und geißelte besonders heftig das Verhalten der Rechtsopposition, der er zum Vorwurf machte, daß sie keinerlei positive Politik treibe, sondern lediglich Unruhe und Unfrieden in das Volk hineingebracht hätte. Auch die jetzt bekanntgegebenen formellen Vorschläge zum Volksbegehren bedeuteten nichts anderes. Fischer hoffte, daß die preußische Regierung und die preußische Polizei in der Aufklärung der Bombenattentate ihre Pflicht erfüllen würde. Bedauerlich bleibt aber, daß für die Unruhe im Volk die geistigen Urheber in der Rechtsopposition zu erblicken wären. Das Volksbegehren bedeute auch außenpolitisch eine Schädigung unserer Politik. Es sei nichts anderes als eine Desperado-Politik. Der Redner gab weiter der Hoffnung Ausdruck,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0187

daß bei den kommenden Kommunalwahlen der wahre Sinn des Parlamentarismus erkannt werden möge. Er wies darauf hin, daß jede Regierung die Aufgabe habe, Führer zu sein und Aufklärung ins Volk zu bringen. Das gelte auch für die Reichsregierung. Jetzt, wo die politischen Entscheidungen im Haag gefallen seien, sei es die Pflicht der Reichsregierung, mit allen Mitteln für Aufklärung zu sorgen, damit den Unruhebestrebungen der Männer des Volksbegehrens wirksam begegnet werden könne. Die Regierung habe ihre Aufgabe, Führer zu sein, aber auch innenpolitisch zu zeigen. Das gelte insbesondere für die jetzt schwebenden Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung. Auch die Reichsregierung dürfte nicht immer nur auf die Fraktionszimmer horchen. Sie müsse ihre Entscheidungen im Kabinett fällen und müßte dann mit einer Vorlage vor das Parlament und vor das Volk treten. Er hoffe, so sagte Dr. Fischer, daß endlich die Reichsregierung eine bestimmte Vorlage zur Arbeitslosenversicherungsreform zur Entscheidung stelle. Dr. Fischer gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Entschließungen dieses Preußentages getragen seien von dem Willen und der Liebe zur Volksfreiheit und von der Liebe zum deutschen Volke, dem wir alle dienen.

Ministerialdirektor **Merten** rief alsdann der Versammlung im Namen der Berliner demokratischen Freunde ein herzliches Willkommen und Glückauf zu.

Nunmehr sprach als erster Referent der frühere Bürgermeister von Dresden und spätere Reichsminister

Dr. Külz

in programmatischen Ausführungen über

„die demokratische Kommunalpolitik"

und entwickelte dabei etwa folgende Gedankengänge:

Der ethische Grundgedanke des Steinschen Selbstverwaltungswerkes ist für die Demokratie von unvergänglichem Werte, insofern er den einzelnen Menschen zum selbstverantwortlichen Mitträger am Schicksal der örtlichen Gemeinschaft und der Volksgemeinschaft macht, aber Aufbau und Ausbau der Selbstverwaltung in Deutschland können sich nicht mehr an die Formen und Methoden der Steinschen Zeit klammern. Das öffentliche Gemeinschaftsleben der Menschen vollzieht sich heute in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht in anderen Zusammenhängen. Das Reich wird gut tun, in seiner Gesetzgebung der veränderten Entwicklung Rechnung zu tragen; es wird zur Durchführung seiner Gesetze und seiner Auftragsaufgaben die Gemeinden vielmehr künftig einspannen müssen. Eine Reichsstädteordnung erscheint unerläßlich; sie wird bei aller Wahrung individueller Entwicklungsmöglichkeiten doch eine einheitliche und planvolle Einordnung der Gemeinden in den Organismus des gesamten öffentlichen Gemeinschaftslebens schaffen. Das Fehlen einer solchen organischen Regelung bringt auch in die Landesgesetzgebungen über kommunale Dinge Unsicherheit und Unübersichtlichkeit. Manche Länder haben eine Neuordnung der kommunalen Grundgesetze versucht. In keinem Lande ist der Wurf gelungen. Preußen hat nach erfolglosem Versuch einer Gesamtlösung sich auf Teillösungen beschränkt, so daß die Dinge hier nach wie vor in vollem Fluß sind. Das Umgemeindungsgesetz hat die Gemüter lange Zeit in begreiflicher Spannung gehalten. Die grundsätzliche Einstellung zu diesen Problemen steht für uns außer Zweifel:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0188

Der kommunalen Selbstverwaltung ist in weitestem Umfange die Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohlfahrt der örtlichen Volksgemeinschaft zu überlassen. Eine einseitige Bevorzugung irgendeiner Gattung von Kommunalkörpern ist abzulehnen. Groß-, Mittel- und Kleinstädte und Landgemeinden erfüllen innerhalb des Gesamtorganismus des Gemeinschaftslebens Aufgaben von verschiedener Art, aber von gleich wesentlichem Wert. Grundsätzlich ist die Gemeinde Träger der Selbstverwaltung. Überortliche Selbstverwaltungskörper kommen als Ergänzung für diejenigen Aufgaben in Betracht, welche ihrer Natur nach nur im erweiterten Rahmen zu erfüllen sind oder die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden übersteigen.

Neben der programmatischen Forderung an Reichsgesetzgebung und Landesgesetzgebung, die organischen Grundlagen der Selbstverwaltung der modernen Entwicklung entsprechend zu schaffen, erhebt sich die zweite Forderung, die materiellen Daseinsbedingungen der Selbstverwaltung zu sichern. Diese Forderung rollt vor uns das große Problem des Finanzausgleichs auf. Die Grundzüge eines solchen Finanzausgleichs liegen für die demokratische Politik klar erkennbar zutage: die Gemeinden und Gemeindeverbände müssen eine sichere und zugleich elastische Grundlage einer selbstverantwortlichen Finanzwirtschaft erhalten. Ein ausreichender organischer Lastenausgleich ist unentbehrlich. Der Ausbau der kommunalen Steuern hat in einem sozial und wirtschaftlich ausgeglichenen System zu erfolgen. Finanzielles Verantwortlichkeitsgefühl, Klarheit und Sauberheit der kommunalen Finanzgebarung und strengste Sparsamkeit werden die stärkste Förderung erfahren, wenn man neben Selbstverwaltung in ausschlaggebendem Umfange auch wieder die Pflicht und das Recht zur Selbsterhaltung setzt.

Art und Umfang der eigenwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden sind ein stark umstrittenes Gebiet. Die Abgrenzung zu finden ist Tatfrage von Fall zu Fall und kann in den einzelnen Gemeinden ganz verschieden aussehen. Soziale Rücksichten dürfen jedenfalls durch die Ertragswirtschaft in den Betrieben der Gemeinden niemals ausgeschaltet werden. Die Förderung der Privatwirtschaft gehört zum Pflichtenkreis der Gemeinden, insbesondere erstreckt sich die demokratische Wirtschaftspolitik auf die Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand durch angemessene Handhabung des Submissionswesens, durch Bekämpfung der Schleuder- und Schmutzkonkurrenz und durch Förderung gemeinnütziger gewerblicher Einrichtungen.

Endziel der kommunalen Sozialpolitik ist sozialer Ausgleich und soziale Versöhnung. Demokratische Sozialpolitik in den Gemeinden macht nicht halt vor irgendeiner Schicht, sondern ist bewußtes Einwirken auf die persönlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Gesamtheit und aller dieser Einwirkung bedürftigen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen. Im allgemeinen werden sich für die kommunale Sozialpolitik vier große Aufgabengruppen herausheben: Hebung der Volksgesundheit, Linderung der wirtschaftlichen Not, Pflege für die gesunde und Fürsorge für die gefährdete Jugend, Linderung der Wohnungsnot.

Auf dem Gebiet der kulturpolitischen Betätigung der Gemeinden steht die Betreuung der Volksschule in vorderster Linie. Die Volksschule, organisch auf der Grundschule aufgebaut,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0189

ist die Hauptträgerin der öffentlichen Erziehung. Da die Volksschule der ganzen Gemeinschaft des deutschen Volkes dient, lehnt demokratische Kulturpolitik Kulturkämpfe und Weltanschauungskämpfe um die Schulen in den Gemeinden ab. Sie ist bestrebt, durch Gewährung von Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen den bedürftigeren Schichten Förderung zuteil werden zu lassen, vor allem auch bei Besuch der mittleren und höheren Schulen, und sie läßt besondere Fürsorge dem Berufsschulwesen angedeihen, um es immer mehr den Erfordernissen des praktischen Lebens entsprechend auszugestalten. Überhaupt lehnt demokratische Kulturpolitik in den Gemeinden jeden Mißbrauch von Religion, Wissenschaft und Kunst für Machtpolitik und Klassenpolitik ab.

Das letzte Ziel demokratischer Gemeindepolitik besteht darin, die deutschen Selbstverwaltungskörper zum Ausgangspunkt lebendiger, schaffender Kraft für Volk und Staat zu machen. Die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des deutschen Volkes wird sich für alle Zeiten in erheblichem Umfange in den Gemeinden vollziehen, und deshalb müssen die Selbstverwaltungskörper stets ein Hort starker demokratischer Gemeinschaftsideen bleiben, nicht im Sinne engherziger parteipolitischer Dogmatik, sondern im Sinne der Auswirkung der persönlichen Kräfte derer, die im Ehrenamt und im Lebensberuf ihr dienen, und der lebendigen Teilnahme aller Schichten des Volkes.

Hierauf hielt der Preußische Handelsminister

Dr. Schreiber

ein Referat, in dem er die Stellung der Demokraten zu den

öffentlichen Wirtschaftsbetrieben

kennzeichnete. Der Handelsminister führte u. a. aus:

In den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit hat der Unmut über das fortschreitende Eindrängen der öffentlichen Hand in die Wirtschaft zu einer lebhaften Kritik geführt. Die Beschwerden über die öffentliche Betätigung in der Wirtschaft richten sich vor allem gegen die Entwicklung in den Gemeinden. Diese haben vielfach neue Versorgungsbetriebe erworben und die bestehenden erweitert, so daß jetzt 90 Prozent der Wasserversorgung, 80 Prozent der Gasversorgung, und, abgesehen von Beteiligungen an gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, 25 Prozent der Elektrizitätsversorgung sich im Besitz von Gemeinden befinden. Daneben haben sie in Verbindung mit der Kriegswirtschaft oder aus lokalem Subventionsinteresse sich alle möglichen Unternehmungen angegliedert.

Den Versorgungsbetrieben gegenüber muß sich die Deutsche Demokratische Partei positiv einstellen. Schon wegen ihres Monopolcharakters. Bedenklich aber ist es, wenn der finanzielle Selbstzweck dieser Betriebe allzusehr in den Vordergrund gestellt wird, so daß heute durchschnittlich 18 Prozent des Ausgabebedarfs der Gemeinden durch sie gedeckt werden. Hier muß ein besserer Finanzausgleich zwischen Reich, Staat und Gemeinden eine Änderung bringen, sonst werden die Angriffe gegen die Tarifpolitik der Städte nicht verstummen, die aus dem investierten Kapital mehr als eine angemessene Verzinsung herausholen wollen. Ebenso bedenklich ist es, wenn manche Großstädte sich aus wirtschaftlichem Expansionsdrang gesamtwirtschaftlichen Lösungen verschließen. In steuerlicher Hinsicht müssen die öffentlichen Betriebe den privaten gleichgestellt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0190

werden. Wenn öffentliche Wirtschaftsbetriebe nicht den Mut haben, unter gleichen Verhältnissen mit der Privatwirtschaft zu konkurrieren, stellen sie sich selbst das Zeugnis der Minderwertigkeit aus. In Preußen sind im Gegensatz zu anderen Ländern die öffentlichen Versorgungsbetriebe wenigstens gewerbesteuerpflichtig. Durch eine ordnungsgemäße Besteuerung wird auch die Wirtschaftlichkeit oder Umwirtschaftlichkeit der Unternehmungen deutlich in Erscheinung treten. Wenn soziale Leistungen nur durch Steuerbegünstigungen ermöglicht werden, sind sie in Wahrheit wirtschaftlich nicht tragbar und begünstigen auf Kosten der Allgemeinheit die zufällige Belegschaft.

Die monopolistische Machtstellung öffentlicher Betriebe darf nicht dazu dienen, den Gewerbetreibenden eine unsachliche und unzulässige Konkurrenz zu machen, vor allem bei der Installation von Anlagen oder dem Absatz von technischen Apparaten und Geräten. In den letzten Jahren haben die Gemeinden ihre Betätigung auf die allerverschiedensten Betriebe ausgedehnt, z. B. Ziegeleien, Kalkwerke, Sand- und Tongruben, Zementfabriken, Sägewerke, Kohlengruben, Brauereien, Buchdruckereien, Mühlen, Schuhmacher- und Schlosserwerkstätten, Bäckereien, Handel mit Hausrat, Obst, Fischen, Kartoffeln, Kohlen und Betrieb von Gastwirtschaften. Hiergegen ist die Kritik besonders scharf. Es wird darüber geklagt, daß einige Stadtbanken oder Bankabteilungen bei den Sparkassen ihre Stellung ausnutzen, indem sie die Haltung eines Kontos zur Voraussetzung für städtische Aufträge oder Hergabe von Hypotheken machen. Bei den meisten derartigen Unternehmungen kann ein öffentliches Interesse nicht anerkannt werden. Mangel an Aufsicht und geschäftlicher Erfahrung haben den Gemeindeangehörigen schwere Verluste zugefügt. Die Beamtenschaft ist in Verwaltungsgeschäften hervorragend geschult, aber nicht in Erwerbsgeschäften. Die Gewerbetreibenden haben, wie jeder andere Beruf, Anspruch darauf, daß sie in ihrem ohnehin meist schweren Existenzkampf nicht mit öffentlichen Mitteln geschädigt werden. Der Ausdehnung der gemeindlichen Geschäfte auf Handwerk und Einzelhandel ist daher grundsätzlich zu widersprechen. Der Staat ist berechtigt, in Gemeindeverfassungsgesetzen Schranken für wirtschaftliche Betätigung zu setzen. Wenn auch bisher im preußischen Recht solche nicht vorhanden sind, so bedeutet das nicht, daß die Gemeinden berechtigt wären, den Kampf zwischen Sozialismus und Privatwirtschaft nach der zufälligen Zusammensetzung der Gemeindekörperschaften jede für sich auszukämpfen.

Auf die Fürsorge der Gemeinden für das Wohnungswesen ist besonders hinzuweisen; hier wird es allerdings immer zu den sozialen Aufgaben namentlich größerer Gemeinden gehören, zur Befriedigung des Bedürfnisses nach angemessenem Wohnraum für die Minderbemittelten beizutragen. Das brauchen sie aber nicht in eigener Regie zu tun, sondern sie können sich auf Planung und Kontrolle beschränken und im übrigen erfahrene Unternehmer heranziehen. Das Blühen der Gemeinden ist untrennbar verbunden mit dem Gedeihen der in den Gemeinden betriebenen Wirtschaft. Deshalb muß es das wichtigste Ziel der Gemeinden sein, jede Schwächung dieser Wirtschaftskraft zu vermeiden und sich der Tatsache bewußt zu bleiben, daß es das Wesen jeder öffentlichen Verwaltung ist, wie schon der Name sagt, zu verwalten, nicht aber zu wirtschaften!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0191

Nach diesen Referaten des Preußentages gab es eine anregende

Aussprache,

an der sich im besonderen die Freunde aus dem Lande erfreulicherweise zahlreich beteiligten. Es seien als Redner genannt die Herren Bürgermeister Dr. Hagen aus Rathenow, Bürgermeister Hopf aus Eberswalde, Bürgermeister Landsberg-Magdeburg, Geheimrat Schloßmann-Düsseldorf, Landtagsabgeordneter Grzimek, Stadtkämmerer Dr. Lange-Berlin, Halstenberg-Düsseldorf, Stadtverordneter Schmidt-Oberhausen, Abgeordneter Goll und Reichstagsabgeordneter Oscar Meyer. Der Preußische Handelsminister Schreiber faßte die Anregungen der Diskussion noch einmal in Kernsätzen zusammen. Er unterstrich besonders, daß bei der kommenden Finanzreform die Gewerbeertragssteuer fallen müßte. Es sei notwendig, jetzt grundsätzlich mehr an die Wirtschaftsfragen zu denken, denn die politischen Fragen der Nachkriegszeit seien im wesentlichen in einem für die Republik günstigen Sinne entschieden. Wenn es oft den Anschein gehabt hätte und wenn Böswillige es uns angekreidet hätten, daß wir mit Parteien rechts und links ein Stück Wegs gemeinsam gegangen seien, so würden jetzt bei der Erörterung der Wirtschaftsfragen die Scheidewände klar hervortreten, im besonderen würde sich zeigen, daß wir uns in jeder wirtschaftlichen Frage von den Sozialdemokraten unterscheiden. Die Demokraten haben dem deutschen Volke Eigenes zu bieten, und dadurch werden sie auch die Verwirklichung ihrer Ideale erreichen.

Die Sonntagsverhandlungen des demokratischen Preußentages wurden eingeleitet durch das großzügige Referat des Preußischen Finanzministers

Dr. Höpker Aschoff,

der über

die aktuellen Steuerprobleme im Reich, in Preußen und in den Ländern

ausführte:

Wir dürfen davon ausgehen, daß der Young-Plan durch den Reichstag bestätigt werden wird, weil durch ihn die außenpolitischen Ziele deutscher Politik, das besetzte Gebiet von der Besatzung zu befreien und vor jeder besonderen Kontrolle zu bewahren, im wesentlichen erreicht sind. Diejenigen, die den Young-Plan annehmen wollen, übernehmen damit aber auch die Verpflichtung, die finanzpolitischen Maßnahmen zu treffen, durch die die deutsche Volkswirtschaft in die Lage versetzt werden soll, die Lasten des Young-Planes zu tragen. Es handelt sich hier um zwei Ziele, die Kapitalbildung in Deutschland zu fördern und den überflüssigen Verbrauch einzuschränken. Diese Ziele werden verwirklicht werden können, wenn jede Steigerung der Ausgaben der öffentlichen Hand in kommenden Jahren vermieden und nach Möglichkeit eine Senkung der Ausgaben herbeigeführt wird.

Für die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft sind zurzeit mehr als 60 Milliarden zur Verfügung gestellt. Die langfristige Verschuldung beträgt etwa 31 Milliarden, die kurzfristige Verschuldung etwa 30 Milliarden. Von der langfristigen und kurzfristigen Verschuldung fallen je 6 Milliarden auf das Ausland. Die Auslandsverschuldung insbesondere macht es notwendig, rund eine Milliarde an Zinsen ins Ausland zu zahlen, und verschlechtert so in entscheidender Weise die deutsche Zahlungsbilanz. Der hohe Zinssatz hemmt zugleich die deutsche Wirtschaft in ihrem Konkurrenzkampf mit dem Auslande und erschwert es ihr, die Zahlungsbilanz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0192

durch verstärkte Ausfuhr auszugleichen. Verstärkte Kapitalbildung liegt nicht nur im Interesse der Unternehmer, sondern auch der Arbeitnehmer, da aus dem sozialen Produkt der deutschen Volkswirtschaft ja nicht nur Unternehmergewinne, Arbeitslohn und der Zuschuß der öffentlichen Hand, sondern auch der Kapitalzins bestritten werden müssen und jede durch stärkere Kapitalbildung herbeigeführte Senkung des Zinssatzes daher auch den Arbeitnehmern zugute kommen muß. Hieraus ergibt sich, daß eine richtige Finanzpolitik die Senkung derjenigen Steuern ins Auge fassen muß, die die Kapitalbildung hindern. Auf der anderen Seite wird der überflüssige Verbrauch in Deutschland als Steuerquelle nicht hinreichend ausgeschöpft. Die Besteuerung des Alkohols bringt in Deutschland rund 800 Millionen, in England 2,7 Milliarden. Die Besteuerung des Tabaks in Deutschland bringt 946 Millionen, in England bei geringerer Bevölkerungszahl und geringerem Verbrauch 1,2 Milliarden. Der oft auch im Auslande erhobene Vorwurf, daß Deutschland hier seine Steuerquellen nicht ausreichend ausschöpfe, ist daher nicht ungerechtfertigt.

Hieraus ergibt sich folgendes:

1. Ers erscheint nicht angängig, die Eisenbahn zu entlasten, da ein Unternehmen mit einem Anlagewert von 26 Milliarden wohl in der Lage sein muß, 660 Millionen als Abgabe an das Reich aufzubringen, eine Beförderungssteuer von gut 300 Millionen zu tragen und Vorzugsaktien im Betrage von gut einer Milliarde zu verzinsen.

2. Die Industriebelastung kommt nach dem Young-Plan in Wegfall. Es erscheint notwendig, sie auch als innere Belastung der deutschen Industrie zu beseitigen, da sie eine Sondersteuer darstellt. Es fragt sich aber, ob diese Beseitigung bei der Lage der deutschen Finanzen in einem Zuge erfolgen kann und, wenn dies geschieht, ob dann der Ausfall nicht zum Teil durch eine mäßige Erhöhung der Vermögenssteuer gedeckt werden kann.

3. Die Rentenbankbelastung muß als Sonderbesteuerung der Landwirtschaft in Wegfall kommen. Ein Ausfall für die Reichskasse entsteht nicht, da der Rentenbankkreditanstalt weitere Mittel nicht zugeführt zu werden brauchen und der zur Tilgung des Rentenbankdarlehens erforderliche Betrag durch Verlängerung der Tilgungsdauer gemindert und im übrigen durch eine stärkere Beteiligung des Reichs an den Gewinnen der Reichsbank gedeckt werden kann.

4. Bei der Einkommensteuer ist nicht nur eine Entlastung der kleinsten Steuerzahler notwendig, sondern eine allgemeine Auseinanderziehung des Tarifs, da dieser Tarif in seiner Progression überspannt ist, vernünftige Kapitalbildung verhindert und zur Steuerflucht reizt. Vielleicht empfiehlt es sich, die Einkommensteuer nach englischem Vorbild in eine allgemeine Steuer, die den Ländern und Gemeinden zufällt, und eine Supertax, die dem Reiche zufällt, zu zerlegen. Die allgemeine Einkommensteuer wäre dann so aufzuteilen, daß das Existenzminimum für die Besteuerung durch die Länder erhöht würde. Gleichzeitig wäre den Gemeinden ein Zuschlagsrecht bei der Einkommensteuer einzuräumen. Auf diese Weise würde eine Entlastung der kleinsten Einkommen herbeigeführt werden können, ohne den Kreis derjenigen zu verringern, die zur Gemeindeeinkommensteuer beizutragen haben. Nur unter dieser Voraussetzung hat das Zu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0193

schlagsrecht einen Wert. Die Bedeutung des Zuschlagsrechts liegt weiter darin, daß eine Relation zwischen den Zuschlägen zur Einkommensteuer und den Zuschlägen zu den Realsteuern herbeigeführt und dadurch eine sparsame Finanzwirtschaft in den Gemeinden erzwungen werden könnte.

5. Die Realsteuern, die in Deutschland, und vor allem in Ländern wie Preußen und Baden, weniger in Bayern, Württemberg und Sachsen, übermäßig angespannt sind, sind um eine halbe Milliarde herabzusetzen. Zu diesem Zweck muß eine Entlastung der Gemeinden herbeigeführt werden, einmal durch stärkere Beteiligung der Gemeinden an den Überweisungssteuern, durch einen Lastenausgleich vor allem auf dem Gebiete der Schullasten und Polizeilasten und durch Einführung einer allgemeinen Gemeindegetränkesteuer. Der Lastenausgleich kann von den Ländern durchgeführt werden, wenn die Biersteuer, wie es den früheren Plänen des Reichsfinanzministers entspricht, erhöht und das Mehraufkommen den Ländern überwiesen wird.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Finanzreform lebhafte Widerstände auslösen wird, die nur überwunden werden können, wenn alle diejenigen, die entschlossen sind, den Young-Plan anzunehmen und damit die deutsche Außenpolitik vorwärts zu treiben, auch bereit sind, die Verantwortung für solche Maßnahmen zu übernehmen. Schwierigkeiten ergeben sich auch daraus, daß Reich und Länder bei einer solchen Reform zusammenarbeiten müssen und daß bei den Reichsinstanzen ein vielleicht nicht unberechtigtes Mißtrauen gegen die Länder vorhanden sein wird. Es wäre schlimm, wenn die erforderliche durchgreifende Reform an den Schwierigkeiten unserer bundesstaatlichen Verfassung scheitern sollte. Alle Beteiligten müssen sich darüber klar sein, daß mit kleinen Maßnahmen nicht zu helfen ist.

Alsdann sprach die Landtagsabgeordnete, Frau

Martha Dönhoff,

über

„Kultur- und sozialpolitische Kommunalfragen".

Kernfrage der Kultur und Wohlfahrt der Bevölkerung ist die Wohnung. Im Streit der Meinungen über die Wohnungszwangswirtschaft werden die Demokraten daran festhalten, daß sie als unerwünschter Notbehelf für eine Zeitlang unerläßlich war, aber überwunden werden muß. Aus der Not der Zeit müssen Wohnungen gebaut werden, die nach Raum und Ausstattung den berechtigterweise gewachsenen Wohnansprüchen nicht genügen. Und doch ist die bescheidenste selbständige Behausung dem Zusammenlegen besonders familienfremder Insassen vorzuziehen. Die Raummenge wird gemildert durch Wohnungsergänzungen, z. B. Kinderspielplätze, in großen Siedlungen Kinderhorte; auch Sportgelände und Freiluftschulen kommen hier in Betracht. Solche und auch praktische hauswirtschaftliche Einrichtungen, z. B. genossenschaftliche Wäschereien, dienen zugleich zur Entlastung der Hausfrau, für deren Berufsarbeit im Interesse einer gesunden Familienpflege mehr geschehen muß als bisher. Die Familie ist nicht tot, wie Kulturpessimisten vielfach behaupten. Sie ist auch heute noch die Urzelle des Gemeinwesens und eine tüchtige Hausfrau der sicherste Anker für ihr Bestehen.

Der zweite Faktor zur Entwicklung des künftigen Bürgers ist die Schule. Das erwünschte Zusammenwirken zwischen Schule und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0194

Elternhaus ist mit allen Mitteln zu fördern. Auch durch Heranziehen der Elternschaft zum Schulleben und zur Ausgestaltung ihrer Einrichtungen. Eine im besten Sinn moderne Schule fordert Opfer. Materielle Opfer der Schulträger, höchste persönliche Anstrengung der Pädagogen. Unerläßlich sind Verkleinerung der Klassen und, vor allem in der höheren Schule, Verminderung des Lernstoffes. Ausbau der Volksschule durch Aufbau mit Berechtigung, um den Aufstieg der wirklich Begabten zu ermöglichen, auch um den Andrang zur höheren Schule abzustoppen, der ihr Bildungsziel gefährdet. Das höhere Schulwesen hinkt auf einem Bein durch die zu lange Vernachlässigung der höheren Mädchenschule durch Staat und Gemeinde. Die Folge ist die Zersplitterung öffentlicher Mittel durch die Zuschußwirtschaft an den Privatschulen und Auslieferung der weiblichen Jugend an einseitig weltanschauliche Einflüsse. Auch ohne direkten Einfluß auf das Unterrichtswesen kann die kommunale Schulpolitik den Grundsatz der Ausbildung von Geist und Körper verwirklichen, durch Hebung der Sport- und Wanderfreude und Schaffung von Sport- und Wandergelegenheiten innerhalb und außerhalb der Schule. Die Berufsschule ist gleich wichtig zur Ausrüstung für das Berufsleben wie für die staatsbürgerliche Erziehung der heranwachsenden Jugend. Ländliche und Mädchenberufsschule bedürfen besonderer Förderung, Ausbau von Berufsberatung und Arbeitsnachweis ergänzt die Arbeit der Schule.

Eine gesunde Volkskultur kann nur im lebendigen Mitschaffen weiter Volkskreise entstehen. Sie muß neben dem Bildungsbedürfnis auch das nach Entspannung und Freude befriedigen. Als Gegenwirkung gegen eine bedenkenlose geschäftstüchtige Vergnügungsindustrie hat hier die Gemeinde wichtige Aufgaben zu erfüllen. Einschränkung der Zahl der Schankwirtschaften und Vorsicht bei der Konzessionserteilung sind im Interesse der Volkskultur und der Volkswohlfahrt zu fordern. Die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen an den Forderungen demokratischer Kultur- und Wohlfahrtspflege braucht nicht ausdrücklich betont zu werden. Ihre Verwirklichung verlangt die freudige Zusammenarbeit und Hingabe der besten Kräfte der gesamten Bürgerschaft.

Im Anschluß an diese Referate entwickelte sich eine lebhafte

Aussprache,

die eröffnet wurde durch eine Rede des Herausgebers des „Deutschen Volkswirtes" Dr. Stolper, der auf dem Mannheimer demokratischen Parteitag über die Wirschaftspolitik der Demokratischen Partei sprechen wird. Stolper setzte sich ausführlich mit dem Höpkerschen Finanzprogramm auseinander. Er verwies darauf, daß 1 Prozent Zinsfuß mehr oder weniger das Schicksal Tausender von Existenzen bedeute. Die Förderung der Kapitalbildung sei jetzt die zentrale Forderung unserer Politik überhaupt; von der Verwirklichung dieser Förderung würde es abhängen, ob die Wirtschaft leben könne oder sterben müsse. Stolper gab alsdann markante Beispiele über den Alkohol- und Tabakverbrauch im deutschen Volke. Er verwies darauf, daß wir für Bier im Jahr 4½ Milliarden Mark ausgeben. Das ist fast das Dreifache dessen, was wir im nächsten Jahr an Young-Lasten zu zahlen haben. Für Tabak gibt Deutschland 2,8 Milliarden im Jahr aus, das sind Ziffern, die jeder wissen muß, wenn er über Finanz- und Steuerpolitik reden will. In der weiteren Aussprache begründete Stolper, warum er Gegner des Zuschlagsrechts der Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0195

meinden zur Einkommensteuer sei. Er forderte alsdann eine Beseitigung der Gewerbesteuer, denn keine deutsche Steuer sei so schädlich wie diese, die nichts anderes sei als eine zusätzliche Besteuerung des gewerblichen Mittelstandes. Er, Stolper, könne sich kein demokratisches Finanzprogramm vorstellen, das nicht die Forderung enthielte: „Weg mit der Gewerbesteuer."

Nachdem dann noch Stadtrat Keller-Frankfurt a. M. und Professor Hildebrandt-Berlin wertvolle Anregungen gegeben hatten, setzte sich Finanzminister Höpker Aschoff in seinem Schlußwort mit den Stolperschen Vorschlägen auseinander. Er hob hervor, daß die von ihm vorgeschlagene Einkommensteuersenkung sich zum größten Teil auf die kleinen Einkommen auswirken werde. Die Einführung des Zuschlagsrechts für die Gemeinden soll vor allem erzieherische Wirkung haben. Er, Höpker Aschoff, werde vorschlagen den Abbau der Rentenbankbelastung, Industriebelastung, Senkung der Einkommensteuer, Senkung der Realsteuern. Das seien immerhin Vorschläge, mit denen man im Wahlkampf gegenüber den anderen Parteien wohl bestehen könne.

Der Vorsitzende des Preußentages, Landtagsabgeordneter **Falk**, dankte zum Schluß noch einmal den Rednern und insbesondere auch dem Landtagsabgeordneten Riedel, der diese Tagung so mustergültig vorbereitet und durchgeführt hatte. Als Ergebnis der Preußentagung steht fest, daß die Deutsche Demokratische Partei innerlich und äußerlich gestärkt und gefestigt in den Wahlkampf ziehen kann. Falk schloß die Preußentagung mit einem Hoch auf die Deutsche Republik.

Die Entschließungen des Preußentages

Der demokratische Preußentag hat seine Stellung durch die Annahme folgender Entschließungen kundgegeben:

Eigene demokratische Listen

Gemeindewahlen sind politische Wahlen.

In erster Linie ist überall eine eigene Liste bewährter demokratischer Männer und Frauen zu erstreben.

Ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Parteien oder Gruppen ist nur zulässig, wenn keine Bindungen eintreten, durch die die demokratischen Grundsätze verletzt werden.

*

Für die Selbstverwaltung

1. Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist die einzige demokratische Einrichtung, die der absolutistische Staat geschaffen hat. Das geschah nicht, um freiheitlichen Bestrebungen Raum zu geben, sondern um dem niedergebrochenen preußischen Staate durch die freiwillige, selbsttätige Arbeit „seiner Untertanen" neue Kräfte zuzuführen. Der demokratische Staat hat nicht aus Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit, sondern aus seinen Grundsätzen heraus die Selbstverwaltung der Gemeinden zu erhalten und zu fördern. Die Reichsverfassung ist auf dem Satz aufgebaut: „die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Dieser Satz gilt auch für die Gemeinden.

2. Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist gleichwohl nicht unbedingt Selbstzweck. Im Volksstaat wird die Freiheit des einzelnen Staatsbürgers durch die des anderen begrenzt. Auch die Willens-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0196

betätigung der Gemeinden findet da ihre Grenzen, wo sie andere Gemeinden beeinträchtigen oder die Aufgaben des Staates stören könnte.

Der demokratische Staat muß innerlich stark und geschlossen sein. Das Staatsinteresse geht dem der Gemeinden vor. Das Gemeinschaftsleben des Volkes erfordert ein Aufsichtsrecht des Staates über die Gemeinden. Diese Aufsicht ist aber mit besonderer Vorsicht und Zurückhaltung auszuüben. Der Staat hat nicht in die Gemeinden hereinzuregieren.

3. Selbstverwaltung bedeutet Selbstverantwortlichkeit. Das Recht und die Pflicht, ihr eigenes Geschick im Rahmen der Gesetze selbst zu bestimmen, verlangt von den Trägern der Selbstverwaltung gesteigertes Verantwortungsgefühl und opferwillige Hingabe an ihre Aufgabe.

*

Kommunalpolitik und öffentliche Hand

1. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zur Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen, der Regel nach von einer Stelle aus zu befriedigenden Bedarfs (Wasser, Gas, Elektrizität, Verkehrsmittel) entspricht in Preußen der geschichtlichen Entwicklung. Diese ist bestimmt durch die Notwendigkeit, den allgemeinen Bedarf der Bevölkerung an diesen Leistungen unter Ausschaltung der Möglichkeit monopolistischen Machtmißbrauchs sicherzustellen. Diese Entwicklung muß daher von der Demokratischen Partei gefördert werden.

2. Die öffentlichen Versorgungsbetriebe dürfen aber nicht Selbstzweck zur Erzielung eines möglichst hohen Gewinns werden, sondern sie haben das Interesse der Bevölkerung an möglichst vorteilhafter Versorgung in den Vordergrund zu stellen. Es kommt daher nicht darauf an, daß jede Gemeinde eigene Versorgungsbetriebe unterhält, sondern darauf, daß die Versorgung der Bevölkerung auf die jeweils billigste und zuverlässigste Weise erfolgt. Die Gemeinden sollten daher auch nicht unter allen Umständen auf eigene Erzeugung bestehen, sondern gegebenenfalls den Bedarf bei leistungsfähigeren anderen Unternehmungen decken, wenn dabei jeder Monopolmißbrauch ausgeschaltet ist.

3. Die Leitung der öffentlichen Versorgungsbetriebe muß lediglich nach der fachlichen Geeignetheit ausgewählt werden und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten.

4. Im Interesse einer zuverlässigen Kontrolle der öffentlichen Betriebe ist jede Bevorzugung gegenüber privaten Betrieben gleicher Art zu vermeiden und eine von der sonstigen Verwaltung der Gemeinden getrennte Wirtschaftsführung und Rechnungslegung einzurichten.

5. Es ist im übrigen nicht Aufgabe der Gemeinden, ihrem im Erwerbsleben stehenden Bürgern mit öffentlichen Mitteln Konkurrenz zu machen, vielmehr hat der Gewerbetreibende nach allem, was er in den letzten Jahren durchgemacht hat und was auf ihm lastet, den gleichen Anspruch wie jeder andere Gemeindeangehörige darauf, daß seine Gemeinde ihn nicht unnötig schädigt und in seinem ohnehin meist schweren Fortkommen hemmt. Die Demokratische Partei lehnt daher eine Ausdehnung der gemeindlichen Betätigung auf Betriebe des Handwerks und des Einzelhandels unbedingt ab und steht auch einer Betätigung der Gemeinden auf industriellem Gebiet im allgemeinen ab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0197

lehnend gegenüber. Eine solche kann bei Vorliegen ganz besonderer Verhältnisse nur dort in Frage kommen, wo unzweifelhaft Gemeindeinteressen nicht ebensogut durch privatwirtschaftliche Bedarfsdeckung befriedigt werden können.

6. Eine Parteinahme der Gemeinden in dem Konkurrenzkampf einzelner Wirtschaftsgruppen entspricht nicht der öffentlich-rechtlichen Stellung der Gemeinden und dem für jede öffentliche Verwaltung bestehenden obersten Grundsatz voller Neutralität und Gerechtigkeit gegenüber allen Beteiligten. Insbesondere wird daher jede irgendwie geartete Begünstigung der Konsumvereine oder anderer Genossenschaften abgelehnt.

*

Kulturelle und soziale Aufgaben

Die kultur- und sozialpolitische Arbeit der Gemeinden soll von der Behörde geregelt, aber nicht selbstherrlich und bürokratisch gebunden sein.

Die Bestrebungen der Kultur- und Sozialpolitik wirken sich aus im Bereich der Familie, der Schule, der Berufsarbeit, der Erholung, des Gemeinschaftslebens.

Zu den Einzelforderungen der Deutschen Demokratischen Partei gehören: Kernfrage der Kultur und Wohlfahrt ist die Wohnung. Unbeschadet aller weitergehenden Wünsche muß zunächst ein Programm für Wohnungsbau erfüllt werden.

Bessere Wohnweise setzt die Lösung des Verkehrsproblems voraus.

Für die breiten Schichten, die zur Zeit dicht und eng wohnen müssen, ist die Erfüllung der Forderungen des modernen Städtebaus lebenswichtig.

Die Grundlage des sozialen Aufbaues ist die Familie. Deshalb muß den Kindern Raum, den Hausfrauen Entlastung und Fortbildung geschaffen werden.

Gesundheitsfürsorge bedeutet Seuchenbekämpfung, Verhütung von Schäden und Aufklärung über zweckmäßige Lebensweise.

Wohlfahrtspflege im engeren Sinne ist nicht nur eine Frage der Unterstützungssätze, sondern auch der ergänzenden Fürsorge mit Heranziehung der Selbsthilfe und der freien Vereine.

Die Schulerziehung soll den Zusammenhang mit dem Elternhaus erhalten. Die Schule soll Bildungsstätte für Geist und Körper sein. Der Auslese der Begabten dient die Ausgestaltung der Grundschule. Schulgeldzahlung darf nicht allein das Recht auf Besuch der höheren Schule begründen. Die Berufsschule ist als Zwischenglied zwischen Schul- und Arbeitsleben ein wichtiger Faktor für staatsbürgerliche Erziehung.

Ein Gemeindekulturprogramm soll Volkskultur fördern. Volkskultur erwächst aus dem Selbstgestaltungswillen der Bürger, insbesondere auf allen Gebieten des freien Bildungswesens.

In den lebenswichtigen Aufgaben der Kultur- und Sozialpolitik müssen sachliches Können und lauteres Wollen, frei von jeder egoistischen Interessenwirtschaft, sich zu fruchtbarer Gemeinschaftsarbeit verbinden.

*

Eine Entschließung zur Steuerreform, die inhaltlich mit den Forderungen Höpker Aschoffs übereinstimmt, wurde vom Preußentag dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei als Material überwiesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0198

Anträge zum Mannheimer Parteitag

I. Zur Änderung der Satzung

1. Antrag des Reichsparteivorstandes.

Der Satz 1 des § 11 der Parteisatzung vom 6. 12. 25 wird wie folgt geändert:

Der ordentliche Parteitag tritt mindestens alle zwei Jahre zusammen.

2. Antrag des Parteivorstandes.

Der Abschnitt 1 des § 18 der Parteisatzung vom 6. 12. 25 wird wie folgt abgeändert:

Der Vorstand besteht aus höchstens fünfzig Mitgliedern, dem Vorsitzenden der Partei, seinen Stellvertretern und dem Vorsitzenden des Vorstandes, falls ein solcher abweichend vom Parteivorsitzenden gewählt ist. Der Vorsitzende des Vorstandes beruft und leitet die Vorstandssitzungen. 17 Vertreter sollen ihren Wohnsitz in Groß-Berlin haben, 23 im Reiche. Der Vorstand hat das Recht der Zuwahl von 10 Mitgliedern. Der Leiter der Reichsgeschäftsstelle und die Geschäftsführerin des Reichsfrauenausschusses haben als solche im Vorstand Sitz und Stimme.

3. Antrag des Landesverbandes Hessen vom 9. 9. 29.

Zum § 18 der Satzung wolle der Parteitag ergänzend beschließen:

Die Vorsitzenden derjenigen Wahlkreisverbände, in denen bei der letzten Reichstagswahl über 30 000 Stimmen abgegeben wurden, sind Mitglieder des Vorstandes mit dem Recht, Stellvertreter zu delegieren.

4. Antrag des Wahlkreises Potsdam II vom 21. 3. 29.

Der Parteitag wolle beschließen:

Die vor einigen Jahren geschaffene Einrichtung der Reichsmitgliedschaft ist wieder zu beseitigen.

II. Zur Organisation

5. Antrag des Ortsvereins Bamberg vom 9. 8. 29.

Der Parteitag beschließt

die Einsetzung einer Kommission von etwa 10 Mitgliedern, der es obzuliegen hat, die vorhandenen Anregungen und Bestrebungen zur organisatorischen und ideellen Erneuerung der Partei zu prüfen und zu konkretisieren.

6. Antrag des Ortsvereins Hamburg vom 7. 7. 29.

Der Parteitag wolle beschließen:

Die Reichsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine volkstümliche Aufklärungsschrift über die Wirkungen des Giftgases herauszubringen. Die Schrift soll geeignet sein, größere Massen über die Formen eines Giftgaskrieges und seine ungeheure Vernichtungswirkung zu unterrichten.

7. Antrag des Ortsvereins Chemnitz vom 28. 7. 29.

Der Parteitag wolle beschließen:

Auf die Reichsliste der Partei werden zuerst die von der Partei in den einzelnen Wahlkreisen aufgestellten Spitzenkandidaten ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0199

setzt, und zwar in der Reihenfolge der Stimmen, die für die Partei bei der jeweils letzten Reichstagswahl in den einzelnen Wahlkreisen erzielt worden sind. Soweit diese Spitzenkandidaten in den einzelnen Wahlkreisen gewählt werden, haben sie die Verpflichtung, diese Wahl anzunehmen.

III. Politische Anträge

8. Antrag des Ortsvereins Hamburg vom 2. 9. 29.

Der Parteitag der D. D. P. beauftragt die Reichstagsfraktion der D. D. P., alle geeigneten Schritte zu tun, um die Vorlage eines Gesetzes über die reichsrechtliche Regelung des gesamten Kraftverkehrs durch die Reichsregierung zu veranlassen.

Das zu erstrebende Gesetz hat insbesondere wirksame Maßnahmen gegen Gewissenlosigkeit, Leichtsinn und Rücksichtslosigkeit im Kraftverkehr zu treffen, da die Gefährdung von Volksgesundheit und Volksvermögen durch unverantwortlich geführten Kraftverkehr immer stärker und unerträglicher wird.

9. Entschließungsantrag des Ortsvereins Hamburg vom 2. 9. 29.

Die Struktur der Parteiverhältnisse in Deutschland bringt in zunehmendem Maße die Gefahr mit sich, daß die Gesetzgebung lediglich unter dem Gesichtspunkt des Machtkampfes zwischen den zusammengeballten Kapitalmassen auf der einen Seite, den organisierten Massen der Arbeitnehmer auf der anderen Seite behandelt wird. Mit weiten Kreisen des Mittelstandes werden mehr und mehr die Angehörigen der freien Berufe aus Subjekten lediglich Objekte der Gesetzgebung. Ihre Bedeutung für Deutschlands kulturelles und wirtschaftliches Leben wird zum Schaden des Aufbaues unseres Volkes zu niedrig eingeschätzt. Ihnen droht geistige und wirtschaftliche Einschnürung mit der Wirkung der Beseitigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit.

Die D. D. P. Hamburg fordert daher von der Gesamtpartei das Eintreten für folgende Gesichtspunkte bei der Gesetzgebung und der Verwaltung im Reich und in den Ländern:

1. Es ist zu verhindern, daß öffentliche und halböffentliche Körperschaften die Arbeitsgebiete der freien Berufe immer mehr einengen. Dies soll gleichmäßig für die Unterstützung der Ärzte gegenüber dem Ausdehnungsdrang der Krankenkassen und dem Ausschluß der jüngeren Arztgeneration von der Behandlung der Kassenangehörigen, der Rechtsanwälte gegenüber überflüssigen Einziehungsstellen und Beratungsstellen, die nicht lediglich Minderbemittelten ihre Dienste leihen, gelten. Die freien Architekten und Ingenieure sind vor dem unzulässigen Wettbewerb beamteter Fachgenossen zu schützen, die freien Künstler vor der Gefahr zu bewahren, daß nach der Verarmung früher wohlhabender, kulturell hochstehender Kreise nur noch wenige sich ihrer annehmen. Durch amtliche Untersuchungsämter ist die Tätigkeit der freien Chemiker nicht zu gefährden.

2. Jede Beschränkung des Heilbedürftigen bezüglich der Wahl des Arztes seines Vertrauens ist zu beseitigen. Der Bekämpfung der Kurpfuscherei ist erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Sondergesetze, die es dem Rechtsunkundigen unmöglich machen, den Anwalt seines Vertrauens zu allen Rechtsstreitigkeiten hinzuziehen, sind aufzuheben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0200

3. Die Angehörigen der freien Berufe sind zu staatlichen und kommunalen Aufgaben, die in ihr Arbeitsgebiet fallen, heranzuziehen.

4. In einer Zeit intensivster materieller Betätigung ist Malern, Bildhauern, Tonkünstlern, Schriftstellern der ihnen gebührende Einfluß auf das geistige Leben des Volkes durch staatliche und kommunale Aufträge zu sichern. Ihre Zusammenarbeit mit den anderen Berufskreisen ist, wo möglich und erforderlich, zu vermitteln.

5. Jede Besteuerung der freien Berufe mit Steuerarten, die ihrem Wesen fremd sind, ist aus Gründen steuerlicher Gerechtigkeit zu unterlassen.

6. Wo einzelne Zweige der freien Berufe noch keine staatlich anerkannte Berufsvertretung besitzen, ist sie einzurichten.

10. Antrag des demokratischen Vereins Berlin-Waldeck vom 7. 9. 29.

Es hat in der letzten Zeit, besonders nach den Verfassungsfeiern, Anlaß zu Mißdeutungen gegeben, daß Führer der Partei ihre beim Reichsbanner angekündigten Reden nicht gehalten haben. Der Parteitag wolle beschließen, daß Redner, die sich dem Reichsbanner verpflichten, auch ihre Zusage halten, damit das bisherige gute Verhältnis zwischen Partei und Reichsbanner nicht getrübt wird.

11. Antrag des demokratischen Vereins Berlin-Waldeck vom 7. 9. 29.

Der Parteitag erklärt, daß er die vom Revisionsausschuß in Sachen Hustädt veröffentlichte Erklärung nicht billigt.

12. Entschließungsantrag des Wahlkreises Weser-Ems vom 3. 9. 29.

Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei bittet die demokratische Reichstagsfraktion, sich für eine Reform des parlamentarischen Regierungssystems in Richtung einer sinngemäßen Anwendung der Weimarer Verfassung einzusetzen. Vor allem hält der Reichsparteitag es für notwendig, daß die Bestimmungen der Reichsverfassung bei der Regierungsbildung beachtet werden, daß der verfassungsmäßig festgelegte Einfluß des Reichspräsidenten und des von ihm ernannten Kanzlers gewährleistet wird. Die sich immer mehr bemerkbar machenden Bestrebungen einzelner Fraktionen, auf die personelle Zusammensetzung der Regierung und ihr Programm schon während der Regierungsbildung maßgebenden Einfluß zu gewinnen, sind nicht nur verfassungswidrig, sondern erschweren unnötig die Verhandlungen und führen zu unliebsamen Verzögerungen und Schwächungen in der Reichspolitik, die nicht im Wesen eines wohlverstandenen Parlamentarismus liegen und dem Ansehen der Republik schaden. Im Zusammenhang mit diesen Fragen bittet der Reichsparteitag die Reichstagsfraktion, auch die Möglichkeiten einer Reform des Gesetzes zur Regelung der Ministerpensionen zu prüfen. Eine der Notzeit des deutschen Volkes entsprechende Regelung auch dieser Frage liegt im Sinne wirklicher Demokratie.

13. Entschließungsantrag des Wahlkreises Weser-Ems vom 3. 9. 29.

Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei bittet die demokratische Reichstagsfraktion, sich auch weiterhin energisch für eine Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unter Beibehaltung seines guten Grundgedankens einzusetzen. Die unter den bisherigen Bestimmungen eingerissenen Mißbräuche sind finanziell und moralisch nicht länger tragbar: Die dauernd notwendigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0201

Sonderzuschüsse des Reiches beanspruchen den Reichshaushalt in stärkstem Maße, die Höhe der Versicherungsbeiträge bedeutet für Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine schwere Belastung, und schließlich leidet die Arbeitsmoral weitester Volksschichten. Auch die Frage der Unterstützung der Saisonarbeiter bedarf einer besonderen Nachprüfung. Daß diese Reform, an der vor allem die anständigen und arbeitswilligen Schichten der Arbeitnehmerschaft ein Interesse haben, in sozialem Geiste und im Einklang mit der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands durchgeführt werden muß, ist selbstverständlich.

*

Demokratische Spitzenkandidaten in Baden

Für die 22 Landtagswahlkreise, in denen am 27. Oktober d. J. in Baden gewählt wird, sind nunmehr die demokratischen Spitzenkandidaten gewählt worden. Es sind folgende:

Wahlkreis
I: Hügle, Karl, Landwirt und Bezirksrat, Wahlwies, Amt Stockach;
II: Fischer, Konrad, Zimmermeister, Konstanz;
III: Frech, Georg, Bankvorst., Donaueschingen;
IV: Rotzinger, Bürgermeister, Gast- und Landwirt, Albbruck;
V: Krauß, Bürgermeister, Weil a. Rhein;
VI: Straub, Johanna, Notarswitwe, M. d. L., Freiburg;
VII: Ruppel, Dr., Professor, Freiburg;
VIII: Wäldin, Dr. Paul, Fabrikant, Lahr i. B.;
IX: Zircher, Hubertus, Oberforstrat, Karlsruhe;
X: Grohens, Lokomotivführer, Offenburg;
XI: Rauscher, Bürgermeister, Kork, A. Kehl;
XII: Kölblin, Druckereibesitzer, Baden-Baden;
XIII: Leers, Dr. Otto, Minister des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe;
XIV: Geiß, Ökonomierat, Durlach;
XV: Diefenbacher, Hans, Ölmüller, Königsbach;
XVI: Dänzer-Vanotti, Dr., Amtsgerichtsrat, Karlsruhe;
XVII: Zimmermann, Landwirt, Römerhof bei Wiesloch;
XVIII: Wolfhard, Dr., Amtsgerichtsdirektor, M. d. L., Mannheim;
XIX: Reinle, Bürgermeister, Edingen;
XX: Hofheinz, Hauptlehrer, M. d. L., Heidelberg;
XXI: Haag, Landwirt und Bürgermeister, Neckarzimmern;
XXII: Glock, Gewerbekammersyndikus, Tauberbischofsheim.

Aus dieser Liste ist zu ersehen, daß die Demokratische Partei Wert darauf gelegt hat, daß die einzelnen Kandidaten möglichst in den betr. Wahlkreisen selbst beheimatet sind. Zum andern war sie bestrebt, Vertreter aus allen beruflichen Schichten unserer Bevölkerung zu finden, und beides ist ihr in einer außerordentlich befriedigenden Weise gelungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0202

Aus dem demokratischen Parteileben

Personalien

Koch-Weser und die Verschwörer. Um die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß die Hintermänner der Bombenwerfer alle rechtsradikalen Organisationen angehören, ja sogar mit der Deutschnationalen Volkspartei teilweise in Verbindung stehen, erzählt die „Deutsche Zeitung" in einer Zuschrift — natürlich sehr verklausuliert —, der demokratische Führer Koch-Weser habe zu einigen der Verhafteten, nämlich zu Dr. Salinger und ebenso zu Ernst von Salomon, Beziehungen unterhalten. Konnte die „Deutsche Zeitung" wirklich keine bessere und geschicktere Erfindung machen? In Wahrheit kennt Reichstagsabgeordneter Koch-Weser weder Dr. Salinger noch Ernst von Salomon.

In Übereinstimmung hiermit befindet sich eine Berichtigung, die der Anwalt des Herrn Dr. Salinger erlassen hat und die die „Deutsche Zeitung" (Nr. 218 vom 17. 9. 29) abzudrucken genötigt ist. Sie lautet:

„Es ist unwahr, daß der frühere Reichsminister Koch-Weser an den Abenden bei Dr. Salinger teilgenommen hat. Wahr ist vielmehr, daß der Reichsminister a. D. Koch-Weser in keinerlei Beziehungen irgendwelcher Art zu Dr. Salinger steht oder gestanden hat und auch niemals dessen Wohnung betreten hat."

Ministerialdirektor Merten. Der bisherige Oberregierungs- und Gewerbeschulrat Merten von der Regierung in Potsdam, das bekannte demokratische Mitglied des Preußischen Landtages, Führer der demokratischen Stadtverordnetenfraktion und Vorsitzender der demokratischen Wahlvereinsorganisation in Berlin, ist zum Ministerialdirektor im Preußischen Handelsministerium ernannt worden, und zwar als Nachfolger des Ministerialdirektors Kühne, der kürzlich das Opfer eines Unglücksfalls in den Bergen geworden ist. Merten, der aus dem Lehrerstande hervorgegangen ist — ebenso wie auch sein Vorgänger Kühne —, ist eine Autorität auf dem Gebiete des Gewerbeschulwesens. Seine Berufung in die Zentrale nach Berlin an eine Stelle, die in erster Linie mit pädagogischen und gewerblichen Fragen zu tun hat, ist deshalb besonders zu begrüßen, zumal, da gerade jetzt im Handelsministerium neue wichtige Aufgaben, die das gewerbliche Unterrichtswesen betreffen, zu lösen sind, so die Neuregelung der Vorbildung der Gewerbelehrer.

Tagungen

Die pfälzischen Demokraten über den Young-Plan. Der Landesverband Pfalz der Deutschen Demokratischen Partei hat nach einem eingehenden Referat des Landesverbandsvorsitzenden Justizrats Dr. Müller-Ludwigshafen und nach einer eingehenden Aussprache in einer Tagung zu Ludwigshafen folgende Entschließung gefaßt, die einstimmige Annahme fand:

„Die Deutsche Demokratische Partei der Pfalz erblickt in dem unter mannigfachen Schwierigkeiten zustande gekommenen Ergebnis vom Haag ein Vertragswerk, das einen Fortschritt auf der Bahn der Verständigung der Völker und der Befriedung Europas darstellt.

Mit Genugtuung darf festgestellt werden, daß Deutschlands Recht auf Befreiung von der Besatzung nunmehr von sämtlichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0203

an der Haager Konferenz beteiligten Staaten anerkannt und die Erfüllung dieses Anspruchs für einen bestimmt festgelegten Zeitpunkt vereinbart wurde, sonach die durch die Besatzung verursachte seelische und wirtschaftliche Leidenszeit des besetzten Gebietes in einigen Monaten ihr Ende finden soll.

Bei der Beurteilung des auf dem Young-Plan beruhenden Haager Vertragsergebnisses darf eine von Schlagworten und Utopien sich freihaltende, nur mit Wirklichkeit und augenblicklichen Gegebenheiten rechnende realpolitische Betrachtung über den noch recht erheblichen Bedenken gegen Höhe und Zeitdauer der Reparationsbelastung des Deutschen Volkes die wesentlichen Vorteile nicht übersehen, die diese Reparationsregelung gegenüber früheren Abmachungen bringt, so geringere Jahresleistungen als bisher, ferner den Wegfall des ausländischen Reparationsagenten in Deutschland, des Transferkomitees, der Ausländer im Verwaltungsrat der Reichsbahn und Reichsbank, der Vorbelastung der deutschen Industrie durch Obligationen, der Steigerung unserer Zahlungen nach dem sogenannten Wohlstandsindex, der verschiedenen Sicherungen, Garantien und Pfänder für das Ausland, Einrichtungen und Maßnahmen, die bisher die deutsche staatliche Hoheit beschränkten, die Bewegungsfreiheit hemmten und mit der Würde einer großen Kulturnation wie der deutschen nicht im Einklang standen. Die endliche Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Souveränität ist die erste Grundlage für erfolgreiche Wiederaufbauarbeit und wirtschaftliche Gesundung des deutschen Volkes.

Trotzdem kann und darf der Young-Plan keine vollständige und endgültige Lösung des Reparationsproblems sein. Er kann nur eine Zwischenlösung bedeuten. Unverrückbare Aufgabe der Reichsregierung muß es vielmehr bleiben, nichts unversucht zu lassen, um die immer noch bitter schweren Lasten nach dem Young-Plan weiter zu mindern und in nicht zu ferner Zeit ganz abzubauen, eine befriedigende Lösung der Saarfrage herbeizuführen und damit dem deutschen Volke eine Zeit anbrechen zu lassen, in der es die Früchte seiner Arbeit und seines Unternehmergeistes in einer Ära wahren Friedens als freies Volk mit freien Völkern im Dienste großer Menschheitsaufgaben genießen kann."

Die Vereinigung demokratischer Rechtsanwälte hielt Mitte September in Hamburg eine aus allen Teilen des Reiches gut besuchte Versammlung ab, die von dem Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Eyck, geleitet wurde. Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Ehlermann aus Oldenburg hielt einen sehr eindrucksvollen und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die künftigen Aufgaben der Vereinigung, in dem er über die schwebenden Rechtsprobleme von dem Strafgesetzentwurf bis zur Eherechtsreform einen kritischen Überblick gab. Daran schloß sich eine angeregte Aussprache, in der u. a. der frühere Reichstagsabgeordnete Ablaß-Hirschberg das Wort ergriff. — Beitrittserklärungen sind an den Schriftführer Rechtsanwalt Dr. von Krause, Berlin, Behrenstraße, zu richten.

Demokratische Frauentagung in Frankfurt a. O. Auf einer aus allen Teilen des Wahlkreises Frankfurt a. O.—Grenzmark überaus zahlreich beschickten Frauentagung der Deutschen Demokratischen Partei, der die beiden Abgeordneten des Kreises, Dr. Fischer und Riedel, sowie die Geschäftsführerin des demokratischen Reichsfrauenausschusses, Fräulein Wittstone, beiwohnten, sprach Anfang September 1929 zunächst Frau Dr. Klausner-Berlin, über die Frage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0204

„Was haben wir Frauen von einer Wahlreform zu erwarten?" Sie kam in kritischer Würdigung der verschiedenen Projekte zu dem Schluß, daß eine Änderung des Wahlgesetzes wohl notwendig, aber im Hinblick auf die Wahl politisch wertvoller Frauen ins Parlament vorsichtig zu behandeln sei. Abg. Dr. Fischer, lebhaft begrüßt, betonte die relative Bedeutung der Wahlreform gegenüber der Notwendigkeit der politischen Volkserziehung und gab einen Überblick über die Gesamtlage, wobei er die Annahme des Young-Planes forderte und der sich daraus ergebenden wirtschaftspolitisch-steuerlichen Neuorganisation das innerpolitische Schwergewicht zuerkannte. Schriftsteller Erdmannsdörffer-Charlottenburg unterstrich die Anregung der Rednerin, die Partei solle bei den Wahlen künftig nur eine ganz kleine Liste von Kandidaten aufstellen, um das Andrängen der Berufsstände zu hindern, und entwickelte an der Hand seines Wahlentwurfs die praktischen Seiten der Reform. Die Vorsitzende der Tagung, Frau Dr. Molthan-Neuzelle, behandelte in ihrer Rede „Neuzeitliche Erziehungsfragen" (unter besonderer Berücksichtigung der Mädchenerziehung) und zeichnete ernste, tiefergreifende Bilder aus dem heutigen Leben. Die Erziehung der Mädchen müsse so gestaltet werden, daß sie im Falle der Nichtheirat in ihrem Beruf einen Lebensinhalt finden. Die Jugend müsse zur Mitarbeit im öffentlichen Leben erzogen und mit einem gesunden ethischen Gefühl erfüllt werden. Hier hätten die Demokratie und die Gesellschaft noch große Aufgaben. — Der überaus günstige Verlauf der Tagung berechtigt zu den besten Hoffnungen und läßt erwarten, daß nunmehr insbesondere auch die Frauen des Wahlkreises Frankfurt a. d. Oder aufgerüttelt und sich in weitestem Umfange der Partei anschließen werden, zu der sie ebenso wie die Männer gehören: der Deutschen Demokratischen Partei.

Wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm der Jungdemokraten. Die Bundesleitung des Reichsbundes der deutschen Jungdemokraten hat zur Schaffung eines wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms einen Ausschuß eingesetzt. Die zur Behandlung stehenden Fragenkomplexe sind in vier Referaten aufgestellt worden: Sozialreform, Steuerreform, Kartellfragen und Agrarreform. Das Aktionsprogramm soll auf dem Mannheimer Parteitag vorgelegt und von den Jungdemokraten vertreten werden.

Organisation

Ein neues Parteisekretariat der D. D. P. ist in Elbing (Friedrichstr. 5) eröffnet worden. Parteisekretär ist Herr Vorrath.

Vereinsgründung. Eine Ortsgruppe der D. D. P. ist vor kurzem in Neuruppin gegründet worden. Die Generalversammlung wird demnächst stattfinden. Bis dahin ist Obmann der Ortsgruppe Stadtrat Günther, Rheinsberger Str. 7.

Weiter ist eine Ortsgruppe der D. D. P. in Buckow (Märkische Schweiz) gegründet worden. Der Vorsitzende ist Gärtnereibesitzer Weißhoff in Buckow.

In Diemitz (Saalekreis) wurde ebenfalls eine neue Ortsgruppe der D. D. P. gegründet. Vorsitzender ist Werksobersekretär August Meyne, Diemitz, Berliner Str. 229.

Demokratischer Bezirksverband Pegnitzgau. In Hersbruck hat sich ein Bezirksverband Pegnitzgau gebildet, der die Ortsgruppe und die Vertrauensleute des Bezirksamtes Hersbruck umfaßt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0205

Nachahmenswerte Parteiarbeit. In einem Bericht unseres fränkischen Parteisekretärs heißt es:

„Mit der Bearbeitung von Mittelfranken bin ich nun fertig, und zwar seit Ende Juli. Ich habe insgesamt 299 größere Ortschaften, die kleinen Landstädte mit inbegriffen, besucht und 110 Mitglieder, das sind gute Vertrauensleute und 101 Anhänger, geworben. Vielfach konnte ich die Beobachtung machen, daß das Fehlen der Abgeordneten im Bayerischen Landtag die Agitation sehr erschwert ...."

Wir geben diese Mitteilungen an die Reichsgeschäftsstelle wieder, einmal um dem rührigen Parteibeamten öffentlichen Dank auszusprechen und sodann um allen, die es angeht, zuzurufen: Gehet hin und tuet desgleichen!

Ein neues Mitteilungsblatt der D. D. P. In Köln erscheint vom 1. Oktober ab unter dem Titel „Der Staatsbürger" eine politische Wochenschrift der D. D. P. für Rheinland und Westfalen, die nach der vorliegenden Probenummer ein vorzügliches Mittel zur politischen Weiterbildung unserer dortigen Parteigenossen und zur Gewinnung weiterer Freunde sein wird.

*

Die D.D.P. in den Parlamenten

Winzer-Dank für Reichsminister Dietrich. Auf dem 35. Deutschen Weinbau-Kongreß, der kürzlich in Offenburg abgehalten wurde, erklärte nach einer Ansprache des Reichsernährungsministers Dietrich der Präsident des Deutschen Weinbau-Verbandes, Dr. Karl Müller-Karlsruhe, der Verband bringe dem Reichsernährungsminister das größte Vertrauen entgegen; kein anderer könnte besser die Interessen der deutschen Winzer vertreten als der gegenwärtige Reichsernährungsminister Dietrich.

Reichregierung und Privatversicherungen. Die demokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag nachstehende Kleine Anfrage eingebracht:

„Die Krisis in der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft hat, wenngleich durch das Eingreifen anderer Gesellschaften Nachteile für die Versicherten vermieden werden konnten, Mißstände offenbart, deren Beseitigung im Interesse des deutschen Versicherungswesens geboten erscheint.

Wir fragen die Regierung:

1. Haben die bisherigen Prüfungen der Regierung ergeben, daß die Mißstände, soweit sich die staatliche Aufsicht als unzulänglich erwiesen hat, auf Mängel des Reichsgesetzes über private Versicherungsunternehmungen oder auf Mängel des Aufbaues und der Verwaltungsmethoden des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherungen oder auf Versagen der mit der Aufsicht betrauten Personen zurückzuführen sind?

2. Welche Folgerungen hat die Regierung aus dem Ergebnis ihrer Prüfungen gezogen, und welche Vorschläge gedenkt sie zu machen?

3. Wird die Regierung aus den Vorgängen auch einen Anlaß herleiten, die Reform des Aktienrechts, insbesondere zur Erhöhung der Publizität der Gesellschaften und der Konzerne und zur Verstärkung des Aktionärschutzes, zu beschleunigen?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0206

Demokratische Anträge zur Gewerbeaufsicht in Preußen. Seit Übernahme des Preußischen Handelsministeriums durch den demokratischen Minister Dr. Schreiber sind auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht sichtbare Zeichen sozialpolitischen Fortschritts zu verzeichnen gewesen. Hierbei wurde der Minister durch die demokratische Landtagsfraktion intensiv unterstützt. Sie forderte insbesondere, nachdem schon seit mehreren Jahren befähigte Arbeiter und Angestellte in der Handels- und Gewerbeaufsicht angestellt worden sind, im Jahre 1925 den Erlaß von Prüfungsvorschriften für die Eignung und Aufstiegsmöglichkeiten der aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen hervorgegangenen Aufsichtsbeamten und für die weiblichen Beamten der Gewerbeaufsicht. Andere Anträge hatten die Erhöhung der Zahl der männlichen und weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen zum Ziel. Die Prüfungsvorschriften sind inzwischen erlassen und durchgeführt worden, und auch eine Erhöhung der Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten konnte mit Hilfe der demokratischen Landtagsfraktion durchgeführt werden, obwohl die finanziellen Schwierigkeiten eine durchgreifende und dringende Vermehrung dieser Beamten erschwerten. Im Jahre 1927 sind 24 Gewerbekontrolleure als planmäßige Beamte in die Gehaltsgruppe 8 und 48 in die Gehaltsgruppe 7 eingereiht worden. Für das Rechnungsjahr 1929 ist die Zahl der Gewerberäte von 174 auf 180 und die Zahl der Gewerbeoberkontrolleure und Gewerbeoberkontrolleurinnen von 80 auf 98 erhöht worden. Daneben sind noch 22 nichtplanmäßige Stellen für Gewerbekontrolleure vorhanden. Die Fraktion hat sich auch ferner für die Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten in den Textilindustriebezirken, für die Einrichtung besonderer Ausbildungslehrgänge für die Gewerbeaufsichtsbeamten und für die bessere Besoldungseinstufung dieser Beamten eingesetzt.

Förderung des Richtertums. In Nr. 6 der Deutschen Richterzeitung vom 15. Juni 1929 ist bei der Wiedergabe der Justizdebatte im Preußischen Landtag behauptet worden, daß der Justizreferent der demokratischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Günther Grzimek, erklärt habe, man müsse anerkennen, daß trotz der schlechten Finanzverhältnisse die Richter im neuen Staat aus dem Zustand der Verarmung befreit wurden, in dem sie sich im alten Staat befanden. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Abgeordneter Grzimek hat erklärt, daß, solange die Richter im Rahmen der Beamtenbesoldung belassen und nicht im ausreichenden Verhältnis zu der ihnen übertragenen Machtfülle bezahlt würden, ihnen wenigstens die Arbeit durch vorzügliche technische Einrichtungen erleichtert werden müsse. Jedenfalls ist im Gegensatz zum alten Staat, der die technische Einrichtung, vor allem der Provinzgerichte, stark vernachlässigt hat, im neuen Staat ein starker Anfang zum Besseren erkennbar.

In Sachen der bayerischen Wahlrechtsverschlechterung, die zur völligen Ausschaltung insbesondere der Demokraten aus dem Landtage geführt hat, trotz der hohen Zahl ihrer Wähler, müssen jetzt selbst die Deutschnationalen das Unrecht der bayerischen Regierung in dieser Sache zugeben. Universitätsprofessor Dr. Strathmann-Erlangen, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und zweifellos bei den Deutschnationalen Bayerns eine sehr einflußreiche Persönlichkeit, hat zwei sehr bemerkenswerte Aufsätze veröffentlicht, in denen er die Stellungnahme der Reichsregierung zum Wahlrecht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0207

darlegt und sich gleichfalls für schleunigste, und zwar freiwillige Beseitigung der ungerechten Sitzverteilung im bayerischen Landtage einsetzt; Bayern dürfe sich — meint er — hier von obersten Richtersprüchen nicht zwingen lassen, sondern müsse freiwillig tun, was sich gehört und recht ist.

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Eine vernichtende Kritik des Hugenbergschen Volksbegehrens findet sich in dem „Ring" (Nr. 37 vom 15. September 1929), dem Organ der sogenannten Jungkonservativen. Nachdem bereits der Reichslandbund und die Christlichsoziale Bauernschaft es abgelehnt haben, das Volksbegehren in seiner ursprünglichen Fassung mitzumachen, weist nunmehr auch der „Ring" die Gemeingefährlichkeit dieser Aktion nach. Seine recht absprechende Beurteilung ist bemerkenswerterweise (eine allzu offene Opposition gegen den Parteiführer scheut man denn doch) in eine Reihe wohlwollender Phrasen eingewickelt. Aber gerade dadurch wirkt sie um so schärfer. Es heißt da:

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn das Volksbegehren durchgeht und eine Regierung zustande kommen sollte, welche dem durch das Volksbegehren geschaffenen Gesetz gehorsam ist, folgende außenpolitische Konsequenzen vielleicht nicht zu vermeiden sind. Die **Wiederbesetzung des schon geräumten Gebietes; Sanktionen;** auch durch **weitere Besetzungen im Westen und im Osten**.... Jedenfalls müssen die Anhänger des Volksbegehrens, die auf seinen Sieg hoffen, mit diesem Ausgang rechnen.

Im Falle, daß das Volksbegehren nicht zum Erfolg führt, ist die Verantwortung nicht geringer. Nämlich in dem Fall, daß das Volksbegehren nur von einem Bruchteil der Abstimmungsberechtigten bejaht wird, wird es nicht leicht sein, die Vorwürfe der Linken praktisch zu entkräften, daß dieser Mißerfolg nicht den Todesstoß für Kriegsschuldfrage und Revision des Vertrages von Versailles bedeutet. Wenn aber zwar nicht die Hälfte der Abstimmungsberechtigten für das Volksbegehren gesammelt werden kann, indessen doch die Zahl der Stimmen — angesichts der Tatsache, daß viele nur aus politisch-taktischen Gründen sich dem Volksbegehren versagen, mit seinen Zielen aber sympathisieren — den entsprechenden Eindruck macht, dann ist vielleicht der Vorwurf von links wegen Schädigung unserer Interessen in der Kriegsschuldfrage usw. mehr oder weniger gegenstandslos, um so ernster aber müssen die Folgen innenpolitisch sein. Es ist kaum möglich, gegen ein Drittel oder gar zwei Fünftel der Abstimmungsberechtigten, die für das Volksbegehren gestimmt haben, auf die Dauer eine Gesamtpolitik zu treiben, die ihren auf alle Konsequenzen hin erhobenen Forderungen nach Abbruch der offiziellen Politik, auf außen- und innenpolitische Neueinrichtung diametral entgegengesetzt ist.

Zum mindesten wäre ein solcher Ausgang ein Symptom für eine Krise, die beide Parteien, Opposition ebenso wie die parlamentarische Majorität, mit einer Verantwortung belastet, die nur geschichtlich getragen werden, d. h. weder auf parlamentarische

noch auf agitatorische Weise zu ihrem Recht kommen kann."

Der „Ring" sieht also aus der Annahme des Volksbegehrens die schwerste internationale Schädigung Deutschlands, aus seiner Ablehnung unter Umständen den Bürgerkrieg voraus. Sollten sich die Väter des Volksbegehrens über diese Konsequenzen ihres Planes wirklich im unklaren sein?

Deutschnationale gegen deutsche Bauern. Der „Jungdeutsche" (Nr. 188 vom 14. August 1929) veröffentlichte eine vertrauliche Denkschrift des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei im Wahlkreis Halle-Merseburg, Dr. Schiele, gegen die Christlich-nationale Bauernpartei, eine Denkschrift, aus der man so recht die bodenlose Heuchelei und Demagogie der Deutschnationalen Volkspartei kennenlernt. Der Wahlkreisvorsitzende Dr. Schiele, ein Bruder des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und früheren Ministers Schiele, regt sich in dieser Denkschrift darüber auf, daß die Christlich-nationale Bauernpartei, an deren Spitze der frühere deutschnationale und landbündlerische Abgeordnete Dr. Gereke steht, in den Wahlkreis Halle-Merseburg einen Einbruch vorgenommen und die dortigen landbündlerischen Organisationen von den Deutschnationalen loszulösen und zum Übertritt zu veranlassen gesucht hat, obwohl doch die Deutschnationalen die Forderungen der Agrarier zu 100 Prozent erfüllt hätten. Dr. Schiele gibt diesem Ärger u. a. mit folgenden Worten Ausdruck:

„In der antiken Welt kannte man den Begriff der Banausen. Das Wort heißt eigentlich „Handwerker"; es wurde aber zu einem Begriff für Engstirnigkeit und rein materialistischer Einstellung gegenüber der vaterländischen Politik. Dieselbe Erscheinung taucht in unserer Zeit wieder auf. **Die städtische Wirtschaftspartei ist eine buchstäbliche Partei der Banausen.** Das engste materielle Geschäftsinteresse soll parteibildend sein. Dagegen Nationalpolitik, Kulturpolitik, Staatspolitik sind nur Handelsobjekte. Nun bildet sich **auch eine bäuerliche Banausenpartei,** nennt sich „christlichnational", obwohl weder das Christliche noch das Nationale die wirklich bewegende Kraft ist. Wenn diese beiden Banausenparteien die Deutschnationalen als eine aus allen Berufen zusammengesetzte staatspolitische und nationalchristliche Weltanschauungspartei zur Strecke gebracht haben, so können sie sich zusammentun: Es wird aber daraus niemals eine wirklich große politische Partei werden können. Bei jeder ernsthaften Einzelfrage werden sie auseinanderfallen, wie man heute an der Wirtschaftspartei sehen kann; — denn das materielle Interesse wirkt nur trennend — nie vereinend wie das große nationalpolitische Ziel. Das einzige materielle Interesse, welches große Massen zusammenhalten kann, ist der Klassenkampfgedanke der marxistischen Arbeiter. Immerhin ist auch der Marxismus eine Weltanschauung, wenn auch eine zerstörende. Gegenüber der starken einheitlichen Weltanschauungspartei der Marxisten werden diese beiden Splitterparteien oder Banausenparteien sich ausnehmen wie zwei alte Negerweiber gegenüber einem Krokodil. Das Krokodil hebt sie bis zuletzt auf."

Da sich von dieser Kritik nicht nur die Bauern der Partei des Herrn Dr. Gereke, sondern auch weite Kreise der deutschen Bauernschaft überhaupt verletzt fühlten, so hat sich Dr. Schiele später wohl oder übel zu einer Entschuldigung verstehen müssen. Seine — und seiner Freunde — wahre Gesinnung aber kommt ohne Frage in dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0209

vertraulichen Rundschreiben zum Ausdruck, daran können alle späteren Abbitten nichts ändern.

Nationalsozialistische Hetze. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Göbbels schreibt in seinem Organ, dem „Angriff" (zitiert im „Vorwärts", Nr. 421 vom 8. 9. 29), folgendes:

„Jetzt ist der Augenblick gekommen, da die sogenannte nationale Opposition mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Person Stresemanns und seine verwerfliche Außenpolitik zu Felde ziehen muß. Das Volksbegehren gegen den Young-Plan erhält nun erhöhte politische Bedeutung, und es ist jetzt vornehmlich die Aufgabe unserer Bewegung, ihm über den rein taktischen Zweck hinaus, den wir bei einigen ihm angeschlossenen Gruppen vermuten zu dürfen glauben, einen ausgeprägt revolutionären Charakter zu geben . . . Ist es da ein Wunder, daß wir gegen diesen Irrsinn zu Felde ziehen, den aktiven Aufstand gegen dieses verbrecherische System mit allen Mitteln organisieren und dem Aufschrei eines gepeinigten Volkes zum Durchbruch verhelfen?

Weg mit diesem Verrat an der deutschen Freiheit!

Pflanzt die Fahnen des Widerstandes und des Aufruhrs auf! Die Straße frei!"

Ungefähr zur selben Zeit, nämlich am 6. September, wollte Abgeordneter Göbbels in einer Versammlungsrede glauben machen (vergl. „Berliner Tageblatt" Nr. 436 vom 15. 9. 29), die Polizei habe selbst die Sprengstoffattentate des Sommers 1929 fabriziert und fügte hinzu:

„Mit kleinen Margarinekisten, wie sie jetzt augenblicklich benutzt werden für Sprengungen, geben wir uns bestimmt nicht ab. Wenn wir dereinst Sprengungen vornehmen — die Garantie gebe ich Ihnen — dann sehen dieselben anders aus."

Und als bereits die Polizei zahlreiche Verhaftungen in den Bombenaffären vorgenommen und die Fäden bloßgelegt hatte, die von diesen Terroristen zu gewissen politischen Gruppen führten, bekam es der sattsam bekannte nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Strasser fertig, in einer öffentlichen Versammlung so aufreizend zu sprechen, daß das Ganze auf eine Rechtfertigung der terroristischen Methode herauskam. Die „Kölnische Zeitung" (Nr. 502 vom 13. 9. 29) zitiert folgende Sätze aus einer Rede, die nach dem „Völkischen Beobachter" Strasser in München gehalten hat:

„Es muß endlich einmal reiner Tisch gemacht werden zwischen ehrlichen Deutschen und anderen. Wir werden denen, die gegen den Youngschen Plan mit uns Stellung nehmen, sagen, wenn ihr es ehrlich meint, so wollen wir Stresemann und die, die von der Deutschen Volkspartei hinter ihm stehen, ächten. Wir wollen Lumpen Lumpen nennen. Den Erfüllungspolitikern sei gesagt, entweder ihr oder wir, ein Drittes gibt es nicht."

Der Führer der Nationalsozialisten Hitler hat sich beeilt, gleich nach den ersten Verhaftungen von Bombenattentätern zu versichern, daß seine Partei mit diesen Leuten nicht das geringste zu tun habe. Nach den obigen Zitaten, die leicht vermehrt werden könnten, sieht jedermann, wo die Hetzer sitzen, die zum mindesten die moralische Schuld an den Bombenattentaten tragen.

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0210

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang | Berlin, 5. Oktober 1929 | Nummer 19

Postscheckkonto der Deutschen Demokratischen Partei ist: Berlin 56108

Vor der Landtagswahl in Baden

Ihre Bedeutung. — Die politische Situation.

Von J. J. Stein-Karlsruhe.

Wahlen in Baden ist von jeher im Reiche eine über die Größe des Landes hinausgehende Beachtung und Bedeutung beigemessen worden. Sah man doch bisher nicht zu Unrecht in dieser Südwestecke ein „Musterländle" demokratisch-republikanischer Gesinnung und Führung der Staatsgeschäfte.

Was aber darüber hinaus der bevorstehenden, auf den 27. Oktober festgesetzten Landtagswahl eine besondere Note verleiht, ist zunächst das eine: Baden wird dem Reiche als erstes Land eine Wahl mit kleinen Wahlkreisen vordemonstrieren. Durch eine im Jahre 1927 vorgenommene Wahlreform hat sich Baden ein Wahlgesetz geschaffen, in welchem die Hauptforderungen der Wahlreformer im Reich verwirklicht sind: Verkleinerung der Wahlkreise und Beseitigung der Landesliste. Aus bisher sieben Wahlkreisen sind deren 22 geworden, und zwar ohne jede Möglichkeit der Zusammenfassung in Wahlkreisverbände. Zur Erringung eines Mandates sind zwar wie bisher 10 000 Stimmen erforderlich, jedoch werden alle in den einzelnen Wahlkreisen nicht dazu ausreichenden oder überschüssigen Reststimmen einer Partei nicht mehr auf einer Landesliste vereinigt, sondern von dieser Summe wird für je 10 000 Stimmen (und einen Schlußrest von mehr als 7500 Stimmen) denjenigen Wahlkreisen ein Mandat zuerkannt, die — von oben nach unten geordnet — am nächsten an das Mandatssoll von 10 000 heranreichen. Damit bleibt das (von Reichs wegen vorgeschriebene) Verhältniswahlsystem bestehen, ebenso — wenn auch in wesentlich verringerter Auswirkung — die Listenwahl. Man darf annehmen, daß die bevorstehende Probe aufs Exempel im ganzen Reich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt wird.

Parteiorganisatorisch gesehen darf schon jetzt gesagt werden, daß sich die neue Wahlkreiseinteilung vorteilhaft ausgewirkt hat: das Organisationsnetz ist engmaschiger, der Verkehr mit der Zentrale vielseitiger und lebhafter geworden, was sich auch bereits in der praktischen Werbearbeit auswirkt, von der man sagen kann, daß sie mit mehr Wärme und innerer Anteilnahme betrieben wird als bisher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0211

Neben der allgemeinen Auswirkung der neuen Wahlordnung steht aber im Vordergrund des Interesses die Frage nach der zu erwartenden Kräfteverteilung im Landtag und damit nach der — bereits lebhaft diskutierten — künftigen Zusammensetzung der Regierung. In Baden regierte bekanntlich die ganzen zehn Jahre — mit einem kurzen schwarzroten Intermezzo 1925/26 — die Weimarer Koalition, worauf nicht zuletzt die ruhige und sachliche politische Entwicklung im Lande zurückzuführen sein dürfte. Damit ist nicht gesagt, daß ab und zu nicht auch die Meinungsverschiedenheiten und prinzipiellen Gegensätze zwischen den einzelnen Koalitionsparteien sehr stark in die Erscheinung getreten sind. Im Kern dreht sich nun alles darum, ob diese Regierungskoalition wiederkehren, ob sie nach rechts durch Einbezug staatsbejahender Gruppen erweitert oder eine völlig entgegengesetzte Mehrheitsbildung an ihre Stelle treten wird.

In welcher Richtung sich die Dinge entwirren werden — denn verwirrt und unklar ist die parteipolitische Situation zur Zeit in Baden in der Tat — läßt sich schlechterdings nicht voraussagen. Zentrum und Sozialdemokratie, welche zusammen bisher 44 (28 + 16) von 72 Mandaten innehatten, dürften zwar auch im kommenden Landtag die absolute Mehrheit erringen. Die beiden Parteien haben sich jedoch im Verlauf der letzten Zeit ziemlich auseinandermanövriert, was zum Teil auf persönliche Verstimmungen zurückzuführen ist, zum Teil aber auch divergierenden Richtungstendenzen entspringt, dergestalt, daß bei den Sozialdemodemokraten der radikale, im Zentrum der rechte Flügel einflußreicher geworden ist, so daß sich die beiden Parteien im Wahlkampf als sehr feindliche Brüder gegenüberstehen. In Auswirkung des Kampfes um das Reichsschulgesetz ist seitdem auch zwischen Zentrum und Demokraten das Verhältnis nicht gerade freundschaftlicher geworden. Als Wählerschreck malt das Zentrum den drohenden Kulturkampf sowie die Gefahr einer „Berolinisierung" an die Wand. Auf sozialdemokratischer Seite wiederum spricht Reichstagsabgeordneter und Chefredakteur Schöpflin bereits vom Ende der Weimarer Koalition, während sein Parteifreund, Innenminister Remmele, eine bürgerliche Einheitsfront zu sehen glaubt mit dem Ziel, „unter allen Umständen und um jeden Preis" die Sozialdemokraten aus der Regierung hinauszudrücken. Bei diesen Worten darf zwar einiges auf Konto Wahlagitation in Abzug gebracht werden, sie sind aber immerhin charakteristisch für die Situation. Auf der anderen Seite geht das Bestreben des zentrümlichen Justizministers Dr. Trunk, der sein Portefeuille zur Verfügung stellt, dahin, das Zentrum aus dem „roten Meer" herauszuführen. Wie weit ihm dies gelingen wird, bzw. welche Unterstützung er in den Reihen seiner eigenen Parteifreunde finden wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob und in welche Hand der kränkelnde und schon oft als amtsmüde erklärte Parteichef Dr. Schofer das Szepter abgeben wird.

In den Reihen der Deutschen Volkspartei ist es noch ziemlich ruhig. Diese Partei hat besonders in finanzpolitischer Beziehung in scharfer Opposition zur Regierung gestanden, womit sie — neben völlig verfehlten schulpolitischen Attacken gegen die Demokraten — in der Hauptsache den Wahlkampf bestreiten dürfte. Dabei darf jedoch daran erinnert werden, daß es der Volkspartei vor drei Jahren sehr darum zu tun war, in die regierende Koalition zu kommen, wobei sie es auch nicht an Anstrengungen fehlen ließ, die Demokraten mit List und Tücke hinauszumanövrieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0212

Bei den Deutschnationalen ist es besonders der Stahlhelmflügel, dessen starke Töne im umgekehrten Verhältnis zu den Wahlaussichten dieser Partei stehen. So prophezeit ihr Karlsruher Organ „eine neue Schlappe des Zentrums und ein starkes Anwachsen der Rechten auf Kosten des Zentrums", ferner „daß bei der Neubildung der Regierung im November die Rechte ein bedeutsames Wort mitzusprechen haben wird". Wobei allerdings mehr der Wunsch Vater des Gedankens sein und bleiben dürfte. Dabei rennt dieses Blatt ständig dermaßen hemmungslos gegen den neuen Staat, seine Einrichtungen und Führer an, daß der „Badische Beobachter", das Hauptorgan des Zentrums, einem solchen Hetzartikel zum Verfassungstag gegenüber feststellte: „Wer sich zu solchen Dingen stellt, ist schlechterdings koalitionsunfähig!" Recht rabiat gebärden sich die Nationalsozialisten, welche an einigen Punkten des Landes starke Nester besitzen. Sie hätten — die Reichstagswahl als Landtagswahlen betrachtet — letztes Jahr zwei Abgeordnetensitze erobert. Diesmal setzen sie ihre Hoffnung vor allem auf parteipolitisch heimatlos gewordene, vom Landbund enttäuschte Bauern und versuchen ferner, dem Zentrum ländliche Wählerstimmen abzujagen unter Ausnutzung der Mißstimmung, die in diesen Kreisen eingerissen ist, gegen die — nur durch Einspringen der Preußenkasse vor einem völligen Zusammenbruch bewahrte — zentrümlich aufgezogene Bauernvereinsorganisation. Drei bis vier Hitlerianer dürften u. E. immerhin künftig die Bänke des Karlsruher Rondells zieren, um mit den praktisch so gut wie bedeutungslos gewordenen Kommunisten um die Wette in Obstruktion und negativer Opposition zu machen.

Wir Demokraten schließlich stehen schon stark in der Wahlarbeit und lassen die Dinge mit Ruhe an uns herankommen. Wir nehmen in der Agitation und in der Koalitionsfrage natürlich dieselbe Handlungsfreiheit für uns in Anspruch, wie sie die anderen Regierungsparteien für sich proklamieren. An einem Komplott gegen die Sozialdemokratie haben wir selbstverständlich keinen Anteil. Wir stehen in dieser Hinsicht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterschaft gemäß ihrer Bedeutung im Staatsganzen verantwortlich an den Staatsgeschäften mitarbeiten soll. Dabei bleibt ihr gegenüber die grundsätzliche Abweichung in wirtschaftspolitischer Beziehung selbstverständlich ebenso bestehen wie die Trennungslinie gegen das Zentrum auf kulturpolitischem Gebiet. Wir werden uns in keine Koalition hineindrängen, aber auch der Mitarbeit nicht entziehen, vorausgesetzt, daß eine Plattform zustandekommt, bei der die Sorge um das Gesamtwohl und die großen staatspolitischen Gesichtspunkte im Vordergrund des Programms stehen.

So betrachten wir die politische Situation in Baden vier Wochen vor der Wahl, der wir Demokraten zuversichtlich entgegensehen.

*

Die Wichtigkeit der bayerischen Gemeindewahlen

Von Dr. Semank, Würzburg.

Wir müssen immer wieder betonen, daß die Gemeinden als kleinste Selbstverwaltungskörperschaft die Keimzelle des Staates darstellen und daß die Gemeindewahlen deshalb gerade für die Demokratische Partei, die eigentliche Trägerin des Selbstverwaltungsgedan-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0213

kens, von besonderer Bedeutung sind. Abgesehen von diesem Grundsätzlichen ist aber auch gerade die Gemeinde das, was den Bürger am nächsten angeht, und die Gemeindepolitik das politische Gebiet, für das sich auch der sogenannte Unpolitische, der von der großen Politik im Reich um gar nichts in der Welt etwas wissen will, stets interessiert, weil hier die Dinge behandelt werden, die ihn am unmittelbarsten treffen und deren Auswirkung er am ehesten zu spüren bekommt. Diese Tatsache kann man auch bei Versammlungen beobachten. Sobald ein kommunalpolitisches Thema auf der Tagesordnung steht, wird das Interesse reger und die Beteiligung stärker sein, als wenn ein Vortrag über hohe Politik angesetzt ist.

Diese Wichtigkeit der Gemeindepolitik wird von der politischen Rechten und Linken klar erkannt, und kaum bei irgendwelchen Wahlen sonst spielt sich ein ähnlich erbitterter Kampf um die Mehrheit im Parlament ab wie gerade bei den Gemeindewahlen. Hier stehen sich die Kampffronten, hier Bürgertum, hier Sozialismus, stets in besonders schroffer Weise gegenüber, und dieses schroffe Gegenüberstehen hat auch vielfach zu Parteizusammenschlüssen bei den Gemeindewahlen auf der sogenannten bürgerlichen Seite geführt. In kleinen Orten wird es ja nun auch für die Demokraten mitunter richtig, ja unvermeidbar sein, mit andern bürgerlichen Gruppen zusammenzugehen. In großen Gemeinden darf das aber nicht in Frage kommen. Ganz abgesehen davon, daß das Aufgeben der Selbständigkeit bei den Gemeindewahlen leicht als Schwäche gedeutet werden kann, gibt die Demokratische Partei, wenn sie mit anderen bürgerlichen Gruppen zusammengeht, auch ihre eigentliche Aufgabe und damit sich selbst auf. Unsere Hauptaufgabe ist es, Mittler zu sein zwischen rechts und links, „zwischen Bürgertum und Sozialismus", und so den Gedanken der wahren Volksgemeinschaft gegen jede Klassenherrschaft zu vertreten.

Gerade in den österreichischen Verhältnissen zeigt es sich wieder, wie verhängnisvoll sich das Fehlen einer bürgerlichen Mittelpartei in einem Staatskörper auswirken kann. Dort haben wir das schroffe Gegenüberstehen von rechts und links und infolgedessen einen Kampf aller gegen alle, der in seinen Auswirkungen an einen Bürgerkrieg grenzt. Mit wenigen Stimmen Mehrheit kann unter Umständen bei derartigen Verhältnissen eine einseitige Klassenherrschaft hergestellt und eine starke Minderheit in schlimmster Weise majorisiert werden. Gerade diese Sachlage zu verhindern, ist Aufgabe der Deutschen Demokratischen Partei, und dieses schwere Mittleramt setzt eine vollständige Unabhängigkeit nach rechts wie nach links voraus. Von der Linken unterscheidet uns die systematische Förderung der öffentlichen Hand und ihr Vordringen in die Privatwirtschaft, die Kommunalisierung um jeden Preis, von der Rechten die soziale Reaktion, die enge Interessenpolitik. Diese feindlichen Richtungen zusammenzuzwingen zu einer Arbeit am Gesamtwohl, ist eigentliche demokratische Aufgabe.

Diese Aufgabe wird uns nur gelingen, wenn wir selbständig und unabhängig mit hervorragenden, demokratischen Persönlichkeiten in den Wahlkampf ziehen. Diese Mittlerrolle wird auch unsere Hauptaufgabe bei den kommenden bayerischen Gemeindewahlen sein.

*

Gegen den Bürgerblock. Der Ortsverein Fürth der Demokratischen Partei beschloß bei der im Dezember stattfindenden Gemeindewahl eine selbständige demokratische Liste aufzustellen, und sich an der Bürgerblockliste nicht zu beteiligen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0214

Die Senkung der Gewerbesteuer

Auf dem demokratischen Preußentage haben sich die beiden demokratischen Minister der preußischen Regierung mit großer Schärfe für eine Senkung der Gewerbesteuer ausgesprochen. Es ist in dem Zusammenhang notwendig, auf die Entwicklung in Preußen hinzuweisen.

Die preußische Gewerbesteuer wird erhoben nach der Verordnung über die vorläufige Regelung der Gewerbesteuer vom 23. November 1923, die nach mehreren Änderungen am 15. März 1927 als Gewerbesteuerordnung neu bekanntgegeben wurde. Durch Gesetz vom 13. März 1928 wurde ihre Geltungsdauer bis zum 31. März 1929 ausgedehnt. Ihr unterliegen die stehenden Gewerbe, zu deren Ausübung eine Betriebsstätte in Preußen unterhalten wird. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind von ihr befreit. Besteuerungsgrundlage sind der Gewerbeertrag, der ähnlich wie die Reichseinkommensteuer festgestellt wird, aber unabhängig von ihr, und das nach Maßgabe des Reichsbewertungsgesetzes festgestellte und aus Anlage- und Betriebskapital zusammengesetzte Gewerbekapital. An dessen Stelle kann auf Beschluß der steuererhebenden Gemeinde die Lohnsumme sämtlicher im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer treten. Die Steuersätze sind gestaffelt. Die tatsächlich zu zahlende Steuer richtet sich aber nach der Höhe der von der Gemeinde beschlossenen Steuerzuschläge.

Auf Grund eines demokratischen Antrages ist unter dem demokratischen Finanzminister Dr. Höpker Aschoff im Frühjahr 1927 eine Senkung der Gewerbesteuerbeträge für die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden um etwa 60 Millionen Reichsmark jährlich vorgenommen worden. Die Rechtsparteien, insbesondere auch die Wirtschaftspartei, stimmten gegen die Gewerbesteuerordnung, die diese im Interesse des Mittelstandes liegende Reform enthielt. Sie begründeten das damit, daß sie Gegner der Gewerbesteuer überhaupt seien. Aber einmal sind die hohen Sätze der Realsteuern auf den Finanzausgleich im Reich zurückzuführen, der 1925 von einer Rechtskoalition mit Unterstützung der Wirtschaftspartei beschlossen worden ist, und zum andern ist gerade die Wirtschaftspartei in dieser Frage sehr inkonsequent gewesen.

Als die Gewerbesteuerordnung nämlich am 31. März 1929 ablief und das von Preußen sehnlichst erwartete Steuervereinheitlichungsgesetz im Reich noch nicht vorlag, war die preußische Regierung genötigt, in einer Vorlage an den Landtag die nochmalige Verlängerung der geltenden Gewerbesteuer um ein Jahr vorzuschlagen. Der Zentrumsabgeordnete Kölges glaubte, bei dieser Gelegenheit die Wirtschaftspartei in mittelständlerischer Agitation übertreffen zu können, und beantragte die Einbeziehung der freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte usw.). Die Demokraten wandten sich hiergegen mit der Begründung, daß solche prinzipiellen Fragen bei der bevorstehenden grundsätzlichen Reform zu erledigen seien und nicht bei einer einfachen Verlängerungsnovelle. Im Ausschuß wurde daher dieser Antrag auch abgelehnt. Im Plenum fielen aber die Sozialdemokraten um und stimmten für die Einbeziehung der freien Berufe. Das Gleiche tat geschlossen die Wirtschaftspartei, während alle übrigen bürgerlichen Parteien in dieser Frage geteilt abstimmten. Da sich hierbei eine große Mehrheit für die Besteuerung der freien Berufe ergab, stellten die Demokraten einen weitgehenden Milderungsantrag

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0215

und erreichten auch, daß Abg. Kölges ihn mitunterschrieb. Die an diesen Verhandlungen beteiligten demokratischen Abgeordneten mußten deshalb auch für die Einbeziehung der freien Berufe auf dieser Grundlage stimmen, während die überwiegende Mehrheit der Fraktion, die nicht durch Verhandlungen gebunden war, nach wie vor dagegen stimmte. Gegen das so beschlossene Gesetz erhob der Staatsrat Einspruch. Diejenigen deutschnationalen Abgeordneten, die vorher für die Einbeziehung der freien Berufe gestimmt hatten, stimmten jetzt dagegen. Die zur Verwerfung des Staatseinspruches notwendige Zweidrittelmehrheit wurde daher nicht erreicht. Gegen eine neue Regierungsvorlage, die auf Grund eines Antrags der preußischen Koalitionsparteien durch Erweiterung der Staffelung für die geringeren Gewerbeerträge eine erhebliche Erleichterung für den Mittelstand brachte, trieben die Rechtsparteien und Kommunisten Obstruktion. Infolgedessen mußte nach einer Vertagung des Landtages diese Vorlage mit den von den Regierungsparteien beantragten Verbesserungen im Wege einer Notverordnung erlassen werden. Gegen die Gültigkeit dieser Notverordnung erhob die Wirtschaftspartei Klage beim Staatsgerichtshof. Sie wurde jedoch damit abgewiesen und die Gültigkeit der Notverordnung dann bestätigt.

Es ist festzuhalten, daß die Wirtschaftspartei für die unveränderte Verlängerung der bisher geltenden Gewerbesteuer gestimmt hat in der Erwartung, daß auch die freien Berufe mit ihr belastet werden sollten. Sie befand sich dabei, was die geschlossene Abstimmung aller Fraktionen anbetrifft, einzig und allein in der Gesellschaft der Sozialdemokratie, der sie sonst nicht gerade Mittelstandsfreundlichkeit nachredet. Dieselbe Wirtschaftspartei hat aber gegen die Neuregelung der Gewerbesteuer, die für den Mittelstand Ermäßigungen bringt, Obstruktion gemeinsam mit den Rechtsradikalen und Kommunisten getrieben und diese Neuregelung sogar beim Staatsgerichtshof, allerdings erfolglos, angefochten.

*

Absage an den extremen Pazifismus!

Der Beschluß des Hauptvorstandes der Deutschen Demokratischen Partei auf Zurückziehung des Entwurfes eines demokratischen Wehrprogramms ist von der deutschnationalen Presse dahin ausgelegt worden, daß die Demokratische Partei sich den extremen Pazifisten in ihren Reihen unterworfen hätte und im übrigen die Absicht habe, sich nunmehr offen zur Kriegsdienstverweigerung zu bekennen.

Derartige Vermutungen gehören von Anfang bis zum Ende in das Reich der Phantasie. Nicht nur die Demokratische Partei, sondern auch der Reichsbund der Jungdemokraten, dem in der letzten Zeit mehrfach extrem pazifistische Neigungen vorgeworfen wurden, müssen jedes Paktieren mit den Gruppen des extremen Pazifismus ablehnen. Oft genug ist von demokratischer Seite betont worden, daß die Wahrung der nationalen Freiheit und der Lebensinteressen unseres Volkes uns als die erste Aufgabe der Demokratie erscheint.

Die ostpreußischen Jungdemokraten haben auf ihrer letzten Verbandstagung am 22. September die nachstehende Resolution zur Ostpolitik gefaßt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0216

„Die Abschnürung Ostpreußens vom Reich ist und bleibt für das ostpreußische Deutschtum unerträglich. Sie ist gegen den Willen der Bevölkerung durch Gewaltdiktatur erzwungen und der Versuch zu einer nachträglichen Kolonisierung der erworbenen Gebiete wird mit Maßnahmen betrieben, die der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und dem demokratischen Grundsatz ins Gesicht schlagen. Die skandalöse Grenzziehung an der Weichsel hat zu unmöglichen wirtschaftlichen Zuständen geführt. Die Wiederherstellung der verletzten Menschenrechte muß aber auch aus zwingenden wirtschaftlichen, geopolitischen und kulturellen Gründen gefordert werden als unerläßliche Vorbedingung für ein gesichertes Friedens- und nachbarliches Verhältnis im Osten.

Der freie wirtschaftliche Zugang zum Meere kann wohl andern Ländern auch ohne Verletzung deutscher Rechte gewährleistet werden. Nicht aber kann es dem deutschen Volke zugemutet werden, die gegenwärtige unmögliche Ostgrenze in Widerspruch zu den im Völkerbundspakt niedergelegten Grundsätzen der Abänderungsfähigkeit unanwendbar gewordener Verträge durch ein sogenanntes Ostlocarno als für alle Zeiten unabänderlich anzuerkennen."

Diese Entschließung beweist zur Genüge, daß der Reichsbund der deutschen Jungdemokraten jede Solidaritätserklärung mit den Bestrebungen des extremen Pazifismus ablehnt und daß er es sich verbitten muß, auf die Dauer für die publizistischen Äußerungen einer kleinen Anzahl von bedeutungslosen Außenseitern verantwortlich gemacht zu werden.

*

Opfert für die Partei!

Wir drucken diesen Aufruf des Wahlkreisverbandes Thüringen ab, um unseren Freunden in den übrigen Wahlkreisen ein Muster dafür zu geben, wie sie ihrerseits an ihre Mitglieder herantreten mögen. Die Einführung eines dreijährigen Verpflichtungsscheines für zahlungsfähige Parteigenossen erscheint uns als ein vorzügliches Mittel, um über die Kopfbeiträge hinaus Gelder zur Finanzierung der Wahlkreisgeschäftsstellen — einer für alle Wahlkreise unbedingt notwendigen Einrichtung — zu gewinnen.

Die Sammlung für die Wahlkreisgeschäftsstelle in Weimar hat bis jetzt nur einen ungenügenden Erfolg gehabt. Ich verkenne nicht, daß die schwere Wirtschaftslage es vielen unserer Freunde unmöglich macht, die Wahlkreisgeschäftsstelle so zu unterstützen, wie sie es selbst wünschen würden. Es haben sich aber auch manche Freunde vielleicht doch nicht so zur Unterstützung der Wahlkreisgeschäftsstelle bereitgefunden, wie es ihnen möglich gewesen wäre. Wer an die Demokratie glaubt, muß auch bereit sein, ein Opfer zu bringen. Ein erfolgreicher politischer Kampf ist ohne finanzielle Kraft unmöglich. Viele unserer Freunde sind in berechtigten Sorgen wegen des wachsenden Einflusses plutokratischer Kräfte in Deutschland. Wer eine gefährliche plutokratische Entwicklung von Deutschland abwehren will, der muß mithelfen, daß die breitesten Schichten, daß der deutsche Staatsbürger selbst die politischen Parteien finanziert. Ihr seht die unheimliche Finanzkraft, die hinter Bewegungen steht, die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0217

tagaus, tagein den inneren Frieden gefährden. Ihr könnt sie nur abwehren, wenn jeder einzelne opferbereit ist. Wenn diese Opferbereitschaft sich nicht nur in Worten, sondern in Taten zeigt, braucht es uns um die Zukunft der deutschen Republik nicht bange zu sein. Fehlt es aber an dieser Opferbereitschaft, dann wird die Störung des inneren Friedens manchen einzelnen vielleicht zu spät erkennen lassen, daß rechtzeitige Opferbereitschaft vaterländische Pflicht ist.

Ludwig Haas.

Hier abtrennen!

VERPFLICHTUNGSSCHEIN

An die

Deutsche Demokratische Partei, Wahlkreisverband XII

in **Weimar**

Röhrstr. 1a I.

Der — die — Unterzeichnete verpflichtet sich hiermit, zur Erhaltung der Wahlkreisgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei in Weimar (Reichswahlkreis Thüringen: Dr. Ludwig Haas) vom 1. Oktober 1929 an einen außerordentlichen Beitrag von monatlich

..... RM. (in Worten: ..... RM.)

vorläufig für die Dauer von drei Jahren an den jeweiligen Schatzmeister der Partei auf das Postscheckkonto Nr. 1601 der D.D.P. beim Postscheckamt in Erfurt zu zahlen.

....., den ..... 1929.

(Ort und Wohnung)

....

(Vor- und Zuname) (Beruf)

*

Deutschnationale Anbiederung an Frankreich

Durch Enthüllungen, die aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei stammen, hat sich soeben recht augenfällig gezeigt, in welcher gewissenlosen und verlogenen Weise die Deutschnationale Volkspartei auswärtige Politik mit doppeltem Boden treibt: in der Öffentlichkeit, um die Stimmen der national gesinnten Wähler sich zu erhalten, wird in den schärfsten Tönen gegen die Verständigungspolitik Stresemanns als Würdelosigkeit und Schädigung des Vaterlandes, ja, als Landesverrat protestiert; hinter den Kulissen aber drängen sich dieselben Deutschnationalen an die Franzosen heran, um ihnen Angebote zu machen, an die ein verantwortungsbewußter Verständigungspolitiker auch nicht im Traume denkt.

Diese Enthüllungen verdanken wir der „Nationalliberalen Korrespondenz", dem parteiamtlichen Organ der Deutschen Volkspartei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0218

In der Korrespondenz war schon vor einiger Zeit behauptet worden, daß Männer der Hugenberg-Front sehr viel weitertragende Angebote an Frankreich gemacht hätten, als die von Hugenberg bekämpfte Verständigungspolitik Stresemanns. Als hierauf zunächst nichts weiter erfolgte, hielt man sich im Hugenberg-Lager für sicher und sprach, indem man alles ableugnete, mit gut gespielter Entrüstung von „Verleumdungen". In seiner Nr. 191 vom 21. 9. 29 packte aber das Organ der Deutschen Volkspartei aus und nannte zunächst den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr.-Ing. Klönne als einen der deutschnationalen Herren, die in Paris waren und dort interessante Gespräche und Verhandlungen führten. Die Korrespondenz berichtete, Dr.-Ing. Klönne habe „in zahlreichen Gesprächen mit französischen Politikern den Franzosen ein Militärbündnis und ein Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs gegen Sowjetrußland angetragen". Über dasselbe Thema habe er auch mit einem hervorragenden beamteten englischen Politiker in Paris Besprechungen gehabt. Ein bekannter Franzose (die „Nationalliberale Korrespondenz" spricht irrtümlich von einem „französischen General", in Wirklichkeit handelte es sich um den Deputierten Reynaud) sei mit Wissen und Willen Klönnes und seiner deutschnationalen Hintermänner nach Berlin gekommen, um mit deutschem Militär die Frage eines deutsch-französischen Militärbündnisses zu besprechen. Während seines Aufenthaltes in Berlin habe er in enger Fühlung mit Herrn Klönne gestanden, der es übernommen hatte, auf hochgestellte Militärs des Reichswehrministeriums einzuwirken. Diese Mission des Franzosen sei aber ergebnislos verlaufen, „weil die erwähnten amtlichen Stellen keine Neigung hatten, in diesem Konsortium sich zu betätigen". Im Frühjahr 1928 seien diese Besprechungen nach Paris verlegt worden und maßgebliche Politiker der französischen Rechtsparteien hätten daran teilgenommen.

Diesen Enthüllungen folgte eine überaus große Flut von Erklärungen und „Berichtigungen". Abgeordneter Dr. Klönne selbst mußte die Besprechungen zugeben, er vermied aber ängstlich, zu sagen, was er dabei den Franzosen angeboten hätte. Schon dadurch wurde die Angabe der „Nationalliberalen Korrespondenz", daß die Verhandlungen den Abschluß eines Militärbündnisses betrafen, bestätigt. Zum Überfluß teilte auch noch der Kaliindustrielle Arnold Rechberg, der sich seit Jahren um ein wirtschaftliches und politisches Zusammengehen Deutschlands mit Frankreich bemüht, in mehreren Erklärungen mit, daß tatsächlich bei den Verhandlungen, die er zusammen mit Klönne und anderen Deutschnationalen mit französischen Staatsmännern geführt habe, ein französisch-deutsches Militärabkommen zur Diskussion gestanden habe. An dieser Tatsache ist also nicht zu zweifeln.

Etwas redseliger war Abg. Dr. Klönne in bezug auf die Forderungen, die er seinerseits an Frankreich für Deutschland gestellt hat — daß er solche Forderungen stellte, war ja selbstverständlich. Er hätte aber in seinem eigenen Interesse besser getan, hierüber zu schweigen, er hat sich nämlich durch diese Mitteilung eine böse Blamage zugezogen. Denn unter seinen Gegenforderungen befand sich „eine Revision des Dawes-Planes, in dem Umfange, daß Deutschland höchstens die Hälfte der festen Dawes-Annuität zu zahlen hätte". Diese Ausführungen sind äußerst interessant: da nach Auffassung der Hugenberg-Leute alle Zahlungen Deutschlands auf der „Kriegsschuldlüge" beruhen, so hat also Dr. Klönne mit seinem An-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0219

gebot die Kriegsschuldlüge anerkannt! Und noch etwas anderes! Das Hugenbergsche Volksbegehren bestraft denjenigen mit Zuchthaus, der jetzt noch an Frankreich irgendwelche Zahlungen zu leisten verspricht; Abg. Dr. Klönne würde also, wenn das Volksbegehren Erfolg hätte, ins Zuchthaus spazieren!

Der größte Teil der Erklärungen Klönnes aber ist dem Nachweise gewidmet, daß über die Verhandlungen, die er und seine deutschnationalen Freunde mit den Franzosen geführt haben, später dem Auswärtigen Amt Kenntnis gegeben worden sei, während die „Nationalliberale Korrespondenz" dies geleugnet hatte. Abg. Dr. Klönne sucht auf diese Weise die Besprechung auf ein ganz anderes Gleis zu führen. Demgegenüber muß betont werden, daß es zur grundsätzlichen Beurteilung des Falles gar nicht darauf ankommt, ob Personen des Auswärtigen Amtes von diesen Verhandlungen später erfahren haben oder nicht. Worauf es ankommt, ist vielmehr die Tatsache, daß dieselben deutschnationalen Politiker, die sich gar nicht darin genug tun können, Dr. Stresemann und alle anderen Verständigungsfreunde als Landesverräter zu bezeichnen, im geheimen selbst sich an den „Erbfeind" heranmachen und ihm ein Bündnis anbieten zu Bedingungen, die die Verständigungspolitiker weit von sich weisen müssen. Mit vollem Recht schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz":

„Deutschnationale betreiben eine Außenpolitik mit doppeltem Boden, durch die sie selbst diskreditiert werden und durch die die amtliche Politik des Reiches nicht gefördert wird. Man kann nicht auf der Straße und in den Versammlungen „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" zwecks Stimmenfang singen lassen und gleichzeitig dem „Erbfeind" ein Militärbündnis antragen. Man kann nicht die sog. Westorientierung der deutschen Politik — die es tatsächlich niemals gegeben hat — als eine erbärmliche Schwachheit in Grund und Boden kritisieren und hintenherum sogar für die Militarisierung dieser westlich orientierten Politik eintreten! Man kann auch nicht über die Preisgabe unserer östlichen Beziehungen durch den Locarno-Vertrag jammern und gleichzeitig diese östlichen Beziehungen in Paris verhökern. Man kann endlich nicht den Anschluß an England fordern und gleichzeitig durch ein Militärbündnis mit Frankreich die militärische Hegemonie Frankreichs in Europa stärken und stabilisieren wollen. Das alles kann man nicht gleichzeitig. Selbst die Kraft des Herrn Hugenberg reicht dazu nicht aus."

Natürlich ist es bei der umfassenden Erörterung der deutschnationalen Transaktionen mit den Franzosen nicht bei der einen Person des Abgeordneten Dr. Klönne geblieben. Auch andere Deutschnationale sind als Teilnehmer der Verhandlungen genannt worden, und es ist vielleicht angebracht, später einmal diese ganzen Namen zusammenzustellen. Augenblicklich ist von besonderem Interesse, daß nicht nur deutschnationale Politiker bei den Franzosen antichambriert haben, sondern auch Leute, die in den engsten Beziehungen zu dem Stahlhelm stehen. Beispielsweise der Generalleutnant a. D. von der Lippe, ferner die Herren von Medem und Dr. Kriegk, Männer, die zu dem Hugenbergschen Pressekonzern gehören und außerdem auch dem Stahlhelm nahestehen. Jetzt wollen freilich alle diese Leute nur eine sehr bescheidene Rolle bei den Konferenzen gespielt haben, nämlich eigentlich nur als stumme Zuhörer, um sich zu informieren. Wer das glaubt, bezahlt einen Taler! Aber bei den Enthüllungen der „Nationalliberalen Korrespondenz" verhält sich der Pressestab Hugenbergs genau so, wie gegenüber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0220

den Verhaftungen in Sachen der Bombenattentate: man weiß mit einem Male von nichts und kennt die Leute nicht, die bei ihrer eigenartigen Tätigkeit abgefaßt worden sind. So versetzt der Pressechef der Deutschnationalen Volkspartei, Brosius, dem Abgeordneten Dr. Klönne einen Fußtritt durch eine „Feststellung", in der erklärt wird (siehe „Berliner Lokalanzeiger" Nr. 452 vom 25. 9. 29):

„Sie (die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei) hat weder den Auftrag, noch die Anregung für Verhandlungen mit Franzosen gegeben, noch ist sie zur Zeit der Verhandlungen von den Vorgängen unterrichtet gewesen. Sie steht auch auf dem Standpunkt, daß derartige Verhandlungen nutzlos sind und daß der Glaube an die Ehrlichkeit der französischen Verhandlungspartner, wie verschiedene Vorgänge erweisen, eine Illusion ist."

Eine merkwürdige Parteileitung! Ein großer Kreis von deutschnationalen Politikern ist bei den Unterhandlungen beteiligt gewesen — die Parteileitung weiß nichts davon. Andererseits wissen Klönne und seine Freunde nichts davon, daß die Parteileitung ihre Bestrebungen mißbilligt. Glaubt denn Hugenberg wirklich, daß er durch solche naiven und hilflosen Ausreden sich selbst in Sicherheit bringt? Zumal, da General von der Lippe in einer seiner Erklärungen sagt, er habe sich vor seiner Abreise von Paris der Zustimmung deutscher offizieller Persönlichkeiten und führender Politiker zu seinen Absichten vergewissert. Was mögen das wohl für führende Parteipolitiker sein? Mit den Demokraten und Sozialdemokraten wird sich der Herr von der Lippe über die Sache wohl nicht unterhalten haben.

Nein, hier steht nicht eine Entgleisung von ein paar untergeordneten Politikern in Frage — die Führung der Deutschnationalen Volkspartei selbst kann sich auf keine Weise reinwaschen von dem Vorwurf schlimmster Doppelzüngigkeit und verlogener Demagogie.

*

Aus dem demokratischen Parteileben

Demokraten zum Young-Plan. Der Parteiausschuß der D. D. P. **Bremen** nahm nach einem Referat des Abg. Ehlermann die nachfolgende Entschließung an:

„Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei Bremen hat nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Ehlermann zu den wichtigsten Fragen der deutschen Außen- und Innenpolitik Stellung genommen. Er hat dabei insbesondere die Fragen des Young-Planes und der Rheinlandräumung geprüft und ist zu folgender Überzeugung gekommen:

Die Beschlüsse der Haager Konferenz, die im Young-Plan ihren Niederschlag gefunden haben, belasten auch weiterhin das deutsche Volk mit schwerster Bürde. Dennoch bedeutet dieser Young-Plan infolge erheblicher Senkungen der Zahlungen in den nächsten Jahren eine wesentliche Entlastung des deutschen Volkes. Zudem bringen die Beschlüsse der Haager Konferenz den Anfang der Räumung des Rheinlandes und setzen endgültige Termine für eine völlige Räumung auch der letzten Zone für das nächste Jahr fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0221

In Anbetracht dieser Sachlage vermag der Parteiausschuß eine Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz nicht zu empfehlen und hält das geplante Hugenberg-Stahlhelm-Volksbegehren für eine gefährliche Durchkreuzung der seither geführten deutschen Außenpolitik, die langsam, aber sicher die nationale Befreiung Deutschlands angebahnt hat und — folgerichtig durchgeführt — auch vollenden wird. Mit Entrüstung lehnt der Parteiausschuß die demagogische Art und Weise ab, in der unter Verknüpfung mit der Kriegsschuldfrage versucht wird, das deutsche Volk für die außen- und innenpolitischen Ziele des Rechtsradikalismus zu gewinnen.

Mit gleicher Entschiedenheit lehnt der Parteiausschuß die verantwortungslose Handlungsweise der Befürworter des Volksbegehrens ab, die die wirkliche Sachlage dadurch fälschen, daß sie den Anschein erwecken, als ob die Ablehnung des Young-Planes die Befreiung von allen Lasten bedeute, während in Wirklichkeit dafür die weit höhere Belastung des Dawes-Planes eintreten würde. Auch die Tatsache, daß die Beschlüsse der Haager Konferenz ein einheitliches Ganzes bilden, und somit die Ablehnung des Young-Planes die Rheinlandräumung verhindern würde, bestimmt den Parteiausschuß, vor den Plänen des Reichsausschusses für das Volksbegehren eindringlich zu warnen.

Die Forderung des Volksbegehrens, Mitglieder der Regierung, die den Young-Plan oder sonstige Belastungen annehmen, wegen Landesverrates zu belangen, ist staatsrechtlich unmöglich und für die vom Vertrauen des deutschen Volkes getragenen Männer der Regierung eine schwere Beleidigung, die sich übrigens, da staats- und völkerrechtlich derartige Verträge nur unter Gegenzeichnung des Reichspräsidenten gültig werden, auch gegen den von allen Deutschen verehrten Reichspräsidenten von Hindenburg richten würde.

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei Bremen bittet alle Instanzen der Demokratischen Partei, sich energisch für die Bekämpfung des Volksbegehrens einzusetzen."

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins **Hannover** der Deutschen Demokratischen Partei nahm nach einem Vortrag des Abgeordneten Barteld folgende Entschließung an:

„Der Young-Plan legt dem deutschen Volke eine Belastung auf, die es auf die Dauer nicht tragen kann. Wir können in ihm nur eine weitere Zwischenlösung erblicken. Da er aber gegenüber dem Dawes-Plan Erleichterungen und die endliche Befreiung des besetzten Gebietes bringt sowie die volle Souveränität Deutschlands wiederherstellt, ist seine Ablehnung nicht zu verantworten. Es muß erwartet werden, daß auch in der Saarfrage beschleunigt eine Einigung erfolgt und das Saargebiet alsbald in deutsche Verwaltung zurückgegeben wird. Auch innerpolitisch gilt es, sich auf die Erreichung dieser wichtigen Ziele einzustellen. Nur unter diesem Gesichtswinkel können die Vorschläge zu einer Reform der Arbeitslosenversicherung gewertet werden. Die bisherigen Vorschläge sind aber unzulänglich. Weitere Belastungen sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber müssen unbedindt vermieden werden.

Nach der Annahme des Young-Planes müssen alsbald eine durchgreifende Steuer- und Finanzreform in Angriff genommen und die Reichs- und Verwaltungsreform tatkräftig ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0222

fördert und zum Abschluß gebracht werden. Es gilt, die Vielstaaterei zu beseitigen und den nationalen Einheitsstaat zu schaffen. Ziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik muß es sein, die Kapitalbildung zu fördern und dadurch zu einer Zinsverbilligung zu kommen.

Die Erleichterungen des Young-Planes dürfen nur zur Entlastung der deutschen Wirtschaft verwendet werden. Die Steuerreform, die unbedingt in diesem Winter geschaffen werden muß, muß eine fühlbare Senkung der Einkommensteuer und der Realsteuern (Gewerbesteuer und Grundvermögensteuer) bringen. Reichen die Entlastungen des Young-Planes hierzu nicht aus, so darf vor einer stärkeren Belastung nicht notwendiger Genußmittel zugunsten einer Realsteuersenkung nicht zurückgeschreckt werden."

Tagungen

Der Wahlkreis Potsdam II der D. D. P. veranstaltete am 20. September zu Berlin seinen diesjährigen Herbstparteitag. Reichstagsabgeordneter Oskar Meyer, der das Referat über die politische Lage hielt, forderte, daß in der Arbeitslosenversicherung unter allen Umständen Ordnung geschaffen werde. Es gehe nicht an, daß ein soziales Institut die geordnete Finanzgebarung des Reiches unmöglich mache. Die Sozialdemokratie müsse sich entschließen, ihren eigenen Genossen die Wahrheit zu sagen, denn in weiten Kreisen der werktägigen Arbeiterschaft herrsche lebhafte Unzufriedenheit über die Mißstände. Wenn alle Regierungsparteien sachliche Politik trieben, werde sich eine Regelung finden lassen, die für alle Teile erträglich sei. Eine Regierungskrise in der jetzigen Lage sei unter keinen Umständen tragbar, sie würde keine Besserung bringen, sondern in eine lähmende Dauerkrisis übergehen, die die Erledigung der notwendigen Zukunftsaufgaben unmöglich machen müßte. Zu diesen gehörte, wie die Sprengstoffattentate bewiesen, zunächst das Republikschutzgesetz, dessen erste Lesung möglichst schon in der bevorstehenden kurzen Tagung des Reichstages vorgenommen werden solle, ferner vor allem die Verabschiedung des Young-Plans, um der Gesundung der Wirtschaft Bahn zu schaffen. Der vorauszusehende Mißerfolg des Volksbegehrens werde hoffentlich auch in den Kreisen der Wirtschaft die Augen öffnen, die auf Hugenberg gesetzt hatten, der die kapitalfeindliche Demagogie der Nationalsozialisten begünstige. Die Entlastung um etwa 700 Millionen jährlich nach dem Young-Plan werde zu einer Reform unseres ganzen Steuersystems benutzt werden müssen. Die übermäßigen Kapital- und Realsteuern müßten ermäßigt, die Zuckersteuer möglichst ganz beseitigt werden. Für übertriebene Hoffnungen sei allerdings kein Raum, denn ein Teil der 700 Millionen werde zur Beseitigung der Industriebelastung und, im Interesse der Landwirtschaft, zum Wegfall der Rentenbankbelastung beansprucht werden. Außerdem müsse die Reichskasse so gestellt werden, daß die unwürdige Borgwirtschaft aufhöre. Deshalb müsse man notfalls auf die Mehrbesteuerung des Alkoholverbrauchs zurückgreifen, natürlich unter Schonung der beteiligten Gewerbe. Dringend erforderlich seien die Reform der Kartellgesetzgebung und des Aktienrechts. Der jetzige Zustand habe dazu geführt, daß das Kapital ins Ausland wandere und dort der Konkurrenz helfe, statt in der deutschen Wirtschaft zu arbeiten.

Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider gab eine Übersicht über den Kampf über die Arbeitslosenversicherung. Die Vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0223

schläge der Rechten würden einen starken Abbau der Leistungen herbeiführen, der gerade die Bedürftigsten, nämlich die alten Leute träfe. Dagegen brächten sie keine Entlastung der Wirtschaft, sondern nur eine Verschiebung der Lasten von der Versicherung auf die Gemeinden. Alle diese Vorschläge gingen an der Kernfrage vorbei. Denn die Saisonarbeiter seien allein die Ursache für den ständigen Fehlbetrag. Eine endgültige Sanierung sei deshalb nur durch Bildung von Gefahrenklassen möglich. Diese grundsätzliche Lösung erfordere aber Zeit, deshalb müsse man jetzt zu einer vorläufigen Regelung kommen. Schneider schloß mit einem besonders dringenden Appell an die Parteien, die allgemeine politische Lage zu berücksichtigen und nicht eine Krise herbeizuführen, die die Wirtschaft um die so notwendige Entlastung durch den Young-Plan bringe.

Der Provinzialverband Hannover der D. D. P., dem alle niedersächsischen Wahlkreisorganisationen der Partei angehören, hielt am 31. August in Hannover eine Vorstandssitzung ab, an der alle Mitglieder teilnahmen, mit Ausnahme eines einzigen, der schriftlich entschuldigt war. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Professor Dr. Stümpke, gewählt, zu seinem Stellvertreter Diplomhandelslehrer Wienecke, Vorsitzender des Wahlkreisverbandes Hannover-Ost, und zur Schriftführerin Frau Hoffmeier. Der Vorstand faßte zu den bevorstehenden Provinziallandtagswahlen folgenden Beschluß:

„Der Vorstand des hanoverschen Provinzialverbandes der D. D. P. beschließt, daß für Provinziallandtagswahlen nur eine einheitlich gekennzeichnete Liste in allen Wahlbezirken und Bezirksverbänden aufgestellt werden darf. Die Aufstellung der Kandidaten (ob Einheitsliste im Regierungsbezirk oder Einzelliste für den Wahlbezirk) bleibt den Bezirksverbänden überlassen. Die Entscheidung über das taktische Vorgehen und die Bezeichnung der Liste bleibt dem Vorstand des Provinzialverbandes überlassen, dessen Beschluß sich alle Bezirksverbände zu fügen haben."

Der Pommersche Provinzialverband der D. D. P. hielt am 21. und 22. September in Stettin einen Parteitag unter starker Beteiligung von zahlreichen Vertretern aus allen Teilen des ganzen Wahlkreises ab. In der geschlossenen Delegiertenversammlung am Sonntag sprach Generalsekretär Mickeleit-Stettin über die Vorbereitung des Wahlkampfes für die kommenden Wahlen. In eingehender Aussprache beschäftigte sich die Vertreterversammlung mit dem zweckmäßigsten Vorgehen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten. In einer großen, zahlreich besuchten, öffentlichen Kundgebung sprach der preußische Handelsminister Dr. Schreiber über das Thema: „Politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten". Er gab ein Bild unserer Wirtschaft und der sich daraus ergebenden Lage der Volksgenossen. Das Ziel unserer Wirtschaft müsse sein, das Gesamteinkommen des Volkes zu vergrößern. Die Produktion dürfe nicht durch unerträgliche Steuern und Lasten totgeschlagen werden. Jetzt biete sich die Gelegenheit, aus der Regelung durch den Youngplan eine solche Wirtschaftspolitik zu führen. In bezug auf die Steuern müßten schnell Reformen durch Beseitigung der Rentenbankschuld, Wegfall der Industriebelastung und Neuregelung der Einkommensteuer in Kraft gesetzt werden, was eine Anregung für die Wirtschaft zur Folge haben würde. Die Vereinfachung der Verwal-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0224

tung müsse mit allem Ernst erstrebt werden. Nach einer kurzen Ansprache des Reichstagsabgeordneten Lemmer trat der pommersche Agrarausschuß der Partei zu einer Sitzung zusammen, in der er sich mit organisatorischen Maßnahmen beschäftigte.

Umgestaltung der hessischen Selbtsverwaltung. Auf der Demokratentagung Oberhessens, die in Friedberg stattfand, erhob der Oberamtsmeister Schreiber erneut die demokratische Forderung auf Umgestaltung der Selbstverwaltung in Hessen, und zwar forderte er im einzelnen die Abschaffung der Provinzialdirektoren und den Ausbau des Provinzialausschusses. Weiter wurde in der Tagung die Kandidatenliste für die Provinziallandtagswahlen aufgestellt. An der Spitze stehen Kaufmann Hammerschlag (Gießen), Steuerinspektor Plaag (Bad Nauheim) und Direktor Schanz (Ober-Schmitten).

Eine Demokratische Herbstschule wird in den Tagen vom 11. bis 13. Oktober in Ahrensburg, Kreis Storman, abgehalten über das Gesamtthema: „Lebensfragen unserer Volksgemeinschaft". Als Referate sind vorgesehen: Freitag, den 11. Oktober, 15 Uhr: „Kulturelle und soziale Aufgaben der Schule im neuen Staat" (Oberschulrat Emmy Beckmann-Hamburg), 17½ Uhr: „Faschismus?" (Bruno Goldenberg-Altona). Sonnabend, den 12. Oktober, 9½ Uhr: „Einzel- und Gesamtinteressen im demokratischen Staat" (Oberstudiendirektor Dr. Preibisch-Hamburg), 14 Uhr: „Der Kampf um die deutsche Jugend" (Erich Lüth-Hamburg), 17 Uhr: „Kultur, Rasse, Volksgemeinschaft" (Professor Wehnert-Hamburg). Sonntag, den 13. Oktober, 10½ Uhr: „Politische Parteien — ihre Abgrenzung und ihre Bedeutung für die Volksgemeinschaft" (Dr. M. Eichholtz-Hamburg), 16 Uhr: öffentliche Kundgebung (Redner: Landrat Knutzen). Jedem Referat schließt sich ein Meinungsaustausch an.

Teilnehmergebühr 6 RM., einschl. voller Pension für die Dauer der Tagung. Anmeldungen an die Parteigeschäftsstelle Altona, Gr. Bergstr. 266 (Fernsprecher: D 2 Klopstock 3314).

Organisation

Demokratischer Ausschuß für die freien Berufe. Folgender Aufruf ist dieser Tage an namhafte Vertreter freien geistigen Schaffens, die auf dem Boden der Demokratie stehen, versandt worden.

„Im Laufe der letzten Jahre hat sich die Gefahr gezeigt, daß die freien Berufe bei der Gesetzgebung und den öffentlichen Angelegenheiten überhaupt nicht die Beachtung finden, die ihnen als einem der wesentlichsten Kulturfaktoren zukommt. Jede weitere Beeinträchtigung ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und Schaffensmöglichkeit wird auf dem Gebiete des geistigen und wirtschaftlichen Lebens verderblichste Folgen nach sich ziehen, die im Interesse des Wiederaufbaues unseres Volkes unbedingt vermieden werden müssen.

Die Deutsche Demokratische Partei fühlt sich daher im Sinne ihrer liberalen demokratischen Tradition verpflichtet, gerade gegenwärtig die Interessen der freien Berufskreise zu vertreten, um die in ihnen enthaltenen für ein neues Deutschland unentbehrlichen, durch die Inflation schon auf das empfindlichste geschwächten Kräfte erneut zu stärken.

Um diesen Zweck wirksam erfüllen zu können, will die Deutsche Demokratische Partei diesen neuen Ausschuß gründen, dessen Auf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0225

gabe es sein wird, der Partei und insbesondere ihren parlamentarischen Körperschaften im Reich und in den Ländern beratend und anregend zur Seite zu stehen."

Unterzeichnet ist der Aufruf von Jul. Bab, Professor Dr. Peter Behrens, Carl Bulcke, Dr. Erich Eyck, Professor Dr. Friedrich Kraus, Max Liebermann, Heinrich Mann, Thomas Mann, Dr. Max Osborn, Professor Hans Pölzig, Major a. D. Professor A. von Parseval, Dr. Agnes von Zahn-Harnack und dem demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Leon Zeitlin.

Die Gründungsversammlung soll aus Anlaß des Parteitages am Sonnabend, dem 5. Oktober, im Saale der „Harmonie" in Mannheim stattfinden.

*

Demokratische Frauenbewegung

Sommerschule in Leichlingen. Zu einer Sommerschule hatten sich zahlreiche Frauen der Wahlkreise Düsseldorf Ost und West am 14. und 15. September in Leichlingen zusammengefunden. Frau Studienrätin Boeklen begrüßte die zahlreich erschienenen Parteifreundinnen und dankte besonders Fräulein Hackenjost, Opladen, für die geleistete Vorarbeit. Viel Beifall fand folgendes Telegramm von Frau M. Dönhoff, der demokratischen Vertreterin des Wahlkreises im Preußischen Landtag: „Wir streben zu gleichen und heiligen Zielen. Drum einet getrennt uns doch Schaffen und Fühlen." Die Führung der Sommerschule lag bei Frau Bohn-Engelhard, Essen. Alle Verhandlungen standen im Zeichen der bevorstehenden Kommunalwahlen. Die Frauen wollen nicht als besondere Interessentengruppe betrachtet sein; sie wollen aber durch ihre Art ein besonderes Moment in die Politik bringen.

Den ersten Vortrag hielt die frühere demokratische Stadtverordnete von Bochum, Frau Schönwald, die über „Aufbau und Aufgaben der Stadtverwaltung" sprach. In fesselnder Weise entrollte sie vor den Zuhörern Bilder aus dem Wirtschaftsbetrieb der Wohlfahrtspflege und der Kulturpolitik der Städte und führte aus, daß der Frauen besondere Aufgabe liege in der Überbrückung der Gegensätze, sowohl der wirtschaftlichen als auch der sozialen und menschlichen.

Der Sonntag brachte noch nach der Erledigung von mancherlei geschäftlichen Punkten den Vortrag von Frau Pasie, Stadtverordneten in Duisburg, über „Wohlfahrtspflegerische Arbeit der Frauen im Stadtparlament". In ihren Ausführungen wies die Rednerin nach, daß sowohl Neigung wie Eignung die Frau besonders befähige zu dieser Arbeit, die der Versöhnung diene. Es gehöre zu den gütigen Herzen aber auch ein nüchternes Auge, da wir heute nicht mehr Armenpflege im alten Sinne haben, sondern unseren Brüdern und Schwestern im demokratischen Staat helfen wollen. Am Schluß ihrer von großen Gesichtspunkten geleiteten und warmherzig vorgetragenen Ausführungen sprach die Rednerin den Wunsch aus, daß möglichst vielen Frauen das Gebiet der Kommunalpolitik erschlossen werde; denn — wir brauchen es und es braucht uns.

Viel Anregung brachte die Aussprache nach beiden Vorträgen; mancherlei Klärung konnte geschaffen werden durch Besprechungen im engeren Freundeskreis, und allgemein war der Wunsch, daß der ersten Frauen-Sommerschule im nächsten Jahr eine zweite folgen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0226

möge. — Der Besuch des Klara-Schloßmann-Hauses in Roderbirken bei Leichlingen, dem Wochenendheim der Düsseldorfer Frauen-Akademie, bildete den Abschluß von arbeitsreichen und frohen Stunden.

*

Die D.D.P. in den Parlamenten

Für verstärkten Bau von Landarbeiterheimen. Der Reichstag hat die für das laufende Etatsjahr vorgesehenen Mittel zur Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues für die Provinz Ostpreußen zusammengestrichen; insgesamt konnten von Reich und Staat nur 5 Millionen Reichsmark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Diese Summe genügt bei weitem nicht, um den vorliegenden Anträgen zu entsprechen. Da die verstärkte Seßhaftmachung von deutschen Arbeitern auf dem platten Lande eine nationale, politisch dringende Aufgabe ist, um der Gefahr der zunehmenden Entvölkerung des platten Landes von deutschen Arbeitern gerade in der bedrohten Grenzprovinz Ostpreußen entgegen zu wirken, hat sich der demokratische Landtagsabgeordnete Grzimek an die demokratischen Reichstagsabgeordneten der ostdeutschen Wahlkreise mit dem dringenden Ersuchen gewandt, sich für eine wesentliche Erhöhung der für den Landarbeiterwohnungsbau zur Verfügung gestellten Mittel in einem baldigst einzubringenden Nachtragsetat des Reichsarbeitsministeriums einzusetzen.

Gegen Mißstände im Bauwesen hatte sich Anfang dieses Sommers der demokratische preußische Landtagsabgeordnete, Ehrenobermeister Kniest, in einer Kleinen Anfrage gewandt, in der er das Staatsministerium um Auskunft ersuchte, wann es dafür sorge, daß bei Bauten, welche mit öffentlichen Mitteln (Hauszinssteuerhypotheken) finanziert werden, die Reichsverdingungsordnung in all ihren Bestimmungen anzuwenden ist. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat dem Verlangen des demokratischen Abgeordneten sofort in der Hauptsache Rechnung getragen: Er hat durch Erlaß vom 5. Juli 1929 angeordnet, daß die Grundsätze der Verdingungsordnung für Bauleistungen in der Regel auch bei solchen Bauten zur Anwendung gelangen, die mit Hilfe sogenannter Hauszinssteuerhypotheken errichtet werden. Nur bei einfachen Bauten in ländlichen Verhältnissen oder bei Bauten, die mehr oder weniger in Selbsthilfe erstellt werden, soll von der Anwendung der Reichsverdingungsordnung abgesehen werden können.

Hilfe für Ostpreußens Schulen. Der demokratische Abgeordnete für Ostpreußen, Grzimek, hatte sich bei dem Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für die Bewilligung eines Staatszuschusses für das Real-Progymnasium in Johannisburg verwendet. Dieser Schritt ist von Erfolg begleitet gewesen; der Minister hat unter dem 3. August 1929 mitgeteilt, daß er dem Real-Progymnasium in Johannisburg einen einmaligen Zuschuß von 7000 RM. bewilligt hat.

Werbt neue Leser!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0227

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Deutschnationale Volkspartei

Verurteilung des Hugenberg-Begehrens durch Deutschnationale. Der „Jungnationale Ring", eine deutschnationale Gruppe, die die sogenannten Jungkonservativen umfaßt, rechnet in einer Broschüre, betitelt „Der Niedergang der nationalen Opposition", schonungslos mit Dr. Hugenberg, dem deutschnationalen Parteivorsitzenden, ab und erklärt darin mit dürren Worten, daß die Vorbedingung für die Wirksamkeit einer nationalen Opposition der Sturz Hugenbergs sein müsse. Mit besonderem Nachdruck wenden sich die Wortführer der deutschnationalen Jugend gegen das Volksbegehren betreffend den Youngplan, worüber es heißt:

„Es wurde lediglich etwas Theaterrummel in Szene gesetzt und, damit wir's nicht vergessen, eine Volksabstimmung gegen Young-Plan und Kriegsschuldlüge angekündigt — eine Volksabstimmung, die keinen Sinn und keinen Zweck hat, insbesondere soweit sie die Tributzahlungen betrifft. Es ist Unsinn, durch eine Abstimmung feststellen zu lassen, daß ein Volk nicht bezahlen will. Natürlich will es nicht bezahlen. Es kommt nur darauf an, ob es bezahlen muß oder ob es nicht zu bezahlen braucht. Wenn Hugenberg eine außenpolitische Situation vorzubereiten vermag, bei der Deutschland von Tributen frei wird, so wird er es zum Pater patriae bringen. Aber eine Volksabstimmung darüber, ob der deutsche Bürger oder Bauer zahlen will oder nicht, das ist, wir wiederholen das, glatter Unsinn. Beim Zahlen kommt es nicht auf das Wollen, sondern auf das Müssen oder Nichtmüssen an. Im Grunde ist das Young-Begehren gar nicht ernst gemeint, zumal Hugenberg selbst von seiner Aussichtslosigkeit überzeugt sein muß. Es soll nur Stimmung machen für weiter gehende Pläne."

Was das Urteil der Broschüre über Hugenberg im allgemeinen anlangt, so wird diesem Manne ein guter und leidenschaftlicher Wille zuerkannt, aber hinzugefügt:

„Es genügt nicht, ‚nur zu wollen', wie Hugenberg so gerne sagt, man muß wissen, was man will und wie man es will. Wichtiger als der Wille sind Ideen, die auf der Wirklichkeit fußen und geeignet sind, den deutschen Menschen von heute mit sich zu reißen. Hugenberg will nur diktieren. Im Sinne des alten Obrigkeitsstaates möchte er befehlen, notfalls den Gehorsam erzwingen. Armer Hugenberg! Ein Mann, der die Ideen hätte, könnte auch im heutigen Deutschland Diktator sein. Der Mann, dessen Wille sich darin erschöpft, das Rad der Geschichte rückwärts drehen zu wollen, wird von dem vorwärtsbrausenden Strom hinweggerissen."

Zusammenfassend heißt es sodann über Hugenberg:

„Sein System ist, um es auf eine kurze Formel zu bringen, ein mechanisches; der Idee nationaler Opposition ist es durchaus wesensfremd. Sein Ziel in der Partei, die absolute Führung, hat er erreicht; das große Werkzeug, das er damit in seine Hand gebracht hat, vermag er nicht einzusetzen; er trägt nur selbst dazu bei, es stumpf und wertlos zu machen. Sein Ziel im Staate ist Utopie."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0228

Im weiteren Verlauf geht dann die Schrift auf Einzelheiten der Hugenbergschen Politik ein, so auf die Propaganda gegen die Festigkeit der deutschen Währung, die eine Panikstimmung hervorgerufen habe. Der einzige Vorstoß Hugenbergs sei ein verantwortungsloser und dummer Angriff auf die deutsche Mark gewesen. Im Kampfe um die Gestaltung der Reichsfinanzen habe Hugenberg versagt. Dem Volke, das über gesunde Sinne und einen gesunden Verstand verfügt, habe Hugenberg bisher keinen Weg gezeigt, er habe nicht einmal einen Versuch dazu unternommen.

Es sei noch hinzugefügt, daß auch der stramm rechtsgerichtete Bund „Oberland" in seiner Zeitschrift „Das dritte Reich" bereits früher Herrn Hugenberg völlige Unfähigkeit attestiert und das Volksbegehren schlechthin als Unsinn bezeichnet hat. In dieser Zeitschrift wurde wörtlich ausgeführt (vgl. „Frankf. Ztg." Nr. 586 v. 8. 8. 29):

„Die hoffnungslose Situation des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Stunde konnte nicht schlimmer gekennzeichnet werden als durch das unsinnige Volksbegehren gegen den Youngplan . . . Die nationale Opposition in Deutschland hat noch nie eine aktive Politik getrieben. Jetzt, da sie es das erste Mal tut, steht diese Aktion ganz im Zeichen der Unfähigkeit jenes Mannes, der die Führung dabei übernommen hat. Hugenberg ist ein Beamter, aber kein nationaler Revolutionär, der neue Wege zu gehen vermöchte."

In der Septembernummer der Zeitschrift „Das dritte Reich" wird gleichfalls mit dürren Worten gesagt:

„Man muß einmal diese Dinge ganz durchdenken, dann wird einem klar werden, in wie unmöglicher Lage sich die deutsche Opposition befindet. Sie hat sich mit dem Reichsausschuß in eine solche Sackgasse verrannt, daß nur ein radikaler Führerwechsel noch die Möglichkeit eines Weiterkommens bietet."

Starke Sympathien mit den Bombenlegern hat auch Generalmajor Graf von der Goltz, der Präsident der Vereinigten Vaterländischen Verbände, jener mythischen Organisation, deren Angehörige in einem kleinen Konferenzzimmer Platz haben, aber so tun, als hätten sie in Deutschland allein zu befehlen. Dieser Graf von der Goltz also veröffentlicht in der „Deutschen Zeitung" (Nr. 222 vom 21. August 1929) einen Aufsatz, in dessen ersten Zeilen er zwar behauptet, daß er stets vor „unüberlegten, illegalen Angriffen gegen das heutige ostjüdisch-sozialistische System von Frankreichs Gnaden" gewarnt habe, der aber im ganzen weiter nichts bedeutet als eine Rechtfertigung und Aufreizung für die Bombenattentäter. Graf von der Goltz vermag die Attentate überhaupt nicht als so große Verbrechen anzusehen. Er fragt:

„Was ist denn geschehen? Kein Mensch ist ums Leben gekommen, niemand auch nur verletzt worden, einige Sachbeschädigungen. Meines Erachtens nur Demonstrationen, da die Absicht, niemand zu verletzen und keinen ernsteren Schaden anzurichten, auf der Hand liegt."

Der vaterländische Graf dreht sogar weiterhin den Spieß um und schreibt:

„Wer ist denn schuld an den Verzweiflungsakten einiger Unbesonnener, die jetzt als staatsgefährliche ‚Bombenattentäter' aufgebauscht werden? . . . Dann ist eben die Regierung selbst daran schuld, wenn das Volk, besonders die Jugend, in Verzweiflung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0229

gerät und wenn aus dieser Stimmung heraus unbesonnene Verzweiflungsakte (!) begangen werden. Ja noch mehr, sosehr man davor warnen muß, man kann sich nur darüber wundern, wenn nicht noch viel mehr Torheiten begangen werden. . . . Wir warnen deshalb davor, die jetzigen „Bombenattentate als etwas anderes zu behandeln, denn als Verzweiflungstat. Der Krug geht solange zu Wasser, bis er bricht."

Deutschnationaler Kuhhandel. In welcher unverantwortlichen Weise die Deutschnationalen, um in der Regierung zu bleiben, im vorigen Reichstag mit den anderen damaligen Regierungsparteien politische Tauschgeschäfte eingegangen sind, das ersieht man aus einer geheimen Denkschrift, die den deutschnationalen Wahlkreisvorsitzenden Dr. Schiele-Naumburg, den Bruder des früheren Ministers, zum Verfasser hat, und die vom „Jungdeutschen" (Nr. 188 vom 14. August 1929) veröffentlicht worden ist. Es heißt darin:

„Draußen im Land wird gegen die D. N. V. P. gehetzt unter anderem mit der Kritik am Arbeitslosenversicherungsgesetz. Gerade dies Gesetz war eine **Konzession an die Zentrumsgewerkschaften im Kuhhandel für Agrarpolitik** und ist von der Fraktion im Interesse der ersten bedeutenden Erfolge der Agrarpolitik (Verhütung eines ungünstigen polnischen Handelsvertrages u. a.) geschluckt worden."

An einer anderen Stelle der Denkschrift wird gegenüber den Schimpfereien von Stahlhelmkreisen auf die Partei erklärt:

„Manche Dinge, welche unseren Stahlhelmfreunden unbegreiflich waren, wie die Verlängerung des Republikschutzgesetzes unter einer Koalitionsregierung, an der die D. N. V. P. teil hatte, hat indirekt zusammengehangen mit der Durchführung der Agrarpolitik, die man sich als erstes und wichtigstes Ziel gesetzt hatte, und die man durch Sprengung der Koalition nicht gefährden wollte."

Das sind ja allerliebste Zugeständnisse einer Partei, die nach außen hin sich immer so stellt, als ob sie Anstand und Sittlichkeit in Erbpacht genommen hätte!

Bürgerkriegshetze eines deutschnationalen Blattes. Die „Deutsche Zeitung", die vollständig auf dem Boden des Hugenbergkreises steht, benutzt eine Betrachtung über den Heimwehrkonflikt in Österreich zu folgenden Bemerkungen:

„Zur wahren Volksgemeinschaft gelangen wir nur durch restlose Vernichtung und Ausrottung der roten Volksvergifter. Wer diesen den Rücken stärkt — soll auch deren unausbleibliches Schicksal teilen!"

Das ist unverhüllte Ankündigung von Bürgerkriegsplänen.

Deutsche Volkspartei

Gegen die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die jetzt vorübergehend zur Beseitigung des Defizits der Versicherungsanstalt in Aussicht genommen worden ist, wendet sich neben den Deutschnationalen mit besonderem Eifer die Deutsche Volkspartei. Da erscheint es angebracht, an Vorgänge zu erinnern, die sich im Jahre 1927 bei der Beratung des Arbeitslosenver-

sicherungsgesetzes abgespielt haben. Damals haben die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei durchaus mit der Möglichkeit gerechnet, daß es Zeiten geben könne, in denen über den Beitrag von 3 Prozent hinausgegangen werden muß. Die Regierungsvorlage enthielt eine dahin gehende Bestimmung, und sie wurde von der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei so hartnäckig verteidigt, daß es der Opposition erst in der zweiten Lesung des Ausschusses gelang, sie zu beseitigen. Wäre sie bestehen geblieben, dann wäre zweifellos schon im Vorjahre die Erhöhung vorgenommen worden. Beide Parteien haben daher durchaus keinen Anlaß, sich als besondere Hüter der Wirtschaft hinzustellen.

Wirtschaftspartei

Die Wirtschaftspartei als Schützerin der Standesherren. Mitte September ist der Rechtsausschuß des Reichstags zusammengetreten, um seine Sitzungen nach den Sommerferien wiederaufzunehmen und zunächst die Regierungsvorlage zur gesetzlichen Regelung der Rentenansprüche der Standesherren zu beraten. Dieser Gesetzentwurf ist außerordentlich dringend, da die Zivilgerichte bereits in vielen Fällen den Standesherren eine 100prozentige Aufwertung ihrer Ansprüche gegen den Staat haben geglaubt zubilligen zu müssen, obwohl es sich bei diesen Ansprüchen vielfach um Renten handelt, die sich heutzutage nicht einmal moralisch, geschweige denn politisch rechtfertigen lassen. Die Vertreter der Wirtschaftspartei aber, die doch sonst angeblich so stark die Interessen der Steuerzahler vertreten, wetteiferten bei Beginn der Ausschußsitzung mit den Deutschnationalen darin, die Beratung des Gesetzes zu verhindern. Man schob natürlich formelle Gründe vor. Der Aufbau des Gesetzentwurfes müsse geändert, er müsse dem System der Aufwertungsgesetzgebung angepaßt werden. Deutschnationale und Wirtschaftspartei blieben jedoch im Ausschuß allein. Die Fraktionsvertreter aller anderen Parteien hielten es im Interesse des deutschen Volkes für geboten, in die sofortige Beratung des Gesetzes einzutreten. Es verdient aber festgehalten zu werden, daß ausgerechnet die Wirtschaftspartei sich bemühte, den ehemaligen Standesherren ihre überlebten und unzeitgemäßen Vorrechte zu sichern.

Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten gegen Hindenburg. Reichspräsident Hindenburg hat bekanntlich in einer besonderen Kundgebung an Stresemann seine Befriedigung über das Ergebnis vom Haag ausgesprochen. Die Nationalsozialisten sind natürlich darüber höchst ärgerlich, und Abgeordneter Dr. Goebbels nimmt in seinem „Angriff" (zitiert im „Vorwärts" Nr. 434 vom 16. 9. 29) dafür Rache, indem er erklärt:

„Wir sind erbarmungslos und werden in unserem Kampf gegen die Versklavung des deutschen Volkes auch vor der Autorität des Generalfeldmarschalls nicht haltmachen, wenn er sich als Präsident dieser Republik zum Popanz der schwarzrotgelben Verräterpolitik degradieren läßt.

Es geht nicht um Hindenburg, es geht um Deutschlands Zukunft und um das Schicksal von drei Generationen. Die werden dem Retter wenig Dank wissen für Kundgebungen, die heute noch den Beifall

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0231

des Pöbels, aber morgen den Fluch und die Verachtung einer erwachenden Nation finden werden."

Auch sonst springen die Nationalsozialisten mit Hindenburg um wie mit einem Manne, der nicht viel besser als ein Verräter sei. Während die Deutschnationalen sich wenigstens zum Scheine nach außen mit dem — aussichtslosen — Beweise abquälen, daß sich der berüchtigte § 4 des Hugenbergschen Volksbegehrens, der dem Reichskanzler, den Reichsministern und den sonstigen Bevollmächtigten des Deutschen Reiches für die Ausführung des Young-Planes Zuchthaus androht, nicht auf den Reichspräsidenten bezieht, bemühen sich die Nationalsozialisten gar nicht erst um den Versuch eines solchen Beweises. So schreibt Hitlers Pressechef, Alfred Rosenberg, im „Völkischen Beobachter" (Nr. 215 vom 17. 9. 29):

„Sie (die deutschnationalen Angstmeier) wollen den § 4 weg haben, weil, wie sie den jüdischen Young-Gazetten nachschwatzen, unter Umständen selbst Hindenburg unter Anklage wegen Landesverrats gestellt werden könnte. Ganz abgesehen davon, daß ja in der Weimarer Verfassung selbst diese Möglichkeit eingeräumt worden ist, sind derartige Stimmen Beweis dafür, daß gewisse Herren noch nicht alle Brücken zur Stresemann-Politik abbrechen wollen."

Also Rosenberg hat gar nichts dagegen, wenn Hindenburg auf Grund des § 4 in das Zuchthaus wandern muß. Er besteht durchaus auf der Beibehaltung des § 4 in seiner gegenwärtigen Gestalt und betont:

„Wer einen Schicksalskampf führen will, muß hart und eisern sein. Sieht er eine jahrelange Verratspolitik, so muß er ihre Führer dementsprechend behandeln . . . Und deshalb ist jeder mitverurteilt, der die gleiche Politik wie die Sozialdemokratie betreibt."

Sodann verursachte nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung" (Nr. 511 vom 18. 9. 29) in einer Versammlung zu München vom 16. 9. 29 der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick Pfuirufe seiner Parteifreunde gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg, als er erwähnte, daß Hindenburg für die Arbeit der deutschen Abordnung im Haag Stresemann gedankt habe. Es sei nicht einzusehen, warum national sein wollende Leute sich darüber beunruhigten, daß auch der Reichspräsident unter den § 4 des Volksbegehrens falle.

Da aber sowohl der Landbund wie die Christlich-nationale Bauernpartei eine Beseitigung des § 4 des Volksbegehrens nachdrücklichst forderten und auch der Stahlhelm auf eine Verständigung in dieser Frage hinarbeitete, so konnte Abg. Dr. Hugenberg nicht umhin, den Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren zu einer Beratung über diese Angelegenheit zusammenzurufen. Das geschah auf den 21. September. Noch am Tage vorher aber hielt es der „Völkische Beobachter" (Nr. 218 vom 20. 9. 29) für geschmackvoll, dem Reichspräsidenten seine Haltung gegenüber dem Young-Plan im Kommandoton vorzuschreiben. Das nationalsozialistische Blatt schrieb:

„Was Hindenburg anbetrifft, so ist dessen selbstverständliche Pflicht, die Gegenzeichnung des evtl. vom Reichstag angenommenen Young-Planes bis zum Volksbegehren und Volksentscheid zu verweigern. Evtl. auch den Reichstag aufzulösen, was ihm alles als verfassungsmäßiges Recht zusteht. Hindenburg hat nicht nur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0232

auf die heutige Koalition zu hören, sondern auch die nationalistische des deutschen Volkes."

Die Hitlerleute hatten freilich allen Grund, sich aufs hohe Pferd zu setzen und die Bedenken gegen den § 4 des Volksbegehrens mit einer einfachen Handbewegung zu erledigen. Denn sie hatten von Anfang an in dem Reichsausschuß für das Volksbegehren die Führung und Entscheidung, und sie setzten es auch, unterstützt von Dr. Hugenberg, am 21. September durch, daß der § 4 aufrechterhalten wurde. Nur das kleine formelle Zugeständnis wurde dem Landbund und der Bauernpartei gemacht, daß die Zuchthausstrafe, abgesehen von den Reichsministern, nicht mehr den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches, sondern „deren" Bevollmächtigten (d. h. also den Bevollmächtigten des Reichskanzlers und der Reichsminister) angedroht wird. Damit ist nun, wörtlich genommen, der Reichspräsident außer Schußlinie gebracht, aber der tolle Widersinn dieses Paragraphen ist dadurch nur noch größer geworden, denn jetzt könnte der Reichskanzler evtl. ins Zuchthaus wandern müssen, obwohl er nur den Young-Plan oder einen ähnlichen Vertrag vorbereitet hat, dagegen würde nicht bestraft werden der Reichspräsident, der diesen Vertrag in Kraft setzt. Mit vollem Recht hat die „Deutsche Tageszeitung" schon sofort, nachdem der Wortlaut des Volksbegehrens bekannt geworden war, darauf hingewiesen, daß durch den § 4 vielleicht nicht eine juristische Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten statuiert werde, daß er aber die politische und moralische Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten nicht unberührt lasse. Deshalb auch hat der Reichslandbund und die Christlichnationale Bauernpartei trotz der nachträglichen Änderung den Widerspruch gegen den Paragraphen aufrechterhalten.

Besonders pöbelhafte Angriffe gegen Hindenburg wurden (nach dem Dem. Zeitungsdienst vom 24. 9. 29) auf einer nationalsozialistischen Versammlung, die in Apolda (Thür.) stattfand, gegen den Reichspräsidenten gerichtet. Der Redner, ein gewisser Nierfeld-Köln, hatte die Schamlosigkeit den Reichspräsidenten von Hindenburg zu beschimpfen. Er sprach von ihm als von einem Manne, „vor dem jeder Respekt aufhört" und unter dem Beifall der Versammlung, in der überdies sich zahlreiche Stahlhelmmitglieder befanden, verlangte Nierfeld die schleunige Entfernung des Reichspräsidenten, denn er könne keine Achtung mehr erwarten, weil er den deutschen Vertretern im Haag seine Anerkennung ausgesprochen habe.

Vom „Sklavenhandel der deutschen Republik" faseln die Nationalsozialisten. Kein Irrsinn ist so groß, daß er nicht von den Agitatoren dieser Partei in Wort und Schrift verbreitet würde, wenn sie glauben, damit gegen den gegenwärtigen Staat hetzen zu können. Neuerdings gehen die Hitler-Leute überall im Reiche mit der Behauptung krebsen, es gehöre zu den Aufgaben der im Young-Plan vorgesehenen Reparationsbank, daß deutsche Arbeiter und Berufstätige in fremde Länder zwangsweise exportiert würden, wenn das Deutsche Reich nicht regelmäßig seinen Verpflichtungen gegen das Ausland nachkomme. Diese faustdicke Lüge geht zurück auf eine Schrift des ehemaligen Handelsschuldirektors Fritz Reinhardt, des Leiters der nationalsozialistischen Rednerschule, „Young-Plan — Menschenexport". In dieser Schrift heißt es u. a.:

„Die Reparationsbank verlangt, daß jährlich Musterungen in Deutschland veranstaltet werden. Zu diesen Musterungen werden deutsche Jünglinge und Mädchen geladen, um auf Exportfähigkeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0233

untersucht und bei entsprechendem Gesundheitszustand als exportpflichtig erklärt zu werden. Durch die Reparationsbank wird nun bestimmt, wieviele deutsche Jünglinge und Mädchen dahin und wieviele dorthin auszuwandern haben, um dort die Arbeitskräfte der gegründeten Unternehmungen darzustellen!

So wird das deutsche Volk allmählich zerrissen und über den ganzen Erdball zerstreut werden. Da, wo heute 62 Millionen Deutsche leben, werden nach 50 Jahren vielleicht noch 20—25 Millionen Deutsche leben. Alle anderen Deutschen, und zwar die gesündesten, werden exportiert sein. Eine deutsche Gefahr, wovon Frankreich, Belgien, Polen, die Tschechoslowakei und sonstige Raubvölker heute reden, wird dann nicht mehr gegeben sein. Die Deutschen werden aufgehört haben, ein raumgebundenes 62-Millionen-Volk zu sein. Das deutsche Volk als solches wird in ein Nichts versunken sein."

Er hat genug vom Nationalsozialismus. In Kreuzburg in Oberschlesien ist der mehr als acht Jahre zur Nationalsozialistischen Partei gehörige Stadtrat Rode aus seiner Partei ausgeschieden und wendet sich mit bemerkenswerten Erklärungen an die Öffentlichkeit. „Ich habe", so schreibt er, „die Überzeugung, daß eine Gewaltpolitik, wie sie die Parteien und Bünde, die im Reichsausschuß für das Volksbegehren vereinigt sind, propagieren, für das deutsche Volk nicht billig ist. Der Zusammenschluß mit der Hugenberg-Partei ist der beste Beweis für den Mißbrauch der aktivistischen Kräfte der Nationalsozialistischen Partei. Die ganze Bewegung soll nur den Zweck haben, mit Hilfe der Bünde usw. an die Macht zu kommen. Gelingt diese Absicht, so besteht die sichere Gewähr, daß alle Lasten dem Arbeiter, Handwerker und Kleinkaufmann aufgebürdet werden."

In dem Schreiben, mit dem Rode der Partei seinen Austritt mitteilt, erklärt er u. a., daß er die Partei mit dem bitteren Gefühl verlassen müsse, acht Jahre einer nutzlosen Sache geopfert zu haben. Sie sei nichts anderes als ein Geschäftsunternehmen der sogenannten Führer, um die sich neben einigen Idealisten ein Haufen junger Leute sammelt, die ohne politisches Verständnis sind. Rode lehnt die angetragene Kandidatur für die Kommunalwahlen ab und legt sein bisheriges Mandat als Stadtrat nieder.

*

Büchertisch

Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus. Theorie und Praxis der N. S. D. A. P. Herausgegeben vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. 60 Seiten. Preis 0,50 RM.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners läßt soeben unter dem Titel „Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus" eine Broschüre erscheinen, die die geräuschvolle, dauernd die öffentliche Ordnung und den Wirtschaftsfrieden gefährdende Agitation der Nationalsozialisten in ihrer ganzen Unaufrichtigkeit entlarvt. Entstehung, Theorie und Praxis dieser Partei werden mit wissenschaftlicher Exaktheit, aber in durchaus volkstümlicher Form untersucht. Mit besonderer Sorgfalt werden die gefährlichen Hintergründe der nationalsozialistischen Wirtschaftstheorien aufgezeigt.

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0234

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 20. Oktober 1929 Nummer 20

Postscheckkonto der Deutschen Demokratischen Partei ist: Berlin 56108

VIII. Ordentlicher Parteitag
der Deutschen Demokratischen Partei
in Mannheim vom 4. bis 6. Oktober 1929

Erster Tag

Am Freitag, dem 4. Oktober, vormittags 10 Uhr, wurde in Mannheim der 8. Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei eröffnet. Aus allen Gegenden des Deutschen Reiches waren überaus zahlreich Delegierte erschienen, die den mit den Reichsfarben geschmückten großen Saal des Friedrichsparks bis auf den letzten Platz füllten. Angesichts der derzeitigen Lage begegneten die Verhandlungen des demokratischen Parteitages dem größten allgemeinen Interesse, denn es handelte sich darum, Entwicklungen nicht abbrechen zu lassen, sondern sie kraftvoll fortzuführen und mit neuem Geiste zu erfüllen.

Frau Dr. Gertrud **Bäumer** eröffnete die Verhandlungen des Parteitages. Sie begrüßte die Erschienenen und gedachte derer, die seit dem letzten Hamburger Parteitag gestorben sind, im besonderen des verdienstvollen Reichstagsabgeordneten Dr. Friedrich Raschig, der sich gerade in der Pfalz des größten Ansehens erfreute. Von hervorragenden Frauen gedachte sie der Karoline Beiser, der Frau Marie Stritt-Dresden, der Stadträtin Luise Kießelbach-München. Sie gedachte weiter der langjährigen demokratischen Staatsminister Schall-Württemberg und Henrich-Hessen, des Vorsitzenden des Reichsarbeitnehmerausschusses, Dipl.-Ing. Georg Graf, und des Verlegers des Schwelmer Tageblatts, Hugo Buschmann.

Begrüßungstelegramme hatten gesandt der Ehrenvorsitzende der Demokratischen Partei, Bürgermeister Carl Petersen-Hamburg sowie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Baden. Außerdem war ein Begrüßungstelegramm der englischen Liberalen Partei, der Deutsch-Demokratischen Freiheitspartei aus Prag und der demokratischen Mittelpartei aus Wien eingelaufen. Ebenso hatte die Internationale Vereinigung der radikalen Parteien Europas in einem Schreiben der Partei zu der Mannheimer Tagung die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

Zu einer Begrüßungsansprache nahm dann das Wort Oberbürgermeister **Heimerich**-Mannheim, der den Parteitag im Namen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0235

der Stadt Mannheim willkommen hieß, einer Stadt, wo man über alle Parteigrenzen hinweg demokratisch denke.

Oberforstrat **Zircher,** der stellvertretende geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei in Baden, entbot den Gruß der Landesparteileitung und der badischen Parteifreunde. Er dankte dafür, daß der Parteitag nach Baden verlegt worden sei, denn Baden stehe vor den Landtagswahlen, die diesmal besonders wichtig sind. Diese Wahlen zum Segen der Partei im Lande und im Reiche mit allen Kräften zu führen, das sei das Streben aller badischen Demokraten.

Amtsgerichtsrat Dr. **Wolfhardt** begrüßte den Parteitag im Namen der Mannheimer Parteifreunde.

Alsdann trat der Parteiführer **Koch-Weser,** von der Versammlung aufs stürmischste begrüßt, ans Rednerpult. Er begann mit einer tief empfundenen Würdigung Gustav Stresemanns, während deren sich die Versammlung zu Ehren des Toten erhob. Stresemanns Wirksamkeit hat sich erst nach dem Kriege entfalten können. Denn vor dem Kriege hemmten auch ihn die engen Grenzen des wilhelminischen Systems in seiner Tätigkeit. Von allen Taten Stresemanns ist die der Liquidierung des Ruhrunternehmens die größte. Nur Stresemann konnte dieses Werk damals durchführen, da er noch nicht von der ganzen Gehässigkeit der Rechtsparteien verfolgt wurde. Es bleibt auch das größte Verdienst Stresemanns, daß er seine eigene Partei auf den undankbaren Boden der Verständigungspolitik geführt hat. Stresemann galt im Ausland als der Vertreter und das Symbol der deutschen Verständigungspolitik. Dieser Staatsmann hat die Grundlage für ein neues, besseres und friedliches Zusammenleben der Völker geschaffen. Auch sein Wirken im Innern diente der Schaffung des inneren Friedens und der inneren Verständigung. Stresemann war von der Erkenntnis erfüllt, daß nur auf dem Boden der Republik und der demokratischen Entwicklung Deutschlands Zukunft gewährleistet sei. Er erinnerte seine Freunde oft an das Wort Bismarcks, der auch schon von der Möglichkeit eines freien Aufstiegs im republikanischen Zeichen gesprochen hatte.

Koch-Weser erinnerte an seine letzte Zusammenkunft mit Stresemann in dem Kurort Vitznau vor 14 Tagen. Beide seien sich in diesem Gespräch darüber einig gewesen, daß es jetzt unbedingt nötig sei, dem Mißbrauch zu steuern, der mit dem Worte „national" getrieben würde. Stresemann und er, Koch-Weser, seien zu dem Ergebnis gekommen, daß dem nationalistischen Block ein Block aller wirklich national bewußten Deutschen gegenübergestellt werden müsse.

Zum Schluß gedachte Koch-Weser des Menschen Stresemann, der Gesundheit, Leben und auch Vermögen dem Reiche geopfert habe. Er habe das Land der Freiheit gesehen, es aber nicht mehr betreten können. In den Niederungen des politischen Kampfes sei er unmittelbar vor dem Ziele zusammengebrochen. Unser aller Aufgabe ist es, den Geist seiner Politik zu erhalten.

Alsdann zeichnete Koch-Weser in großen Zügen die politische Lage.

Koch-Weser über die politische Lage

Der Redner gab der Freude Ausdruck, daß durch Stresemanns Politik der Rhein frei wird. Die Deutsche Demokratische Partei hat im Gegensatz zu manchen anderen Parteien immer

den Optimismus aufgebracht, daran zu glauben. Sie hat in den letzten 10 Jahren den Rhein niemals im Stich gelassen, auch nicht in der gefährlichen Krise des Jahres 1923, wo andere schwankten. Es ist betrüblich, daß sich das deutsche Volk die Freude an diesem großen vaterländischen Ereignis durch materialistische Erwägungen herunterdrücken und durch parteipolitische Verhetzungen vergiften läßt. Uns vermag keine materielle Last die Genugtuung über diese Errungenschaft zu rauben. Was sie für das Deutschtum am Rhein bedeutet, sieht sich hier am Rhein anders an als an pommerschen Stammtischen. Niemand verkennt, wie schwer die Lasten sind, die das deutsche Volk, um zu einer Verständigung zu gelangen, auch in Zukunft zu tragen hat. Niemand verkennt, daß es auch in Zukunft zäher und geschickter Verhandlungskünste bedarf, um dem Unrecht des Versailler Friedensvertrages zu begegnen. Aber hat irgend jemand geglaubt, der deutsche Bürger würde eines Tages aufwachen und in der Zeitung lesen, daß der Versailler Friedensvertrag abgeschafft sei? Hat man uns von rechts her vielmehr nicht immer gesagt, daß jeder Versuch, die fremden Truppen vom deutschen Boden durch Verhandlungen zu entfernen, eine Naivität sei, die an den machtpolitischen Erwägungen unserer Gegner scheitern würde?

Niemand verkennt, wie groß die Lasten sind, die man auch heute Deutschland aufgebürdet hat. Aber kann man daraus den Unterhändlern einen Vorwurf machen? Es gibt nur dreierlei Möglichkeiten der Kritik: man kann ihre Gesinnung, die Richtung ihrer Politik oder ihre Geschicklichkeit bemängeln. Die vaterländische Gesinnung derjenigen Männer anzugreifen, die in schweren Verhandlungen sich für Deutschland abmühen, ist leider eine deutsche Eigentümlichkeit. Es ist

beschämend, daß man unter der heuchlerischen Behauptung, die Einigung des deutschen Volkes zu wollen, es zerreißt.

Genau wie vor dem Kriege, der doch den Opfermut aller Deutschen erwiesen hat, behauptet Hugenberg wieder, das „wirkliche und gesunde Volk" allein zu repräsentieren. Das ist nichts als eine schlechte stilistische Wendung für die früher gebräuchliche Ausdrucksweise von den nationalen Parteien. Wer national bewußt ist, wird solche Kampfesweise ablehnen. Wir bekämpfen aber auch nicht die Richtung dieser Politik, weil für Deutschland

keine andere Politik als die Verständigungspolitik möglich

ist. Wenn der Alldeutsche Verband uns empfiehlt, keine Zahlungen mehr zu leisten, aber endlich unsere Gegenforderungen bei unseren Gegnern anzumelden, so wird man ihn einladen müssen, seinerseits auch die Zwangsvollstreckung bei den Gegnern zu übernehmen. Wir halten es endlich aber auch für bequem, aber nutzlos, vom sicheren Port aus die Geschicklichkeit unserer Haager Unterhändler anzuzweifeln. Jedenfalls wird niemand behaupten, daß neue Männer durch neue Verhandlungen bessere Ergebnisse erzielen würden.

Aus parteipolitischen Gründen aber dem Außenminister Schwierigkeiten zu machen, lehne ich ab.

Unverständlich bleibt mir die Behauptung, als ob wegen des Schiedsausschusses, der für Streitigkeiten wegen des Rheinlandes festgesetzt ist, und der zur Mehrheit aus Neutralen besteht, Deutschlands Souveränität beeinträchtigt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0237

wäre. Dieser Schiedsausschuß besteht für alle Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich. Wer sich gegen ihn wendet, muß sich gegen die Schiedsgerichtsbarkeit überhaupt wenden. Viel schwerer ist es, sich mit den finanziellen Lasten abzufinden. Die Ermäßigung aber gegenüber dem Dawesplan, der mit deutschnationaler Hilfe zustandegekommen ist, kann niemand bestreiten. Es ist komisch, wenn die Deutschnationalen gegenüber dem Youngplan eine nationale Gesinnungsprobe anstellen, die sie gegenüber dem Dawesplan vorzunehmen sich hüten müssen. Noch bedauerlicher ist es, daß

über die Saar noch keine endgültige Entscheidung

getroffen ist. Man wird die Erklärungen der Regierung in dieser Frage abwarten und die beginnenden Saarverhandlungen genau beobachten müssen, ehe man sich endgültig entscheidet. — Es gibt Leute, die behaupten, durch ein Zusammengehen mit England gegen Frankreich hätte man bessere Ergebnisse erzielen können. Ich bin gewiß nicht gegen ein gutes Verhältnis zu England. Aber in diesem Falle verkennt man, daß der Streit nicht um die Ermäßigung der deutschen Zahlungen, sondern um eine Erhöhung des englischen Anteils an ihnen ging, und daß die englische Arbeiterregierung, wie wir das übrigens nie bezweifelt haben, und wie es jede andere Arbeiterregierung tun wird, nur ihr nationales Interesse im Auge gehabt hat. Wir würden uns übrigens freuen, wenn die englische Regierung jetzt ihren vorurteilslosen Standpunkt endlich durch eine Freigabe des deutschen Eigentums bestätigte.

Auch für die Zukunft sehe ich eine

Verbesserung der deutschen Weltlage nur in der Zusammenarbeit mit anderen Mächten.

Man hat die Haltung des Grafen Apponyi in der deutschnationalen Presse in Genf bejubelt. Aber Apponyis Ansichten decken sich mit den unseren. Diese verehrungswürdige und mannhafte Persönlichkeit hat sich grundsätzlich und mit großer Schärfe gegen eine Wiederherstellung ihres Vaterlandes durch den Krieg gewandt und fast zu hoffnungsvoll alle Besserung seiner Lage vom Völkerbund verlangt. Hand in Hand mit ihm haben wir in Genf die Ausgestaltung des Rechtes des Völkerbundes auf Beseitigung alter Verträge und friedensgefährdender Zustände verlangt aus der Überzeugung heraus, daß der Völkerbund nicht bestehen kann, wenn er lediglich, wie die Heilige Allianz des Fürsten Metternich, durch Schiedssprüche und Zwangsvollstreckungen das Bestehende schützt, sondern nur dann, wenn er die Entwicklung aller menschlichen Dinge berücksichtigt und durch seine Autorität auf die Änderung von Zuständen hinwirkt, die unhaltbar sind. Das gilt auch für die Minderheitsfrage, in der der Grundsatz, daß das Volkstum sich nicht mit der Staatsangehörigkeit zu decken braucht, so mächtig durchzusetzen beginnt, daß sich der Völkerbund und auf die Dauer auch die Unterdrückerstaaten dem nicht werden widersetzen können. Schon heute aber ist der Völkerbund ein gutes Mittel zu internationaler Zusammenarbeit, aber auch dazu, die Welt, die nationalen Ziele eines Volkes begreifen und anerkennen zu lassen.

Ich vermag aber

neben dem Völkerbund auch einen europäischen Zusammenschluß

nicht abzuweisen. Es ist unverkennbar, daß die Völker Europas wirt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0238

schaftlich und politisch eng zusammengehören, und daß der Rüstungsreigen, den sie miteinander tanzen, erst beendet sein wird, wenn nicht einer den anderen in ihn hineinzieht. Unverkennbar ist auch, daß die wirtschaftliche Kraft der einzelnen Staaten Europas durch den Zusammenschluß gewinnen wird, und es ist zu begrüßen, wenn gleichzeitig auch die Minderwertigkeitskomplexe der Europäer gegen die Amerikaner, die mir unbegründet scheinen, verschwinden. Es ist unpolitisch, wenn man der Idee deswegen Widerstand zu leisten anfängt, weil die Motive, aus denen Briand sie vorgebracht hat, manchem selbstisch und undurchsichtig erscheinen. Keine Idee wird nur durch die gefördert, die reinen Herzens sind. Aber das wird man ihm sagen müssen, daß der Weg zu Paneuropa nicht nur über gefallene Zollgrenzen, sondern auch über zufriedengestellte Minderheiten geht, und daß ein Widerstand gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland in einem geeinigten Europa jede Scheinberechtigung verloren hat. Man wird ihm auch sagen müssen, daß Frankreich in den zehn Jahren nach dem Kriege im Gegensatz zu England immer wieder in eine kurzsichtige und feindselige Politik zurückgefallen ist, daß die Verwirklichung seines Gedankens fast verpaßt erscheint, um so mehr, als für Deutschland bei der Annäherung der beiden großen angelsächsischen Länder heute eine Option erschwert ist. Man wird auch nicht glauben können, daß eine Vereinigung Europas sich aus dem Zusammenschluß sämtlicher Staaten mit einem Schlage ergeben wird. Genau wie beim deutschen Zollverein wird die Annäherung einzelner wichtiger Länder den Beitritt anderer hervorrufen. Jedenfalls halten wir es für richtig, wenn Stresemann sich dem Gedanken günstig gestellt hat und dadurch trotz allen Widerstrebens, das wir nach der schlechten Behandlung der letzten zehn Jahre gegen diesen Gedanken empfinden, auf die Bildung einer europäischen Union hinarbeitete.

Ich sehe nicht ohne Hoffnung auf die zukünftige Gestaltung des Zusammenlebens der Völker. Die Gesetzlosigkeit des Zusammenlebens wird auf die Dauer einer Völkerverfassung weichen. Aber man darf das Wunschbild, wie wir es erhoffen, nicht mit der Wirklichkeit, wie sie heute noch vorhanden ist, verwechseln. So sehr ich es als höchste Aufgabe meines Lebens ansehe, für den Frieden zwischen den Völkern zu wirken, so wenig kann ich verkennen, daß der

Frieden heute noch nicht gesichert

ist. Deutschland muß mit der Möglichkeit eines europäischen Zusammenstoßes rechnen, bei dem es seine Grenzen vor Überschwemmungen mit feindlichen Truppen zu sichern versuchen muß. Deutschland muß sich besonders klar sein, daß die Verhältnisse im Osten noch eine Explosionsgefahr in sich bergen. Den Leuten an der Grenze, die sich gefährdet fühlen, gegenüber kann niemand es verantworten, sie ohne Schutz zu lassen. Deutschland muß sehen, daß selbst ein so friedliebender Kriegsminister wie Painlevé das schärfste Kriegsdienstgesetz der Welt gemacht und die französischen Rüstungen ungeheuer gesteigert hat. Ich verkenne nicht, daß es Leute gibt, die solche Zustände zur Rechtfertigung ihrer eigenen Kriegslust benutzen, und ich bekämpfe auch das. Aber trotzdem kann ich mir diese Gefahren nicht verheimlichen und nicht auf Deutschlands weitere Abrüstung hinwirken, solange andere in Waffen starren. Ich lasse mir deswegen den Namen eines Pazifisten von denen, die diesen Namen gepachtet zu haben glauben und eifersüchtig hüten, nicht rauben, lehne es aber ab, mich auf das

Gebiet der falsch adressierten Vorwürfe gegen das eigene Vaterland zu begeben oder gar den Krieger zu ächten, der bereit ist, sein Leben für sein Volk einzusetzen. Das ist unsere Haltung in der Wehrfrage, und es bedarf, nachdem die Erörterungen darüber zur Ruhe gelangt sind, keines Wehrprogramms, um sie festzulegen.

Eine Konsequenz haben wir alle aus dem Abschluß des Youngplans zu ziehen: dafür zu sorgen, daß die äußeren Lasten uns durch eine

Verringerung der inneren Lasten

erleichtert werden. Es ist nicht Kapitalismus im Gegensatz zu Sozialismus, wenn man sich weigert, die Privatwirtschaft durch Steuern erdrosseln zu lassen. Wenn man durch eine Überlastung der Privatbetriebe Deutschland konkurrenzunfähig macht, so entzieht sich das Kapital diesem Zustande leichter als die Arbeit. Der Pflicht, Ordnung in unserer inneren Finanzwirtschaft zu schaffen, wird sich die Deutsche Demokratische Partei nicht entziehen.

Dahin gehört auch eine Verwaltungsreform, die ohne eine Reichsreform unmöglich ist. Die Einsicht von der

Notwendigkeit des Einheitsstaates

mehrt sich. Es gibt immer mehr Länder, die ihren übersteigerten Verwaltungsapparat nicht aufrechterhalten wollen, die es aber ablehnen, von Preußen übernommen zu werden, sondern die einer endgültigen Lösung das Wort reden. Wir halten es nach wie vor für unsere Aufgabe, Vorkämpfer auf diesem Gebiete zu sein, und bedauern das langsame Tempo. Wir bedauern namentlich auch, daß fast keine einzige Partei endgültig und geschlossen sich auf den Boden des Einheitsstaates stellt. Schließlich sind die Parteien doch nicht nur zur Ämterbesetzung und zu politischen Klopffechtereien da, sondern zur Propagierung großer Ideen. Wenn man liest, wie sozialdemokratische Minister in Braunschweig bei der meilenweit von den anderen braunschweigischen Länderfetzen entfernten kleinen Enklave Thedinghausen die Treue Thedinghausens zum braunschweigischen Staatsgedanken feiern, so stellt man mit schmerzlichem Lächeln fest, daß so mancher mit der Ministerwürde auch das Souveränitätsgefühl früherer Zeiten übernommen zu haben glaubte. Das parlamentarische System macht sich mit den Parlamentskämpfen in den kleinen Ländern lächerlich. Wenn in Mecklenburg-Schwerin die Deutsche Volkspartei weit rechts von unserer Partei und in Mecklenburg-Strelitz weit links von ihr steht, so verwirrt das die elementarsten Begriffe. In diesen Zusammenhang gehört auch der

Fall Hustaedt.

Ich kann nichts Ehrloses darin finden, daß ein Angehöriger unserer Partei ein Todesurteil unterschrieben hat in einer Zeit, wo die Partei nach dieser Richtung noch nicht festgelegt war, ich kann nur Schmerz darüber empfinden, daß er dabei einen verhängnisvollen Justizirrtum begangen zu haben scheint. Aber wenn man sieht, wie in diesem kleinen Lande die Nachprüfung und die Berichterstattung an den Minister nur mündlich durch eine einzige Person betrieben werden kann, während in Preußen eine Instanz nach der anderen eine solche Entscheidung nachprüft, ehe sie dem Justizminister vorgelegt wird, dann macht man sich klar, daß das Begnadigungsrecht nicht in die Hand einer Stelle gehört, die dem preußischen Landrat gleicht, sondern daß es nur von höchster Warte aus gehandhabt werden muß. Es ist letzten Endes ein Stück unzulänglicher Klein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0240

staaterei, das sich in dieser Frage vor unseren Augen entrollt. Ich lehne es aber ab, dafür einen Mann zu infamieren, der ohnehin genug gelitten hat. Die Justizhoheit in den Zwergländern muß beseitigt werden, wie denn überhaupt die meisten Justizskandale aus den kleinen Ländern stammen. Ich erinnere nur an die neuerliche Freisprechung eines Fememörders in Mecklenburg-Schwerin.

Es ist erfreulich, daß man sich jetzt unter den Anhängern des Einheitsstaates fast auf der ganzen Linie geeinigt hat. Es kommt nicht darauf an, alle historischen Unterschiede zu beseitigen. Es kommt darauf an, dem Reiche die Macht zu geben, deren es für seine Außenpolitik, für den Schutz des Reiches nach innen und für die Aufrechterhaltung einer einheitlichen deutschen Kultur und Wirtschaft bedarf. Es ist aber auch den Ländern damit gedient, wenn ihnen Eigenverwaltung in möglichst großem Umfange gegeben oder gelassen wird. Die Einigung, zu der die Ausschüsse der Länderkonferenz in ihrer Mehrheit gelangt sind, enthält keine vollkommene, aber eine befriedigende Lösung. Wir verlangen, daß, nachdem eine Einigung erfolgt ist, nunmehr auch die Reichsregierung mit erhöhter Tatkraft und vermehrter Beschleunigung das Projekt zur Lösung bringt.

Aber es scheint, als wenn zurzeit die inneren Verhältnisse Deutschlands so zerfahren sind, daß jede ernste Reformarbeit darunter leidet. Lassen Sie mich offen aussprechen:

Ich habe ernste Sorgen um Deutschland.

Wenn in den letzten 10 Jahren der innere Ausbau unserer Republik nicht so vorangekommen ist, wie es alle diejenigen wünschen müssen, die sich nicht mit Scheindemokratie begnügen wollen, so mag das auf außenpolitische Hemmnisse zurückzuführen sein. Heute sind es in erster Linie die innerpolitischen Verhältnisse, die hemmend und düster sind. Sie sind düster nicht so sehr wegen der Gegner der Republik. Eine unmittelbare Aktion der Rechten fürchte ich nicht. Ein Diktaturstreben, das mit innerer Anarchie unter der Mannschaft des Diktators beginnt, und das dann zu einer so lächerlichen Mißgeburt führt, wie das **Volksbegehren,** wird keinen Erfolg haben. Ich habe das Volksbegehren nicht bei der Außenpolitik behandelt, weil es damit nichts zu tun hat. Es gibt wohl kaum einen Wähler, der töricht genug ist, zu glauben, durch Volksentscheidungen würde unsere außenpolitische Bedrängnis behoben. Es gibt wohl auch keinen, der glauben kann, daß man die Außenpolitik mit der Kriminalistik verquicken kann, indem man sie durch Strafprozesse gegen ihre Leiter bessert. Die nationale Opposition könnte eine wichtige Rolle in Deutschland spielen, wenn ihre rücksichtslose Kritik eine Grenze bei der Vernunft fände. Aber um das deutsche Volk für eine Opposition, wie die des Herrn Hugenberg, zu erwärmen, gibt es nicht genug Analphabeten in Deutschland. Ich sehe aus diesen Diktaturgelüsten als einzige schwere Folge eine Radikalisierung der Arbeiterschaft, und damit die Gefahr der roten Diktatur emporsteigen. Die Republik wird stark genug sein, wenn ihre Anhänger einig sind, um sich gegen solche Bestrebungen zu wehren. Ich habe mich in diesem Sommer manchmal gefragt, wo die Gegenmaßnahmen der Regierung bleiben.

Keine Regierung kann bestehen, die gegen die Gewalt nicht die Gewalt setzt.

Die Regierungsformen unterscheiden sich in der Bildung der öffentlichen Gewalt. Die Ausübung der öffentlichen Gewalt kann keine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0241

Regierung entbehren. Wenn Zeitungen, die durch wüste Verlogenheit wie die Nachricht, daß die Abführung deutscher Männer und Frauen in die Sklaverei vorgesehen sei, an vielen Attentaten mitschuldig sind, weiter erscheinen dürfen, so übersteigt solche Duldsamkeit das erlaubte Maß. Eine rücksichtslose Handhabung der Gewalt läßt sich auch nicht dadurch ersetzen, daß man, wie das leider im Sommer in Preußen mehrfach geschehen ist, als Gegenmaßnahme eine Diktatur der Arbeiterschaft androht. Wir protestieren auch dagegen, und wir bekämpfen die eine Diktatur wie die andere. Ich billige es, daß ein neues Republikschutzgesetz kommt. Über einzelne Bestimmungen des Gesetzes wird man noch reden müssen.

Aber

viel mehr als die Feinde der Republik fürchte ich ihre eigenen Freunde.

Die Verfassung von Weimar ist gut. Aber was die Parteien aus ihr gemacht haben, ist ein Zerrbild. Nicht der ist der beste Freund der Verfassung, der sklavisch an der Verfassung und ihrer Handhabung festhält, sondern der Kritik übt, wo sie nötig ist. Vielleicht bedarf es einer Verfassungsänderung, um den Sinn der Verfassung wiederherzustellen. Ich lehne es auch gegenüber der Verfassung ab, konservativ zu werden.

Wir müssen vom schlechteren Parlamentarismus zum besseren streben.

Ich kann nicht anerkennen, daß wir in der Art, wie Regierung und Reichstag arbeiten, und wie die Regierung gebildet wird, seit dem Jahre 1919 Fortschritte gemacht haben. Damals hielt man in den ungeheuren äußeren und inneren Gefahren aus Staatsbewußtsein zusammen, auch wo es schwer war, sich zu verständigen. Und es darf von diesen 10 Jahren gesagt werden, daß, im ganz Großen genommen, die demokratische Grundlage unseres Staates sich bewährt hat, und daß niemals unter den verschwommenen Verantwortlichkeiten des wilhelminischen Systems das deutsche Volk diese Zeit überstanden haben würde. Aber heute ist es an der Zeit, nicht nur zu loben, sondern auch zu kritisieren. Wir brauchen Reformwillen, den Willen zu einer ernsthaften — und was noch wichtiger ist — zu einer rechtzeitigen Reform.

Wir haben an dem System auszusetzen, daß es bei der Art, wie sich der deutsche Parlamentarismus entwickelt hat,

keine starken Regierungen

gibt. Kein Minister hat in diesen 10 Jahren bisher Zeit gehabt, eine programmatische, geschweige denn eine volkstümliche Politik durchzuführen. Wir wollen keine herrschenden Männer, aber wir wollen führende Männer. Die letzte Verantwortung muß bei der Regierung sein. Anderswo macht man Parlamentarier zu Führern, indem man sie ins Kabinett beruft. Bei uns wird fast jeder, der Minister wird, um Führerstelle und Einfluß bei der Fraktion gebracht. Ich gebe zu, daß die Verhältnisse in dem letzten Jahre besonders unglücklich lagen. Aber wir haben manchmal den Eindruck gehabt, zwar Minister, aber keine Regierung zu besitzen. Daß man das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung mit einer finanziellen Lücke in den Reichstag bringen konnte, damit dieser sie ausfülle, war eine Bankerott-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0242

erklärung. Ich habe in Unterhaltungen mit französischen Staatsmännern oft das Erstaunen darüber gehört, wie sehr sich der deutsche Minister als Vertrauensmann seiner Partei fühlt, im Gegensatz zum französischen Minister, der sich, in die Regierung berufen, zu einem geschlossenen Block mit den Ministern aus anderen Parteien vereinigt. Es ist überaus schwer, diesem Übel mit gesetzlichen Bestimmungen Abhilfe zu schaffen. Der volksparteiliche Antrag, die Minister vom Mißtrauen des Parlaments unabhängig zu machen, ist bedeutungslos, weil kein Minister bleiben kann, wenn man ihm durch Ablehnung des von ihm als notwendig Erkannten die Verantwortung unmöglich macht. Tatsächlich ist auch in Deutschland kaum noch ein Minister durch ein Mißtrauensvotum gestürzt. Ich halte es für die Aufgabe der demokratischen Fraktion, mit besseren Vorschlägen hervorzutreten.

Die Hauptsache aber ist, daß die Selbstsucht der Parteien sich in Selbstzucht verwandelt. Man kann der Regierung wohl sagen, sie solle führen, aber welches Mittel hat sie, zu führen, wenn

die Parteien sich nicht führen lassen?

Die Behandlung der Arbeitslosenversicherung ist ein Schulbeispiel. Bei aller Entschlossenheit, unsere Sozialpolitik aufrecht zu erhalten, die wir noch immer für das billigste Mittel zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit unserer Bevölkerung ansehen, haben wir die schweren Mißstände bei der Arbeitslosenversicherung nicht verkannt. Wir haben eine Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit schaffen wollen. Aber wir wollen alles vermeiden, das diese Versicherung zu einer Versicherung der Arbeitslosen gegen die Arbeit machen könnte. Es ist auf diesem Gebiete durch die Behandlung in der Kommission namentlich bezüglich der Saisonarbeiter und der Wartezeit bei Jugendlichen viel erreicht. Man muß anerkennen, daß die Sozialdemokraten hier mitgeholfen haben, Übertreibungen eines sozialpolitischen Gesetzes, das von einer Rechtsregierung stammte, zu beseitigen. Aber wie konnte man auf der anderen Seite auf den Gedanken verfallen, das neue Gesetz abzulehnen, weil es noch nicht alle notwendigen Verbesserungen bringt? Wie konnte man eine Koalition gefährden, an deren Stelle man dank Hugenbergs Bündnisunfähigkeit nichts anderes zu setzen hat? Wie kann man mit einer Krise spielen, wo der Abschluß der Befreiung des Rheinlandes die vornehmste Sorge ist? Der Abgeordnete von Raumer hat jüngst gesagt, daß die Entscheidung darüber, ob diese Regierung sich bewähren werde, davon abhänge, ob die sozialdemokratischen Führer führten oder geführt würden. Er hatte nach der Behandlung der Panzerkreuzerfrage Anlaß zu solchen Darlegungen. Aber mir scheint nach den letzten Vorkommnissen, daß sich die Krisenhaftigkeit unserer Zustände nicht nur bei der Sozialdemokratischen Partei zeigt, und daß Herr von Raumer nicht so weit hätte zu schweifen brauchen.

Was wir brauchen, sind Staatsparteien,

die vor allen eigenen Interessen ihre ungeheure Verantwortlichkeit gegen den Staat begreifen.

Es ist kein Zweifel, daß das

gegenwärtige Wahlrecht

zum Gegenteil erzieht. Es zersplittert, anstatt zu sammeln. Man denke einmal an die Vereinigten Staaten. Glaubt man.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0243

daß dieses Land der ungeheure Schmelztiegel sein würde, wenn ein Wahlsystem herrschte, das Negern und Indianern, Nassen und Trockenen, Methodisten und Katholiken, Farmern und Arbeitern die Aufstellung besonderer Wahllisten erlaubte? Es ist geradezu ein staunenswerter Beweis für die Festigkeit Deutschlands, daß es unter diesem Wahlrecht zehn Jahre zusammengehalten hat. Man darf niemanden in den Reichstag hineinlassen, der nur zugunsten einer kleinen Schicht spricht, nur derjenige gehört hinein, der an irgendeiner Stelle des Reiches eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich gebracht hat. Ein solcher ist rücksichtsvoll gegen alle Bevölkerungsschichten und Anschauungen. Eine so rücksichtslose Rede, wie sie der Abgeordnete Hueck zur Frage der Arbeitslosenversicherung gehalten hat, würde niemand gehalten haben, der darauf angewiesen wäre, die Mehrheit aller Stimmen zu erlangen. Sie wäre im alten Reichstag unmöglich gewesen. Jetzt begnügt man sich damit, der eigenen Schicht zu gefallen. Das Wahlrecht führt dazu, daß man

nicht mehr Vertreter des Staates wählt, sondern Vertreter der eigenen Interessen beim Staat.

Es führt auch zum Fraktionszwang, da man einem anonym Gewählten, der seine Stimmen aus allen möglichen Ecken und Enden zusammengeholt hat, und nur einer auf einer Liste war, unmöglich dieselbe Verantwortlichkeit zuerkennen kann, wie dem, der auf seine Person einen Wahlkreis erobert hat. Das Wahlrecht führt auch dazu, daß die Parteien festgefroren bleiben, und daß es keine Männer mehr gibt, die über die eigene Partei hinaus um Vertrauen werben können. Es führt schließlich zu der Entwicklung einer Parlamentsbürokratie mit lebenslänglichen Sitzen, die ihre politischen Aufgaben häufig verkennt und manchmal nicht viel anderes als eine zweite Regierungsbürokratie ist. Es führt endlich dazu, daß sich neue junge Männer nirgends durchsetzen können, da man in den Riesenwahlkreisen nur die kennt, die schon lange in den Zeitungen gestanden haben. Ich halte ein Gesunden der deutschen Verhältnisse für unmöglich, wenn wir nicht

zu einem anderen Wahlrecht

gelangen. Ich bedaure den Widerspruch, den Herr von Kardorff im Reichstag dagegen erhoben hat. Ich habe auch mehr und mehr Zweifel bekommen, ob es überhaupt ein Proportionalwahlrecht gibt, dem diese Mängel nicht innewohnen. Jedenfalls ist mir das alte Wahlrecht immer noch lieber als das Proportionalwahlrecht, das wir zur Zeit haben.

Alle Änderungen des Wahlrechts helfen aber nicht, wenn der Wähler den Fehler begeht,

Parteien

zu wählen, die im Parlament den

Kampf um den Staat statt den Kampf innerhalb des Staates

austragen und sich der parlamentarischen Verantwortlichkeit von vornherein entziehen. Die Möglichkeit der Regierungsbildung ist infolge der Existenz der Nationalsozialisten, der Hugenberg-Deutschnationalen und der Kommunisten im Grunde auf einen Fall beschränkt. Das macht jede Koalitionspartei in unerträglichem Maße von dem guten Willen der anderen abhängig. Es muß immer wieder eine Diagonale zwischen verschiedenen Anschauungen gezogen werden. Das geht niemals ohne lebhaften Streit vor der Öffentlichkeit ab. Dem Wähler aber imponiert leider häufig trotz allen Verdrusses über die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0244

ewigen Krisen schließlich doch die Partei am meisten, die am hartnäckigsten und zanksüchtigsten ist. Der Parlamentarismus in Deutschland wird solange nicht gesunden, als soviele Parlamentarier im Parlament sitzen, die dem heutigen Staat feindlich gegenüberstehen.

Aber noch ein letztes ist zu diesem Thema zu sagen: Der Parlamentarismus kann nicht gesunden, wenn der

Staat immer weitere Aufgaben an sich nimmt.

Das ist schon deswegen der Fall, weil bei dem Anschwellen der öffentlichen Aufgabengebiete schließlich auch der fleißigste Parlamentarier sich gar nicht mehr eine eigene Meinung über die Unzahl von Gesetzen und Beschlüssen bilden kann. Viel schwerer wiegt, daß, wenn fast jeder Wähler in seiner wirtschaftlichen Existenz vom Staate abhängig wird, die Gefahr immer mehr wächst, daß er denjenigen Mann wählt, der sein engstes wirtschaftliches Sonderinteresse vertritt und beim Staat durchsetzen soll, zumal, solange ihm die Verhältniswahl dazu die Möglichkeit gibt. Er tut das manchmal schon deswegen, weil er selbst die Dinge nicht mehr übersieht, und sich auf dasjenige verläßt, was sein Verband ihm sagt.

Der Staat muß zur Selbstbeschränkung zurückkehren.

Fälle wie die Kreditierung an den Raiffeisen-Verband und an Sklarek lehren uns schaudernd immer wieder die Grenzen staatlicher Betätigungsmöglichkeiten kennen. Das soll nicht heißen, daß der Staat untätig sein soll. Freiheit der Wirtschaft darf nicht Freiheit des Privatmonopols werden. Aber der Staat soll zwar kontrollieren, aber nicht konkurrieren. Europa muß sich einen neuen wirtschaftlichen Weg suchen zwischen Faschismus und Bolschewismus. Die naive Freude der Sozialdemokraten an der Verstaatlichung von Betrieben teilen wir nicht. Staatliche Betriebe sind häufig kaufmännisch schlechter, sozialpolitisch aber nicht besser geleitet, als private. Der Partei wird morgen ein neues Wirtschaftsprogramm zur ersten Beratung vorliegen. Ich hoffe, es wird sich freihalten von den Fehlern des sozialdemokratischen Parteiprogramms, das sich seine jungfräuliche Schönheit nur deswegen bewahrt, weil niemand es anwendet. Ich hoffe, es wird sich aber auch fernhalten von der Gefahr, ein einseitiges Programm des Unternehmertums und des Kapitalismus zu entwickeln. Wir streben einer Wirtschaftsordnung zu, die die Persönlichkeitswerte auch denen wiedergibt, die sie verloren haben, und die im letzten Arbeiter das Verständnis dafür wachruft, daß er nationale Werte erarbeitet, ebenso wie sie jedem Unternehmer die Überzeugung beibringt, daß er nationale Produktionsmittel verwaltet und hohe nationale Verantwortlichkeit hat. Wir wollen Aufstiegsmöglichkeiten schaffen und verwahren uns deswegen gegen unnötig verschärfte Vorbildungsanforderungen, die nur den Reichen zugute kommen und unser Volk in zwei Schichten zerteilen. Wir verlangen deswegen erweiterte Fortbildungsmöglichkeiten für jeden in der Praxis Bewährten. Ich glaube nicht, daß das neue Programm an einem Tage geboren sein wird. Aber die Aufgabe der Partei ist es, dem deutschen Volke dieses Programm zu schaffen.

Wir bewahren uns den Glauben an unser Volk, das unsäglich Schweres überstanden hat. Wir wissen, wie schwer es ist, einem Lande mit beschränkten Möglichkeiten, in dem fast keiner die Stelle, die er ausfüllen kann, erreicht, die Treue zu bewahren. Wir wissen, wie schwer es einem enterbten, von Arbeitslosigkeit und Not bedrängten Volke ist, die

Staatsgesinnung

zu behalten, ohne die auf die Dauer kein Staat bestehen wird. Wir fühlen deswegen die Verantwortlichkeit, dasjenige, was überhaupt zur Verfügung ist, nicht in Rüstungen oder blutigen Zusammenstößen kriegerischer oder revolutionärer Art zu verschwenden und sich nicht für die Nutznießung Einzelner zusammenballen zu lassen, sondern der Gesamtheit zugute kommen zu lassen. Wir glauben, daß die Zeit, wo die nationalen Gegensätze sich verflachen, kommen wird, aber wir wehren uns dagegen, daß diese vertikale Scheidung durch die horizontale Scheidung sozialer Gegensätze abgelöst wird. Wir wissen, daß alle Kulturen zerbrechen, wenn es nicht gelingt, alle diejenigen an ihnen zu beteiligen, die für sie arbeiten.

Nur wenn es gelingt, das deutsche Volk zu

versöhnlicher Zusammenarbeit

zusammenzufassen, kann man es zu den letzten größten geistigen und wirtschaftlichen Kraftanstrengungen aufrufen, die ihm noch einen Platz an der Sonne sichern können.

Es kommt eine neue Zeit. Es ist verfrüht, sich heute darüber zu unterhalten, ob die

Aufgaben dieser Zeit

im Rahmen der alten Parteien zu lösen sein werden. Davon, daß sie

nur in unserem Geiste gelöst

werden können, sind wir überzeugt. Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten dürfen wir sagen, daß keine Partei in Deutschland innerlich so geschlossen ist wie die unsere. Wir sind stolz auf die Geschichte unserer Partei in den letzten 10 Jahren, und stolz auf die Partei, die viel gelitten und viel geleistet hat, die oft Unrecht bekommen, aber öfter Recht behalten hat, und die sich an Verantwortlichkeitsgefühl von keiner anderen Partei übertreffen läßt.

Die Ausführungen Koch-Wesers fanden vielfach lebhafteste Zustimmung, und als er nach anderthalbstündiger Rede geendet hatte, erhoben sich die Mitglieder der Partei und brachten ihrem Führer eine große Beifallskundgebung dar. Frau Gertrud Bäumer kleidete den Dank der Versammlung an Koch-Weser noch einmal in Worte und erneuerte das Gelöbnis der Demokratischen Partei, die ihrem Führer, der stets eine zielklare Politik verfolgt habe, auch weiterhin folgen werde.

Reichsminister Dietrich über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft

Im Anschluß an das Referat Koch-Wesers sprach der demokratische Ernährungsminister **Dietrich,** der als Badener von seinen Landsleuten und Freunden stürmisch begrüßt wurde, über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft.

Reichsminister Dietrich nahm als Ausgangspunkt die letzten Verhandlungen über das Arbeitslosenproblem. Diese Verhandlungen haben gezeigt, welche Gegensätze die Entscheidung selbst innerhalb der Regierungsparteien hervorruft. Wenn man die Rede Essers und Brauns vergleicht mit dem, was der Vertreter der Deutschen Volkspartei gesagt hat, so stellt man auf der einen Seite den sozialen Gedanken fest, daß man den unschuldigen Opfern, die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0246

die Rationalisierung und die schlechte Wirtschaft arbeitslos gemacht hat, unter allen Umständen ein Existenzminimum bewilligen muß, während die andere Seite lediglich die finanzielle Frage der Angelegenheit sieht und feststellt, daß eben soviel abgestrichen werden muß, daß man ohne die Beitragserhöhungen auskommt. Dieser Standpunkt verkennt aber die Tatsache, daß die

Arbeiterschaft heute im politischen Leben ein wichtiger Faktor

ist, und daß sie vermöge ihrer politischen Organisationen so stark ist, daß ohne die allerschwersten Erschütterungen eine Politik gegen sie überhaupt nicht getrieben werden kann. Schließlich ist die Reform, wie sie vorgenommen wurde, nicht so belanglos, wie man sie hinstellt, und vor allem, wie man sie hinstellen will. Besonders sind in der Behandlung der Jugendlichen und der Saisonarbeiter kräftige Fortschritte erzielt. Wenn die organisierte Arbeiterschaft heute zu einem politischen Machtfaktor ersten Ranges geworden ist, so hat sich daneben am anderen Flügel der politischen und wirtschaftlichen Gruppierung eine

zweite Macht der Wirtschaft

gebildet, die in ihrer Willensbetätigung nichts zu wünschen übrig läßt. Die Strukturbildungen der Wirtschaft, wie sie im Verfolg des Krieges, der Inflation und der Rationalisierung entstanden sind, hat eine Wirtschaftskonzentration zur Folge gehabt, die unter Zuhilfenahme fremden Kapitals ganze Erwerbszweige an sich gerissen hat, oder an sich zu reißen droht. Die

Vertrustung

erstreckt sich nicht nur auf Kohle, Eisen, Stahl, Kali, Stickstoff, Elektrizität und Farben; neuerdings auch auf vielleicht weniger wichtige Dinge, von denen nur Margarine, Zigaretten und Zündhölzer zu erwähnen sind. Dabei sind einzelne Dinge, wie Margarine und Zündhölzer, ganz auf Auslandskapital aufgebaut. Es soll heute nicht untersucht werden, wie weit diese Entwicklung unvermeidbar ist. Es muß nur auf ihre wirtschaftlichen und politischen Gefahren hingewiesen werden. Mit der wirtschaftlichen Macht aber steigt der politische Machthunger und die Beeinflussung der Presse, und über die Presse hinweg der öffentlichen Meinung. Dieser Einfluß ist in beängstigendem Wachsen begriffen.

Eingekeilt zwischen der organisierten Arbeiterschaft und dem steigenden Einfluß des Großkapitals sitzen die

mittelständischen Bürger und Bauern

mit allem, was man zu ihnen rechnen darf an Intelligenz, an Beamten und Angestellten, zuweilen auch an Arbeitern, die sich nicht zu den sozialistischen Gedankengängen bekehren wollen. Diese Gruppe ist das Element des individuellen Wirtschaftsgedankens und der individuellen Weltanschauung. Im ganzen gesehen

geht es dieser Gruppe nicht gut.

Bedrückt von Steuern, vor allen Dingen von den Realsteuern, sind sie in ihrer Betätigung beengt durch die vorhandene Kapitalarmut und durch hohe Zinsen. Sie stehen unter dem Druck der konzentrierten Wirtschaftsmächte, die die Preise vorschreiben und ihnen ihr Tätigkeitsfeld verkleinern. Politisch sind sie völlig auseinandergelaufen. Sie stehen zum Teil auf dem Boden des heutigen Staates, meistens kritisieren sie ihn aber, wenn sie ihn nicht völlig ablehnen. Die andere Gruppe, der Bauer, ist größer. Sie ist wirtschaftlich fast auf der ganzen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0247

Linie in Not. Der Ausgangspunkt ist heute unbestrittenermaßen der Zolltarif des Jahres 1925, den die Rechte gemacht hat. Ein nicht unerheblicher Teil der gegenwärtigen agrarischen Zollerhöhungen findet seine Grundursachen in den damaligen Fehlern. Steuern und Zinsen drücken die Bauern ebenso wie den Mittelstand. Dazu kommt als schlimmste Tatsache, daß der Landwirt für viele Produkte nicht annähernd die Steigerung der Preise erzielt, die seine Bedarfsartikel aufweisen. Die Reparationslast, die ihn nicht direkt drückt, drückt ihn indirekt in jeder Verteuerung. In der Politik ist die Landwirtschaft völlig zerspalten, außer auf die beiden Bauerngruppen verteilt sie sich auf die bürgerlichen Parteien des Reichstages, in der Masse aber auf die Deutschnationalen. In der Hauptsache sind die landwirtschaftlichen Gruppen, der Bauernbund ausgenommen, republikfeindlich. Dabei waren die agrarischen Erfolge im Reichstag nur möglich dadurch, daß die Mittelparteien und die Linksparteien, die nur über wenige Landwirte verfügen, aus allgemeinem Interesse heraus sich der Landwirtschaft angenommen haben.

Die Hilfsmaßnahmen sind umfassend. Was die Zollpolitik anlangt, so gibt es große landwirtschaftliche Gebiete, bei denen

mit Zöllen wenig oder gar nichts zu erreichen

ist. Wir sehen es in diesem Jahre mit dem Roggen sowie einem Hauptprodukt der bäuerlichen Landwirtschaft, den Schweinen. Hier entscheidet die Preise im wesentlichen die Entwicklung der Inlandsproduktion. Wir haben zurzeit hohe Preise. Aber wir marschieren auf einen Tiefstand los. In wenigen Monaten ist der Schweinebestand um drei Millionen gestiegen. Wir nähern uns dem Punkt, wo wir die erträgliche Zahl überschritten haben. Wir werden die Landwirtschaft rechtzeitig unterrichten und nötigenfalls warnen. Es wird nicht gehen, wie an der Börse, daß der Zusammenbruch überraschend kommt. Angesichts der Umstellung der Ernährung ist es notwendig, das Heil der Landwirtschaft nicht allein in Getreide, sondern auch in der Fleischproduktion, mehr vielleicht noch in der Produktion von Milch, Molkereiprodukten, Obst und Gemüse, Eiern und Geflügel und wie diese Dinge alle heißen, zu suchen.

Reichsminister Dietrich ging alsdann auf seine Auseinandersetzung mit der sogenannten

„Grünen Front"

ein und stellte zunächst fest, daß die Meldungen, wonach er auf der Tagung des Landwirtschaftsrats in Münster brüsk den Sitzungssaal verlassen habe, falsch seien. Dietrich habe dem Präsidenten melden lassen, daß, sofern Herr von Lüningk, der als Diskussionsredner angemeldet war, sprechen werde, er, Dietrich, den Abendzug nach Berlin benutzen wolle, um an den dringenden Verhandlungen der Arbeitslosenversicherung im Kabinett teilzunehmen. Dietrich warf die Frage auf, ob die jetzige Aktion gegen ihn nicht mit den bevorstehenden Wahlen in den preußischen Provinzen und Kommunen im Zusammenhang stehe.

Der Mittelstand und die Landwirtschaft haben

lebenswichtige gemeinsame Interessen.

Mittelstand und Landwirtschaft sind die Vertreter der individuellen Wirtschaft, niemand ist das mehr als der Bauer. Mittelstand und Landwirtschaft sind auch die Schichten, in denen geistige Unab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0248

hängigkeit noch möglich ist. Aus diesen Schichten erwächst in erster Linie die Intelligenz, die dem Staat, der Wirtschaft und der Kultur die nötigen Menschen stellt und auch dem Großkapital, solange noch Aufstiegsmöglichkeiten vorhanden sind. Vor allem aber haben diese Gruppen eine Notwendigkeit gemeinsam: das ist der Kampf nach rechts und links. Beide Gruppen müssen sich zwischen den Mühlsteinen der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft und dem Großkapital behaupten.

Was sehen wir aber?

Von Zusammengehen und Zusammenarbeiten keine Spur.

Nichts wie Gegensätze. Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Mittelstand, Gegensätze in der Bauernschaft, Gegensätze im Mittelstand. Es herrscht eine Sonderwirtschaft auf der ganzen Linie. Eine Auflösung in Gruppen, die politisch machtlos sind. Wie soll das enden? Wir stehen an einem Wendepunkt. In wenigen Wochen muß die

Entscheidung über den Youngplan

fallen. Der Plan bringt uns einen großen Teil der verlorenen Freiheit, er gibt uns die besetzten Gebiete wieder. Er macht es möglich, die zurzeit schwer leidenden Reichsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen, und er muß den Anstoß geben, zu einer vernünftigen

Steuerreform

einschließlich des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu kommen. Die Aufgabe des Finanzausgleichs ist es, Länder und Gemeinden von der Zuschußwirtschaft des Reiches zu befreien, ihnen eine selbständige Steuergebarung unter eigener Verantwortung wieder zu ermöglichen, und das muß geschehen möglichst unter Zuweisung bestimmter, vom Reich nicht beanspruchter Steuerquellen. Die Steuerreform hat das Ziel, durch Senkung der Einkommensteuer, vor allem durch Beseitigung der Einkommensteuer in den untersten Stufen, durch Verminderung der Realsteuern und durch eine Neugestaltung der Hauszinssteuer die so dringend nötige Kapitalbildung in Deutschland zu fördern.

Von der Annahme des Youngplans hängt es ab, ob die Steuern erleichtert werden können und ob die

Kapitalbildung gefördert

und damit die Zinsen allmählich gesenkt werden können. Beide Dinge sind entscheidend dafür, ob die Lage des Mittelstandes und der Bauern besser wird, und ob es möglich ist, daß in diesem verbesserten Zustand die Mitte bestehen bleibt. Nicht das Nachtbackverbot oder das Gefrierfleischkontingent sind entscheidend dafür, ob die bürgerliche und bäuerliche Mitte bestehen kann, sondern die Abwicklung und Liquidierung des Krieges, die Steuerreform und die Kapitalbildung. Bei diesen Fragen entscheidet es sich, ob wir die übernommenen Verbindlichkeiten erfüllen können. Daneben spielt die Hebung der Landwirtschaft insofern eine besondere Rolle, weil eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um ein bis zwei Milliarden durchaus möglich ist und uns befreien kann von der Unterbilanz unseres auswärtigen Handels und unserer Zahlungen.

Am entscheidendsten aber für das Gelingen der vorerwähnten Pläne ist die Festigung des republikanischen Staates, der eben in einen neuen und hoffentlich letzten Kampf mit seinen Gegnern eingetreten ist. Das

über den Youngplan ist unverantwortlich. Es ist unverantwortlich, erneut ein Schlagwort zu schaffen, mit dem jahrelang das deutsche Volk gegeneinandergehetzt und vergiftet wird. Wenigstens ist zu hoffen, daß man im Auslande diese Vorgänge als eine innerpolitische Auseinandersetzung betrachtet. Wenn man die Vorgänge sieht, die sich beim Volksbegehren und auch in der Arbeitslosenfrage abgespielt haben, muß man sich ernsthaft überlegen: was ist eigentlich Politik? Wenn eine politische Partei in ihre Kalkulation die Tatsache der politischen Macht der Arbeiterschaft nicht einstellt, so tut sie innerlich das gleiche, was die Parteien außenpolitisch tun, die den Weltkrieg als nicht geschehen betrachten und die den Versailler Vertrag zerreißen möchten, und die darüber hinaus die Meinung haben, man könne die alten Zustände und Formen in Deutschland wieder einführen; wenn man Verträge zerreißen und welthistorische Ereignisse ungeschehen machen könnte, so wäre die Politik ein leichtes Gewerbe. Ich glaube, daß diese Tatsachen auch einem Teil unserer Gegner nicht unbekannt sind, aber die Gegner sind in das parlamentarische System noch nicht so hineingewachsen, daß sie die Verantwortung zu übernehmen bereit sind. Bei uns wird keine Politik getrieben, sondern bei uns werden Wahlen gemacht. Wer aber Wahlen macht, anstatt die politische Verantwortung zu tragen, der handelt damit gegen die Interessen der Nation.

Man hat uns vorgeworfen, daß wir die europäischen Interessen vor die deutschen stellten. Dieser Vorwurf ist lächerlich und töricht.

Wir treiben keine Politik um der anderen willen.

Wenn wir aber europäische Verständigung anstreben, so deshalb, weil wir damit die deutschen Interessen, die wir in allererster Linie wahren wollen, auf diese Weise am besten zu verteidigen und durchzusetzen vermögen. Seit die deutsche Republik besteht, haben wir die Verantwortung mitgetragen, haben wir diese Politik gemacht. Wir haben die Wege gesucht, die uns aus der Niederlage des Kampfes und der Zerstörung unserer Wirtschaft in eine neue Zukunft führen können. Ich glaube auch, so schloß der Reichsernährungsminister, daß wir diese Wege gefunden haben, und wir haben nicht die Absicht, uns von ihnen abdrängen zu lassen. Das allein ist nationale Gesinnung, das allein ist nationale Politik.

Die Rede Dietrichs, die von lauter Zustimmung begleitet wurde, endete mit einem tosenden Beifall der ganzen Versammlung.

Die politische Aussprache

wurde eröffnet durch Ausführungen des demokratischen Reichstagsabgeordneten **Dernburg** über die Reparationspolitik. Dernburg forderte eine systematische Aufklärung über den Youngplan; da die Regierung in dieser Frage bisher versagt habe, so müßten die Parteien die Aufgabe übernehmen.

Dessauer-Hamburg erörterte die Frage der Wahlrechtsreform. Er wies darauf hin, daß die jetzt vorgeschlagene Zwischenlösung der Reichsreform ein Kompromiß von Ministerialdirektoren, Staatssekretären und Oberbürgermeistern sei. Die jetzt vorgeschlagene Lösung könne nicht befriedigen, da sie viel zu kompliziert sei und die große Linie der Entwicklung nicht genügend berücksichtige.

Regierungspräsident **Friedensburg**-Kassel sprach über die Parteienkrise und wies darauf hin, daß das gegenwärtige Wahlsystem eine

Überschätzung der Parteien bringe. Die Parteien seien aber nur Hilfskonstruktionen. Wir brauchen Persönlichkeiten. Er unterstrich die Ausführungen Dessauers über die Reichsreform und betonte, daß Deutschland von mittelalterlichen Fesseln frei werden müsse. Die neue Vorlage bringe aber eine Verewigung der alten Zustände. Eine Reichsreform, die nicht der Souveränität von 17 Staaten ein Ende bereite, sei als eine grundlegende Reichsreform nicht anzusprechen. Die Aufgabe der demokratischen Partei sei es im besonderen, sich der großen Ziele zu erinnern und sie vor das Volk zu stellen. Auch in der Justizreform sei eine klare Führung durch klare Richtlinien notwendig. Friedensburg bedauerte das Eintreten des demokratischen Vertreters im Strafrechtsausschuß des Reichstages für die Straffreiheit von Bestimmungsmensuren. Die Republik ist noch nicht fertig. Die Weimarer Verfassung ist kein Abschluß, sondern ein Anfang. Notwendig ist unsere Ausbauarbeit.

Alsdann brachte unter dem Beifall der Versammlung ein demokratischer **Arbeiter aus dem Saargebiet** Grüße der deutschen Saarbevölkerung. Der demokratische Saarländer wies darauf hin, daß in den kommenden Verhandlungen kein Streifen deutschen Landes abgetreten werden dürfte. Deutschland habe auch keinen Anlaß, die vorzeitige Räumung durch besondere Kompensationen zu erkaufen.

Normann **Körber** schilderte darauf die Zustände in der heutigen Jugendbewegung. Er hob hervor, daß in den Kreisen der heutigen Jugend eine Hinneigung zum politischen Aktivismus festzustellen sei, und Aufgabe der demokratischen Partei sei es, der Jugend ihre großen Ziele vor Augen zu stellen, und an ihr Verantwortungsbewußtsein in der geeigneten Weise zu appellieren.

Landtagsabgeordneter **Fischer**-Stuttgart bekannte sich auch als Süddeutscher als entschiedenen Anhänger des Einheitsstaates, und er betonte, daß seine württembergischen Freunde sich dringend für die Frage der Reichsreform einsetzen würden.

Der preußische Landtagsabgeordnete **Grzimek** forderte bei der agitatorischen Arbeit der demokratischen Partei eine stärkere Volkstümlichkeit und vor allem eine schärfere Abgrenzung der Ziele gegenüber denen der anderen Parteien. Als wichtigen Punkt hob er neben der Frage des Einheitsstaates eine energische Personalpolitik in Reich und Ländern hervor. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Preußen, das unter der Regierung Braun, Höpker Aschoff und Schreiber der Hort der Freiheit in Deutschland geworden sei. Die Führungslosigkeit im Reich sei ein trauriger Zustand, demgegenüber wiederum auf das preußische Vorbild zu verweisen sei. Das zeige, daß es nur der richtigen Männer bedürfe.

Landtagsabgeordneter **Wachhorst de Wente** beschäftigte sich mit den Fragen der deutschen Bauernpolitik. Demokratische Politik ist jetzt und in Zukunft Bauernpolitik. Wachhorst de Wente hat der Politik unseres Reichsernährungsministers Dietrich zugestimmt, und besonders darauf hingewiesen, in wie hohem Maße es gerade Dietrich gelungen sei, deutsche Agrarpolitik zu fördern, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem Landbundführer Schiele, der nicht annähernd die Leistungen aufzuweisen hat wie Dietrich.

Rechtsanwalt **Beil**-Berlin hielt Abrechnung mit den Nationalsozialisten. Es ist unverständlich, daß nach dem kläglichen Fiasko der Hitler-Ludendorff-Partei eine neue Welle des Unverstandes über Deutschland geflutet ist. Man muß gegen nationalsozialistischen Volksbetrug schärfste Aktivität aller besonnenen politischen Kräfte fordern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0251

Inzwischen war ein **Antrag** eingegangen, der sich gegen die Korruptionsmöglichkeiten richtete.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache erörterte dann Frau **Dr. Bäumer** die Schwierigkeiten, die der Durchsetzung der Fernziele einer Partei entgegenstehen und die nach ihrer Meinung selbst im parlamentarischen System begründet liegen. Die Verantwortung kommt nicht mehr aus den Parteien selbst, sondern die zu einer Koalitionsregierung zusammengeschweißten Parteien werden gezwungen, eine Verwässerung ihres Willens als Meinungsäußerung zu geben. Hierdurch entstehen notwendigerweise Spannungen zwischen den grundsätzlichen Zielen einer Partei und den Dingen der praktischen Agitation. Frau Bäumer erhob ferner die Forderung, die durch die soziale Notlage bedrückte Bevölkerung durch Hinweis auf die hohen Ziele einer Partei innerlich freizumachen.

Landtagsabg. **Nuschke** beschäftigte sich mit den Fragen der Wahlreform, besonders unter dem Gesichtspunkt, die Jugend dadurch in stärkerem Maße für die Politik zu interessieren. Für die Partei verlangte er neben stärkster republikanischer Aktivität und einer aus Weltanschauung geborenen Politik den Willen zur Macht, den auch Friedrich Naumann immer für das freiheitlich-nationale Bürgertum gefordert habe.

Staatskommissar **Rönneburg** beschäftigte sich mit der namentlich für den deutschen Osten lebenswichtigen Frage der Bodenreform und Schaffung eines gesunden deutschen Bodenrechts. Weiterhin verlangte er eine klare Front gegenüber denen, die Politik und Geschäft verwechseln und damit gegen die demokratischen Fundamentalsätze, Ehrlichkeit und Sauberkeit, verstoßen.

Reichstagsabg. Dr. Hermann **Fischer** gab ein ausführliches Bild von der Verhandlung des Ausschusses der Partei, die sich mit den gegen den früheren mecklenburgischen Minister Hustaedt erhobenen Vorwürfen befaßte. Unter stärkstem Beifall des Parteitages verlangte er, daß man über den Einzelfall hinaus an die Behandlung der Wurzel des Übels herangehen müsse: die Kleinstaaterei, die eine einheitliche deutsche Rechtspflege unmöglich mache.

Das Hamburger Bürgerschaftsmitglied Erich **Lüth** vertrat den Standpunkt des radikalen Pazifismus und legte ausführlich die inneren Gründe dar, die ihn zu diesem Standpunkt hingeführt haben.

Staatssekretär a. D. **Oscar Meyer** wies mit Entrüstung Lüths Forderung zurück, daß man nicht nur den Krieg, sondern auch den Krieger ächten solle. Für einen zur Frage der Kriegsdienstverweigerung gestellten Antrag schlug er die Fassung vor, daß die Kriegsdienstverweigerung von der Demokratischen Partei verworfen wird.

Der Parteivorsitzende **Koch-Weser** befaßte sich alsdann zum Schluß mit den vorliegenden Anträgen. Er erklärte, daß nach seiner Auffassung die Versuche, das gegenwärtige Verhältniswahlsystem zu reformieren, großen Erfolg nicht haben würden. Er, Koch-Weser, trete deshalb für den von Hamburg gestellten Antrag auf Schaffung des Mehrheitswahlsystems ein, und er würde es für kein Unglück halten, wenn dieser Antrag Annahme fände. In der Frage der Reichsreform halte er es für unzweckmäßig, jetzt schon ein Volksbegehren über dieses Problem einzuleiten. Wenn die Länderkonferenz freilich versagen würde, dann müsse das Volksbegehren, auch wenn es eine zweischneidige Waffe sei, durchgeführt werden. Koch-Weser wandte sich alsdann unter lebhafter Zustimmung gegen Lüth-Hamburg und fragte, ob denn Lüth,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0252

der die Schrecken des Gaskrieges so eindringlich geschildert habe, nicht denjenigen mit einem Knüppel niederschlagen würde, der einen solchen Gaskrieg entfesseln wollte. Man kann über gewisse Fragen diskutieren, aber es ist auch notwendig, daß in gewissen Dingen die Meinung der Gesamtpartei einwandfrei festgestellt wird. Zum Schluß wandte sich Koch-Weser an die Jugend. Die Jugend soll mitarbeiten, sie soll positive Kritik üben, aber sie darf auch scharfe Auseinandersetzungen nicht scheuen. Es ist heute viel Kritik geübt worden, und man kann im Augenblick gegenüber der innerpolitischen Entwicklung nicht kritisch genug sein und nicht sorgenvoll genug in die Zukunft blicken. Aber unsere Ideen werden siegreich sein, wenn auch die letzten Zeiten für uns ungünstig gewesen sind, unsere Ideen werden sich Deutschland erobern.

* * *

Zweiter Tag

Die Beratungen des Parteitages begannen am Sonnabend vormittag mit der Erledigung der vorliegenden **Anträge.**

Angenommen wurde der von Oscar Meyer eingebrachte Antrag, wonach der Parteitag feststellt, daß die Forderung der Kriegsdienstverweigerung von der Demokratischen Partei verworfen wird.

Weiterhin wurde ein Antrag angenommen, der Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption im öffentlichen Leben verlangt.

Sodann wurde ein Antrag angenommen, der eine reichsrechtliche Regelung des Kraftfahrwesens fordert.

Annahme fand auch ein Antrag Weser, Ems, der die sinngemäße Anwendung der Weimarer Verfassung fordert.

Zur Frage des Einheitsstaates wurde nachstehender, von Regierungspräsident Friedensburg, Kassel, eingebrachter Antrag angenommen: „Der Parteitag zu Mannheim bestätigt die Richtlinien zum Einheitsstaat, die der im Auftrag des Hamburger Parteitags eingesetzte Ausschuß ausgearbeitet hat. Die Deutsche Demokratische Partei fordert unbeschadet der Frage der alsbaldigen Verwirklichung und unbeschadet der Notwendigkeit von Zwischenlösungen: 1. daß neben der Souveränität des Reiches keinerlei Souveränitätsmerkmale bei den Gliedstaaten verbleiben; 2. daß die territoriale Gestaltung der Gliedstaaten grundsätzlich nach den Bedürfnissen der Gegenwart in Kultur, Wirtschaft und Verkehr zu erfolgen hat."

Abgelehnt wurde ein von Hamburg eingebrachter Antrag, der die Schaffung des Mehrheitswahlsystems fordert. Koch-Weser stellte hierzu fest, daß die Frage weiter zu prüfen sein würde. Er wolle aber keinen Zweifel darüber lassen, daß in der Verurteilung des heutigen Proportionalwahlsystems sich alle einig seien.

Hierauf gedachte der stellvertretende Parteivorsitzende, Staatspräsident a. D. Professor Dr. Willy **Hellpach,** des bewährten Parteifreundes Oberpräsidenten Siehr, Königsberg, der an diesem Tage das 60. Lebensjahr vollendete. Er wies auf die hervorragenden Leistungen hin, die Ernst Siehr in langjähriger parlamentarischer Tätigkeit vollbracht hat, sowie auf die staatsmännischen Verdienste, die sich Siehr an der Spitze der Provinz Ostpreußen in zehnjährigem Kampfe für die deutsche Republik und die Erhaltung des Deutschtums in den gefährdeten Grenzgebieten erworben hat.

Sodann ergriff Gustav **Stolper** zu seinem weitausgreifenden und tiefschürfenden Referat über das Wirtschaftsprogramm der Deutschen Demokratischen Partei das Wort.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0253

Stolper über Aufgaben eines demokratischen Wirtschaftsprogramms

Dr. Stolper sieht die Aufgaben eines Wirtschaftsprogramms darin, der Partei das geistige Fundament zu schaffen, auf dem sie ihre politische Aktion aufbaut. Alle Parteien vermissen heute ein solches klares Fundament. Denn der Weltkrieg hat das soziale Antlitz der Welt verändert. Er hat neue Voraussetzungen unseres sozialen und wirtschaftlichen Daseins, neue Aufgaben, neue Probleme von unerhörter Tragweite geschaffen, er hat aber auch neue Mittel gewiesen, um diese Aufgaben und Probleme zu lösen. Die Veränderung der

geschichtlichen Ausgangsposition

jedes Wirtschaftsprogramms sieht Stolper in folgendem:

1. Wir sind eine militärisch ohnmächtige Nation geworden, die einseitige militärische Entwaffnung des deutschen Volkes hat den selbstverständlichen Elan gebrochen, mit dem die deutsche Wirtschaft vor dem Krieg in der Welt vorgedrungen ist. In der Wolke des Mißbehagens, die über großen Teilen des deutschen Volkes liegt, spiegelt sich auch das bedrückte Selbstbewußtsein eines besiegten Volkes.

2. Wir sind eine kapitalentblößte Nation. Damit wird die Wiederauffüllung des Kapitalfonds der Wirtschaft zum Hauptproblem jeder künftigen Wirtschaftspolitik.

3. Wir sind eine schuldenbelastete Nation, die Tributlast, die der verlorene Krieg dem deutschen Volk auferlegt hat, zwingt ihm ein bestimmtes Verhalten auf. Wir dürfen bei aller ehrlichen Friedensbereitschaft gerade deshalb, weil auf uns die Verantwortung für eine bessere Ordnung der Welt, die Verantwortung für die Adelung des nationalen Gedankens liegt, die Protestst immung nicht erlahmen lassen, in der wir die uns aufgezwungenen Kreditlasten tragen.

4. Wir sind eine demokratisierte Nation. Der Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten ist verschwunden, Staat und Volk sind zu einer Einheit geworden. Aber jene echte republikanische Haltung, die bei jeglichem Tun und Fordern des Bürgers sofort auch die Konsequenz für die Allgemeinheit überdenkt, ist in Deutschland bei weitem noch nicht allgemein.

5. Innerhalb der Volksgemeinschaft hat sich die bedeutsamste Machtverschiebung zwischen den Klassen vollzogen. Es gibt kein unterdrücktes Proletariat mehr zu befreien, denn das Proletariat ist mit zur herrschenden Klasse geworden. Damit verschiebt sich das Objekt der Sozialpolitik: neben dem Fabrikproletariat sind die auch zahlenmäßig breiten Schichten des Bauerntums, des gewerblichen Mittelstands, der kaufmännischen und technischen Angestellten schutzbedürftig geworden, die nicht der gleichen organisierten Zusammenballung ihrer Kräfte fähig sind.

6. Der Krieg hat die Selbstverständlichkeit der staatlichen Ordnung vernichtet, die vor dem Krieg allen europäischen Staaten gemeinsam war. Er hat das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Gesellschaft und Individuum von Grund aus umgewälzt. Daß ein Jahrzehnt lang der Staat Fürsorger für die Sicherung der privaten Existenz seiner Bürger gewesen ist, diese Verabsolutierung der Staatsautorität, diese verwirklichte Sozialisierung der Wirtschaft im Krieg, läßt sich aus der Erinnerung unserer Generation nicht mehr austilgen. Und wir können

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0254

das Faktum nicht wichtig genug nehmen, daß zwei große Staaten ihre Wirtschaft und Gesellschaft auf eine völlig andere Grundlage gestellt haben als der kapitalistische Liberalismus: das bolschewistische Rußland und das faschistische Italien. Es ist unmöglich, daß ein Wirtschaftssystem sich behauptet, dessen Verteidiger nicht an die Notwendigkeit dessen glauben, was sie verteidigen. Deshalb muß die Demokratie ihr Selbstbewußtsein wiedergewinnen, das in den Massen den Glauben zündet, daß in unserem Lager die Zukunft des sozialen Gedankens und der persönlichen und nationalen Freiheit liegt.

Stolper kennzeichnete nunmehr zunächst die

Struktur der deutschen Wirtschaft.

Das deutsche Volk ist überwiegend ein Volk von Städtern und überwiegend ein Industrie- und Handelsvolk. Aber zugleich vollzieht sich in diesen Schichten unter dem Einfluß der Technik eine soziale Revolution. Der Ersatz der Menschenkraft durch die Maschinenkraft, die Befreiung des Menschen durch die Maschine beginnt Wirklichkeit zu werden. Damit verschiebt sich innerhalb der unselbständigen Existenzen das Schwergewicht auch der Massen mehr und mehr von den Arbeitern auf die Angestellten und Beamten. Und in beiden Kategorien der Arbeitnehmer ist der Anteil der Frau gewaltig gestiegen. Andererseits ist es nicht wahr, daß die fortschreitende Konzentration der Industrie den Mittelstand auffrißt. Auch er schichtet sich ständig um, aber er behauptet seine Bedeutung im Rahmen der Gesamtwirtschaft. Es sind ganz wenige Industrien, in denen der Riesenbetrieb vorherrscht. Wir dürfen uns durch sie den Blick nicht von der Tatsache ablenken lassen, daß die Masse des deutschen Volkes nicht in diesen Riesenbetrieben arbeitet und von ihnen lebt. Aber die deutsche Wirtschaft ist in höherem Maße durchorganisiert als die irgend eines anderen kapitalistischen Landes. Wir haben dem Gutes und Böses zu verdanken. Wir können das Rad der Entwicklung nicht zurückschrauben, wir können nicht mit staatlicher Gewalt einen Zustand freier Konkurrenz zwischen isolierten privaten Klein- und Mittelbetrieben wiederherstellen.

Der Redner stellte nun im Anschluß daran die einzelnen großen Problemgruppen dar, mit denen sich die Wirtschaftspolitik auseinandersetzen muß. Er befaßte sich nur mit den wichtigsten.

Zunächst die

Finanzpolitik.

Das deutsche Finanzsystem stammt aus einer Zeit, die die Aufgaben der Gegenwart noch nicht einmal geahnt hat, aus einer Zeit, in der die Finanzpolitik noch nichts mit den Zentralproblemen der Wirtschaft zu tun hatte. Die öffentlichen Ausgaben Deutschlands betrugen einschließlich der Soziallasten vor dem Kriege 8¼ Milliarden, sie betragen heute über 23 Milliarden. Rechnet man dazu, um die Reichweite der öffentlichen Hand zu ermessen, die Summen, die heute durch die Kassen der Reichsbahn, der Post, Straßenbahnen, Gas-, Elektrizitäts- Wasserwerke usw. laufen, bedenkt man, daß die ganze Wohnbautätigkeit und der private Mietaufwand politisch bestimmt sind, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß heute der politische Wille mehr als die Hälfte des Volkseinkommens kontrolliert. Damit wird die Höhe der öffentlichen Ausgaben zum entscheidenden Bestimmungsgrund des Reallohns der Massen, aber Art und Gliederung der öffentlichen Einnahmen auch zum wesentlichen Bestimmungsgrund der Kapitalentwicklung. So ist die Finanzpolitik heute das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0255

Zentralproblem aller Wirtschaftspolitik überhaupt. Daraus ergeben sich für sie folgende Grundsätze:

1. Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden müssen als Einheit begriffen werden.

2. Steuerpolitik bedeutet Einkommenverteilung und Einkommenverschiebung aus einem gemeinsamen Sozialprodukt.

3. Das künftige Steuersystem muß den Zusammenhang zwischen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Körperschaften den Massen sinnfällig machen.

4. Die kommende Finanzreform muß vor allem das Einkommen der Massen entlasten, schon um der Wirtschaft eine lohnpolitische Schonzeit für die Auffüllung des Kapitalfonds zu schaffen. Wir fordern deshalb in der Finanzreform eine scharfe Heraufsetzung der steuerfreien Einkommensgrenze. Damit werden zugleich Hunderte von Millionen am Finanzapparat des Reiches und der Länder und der Wirtschaft gespart.

5. Solange die deutsche Wirtschaft von Kapitalnot gewürgt ist, müssen Einkommenbildung und Spartätigkeit steuerlich begünstigt, aber der entbehrliche Genuß stärker belastet werden. Wir fordern deshalb eine solche Senkung der obersten Steuersätze, daß die Kapitalflucht aufhört.

6. Die Gewerbesteuer, soweit sie Gewerbekapital und Ertragssteuer ist, ist zu beseitigen. Sie ist unerträglich als eine Sonderbelastung der gewerblichen Mittelschichten, für die sie eine Doppelbesteuerung ihres Einkommens und Vermögens bedeutet.

7. Öffentliche Ausgabenbeschränkung und Zwang zur öffentlichen Sparsamkeit sind eine soziale Forderung, denn je mehr die öffentliche Verwaltung kostet, um so stärker werden die Lebensmöglichkeiten der Bürger bedrängt.

8. Aufgaben und Wirkungssphäre zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sind klar abzugrenzen, solange nicht eine große Verfassungsreform dafür eine prinzipiell neue Grundlage schafft.

9. Der Abgrenzung der Aufgaben hat eine klare Aufteilung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu entsprechen. Dabei gebührt dem Reich die Verfügung über die direkten Personalsteuern, weil diese für das wirtschaftliche Gesamtschicksal, für die Höhe der Kapitalbildung und die Art des sozialen Ausgleichs der Klassenunterschiede entscheidend sind. Die Länder sind im allgemeinen auf den Ertrag der Verbrauchsabgaben, die Gemeinden neben Überweisungen der Länder auf Steuern von spezifisch lokalem Charakter zu verweisen, wie die Lohnsummensteuer, die Getränkesteuer und die Grundvermögenssteuer.

10. Die Ausgaben des Reichs sind für einen längeren Zeitraum durch einen festen Betrag festzusetzen. Neue Ausgaben dürfen nur im Rahmen gleichzeitiger Ersparnisse beschlossen werden. Steuerüberschüsse über diesen Betrag hinaus sind zur weiteren Senkung der Einkommensteuer und zur rascheren Tilgung der Ablösungsanleihen zu verwenden, soweit sie nicht zur Tilgung schwebender Schulden nötig sind.

Zum Kapitel

Wirtschaft der öffentlichen Hand

stellte Stolper dar, wie die starke Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre sich aus bestimmten Tatsachen politischer, sozialer, finanzieller und technischer Art erklärt. Dazu gehört die Demokratisierung des kommu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0256

nalen Wahlrechts, die Ausweitung der sozialen Verwaltungsaufgaben der Gemeinden durch den Krieg, die Erlahmung des Kapitalmarktes, die vor allem an der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen schuld sei, und die technische Revolution auf dem Gebiet der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens. Aber die Demokratie müsse scharf darauf sehen, daß eine klare Grenzziehung zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft erfolge, denn jenseits dieser Grenze beginne der Mißbrauch, die moralische und wirtschaftliche Kompromittierung der Demokratie. Deshalb forderte er:

1. Die Wirtschaft der öffentlichen Hand hat sich auf die Gebiete zu beschränken, wo es gilt, die Entstehung eines Privatmonopols zu verhindern.
2. Sie hat sich zu beschränken auf Unternehmungen, die sich ihrer Natur nach für öffentliche Bewirtschaftung eignen.
3. Soweit Wettbewerb mit der Privatwirtschaft nicht zu vermeiden ist, ist jede Begünstigung der öffentlichen Unternehmungen zu verwerfen.
4. Die Unternehmungen der öffentlichen Hand sind in gleicher Weise wie Privatunternehmungen zur Besteuerung heranzuziehen.
5. Die Unternehmungen der öffentlichen Hand dürfen keinerlei bevorzugte Behandlung bei der Kreditgewährung durch öffentliche Kassen oder Kreditorganisationen erhalten.
6. Öffentliche Unternehmungen, die ungünstiger arbeiten als gleichartige private, sind abzustoßen oder zu verpachten, wo das ohne Schädigung öffentlicher Interessen möglich ist.
7. Die kaufmännische und fiskalische Kontrolle der staatlichen Unternehmungen ist wirksamer zu gestalten als heute.
8. Deshalb sind insbesondere Verschachtelungen zu vermeiden, die den klaren Überblick der Öffentlichkeit über den Wirkungskreis der öffentlichen Hand hindern.
9. Es ist für strengste rücksichtslose Scheidung der wirtschaftlichen und politischen Sphäre zu sorgen. Das gilt vor allem für die Auswahl der leitenden Personen, politische Aufsichtsorgane dürfen aus öffentlichen Unternehmungen unter keinem Titel finanzielle Vorteile ziehen.
10. Die Auftrags- und Kreditpolitik der öffentlichen Hand ist bewußt in den Dienst einer wirksamen Mittelstandspolitik zu stellen und soll dem Ausgleich der Konjunkturschwankungen dienen.

Zu dem Kapitel

Monopol-Politik

schilderte Stolper vor allem die Entwicklungstendenz der letzten Jahre. Überall, wo ein Monopol bestehe oder ein Monopol drohe, müsse der Staat in der Lage sein, eine Ausbeutung des Verbrauches, einen Mißbrauch der Machtposition des Monopols zu verhindern. Dies sei Sache der Regierung, nicht Sache der Gerichte. Deshalb lehnte Stolper ein unabhängiges Kartellamt ab, weil dies mit den Vorstellungen politischer Verantwortlichkeit in der Demokratie unvereinbar sei. Stolper lehnte weiter jede Ausdehnung staatlicher Zwangsorganisation ab, in den Fällen, wo sie bestehe, habe sie durchaus versagt. Auch dazu formulierte Stolper besondere Richtlinien, aus denen hervorzuheben ist, daß bei Betriebseinstellungen, Konzen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0257

tration und Rationalisierungen, die durch Beschlüsse einer Monopolleitung angeordnet werden, die Arbeiter und Angestellten Gelegenheit bekommen müssen, ihre Interessen wahrzunehmen.

Besonders ausführlich befaßte sich Stolper mit der veränderten Problematik der

Sozialpolitik.

Welchen Spielraum können und müssen wir der Freiheit der arbeitenden Menschen schaffen? Die sozialpolitischen Forderungen der Vorkriegszeit hat die Revolution fast restlos erfüllt. Heute habe die Sozialpolitik ein anderes Objekt und ein anderes Ziel. Es handele sich vor allem um drei ganz große Fragenkomplexe: 1. die Abgrenzung der sozialen Verpflichtung des Gemeinwesens überhaupt: Wie weit soll der Staat seinen Aufgabenbereich ziehen? 2. um die Stellung des Staates im Lohnkampf. 3. Wie weit soll der Staat kollektiv Bedürfnisse befriedigen, wo private Bedürfnisbefriedigung nicht möglich ist? Wir müssen scharf zwischen der materiellen und der seelischen Lage des arbeitenden Menschen unterscheiden. Stolper setzte sich hier unter großen Gesichtspunkten mit der Ideologie des Sozialismus auseinander. Worauf es heute ankomme, das sei, dem letzten Arbeiter und Angestellten wieder das Bewußtsein zu geben, daß er Mitschöpfer an einem gemeinsamen gesellschaftlichen Werk sei. Die Klassenkampfideologie sei für die Massen zur Quelle ständiger Depression und ständiger Enttäuschung geworden, seit sie gemerkt haben, daß die politische Machtergreifung an ihrem Schicksal nichts zu ändern vermag, weil die politische Macht ins Leere greift, wo sie gegen das ökonomische Gesetz vorzudringen versucht. Aber entscheidend sei, was Friedrich Naumann vor einem Vierteljahrhundert bereits gesagt hat: es sei eine Unmöglichkeit, über die Hälfte des Volkes in fast völliger Besitzlosigkeit erhalten zu wollen, während das Volkseinkommen steigt. Die nächste und größte Aufgabe sei deshalb: Wie machen wir die besitzlosen Massen besitzend, und wie verbinden wir sie wieder seelisch mit dem Werk, an dem sie arbeiten? Stolper tritt für die höchsten Löhne ein, die irgendwie mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vereinbar seien, und empfiehlt das Studium der obligatorischen Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer zunächst in den Großbetrieben. Aber ebenso viel hänge davon ab, ob es gelinge, die Unternehmerschicht zu qualifizierten Führern zu wirtschaftlichem Fortschritt zu erziehen.

Zum Problem

Lohnpolitik

gab Stolper wieder formulierte Leitsätze, die das Verhältnis Lohnhöhe und Kapitalbildung und die Reform des Schlichtungswesens ausführlich behandeln. Zu der Frage der kollektiven Bedürfnisbefriedigung erörterte er vor allem das Wohnbauproblem, dem er ungeheure Wichtigkeit für die wirtschaftliche und moralische Wohlfahrt der Nation beimißt. Nachdem er noch die Aufgaben der Handelspolitik für Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft untersucht hatte, faßte der Referent die wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie etwa so zusammen:

1. Demokratie glaubt an die Möglichkeit des sozialen und wirtschaftlichen Interessenausgleichs im freien Staat.
2. Demokratie glaubt an die Schicksalsverbundenheit der Klassen.
3. Demokratie verwirft den Klassenkampf als Forderung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0258

4. Demokratie verwirft ebenso die Diktatur des Staates wie die Diktatur einer Klasse über die Wirtschaft.

5. Demokratie als das einzig mögliche Freiheitssystem der Gesellschaft setzt die wirtschaftliche und soziale Freiheit des Individuums voraus.

6. Demokratie erfordert deshalb als Bedingung und Grundlage ihrer Existenz Privateigentum, ohne das es keine Freiheit des Individuums geben kann.

7. Demokratie bedeutet die Verpflichtung der Gesellschaft, die Wirtschaft zum höchsten Grad der Entfaltung zu bringen, der jeweils dem technischen Können erreichbar ist.

8. Demokratie bedeutet Verpflichtung der Gesellschaft, ihre ganze Macht zum unmittelbaren Kampf gegen soziale Notstände aufzubieten, wo sie sich zeigen.

9. Demokratie erträgt kein Massenelend, aber sie verfügt auch über alle Mittel, um Massenelend zu beseitigen.

10. Demokratie betrachtet deshalb den Staat als Vollstrecker ihres sozialen Willens.

11. Demokratie fordert ein starkes Führertum, denn sie ist nicht Herrschaft der Masse, sondern der für uns einzig denkbare und erträgliche Ausleseprozeß starker Führerschaft im Politischen wie im Wirtschaftlichen. Darum bekennt sie sich zum freien Unternehmertum, darum hält sie den Unternehmer für das unentbehrliche Element einer gesund funktionierenden Wirtschaft.

12. Demokratie glaubt an den freien Menschen, nicht an die staatliche Maschine. Sie glaubt nicht, daß ein bürokratisches Zentralhirn die Summe an Erfindungsgeist, an Energie, an Opfermut zu ersetzen vermag, die Millionen Hirne in täglichem Existenzkampf einsetzen können und müssen.

Stolper schloß mit dem Appell zur Reinigung der politischen Atmosphäre Deutschlands. Habe die Demokratie erst einmal ihre unverzichtbare geschichtliche Aufgabe begriffen, dann könne und müsse sie getrost aus der Defensive zum Angriff übergehen. Sie weiß das Ziel und sie weiß den Weg. Dafür wollen wir kämpfen.

Die Rede Dr. Stolpers fesselte den Parteitag von Anfang bis zu Ende. Sie war das Erlebnis des Parteitages. Als Stolper geendet hatte, rauschte ein Beifallsorkan durch den Saal. Unter dem gewaltigen Eindruck dieses Referats wollte eine starke Minderheit von einer Erörterung überhaupt absehen. Aber der Vorsitzende Koch-Weser wies darauf hin, daß die Schaffung eines Programms einer Erörterung bedürfe, nur möge diese Erörterung sich wirklich auf einer Höhe bewegen, die dem Vortrag entspricht. Demgemäß beschloß der Parteitag die Aussprache am Nachmittag zu beginnen.

Die Aussprache über das Wirtschaftsprogramm.

Als erster Diskussionsredner sprach am Sonnabendnachmittag der Reichstagsabgeordnete **Gustav Schneider.** Er stellte fest, daß die Arbeitnehmer in der Partei sich einig sind in der Ablehnung des Klassenkampfgedankens. Schneider lehnt den Gedanken der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ab, weil der finanzielle Erfolg gering ist, und weil dadurch der klare Gedanke der Lohnpolitik verwischt wird.

Professor **v. Schultze Gaevernitz** hob hervor, daß Deutschland ein wirtschaftliches Locarno brauche. Die Rationalisierung bedürfe, um

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0259

sich segensreich auszuwirken, breiter Märkte. Das beste Mittel gegen Klassenkampfstimmung sei ein Sparkassenkonto des Arbeiters. Der Redner forderte Preissenkungspolitik als ein wichtiges Mittel der Sozialpolitik, denn nicht auf den Nominallohn, sondern auf den Reallohn kommt es an. Durch Erhöhung der Agrarzölle sei die Agrarkrisis nicht zu beseitigen. Erhöhte Agrarzölle erschwerten aber den notwendigen Zollabbau. Wenn wir einen anständigen Handelsvertrag mit Polen hätten, so würde das eine Belebung des Ostens bedeuten. Die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung müsse gestärkt werden zugunsten der landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnisse.

Generaldirektor **Colsmann**, Friedrichshafen, der frühere Leiter der Zeppelinluftschiffbaugesellschaft, wies auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hin, die heute noch infolge der Reichszerrissenheit bestehen. Wenn irgend etwas eine Reichsangelegenheit sein müsse, so sei es die Luftschiffahrt. In den Ländern aber zeige sich gegen diesen Gedanken immer noch starker Widerstand. Generaldirektor Colsmann hob hervor, daß man sich durch die Monopolgefahren nicht bange machen lassen dürfe. Eine starke Regierung könne solche Gefahren bannen.

Bäckermeister **Hourtz**, Bochum, hob die Bedeutung der Stolperschen Richtlinien für einen inneren Zusammenhalt in der Partei hervor. Wenn die Partei sich die Aufgabe stellt, die selbständige Existenz des Mittelstandes zu schützen und zu fördern, dann würde sie eine Volkspartei im besten Sinne sein.

Für die Jungdemokraten sprach Rgierungsrat **Muhle**. Er verteidigte die Richtlinien der Jungdemokraten zum Wirtschaftsprogramm und betonte, daß unter gewissen Umständen Staatseingriffe in die Wirtschaft Berechtigung hätten.

Der preußische Finanzminister **Dr. Höpker Aschoff**, beschäftigte sich mit Stolpers finanzpolitischen Grundgedanken. Er betonte, daß leider eine Möglichkeit, größere Ersparnisse in Reich, Ländern und Gemeinden zu machen, kaum vorhanden sei. Höpker Aschoff wies nach, daß das Gros aller Staatsausgaben Personalausgaben seien. In Preußen sind von den 250 000 Beamten 110 000 Lehrer, von denen nicht ein einziger gestrichen werden könnte. Das gleiche gelte in unseren unruhigen Zeiten für die 84 000 Schutzpolizeibeamten. Auch in der Justizverwaltung sei eine Einschränkung der zunehmenden Zahl der Prozesse nicht möglich. Stolpers Forderung nach verstärkter Kapitalbildung stimmte Dr. Höpker Aschoff durchaus zu, aber er hielt es für seine Pflicht, gegenüber dem von Stolper vorgeschlagenen Weg des Neubaus des Finanzwesens skeptisch zu sein. Daß die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, ist fraglich, da es leichter ist, auf eine Milliarde Reichsmark an Steuereingängen zu verzichten als Ersatz dafür zu finden. Senkt man die Einkommensteuer in zu starkem Umfang, so bleibt keine Möglichkeit zur Entlastung vom Realsteuerdruck, der noch dringender einer Milderung bedarf. Der preußische Finanzminister setzte sich dann gegenüber Stolper für die Wiedereinführung des Gemeindezuschlagsrechts zur Einkommensteuer ein. Er ist überzeugt, daß bei einer Einführung der Gemeindegetränkesteuer die Erhöhung der Gemeindezuschläge nicht dieselbe Wirkung haben würde, wie die Zuschläge zur Einkommensteuer. Nachdem sich Dr. Höpker Aschoff noch mit der Hauszinssteuer beschäftigt hatte, deren allmählichen Abbau er für notwendig und durch allmähliche Rückflüsse der Hauszinssteuerhypotheken für durchführbar hält, bekannte er sich zum Schluß mit Stolper darin einig, daß das Finanz- und Steuersystem grundsätzlich umzubauen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0260

sei und zur Entlastung der entbehrliche Verbrauch stärker als bisher heranzuziehen sei.

Im Anschluß an die Aussprache stellte schließlich der Parteivorsitzende **Koch-Weser** fest, daß Stolpers Grundgedanken Gemeingut des Parteitages seien. Im einzelnen seien Einwendungen gemacht. Koch-Weser ersuchte Stolper, seine Gedanken in einer Denkschrift darzulegen und die Einwendungen dabei zu berücksichtigen. Ein besonderer Parteitag solle dann einberufen werden, der dem Zwecke dient, Einigkeit über das Wirtschaftsprogramm und die einzelnen Formulierungen zu schaffen. Bei den Fraktionsberatungen über das finanzielle Sofortprogramm solle Stolper hinzugezogen werden.

Der Parteitag erklärte sich damit einverstanden.

Wahlen

Zu den Wahlen teilte Dr. Ludwig **Haas** mit, daß Erkelenz sich infolge seiner Krankheit entschlossen habe, das Amt des Vorsitzenden des Parteivorstandes niederzulegen. Haas schilderte Erkelenz und seine segensreiche Tätigkeit. Er schilderte ihn als das Urbild eines Demokraten, wie wir es uns nicht besser vorzustellen vermögen, und gab der Hoffnung einer baldigen Gesundung unter dem Beifall des Parteitages Ausdruck. Weiterhin hob Haas die Tätigkeit Koch-Wesers und seine Initiative hervor, und unterbreitete dem Parteitag den Vorschlag, die Ämter des Parteivorsitzenden und des Vorsitzenden des Vorstandes in einer Hand, nämlich in der Koch-Wesers, zu vereinigen. Als stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes wurden alsdann Oscar Meyer und Ernst Lemmer vorgeschlagen. Oscar Meyers hervorragende Tätigkeit sei allgemein bekannt. Und mit Lemmer würde ein Führer der jungen Generation an die Spitze gestellt. Sein Amt als Vorsitzender des Reichsbundes der deutschen Jungdemokraten würde Lemmer, wenn der Parteitag diesem Vorschlag zustimmte, niederlegen. Durch die jetzigen Vorschläge bestehe die Hoffnung, daß starkes frisches Leben in die Partei einziehen wird.

Unter dem lebhaften Beifall der Versammlung schlug Haas alsdann Dr. Fischer neben Erkelenz, Dr. Hellpach und Dr. Bäumer als Stellvertreter des Parteivorstandes vor, und Hieber, Stuttgart, dem die deutsche Demokratie soviel zu verdanken hat, zum Ehrenvorsitzenden der Partei. Unter stürmischer Zustimmung des Parteitages wurde alsdann **Koch-Weser zum Parteivorsitzenden wiedergewählt.** Koch-Weser dankte für die Wahl und das zum Ausdruck gebrachte Vertrauen. Er erklärte, daß er mit Aktivität an seine Arbeit gehen würde. Die Zeit werde dem Gedanken der Demokratischen Partei recht geben. Die Partei werde erneut erstarken.

* * *

Dritter Tag

Die Beratungen des Parteitages am Sonntag waren im wesentlichen den **Organisationsfragen** gewidmet. Dr. Gertrud **Bäumer** gedachte in der Stunde, in der die Trauerfeier für Stresemann im Reichstage stattfand, noch einmal des toten Außenministers der Republik. Sie bezeichnete sein Hinscheiden als einen bürgerlichen Heldentod im Kampfe für die deutsche Republik und hoffte, daß dieses Zeugnis der Politik ihre edle Kraft auch in der Zukunft bewahren würde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0261

Der Organisationsbericht

Hierauf erstattete der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei, Dr. **Rexrodt**, den Organisationsbericht, aus dem wir folgende Punkte hervorheben.

Es wäre falsch, die Wahlen rein vom parteimäßigen Standpunkt aus zu betrachten, wir müssen einen größeren Maßstab anlegen. Alle nichtsozialistischen Parteien mit Ausnahme der berufsständischen Parteien (Wirtschaftspartei, Bauernpartei usw.) haben verloren, und die Wahlen standen im Zeichen der Sammlung der sozialistischen und der Zersplitterung der nichtsozialistischen Stimmen. Die bürgerlichen Parteien verloren insgesamt 3,4 Millionen Stimmen, dagegen gewannen die sozialistischen nur 1,8 Millionen. Wo sind die übrigen geblieben? Neben der großen Abwanderung von bürgerlichen Stimmen zu den sozialistischen müssen wir eben, und dies ist das Betrübliche bei der Erscheinung, eine Stimmenzersplitterung von ungeheurem Ausmaße feststellen, und dann noch eine große Zunahme der Zahl der Nichtwähler.

1 284 000 Stimmen wurden bei der letzten Wahl zersplittert mit der Wirkung, daß 20 Mandate unbesetzt blieben. Ferner stieg die „Partei" der Nichtwähler von 8,3 Millionen auf 10,1 Millionen; damit ist diese „Partei" die stärkste. Der fluktuierende und nicht wählende Teil der Bevölkerung ist und bleibt von entscheidender Bedeutung bei einer Wahl. Vielen unzufriedenen Wählern fällt es eben schwer, zu einer anderen Partei zu gehen, und außerdem wird mancher Indifferente von dem Aufmarsch von 20 Parteien abgestoßen und bleibt zu Hause. Wir haben noch kein Parteiwesen in Deutschland, sondern ein Parteiunwesen. Die Tatsache ist jedenfalls von Bedeutung, daß gegenüber der Konzentration der sozialistischen Stimmen ein Gegenpol auf der anderen Seite fehlt. Die Kommunisten und Sozialdemokraten verfügen heute über 40,4 Prozent aller Stimmen. Auch der Zustrom zur SPD. in rein katholischen Gegenden ist sehr beachtlich. Interessant ist noch die Feststellung, daß da, wo die Nationalsozialisten auftraten, die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei beträchtlich verloren haben, und die sozialdemokratische Partei hier nur sehr geringe Gewinne aufzuweisen hat. Und eins noch: Die gemeinsamen Gegner aller großen bürgerlichen Parteien sind die Klassenparteien, ganz gleich welcher Art, ob sozialistisch oder bürgerlich.

Mit der Feststellung, daß die Wahlen vom 20. Mai 1928 einen Sieg des Materialismus und des kleinlichen Branchenegoismus bedeuten, haben wir den Hauptschlüssel zum Verständnis der Niederlage unserer Partei gefunden. Teilweise sind unsere Wähler zur SPD. gegangen und teilweise zu den Klassenparteien rechts, in der Meinung, ihre Wirtschaftsinteressen besser dort vertreten zu sehen. Alles in allem müssen wir feststellen, daß unsere sachliche ernste politische Arbeit nicht die Würdigung im Volk gefunden hat, die wir erhofften.

Statt des ruhigen Gleichmaßes organisatorischer Entwicklung erlebten wir durchweg bewegte Zeiten. Nach den Maiwahlen des vorigen Jahres waren weite Kreise der Partei von starkem Pessimismus für die Zukunft erfüllt, es ist erfreulich, daß diese Stimmung heute gewichen ist, denn die Mission der demokratischen Partei hat sich nicht in der Lösung einer zeitgeschichtlich gegebenen Teilaufgabe erfüllt. So heißt es nun, an die politische Arbeit und an den Ausbau unserer Organisation zu gehen. Wie steht es mit dieser?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0262

Die statistische Zusammenstellung der Zahlen ergibt folgendes Bild:

Die Gesamtzahl der Mitglieder beläuft sich auf 113 323, der Vertrauensleute auf 6243, der Ortsgruppen auf 1223. Gemessen an der Zahl unserer Wähler vom 20. Juni 1928 ergibt die Gesamtziffer der organisierten Mitglieder eine Relation von 7,6 Prozent. Mit Eifer, Energie und Fleiß müssen wir an die Arbeit gehen, wenn die Kommunalwahlen hinter uns liegen. Es ist noch nicht zu spät, aber an der Zeit. Den Jahren 1930 und 1931 müssen wir den Stempel zweier Arbeitsjahre organisatorischen Aufbaues aufdrücken, zumal es richtig ist, daß eine Wahl durch die Arbeit der Zwischenzeit entschieden wird. Die Eisenacher Tagung hat uns gute Richtlinien an die Hand gegeben. Die Reorganisationstätigkeit der beiden Arbeitsjahre wird durch die Reichsleitung verfolgt und beobachtet werden, um eine bis ins kleinste gegliederte Organisation zu schaffen. Die erste organisatorische Forderung gipfelt in der Erhöhung unseres Mitgliederbestandes auf mindestens 160 000 Mitglieder. Es entfallen somit auf jedes Jahr 20 000 neue Werbungen. Wir müssen die niedrige und selbst unserem schlechten Wahlresultat keineswegs entsprechende Hunderttausender-Linie verlassen, ein Ziel, das unbedingt erreicht werden muß und kann. Die Mitgliederzahlen stellen die Machtgrundlage einer Partei dar und geben ihr Ansehen und Stoßkraft. Wir müssen den Mut haben, etwas zu wollen. Heute ist unser Unterbau viel zu locker, weil es an der straffen Organisation fehlt.

Zweitens müssen wir aus der finanziellen Not und Lähmung heraus. Ohne Straffheit und Ordnung der Finanzen keine Neuschaffung und Gestaltung der Organisation. Wir haben zwar viele Freunde, die gern politisieren, aber leider zu wenig Freunde, die die Kleinarbeit leisten wollen. Die Kleinarbeit gilt bei uns vielfach noch nicht als gesellschaftsfähig. und es wird vergessen, daß zum politischen Erfolge eine gute Organisation die Voraussetzung ist. Die Last der Alltagsarbeit tragen zu wenig Schultern.

Hierauf erstattete **Dr. Fischer** den **Kassenbericht.** Er wies darauf hin, daß die Deutsche Demokratische Partei aus dem demokratischen Gedanken heraus unbedingt ihr finanzielles Rückgrat in den Beiträgen der Mitglieder haben müsse.

Senator a. D. **Stubmann**-Hamburg erstattete den **Revisionsbericht** und schlug vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

In der Aussprache forderte **Külz** eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen, der Presse und den Landesorganisationen.

Von jungdemokratischer Seite wurden alsdann Reorganisationsvorschläge erörtert. Und es wurde im besonderen beklagt, daß die Abgeordneten zu wenig Arbeit in ihren Wahlkreisen leisten.

Angenommen wurde ein Antrag des Vorstandes, wonach der Parteitag künftig nur alle zwei Jahre stattfinden soll.

Weiter wurde angenommen ein Antrag, in dem festgestellt wurde, daß die Deutsche Demokratische Partei für das Berufsbeamtentum eintritt, und ein weiterer Antrag, der ein demokratisches Beamtenrecht fordert.

Über den nächsten Parteitag wurde mitgeteilt, daß eine Einladung der Stadt Stettin vorliege.

Gertrud **Bäumer** sprach alsdann das Schlußwort. Sie dankte den Badener Freunden für die musterhafte Vorbereitung des Parteitages. Sie dankte der Presse und den Parteibeamten und gab der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0263

Hoffnung auf ein neues Erstarken der Deutschen Demokratischen Partei Ausdruck. Ihre Rede klang in einem Hoch auf die deutsche Republik aus.

Zum Schluß dankte der Vorsitzende der badischen Landtagsfraktion, **Dr. Glockner**, Frau Dr. Gertrud Bäumer für die vornehme und geschickte Art der Geschäftsführung.

Damit wurde der Parteitag geschlossen.

Nebenveranstaltungen

Demokratische Wirtschaftstagung

Vor und neben dem Mannheimer Parteitag fand eine große Reihe von Veranstaltungen der D. D. P. statt, deren Fülle das rege Leben beweist, das innerhalb der Partei und aller ihrer Organe herrscht. Den Anfang machte eine demokratische Wirtschaftstagung auf der Molkenkur in Heidelberg, eine Sitzung der Ausschüsse für Handel, Industrie und Gewerbe sowie des Mittelstandes, die von annähernd 300 Teilnehmern besucht war. Neben Vertretern der Reichstagsfraktion sah man die preußischen Minister Dr. Höpker Aschoff und Dr. Schreiber, unter den Ehrengästen die führenden Nationalökonomen der Heidelberger Universität, Geheimrat Professor Dr. Alfred Weber und Professor Brinkmann. In Vertretung des erkrankten Vorsitzenden des Reichsausschusses, Geheimrats Dr. Wieland, M. d. R., eröffnete Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann **Fischer** die Verhandlungen, die stark unter dem Eindruck der Trauerbotschaft von Stresemanns Tod standen. Dr. Fischer widmete Stresemann folgende Worte: „Es gibt im Leben Augenblicke, wo die Gedanken auszusetzen scheinen und die Sprache versagt, um auszudrücken, was man empfindet, was man fühlt, was einen tief bewegt. Unser Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist heute früh mitten in der Arbeit verschieden. Ich sage in diesem Augenblick und in diesem Kreise nur das eine: Armes, geplagtes Vaterland! Stresemann ist der unvergängliche Dank der Deutschen Demokratischen Partei sicher!"

In den Begrüßungsansprachen des Vorsitzenden des Reichsmittelstandsausschusses **Bartschat**, des Vertreters der badischen Wirtschaft, Handelskammervizepräsidenten **Vögler**, Mitgliedes des Reichswirtschaftsrats, und des Vertreters der Heidelberger Parteiorganisation, Stadtrats **Hofheinz**, Mitgliedes des Badischen Landtages, kam die starke Verbundenheit modernen deutschen Unternehmertums mit der Republik zum Ausdruck. Die Kritik an der Wirtschaftsführung der deutschen Politik der letzten Jahre wurde nicht unterdrückt, aber es war eine fruchtbare Kritik.

In einem grundsätzlichen Referat über **Wirtschaft und Demokratie** erörterte Generaldirektor **Dechamps**-Oberhausen die Probleme der Betriebsverfassung, die neuerdings durch die Agitation der freien Gewerkschaften für eine Wirtschaftsdemokratie, die den Übergang zum Sozialismus und zur Diktatur des Proletariats herbeiführen will, aktuell geworden ist. Die Wirtschaft bestehe aus dem Zusammenspiel der drei Faktoren: Arbeit, Unternehmergeist und Kapital. Der Begriff der Wirtschaftsdemokratie versuche den Faktor Unternehmer auszuschalten und seine Funktion auf den Faktor Arbeit zu übertragen. Der Redner wies besonders auf die große Gefahr hin, daß durch eine Propaganda dieser Art Wirtschaftsdemokratie die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0264

Kapitalbeschaffung, insbesondere im Ausland, für die deutsche Wirtschaft erschwert werde. Aus den Ergebnissen der Betriebsstatistik wies er dann nach, daß immer noch die Mittel- und Kleinbetriebe das eigentliche Rückgrat der Wirtschaft bildeten, so daß es falsch sei, die Wirtschaftspolitik einseitig am Großbetriebe zu orientieren.

In einem groß angelegten Referat behandelte sodann der frühere Reichsfinanzminister Peter **Reinhold** den **Youngplan** und seine wirtschaftlichen Konsequenzen. Reinhold beschäftigte sich besonders eingehend mit dem Zusammenhang zwischen dem Reparationssystem des neuen Plans und der deutschen Exportwirtschaft, der durch die Tatsache der ungeschützten Transferquote sowie durch die Beschränkung der Sachlieferungen auf einen langsam fallenden Betrag verschärft werde. Es sei Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik, sowohl hinsichtlich der inneren Vorbelastung als auch bei allen den Fragen, die die Anpassungsfähigkeit des Produktionsapparates an die veränderten Ansprüche ausländischer Märkte betreffen, den Exportnotwendigkeiten Rechnung zu tragen. Ebenso sei noch mehr als bisher die innere Kapitalbildung der deutschen Wirtschaft durch den Youngplan zu einem, vielleicht zu dem Zentralproblem der Wirtschaftspolitik geworden, von dessen Lösung die Zukunft des deutschen Volkes abhängt, und dem sie eine umfassende Finanzreform, deren Richtlinien Reinhold kurz kennzeichnete, zu widmen hat.

In einem Referat über **Sozialpolitische Reformnotwendigkeiten** knüpfte der preußische Landtagsabgeordnete Ehrenobermeister **Kniest-Kassel** an die Ausführungen seiner Vorredner an. Der Youngplan verlange vor allem, weil er gewisse Sicherheiten des Dawesplans nicht mehr biete, daß der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, sich innerlich auf einen Wettkampf mit ausländischen Wirtschaften einzustellen. Alle schematisierenden Vorschriften der Steuerpolitik, sowie der Sozialpolitik, alle Eingriffe der öffentlichen Hand in das freie Erwerbsleben, die die Tendenz haben, die Schaffenskraft der Einzelpersönlichkeit zu unterbinden, um die Wirtschaft zu bürokratisieren, müssen unter diesem Gesichtspunkt einer Revision unterzogen werden. Der Redner beschäftigte sich besonders mit den Gefahren, die der vorliegende Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes für den gewerblichen Mittelstand, namentlich für Handwerk und Einzelhandel, erkennen lasse. Auch in diesem Gesetzentwurf zeige sich die Befangenheit des Gesetzgebers in den Vorstellungen, die der Großbetrieb vermittelt, und die auf die Mehrheit der deutschen Erwerbsbetriebe nicht passe.

Die Diskussion wurde durch eine ausführliche Behandlung der finanzpolitischen Reformfragen durch den Generalsekretär Mosich-Berlin eingeleitet und behandelte insbesondere die Finanzprobleme der nächsten Zukunft.

* * *

Kundgebung in Heidelberg

Am Donnerstag abend fand eine öffentliche Kundgebung im überfüllten Saal der „Harmonie" in Heidelberg statt. Auch diese Kundgebung stand unter dem Eindruck des plötzlichen Hinscheidens von Stresemann.

Der preußische Finanzminister **Höpker Aschoff** widmete dem Außenminister einen herzlichen Nachruf, den die Versammlung stehend anhörte. Stresemann hat sich verzehrt in der Arbeit um das Vaterland bis in die letzten Tage. Sechs Jahre lang hat er jene Politik

unablässig verfolgt, die durch Opfer zur Freiheit führt. Er hat diese Politik nicht ohne Erfolg getrieben, nach innen und nach außen hat er die Wege der Verständigung gesucht. Wir aber beugen uns in dieser Stunde vor des Todes Majestät.

Stresemanns Tod hat auch Schatten über unsere Arbeit geworfen. Wie im Kriege gilt aber auch jetzt das Wort „Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen." Daß es lebe, ist der Sinn unserer Arbeit. Zwei Außenminister haben sich für die Republik geopfert, Rathenau fiel durch die Verbrecherkugel, Stresemann raffte eine tückische Krankheit hinweg. Er ging in seiner Politik von den Grundsätzen aus, die auch den Freiherrn vom Stein bewegten, durch Opfer Bewegungsfreiheit wieder zu erringen, und seine größte und tapferste Tat war, daß er aus der bittersten Erkenntnis der Notwendigkeit heraus das Ruhrunternehmen beendete.

Die außenpolitischen Probleme bleiben bestehen. Der Kampf tobt bitterer denn je. Hugenberg ruft zum Kampf gegen den Youngplan. Er will den Gegnern den Youngplan vor die Füße werfen. Was würde das Ende sein? Die Zeichen des Ruhrkampfes schrecken. Kein fremder Soldat würde die dritte Zone räumen, und die erneute politische Demütigung wäre das Ende. Die Proklamation einer solchen Politik erfolgt aber nicht um der Außenpolitik, sondern um der Innenpolitik willen. Wir wissen, daß der Youngplan uns noch schwere Lasten auferlegt, aber in der reparationspolitischen Entwicklung darf doch nicht vergessen werden, daß einstmals die Gegner 300 Milliarden Mark an Schäden aufgerechnet hatten, die wir wieder gutmachen sollten.

Eine Annahme des Youngplanes ist allerdings nur unter gewissen Voraussetzungen zu empfehlen, vor allem brauchen wir, von einer technischen Finanzreform abgesehen, eine starke Führung und ein tiefes Verantwortungsbewußtsein der Parteien. Eine Regierung, die in die Abhängigkeit von Fraktionen gerät, ist nicht in der Lage zu führen. Eine Regierung muß versuchen, unter Umständen auch den Widerstand des Parlaments zu brechen, und dann, wenn das nicht gelingt, die notwendigen Folgen daraus ziehen. Wir sehen mit Schrecken die Entwicklung zur Auflösung der Parteien in berufsständische Interessen. Ein solches Parlament bedeutet den Kampf aller gegen alle. Das ist das Entscheidende, daß die Parteien den Staatsgedanken über die berufsständischen Interessen stellen. Die oft gepredigte Diktatur ist doch nichts anderes als der Ausbruch der Ratlosigkeit und Verzweiflung. Höpker Aschoff erinnerte in diesem Zusammenhang an das Wort, das Hölderlin den Empedokles sprechen läßt: „Euch ist nur zu helfen, wenn Ihr Euch selber helft." Führertum zu ermöglichen, die Verantwortung zu tragen, das ist der Sinn der Demokratischen Partei, die sich darum mit Recht nennen darf die Staatspartei der Deutschen Republik.

Alsdann grenzte Gertrud **Klausner** die Aufgaben der Demokratischen Partei von denjenigen der anderen Parteien ab. Sie zeichnete das sittliche Fundament der demokratischen Arbeit und schilderte in beredten Worten die Entwicklung zur Demokratie.

Theodor **Heuß**, der für den durch die politische Arbeit verhinderten Grafen Bernstorff sprach, wies auf die verantwortungsvolle Arbeit hin, die dieser demokratische Diplomat für das Deutschland der Nachkriegszeit geleistet hat. Die Arbeit im Völkerbund ist notwendig. Freilich ist das Völkerbundsstatut nur ein Kursbuch. Auf die Kursbücher allein aber kommt es nicht an, denn sie können Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0266

spätungen und Katastrophen nicht verhindern. Auf die Männer kommt es an und auf ihren Tatwillen.

* * *

Kundgebung für den freien Rhein

„Der Rhein wird frei" — das war der Grundgedanke der demokratischen Kundgebung am Freitag abend, die den mächtigen Nibelungensaal in Mannheim bis auf den letzten Stehplatz füllte.

Amtsgerichtsrat **Wolfhardt,** Mannheim, begrüßte die nach Tausenden zählende Menge. Er erinnerte daran, daß vor 17 Jahren im gleichen Saale Friedrich Naumann gesprochen hat. Damals predigte er das große Ziel der Vereinigung des nationalen mit dem sozialen Gedanken, um das man noch heute in mühevollem Kampfe ringe.

Reicher Beifall dankte dem Vertreter der besetzten Gebiete, Oberbürgermeister **Weiß,** Ludwigshafen, der nicht nur von der Not des besetzten Gebietes sondern von der Hoffnung auf Befreiung sprach, von der Hoffnung auf den Fall der letzten Schranken, die die innere Verbundenheit mit dem Reiche gehemmt haben. Seine Worte klangen aus auf das Deutschlandlied, das von der Versammlung stehend gesungen wurde.

Auch die Führerin der deutschen demokratischen Frauen, Dr. Gertrud **Bäumer,** sprach von der Befreiung des Rheinlandes, sprach darüber aus dem Gesichtspunkt des unbesetzten Deutschland heraus, und feierte das Ende der Leidenszeit des Rheinlandes als den Beweis für die Überwindung der Gewalt durch den Geist.

Jugendlich temperamentvoll sprach dann der Reichstagsabgeordnete Ernst **Lemmer.** Ihm ist die Rheinlandbefreiung nicht Abschluß sondern Anfang einer selbständigen kraftbewußten deutschen Außenpolitik. Nur ein in sich einiges starkes Volk kann sich in der Welt durchsetzen. Er wandte die Blicke vom Rhein zur Weichsel, von der Not des Westens zur Not im Osten. Er verkündete den Glauben an Deutschland.

Feierliche Musik umrahmte die Reden. Die Kundgebung der Demokraten am freien Rhein war eine nationale Feierstunde im edelsten Sinne des Wortes.

* * *

Gründung eines Ausschusses für die freien Berufe

Am Sonnabend, dem 5. Oktober, erfolgte zu Mannheim im Großen Festsaal der „Harmonie" die Gründung eines Ausschusses der freien Berufe bei der Deutschen Demokratischen Partei. Auf Grund eines Aufrufes, der von führenden Persönlichkeiten des geistigen Lebens Deutschlands, u. a. von Gerhart Hauptmann, Max Liebermann, Heinrich Mann, Thomas Mann, Professor Hans Pölzig, Peter Behrens, Professor von Parseval und Agnes von Zahn-Harnack unterschrieben war, hatte sich eine sehr große Anzahl von Angehörigen der freien Berufe versammelt, um die Konstituierung des Ausschusses zu vollziehen. Der Sitzung, die unter Leitung des demokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Leon **Zeitlin** stattfand, der als Vertreter der freien Berufe dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat seit seiner Gründung angehört, wohnten zahlreiche Mitglieder des Vorstandes der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion, an erster Stelle Koch-Weser, außerdem Ludwig Haas, Gertrud Bäumer, Marie Elisabeth Lüders, Justizrat Falk, Dr. Bohner, Dr. Grzimek u. a. bei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0267

Der Vorsitzende begrüßte die aus allen Teilen zahlreich erschienenen Teilnehmer und führte aus, daß sich ein Zusammenschluß gerade der Angehörigen der freien Berufe, die der Demokratischen Partei angehören, unter den verschiedensten Gesichtspunkten als notwendig erwiesen hätte. Es handele sich nicht nur darum, einen repräsentativen Ausschuß zu schaffen, sondern eine Fülle praktischer Probleme von einschneidender wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung drängen nach Lösung. Dr. Zeitlin wies darauf hin, daß sich gerade bei der Frage der Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer deutlich gezeigt habe, wie dringend notwendig es für die freien Berufe sei, sich dem Schutz einer Partei anzuvertrauen, die für ihre wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse Interesse und Verständnis besäße. Die Frage eines numerus clausus bei der Anwaltschaft, die Tendenz, den Ärztestand zu bürokratisieren, die Probleme des urheberrechtlichen Schutzes für Schriftsteller und bildende Künstler, die Notwendigkeit der Schaffung von Standesvertretungen für wichtige Gruppen der freien Berufe, alle diese Momente zeigten deutlich, wie notwendig es sei, sich der in den Parlamenten gar nicht oder nur sehr ungenügend vertretenen Interessen der freien Berufe anzunehmen.

Im Laufe der sehr anregenden Aussprache begrüßten insbesondere Reichsminister a. D. Koch-Weser und Justizrat Falk, Köln, sowohl in ihrer Eigenschaft als Angehörige eines freien Berufsstandes als auch als Fraktionsführer den Gedanken eines derartigen Zusammenschlusses, der eine Notwendigkeit sei, um den freien Berufen, die Gefahr liefen, innerhalb der großen Wirtschaftskämpfe aufgerieben zu werden, einen Halt zu gewähren. Frau Dr. Gertrud Bäumer wies auf die Möglichkeiten eines fruchtbaren Zusammenarbeitens zwischen dem beabsichtigten Ausschuß und dem unter ihrer Leitung stehenden Kulturausschuß hin, während Frau Marie-Elisabeth Lüders zum Ausdruck brachte, wie groß der Kreis derer sei, die an einem solchen Ausschuß Interesse hätten, und daß man sich bei der Festlegung des Begriffs des freien Berufs von kleinlicher Begrenzung und Einschränkung fernhalten müsse. Von besonderem Interesse für die Versammlung waren die Mitteilungen, die Rechtsanwalt Eichholz, Hamburg, über die Organisation und die Arbeiten des in Hamburg schon bestehenden Ausschusses der freien Berufe machte. Danach ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit ebenfalls eine möglichst weitherzige und großzügige Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Kreise. Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Struve, Kiel, äußerte sich vom Standpunkt des Arztes aus, wie sehr es als Mangel empfunden würde, daß gerade die Ärzteschaft in ihrem täglich schwerer werdenden Kampfe, in freier Berufsarbeit die idealen Aufgaben ihres Standes erfüllen zu können, so wenig Verständnis und Unterstützung in den Parlamenten gefunden hätte. Auch er erblickt in der Demokratischen Partei diejenige, die entscheidend berufen ist, die Partei der freien Berufe zu sein. Über die Erfahrungen in Köln sprach Justizrat Mannheimer. Dr. Linnert, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Zahnärzte in Nürnberg, trat gleichfalls mit allem Nachdruck für die Schaffung eines solchen Ausschusses ein, hielt aber eine klare Abgrenzung des Begriffs freier Beruf für wünschenswert, um nach Möglichkeit innere Gegensätzlichkeiten zu vermeiden. Das Mitglied des Parteivorstandes, Rechtsanwalt Dr. Frankfurter, machte zwar auf die organisatorischen Schwierigkeiten aufmerksam, die zu überwinden wären, wenn positive und praktische Arbeit geleistet werden solle. Die Not der freien Berufe dränge aber unbedingt nach Abhilfe und man solle daher den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0268

Versuch machen, wobei aber unbedingt erwartet werden müsse, daß die Partei dem neuen Ausschuß jede weitgehendste Förderung zuteil werden läßt.

Nachdem zur Frage der Organisation dieses Ausschusses noch Dr. Eyck, Berlin, und Abgeordneter Dr. Grzimek gesprochen hatten, der bei dieser Gelegenheit dem Vorsitzenden den Dank der Versammlung zum Ausdruck brachte, erklärte sich auf Grundlage eines Antrages von Dr. Frankfurter der Ausschuß der freien Berufe bei der Deutschen Demokratischen Partei für gebildet. Es wurde fernerhin beschlossen, einen Arbeitsausschuß mit dem Auftrag der Organisation des Hauptausschusses und der lokalen Unterausschüsse so vorzubereiten, daß spätestens innerhalb dreier Monate die endgültige Konstituierung erfolgen könne. Der Arbeitsausschuß setzt sich zusammen aus den Herren Rechtsanwalt Dr. Beutner, Berlin; Rechtsanwalt Dr. Eichholz, Hamburg; Rechtsanwalt Dr. Eyck, Berlin; dem Abgeordneten Dr. Grzimek; Professor Dr. Lennhoff, Berlin; Dr. Linnert, Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Zahnärzte, Nürnberg; Dr. med. Struve, Kiel; Frau von Zahn-Harnack und Abgeordneten Dr. Zeitlin, Berlin.

* * *

Tagungen der Sonderausschüsse

Am Sonnabend abend tagte die Mehrzahl der Sonderausschüsse der Demokratischen Partei.

Der **Reichsfrauenausschuß** und die demokratischen Frauen Mannheims hatten im Rahmen des Reichsparteitages für Sonnabend abend zu einer Zusammenkunft eingeladen, an der auch Frau Abgeordnete Marie Elisabeth Lüders teilnahm. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache der Vorsitzenden des Reichsfrauenausschusses, Frau Abgeordnete Dönhoff, Soest, sprach Frau Dr. Ulich-Beil, Dresden, über „Frauen und Wahlreform". Was gewinnen wir Frauen von einer Änderung des geltenden Wahlrechts? Würden wir dabei größeren politischen Machteinfluß gewinnen können oder nicht? Wird die politische Erziehung und Schulung der Frauen in einem anderen Wahlsystem leichter sein als unter dem heutigen? Das waren die Fragen, von denen die Referentin ausging. Die Frauen stehen den Wahlrechtsreformvorschlägen zurückhaltend und skeptisch gegenüber. Bei der Erörterung der verschiedenen Möglichkeiten für eine Änderung des bestehenden Wahlrechts, übersieht man immer, daß die Entwicklung eines Jahrhunderts sich nicht einfach wieder zurückbiegen läßt. Man täuscht sich über die Möglichkeit der Einflußnahme der Persönlichkeit, man überschätzt sie insofern, als heute als Faktum ausschlaggebend für die Entscheidung bei der Wahl Berufs- und Weltanschauungsfragen sind. Im Vergleich der Vorzüge und Nachteile des Proporz- und Mehrheitswahlsystems gegeneinander darf nicht etwa angenommen werden, daß ein neues Mehrheitswahlrecht auch unbedingt Einfluß auf die Qualität der Abgeordneten haben müßte, wohingegen es andererseits Aussicht auf größere Aktivität des Wählers bietet. Woran krankt das geltende Wahlrecht? Es gibt angebliche Mängel und auch wirkliche. Zu den ersteren gehört die Klage über die mangelnde Verbindung der Abgeordneten mit der Wählerschaft. Man darf aber nicht übersehen, daß wir mit den Erfahrungen dieses Wahlrechts noch ziemlich am Anfang stehen, das läßt berechtigt annehmen, daß mit der Zeit auch dieser beklagenswerte Übelstand überwunden werden kann. Dagegen wies die Referentin auf einen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0269

anderen, wirklichen Mangel des bestehenden Wahlrechts hin, nämlich den der gebundenen Liste. Um zu einem wirklich freien Wahlrecht zu kommen, muß man von der gebundenen Liste zur freien übergehen. Den Frauen bietet nur das Proporz-Wahlsystem Aussichten für die Mitarbeit im Parlament. — Es folgte eine sehr lebhafte Aussprache, an der sich Frauen aus allen Teilen des Reiches beteiligten.

Über 120 Beamtinnen und Beamte waren zu der Tagung des **Reichsbeamtenausschusses** der Deutschen Demokratischen Partei erschienen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden Gerhard Vogt nahm der preußische Finanzminister Höpker Aschoff zu den in der Öffentlichkeit verbreiteten Mitteilungen über die Kürzung der Beamtengehälter Stellung. Er verwies darauf, daß das preußische Finanzministerium seinerzeit gleich beim ersten Auftauchen dieser Gerüchte dagegen Stellung genommen habe. An den Gerüchten sei nichts wahr, und es sei etwas Derartiges auch nicht beabsichtigt, nach seiner Auffassung auch gar nicht möglich, wenn man ein berufsfreudiges Berufsbeamtentum, das im Interesse des Staates notwendig ist, erhalten will. Die Kaufkraft der Beamtengehälter habe noch nicht den Wert der Vorkriegsbezüge.

In der Debatte über die Reichsbahn, in die der Reichstagsabgeordnete Schuldt, Steglitz, sehr aktiv eingriff, kam die ernste Sorge um das größte wirtschaftliche Unternehmen und seines Beamtenkörpers zum Ausdruck. Die Kontrollmöglichkeit und das Einspruchsrecht der Reichsregierung müsse unter allen Umständen erhalten und gegenüber dem jetzigen Zustand noch verstärkt werden. Die demokratischen Beamten erkennen dankbar die Haltung der Partei in dieser Frage an. Bürgermeister Heßlein nahm zu dem Wirtschaftsprogramm Dr. Stolpers Stellung und widerlegte dessen Ausführungen bezüglich der Einsparung von 40 000 Beamten, die in dieser Form nicht möglich sei. Heßlein nahm scharf Stellung gegen die sogenannte „Beamtenwirtschaft", die in Wirklichkeit keine gemeinnützige sei und der Beamtenschaft in der übrigen Bevölkerung nur Schaden zufüge. Abgeordneter Barteld schloß sich diesen Ausführungen an. Die Beamtenschaft habe allen Anlaß, solche Unternehmungen zu meiden, sie sollte ihre Einkäufe in solchen Geschäften besorgen, die ihr wirkliches Gesicht zeigen. Die Stärkung des gewerblichen Mittelstandes sei besonders dringlich. Andere Redner schlossen sich diesen Forderungen an.

Der **Reichsarbeitnehmer-Ausschuß** der Deutschen Demokratischen Partei beschäftigte sich in seiner Sondertagung, nach einem von dem Geschäftsführer Dr. Rauecker erstatteten Geschäftsbericht, im wesentlichen mit den Darlegungen Dr. Gustav Stolpers über das Wirtschaftsprogramm der Deutschen Demokratischen Partei. Er brachte in zahlreichen Punkten seine von den Thesen Dr. Stolpers abweichende Meinung zum Ausdruck und forderte ein stärkeres Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmergruppe der Partei im Vorstand wie in dem zur Weiterberatung des Wirtschaftsprogramms eingesetzten Sonderausschuß.

Über die Tätigkeit des **Kulturausschusses** der Deutschen Demokratischen Partei in den Jahren 1928 und 1929 berichtete Frau Dr. Gertrud Bäumer, insbesondere über seine Mitarbeit im Kampf um das Reichsschulgesetz und über die dem Reichstag zurzeit vorliegenden Bildungsgesetzentwürfe (Entschädigung für Privatschulen, Lichtspielgesetz-Novelle). Über die durch eine Reichsvereinheitlichung entstehenden Probleme für das Schulwesen (Berechtigungswesen, Schülerauslese usw.) und den kulturpolitischen Austausch mit dem Ausland

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0270

und andere Aufgaben des Ausschusses fand eine Aussprache statt, im wesentlichen zur Vorbereitung künftiger näherer Behandlung dieser Fragen. Dr. Varrentrapp berichtete über Zusammensetzung und letzte Arbeiten des Kirchenausschusses. Ferner wurden Vorschläge für die künftige Arbeitsart des Kulturausschusses besprochen.

Unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Rönneburg trat der **Agrarausschuß** der Deutschen Demokratischen Partei zu einer Sitzung zusammen. Im Geschäftsbericht, den Rudolf Lantzsch, Stettin, erstattete, konnte ein erfreulicher Fortschritt im Ausbau der Organisation des Agrarausschusses festgestellt werden. Der Ausschuß beschäftigte sich sodann neben organisatorischen Fragen besonders eingehend mit der gegenwärtigen Notlage der Landwirtschaft und den zu ihrer Behebung notwendigen Hilfsmaßnahmen. In einer einmütig angenommenen Entschließung wurde Minister Dietrich für seine unermüdliche, erfolgreiche Arbeit im Interesse des deutschen Landvolkes gedankt und zugleich die Bitte an ihn gerichtet, seine Arbeit allen Anfeindungen zum Trotz im gleichen Geiste wie bisher fortzusetzen. Der Agrarausschuß hofft, daß Minister Dietrich, um seine Arbeit zu einem wirklichen Erfolg zu führen, seinem Ministerium noch lange erhalten bleibt.

Die Aussprache über die Notlage der Landwirtschaft, in der eindringlich der Ernst der Lage zum Ausdruck kam, fand in einer Entschließung ihren Niederschlag, in der neben der Fortsetzung der Reformpolitik Minister Dietrichs in der Preis-, Kredit- und Absatzfrage schleunige Hilfsmaßnahmen für die Erhöhung der Preise für Vieh, sowie für alle Brotgetreidearten und eine sofortige steuerliche Entlastung der Landwirtschaft gefordert werden. Diese Entlastung soll bestehen in der Aufhebung der Rentenbankgrundschuldzinsen, in einer mindestens um die Hälfte verringerten Ansetzung der Einheitswerte für die Veranlagung zur Vermögenssteuer und vor allem in einer wesentlichen Senkung der Realsteuern (Grundvermögenssteuer), die allein durch eine Erhöhung der Genußmittelsteuern auf Tabak und Alkohol ermöglicht werden kann.

Der **deutschdemokratische Presseverein** hielt seine Generalversammlung ab, die besonders von süddeutschen Kollegen zahlreich besucht war. Der Vorsitzende, Chefredakteur Nuschke, erstattete den Geschäftsbericht. Zahlreiche Neuanmeldungen lassen eine Erstarkung nicht nur des Vereins, sondern auch der demokratischen Presse erhoffen. Die badische Vereinigung demokratischer Journalisten will sich dem Presseverein körperschaftlich anschließen. Es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, die demokratischen Redakteure auch sonst im Reiche, wo sie zahlreicher vertreten sind, landschaftlich zusammenzufassen, mindestens zu gemeinsamer Aussprache. Die Stellenvermittlung soll, wie bisher, aufrecht erhalten bleiben. Da die Kassenverhältnisse gesund sind, soll der Mitgliedsbeitrag nur bei Bedarf für 1929 eingehoben werden.

Beschlüsse des Parteitages

Der Parteitag der D. D. P. beauftragt die Reichstagsfraktion der D. D. P., alle geeigneten Schritte zu tun, um die Vorlage eines Gesetzes über die reichsrechtliche Regelung des gesamten Kraftverkehrs durch die Reichsregierung zu veranlassen.

Das zu erstrebende Gesetz hat insbesondere wirksame Maßnahmen gegen Gewissenlosigkeit, Leichtsinn und Rücksichtslosigkeit im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0271

Kraftverkehr zu treffen, da die Gefährdung von Volksgesundheit und Volksvermögen durch unverantwortlich geführten Kraftverkehr immer stärker und unerträglicher wird.

*

Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei bittet die demokratische Reichstagsfraktion, sich für eine Reform des parlamentarischen Regierungssystems in Richtung einer sinngemäßen Anwendung der Weimarer Verfassung einzusetzen. Vor allem hält der Reichsparteitag es für notwendig, daß die Bestimmungen der Reichsverfassung bei der Regierungsbildung beachtet werden, daß der verfassungsmäßig festgelegte Einfluß des Reichspräsidenten und des von ihm ernannten Kanzlers gewährleistet wird. Die sich immer mehr bemerkbar machenden Bestrebungen einzelner Fraktionen, auf die personelle Zusammensetzung der Regierung und ihr Programm schon während der Regierungsbildung maßgebenden Einfluß zu gewinnen, sind nicht nur verfassungswidrig, sondern erschweren unnötig die Verhandlungen und führen zu unliebsamen Verzögerungen und Schwächungen in der Reichspolitik, die nicht im Wesen eines wohlverstandenen Parlamentarismus liegen und dem Ansehen der Republik schaden. Im Zusammenhang mit diesen Fragen bittet der Reichsparteitag die Reichstagsfraktion, auch die Möglichkeiten einer Reform des Gesetzes zur Regelung der Ministerpensionen zu prüfen. Eine der Notzeit des deutschen Volkes entsprechende Regelung auch dieser Frage liegt im Sinne wirklicher Demokratie.

*

Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei hält es angesichts der Fälle Raiffeisenbank, Sklarek usw. für geboten, nicht nur jede Korruption im öffentlichen Leben schonungslos aufzudecken und zu verfolgen, sondern auch alle vorbeugenden Maßnahmen zu treffen, um Korruptionsmöglichkeiten auszuschalten.

Der Parteitag fordert deshalb, daß bei der Zusammensetzung aller zur Vorbereitung und zum Abschluß von Verträgen mit der Privatwirtschaft berufener Organe von Reich, Ländern, Kommunen und mit öffentlichen Geldern betriebenen Genossenschaften durch genaueste Sichtung der Personen dafür gesorgt wird, daß Konflikte zwischen der Wahrnehmung öffentlicher und privater Interessen vermieden werden.

*

Der Parteitag stellt fest, daß die Forderung der Kriegsdienstverweigerung von der Deutschen Demokratischen Partei verworfen wird.

*

Der Parteitag zu Mannheim bestätigt die Richtlinien zum Einheitsstaat, die der im Auftrage des Hamburger Parteitages eingesetzte Ausschuß ausgearbeitet hat. Die Deutsche Demokratische Partei fordert unbeschadet der Frage der alsbaldigen Verwirklichung und insbesondere der Notwendigkeit von Zwischenlösungen 1. daß neben der Souveränität des Reiches keinerlei Souveränitätsmerkmale bei den Gliedstaaten verbleiben; 2. daß die territoriale Gestaltung der Gliedstaaten grundsätzlich nach den Bedürfnissen der Gegenwart in Kultur, Wirtschaft und Verkehr zu erfolgen hat.

*

Die D. D. P. hält es nach wie vor für ihre besondere Aufgabe, alle Arbeiten nachdrücklich zu unterstützen, die geeignet sind, die wirt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0272

schafts- und handelspolitischen Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, die Zollschranken abzutragen, die Handelsverbote aufzuheben und die Methoden des indirekten Protektionismus zu beseitigen.

Die D. D. P. begrüßt deshalb lebhaft den Beschluß des Reichstags vom 3. Oktober 1929 zur Ratifikation des internationalen Abkommens über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote. Sie wird die Bemühungen zur internationalen Sanierung der Kohlenwirtschaft sowohl wie zur Einführung eines zweijährigen Zollfriedens eifrig unterstützen.

Die D. D. P. legt ferner Wert darauf, daß alle zollpolitischen Einzelmaßnahmen besonders sorgfältig daraufhin geprüft werden, ob und inwieweit sie geeignet sind, den Abschluß langfristiger Handels- und Zollverträge und damit den Wirtschaftsfrieden unter den Völkern zu fördern oder zu hemmen.

*

Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei ersucht die Reichstagsfraktion, auf die deutsche Reichsregierung einzuwirken, daß sie, entsprechend der Entschließung des Reichstags, bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen sich nachdrücklichst dafür einsetzt, daß der Einfluß des Reiches auf die deutsche Reichsbahn weitestgehend verstärkt und keiner Bindung zugestimmt wird, die dieser im Interesse des Volksganzen zu erhebenden Forderung entgegensteht.

*

Die Freigabe der überschüssigen Liquidationserlöse ist eine wichtige Vorbedingung für eine völlige und dauerhafte Versöhnung zwischen Deutschland und England. Ohne die Sicherheit von Kapitalsanlagen im Auslande, wie sie vor dem Weltkriege bestanden hat, ist eine gesunde Entwicklung der Weltwirtschaft nicht möglich. Die englische Politik muß endlich der Notwendigkeit, das Privateigentum für den Kriegsfall völkerrechtlich zu sichern, auch im eigenen Interesse Rechnung tragen.

*

Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei bekennt sich erneut zu dem Grundsatz, daß auch im demokratischen Staatswesen ein unparteiisches, in seiner Stellung gesichertes Berufsbeamtentum die stärkste Stütze der Staatsverwaltung ist. Der Reichsparteitag bedauert die in letzter Zeit vielfach aufgetretenen Bestrebungen auf Zurückdrängung und Beseitigung des Berufsbeamtentums in einzelnen Zweigen der öffentlichen Verwaltung. Er erwartet, daß alle Parteimitglieder, insonderheit die Mitglieder der Parlamente und die in Reichs- oder Landesregierung an führender Stelle tätigen Mitglieder sich mit allen Kräften für die Stärkung und Förderung des deutschen Berufsbeamtentums einsetzen.

*

Die Rechtsverhältnisse der Beamten erfordern dringend eine baldige Neugestaltung. Obwohl die Reichsverfassung eine allgemeine von einheitlichen Grundgedanken getragene Neuregelung der Beamtengesetze in Aussicht gestellt hat, ist es bisher nicht gelungen, auf diesem Gebiete etwas Neues zu schaffen. Der Reichsparteitag der D. D. P. betont, daß die Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Beamten eine der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung im neuen Staatswesen ist. Er erwartet, daß in nächster Zeit mehr als bisher dieser Frage Beachtung geschenkt wird. Der von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0273

der deutschen demokratischen Reichstagsfraktion im Reichstage eingebrachte Entwurf eines deutschen Beamtengesetzes wird als geeignete Grundlage für die gesetzgeberische Arbeit angesehen.

*

Satzungs-Änderungen

Teil 2 des Abschnittes 3 des § 10 der Parteisatzung vom 6. 12. 25 wird wie folgt geändert:

Im besonderen Wahlgang wählt der Parteitag auf Vorschlag des Parteiausschusses den Vorsitzenden der Partei und vier Stellvertreter, sowie den Vorsitzenden des Vorstandes. Der Parteivorsitzende ist gleichzeitig der Vorsitzende des Parteiausschusses. Der Parteivorsitzende oder einer seiner Stellvertreter kann gleichzeitig Vorsitzender des Vorstandes sein.

*

Der Satz 1 des § 11 der Parteisatzung vom 6. 12. 25 wird wie folgt geändert.

Der ordentliche Parteitag tritt mindestens alle zwei Jahre zusammen.

*

Der Abschnitt 1 des § 18 der Parteisatzung vom 6. 12. 25 wird wie folgt abgeändert:

Der Vorstand besteht aus höchstens fünfzig Mitgliedern, dem Vorsitzenden der Partei, seinen Stellvertretern und dem Vorsitzenden des Vorstandes, falls ein solcher abweichend vom Parteivorsitzenden gewählt ist. Der Vorsitzende des Vorstandes beruft und leitet die Vorstandssitzungen. 17 Vertreter sollen ihren Wohnsitz in Groß-Berlin haben, 23 im Reiche. Der Vorstand hat das Recht der Zuwahl von 10 Mitgliedern. Der Leiter der Reichsgeschäftsstelle und die Geschäftsführerin des Reichsfrauenausschusses haben als solche im Vorstand Sitz und Stimme.

Dem Parteivorstand wurden überwiesen:

ein Antrag des Ortsvereins Hamburg über die Schaffung einer Aufklärungsschrift über die Wirkungen des Giftgases;

ein Antrag Bad Oldesloe (Forderungen an Reichswehr und Beamte, Schaffung eines Programms von Zukunftsaufgaben der Partei, Spende von 50 000 RM. für diesen Zweck).

Dem Ausschuß für das Wirtschaftsprogramm wurden überwiesen:

ein Antrag Kuzlowski, Hamburg, über Forderungen demokratischer Wirtschaftspolitik;

ein Antrag des Ortsvereins Hamburg über die Stellung der freien Berufe;

Richtlinien der Jungdemokraten für ein demokratisches Wirtschaftsprogramm.

Dem Organisationsausschuß wurden überwiesen:

ein Antrag des Landesverbandes Hessen über die Mitgliedschaft der Vorsitzenden der Wahlkreisverbände im Parteivorstand;

Leitsätze der Jungdemokraten zur Reorganisation der Partei.

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0274

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 5. November 1929 Nummer 21

Postscheckkonto der Deutschen Demokratischen Partei ist: Berlin 56108

Vorstandschaft der D.D.P.

nach den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages

Vorsitzender der Partei:

Koch-Weser, Erich, Reichsminister a. D., M. d. R., Berlin.

Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Bäumer, Gertrud, Ministerialrat, M. d. R., Berlin.

Erkelenz, Anton, M. d. R., Schriftleiter, Berlin-Zehlendorf.

Dr. Fischer, Hermann, Rechtsanwalt und Notar, M. d. R., Berlin.

Dr. Hellpach, Willy, Staatspräsident a. D., Prof., M. d. R., Heidelberg.

Ehrenvorsitzende der Partei:

Dr. Hieber, Johannes, Staatspräsident a. D., M. d. L., Stuttgart.

Dr. h. c. Lange, Helene, Berlin.

Payer, Friedrich, Vizekanzler a. D., Stuttgart.

Dr. Petersen, Karl, 1. Bürgermeister, Hamburg.

Geschäftsführende Vorsitzende des Vorstandes:

Meyer, Oskar, Staatssekretär a. D., Syndikus der Handelskammer, M. d. R., Berlin.

Lemmer, Ernst, Generalsekretär des Gewerkschaftsringes, M. d. R., Berlin-Zehlendorf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0275

Die Deutsche Demokratische Partei im Kampfe gegen die Korruption

Von Staatssekretär a. D. Oscar Meyer, M. d. R.

Als der Fall Sklarek weitere Kreise zu ziehen begann, brachte ein Berliner Hugenbergblatt die Nachricht, daß beabsichtigt sei, die Gemeindewahlen in Berlin hinauszuschieben.

Die Nachricht war falsch und wurde sofort dementiert. Trotzdem wäre es verkehrt, sie unbeachtet zu lassen. Denn sie ist nicht ohne bestimmte Absicht verbreitet worden: es sollte damit der Eindruck erweckt werden, als scheute die Republik die Auseinandersetzungen über den Fall Sklarek im Wahlkampf. Sie ist eines der Mittel, dessen sich die Gegner der Republik bedienen, um den republikanischen Parteien eine besondere Verantwortung für die in dem Fall Sklarek hervorgetretenen Mißstände zuzuschieben und sie in eine Verteidigungsstellung zu drängen.

Die Deutsche Demokratische Partei lehnt diese Stellung auf das entschiedenste ab. Gewiß bedauern wir es, daß durch den Fall Sklarek der Reichshauptstadt ein Millionenverlust entstanden ist und — was noch schlimmer ist — ihr Ansehen und ihr Kredit geschädigt worden sind. Aber wir empfinden es mit Genugtuung, daß, nachdem die Unregelmäßigkeiten festgestellt waren, die städtische Verwaltung ohne Vertuschungsversuche unverzüglich die Öffentlichkeit informiert und die schonungslose Aufdeckung und Verfolgung der Schuld und der Schuldigen in die Wege geleitet hat. Darüber hinaus kann es uns, parteipolitisch betrachtet, nur recht sein, wenn die unerfreulichen Geschehnisse das Thema „Korruption" zu einem Brennpunkte der Wahlbewegung machen. Denn die Deutsche Demokratische Partei erhebt nach ihren Grundsätzen und ihrer Überlieferung den Anspruch, die Führerin im Kampfe gegen die Korruption zu sein.

Dabei sehen wir allerdings den Kampf gegen die Korruption als Selbstzweck an, nicht als Werkzeug der Wahlpropaganda. Wir überlassen es neidlos anderen Parteien, Waffen gegen die Gegner daraus zu schmieden, daß sie diese oder jene kompromittierte Persönlichkeit an deren Rockschöße hängen. Solange wir nicht, wie durch Röntgenstrahlen den Körper, die Gesinnung unserer Mitmenschen zu durchleuchten vermögen, kann keiner Partei ein Vorwurf deshalb gemacht werden, weil sie ein sittlich minderwertiges Mitglied in ihren Reihen hat. Nur das ist von jeder Partei zu verlangen, daß sie, wenn sich ein Mitglied als sittlich minderwertig erweist, schnell und klar den Trennungsstrich zieht. Daß die Deutsche Demokratische Partei das gegebenenfalls rücksichtslos ohne Ansehen der Person tun wird, ist so selbstverständlich, daß es kaum erwähnt zu werden braucht. Wir wissen uns also gegen alle Angriffe in dieser Richtung gefeit. Nichtsdestoweniger sind wir natürlich nicht gewillt, unberechtigte Angriffe gegen uns ohne Abwehr hinzunehmen. Wenn insbesondere das Steinwerfen aus dem deutschnationalen Glashause weitergeht, dann werden wir uns für die Dauer nicht auf den Nachweis beschränken, daß unsere Partei keine Korruption in ihren Reihen duldet; dann werden wir gezwungen sein, auf die deutschnationalen Mitglieder der Sklarekschen Freundesrunde hinzuweisen; dann werden wir besonders über die Geschäftsmethoden des Reichstagsabgeordneten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0276

Bruhn sprechen, des Herausgebers der „Wahrheit", die doch wahrlich nicht erst durch den Fall Sklarek offengelegt worden sind; dann werden wir auch auf andere „Fälle" die Aufmerksamkeit der Wählerschaft lenken, etwa auf den Fall Raiffeisenbank, bei dem der frühere deutschnationale Reichstagsvizepräsident Dietrich und seine engsten Parteifreunde den Steuerzahlern einen Verlust von 60 Millionen zugefügt haben, ohne daß bisher von einer Aktion der deutschnationalen Partei etwas verlautbart ist. Und ebensowenig werden wir uns für die Dauer die verlogene Hetze der Kommunisten gefallen lassen, die scheinbar ganz vergessen, welche Kehrarbeit sie bereits vor der eigenen Tür zu verrichten genötigt waren.

Des ferneren beschränkt sich unser Kampf gegen die Korruption nicht etwa nur auf die Infamierung strafbarer Handlungen. Deren Ahndung darf man regelmäßig vertrauensvoll dem Staatsanwalt überlassen. Sie sind für die Sauberkeit der Verwaltung eine viel geringere Gefahr als die Korruption, die aus der kriminell nicht faßbaren Vermischung von Politik und Geschäft, von öffentlicher Tätigkeit und eigenem Interesse entspringt. Diese Korruption gerade ist der Todfeind von Staat und Gesellschaft, und darum gibt es im Kampfe gegen sie kein Kompromiß und keine Nachsicht. Sie ist eine Seuche, und in der Seuchenbekämpfung ist die Hauptsache die radikale Vorbeugung. Wir dürfen uns eines in seiner Allgemeinheit der Bestechung unzugänglichen Berufsbeamtentums rühmen. Aber auch das beste Beamtentum wird gefährdet, wenn in den Körperschaften, die über die Verwaltung beschließen, Leute sitzen, die, statt für das Gemeinwohl, für sich selbst sorgen. Deshalb muß nicht nur einem solchen Mißbrauche des Mandats begegnet, sondern durch sorgfältige Siebung der Kandidaten für ein Mandat schon die Möglichkeit solchen Mißbrauchs verhütet werden. Niemand darf in die Lage gebracht werden, als Mandatar der Bürgerschaft eine offene oder geheime Macht auf Geschäfte auszuüben, die die Verwaltung mit ihm abschließt, mögen die Geschäfte auch an sich einwandfrei sein. Ein nicht minder fester Riegel sollte dagegen vorgeschoben werden, daß die im Mandat geleisteten Dienste mit Ämtern und Posten in der Verwaltung oder deren Einflußsphäre belohnt werden. Denn auch Protektion ist Korruption. Reinigung der Atmosphäre — das ist, in eine knappe Formel gebracht, unsere Forderung, zu deren Verwirklichung keine Staatsform geeigneter ist, als die parlamentarische Demokratie, die ihrem Wesen nach jeglicher öffentlichen Kontrolle das Tor öffnet.

Und schließlich: wir wollen nicht nur die Atmosphäre reinigen, sondern auch — um bei dem Bilde der Seuchenbekämpfung zu bleiben — der Korruption den Nährboden entziehen. Der Nährboden der Korruption ist die ungesunde Ausdehnung der Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben. In die öffentliche Hand gehören die Monopolbetriebe der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung und des Verkehrs; für diese Gebiete verfügt sie über die nötigen Fachmänner und Erfahrungen. Überschreitet sie diese Gebiete, so zeigt sich, was bei der Übertragung der sozialistischen Theorie in die Praxis herauskommt. Hier fehlt der öffentlichen Hand die Berufung; denn es ist nicht Sache des Gemeinwesens, dem schwerringenden Gewerbestande Konkurrenz zu machen. Hier fehlt ihr vor allem die Fähigkeit, weil ihre Organe, die noch dazu nur zu häufig nicht lediglich unter dem Gesichtspunkte fach-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0277

licher Eignung ausgewählt werden, versagen. So sehen wir Mißerfolg auf Mißerfolg in der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand. Daß auch in der Privatwirtschaft Mißerfolge eintreten, ist dafür keine Entschuldigung. Wer sich an der Privatwirtschaft beteiligt, weiß, daß er ein Risiko trägt. Die Steuerzahler haben Anspruch darauf, daß keine Risiken auf ihre Kosten eingegangen werden. Wie wenig die öffentliche Hand die von ihr usurpierten wirtschaftlichen Aufgaben zu meistern vermag, tat, neben den unsinnigen Monopolverträgen der Stadt Berlin, wohl am besten die Entwicklung der Berliner Stadtbank dar, die — zunächst für die Bedürfnisse der kleineren Gewerbetreibenden errichtet — bei einem Kapital von 5 Millionen Mark 22 Firmen Darlehen im Betrage von 200 bis 500 000 und 13 Firmen Darlehen von mehr als 500 000 Mark, darunter solche in Millionenhöhe, bewilligt hat! Deshalb fordert die Deutsche Demokratische Partei, die bisher vergeblich vor den Kommunalisierungsexperimenten gewarnt hat, jetzt mit aller Entschiedenheit und Dringlichkeit, daß endlich Schluß damit gemacht und die Privatwirtschaft wieder in ihre Rechte eingesetzt wird.

Zu der Erreichung der vorstehend gekennzeichneten Ziele wird unsere Partei alle Kräfte aufwenden. Sie wird auch namentlich ihren Stolz darein setzen, daß jeder ihrer Kandidaten bei öffentlichen Wahlen eine lebende Fahne im Kampfe gegen die Korruption ist, daß auf jeden von ihnen die Worte zutreffen, die ein großer Vorkämpfer der deutschen Demokratie, Eduard Lasker, vor mehr als einem halben Jahrhundert von sich aussprechen durfte: „Ich habe mein ganzes Leben darauf eingerichtet, daß jeder Schritt von mir die öffentliche Prüfung in Geldangelegenheiten darauf bestehen kann, daß ich alles zurückgewiesen habe, was nicht allein in direkten Widerspruch, sondern überhaupt in irgendeine Konkurrenz mit meiner öffentlichen Tätigkeit treten könnte".

*

Die Landtagswahlen in Baden

Bei den badischen Landtagswahlen, die am 27. 10. 1929 stattfanden, wurden (im Vergleich mit der vorangegangenen Landtagswahl und der letzten Reichstagswahl) folgende Stimmen abgegeben:

Stimmen:

Parteien	Landtagswahl 1925	Reichstagswahl 1928	**Landtagswahl 1929**
Zentrum	283 413	297 818	**341 860**
Demokraten	66 652	63 888	**62 335**
Sozialdemokraten	160 498	204 346	**187 290**
Deutsche Volkspartei	72 887	86 401	**74 318**
Deutschnationale Volkspartei	93 750*)	74 012	**34 081**
Wirtschaftspartei	22 856	30 875	**35 613**
Badische Bauernpartei	—	—	**28 141**
Volksrechtspartei	4 176	15 162	**6 803**
Christlichsoziale Reichspartei	—	8 923	**5 105**
Evangelischer Volksdienst	—	—	**35 328**
Nationalsozialisten	8 917	26 330	**65 106**
Kommunisten	47 343	66 808	**55 169**
Linke Kommunisten	—	4 886	**1 530**

*) Einschließlich Landbund.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0278

Hiernach wurden von etwa 1 500 000 Wahlberechtigten nach der vorläufigen Zählung 932 679 Stimmen abgegeben. Das würde eine Wahlbeteiligung von etwa 62 Prozent bedeuten gegenüber 54 Prozent im Jahre 1925 bei der letzten Landtagswahl und gegenüber etwa 60 Prozent bei der Reichstagswahl im Jahre 1928. Die Zahl der Abgeordneten hat sich somit von 72 auf 88 erhöht.

Mandatsverteilung:

Parteien	Landtagswahl 1925	Neue Mandatsziffer
Zentrum	28	34
Demokraten	6	6
Sozialdemokraten	16	18
Deutsche Volkspartei	7	7
Deutschnationale Volkspartei	7	3
Landbund	2	—
Wirtschaftspartei	2	3
Badische Bauernpartei	—	3
Volksrechtspartei	—	—
Christlichsoziale Reichspartei	—	—
Evangelischer Volksdienst	—	3
Nationalsozialisten	—	6
Kommunisten	4	5
Linke Kommunisten	—	—

Das charakteristische Merkmal dieser Wahl ist einmal der überragende Sieg der Weimarer Koalition, die bisher die Regierung geführt hatte. Bemerkenswert ist dabei wiederum, daß das Zentrum nicht nur gegenüber der vorigen Landtagswahl, sondern auch der Reichstagswahl eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen hat, während die Sozialdemokraten eine Zunahme zwar gegen die Landtagswahl von 1925, einen Rückgang aber gegen die Reichstagswahl von 1928 verzeichnen müssen. Zweitens ist charakteristisch bei dieser Wahl die völlige Niederlage der Deutschnationalen Volkspartei, die unter der bornierten Leitung Hugenbergs einfach dezimiert worden ist, und deren lachende Erben die Nationalsozialisten geworden sind.

Die Demokraten haben sich im ganzen sehr tapfer geschlagen, obwohl sie ganz auf sich allein gestellt waren und als Mittelpartei unter der Zersplitterung der Parteien ganz besonders zu leiden hatten. Die Verluste, die sie erlitten haben, verdanken sie fast ausschließlich den Wahlen in den Städten; dagegen sind in den landwirtschaftlichen badischen Südkreisen gute Erfolge zu verzeichnen, und zwar besonders auf dem Lande. Das darf als ein sichtbares Zeichen dafür gelten, daß die Politik des demokratischen Reichsernährungsministers Dietrich bei den badischen Bauern durchaus Verständnis findet, daß die Bauern sich abwenden von den Versprechungen des Landbundes und der Deutschnationalen, die eine bloße Abstinenzpolitik treiben und die es am praktischen Hilfswerk fehlen lassen.

Ihre sechs Landtagsmandate hat die D. D. P. behauptet. Die neue demokratische Fraktion ist ziemlich gleichmäßig auf das ganze Land verteilt, sie hat drei Vertreter im Oberland, drei Vertreter in Unterbaden und vertritt dabei im wesentlichen ländliche Wahlkreise. Gewählt sind im einzelnen im Seekreis Zimmermeister Konrad Fischer-Konstanz, im zweiten Kreis Landwirt Hügle-Wahlies, im Kreise Emmendingen-Lahr Dr. Waeldin-Lahr, in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0279

der Stadt Karlsruhe der badische Kultusminister Dr. Leers, in der Stadt Mannheim Amtsgerichtsdirektor Wolfhard und in Heidelberg Hauptlehrer Hofheinz. Bedauerlich ist, daß in Freiburg die demokratische Landtagsabgeordnete, Frau Johanna Straub, nicht wiedergewählt wurde.

*

Höpker Aschoff für Besteuerung und Einschränkung der kommunalen Unternehmungen

Der Gemeindeausschuß des Preußischen Landtags befaßte sich kürzlich mit Anträgen der Rechtsparteien und des Zentrums, die in Anknüpfung an die Berliner Vorfälle eine stärkere Kontrolle der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden fordern. Im Verlauf der Debatte nahm Finanzminister Dr. Höpker Aschoff das Wort und machte grundsätzliche Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

„Das Verlangen nach Besteuerung der öffentlichen Betriebe ist gegenstandslos, soweit es sich an die preußische Staatsregierung richtet. Sie hat alle darauf abzielenden Wünsche restlos erfüllt. Die Betriebe der öffentlichen Hand sind den preußischen Steuern uneingeschränkt unterworfen. Anders liegt es bei den Reichssteuern. Der Körperschaftssteuer unterliegen die öffentlichen Betriebe mit Ausnahme der Versorgungsbetriebe und der Sparkassen; ähnlich ist es bei der Umsatzsteuer. Von der Vermögenssteuer sind die öffentlichen Betriebe, mit Ausnahme der öffentlichen Kreditinstitute, abgesehen von Sparkassen und Staatsbanken, befreit.

Man darf aber den Gegenstand nicht nur vom Gesichtspunkt der Gemeinden aus betrachten. Offen ist die Frage nach der Steuerpflicht von Reichsbank und Reichsbahn. Sie sind nach den Gesetzen auf Grund des Dawes-Planes steuerfrei. Würden sie zur Besteuerung restlos herangezogen, so würden die Gemeinden gut fahren. Persönlich steht der Finanzminister, wie er erklärte, auf dem Standpunkt, daß alle öffentlichen Betriebe vollkommen der Steuerpflicht zu unterwerfen seien. Die Verschiebung der Steuerpflicht würde aber eine Verschiebung im Finanzausgleich zur Folge haben müssen. Die Durchführung dieser Forderung könnte nur vom Reiche geschehen. Der Reichstag habe von der Reichsregierung die Vorlage einer Denkschrift über die Besteuerung der öffentlichen Betriebe verlangt. Die bleibt zunächst abzuwarten. Aber mit allem Nachdruck sei darauf hinzuweisen, daß für die preußischen Steuern diese Frage gelöst ist. Zur Aufnahme gemeindlicher Anleihen erklärte der Finanzminister, daß jede Anleihe, gleichviel ob kurz- oder langfristig, mit Ausnahme der Kassenkredite, genehmigungspflichtig ist.

Grundsätzlich äußerte sich der Finanzminister zur wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand dahin, daß man die öffentlichen Versorgungsbetriebe den Gemeinden nicht nehmen könne. Sie müßten sich aber im übrigen Schranken auferlegen. Einer Verstärkung der Staatsaufsicht steht der Finanzminister ablehnend gegenüber. Die beste Sicherung gegen Übergriffe der wirtschaftlichen Hand, gegen Schäden und Korruption sei eine ihrer Verantwortung bewußte Stadtverordnetenversammlung. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand

sei nicht nur eine Frage der Stadtverordnetenversammlung, sondern mindestens ebenso der Stadtverwaltung. Das Referat des Oberbürgermeisters Jarres auf der letzten Versammlung des Städtetages habe gezeigt, daß hier eine Besinnung Platz greift. Zusammenfassend präzisierte der Finanzminister seinen Standpunkt dahin, daß man sich zu den öffentlichen Versorgungsbetrieben positiv einstellen sollte, daß es aber nicht Sache der Gemeinden sei, andere Betriebe zu übernehmen.

*

Grenzlandhilfe und Demokraten

Eine wirksame Fürsorge für die Grenzgebiete wurde zuerst von den demokratischen Ministern Dr. Külz und Dr. Reinhold im Reich und Dr. Höpker Aschoff in Preußen eingeleitet. Allein für die östlichen Grenzgebiete wurden im Spätherbst 1926 41 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Unter der folgenden Rechtsregierung im Reiche wurden diese Beträge immer geringer. Hingegen hat Preußen nicht nur außerordentliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt, sondern auch im Rahmen seines ordentlichen Haushalts aus den einzelnen Haushaltstiteln die Grenzgebiete vorzugsweise berücksichtigt. Besonders bedeutsam ist zurzeit die Durchführung der großen Ostpreußenhilfe, die riesige Summen vom Reich und von Preußen erfordert und mit deren Durchführung als Staatskommissar der demokratische Reichstagsabgeordnete Rönneburg beauftragt ist.

Bei der preußischen Haushaltsberatung für 1929 war zunächst die Einsetzung eines Grenzfonds von 15 Millionen RM. beschlossen worden. Dieser Betrag sollte bei anderen Haushaltskapiteln eingespart werden. Letzteres geschah jedoch nicht in genügendem Maße. Außerdem fielen in der Einnahme 25 Millionen RM. im Haushalt aus, die Preußen vom Reich für Wiedergutmachung von Schäden des Versailler Vertrags zu beanspruchen hatte. Dafür übernahm das Reich einen preußischen Anteil von 18 Millionen RM. bei der neuen Ostpreußenhilfsaktion. Die preußischen Bemühungen, die übrigen 7 Millionen RM. für seine anderen Grenzgebiete zu bekommen, sind bis jetzt vergeblich gewesen. Trotzdem beantragten die Koalitionsparteien am 10. Mai 1929 bei der dritten Haushaltsberatung in einem Antrag Heilmann-Kloft-Riedel:

„Der Finanzminister wird ermächtigt, einen Betrag bis zu zehn Millionen Reichsmark für Zwecke der Grenzhilfe bereitzustellen. Der Finanzminister ist verpflichtet, einen Betrag bis zu zehn Millionen Reichsmark für Zwecke der Grenzhilfe bereitzustellen, wenn davon die Bewilligung entsprechender Mittel für die Grenzhilfe durch das Reich abhängig gemacht wird."

Am 10. Juni 1929 stand eine Reihe von Grenzhilfsanträgen der verschiedensten Parteien im preußischen Hauptausschuß zur Beratung. Der demokratische Abgeordnete Riedel als Berichterstatter stellte daraufhin folgenden Antrag, der einstimmig vom Hauptausschuß und später vom Landtag angenommen wurde:

„Das Staatsministerium wird ersucht, 1. in Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 16. Mai 1929 von der darin erteilten Ermächtigung, bis zu 10 Millionen Reichsmark für Grenzhilfe bereitzustellen, für entsprechende Hilfsmaßnahmen in der Rheinprovinz und in den Provinzen Schleswig-Holstein, Grenzmark Posen-Westpreußen, Nieder-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0281

schlesien und Oberschlesien und in den Regierungsbezirken Frankfurt (Oder) und Köslin spätestens bis zum Herbst d. J. entsprechende Mittel flüssig zu machen; — 2. über die Verwendung dieser Mittel dem Landtage entsprechende Vorschläge zu machen; — 3. bei der Reichsregierung erneut mit größtem Nachdruck die preußischen Ansprüche zur Erlangung entsprechender Mittel zu vertreten."

Im übrigen wurde für die weitere Beratung aller Grenzhilfsanträge im Landtag ein besonderer Ausschuß für die Grenzgebiete eingesetzt. Dieser hat bei seiner Konstituierung beschlossen, seine Beratungen hierüber bis zum Herbst 1929 auszusetzen, d. h. bis über das Schicksal des vorstehenden Antrags Riedel Klarheit geschaffen ist.

*

Der Nationalsozialismus — eine wachsende Gefahr

Die Nähe der Wahlen hat das Versammlungsbombardement, mit dem die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (N. S. D. A. P.) das Volk überschüttet, zu einem wahren Trommelfeuer anwachsen lassen. Das zwingt die Anhänger des demokratischen Gedankens, sich in steigendem Maße mit der nationalsozialistischen Bewegung auseinanderzusetzen und ihr mit vermehrtem Nachdruck entgegenzutreten, wenn nicht die unter hervorragender Anteilnahme gerade der Deutschen Demokratischen Partei mühsam erarbeitete innere Befriedung wieder aufs äußerste gefährdet werden soll. Eine kurze Übersicht über das Wirken und Wollen der N. S. D. A. P., ihre Propaganda und leider auch ihre Erfolge möge daher nicht nur diese Behauptung erhärten, sondern darüber hinaus allen aktiven Kräften im Lager der Demokratie manchen Fingerzeig für die unerläßliche Abwehr der volkszersetzenden Hitleragitation geben.

Die Organisation der N. S. D. A. P.

umfaßt außerhalb Bayerns 24 Gauverbände, wozu noch 8 selbständige Untergaue und die der Reichsleitung direkt unterstellten Bezirksorganisationen der Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West treten. Innerhalb der Partei bestehen als wohlgegliederte militärische Truppen die bekannten Sturmabteilungen (S. A.), die unter einer „Obersten Sturmabteilungsleitung" in 19 Gauen mit zahlreichen Standarten, Sturmkompagnien, Zügen und Sturmabteilungen (laut Mitteilung des „Völk. Beobachters" vom 16. 3. 29) 30 000 Mitglieder umfassen. Das ist fast ein Drittel des Bestandes der Reichswehr!

Von der Partei ins Leben gerufen und aufs engste mit ihr verbunden sind ferner noch folgende Organisationen: Kampfbund für deutsche Kultur (Nationalwissenschaftliche Gesellschaft), Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz und vor allem die Jugendorganisation der Partei, die Hitler-Jugend. Daneben wirken an fast allen deutschen Universitäten Nationalsozialistische Studentenverbände. Gerade unter den Studenten war die nationalsozialistische Agitation besonders erfolgreich. So eroberten sie in Rostock die Mehrheit der Sitze im Studentenausschuß und erzielten bei den Studentenausschußwahlen in Berlin, Heidelberg, Würzburg und Jena gewaltige Zunahmen ihrer Stimmenzahl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0282

Im August 1928 zählte die N. S. D. A. P. nach den Angaben Hitlers 1200 Ortsgruppen mit über 100 000 eingeschriebenen Mitgliedern; bei der Reichstagswahl 1928 entfielen auf die Partei rd. 800 000 Stimmen. Diese Zahlen sind aber inzwischen weit überschritten. 1928 wurden im ganzen Reich von 300 ständigen Agitatoren der N. S. D. A. P. 20 000 große öffentliche Werbeversammlungen abgehalten, vom 1. März bis 14. April 1929 im ganzen Reich 1400. Schon diese Zahlen sind ein schlüssiger Beweis dafür, daß die Nationalsozialisten heute bereits eine gefährliche Stärke erreicht haben. Außerhalb dieser Versammlungstätigkeit wirken aber noch 3 Tageszeitungen, 38 Wochenblätter, 1 illustrierte Zeitung, 3 Zeitschriften und eine große Anzahl von Büchern und Broschüren mit einer Gesamtauflage von 414 490 Exemplaren (nach dem Stand vom 31. 12. 28) für die Ziele der Partei.

Das nationalsozialistische Programm

steht in befremdlichem Gegensatz zu der von der N. S. D. A. P. immer wieder ausgesprochenen Behauptung, daß sie eine ganz neue, grundsätzlich andere Partei sei als die übrigen bürgerlichen und sozialistischen Parteien. Bei näherer Betrachtung der nationalsozialistischen Programmthesen zeigt sich nämlich, daß der eine Teil des nationalsozialistischen Programms stärkste Anlehnung an die Programme der antisemitischen Parteien der Vorkriegszeit (Reformpartei, Soziale Reichspartei, Deutsch-Soziale) aufweist, während der Rest im wesentlichen aus jenen an sich guten und vernünftigen allgemeinen Grundsätzen zusammengesetzt ist, die wir in den programmatischen Erklärungen aller Parteien finden. Die N. S. D. A. P. entbehrt also jeder Ursprünglichkeit. Besonders eigenartig muß aber die Tatsache berühren, daß diese allgemeinen Forderungen bei den Nationalsozialisten in einer Fassung erscheinen, die sich in vielem fast genau mit dem Wortlaut der gerade von ihnen als „verjudet" bezeichneten Weimarer Verfassung deckt. So heißt es in These 9 des nationalsozialistischen Programms:

„Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen."

und in These 10:

„Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig und körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit der Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen."

Die Weimarer Verfassung sagt aber in Artikel 109:

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten."

und in den Artikeln 153, 157 und 163:

„Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste."

„Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches."

„Jeder Deutsche hat . . . die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert."

Sind diese beiden Fassungen der gleichen Gedanken einander nicht überraschend ähnlich?

Die eigentlichen nationalsozialistischen Forderungen und Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0283

dankengänge finden wir aber weniger in den offiziellen Programmschriften der Partei, als vor allem in den Auslassungen ihrer Presse, in einer Flut von Agitationsbroschüren und natürlich in den Reden der nationalsozialistischen Agitatoren. Sie betonen in erster Linie den

nationalistischen Charakter der Partei.

So spricht, um aus der Unzahl der Erklärungen nur eine der beachtenswertesten herauszugreifen, Adolf Hitler in seinem Manifest zum Nürnberger Parteitag der N. S. D. A. P. vom „Terror des Gebots der nationalen Ehre". Die ganze nationalsozialistische Agitation gegen den Young-Plan beruht neben der Verbreitung so verleumderischer Behauptungen, wie die vom „Sklavenexport deutscher Knaben und Mädchen", auf rücksichtslosem Aufpeitschen der nationalen Leidenschaften. Die Taten der Partei allerdings stimmen mit diesem in Worten so glühenden Bekenntnis zum nationalen Gedanken nicht immer überein. Die N. S. D. A. P. hat nicht nur erwiesenermaßen ihre Riesenpropaganda mit Geldern aus dem Ausland (Tschechoslowakei, Finnland, Schweiz, Amerika) unterhalten, sie hat sich nicht nur während des Ruhrkampfes als einzige aus der geschlossenen Abwehrfront des deutschen Volkes ausgeschlossen, ihre Führer sind auch ungeachtet des „Terrors des Gebotes der nationalen Ehre" dem Deutschtum in Südtirol mit ihren freiwilligen Verzichterklärungen in den Rücken gefallen.

Der sozialistische Charakter der N. S. D. A. P.

Neben der Forderung des unbedingten Nationalismus behaupten die Nationalsozialisten auch ausgesprochen sozialistische Ziele zu vertreten. Dabei ist freilich zu beachten, daß die Ehrlichkeit ihrer sozialistischen Überzeugung berechtigten Zweifeln begegnet, vor allem, seitdem die Angaben ihres früheren Abgeordneten im Sächsischen Landtag, des Kapitänleutnants a. D. Hellmuth v. Mücke, den Beweis dafür brachten, daß (wie Mücke schreibt):

„Herr Hitler im Laufe der letzten Jahre mehrmals nicht imstande gewesen ist, mir (Mücke) gegebene bindende Versprechungen gegen den Willen des sächsischen Gauleiters, des Spitzenfabrikanten Herrn Mutschmann in Plauen, durchzudrücken. . . ., wobei es ein offenes Geheimnis ist, daß der Einfluß des Herrn Mutschmann darauf beruht, daß er als reicher Fabrikant Herrn Hitler sich finanziell verpflichtet hat."

Auch der frühere Mitinhaber der Pianofortefabrik Bechstein, Edwin Bechstein, hat der N. S. D. A. P. und ganz besonders der nationalsozialistischen Presse erhebliche Summen zur Verfügung gestellt. Immerhin vertreten die Nationalsozialisten eine Reihe von Forderungen mit eindeutig sozialistischem Charakter. So verlangen sie die Kommunalisierung der Warenhäuser, die Sozialisierung aller Aktiengesellschaften und, wenn auch nur in wenig präzisen Formulierungen, sogar eine teilweise Sozialisierung der Großbetriebe von Einzelunternehmern. Obwohl nun kaum anzunehmen ist, daß diese Forderungen von Männerun wie Hitler, Dr. Goebbels wirklich ernst gemeint sind, so könnten sie doch leicht einmal unter dem Druck der damit betörten Massen gezwungen werden, auch diese Programmpunkte ernsthaft zu vertreten. Ein kleiner Flügel der Partei steht unter Führung von Dr. Otto Strasser, dem Bruder des bekannten Reichstagsabgeordneten Gregor Strasser, im Gegensatz zu den Fascisten Hitler und Goebbels und auch im Gegensatz zu den bayerischen Partikularisten Feder und Streicher, schon heute auf extrem revolutionär-sozialistischem Boden. Das stimmt nun wieder wenig mit dem von der Partei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0284

verfochtenen Satz, daß die Nationalsozialisten die Retter des Mittelstandes und der Landwirtschaft seien, überein. Nicht nur der offen revolutionäre Charakter der Partei, nicht nur ihre Sozialisierungsforderungen lassen sie als recht seltsame Mittelstandsretter erscheinen, nein, auch das eigentliche Wirtschaftsprogramm der N. S. D. A. P. erweist sich bei näherer Prüfung als mittelstandsfeindlich. Die darin vertretene Scheidung von schaffendem Industrie- und raffendem Bankkapital widerspricht den Lehren der Wirtschaftswissenschaft und in noch höherem Maße der volkswirtschaftlichen Wirklichkeit. Wir erleben doch gerade heute ein immer stärkeres gegenseitiges Sich-Durchdringen der verschiedenen Kapitalsgruppen, so daß demgegenüber die nationalsozialistische These als völlig weltfremd bezeichnet werden muß. Ihre mit soviel Pomp verkündete „Brechung der Zinsknechtschaft" aber läuft im wesentlichen auf eine Ausgabe zinsloser, geldgleicher Staatspapiere, also auf eine Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs und damit auf — Inflation hinaus. Was wir davon zu halten haben, wissen wir. Die N. S. D. A. P. erörtert jedoch diese gefährlichen Theorien selbst nicht immer gern. Sie benützt daher als Köder für den selbständigen Mittelstand lieber die Warenhausfrage. Ohne diese Frage, die ein Problem für sich ist, näher zu erörtern, wollen wir im Augenblick nur erwähnen, daß die Haltung der N. S. D. A. P. gegenüber den Warenhäusern keineswegs konsequent ist. So scheute sich ihr Kölner Parteiblatt, der „Westdeutsche Beobachter", nicht, für das Kaufhaus Peters eine ziemlich aufdringliche Reklame zu entfalten. Die Agitation gegen die Warenhäuser ist eben für die Nationalsozialisten nichts anderes als ein Aushängeschild zur Gewinnung des Mittelstandes, wie sie ja auch den Antisemitismus dauernd benützen, um unter geschickter Spekulation auf überkommene judenfeindliche Instinkte in der Bevölkerung Anhänger für ihre staatszerstörende Bewegung zu gewinnen.

Auf dem Lande schließlich versprechen die Nationalsozialisten der Bauernschaft billige Kredite. Solche verbilligten Kredite könnten an sich in den kommenden Jahren wohl flüssig gemacht werden. Der Young-Plan sieht nämlich eine Kreditgewährung an die deutsche Landwirtschaft seitens der Reparationsbank vor und bestimmt gleichzeitig als Ausgabezinsfuß der Reparationsbankkredite den Satz von 4%. Aber vom Young-Plan wollen ja die Nationalsozialisten nichts wissen, und eine andere Möglichkeit, billige Kredite zu mobilisieren, gibt es nun allerdings nicht. Die N. S. D. A. P. bekämpft den Young-Plan aufs erbittertste, obwohl er u. a. auch die Aufhebung von Sondersteuern für die Landwirtschaft ermöglicht. Mit den vielen anderen brennenden Problemen der Landwirtschaft, wie der Verbilligung der Produktion, der Standardisierung der Produkte, der Senkung der Zwischenhandelsgewinne, der Umstellung auf rentierlichere Produktionszweige (Obst- und Gemüsebau, Geflügelzucht, Milchwirtschaft) befassen sich die Nationalsozialisten aber mangels der hierfür erforderlichen kenntnis- und erfahrungsreichen Sachverständigen überhaupt nicht. Ihr ganzes Wirtschaftsprogramm hat übrigens die deutschnationale Wochenschrift „Der Kompaß" vor kurzem trefflich mit folgenden Worten charakterisiert:

„Letzten Endes kommt das Spezialprogramm der Nationalsozialisten auf nichts anderes hinaus als auf eine jedem Gerechtigkeitssinn hohnsprechende Judenhetze und die dem Wahnsinn entsprungene Idee der Abschaffung der Zinsknechtschaft und eine Sozialisierung größten Umfangs."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0285

Das praktische Wirken der N. S. D. A. P.

hat in der einzigen Stadt, wo sie im Stadtparlament eine absolute Mehrheit besitzen, in Koburg, erschreckende Ergebnisse gezeitigt. Trotz eines schon vorhandenen Etatdefizits von rd. 292 000 RM. bewilligten die Nationalsozialisten Mehrausgaben in Höhe von rd. 350 000 Reichsmark. Sie sorgten aber nicht für die entsprechende Deckung und senkten trotz dieser alten Schulden und Mehrausgaben verschiedene Kommunalsteuern und erzielten so binnen kurzem einen Gesamtfehlbetrag von 954 470 RM. Die Folge war, daß die Regierung den Etat nicht genehmigte, der Stadt Koburg, die damit ihr finanzielles Selbstverwaltungsrecht verlor, einen Zwangsetat mit gewaltigen Steuererhöhungen vorschrieb, so daß also die Koburger Bürgerschaft nun mehr Steuern zahlen muß als vor Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft im Stadtrat. Die von den Nationalsozialisten dort so geräuschvoll eingeführte Sondersteuer für Warenhäuser, Konsumvereine und Filialbetriebe, mit der die N. S. D. A. P. den Etat ausgleichen wollte, liefert nur minimale Erträge. Dafür muß aber den Führern der Koburger Nationalsozialisten der Vorwurf gemacht werden, daß sie entgegen ihren feierlichen Wahlversprechungen sich wirtschaftliche Sondervorteile auf Grund ihrer Stadtratsstellung verschaffen. So ließ sich der Stadtrat Schwede aus dem Angestelltenverhältnis ins Beamtenverhältnis überführen, so nahmen die Stadträte Faber und Streng von der Stadt bezahlte Prozeß- bzw. Lieferungsaufträge an, so mißbrauchte der Stadtrat Bernhard sein Wissen aus vertraulichen Stadtratssitzungen zu einem der Stadt nachteiligen, für ihn aber recht vorteilhaften Grundstückskauf. Das praktische Wirken der Nationalsozialisten brachte also ihren Wählern schwere Enttäuschungen.

Terror und Katastrophenpolitik.

Zu den bedenklichsten Erscheinungen der N. S. D. A. P. gehört aber ihre zügellose Hetze gegen den Staat, gegen die Regierung, gegen alle anderen Parteien, gegen die Juden, den Katholizismus, kurz gegen alles, was ihnen nicht Beifall zollt. Sie sind hier in der Wahl ihrer Mittel nichts weniger als zimperlich und scheuen vor Terror und Gewalttaten nicht zurück. Es ist ja verständlich, daß es zu blutigen Entladungen kommen muß, wenn die Leidenschaften mit Reden angefacht werden, wie sie u. a. der nationalsozialistische Redakteur Bodo Uhse in Husum am 30. 7. 29 hielt. Er verkündete dort mit zynischer Offenheit:

> „Wir treiben bewußte Katastrophenpolitik und bedauern nur, daß wir heute nicht noch mehr terrorisieren können. Wir wollen alles kaputthauen. Nicht der Verstand, die Faust allein macht Deutschland frei."

Mit den Bluttaten aber, die derartigen Reden auf dem Fuß folgen, füllen sich tagtäglich die Spalten aller Zeitungen.

Die Erfolge der Nationalsozialisten.

Angesichts der Verworrenheit ihres Programms, seiner häufig unbedenklichen Opferung für taktische Augenblickserwägungen, angesichts der Unaufrichtigkeit und abstoßenden Brutalität ihrer Propaganda erscheint es im ersten Augenblick verwunderlich, daß die N. S. D. A. P. in den letzten Jahren und Monaten immer größere Erfolge erzielen konnte. Bei den sächsischen Landtagswahlen stiegen ihre Stimmen gegenüber der letzten Reichstagswahl von 74 333 auf 133 792, bei den Landtagswahlen in Lippe von 1037 auf 1671. Dazu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0286

kommen u. a. noch die Eroberungen der absoluten Stadtratsmehrheit in Koburg und die vor wenigen Tagen bei den Kommunalwahlen in Apolda erzielte Vervierfachung ihrer Stimmen und Versechsfachung ihrer Mandate.

Als Grund dieser Erfolge

dürften neben der unbestreitbaren Emsigkeit ihrer Agitation, der offenen und geheimen Unterstützung durch die Kreise um Hugenberg, dem Terror in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande, der Anziehungskraft ihres geschickt aufgemachten, mit Militärmusik und Uniform unterstützten Versammlungsbetriebes vor allem die Kritiklosigkeit großer, durch Wirtschaftsnot verbitterter Wählerschichten anzusprechen sein. Wie immer in Notzeiten müssen wir feststellen, daß weiten Volkskreisen die Verzweiflung über ihr wirtschaftliches Elenddasein die Kraft des Urteils trübt und daß sie dann leicht Opfer radikaler Agitatoren werden. In dieser Hinsicht haben die Nationalsozialisten manches mit den Kommunisten gemein, deren Anhängerbestand sie übrigens in vielen Gegenden zu einem erheblichen Teil übernommen haben. Vor allem spielt aber auch die Tatsache eine Rolle, daß die Nationalsozialisten für jedes Übel in den Juden stets einen Sündenbock präsentieren, der dem atavistischen Instinkt-Antisemitismus weiter Schichten entgegenkommt und nicht nur den Verzweifelten und Kritiklosen eine sinnvolle Erklärung ihrer Not gibt, sondern auch für manche andere, vor allem für verschiedene hochgestellte Gönner und Förderer der nationalsozialistischen Bewegung eine recht bequeme Gewissensentlastung bietet. Die Parteien der Linken und der Mitte haben aber an den nationalsozialistischen Erfolgen leider ebenfalls großen Anteil, weil sie es vielfach versäumt haben, der Hitleragitation mit der nötigen Energie entgegenzutreten. Darüber hinaus rühren die Nationalsozialisten an eine Problemverkettung, die schon vor ihrem Auftreten zu den schicksalsvollsten des deutschen Volkes gehörte: an die Frage der Beziehungen zwischen nationaler Freiheits- und sozialer Wohlfahrtspolitik. Das ist in der Tat eine Kernfrage der deutschen Politik, deren Lösung aber nicht in der extremen Zuspitzung des Nationalen zum Nationalistischen und des Sozialen zum Sozialistischen liegt, sondern in der Richtung, die uns Friedrich Naumanns national-soziales Wollen zeigt. Das geistige Erbe Naumanns, das die D. D. P. zu verwalten hat, begründet darum gerade für sie die Verpflichtung zu verstärkter Abwehr des Nationalsozialismus, nicht minder jedoch ihre Aussicht, den Kampf mit der N. S. D. A. P. erfolgreich zu bestehen. Dr. E. I.

*

Aus dem demokratischen Parteileben

Personalien

Ernst Siehr 60 Jahre. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen Siehr feierte am 5. Oktober seinen 60. Geburtstag. Siehr hat sich auf dem schwierigen Posten, auf den ihn das Vertrauen der preußischen Regierung im Jahre 1920 berief, auf das beste bewährt und ist selbst in äußerst kritischen Zeiten den Aufgaben voll gerecht geworden, die dem obersten Beamten einer von Deutschland äußerlich getrennten, im Innern von tiefgehenden Parteigegensätzen beunruhigten Provinz obliegen. Ernst Siehr, der ein Kind Ostpreußens

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0287

ist und auch die größte Zeit seines Lebens in diesem Landesteil zugebracht hat, besitzt alle Voraussetzungen zu seinem Amt: neben einer genauen Kenntnis von Land und Leuten eingehendes politisches Verständnis, persönliche Umgänglichkeit und tiefes Pflichtbewußtsein. Ein gute Vorbildung für seine amtliche Tätigkeit hat sich Siehr als Parlamentarier erworben: er gehörte als Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei dem Reichstag von 1912—1918 an, wurde nach der Revolution von den Demokraten in die Nationalversammlung gewählt und war dann noch eine Zeitlang Mitglied des ersten Reichstages nach dem Kriege. Neben der demokratischen Parteileitung (in deren Auftrag Abg. Dr. Haas des Geburtstages auf dem Mannheimer Parteitag gedachte), haben u. a. auch der Reichskanzler und der preußische Innenminister Siehr beglückwünscht. Die Stadt Insterburg (die Heimatstadt des Jubilars) ernannte Ernst Siehr zu ihrem Ehrenbürger.

Richard Eickhoff 75 Jahre. Prof. Richard Eickhoff in Remscheid beging am 20. Oktober die Feier seines 75. Geburtstages. Eickhoff hat vor dem Kriege Jahrzehnte hindurch dem Preußischen Abgeordnetenhause und dem Reichstage als namhafter Führer der Freisinnigen bzw. der Fortschrittlichen Volkspartei angehört. Große Verdienste hat er sich vor allem um die Reform des höheren Schulwesens erworben.

Eduard Hamm 50 Jahre. Der frühere Reichswirtschaftsminister und frühere bayerische Handelsminister Eduard Hamm feierte am 16. Oktober seinen 50. Geburtstag. Eduard Hamm hat in der Zeit seiner Amtsführung seine ausgezeichnete Befähigung erwiesen. Seit seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst hat Hamm Gelegenheit, seine gründlichen Kenntnisse der deutschen Wirtschaft als geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages in Berlin nutzbringend für die Allgemeinheit zu verwerten. — Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei und ebenso die Leitung der Deutschen Demokratischen Partei in Bayern haben dem Parteifreunde Hamm die herzlichsten Glückwünsche telegraphisch übermittelt.

Dr. Hermann Cohn-Dessau 60 Jahre. Am 28. Oktober 1929 beging Staatsrat a. D. Justizrat Hermann Cohn in Dessau die Feier seines 60. Geburtstages. Dr. Cohn stand jahrzehntelang als Landtagsabgeordneter und Stadtverordneten-Vorsteher an der Spitze der anhaltischen bürgerlichen Linken. Auch jetzt noch befindet er sich in leitenden Ämtern der Demokratischen Partei Anhalts, der er ein zuverlässiger Berater ist. Als Staatsrat hat sich Dr. Cohn bleibende Verdienste um die geordnete Überführung des Landes Anhalt in die neuen politischen Verhältnisse durch die Wirren der Nachkriegszeit hindurch erworben. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat dem Jubilar zu seinem 60. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

Oberbürgermeister Weiß wiedergewählt. Der Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Weiß, der der Demokratischen Partei angehört, ist kürzlich als Oberbürgermeister von Ludwigshafen für die Dauer von zehn Jahren wiedergewählt worden. Christian Weiß hat sich namentlich während der Kriegs- und Notzeit als tüchtiges Mitglied der Nürnberger Stadtverwaltung hervorragende Dienste erworben. Er hat diese Verdienste noch als Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen vergrößert, denn er hat hier in schwersten Zeiten,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0288

die die Pfalz zu überstehen hatte, erfolgreich für Ludwigshafen gewirkt. Wenn im nächsten Jahre die Stadt von französischer Besatzung frei sein wird, so ist zu hoffen, daß sie unter der Leitung dieses bewährten demokratischen Oberbürgermeisters neue Entwicklungsmöglichkeiten ausnutzen wird.

Dr. N. Rosenthal †. Infolge eines Autounfalls ist der Ehrenvorsitzende des Demokratischen Vereins Berlin-Osten, Comeniusplatz, Sanitätsrat Dr. N. Rosenthal, im 77. Lebensjahr am 19. 10. 1929 verschieden. Dr. Rosenthal war Mitbegründer des 1882 ins Leben gerufenen Freisinnigen Bezirksvereins des Ostens, des heutigen Demokratischen Vereins Berlin-Osten, Comeniusplatz, und hat bis zu seinem Tode regsten Anteil an der Entwicklung der demokratischen Sache genommen.

Eine schäbige Verleumdung. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" hatte Anfang Oktober behauptet, daß ein früherer Reichsjustizminister den Fusionsvertrag zwischen der Deutschen Bank und der Discontogesellschaft entworfen und sich dafür ein ungeheures Honorar ausbedungen habe. Die Notiz zielte auf den Reichsjustizminister a. D. Koch-Weser, obwohl dieser nicht persönlich genannt wurde. Einige Tage darauf aber war der „Berliner Lokal-Anzeiger" genötigt, folgende Berichtigung zu bringen:

„Wir teilten vor einigen Tagen mit, daß für die Anfertigung des Entwurfs für den Fusionsvertrag zwischen der Deutschen Bank und der Discontogesellschaft ein außerordentlich großes Honorar vereinbart worden sei. Aus beteiligten Kreisen wird nun versichert, daß die betreffende Persönlichkeit keineswegs mit dem Entwurf des Fusionsvertrags befaßt wurde. Bei der Version handele es sich wohl darum, daß die fragliche Persönlichkeit ständig als Notar der Generalversammlung der Deutschen Bank beiwohnt. Das hierfür vereinbarte Honorar bewege sich in mäßigen Grenzen."

Es ist bezeichnend für das Anstandsgefühl der Nationalisten, daß in ihrer Presse auch nach dem Erscheinen dieses Widerrufs die Verleumdung Koch-Wesers verbreitet worden ist, so daß der Angegriffene mit einer gerichtlichen Klage drohen mußte.

Tagungen

Der Parteitag der D. D. P. von Groß-Berlin hat sich am 25. 10. 1929 durch folgende Entschließung gegen die Verquickung von Mandat und Geschäft ausgesprochen: „Der Parteitag Groß-Berlin der Deutschen Demokratischen Partei verwirft und verurteilt nachdrücklich jede Verquickung von Mandat und Geschäft. Er fordert, daß bei den kommenden Wahlen auf den Listen nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die volle Gewähr dafür bieten, daß ihre ehrenamtliche Tätigkeit nicht irgendwelchen geschäftlichen Nebenzwecken dient."

Parteitag der sächsischen Demokraten. Am 27. 10. 1929 hielten die zum Landesverband Sachsen der Deutschen Demokratischen Partei zusammengeschlossenen Wahlkreisverbände Dresden, Leipzig und Chemnitz einen von 140 Delegierten besuchten Parteitag ab, der unter dem Zeichen der auch in Sachsen am 17. November stattfindenden Kommunalwahlen stand. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Reichsminister a. D. Dr. Külz, M. d. R., verbreitete sich in einem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0289

großangelegten programmatischen Referat über die Grundzüge demokratischer Gemeindepolitik und kennzeichnete im einzelnen die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik und die Kulturpolitik der Demokraten in den Selbstverwaltungskörperschaften. Über die Kulturpolitik und Sozialpolitik im besonderen sprach die Vertreterin des Reichsfrauenausschusses der Deutschen Demokratischen Partei, Landtagsabgeordnete Frau Dönhoff, die namentlich die Erfordernisse einer gesunden Wohlfahrtspflege, die Beziehungen zwischen Schule und Haus und die Erfordernisse einer kulturellen Betreuung der Jugend kennzeichnete. Als dritter Redner beleuchtete der sächsische Landtagsabgeordnete Dr. Dehne die politische Lage in Sachsen. Als erstrebenswertes Ziel stellte er die große Koalition hin, die leider bisher sowohl an der S. P. D. wie an der Deutschen Volkspartei gescheitert sei. Die gegenwärtige Regierung sei ein Spielball in den Händen der Nationalsozialisten. Die Demokraten müßten es selbstverständlich ablehnen, durch das kaudinische Joch der Nationalsozialisten hindurchzugehen. Sämtliche Referate fanden den stürmischen Beifall der Versammlung. — Zum Vorsitzenden der Landespartei wurde Reichsminister a. D. Dr. Külz wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt: Landtagsabgeordneter Brettschneider-Chemnitz, Kaufmann Külker-Waldheim und Frau Dr. Ulich-Beil, Dresden.

Wahlkreisparteitag Hannover-Nord. Ende September fand in Harburg der Wahlkreisparteitag der Deutschen Demokratischen Partei Hannover-Nord statt. Zuerst sprach der Reichstagsabgeordnete Ehlermann über die politische Lage. Er forderte vor allem die Bekämpfung des Hugenberg-Volksbegehrens und die Vermeidung jeder Regierungskrise. — Als zweiter Redner sprach der Preußische Landtagsabgeordnete Wachhorst de Wente. Er führte in seinen Darlegungen aus, daß die Deutsche Demokratische Partei stets für einen ausreichenden Schutz der deutschen Landwirtschaft eingetreten sei. Der aus ihren Reihen hervorgegangene Reichsernährungsminister Dr. Dietrich habe in seiner bisherigen Amtszeit bewiesen, daß er diese Hilfe auch tatsächlich in weitem Maße gewähre. Wachhorst de Wente berührte die Maßnahmen des Ministers zum Schutze der Landwirtschaft und nannte dabei besonders den jetzt durchgeführten Vermahlungszwang der Mühlen für deutsches Korn, die Maßnahme, die Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft zu fördern, die Herausbildung von sogenannten Standardwaren in der Landwirtschaft (Eier, Milch usw.) und die Unterstützung durch besondere Kredite. — Als letzter Redner sprach Senator Blank-Wesermünde, der die Fragen, die für die kommenden preußischen Kommunalwahlen von Bedeutung sind, behandelte. Er legte im einzelnen die demokratischen Forderungen zur Kommunalpolitik dar und wies insbesondere darauf hin, daß die Deutsche Demokratische Partei ein Überhandnehmen kommunaler Tätigkeit auf allen Gebieten der Wirtschaft verurteile. Die Kommunen dürften nur solche Betriebe selbst übernehmen, bei denen die notwendigen Voraussetzungen vorhanden seien. Grundsätzlich wären nur die öffentlichen Werke (Gas, Wasser, elektrischer Strom) und die Krankenhäuser als Kommunalbetriebe zu begrüßen. Im übrigen dürften die Kommunen auf keinen Fall der freien Wirtschaft Konkurrenz machen. — Der Parteitag beschäftigte sich dann eingehend mit der Provinziallandtagswahl, wobei einmütig der Wille zum Ausdruck kam, keine Bindungen mit anderen Parteien einzugehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0290

Kommunalpolitische Kundgebung der D.D.P. im Regierungsbezirk Düsseldorf. Verbunden mit dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei der Wahlkreise Düsseldorf Ost und West, fand am 13. Oktober eine Kundgebung zur Kommunalpolitik statt. Zur Eröffnung widmete Reichstagsabgeordneter Erkelenz dem verstorbenen Außenminister Stresemann Worte ehrenden Gedenkens. Auch Stresemann sei wie Erzberger, Ebert und Rathenau als Märtyrer der Deutschen Republik gefallen.

Hierauf sprach Reichsminister a. D. Külz über „Kommunalpolitik". Külz setzte sich für die Schaffung der Reichsstädteordnung ein, die in der Form ausgestaltet werden müßte, daß die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften der Struktur des Reiches organisch eingeordnet würden. Durch das Dotationssystem werde die Selbstverantwortlichkeit aufgehoben. Das jetzige System belaste vor allem den Mittelstand. Die Demokratische Partei müsse sich zum Träger einer sauberen und unantastbaren Finanzpolitik machen. Die Vorgänge in Berlin soll man nicht verallgemeinern und aus ihnen nicht Rückschlüsse auf das Wirtschaftsgebaren der Städte überhaupt ziehen. Rücksichtslose Aufklärung sei notwendig, und man dürfe auch nicht vor den eigenen Parteigängern halt machen. Gemeinden dürfen privatwirtschaftlich geartete Betriebe nur dann übernehmen, wenn die Gesamtheit daraus Nutzen ziehe und keine privatwirtschaftliche Form dadurch vernichtet würde. Die kommunale Finanzpolitik dürfe auf keinen Fall nach den Gesichtspunkten reiner Ertragswirtschaft geführt werden. Am Schluß seiner mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen betonte der Redner, daß die Demokratische Partei jede Form der Wirtschaftsautokratie ablehne. Demokratische Kommunalpolitik bedeute Arbeit der Gesamtheit für die Gesamtheit.

In einem Schlußwort wandte sich Erkelenz gegen die Anhänger des Volksbegehrens. Die Leute, die heute für das Volksbegehren eintreten, seien die gleichen, die 1923 das Rheinland verloren gegeben haben. Die Politik eines Rathenau und Stresemann hat die Rheinlande gerettet und ihrer Befreiung entgegengeführt. Wer diese Politik aufs Spiel setzt, begeht ein Verbrechen am deutschen Volke.

Kreistag des Demokratischen Kreisverbandes Unterfranken. Der Demokratische Kreisverband Unterfranken hielt seinen diesjährigen Kreistag am 19. und 20. Oktober in Neustadt a. Saale ab. Im Mittelpunkt der Beratungen standen insbesondere zwei Punkte, einmal eine Kundgebung gegen das Volksbegehren und zum andern die Vorbereitung der bayerischen Gemeindewahl.

In der Kundgebung gegen das Volksbegehren sprach Herr Oberstudienrat Fischl-Würzburg, der sich energisch gegen die Lüge, die von Rednern des Reichsausschusses für das Volksbegehren verbreitet werden, wandte, nach der deutsche Frauen und Männer bei Annahme des Young-Planes in das Ausland deportiert werden können. Dr. Luppe, der das zweite Referat dieser glänzend besuchten Kundgebung hielt, wies darauf hin, daß Reichsbahn, Reichsbank usw. kontrollfrei werden durch den Young-Plan, daß der Young-Plan das Rheinland besatzungsfrei mache und daß die Zahlungen wesentlich herabgesetzt würden. Es sei auch durchaus möglich, daß ebenso wie beim Dawesplan, auch beim Young-Plan eine Herabsetzung der Zahlungen erfolgen könne, und zwar auf Grund einer einseitigen Erklärung der deutschen Regierung. Im übrigen habe eine deutsche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0291

Regierung nie die Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege anerkannt. Zum Young-Plan wurde vom Kreisverband einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Der Demokratische Kreisverband Unterfranken fordert die unterfränkischen Demokraten auf, sich mit Entschiedenheit gegen die Propaganda für das Volksbegehren des Reichsausschusses zu wenden. Das Volksbegehren für den Dawesplan ist zwar von vornherein aussichtslos, ist aber geeignet, die in zehn Jahren mühevoller und gewissenhafter Arbeit gewonnene Ruhe in Deutschland zu untergraben. Mit Empörung wendet sich der Demokratische Kreisverband Unterfranken gegen die Lügen und Verleumdungen, die von seiten der Befürworter des Volksbegehrens verbreitet werden, namentlich die Lüge der Menschendeportation, und gibt seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Männer, die in jahrelanger, selbstloser Arbeit am Wiederaufbau und Aufstieg des deutschen Volkes gearbeitet haben, nach § 4 des Volksbegehrens mit entehrenden Strafen bedroht werden sollen."

Die Beratungen am Sonntag waren der Vorbereitung der bayerischen Gemeindewahlen gewidmet. Hierüber sprach zuerst Oberbürgermeister Dr. Luppe, der auf die zwangsmäßige Steigerung der städtischen Ausgaben, namentlich hinsichtlich der Wohlfahrtspflege, hinwies, sich aber scharf gegen eine privatwirtschaftliche Betätigung der Gemeinden wandte. Einzig und allein Monopolbetriebe gehörten in die Hände der Gemeinden. Die Ausführungen fanden starken Beifall. Hierauf berichtete Dr. Semank über das neue bayerische Gemeindewahlrecht, indem er namentlich die Neuerungen gegenüber dem bisherigen Gemeindewahlrecht hervorhob. Zur Frage der Wahlpropaganda betonte er, daß die Demokratische Partei die Persönlichkeit bei dem Wahlkampf in den Vordergrund stellen müsse, und daß das für die Demokratische Partei gute Erfolge zeitigen könne, weil die Demokratische Partei, wie keine andere, auch in der Gemeindepolitik stets bewährte und führende Persönlichkeiten habe.

Organisation

Wahlkreis Düsseldorf-West. Den Vorsitz im Wahlkreis Düsseldorf-West hat Generaldirektor Dr. Dechamps, Oberhausen, übernommen.

Parteisekretariat der D.D.P. in Stargard. Ein neues demokratisches Parteisekretariat der D.D.P. ist in Stargard in Pommern errichtet worden. Parteisekretär ist Herr Paul Kaminski, Peltzerstraße 32.

Neue demokratische Vereine. In Schweinitz (11. Reichswahlkreis) ist eine Ortsgruppe der D.D.P. gegründet worden. Vorsitzender ist Bankbeamter i. R. Friedrich Langefeld, Schweinitz, Weinberge 27.

Eine weitere Ortsgruppe ist in Calbe (Sa.) gegründet worden. Vorsitzender ist der Behördenangestellte Schnurbusch, Calbe, Ritterstraße 2.

Vorsitzender und Kassierer der neuen demokratischen Ortsgruppe Biederitz b. Magdeburg ist Bankbeamter Willy Kohlfärber, Biederitz b. Mgdbg., Friedrichstraße 2.

Im Wahlkreis 5 (Frankfurt-Oder) sind neuerdings folgende Vereine gegründet worden: Kreisgruppe Oststernberg. Vorsitzender:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0292

Hilfsschullehrer Erich Prenzel, Zielenzig, Krs. Oststernberg. — Ortsgruppe Unruhstadt. Vorsitzender: Dr. med. Max Jeruchen, Unruhstadt, Krs. Bomst.

Ein neues Mitteilungsblatt der D.D.P. Unter dem Titel „Der Augsburger Bürger" erscheint seit Oktober d. J. ein Organ der Deutschen Demokratischen Partei Augsburg allmonatlich, das es sich zum Ziele gesetzt hat, für den demokratischen Gedanken in dem liberalen Bürgertum Augsburgs zu werben. „Der Augsburger Bürger" wird nicht nur den Mitgliedern der D.D.P. zugestellt, sondern auch — eine nachahmenswerte Einrichtung — für die Dauer eines Vierteljahres einer Anzahl anderer Augsburger Bürger kostenlos überwiesen.

40 Jahre „Neuer Albbote". Der „Neue Albbote" (Ebinger Tagblatt), das freisinnige Volksblatt für Württemberg, Baden und Hohenzollern, hat vor kurzem die Feier seines 40jährigen Bestehens begangen. Aus diesem Anlaß hat das Blatt eine reich ausgestattete Sondernummer erscheinen lassen, die zeigt, wie dieses Volksblatt im besten Sinne des Wortes seiner Heimat bodenständig ist. Der demokratische Reichsernährungsminister Hermann Dietrich hat auf Grund des festlichen Anlasses dem Blatt einen Glückwunsch zugehen lassen.

*

Die D.D.P. in den Parlamenten

Demokraten und Reichssteuerreform. Der „Demokratische Zeitungsdienst" vom 26. 10. 29 schrieb:

In letzter Zeit sind im Hinblick auf die bevorstehende Reichsfinanzreform von verschiedenen Abgeordneten und führenden Wirtschaftspolitikern der Deutschen Demokratischen Partei Vorschläge veröffentlicht worden, die auf eine Senkung und gerechte Verteilung der Steuerlasten hinauslaufen. Diese Vorschläge haben erfreulicherweise Beachtung weiter Kreise, teilweise aber auch natürlich Kritik gefunden. Da bei der Kritik hier und da die Deutsche Demokratische Partei mit den Urhebern der Vorschläge identifiziert worden ist, erscheint es geboten, darauf hinzuweisen, daß die Partei selbst mit einem festen Programm für die Finanzreform erst hervortreten wird, wenn die Voraussetzungen dafür geklärt sind, und daß die bisher veröffentlichten Vorschläge von Mitgliedern der Partei als Einzelmeinungen zu werten sind. Als eine vorbereitende Arbeit für das Programm wird in erster Linie das Stolpersche Programm zu gelten haben, das auf dem Mannheimer Reichsparteitag das regste Interesse und stärksten Beifall hervorgerufen hat.

Demokraten und Arbeitslosenversicherung. Bei der Beratung der Frage der Arbeitslosenversicherungsreform im Reichstag gab am 30. September 1929 der demokratische Fraktionsführer Haas nachstehende Erklärung ab:

„Die Deutsche Demokratische Partei und die Parteien, die vor dem Kriege den Gedanken der Demokratie vertreten haben, haben sich schon vor vielen Jahren für die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Die demokratische Reichstagsfraktion hält an ihrer positiven Einstellung zur Sozialpolitik unverändert fest, in der sie nach wie vor die stärkste Sicherung der Arbeitsfähigkeit und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0293

der Arbeitsfreude erblickt. Für uns ist die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung, die zumal in den krisenhaften Nachkriegszeiten eine Notwendigkeit ist, eine Selbstverständlichkeit. Gerade deswegen aber forderten wir die Beseitigung offenkundig gewordener Mißstände. Jeder Gerechtdenkende wird begreifen, daß das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das übrigens von einer Regierung der Rechten dem Reichstage vorgelegt und vertreten wurde und durch das eine außerordentlich schwierige Materie zum erstenmal gesetzgeberisch in Deutschland behandelt wurde, nicht von vornherein eine Gestaltung gewinnen konnte, die alle Mißstände ausschließt. Es wird insbesondere zu prüfen sein, ob das bisherige System der Zusammenfassung der verschiedensten Risiken aufrechterhalten werden kann. Einige besonders schlimme Mißstände können gemäß dem vorliegenden Entwurf und gemäß den in Aussicht genommenen Verwaltungsmaßnahmen beseitigt werden. Wir halten aber eine Reform des Gesetzes auch deswegen für notwendig, weil es bei unserer Finanzlage unmöglich ist, daß aus allgemeinen Mitteln die Reichsanstalt dauernd mit Zuschüssen erhalten wird. Der große Gedanke der Arbeitslosenversicherung ist nur dann verwirklicht, wenn die Versicherung sich selbst trägt.

In aller Schärfe erklärt die Reichstagsfraktion der D.D.P., daß es unerträglich ist, wenn bis jetzt für die Reform eine einheitliche Stellungnahme der Regierungsparteien nicht besteht und wenn die Regierung es den Fraktionen überlassen will, wie im einzelnen die Reform zu gestalten ist. Es ist mit gesunden parlamentarischen Zuständen nicht vereinbar, daß die Regierung nicht führt, sondern daß sie die endgültige Gestaltung eines so bedeutsamen Reformwerkes Zufallsabstimmungen überlassen will. Wir müssen, solange die Regierung nicht führend die Regierungsparteien zu einer einheitlichen Stellungnahme gebracht hat, uns unsere Entschließungen in allen Einzelheiten vorbehalten."

Homosexualität und Strafgesetzbuch. Im Strafrechtsausschuß des Reichstags kam dieser Tage der vielumstrittene § 296, der dem bisherigen § 175 des jetzigen Strafgesetzbuches entspricht, betreffend die Strafbarkeit homosexueller Betätigung, zur Verhandlung. Während die Abgeordneten Strathmann (deutschnational) und Schetter (Zentrum) für die Beibehaltung der Strafbarkeit eintraten, obwohl auch sie zugeben mußten, daß sehr ernste Gründe für die Aufhebung sprechen, trat der Abgeordnete Rosenfeld (Sozialdemokrat) und auch der Vorsitzende, Geheimrat Kahl, für die Straflosigkeit im neuen Strafgesetzbuch ein. Abgeordneter Ehlermann (Demokrat) schloß sich durchaus den Gründen des Geheimrats Kahl und des Dr. Moses (Soz.) für die Aufhebung der Strafbarkeit an. Es könne seines Erachtens dahingestellt bleiben, ob in allen Fällen der Homosexualität eine konstitutionelle Naturveranlagung vorliege. Für den, der als Kriminalist in der Praxis häufig mit solchen Fällen zu tun habe, stehe aber fest, daß in sehr vielen Fällen eine konstitutionelle Naturveranlagung unglücklicher Menschen vorliege. Für ihn sei aber vor allem maßgebend die allgemeine Stellungnahme zu den Grenzen des Staates überhaupt und zu den Grenzen des Strafrechts. Es gehe den Staat nichts an, wie erwachsene selbständige Menschen im geheimen ihre sexuelle Veranlagung betätigten. Selbstverständlich sei, daß jede Ärgerniserregung und jede Verführung Jugendlicher strafbar sein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0294

müsse. Im übrigen sei aber bei der geheimen Betätigung Homosexueller ein wesentliches Rechtsgut nicht verletzt. Es liege in vielen Fällen eine strafrechtliche Schuld, die doch Voraussetzung der Strafbarkeit sei, nicht vor. Die überwiegende Zahl homosexueller Betätigungen könne ja vom Strafrecht überhaupt nicht erfaßt werden. Der weitere wesentliche Grund für die Abschaffung der Strafbarkeit liege aber in den durch die Strafbarkeit hervorgerufenen schweren Lebenstragödien. Es handle sich keineswegs nur um die Tragödien der Erpressung, sondern auch sonst habe der heutige § 175 unendlich viel zertretenes Leben auf dem Gewissen mit seiner häßlichen Durchwühlung intimsten Familienlebens, mit den die Öffentlichkeit erregenden Gerichtsverhandlungen, mit den aus dem Paragraphen hervorgerufenen Selbstmorden und mit unendlich zerstörtem Familienglück. Es sei auch von keinem Anhänger des Paragraphen ernstlich begründet worden, warum homosexuelle Betätigung bei Frauen straflos sein soll und bei Männern strafbar. Wer das Strafrecht begrenzen wolle auf die im Interesse des Staates notwendig strafbaren Fälle, müsse für die Abschaffung des Paragraphen eintreten. — Die Strafbarkeit der Homosexualität wurde schließlich mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Damit war der Paragraph in der ersten Lesung des Ausschusses gefallen.

Dank der Handwerker an Handelsminister Dr. Schreiber. Anläßlich der Tagung des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbundes in Herford hatten der preußische Handelsminister Dr. Schreiber und der Finanzminister Dr. Höpker Aschoff Festgrüße gesandt, die bei den Handwerkern besondere Beachtung fanden. An Minister Dr. Schreiber wurde ein Dankschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Ihr Mahnwort, daß Staat und Gemeinden das Handwerk wohl in seinen Bestrebungen zu unterstützen vermögen, daß das Handwerk sich behaupten müsse und werde, aber nur aus eigener Kraft, wird in weiten Kreisen des westfälisch-lippischen Handwerks gewiß eine nachdrückliche Beachtung finden. Sie haben besonders nachdrücklich unterstrichen, daß die Zusammenschlüsse des Handwerks in mächtigen Bünden die Kräfte des Berufsstandes gesammelt erhalten, wenn sie mit Klugheit für eigene Aufgaben des Standes eingesetzt werden, daß sie aber zersplittern müssen, wenn sie für berufsfremde Zwecke, womöglich für einseitigen parteipolitisch gemeinten Stimmenfang mißbraucht werden. Der Westfälisch-Lippische Handwerkerbund hat stets dieselbe Auffassung vertreten, die Sie, hochverehrter Herr Minister, als Mahnung an die Öffentlichkeit und die Organisationen des Handwerks mit Ernst richten. Mit aller Deutlichkeit werden die gesamten westfälisch-lippischen Handwerksorganisationen wie bisher, so auch in Zukunft, den Trennungsstrich zu ziehen wissen zwischen Berufsstandspolitik und den berufsständischen Aufgaben der Organisationen des Handwerks und einseitiger Parteipolitik. Wir sind Ihnen ganz besonders verbunden für Ihre Zusicherung, daß das Handwerk aller preußischen Landesteile an Ihnen stets einen Verbündeten finden wird. Wir waren längst davon überzeugt, daß wir in dem gegenwärtigen Preußischen Minister für Handel und Gewerbe einen warmen Freund und Förderer des Handwerks besitzen."

Ein ähnliches Schreiben ging Minister Höpker Aschoff zu, dem als Beweis der Wertschätzung des westfälisch-lippischen Handwerks besonderer Dank ausgesprochen wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0295

Aus der bremischen Bürgerschaft. In der ersten Sitzung der Bürgerschaft nach den Sommerferien nahm den breitesten Raum eine Debatte über eine Polizeireform in Bremen ein. Die Demokratische Fraktion hat sich an dieser Debatte nur kurz beteiligt, weil sie zu wiederholten Malen ihre Stellungnahme zum Ausdruck gebracht hat. Abgesehen von allen anderen Streitpunkten, ist in Bremen die schwierigste Frage die sachliche und räumliche Neuorganisation der Polizei und die Verschmelzung der sogenannten blauen Polizei und der Schupo. Der Streit geht besonders um die Frage, ob die kasernierte Polizei in ihrer alten Stärke beizubehalten ist oder ob man sie schwächen kann, um dafür die Polizei des Einzeldienstes zu stärken. Die Demokratische Fraktion hat ihre Meinung öfters dahin kundgetan, daß sie für eine Verminderung der kasernierten Polizei ist, um Raum zu gewinnen für eine Verbesserung und Verstärkung der Polizei des Einzeldienstes. Sie ist der Ansicht, daß wir weniger eine nach militärischen Gesichtspunkten organisierte Polizei gebrauchen als eine wirkliche Sicherheits- und Verkehrspolizei. Die erwähnte Debatte in der Bürgerschaft hat gezeigt, daß hier noch starke Gegensätze zu überwinden sind, daß besonders aus den Reihen der Deutschen Volkspartei die Bemühungen für die Erhaltung einer starken militärisch organisierten Schupo sehr eifrig sind. Dr. E.

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Deutschnationale Volkspartei

Die Stresemann-Hetze der Deutschnationalen Volkspartei ist kaum geringer und weniger gemein gewesen als diejenige der Hitler-Leute. Noch nach dem Tode Stresemanns brachte die am 5. Oktober erschienene „Hamburgische Deutschnationale Monatsschrift", das offizielle Mitteilungsorgan der Hamburgischen Deutschnationalen Volkspartei (zitiert in der „Frankfurter Zeitung" Nr. 746 vom 6. 10. 29), einen Artikel, in dem es wörtlich hieß:

„Wir alle wissen, daß unsere Unterhändler inklusive Herrn Stresemann einen glatten Landesverrat begangen haben, indem sie bei den nach dem Versailler Diktat stattgefundenen Reparationsverhandlungen über die im Versailler Vertrag vorgesehenen Bedingungen und Zahlungsjahre hinausgegangen sind."

An anderer Stelle wurde über Stresemanns Mahnung zur Vermeidung von Luxusausgaben folgendermaßen gewitzelt:

„Wir erinnern uns, sehr häufig unter den Aufnahmen unseres Herrn Reichsaußenministers solche gesehen zu haben, wo er mit den von ihm so sehr geschätzten Riesenimporten, und solche, wo er an den berühmten Konferenztischen mit einer Flasche Rotwein abgebildet ist. Wie anders, wenn er mit gutem Beispiel vorginge und auch weniger häufig italienische und französische Kurorte aufsuchte."

Selbst wenn dieser Schmähartikel noch vor dem Tode Stresemanns geschrieben und gesetzt sein sollte, so wäre es doch ein einfaches Gebot des Taktes gewesen, daß die Redaktion ihn, sobald sie von dem Ableben Stresemanns erfuhr, aus der Nummer entfernte.

Abg. Klönne, der Franzosenfreund. Bei den Verhandlungen, die seit mehreren Jahren schon zwischen französischen Politikern und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0296

deutschnationalen Führern gepflogen werden, steht bekanntlich der Abg. Klönne mit an erster Stelle. Die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 240 vom 14. 10. 29) macht nun darauf aufmerksam, daß Herr Klönne schon bei der Ruhrbesetzung in einem eigenartigen Verhältnis zu den französischen Besatzungstruppen gestanden hat. Während damals Gewerkschaftsvertreter nicht einmal auf der in französische Regie genommenen Eisenbahn zu fahren wagten und auf langwierigen Straßenbahnfahrten ihre Ziele zu erreichen suchten, um nicht in den Verdacht mangelnden Nationalsinnes zu kommen, war Herr Klönne aus Dortmund einer der ersten, die ihr Automobil mit der französischen Trikolore schmückten, um dadurch das Recht zum Autofahren zu erkaufen.

Verhandlungen des Stahlhelms mit Frankreich haben ebenso stattgefunden wie Verhandlungen der Deutschnationalen mit französischen Politikern. Es scheint dringend nötig, diese Tatsache festzuhalten, da der Stahlhelm, fast noch mehr als die Deutschnationalen, bei ihrer Agitation im Lande vor den Wählern gern als Todfeinde der Franzosen erscheinen möchten. Zuerst hat ein Freiherr von Lamezan in einer Zuschrift an die „Germania“ die eigenartige Franzosenpolitik des Stahlhelms an die Öffentlichkeit gebracht, indem er mitteilte, daß nach einer Besprechung zwischen den Herren Seldte, Duesterberg und mehreren anderen Stahlhelmführern einerseits und dem Kaliindustriellen Arnold Rechberg andererseits im Frühjahr 1929 verabredet worden sei, Herr Rechberg möchte in Paris sondieren, französische Staatsmänner vertraulich über seine Unterredung mit den Stahlhelmführern informieren und dazu bemerken, daß die Stahlhelmführer in den Rechbergschen Bedingungen eine Verhandlungsbasis sähen. Der Stahlhelm dementierte natürlich schleunigst diese Mitteilung. Aber in der „Germania“ (Nr. 453) bestätigte Arnold Rechberg sie, indem er noch hinzufügte, daß nicht er mit den Stahlhelmführern in der Angelegenheit Fühlung gesucht habe, sondern umgekehrt, und daß die Stahlhelmleitung mit Rechberg sowohl vor wie nach seiner Pariser Reise Aussprachen gehabt habe. Auf eine Anfrage des Jungdeutschen Ordens hat dann Rechberg (vgl. „Der Jungdeutsche“ Nr. 229 vom 1. 10. 29) u. a. erwidert:

„Was die Politik der Stahlhelmleitung angeht, so bin ich auch heute noch fest überzeugt, daß die Führer des Stahlhelms ehrlich gewillt waren, über eine ernsthafte Einigung mit den Westmächten und insbesondere mit Frankreich auf der Basis von Bedingungen zu verhandeln, wie ich sie befürwortet hatte. Es bleibt daher nur die Vermutung, daß die Stahlhelmleitung zuletzt einer unmittelbaren Einwirkung des Geheimrats Hugenberg nachgegeben hat.“

Ein anderer Führer der deutschen Nationalisten, der Kapitänleutnant Ehrhardt, der ja eine Zeitlang auch dem Stahlhelm angehört hat, hat die feigen Ableugnungsversuche der Seldte und Duesterberg nicht mitgemacht, sondern mit aller Offenheit (vgl. „Der Jungdeutsche“ Nr. 228 vom 29. 9. 29) erklärt:

„Ich denke gar nicht daran, meine Unterredungen mit französischen Politikern im Hause Rechberg in Abrede zu stellen oder sie gar dadurch zu beschönigen, daß ich dem Auswärtigen Amt gewissermaßen Meldung erstattet hätte. Ich kann mich unterhalten, mit wem ich will, ohne jemanden davon zu unterrichten. Ich bin der Ansicht, daß Deutschland versuchen muß, sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0297

zunächst mit seinem größten Gläubiger Frankreich, der jederzeit mit Waffengewalt seine Forderungen eintreiben kann, ehrlich, ohne Hintergedanken, zu verständigen. Die kleineren müssen dann zwangsläufig folgen. Ob das Herr Stresemann macht oder Herr Rechberg, oder sonst jemand, ist mir gleich. Hauptsache ist, daß jemand den großen Wurf wagt. Für mich geht es nur um Deutschland, um keine Person."

Das wahre Gesicht des Stahlhelms. In einer Versammlung zu Eisleben führte nach dem „Vorwärts" (Nr. 491 vom 19. 10. 29) der zweite Vorsitzende des Stahlhelms, Duesterberg, u. a. aus:

„So frei sind wir jetzt, daß sich bei uns in Deutschland jedes Schwein in seinem Dreck herumsudeln kann. Herr Grzesinski macht sich zum Ausführungsorgan der Feindmächte. Hoffentlich verleihen sie ihm auch die Ehrenlegion, die er dann auf den Frack heften kann, damit man ihn bei seinen Gelagen vom Oberkellner unterscheiden kann. Herr von Harnack, der neue Regierungspräsident von Merseburg, ist auch so einer. Judas Ischariot ist mir lieber, denn er hängte sich wenigstens nach seiner Schandtat auf. Hängen Sie in Merseburg eine Hose aus, in der nichts darin ist, und schreiben Sie Severing darauf. Dann gehen Geheimräte katzbuckelnd vor diesem neumodischen Geßlerhut vorbei."

Duesterberg und seine Stahlhelmkameraden haben zwar immer schon in bezug auf pöbelhaften Ton etwas Erkleckliches leisten können. Durch ihr Bündnis mit den Nationalsozialisten sind sie aber, wie man sieht, um die letzte Spur von Anstand gekommen.

Eine edle Frau. In einer Versammlung des Königin-Luise-Bundes in Waldenburg sagte (nach dem „Berl. Tagebl." Nr. 496 vom 20. 10. 29) eine Rednerin, die Rittergutsbesitzerin von Buddenbrock aus Leutmannsdorf, Kreis Schweidnitz:

„Vor dem Kriege lag die Regierung in den Händen deutscher Männer, heute werden wir von Juden regiert. Diese sind keine Menschen, sondern Lumpenpack. In den Klubsesseln der Regierung sitzen nur durch Bazillen verseuchte Männer mit Eiterbeulen. Wir wollen uns nicht von Krummnasen, Kraushaaren und Plattbeinen regieren lassen, und nicht zuletzt von einem Grzesinski, dem unehelichen Sohn eines Juden Cohn, der von seinem Stiefvater später adoptiert worden ist."

Der Königin-Luise-Bund ist eine Hilfs-Organisation des Stahlhelms.

Nationalsozialisten

Für das Hugenbergsche Volksbegehren hatte man unter den Wählern ganz besonders dadurch Reklame zu machen versucht, daß man an ihre nationale Gesinnung appellierte und ihnen weismachte, das Gelingen des Volksbegehrens werde auch die Befreiung Deutschlands von den internationalen „Sklavenketten" zur Folge haben. In Wirklichkeit hatte das Volksbegehren lediglich innerpolitische Ziele, die Beseitigung der gegenwärtigen Reichsregierung und die Herbeiführung einer Katastrophe, bei der die Rechtsbolschewisten auf ihre Kosten zu kommen hofften. Dieser innerpolitische Charakter des Volksbegehrens ist natürlich gewöhnlich bestritten worden, in unbe-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0298

wachten Augenblicken aber haben seine Urheber doch gelegentlich einmal die Wahrheit gesagt. So lesen wir in dem Hitlerschen „Völkischen Beobachter“ (Nr. 242 vom 18. 10. 29):

„Führt die letzte Frau und den letzten Mann zu den Einzeichnungslisten des Volksbegehrens, denn der Sieg unseres Volksbegehrens bedeutet das Ende der November-Demokratie.“

Nationalsozialistische Roheit. Der Hitlerianer Julius Streicher, Führer seiner Partei in Nürnberg, der schon wiederholt wegen verleumderischer Beleidigung zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden ist, aber trotzdem oder vielleicht gerade deswegen bei den Nationalsozialisten eine große Rolle spielt, hielt am 10. 10. 29 in München eine Werberede für das Volksbegehren. In welcher Weise er geworben hat, ergibt sich unter anderem aus folgendem Passus seiner Rede (vgl. „Vorwärts“ Nr. 481 vom 13. 10. 29):

„Man darf sich nicht über den frühen Tod Stresemanns wundern, denn bei einem so guten Leben, wie es Stresemann geführt hat, kommt der Tod immer früher. Die Kopfbildung Stresemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Mongolengesicht hat die Verschlagenheit offen kund getan. Er wird jetzt als großer Europäer bezeichnet, aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden. Der Jude ist seit undenklichen Zeiten geborener Verbrecher. Wer in der Republik den Nachweis erbringt, daß er ein Gauner ist, der kann Minister werden, vielleicht später, wenn einmal der Präsidentenstuhl frei ist, auch Reichspräsident. Erzberger und Rathenau sind nicht ermordet, sondern getötet worden. Die Täter sind keine Mörder, sondern ganze Kerle.“

Mussolini verhöhnt Hitler. Die Umschmeichelungen des italienischen Diktators durch Hitler und seine Leute haben einen ganz anderen Erfolg, als die Nationalsozialisten selbst erwartet hatten: die italienische Faschistenpresse erwidert auf die Anbiederungsversuche mit Hohn und Spott. In der von Mussolini selbst herausgegebenen Monatsschrift „Gerarchia“ wird Hitler sogar persönlich als „Pseudofaschist“ an den Pranger gestellt. (Vergl. „Vorwärts“ Nr. 478 vom 11. 10. 29). Namentlich wegen seines Bündnisses mit dem Stahlhelm und mit Hugenberg zur Herbeiführung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan wird Hitler in der genannten Zeitschrift böse zerzaust. Es heißt dort unter anderem:

„Wenn ihr deutschen Bewundrer unsrer italienischen Diktatur ernstliche Versuche machen wollt, eure Regierungsform der unsern anzugleichen, d. h. ebenfalls eine Diktatur zu errichten, so ist euch unsre Sympathie für das löbliche Beginnen gewiß. Je weiter auf dem Erdenraum sich unsre Idee verwirklicht, desto besser für die moralische und faktische Position ihrer ursprünglichen Träger, das weiß man in Rom so gut wie in Moskau. Aber Kindsköpfe seid ihr oder wüste Demagogen sogar, wenn ihr mit der Lockspeise ködern geht, eine Faschistenallianz werde eurem Kampfe gegen Reparationen und Versailler Weltordnung dienen. Auch Italien ist ihres Segens teilhaftig und beschuldigt euch der Urheberschaft am Krieg ebenso wie seine Verbündeten von gestern!“

Auch die nachstehende Stelle aus der „Gerarchia“ ist sehr interessant:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0299

„Der sogenannte deutsche Faschismus arbeitet also im leeren Raum. Er hat weder eine gute Organisation noch hat er Führer. Und wenn er morgen in die Lage käme, eine Bewegung anzuführen, so würde er aus Armut an Ideen die Rückkehr Wilhelms des Zweiten fordern."

Diese wirklich rechtmäßig verdienten Ohrfeigen werden Hitler freilich nicht hindern, auch weiterhin vor Mussolini in dem Staube zu liegen.

Fort mit Hindenburg sagen auch die Aufwertler. Vor kurzem hatte der bisherige sächsische nationalsozialistische Landtagsabgeordnete, Kapitän von Mücke, die Unverfrorenheit besessen. in seinem Blättchen, „Der Eisenhammer", an den Reichspräsidenten einen offenen Brief zu richten, der mit den Worten schloß: „Im Interesse des deutschen Volkes möchte ich daher an Sie, Herr Reichspräsident, die Bitte richten, in Überlegungen einzutreten, ob es nicht zweckmäßig wäre, daß Sie von Ihrem Posten zurücktreten und Männern Platz machen, die in der Lage sind, die Geschicke zu meistern." Diese Ungezogenheit hat in den weitesten Kreisen unangenehmes Aufsehen erregt. Die Volksrechtpartei, an deren Spitze doch immerhin Leute stehen, die auf Anstand und Bildung Anspruch erheben, denkt darüber anders. Ihr Organ „Das Volksrecht" (Nr. 24), schließt sich dem famosen Herrn von Mücke an, indem es schreibt:

„Auch wir möchten sagen: Wohl konnte ein Hindenburg Geschicke eines Heeres meistern, wohl konnte er sich durch seine Feldherrnstrategie größte Achtung erringen, aber die Geschicke eines von brutalem Kapitalismus regierten Volkes, wie es die Unterschrift unter die Enteignungsgesetze bewiesen hat, zu meistern, das kann er nicht!"

Die Wahlliste des Ziegenzuchtvereins. Bei den Kommunalwahlen macht sich in vielen Gemeinden auch wieder die unheilvolle Stimmenzersplitterung geltend, indem womöglich jede wirtschaftliche Gruppe gesondert vorgeht und eigene Listen aufstellt. Wieweit die Eigenbrötelei gediehen ist, zeigt das Beispiel des märkischen Bades Wilsnack, wo sich ein besonders heftiger Streit um die Stadtverordnetenwahlen abspielt. Alle möglichen Verbände und Vereine, nicht nur politische Parteien, haben dort besondere Vorschlagslisten aufgestellt, der Hausbesitz, Handel, Gewerbe, der Zentralverband der Kriegsbeschädigten, die Arbeiterschaft, die Arbeitgeberschaft, der Stahlhelm und schließlich auch — der Wilsnacker Ziegenzuchtverein! Die Folge dieses traurigen Zustandes ist, daß sich in Wilsnack bereits ein Mangel an Bewerbern für die Stadtverordnetensitze bemerkbar macht. Mit Recht schreibt die „Fleischer-Verbands-Zeitung" (Nr. 237 vom 9. 10. 29) dazu: „So geht es natürlich nicht! Die Folgen einer derartigen Zersplitterung sind unabsehbar." Wenn das Blatt dann aber weiterhin die Angehörigen des gewerbetreibenden Mittelstandes auffordert, eine geschlossene Einheitsfront zu bilden, so liegt auch hierin eine Empfehlung der Stimmenzersplitterung. Der gewerbliche Mittelstand gehört in die politischen Parteien hinein, wo er sich schon genügend durchsetzen wird, wenn er nur will. Und auch da ist noch zu beachten, daß es gilt, sich an die bereits seit langem bestehenden alten politischen Parteien anzuschließen, nicht aber neue Splitterparteien ins Leben zu rufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0300

Demokratische Frauenbewegung

Frauen an die Front!

Von Margarete Heinze

Die Familie ist die Keimzelle des Staates. Von der Familie geht Gutes und Böses, geht das Schicksal eines Volkes aus. Hier wird die Jugend erzogen, hier wird das Volksvermögen verwaltet oder — verschleudert. Hüterin der Familie aber ist die Frau. Sie muß dafür sorgen, daß das Einkommen ihres Mannes in Übereinstimmung kommt mit dem, was ihre Familie verbraucht. Dabei ist es ihre Angelegenheit, für sich und die Ihren auch kulturell eine Lebensbasis zu finden, auf der das Leben eben lebenswert scheint. Und mit wie bescheidenen Mitteln soll oft eine solche Grundlage geschaffen werden!

Für das Staatsganze ist die Kommune diese Familie. In der Gemeinde kommen kleine und kleinste Sorgen der einzelnen Mitglieder zusammen. In den Gemeindevertretungen soll entschieden werden über tausend kleine Alltäglichkeiten, deren Vernachlässigung das Leben verbittert und verärgert, vielleicht sogar vernichtet. Da sind Krankenhäuser zu bauen. Gewiß, das alte Krankenhaus, sagen die Männer, die gerade über der „großen Politik" ihr tägliches Leben vergessen, ist noch sehr schön. Daß es die primitivsten Forderungen moderner Hygiene nicht erfüllt, ist unwesentlich. Von der Gesundheit des Einzelnen hängt aber die Gesundheit aller ab. Es müssen Wohnungen gebaut werden. Billige Wohnungen. Über den Verhandlungen, welcher Platz dafür hergegeben werden soll, von welcher Baugesellschaft das geeignetste Angebot kommt, wird von den Stadtvätern nur zu leicht vergessen, daß in Kammern ohne Licht und Luft fünf, sechs Personen Tag für Tag eng zusammengepfercht hausen, weil sie nicht über das Geld verfügen, sich eine Neubauwohnung zu erstehen. Es ist zwingende Notwendigkeit, daß Wohnungen geschaffen werden, die man den Einwohnern zuweisen kann, ohne daß Abstände, Baukostenzuschüsse usw. gezahlt werden müssen, die einzig den Unternehmern zugute kommen. Es ist nicht wesentlich, daß einige Menschen viel Geld verdienen. Aber es ist wesentlich, daß viele Menschen menschenwürdig untergebracht werden.

Wo liegt denn der Grund für das schnelle Umsichgreifen der Grippeepidemien in den Großstädten? In den finstern, engen Wohnungen, wo in die Hofschächte kaum jemals ein Sonnenstrahl scheint, finden sie kein Hindernis. In solchen Notzeiten sind die Krankenhäuser nur mit den Schwerstkranken zu belegen, und die noch „zu Hause" bleiben können, tun ungewollt das Ihre, um die Krankheit zu verbreiten. Dann können Notverordnungen nichts bessern. Vorher soll und muß Abhilfe geschaffen werden.

Diese engen Wohnungen sind aber auch der Grund für die Verwahrlosung unserer Jugend. Nicht ihr in erster Linie sind Vorwürfe zu machen, wenn Moral und Sitte sinken, sondern denen, die über großen Linien das Größte vergessen, den Menschen. Breite Straßen mit vielen Häusern und bequemen Wohnungen, ohne Luxus, denn wir sind ein armes Volk, sind erste Forderung.

Wer aber leidet zuerst unter der Nichtberücksichtigung dieser Notwendigkeiten? Die Frau in ihrer Eigenschaft als Verwalterin des Hauses, als Pflegerin ihrer Angehörigen, als Mutter ihrer Kinder. Sie weiß aus ihrer täglichen Erfahrung am ehesten, wie und wo ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0301

holfen werden muß. Ihr soll man auch die Möglichkeit geben, diese für das Volkswohl unschätzbaren Kenntnisse verwerten zu können. Wir Frauen sollen und dürfen aber nicht darauf warten, daß uns die Männer uns unseren Weg ebnen helfen. Es ist nötig, daß wir uns selbst dafür einsetzen, daß auch in der Gemeindeverwaltung die Frau mitarbeitet.

Allein die Klagen über Mißstände nützen nichts. Nur die Tat kann helfen und bessern. Die Frauen haben das Recht, ihre Meinung bei den Wahlen zu äußern; sie haben die Pflicht, ihre Stimme abzugeben, um des Wohles der anderen willen.

Wahlrecht der Frauen

Beide Aufsätze zeigen, daß die Wahlrechtsreform, auf deren Wichtigkeit eben erst wieder unser Führer Abg. Koch-Weser in Mannheim nachdrücklich hingewiesen hat, eine Reihe von wesentlichen Einzelfragen berührt. Eine befriedigende Lösung im Parteiinteresse ist eine Notwendigkeit.

Daseinsberechtigung, nicht Duldung!

Von Olga Radtke-Harpf, Königsberg i. Pr.

Bei einer kritischen Betrachtung des Parteiwesens drängt sich die Beobachtung auf, daß die vertikale Schichtung der Parteien nach Weltanschauung in steigendem Maße von der horizontalen Schichtung nach Berufsinteressen überwuchert wird. Die tatsächliche Notlage des größten Teils der Bevölkerung und die Angst der bisher noch nicht Betroffenen vor einer wirtschaftsfeindlichen Politik treibt auch ideal denkende Menschen in einen starken Konflikt zwischen Selbsterhaltungstrieb und Weltanschauung. Als krasses Beispiel sei der selbständige Unternehmer angeführt, der durch die übermäßigen Steuerforderungen zwischen dem natürlichen Trieb der Kapitalerhaltung und dem sittlichen Prinzip der Steuermoral dauernd hin und her schwankt. Auch der weltanschauliche Grundsatz, den Angestellten ein erträgliches Leben durch angemessenes Gehalt zu ermöglichen, kann in verlustreichen Zeiten den Unternehmer in praktischen Gegensatz zu allen theoretischen Erwägungen bringen und ihn zu rein unternehmerfreundlichen Parteien führen.

So kommt es, daß alle überwiegend weltanschaulich orientierten Parteien dauernd durch die innere Schichtung nach Berufsgruppen in der Wahl ihrer Parteiführer resp. Parlamentarier beeinflußt werden und geneigt sind, im Wettbewerb um die „sicheren" Stellen die großen politischen Führer zuweilen hinter Vertretern großer Berufsgruppen zu placieren. Es soll dabei nicht behauptet werden, daß diese Berufsvertreter untüchtig seien, sicher aber ist, daß sie weniger frei in ihren politischen Entschlüssen sind als solche Politiker, die nicht auf den Schultern von Berufskollegen das Parlament erklommen haben.

So schwierig hier schon die Haltung der Parteien ist, die großen Gesichtspunkte ihrer Weltanschauung gegenüber den Einzelforderungen der Berufsvertretungen durchzusetzen, so wird diese Schwierigkeit noch verschärft durch den berechtigten Anspruch der weiblichen Wähler auf Vertretung in den Parlamenten. Es wäre sicher einfacher, wenn die Frauen bereit wären, sich irgendwie als Vertreter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0302

einer Berufsgruppe einrangieren zu lassen, wie es Beamten- und Angestelltenvertreter häufig vorschlagen. Eine solche Gleichstellung mit Berufsvertretern kommt aber für die politisch denkenden Frauen gar nicht in Frage, da die Frauen das Wahlrecht nicht erstrebt haben wegen der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, sondern um der bisher rein männlichen Politik durch Zufügung des weiblichen Elements die notwendige allgemein menschliche Einstellung zu verschaffen.

Wenn in den letzten Jahren die Anzahl der Parlamentarierinnen erheblich zurückgegangen ist, ohne daß die Frauen von solchen Parteien in Scharen abgewandert sind, so darf nicht der Schluß daraus gezogen werden, daß die Frauen sich damit abfinden werden. Nur die politische Einsicht, daß es bis jetzt wichtiger war, das Volksganze zu beruhigen und eine geordnete Arbeit der Regierung durch Stärkung der bestehenden Parteien zu ermöglichen, war die Ursache zu der bisherigen Zurückhaltung im Kampf um die wirkliche politische Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

Die Forderung vieler männlichen Demokraten, Frauen in größerem Maße zu Kandidaturen nur zuzulassen, wenn die Frauen sich mehr für die Partei interessieren, ist durch die statistischen Feststellungen als unberechtigt zurückgewiesen, da sich gezeigt hat, daß in den Mittelparteien die Anzahl der männlichen und weiblichen Wähler gleich ist. Es ist überhaupt falsch, den Frauen Bedingungen stellen zu wollen in einem Zeitpunkt, in dem nur der Anstoß noch fehlt, um die politisch interessierten Frauen aller Parteien zu einer Front zusammenzuschließen. Bei den verschiedensten Gelegenheiten hat es sich immer wieder gezeigt, daß Frauen wohl imstande sind, überparteilich zusammenzuarbeiten und daher vielleicht auch nicht vor der Möglichkeit zurückschrecken werden, eher Frauen verschiedener Weltanschauungen in die Parlamente zu schicken, als aus Liebe zur eigenen Partei tatenlos dem Verschwinden der letzten weiblichen Abgeordneten zuzusehen.

Es muß ausdrücklich betont werden, daß die verantwortungsbewußten Demokratinnen sich bis jetzt von allen Gründungsabsichten einer Frauenpartei ferngehalten haben; das ist gerade auf der letzten Reichsfrauentagung in Dresden ausdrücklich festgestellt worden. Es kann aber der Tag ganz überraschend kommen, an dem nicht mehr die persönliche Meinung von der Zweckmäßigkeit einer Frauenpartei maßgeblich ist, sondern wo es nur noch gilt, die unaufhaltsame Bewegung einer spontan entstandenen Frauenfront nicht in ungeeignete Hände abrutschen zu lassen.

Die von der demokratischen Partei vorgeschlagene Wahlreform mit Einmann-Wahlkreisen ist durchaus geeignet, diese Entwicklung zu beschleunigen. Die örtlichen Wahlkreisvorstände werden Frauenkandidaturen überall als untragbar bezeichnen aus zwei Gründen:

In den überwiegend großstädtischen Kreisen wegen der Wichtigkeit, diesen Kreis durch einen Mann vertreten zu sehen und in ländlichen Kreisen wegen der Unmöglichkeit, Bauern eine Frau als einzige Kandidatin vorzusetzen. Vom Männerstandpunkt sind diese Gründe begreiflich, doch die Frauen werden sich bestimmt nicht damit abfinden, das passive Wahlrecht freiwillig aufzugeben.

Die Gefahr der Emanzipation der Frauen von den Parteien wird mit diesem Parteientschluß zum Einmann-Wahlkreis so riesengroß, daß schon jetzt im Parteiinteresse angefangen werden müßte, den Frauen genügende Sicherungen für Frauenkandidaturen zuzugestehen. Es genügt dabei keinesfalls, wenn die Reichsparteileitung solche Wünsche den örtlichen Wahlkreisvorständen zur wohlwollenden Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0303

rücksichtigung empfiehlt. Nach verschiedenen Vorgängen in den einzelnen Landesteilen werden die Frauen es ablehnen, sich auf Wohlwollen zu verlassen und werden rechtzeitig wirkliche Sicherungen verlangen. Überhaupt muß die ganze Haltung der Parteien zu den weiblichen Wählern revidiert werden, nicht nur in ihrer Zuziehung zur Mitarbeit und Mitverantwortung, sondern vor allem in der Einsicht der Notwendigkeit des Übergangs von der männlichen zur menschlichen Politik.

Wenn vielleicht in den Kreisen der Rechtsparteien sich die Frauen aus religiöser und patriarchalischer Tradition mit der mangelnden Gleichstellung abfinden, so gibt es in den demokratischen Frauenkreisen — aus der demokratischen Weltanschauung heraus — nur eine Meinung, nämlich das Gefühl der Unerträglichkeit des herrschenden Systems. Demokratische Frauen legen keinen Wert darauf, in Damenreden als die Rosen des Lebens gefeiert zu werden, und dafür im sächlichen Teile der Verhandlung als Quantité negligeable an die Wand gedrückt zu werden.

In keiner anderen Partei ist die Gefahr für den Parteibestand durch den evtl. Verlust der Frauenstimmen so groß wie in der demokratischen Partei.

Noch ist es Zeit, dieser Gefahr zu begegnen!

Frauen und Wahlreform

Von Alfred Brodauf

Die Frauen als Wähler, als solche in der Mehrzahl, haben es in der Hand, die Listen zu bevorzugen, auf denen eine Frau auf einer der ersten Stellen steht. Aber in Sachsen haben diesmal gerade die Parteien am meisten an Stimmen gewonnen, die überhaupt keine Frau auf die Liste gesetzt haben: die Nationalsozialisten und die Wirtschaftspartei. Ihnen folgt die Deutsche Volkspartei. Auf der gemeinsamen Liste, die diese Partei für alle drei Wahlkreise gebracht hat, ist unter den 13 ersten, die gewählt sind, keine Frau, eine Frau kommt erst an der nicht mehr zum Mandat gelangten 14. Stelle. Ganz sicher haben diese drei Parteien ihre Stimmen ebenso von den Frauen erhalten wie von den Männern.

Warum? Weniger wohl deshalb, weil, wie notorisch ist, das Gros der Frauen noch nicht hinter den Frauen steht, die für die politischen Frauenrechte kämpfen. Der Grund liegt viel mehr in dem üblen Wahlsystem, bei dem sich das Gros der Wähler, der männlichen wie der weiblichen, überhaupt nicht mehr darum kümmert, wer auf den Listen steht. Das Wahlsystem mit seiner Überspannung des Proporzgedankens hat die große Vielheit der Parteien mit sich gebracht, und eben bei dieser Vielheit ist es viel zu kompliziert für die Wähler, die Listen auf die darauf stehenden Personen hin zu prüfen. Und so ist es sehr verfehlt, wenn gerade die politisch tätigen Frauen, insbesondere innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei, sich der so notwendigen Reform des ganz unpopulären, die demokratische Republik diskreditierenden Wahlsystems widersetzen.

Die politisch tätigen Frauen meinen, daß bei einer Reform etwa nach dem Vorschlag Külz noch weniger Frauen ins Parlament kämen. Wenn wir ein Wahlsystem nicht mit Listen, sondern mit Einzelkandidaten in kleineren Wahlkreisen bekämen, würden die Frauen als Wähler viel eher ihre Blicke auf Frauenkandidaten richten als

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0304

jetzt; sie würden sich jedenfalls viel eher daran gewöhnen. Es ist jetzt in England beim System der Einzelwahlen eine ganze Anzahl Frauen gewählt worden. Angesichts der Tatsache, daß beim gegenwärtigen System in Deutschland die Zahl der Frauenabgeordneten ständig zurückgeht, sollten sich die politisch tätigen Frauen doch die Frage vorlegen, ob das nicht gerade an dem System liegt. Je mehr sich zeigt, daß es für die Erlangung der Frauenstimmen völlig gleichgültig ist, ob und an welcher Stelle eine Frau auf einer Liste steht, desto geringer wird die Geneigtheit der Parteiorganisationen werden, eine Frau günstig zu placieren. Das zahlenmäßige Übergewicht der Frauen als Wähler würde Frauenkandidaturen bei einem System, wo sich der Blick der Wähler wieder auf die Personen lenkt, größere Chancen geben, als sie beim jetzigen System vorhanden sind. Mit der fortschreitenden Politisierung der Frau, die gerade durch das gegenwärtige unpopuläre Wahlsystem beeinträchtigt wird, würden bei einem System von Einzelwahlen Frauenkandidaten immer zahlreicher aufgestellt werden und auch zum Erfolg kommen.

Politische Frauenarbeit. „Sinn und Aufgabe politischer Frauenarbeit" lautete das Thema, über das Gertrud Wittstock-Berlin kürzlich in demokratischen Frauenversammlungen Mitteldeutschlands vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sprach. Die Rednerin wies darauf hin, daß Politik Dienst am Volk und darüber hinaus für die Menschheit ist und bleiben muß. Die große Schicht der Indolenten ahnt gar nicht, welche Möglichkeiten innerer Bereicherung in wahrhafter politischer Arbeit geboten werden. Aber auch denen, die politisch interessiert sind, wird die praktische politische Mitarbeit durch allerlei Übelstände erschwert. Besonders sind es drei Tatsachen, an deren Überwindung gerade die Frauen erfolgreich mitarbeiten könnten. Es ist erstens die gehässige Art und auch unwahre Methode des Parteikampfes, die oft sogar dem Gegner die ehrliche, lautere Absicht abspricht; zweitens die fast unüberwindliche politische Passivität der breiten Masse, die durch die Unwissenheit und Urteilslosigkeit in politischen Fragen verschuldet ist; drittens die Materialisierung und Mechanisierung des politischen Lebens. Dieser drei Übelstände wegen fühlen sich viele Frauen von der politischen Arbeit abgestoßen. Und doch könnten und müßten besonders die Frauen an der Beseitigung dieser Mißstände mitwirken. Die politische Gleichberechtigung der Frau wäre zum Teil sinnlos, wenn die Frauen nicht der Überzeugung wären, daß sie Eigenes, Neues und Besonderes zu geben und zu erfüllen hätten. Nicht nur rein zahlenmäßig, sondern auch auf Grund ihrer andersgearteten inneren Einstellung zur Politik könnten die Frauen den politischen Meinungskampf mit der Zeit wieder in anständigere Formen bringen. Sie sind auch in erster Linie mit berufen — und in gewissem Sinne mit daran interessiert —, daß die undemokratische Sitte der Auswahl der Kandidaten (und damit der Parlamentarier) nach fast ausschließlich egoistisch-berufsständischen Rücksichten ihr Ende findet und wieder der Persönlichkeitswert den Ausschlag gibt. Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Frauenarbeit ist Erringung politischen Wissens und Wollens. Hierzu müßten sich die Frauen nachdrücklich erziehen. Aufgabe der Frauen ist es, sich zu einer auf genauer Erkenntnis beruhenden inneren Freiheit und Selbständigkeit durchzuringen, wenn sie ihre politische Mission erfüllen und nicht nur Mitläuferinnen des Mannes sein wollen. Erst dann, wenn die Frauen diesen Sinn und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0305

Zweck ihrer politischen Gleichberechtigung erkannt haben und ihren wesensgemäßen Einfluß in der Politik als lösbare Aufgaben anstreben, wird das Frauenstimmrecht seinen vollen, wahren Wert bekunden.

*

Deutsche Jungdemokraten

Heidelberger Tagung der Jungdemokraten. Wie in Ergänzung des Parteitagsberichts in der vorigen Nummer nachgetragen sei, trat der Reichsbund der deutschen Jungdemokraten am Donnerstag, dem 3. Oktober, vormittags, in Heidelberg zu einer Sitzung zusammen, in der als Vertreter der Bundesleitung Ernst Reichelt-Berlin des unerwarteten Hinscheidens des Außenministers Stresemann gedachte. Reichelt wies auf den schweren Verlust hin, den die Republik und die Kreise der verständigungsbereiten Außenpolitik durch diesen Tod erlitten haben, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es durch eine kraftvolle Führung der Reichsregierung und der Regierungsparteien, insonderheit der demokratischen Reichstagsfraktion, gelingen möge, die gefahrvolle Situation zu überwinden und die Linie der bisherigen Außenpolitik unverändert fortzuführen. Reichelt machte dann weiterhin Mitteilung von den Vorschlägen, die der Reichsbund der Jungdemokraten auf politischem und organisatorischem Gebiet dem Parteitag unterbreiten werde. Vor allem würden die Jungdemokraten Grundsätze zur wirtschaftsprogrammatischen Rede von Dr. Stolper vertreten. Weiterhin würden Richtlinien zur Reorganisation der Partei vorgelegt werden. An das Referat schloß sich eine eingehende Aussprache.

Jungdemokratische Osttagung. Am 20. Oktober versammelten sich in Fürstenwalde an der Spree etwa hundert Vertreter und Delegierte der jungdemokratischen Verbände „Frankfurt-Oder/Grenzmark" und „Jungdemokratische Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin" zu einer gemeinsamen Arbeitstagung, die insbesondere der Behandlung politischer Probleme des deutschen Ostens gewidmet war. Die Anwesenheit mehrerer Mitglieder der Bundesleitung bewies das Interesse, das der Bund an diesen Problemen nimmt. Fritz Schulze, Neudamm, legte in eindrucksvoller Weise die besonderen Schwierigkeiten dar, die sich der politischen Arbeit im demokratischen Sinne in den Grenzgebieten entgegenstellen und die besondere Methoden jungdemokratischer Betätigung erfordern. Zum Schluß charakterisierte er die Stellung der Jungdemokratie zum Jungdo. Der Bundesführer Ernst Lemmer sprach in einem weitausholenden Referat über die Ergebnisse des Mannheimer Parteitages und die sich aus ihnen ergebenden Zukunftsaussichten der Jungdemokratie. Das wirtschaftspolitische Referat Stolpers kann von der Jungdemokratie nicht in allen Punkten akzeptiert werden, doch bildet es eine ausgezeichnete Grundlage zur Weiterentwicklung eines demokratischen Wirtschaftsprogramms, wozu die junge Generation ihre Mitarbeit freudig zur Verfügung stellt. Lemmer forderte dann in der Frage des Einheitsstaates den Versuch, neue und revolutionäre Lösungen zu finden. Nach einer längeren Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die Säuberung und Reinhaltung des politischen Lebens von jeder Korruption fordert.

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0306

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 20. November 1929 Nummer 22

Postscheckkonto der Deutschen Demokratischen Partei ist: Berlin 56108

Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit

Das Ergebnis eines Rückblickes

Von Erich Koch-Weser

Vorbemerkung.

Unter dem Titel „Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1919—1929" ist soeben im Verlag von Kurt Vowinckel, Berlin-Grunewald, ein neues Buch von Reichsminister a. D. Koch-Weser erschienen. Die dem Andenken Gustav Stresemanns gewidmete Schrift unterrichtet zunächst in knapper Form und gerade deswegen übersichtlich, da lediglich das Wesentliche hervorgehoben ist, über das Schicksal Deutschlands in dem letzten Jahrzehnt und über die realen Mächte sowie die weltbewegenden Ideen, die in dieser Zeit die zwischenstaatliche Politik geleitet haben. Aber der Verfasser beschränkt sich nicht auf eine Darstellung und Würdigung des Geschehenen — als aktiver Politiker sieht er seine Aufgabe dann erst als gelöst an, wenn er aus der Betrachtung der Vergangenheit Einsicht in die Zukunft gewinnt. So schließt sich in seinem Buche an einen „Rückblick" ein zweiter Teil an, „Ausblick", und man darf wohl sagen, daß gerade dieser Teil in Ergänzung der in dem „Rückblick" enthaltenen Betrachtungen dem Werke seinen besonderen Wert gegenüber anderen geschichtlichen Darstellungen der Nachkriegszeit sichert: hier spricht sich ein Mann, der die Nachkriegsjahre bewußt und sehenden Auges durchlebt hat, der die Ereignisse von der Quelle an genau zu verfolgen vermochte, der sich auf reiche Erfahrung und auf tiefes Verständnis stützen kann, über die wichtigsten Probleme aus, die die deutsche Außenpolitik in der nächsten Zeit beschäftigen werden. Die Urteile des Autors sind für den Leser um so überzeugender, als Koch-Weser leidenschaftslos und kühl und darum durch kein unberechtigtes Vorurteil geblendet die Dinge betrachtet, wie sie sind und wie sie geworden sind.

Um dem Leser eine Probe von der Darstellungskunst Koch-Wesers zu geben, veröffentlichen wir hierunter das Schlußkapitel des ersten Teils.

Man hat bezweifelt, ob es in diesen zehn Jahren überhaupt eine deutsche Außenpolitik gegeben habe. Wer die letzten zehn Jahre überblickt und das Ergebnis sieht, kann diesen Zweifel nicht teilen. Die Außenpolitik mußte unpopulär sein, wie immer nach einem Zusammenbruch. Ein Volk, das so jäh von seiner Höhe heruntergestürzt ist, wie das deutsche, konnte sich an eine Politik des Ausweichens und Duldens, des Hinziehens und Schweigens nicht gewöhnen. Nie-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0307

mals kann in solchen Zeiten eine Politik von vornherein verständlich sein. Es muß genügen, wenn sie nur verständig ist. Beides aber ist leider häufig ein Gegensatz. Die Unpopularität dieser Politik wurde dadurch gesteigert, daß sie von der Regierung der Republik gemacht wurde, der weite Schichten des Volkes, traditionsgebunden, zunächst feindlich gegenüberstanden, weil sie Zeuge der deutschen Schwäche und Tochter der deutschen Niederlage war. Man verwechselte den zeitlichen und den kausalen Zusammenhang und klagte sie an, Urheber der Schwäche und Mutter der Niederlage zu sein. Erst ganz allmählich setzte sich in weiten Schichten des Volkes das Gefühl dafür durch, daß es falsch gewesen wäre, das deutsche Volk durch den Versuch einer heroischen Politik dauernd von der Möglichkeit eines Wiederaufstiegs abzuschneiden. Erst heute sehen wir, daß die Ehre des Staatsmanns der neuen Zeit nicht darin bestehen konnte, sein Volk in den Tod zu führen, sondern nur darin, sein Volk, an dessen Zukunft er glaubte, am Leben zu erhalten.

Die Politik wurde um so leichter, je mehr das Volk sich innerlich kräftigte und sammelte und je mehr die Kriegspsychose und der Siegerübermut unserer Gegner schwanden. Je fester das deutsche Volk stand, je zögernder die Angriffe der Gegner wurden, um so zäher konnte es an seinem Widerstande festhalten, um so länger konnte es um sein Recht kämpfen, ohne Gefahr zu laufen, terrorisiert und zerschmettert zu werden. Es ist deshalb nicht richtig, wenn man die von Stresemann inaugurierte Politik als eine Abweichung von der Erfüllungspolitik ansieht. Stresemanns Politik wich ab von der durch Cuno unternommenen, nicht bis zu Ende gedachten Politik des Widerstandes und lenkte wieder in die Bahn der Erfüllungspolitik ein, die nicht nur als notwendig durchdacht, sondern auch praktisch angebahnt zu haben das unvergängliche Verdienst Rathenaus ist. Die außenpolitischen Verdienste Stresemanns um das Gelingen dieser Politik liegen in dem mutigen Entschluß, mit dem er die ins Verderben führende Politik des Ruhrkampfes abbrach, in der klugen und sicheren Art der Durchführung seiner Politik, namentlich in seiner glänzenden Verhandlungsführung. Aber es ist nicht etwa eine Herabsetzung seiner Persönlichkeit, wenn man feststellt, daß sein Hauptverdienst um die Durchsetzung dieser Politik auf innenpolitischem Gebiete lag. Indem er, der von rechts her und aus dem Lager der Kritik gegen die Erfüllungspolitik kam, sich diese Politik zu eigen machte, wurde er zum innenpolitischen Verteidiger dieser Politik und wußte mit seiner Autorität und seiner Beredsamkeit den national besonders erregbaren, durch realpolitische Erwägungen schwer beeinflußbaren Schichten unseres Volkes die Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Politik beizubringen. Daß seine Freunde, um ihm dabei zu helfen, den perhorreszierten Namen der Erfüllungspolitik beiseiteschoben und statt dessen zu vorübergehendem Gebrauch das Wort von der nationalen Realpolitik prägten, mag um des guten Zweckes willen gebilligt werden. Heute hat man sich für die Bezeichnung dieser Politik auf dem Namen „Locarnopolitik“ oder „Verständigungspolitik“ geeinigt. Es ist nicht richtig, daß die reine Außenpolitik in einem Volke wichtiger sei als das Wachrufen des Verständnisses für solche Politik im Inland. Man braucht nur auf das Beispiel Bismarcks zu verweisen, dessen Politik ohne

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0308

seine geniale Fähigkeit zu ihrer Popularisierung verloren gewesen wäre. Indem Stresemann die Mitte des deutschen Volkes für seine Politik gewann, hat er es erst ermöglicht, daß Deutschland diese Politik machte, ohne an Leib und Seele Schaden zu nehmen.

Wenn diese Politik in ihren Zielen dieselbe geblieben ist, so hat sich doch die Einstellung des Volkes zu dieser Politik innerlich verändert. Bis weit in die deutsche Linke hinein hat man diese Politik anfänglich nur deswegen gemacht, weil man sie machen mußte. Jeder einsichtige Politiker mochte die unerträgliche Anmaßung unserer Gegner bitter empfinden und sich ihr widerwillig beugen, aber er mußte begreifen, daß eine andere Politik Deutschland unheilbare Wunden geschlagen hätte, ohne ihm zu helfen. Auch demjenigen, der vor dem Ruhrkampfe diese Einsicht noch nicht hatte, mußte sie im Ruhrkampfe erwachsen. Aber heute darf man sagen, daß wir in Deutschland diese Politik machen, weil wir sie machen wollen. Auch wenn wir Waffen hätten, würden wie sie nicht nutzen, um sie angriffsweise gegen unsere früheren Gegner zu kehren, denn wir haben einsehen gelernt, daß die Zukunft Europas verloren ist, wenn es sich noch einmal mit schärferen und giftigeren Waffen zerfleischt als in jenen schrecklichen vier Jahren. Heute ist die erzwungene Erfüllungspolitik zu einer freiwilligen Verständigungspolitik geworden, bei der es darum geht, mit Europa Deutschland voranzubringen. Deutschland ist heute wieder eine Großmacht geworden, wenn auch noch eine gehemmte Großmacht. Das deutsche Volk hat durch eine Politik von unendlicher Geduld und selbstbeherrschter Vernunft diese ersten Erfolge erzielt. Deutschland ist in diesen zehn Jahren vorangekommen. Es hat die Sicherheit seines Lebens und seiner Einheit wiedererlangt, und steht in einem aussichtsvollen Kampf um seine politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung. Niemand hat um diese Entwicklung so große Verdienste wie der Staatsmann, der in diesen Wochen von uns gegangen ist: Gustav Stresemann.

Stresemann hat mit Konsequenz und Geschicklichkeit, unbeirrt durch die Verständnislosigkeit äußerer und innerer Widerstände seine Verständigungspolitik durchgeführt. Er ist im Inland, und, was noch wertvoller war, im Auslande das Symbol dieser Politik geworden. Wie ungeheuer sein Ansehen im Auslande war, habe ich in den letzten Wochen in Genf erfahren. Er war dem Auslande zugleich der Vertreter des neuen Deutschlands und der gute Europäer. Das Ausland hatte zwar die selbstverständliche Überzeugung, daß er das deutsche Interesse mit aller Tatkraft wahrnahm, aber auch den Glauben, daß er Verständnis für die Anschauungen und Bedürfnisse Europas und der Welt hatte, und daß er deshalb zu den führenden Männern der Welt gehörte, deren Aufgabe es ist, die neue Grundlage für eine friedliche Zusammenarbeit der Völker zu finden.

Stresemann hat den Rhein freigemacht. Es ist tragisch, daß er den freien deutschen Rhein nicht mehr gesehen hat.

Werbt neue Leser!

Das Volksbegehren

Rx. Vor Jahren trugen sich die Rechtsradikalen lange Zeit mit dem Gedanken, eine Volksabstimmung über die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Fahne herbeizuführen. In einer richtigen Vorausahnung, das Volk, müde des Flaggenstreites, würde hier nicht mitmachen, ließ man davon ab. Dann trat der Stahlhelmführer Seldte mit einem Volksbegehren über eine Verfassungsreform mit dem Hauptziele, die verfassungsrechtliche Stellung des Reichspräsidenten zu stärken, auf den Plan. Die Angst vor der eigenen Courage verhinderte damals Seldte, loszuschlagen, bis nun Hugenberg und Hitler einen willkommenen Ausweg gaben, indem sie zusammen mit ihm das sogenannte Freiheitsgesetz inszenierten. Konkret gesehen, richtet sich dieses Freiheitsgesetz gegen den Young-Plan, dessen Annahme man unmöglich machen wollte. Und dennoch, trotz dieser außenpolitischen Tendenz ist das Volksbegehren fast ausschließlich innenpolitisch zu werten, die Außenpolitik diente hier nur als Vorwand zum Kampfe gegen den neuen Staat, was schon daraus hervorgeht, daß die Annahme eines Volksentscheids bei den eigenen Anhängern von vornherein als ausgeschlossen galt. Man wollte wieder einmal zu einem Schlage gegen die Republik, gegen ihre Würde und Autorität ausholen. Mit demokratischen Mitteln griff man erneut die Demokratie an und verfiel in eine nur mit der Dolchstoßpropaganda vergleichbaren Hetze, wobei man verblendet wie man einmal war, die Blickfreiheit vollkommen über das verlor, was bei einer Einleitung des Volksbegehrens kommen mußte. Gleich eingangs tischten die Ewig-Gestrigen für die Ewig-Dummen, angeblich um einen nationalen Block mit der Frontstellung: „hier national — hier antinational" zu schaffen und um das Volk aufzurütteln, die Lüge von dem Sklavenexport auf, eine Lüge allerdings, die sich bald selbst todlief. Der § 4 mit seiner Bestimmung, daß der Reichskanzler, die Reichsminister und deren Bevollmächtigte, wenn sie die im Gesetz verbotenen Verträge abschließen würden, mit der Strafe des Landesverrates belegt werden sollten, stellt eine Spitzenleistung der politischen Lüge der letzten zehn Jahre dar. Jeder ihm zustimmende Beamte verletzte daher die Treue und Gehorsamspflicht gegenüber dem Staat. Den Reichspräsidenten nahm man aus dieser Strafbestimmung heraus, obwohl seine Bestrafung in der ersten Fassung vorgesehen war und obwohl schließlich diese Maßnahme im schroffen Gegensatz zu dem verfassungsändernden Ziele der Rechtsradikalen steht, mehr Macht dem Reichspräsidenten zu geben. Der § 4 ist eine Konzession an die Nationalsozialisten, anderenfalls hätten diese nicht mitgemacht. Die Nationalsozialisten, überzeugt davon, daß das Endziel des Volksbegehrens nie erreicht würde, begrüßten den frisch-fröhlichen Krieg gegen die Republik, gab es doch keine bessere Gelegenheit als diese, mit ihrer Phraseologie an die deutschnationalen Wähler heranzukommen, die man radikalisieren wollte, um die eigene Partei zu stärken. Der Radikalismus ist hier Selbstzweck.

Wenn auch mit Ach und Krach die Volksbegehrler die notwendige Stimmenzahl erreicht haben, so kann man von einem wirklichen Sieg nicht sprechen. Sie haben ihre Rechnung ohne die Wähler gemacht, glaubte man doch im ersten Anlauf 6,5 bis 7 Millionen Stimmen erhalten zu können. Das vorläufige, aber sich kaum wesentlich ändernde Abstimmungsergebnis weist eine Stimmenzahl von 4 147 725 Stimmen auf und zeigt folgendes Bild im einzelnen:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0310

	Prozent der eigenen Wählerschaft	Prozent der Gesamtzahl der Stimmberechtigten
Koblenz-Trier	10,2	1,25
Düsseldorf-Ost	16,3	2,0
Niederbayern	—,—	2,63
Köln-Aachen	20,7	1,3
Hessen-Darmstadt	22,0	3,0
Baden	24,2	2,2
Düsseldorf-West	29,2	3,2
Westfalen-Nord	30,5	3,7
Hamburg	31,3	4,0
Westfalen-Süd	32,6	3,2
Hessen-Nassau	33,1	5,5
Pfalz	41,0	2,8
Oberbayern-Schwaben	41,6	4,3
Berlin	44,3	6,2
Oppeln	52,7	7,6
Potsdam II	54,2	10,1
Dresden-Bautzen	56,2	9,4
Leipzig	58,7	9,0
Liegnitz	59,5	13,1
Franken	60,0	13,4
Schleswig-Holstein	60,9	13,5
Breslau	62,8	13,3
Frankfurt a. O.	67,5	18,8
Potsdam I	70,1	15,0
Weser-Ems	75,8	11,7
Südhannover-Braunschweig	78,1	11,0
Thüringen	78,5	16,3
Württemberg	80,3	6,4
Ostpreußen	87,3	24,7
Mecklenburg	87,9	20,9
Merseburg	88,9	18,7
Magdeburg	90,7	16,5
Pommern	92,5	33,1
Chemnitz-Zwickau	94,0	15,9
Ost-Hannover	111,0	19,8

In der ersten Spalte sind die prozentualen Beteiligungsziffern auf die eigene Wählerschaft der Parteien des Volksbegehrens bezogen, während die zweite Spalte die Beteiligungsziffern auf die Gesamtheit der Stimmberechtigten bezieht. In 14 Wahlkreisen sind nicht einmal 50 Prozent der eigenen Anhänger der Parole der Führer gefolgt. Daß in Ost-Hannover ein so hohes Ergebnis mit 111 Prozent erzielt worden ist, erklärt sich daraus, daß die Deutsch-Hannoveraner, die dort eine Stärke von etwa 100 000 Wählern aufzuweisen haben, sich am Volksbegehren beteiligten. In 18 von den 35 Wahlkreisen haben sich weniger als zehn Prozent der Stimmberechtigten eingetragen, in 11 Wahlkreisen weniger als fünf Prozent.

Was hat das Volksbegehren nun für politische Folgen gehabt?

Als der junge Staat noch nicht so feste Grundmauern hatte wie jetzt, warf ihn jede innere Unruhe in der Entwicklung zurück. Das Volksbegehren überstand er leicht. Und das Volk bewies hier eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633430192 9-19/fragment/page=0311

politische Reife, die Hugenberg und Konsorten nicht ahnten, man träumte ja bekanntlich von einer großen Volksbewegung wie anno 1813: „Das Volk stand auf und alle, alle kamen!" Das deutsche Volk hat jetzt eingesehen, daß unsere Außenpolitik Deutschland wieder eine Großmachtstellung gegeben hat, und es sah bei dem Volksbegehren, daß es sich um die Befreiung der Rheinlande, um die Milderung der Reparationen und um die Souveränität der deutschen Finanzen und Wirtschaft handelte. Und in dieser Erkenntnis verwarf es, realpolitisch denkend und verantwortungsbewußt handelnd, das Volksbegehren und entschied sich bei der Wahl zwischen Vernunft und Unsinn für die Vernunft. An Stelle der Bildung des nationalen Blockes unter Führung Hugenbergs, hat sich eine neue Kluft im Volke aufgetan. Die Diktatur Hugenbergs ist für immer dahin. Mit Recht weist die „Deutsche Tageszeitung" auf die Bildung einer Elblinie durch die Abstimmung hin. Anstatt der Stärkung der Deutschnationalen Partei hat sie sich in eine staatspolitische und parteipolitische Isolierung hineinmanöveriert, den Sieg der alldeutschen Richtung innerhalb der Partei herbeigeführt und sich durch die Nationalsozialisten, die, welche Ironie des Schicksals, in der letzten Zeit immer mehr als „Republikaner" sich entpuppen, umklammern lassen, wie die Wahlen in Lübeck und Baden es beweisen. Weiter hat die Deutschnationale Partei sich koalitionsunfähiger denn je für die Deutsche Volkspartei und für das Zentrum gemacht und damit den politischen Einfluß der Sozialdemokratie, den sie schwächen wollte, gestärkt. Der außenpolitische Wert des Volksbegehrens ist auch gleich Null, höchstens ist hier festzustellen, daß die französische Rechte in der Kammer das Volksbegehren zu benutzen versuchte, um die Rheinlandräumung hinauszuzögern. Das einzige Aktivum aber auf seiten der Volksbegehrler, abgesehen davon, daß Hugenbergsches Geld unter die Leute kam, hat bei dem ganzen Unternehmen Hitler zu buchen, der seiner Partei einen Zulauf verschaffte, und der wohl der einzige ist, der bei der allgemeinen Katzenjammerstimmung sich auf den Volksentscheid freut. Jedoch auf der anderen Seite ist ein Aktivum auch zu verzeichnen. Die Mittelparteien sind sich nähergekommen und der Gedanke einer großen Partei als Vereinigung aller staatspolitischen Kräfte der Mitte ist in Fluß gekommen, wenn wir auch glauben, daß aus den augenblicklichen Wehen die vielfach herbeigesehnte Partei nicht hervorgehen wird.

*

Die Bürgerschaftswahlen in Lübeck

Am 10. November haben in Lübeck die Neuwahlen zur Bürgerschaft stattgefunden. Das amtliche und endgültige Ergebnis lautet wie folgt (die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Stimmen bzw. Mandate von der Bürgerschaftswahl des Jahres 1926):

	Stimmen	Sitze
Hanseatischer Volksbund . . .	27 868 (32 940)	29 (36)
Sozialdemokraten	33 255 (31 839)	34 (35)
Kommunisten	6 714 (4 751)	7 (5)
Demokraten	2 612 (1 719)	2 (2)
Zentrum	886 (681)	1 (1)
Hausbesitzer	781 (—)	1 (—)
Nationalsozialisten	6 338 (—)	6 (—)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0312

Das Ergebnis der Lübecker Bürgerschaftswahlen ist für die Deutsche Demokratische Partei überaus erfreulich. Obwohl die Partei auch diesmal wieder schärfsten Angriffen von rechts wie von links ausgesetzt war, hat sie doch ihre Stimmenzahl um 900 steigern können. Infolge der eigenartigen Berechnungsweise ist aber die Zahl der Sitze nicht entsprechend vermehrt worden und so haben die Demokraten beinahe viermal soviel Stimmen wie die Hausbesitzer erhalten, aber nur die doppelte Zahl von Mandaten.

Außerdem ist für die Lübecker Wahl — ähnlich wie es neulich in Baden der Fall gewesen ist — charakteristisch der Zusammenbruch der Rechtsparteien und die Abwanderung ihrer Wähler zu den ganz Radikalen, den Nationalsozialisten. Nur insofern besteht ein Unterschied zwischen Baden und Lübeck, als dort lediglich die Deutschnationale Volkspartei die leidtragende war, während in Lübeck sicherlich auch die Deutsche Volkspartei (die mit den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei den Hanseatischen Volksbund bildet) Wählerverluste zu beklagen haben wird.

*

Union der demokratischen Jugend Europas

In der Zeit vom 21. bis 24. November wird auf die Initiative des Reichsbundes der Deutschen Jungdemokraten in Berlin der erste Kongreß der radikalen, liberalen und demokratischen Jugendverbände Europas zusammentreten.

Die Deutsche Demokratische Partei begrüßt diesen Kongreß von ganzem Herzen und erblickt in der Tatsache, daß die Union von deutscher Initiative geschaffen werden wird, ein erfreuliches Symptom des Vordringens einer fortschrittlichen und friedfertigen Gesinnung in Europa.

Der Kongreß wird die beiden Kardinalpunkte, die es für die europäischen Demokratien in ihrer gegenwärtigen Situation gibt, erörtern. Die wichtigste Frage der Verbesserung der Garantien des internationalen Friedens, die Abrüstung, wird eingehend diskutiert werden. Die europäische Befriedung kann nur dann gefördert werden, wenn alle Völker guten Willens und reinen Herzens ans Werk gehen. Die Gegensätze werden sich verschärfen, wenn internationale Abmachungen unter der Flagge des Friedens nur den Zweck haben, neue Mauern in Europa aufzutürmen.

Das zweite Verhandlungsthema wird die Krise der europäischen Demokratien sein. Überall in Europa steht die Demokratie in der Verteidigungsstellung. Genährt von dem Mißbehagen über wirtschaftliche Nöte, der Staatsidee durch Technisierung und Materialisierung des Alltags entfremdet, drängen die Menschen zu einer stärkeren ideellen Verbundenheit mit dem Staatsgedanken. So wird der Boden bereitet für die Diktaturen, die geschickt die Sehnsucht der Menschen auszunutzen wissen und wirkliche Unfreiheit durch scheinbare Freiheit des Staates nach außen hin verdecken. Die Erwartung, daß auch diejenigen, die heute diktaturbegeistert sind, dermaleinst schmerzlich erkennen werden, daß nur die Demokratie Freiheit des Individuums und des Staatsganzen auf die Dauer garantieren kann, darf uns als Trost nicht genügen. Wir wollen der Menschheit das Elend ersparen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0313

mörderische Vernichtungskriege in Zukunft erleben zu müssen; Usurpatoren können keine genügende Garantie des Friedens bieten.

In dieser Lage darf die Demokratie nicht erstarren. Sie darf ihre Mission nicht nur im Kampf um die Aufrechterhaltung des Gegenwärtigen, in der Verteidigung überkommenen Kulturguts, das, so wichtig es historisch sein möge, die Herzen der Menschen von heute nicht mehr mitreißt, erblicken, sie muß zur Offensive schreiten und die Seele der Menschen, die ihr zu entgleiten droht, wiedergewinnen.

Die liberale und demokratische Jugend Europas hat ihre Mission erkannt. Sie will auf der bevorstehenden Tagung den Grundstein ihrer gemeinsamen Arbeit am gemeinsamen Ziel setzen. Wenn sie mit Mut und Entschiedenheit arbeitet, wird ihr der Erfolg nicht versagt sein. Glückauf! E. W.

*

Aus dem demokratischen Parteileben

Tagungen

Der Demokratische Provinzialparteitag Brandenburg-Grenzmark fand am 3. November unter überaus starker Beteiligung im Gebäude des Preußischen Landtags unter dem Vorsitz von Oswald Riedel, M. d. L., statt. Der Parteitag beschloß einstimmig, die Herren Dr. h. c. Max Bahr, Landsberg, Bankdirektor Wiglow und Oberbürgermeister a. D. Dr. Hopf in Anerkennung ihrer Verdienste um die Parteiarbeit zu Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes zu wählen.

Das Hauptreferat hielt der Reichtagsabgeordnete Reichsminister a. D. Dr. Külz, der u. a. erklärte: Der Radikalisierung weiter Kreise unseres Volkes muß seitens der Demokraten Ruhe und Besonnenheit entgegengesetzt werden. Bei der Beurteilung des Young-Planes ist entscheidend die Fragestellung: ob der Rhein befreit werden soll oder nicht, ob wir innerhalb der nächsten zehn Jahre 700 Millionen mehr bezahlen wollen oder nicht, und ob wir von der Verhaftung unserer Wirtschaft durch den Dawes-Plan befreit werden wollen oder nicht. Allerdings muß dem Young-Plan unbedingt eine energische Finanzreform folgen, die die Lasten von Volk und Wirtschaft ganz bedeutend mindert. Eine Senkung der Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden um mindestens 20 Prozent ist durchführbar, vor allem, wenn wir uns endlich angewöhnen, zwischen notwendigen und nützlichen Ausgaben zu unterscheiden. Hand in Hand mit der Finanzreform muß nun endlich die praktische Durchführung der Reichsreform gehen. Unsere Sozialpolitik ist in den letzten Jahren viel zu schematisch-mechanisch gewesen. Sie muß wieder mehr auf das Verhältnis von Mensch zu Mensch eingestellt werden. Unumgänglich notwendig ist eine weitere energische Reform der Arbeitslosenversicherung in der Richtung der Abstellung immer noch vorhandener großer Mängel. Vor allem darf die Arbeitslosenversicherung nicht der Arbeitsscheu gewisser Elemente Vorschub leisten. Dringend notwendig ist andererseits, daß endlich das Kleinrentnerproblem im Sinne des demokratischen Vorschlages geregelt und damit die Tragik der Kleinrentner gemindert wird. Wir stehen in einer Zeit größter sozialer und politischer Umwälzungen. Die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, sind

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0314

aber nicht zu überwinden durch eine Politik der Phrasen und der Katastrophen, sondern durch harte, stille Arbeit an Staat und Wirtschaft, wie wir Demokraten sie seit mehr als zehn Jahren getrieben haben und gewillt sind, zum Wohle des Vaterlandes auch in den nächsten Jahren weiterzuführen.

Anschließend sprach Landtagsabgeordneter Riedel über die kommenden Wahlen am 17. November und wies darauf hin, daß bei diesen Wahlen die Demokraten in einem Wahlbündnis mit dem Zentrum mit Unterstützung durch den Gewerkschaftsring, den GDA, die Märkische Bauernschaft und den Reichsrentnerbund unter dem Namen: Block der Mitte (Liste 4) vor die Wähler treten. In der Diskussion sprachen u. a. die Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Fischer und Georg Bernhard. Dr. Fischer, der Spitzenkandidat des Wahlkreises Frankfurt a. d. Oder-Grenzmark für den Reichstag, führte u. a. aus: Der Kampf um das Volksbegehren hat zu einer bedauerlichen Verschärfung des politischen Haders innerhalb des deutschen Volkes geführt. Auch die Gegner des Volksbegehrens sind von dem Vorwurf, hierzu beigetragen zu haben, nicht ganz freizusprechen. Wir müssen jetzt in den kommenden Monaten gerade als Demokraten alles tun, um diesen Hader zu überwinden. Wir dürfen nicht vergessen, daß auch jene vier Millionen Deutsche, die sich in das Volksbegehren eingetragen haben, wenn sie auch durch verantwortungslose Führer irregeführt worden sind, unsere Brüder und Schwestern sind. Der Kampf um den Volksentscheid muß rein sachlich geführt werden und wird zweifellos für die Politik der besonnenen Vernunft, die wir vertreten, den größten Erfolg haben, wenn es uns gelingt, bis zum Volksentscheid die Senkung der Steuerlasten durch eine energische Reichsfinanzreform so weit durchzuführen, daß jeder einzelne Deutsche praktisch für sich selbst erkennen kann, welche Entlastung ihm der Young-Plan bringt. Allerdings ist jetzt die Kardinalfrage an die Sozialdemokratie zu stellen, ob sie endlich bereit ist, die praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen, daß unsere Wirtschaft auf dem Privateigentum beruht und dementsprechend vom Staate behandelt werden muß, und ob sie bereit ist, ihr Zukunftsbild von Staat und Wirtschaft für die Gegenwart zurückzustellen. Das sage ich, gerade weil ich schon seit der Zeit vor dem Krieg als alter Jungliberaler die Ansicht immer vertreten habe, daß die Sozialdemokratie mit zur Staatsverantwortung herangezogen werden muß. Vor allem aber darf die kommende Reichsfinanzreform kein Flickwerk bleiben, und es ist ihre unbedingte Voraussetzung, daß wir uns nicht mit den Young-Planerleichterungen begnügen, sondern darüber hinaus eine wesentliche Lastenminderung durch Ausgabendrosselung herbeiführen. — Zum Fall Sklarek erklärte Dr. Fischer, daß er sich, solange nicht persönlicher Eigennutz nachweisbar sei, vor jeden in diese Angelegenheit hineingezogenen Parteifreund schützend stellen werde. Er wehre sich bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer energischen Säuberung gegen die Spitzel- und Schnüffelmanier, die hier von gewissen Kreisen getrieben werde. Im übrigen sei entscheidender als die Symptome die Grundfrage: Warum das so kommen mußte. Sie ist zu suchen in der Verschleierungstaktik, die man mit der Finanzmisere in den Gemeinden seit Jahren getrieben hat. Vor allem aber protestiere er aufs schärfste gegen die Verallgemeinerung der Angriffe gegen das Beamtentum im allgemeinen und die Gemeindebeamten im besonderen. Deutlich zeige der Fall auch, daß endlich damit aufgehört werden muß, daß Stadträte lediglich nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgewählt werden. Die Beamtenschaft habe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0315

ein Recht darauf, zu fordern, daß die leitenden Stellen in den Kommunen auch wirklich in genügendem Maße geschult sind. Im übrigen zeige sich auch hieran wieder, daß es allerhöchste Zeit ist, daß der Staat davon abläßt, ständig in die Sphäre der privaten Wirtschaft einzugreifen, und daß seine Aufgabe ist, zu verwalten, aber nicht zu wirtschaften.

Reichstagsabgeordneter Georg Bernhard unterstrich und erweiterte insbesondere die finanzpolitischen Ausführungen von Dr. Külz und Dr. Fischer und nahm in längeren Ausführungen zu internen Fragen der Deutschen Demokratischen Partei Stellung. Sowohl Dr. Fischer als auch Georg Bernhard gaben die bündige Erklärung ab, daß die demokratische Partei für den Fall, daß es zu keiner wirklichen Reichsfinanzreform kommen sollte, die Auflösung des Reichstages und den Appell ans Volk fordern müsse und einen Wahlkampf um diese für die Nation entscheidende Frage nicht scheuen werde.

Dem Parteitage war am 2. November eine kommunalpolitische Tagung in Anwesenheit der Abgeordneten Dr. Hermann Fischer, Riedel und Hauff, unter dem Vorsitz des bisherigen Provinziallandtagsabgeordneten Dr. Hopf, vorausgegangen, die sich eingehend mit den bevorstehenden Kommunalwahlen beschäftigte.

Thüringen und die Reichsreform. Auf dem außerordentlichen Parteitag des Landesverbandes Thüringen der Deutschen Demokratischen Partei, der am 3. 11. 29 zu Jena stattfand, wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Der Landesverband Thüringen der Deutschen Demokratischen Partei hält es bei den verworrenen politischen Verhältnissen Thüringens nicht für möglich, das Land Thüringen in seiner jetzigen Selbständigkeit zu erhalten. Er erklärt es daher im Einklang mit dem Ziele der Gesamtpartei, einen deutschen Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung zu errichten, als unbedingt nötig, daß der nächste Landtag und die kommende Regierung es als ihre dringendste Aufgabe zu betrachten haben, die Herstellung des deutschen Einheitsstaates mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ganz energisch zu betreiben. Zur schnellen Erreichung der bei der Gliederung des Einheitsstaates geplanten Gestaltung des neuen Reichslandes Thüringen sind sofort entsprechende Verhandlungen in erster Linie mit Preußen über einen Anschluß einzuleiten."

Die Frage, ob der am 8. Dezember zu wählende Landtag der letzte Thüringer Landtag sein soll, ließ man außer Betracht, da sich weder der Ausgang der Wahl noch der Gang der etwaigen Anschlußverhandlungen übersehen läßt. Als Selbstverständlichkeit wurde es von allen Seiten bezeichnet, daß unbeschadet der staatlichen Zukunft Thüringens von dem neuen Landtag und von der neuen Regierung ein Versuch der völligen finanziellen Sanierung Thüringens gemacht werden muß und daß die Demokratische Partei, wie bisher, ihre Mitarbeit auch in dieser Beziehung nicht versagen wird. Ein ins einzelne gehendes Sanierungsprogramm aufzustellen, sei Aufgabe derjenigen Parteien, die größeren Einfluß besitzen, die eine Ablehnung der bisherigen Sanierungsvorschläge herbeigeführt haben und die vor allem an der Eigenstaatlichkeit Thüringens festhalten wollen.

Die zweite Aufgabe, die der Parteitag zu lösen hatte, bestand in der Aufstellung der Landesliste für die Neuwahlen am 8. Dezember. Reichsbahnrat Kallenbach-Meiningen wurde an die Spitze der Landesliste gestellt. Den zweiten Platz erhielt Geschäfts-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0316

führer Dr. Jobst-Weimar, den dritten Platz Bürgermeister Dr. Plette-Pößneck. Alle drei stehen an der Spitze der Kandidatenliste ihrer Wahlkreise. Die beiden bisherigen Abgeordneten Professor Dr. H. A. Krüger und Handelsvertreter Leo Moog, hatten erklärt, daß sie nicht wieder kandidieren wollen. Der Vorsitzende nahm unter dem Beifall des Parteitages die Gelegenheit wahr, den beiden Abgeordneten für ihre Tätigkeit im Thüringer Landesparlament, die sie unter außerordentlich schwierigen Umständen und mit persönlicher Hingabe unter Opfern an Zeit und Nervenkraft geleistet haben, den Dank der Partei auszusprechen.

Für ein tüchtiges Berufsbeamtentum. Die demokratischen Beamtenausschüsse Groß-Berlins hielten Anfang November eine außergewöhnlich stark besuchte, eindrucksvolle Kundgebung für die Erhaltung des Berufsbeamtentums ab.

Der Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Koch-Weser, machte sehr beachtliche Ausführungen auf dem Gebiet der allgemeinen Beamtenpolitik. Die Verständigungspolitik müsse eine Befreiung der Reichsbahn von ihren Fesseln erreichen. Die vollständige Souveränität der Reichsbahn muß wiederhergestellt und der Reichsbahnbeamte wieder Beamter des Reiches werden. Auf die Innenpolitik übergehend, streifte Koch-Weser die komplizierten Instanzen- und Zuständigkeitsfragen, die es auch dem geübtesten Beamten in Deutschland nicht mehr ermöglichen, sich aus der Vielheit der Bestimmungen herauszufinden. Eine gute Beamtenpolitik bedeutet auch eine gute Staatspolitik. In der Personalpolitik muß eindringlich gefordert werden, daß auch höhere Beamtenstellen nur mit Personen besetzt werden, bei denen die erforderlichen Voraussetzungen durch Vorbildung und Werdegang gegeben sind. Auf keinen Fall dürfte hierfür nur das Parteibuch maßgebend sein. Die Deutsche Demokratische Partei erhebt hiergegen warnend ihre Stimme. Da der Berliner Etat aber der drittgrößte in Deutschland ist, dürfte die wünschenswerte Kontrolle im Rahmen der jetzigen Städteordnung nicht mehr ausreichend sein. Eine geübte und zuverlässige Beamtenschaft ist für die Durchführung dieser Aufgaben unbedingt notwendig. Hinsichtlich der Führerauslese könne heute wohl allgemein gesagt werden, daß diese in der Republik besser ist als in der Kaiserzeit. In unserem Volke sind zweifellos gute Instinkte vorhanden, die richtigen Männer auszuwählen. Notwendig sei es immer, das Staatsganze über das Interesse des einzelnen zu stellen, und dies ist insbesondere Aufgabe des deutschen Beamten.

Alsdann nahm der Präsident des Bundesamts für Heimatwesen, Dr. Falck, das Wort zu besonderen Fragen des Beamtenrechts. Der Redner ging auf die Bestrebungen ein, Beamte allmählich durch Angestellte zu ersetzen. So hat z. B. der Reichspostminister Schätzl davon Mitteilung gemacht, daß er 7500 Beamtenstellen hätte wegfallen lassen. Demgegenüber ist festgestellt worden, daß im gleichen Zeitraume 8415 Angestellte eingestellt worden sind. Der kalte Abbau des Berufsbeamtentums habe besonders in den Kommunen z. T. harte Formen angenommen. Es darf aber nicht so weit gehen, daß, wie es vorgekommen ist, Toilettenfrauen als Beamte angestellt werden und daß auf der anderen Seite in einer Stadt alle Beamten des Bürodienstes durch Angestellte ersetzt worden sind. Die Deutsche Demokratische Partei habe bereits vor vier Jahren einen Entwurf vorgelegt, nach dem die Rechtsverhältnisse der Beamten durch ein einheitliches Reichsbeamtengesetz geregelt werden sollten. Bestehen doch jetzt in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0317

Deutschland etwa 500 Beamtengesetze nebeneinander, die sich direkt zum Nachteil des deutschen Berufsbeamtentums auswirken.

Schließlich berichtete Stadtverordneter Müller über die Verhältnisse in der Berliner Kommunalverwaltung. Auch dort bedürfte es noch einer vernünftigen Verwaltungsreform, da jetzt die einzelnen Bezirksämter bei der Anstellung von Beamten nicht einheitlich verfahren. Das Parteibuch dürfe bei der Anstellung bzw. Beförderung keine Rolle spielen, sondern lediglich eine staatstreue Gesinnung und die persönliche Eignung und Tüchtigkeit.

Organisation

Die „Staatsbürgerliche Arbeitsgemeinschaft" — eine nachahmenswerte Einrichtung der Deutschen Demokratischen Partei Bremen. Der demokratische Generalsekretär in Bremen, Dr. Ehrich, hat dem „Demokraten" auf Wunsch der Redaktion über Wesen und Bedeutung dieser Arbeitsgemeinschaft Mitteilungen gemacht, die wir um so lieber der Öffentlichkeit übergeben, als wir wohl damit rechnen dürfen, daß viele unserer Organisationen im Lande hieraus Anregung nehmen werden, für sich gleiche oder ähnliche Institutionen zu schaffen.

Die Arbeitsgemeinschaft soll — so wird uns geschrieben — mehrere Zwecke verfolgen:

1. Sie soll unseren Mitgliedern tatsächliches Wissen über wichtige Probleme der deutschen Politik und Wirtschaft vermitteln.

2. Sie soll unsern Mitgliedern Gelegenheit zur Aussprache über diese Dinge geben und somit gewissermaßen den Zweck einer Rednerschule verfolgen.

3. Sie soll durch Zulassung von Nichtmitgliedern als Gästen auch unserer Partei nicht angehörenden Kreisen Gelegenheit geben, die Arbeit und die Stellungnahme der D. D. P. zu wichtigen Fragen kennenzulernen.

4. Sie soll durch ausführliche Berichterstattung über ihre Veranstaltungen in der Presse werbend für die Partei wirken.

Diese Forderungen hat die Arbeitsgemeinschaft, die in Bremen seit einer Reihe von Jahren besteht, im letzten Jahr aber besonders gut gearbeitet hat, vollauf erfüllt. Es ist gelungen, einen festen Kreis von Dauerteilnehmern sowohl aus den Kreisen der Mitglieder, wie auch aus Nichtmitgliedern zu gewinnen. Darüber hinaus hat ein wechselnder Besuch der einzelnen Abende durch solche Teilnehmer stattgefunden, die gerade für das an diesem Abend vorliegende Thema besonderes Interesse hatten.

Der Vortrag des Abends hat im allgemeinen 1—1½ Stunde nicht überschritten. Dadurch wurde genügend Zeit für eine Aussprache geboten. Ein Schlußwort des Referenten gab jedem Abend den Abschluß.

Die Berichte über die einzelnen Abende, die sich nicht auf die Aussprache, sondern nur auf die Referate bezogen, sind von der bremischen Presse ausführlich veröffentlicht worden und haben dazu geführt, daß neben sonstigen Veröffentlichungen schon auf diese Art die Partei alle 14 Tage mit wichtigen Stellungnahmen zu einzelnen politischen Fragen in der Presse hervortrat.

Den Dauerteilnehmern an der vergangenen Arbeitsgemeinschaft wird ein etwa 13 Seiten starkes Exposé über die einzelnen gehaltenen Referate ausgehändigt werden, so daß auch auf diese Art etwas Dauerndes geschaffen werden konnte. Ermutigt durch diese Erfolge, hat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0318

die Bremer Partei auch in diesem Winter ein neues Programm der Arbeitsgemeinschaft zusammengestellt und hofft auch damit der Gesamtpartei und ihrer Werbekraft zu dienen.

Neuer demokratischer Vorsitzender für Groß-Berlin. Nachdem Ministerialdirektor Merten bereits vor einiger Zeit erklärt hat, auf eine Kandidatur für die Stadtverordnetenwahlen zu verzichten, hat er nunmehr wegen Überlastung mit Dienstgeschäften auch den Vorsitz von Groß-Berlin niedergelegt, jedoch bleibt er Vorsitzender des Wahlkreisverbandes Berlin der Deutschen Demokratischen Partei. Staatssekretär a. D. Meyer, einer der stellvertretenden Vorsitzenden von Groß-Berlin, ist zunächst mit der Führung der Geschäfte betraut worden.

Die Geschäftsstelle für den Wahlkreis 27 (Pfalz) wird künftig mit dem Mannheimer Parteisekretariat verbunden werden. Der jeweilige Parteisekretär in Mannheim wird gleichzeitig die Geschäfte für die Pfalz mitübernehmen.

Die Wahlkreisgeschäftsstelle in Hamburg, die durch den Abgang des langjährigen Generalsekretärs Meuthen frei geworden war, wird jetzt neu besetzt werden. Zum Generalsekretär wurde Dr. Bertram, Mannheim, berufen.

*

Die D.D.P. in den Parlamenten

Demokraten für ein Ostprogramm. Die Abgeordneten Rönneburg, Dr. Fischer, Lemmer, Dr. Haas und die übrigen Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion haben im Reichstag nachstehenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag baldigst ein einheitliches Programm vorzulegen für die gesamten östlichen Grenzgebiete (Oberschlesien, Schlesien, Grenzmark, Pommern, Ost- und Westpreußen), das dem Zwecke dient, die schweren Schäden, die die östlichen Grenzgebiete infolge der Grenzziehung erlitten haben, durch planmäßige Fürsorge wieder auszugleichen."

Aktienrecht und Zusammenbrüche. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat vor einiger Zeit im Hinblick auf die Vorgänge bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. eine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet über die gesetzgeberischen Konsequenzen, die insbesondere auch hinsichtlich der Reform des Aktienrechts zu ziehen sind. Der Reichsminister der Justiz teilt auf diese Frage der Fraktion folgendes mit: „Die Reichsregierung hat sogleich nach dem Bekanntwerden der Krisis in der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft Veranlassung genommen, die Vorgänge bei der Gesellschaft auch im Hinblick auf die Aktienrechtsform zu untersuchen. Die Ergebnisse der Prüfung werden insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer Erhöhung der Publizität der Gesellschaften und Konzerne sowie einer Verstärkung des Aktionärschutzes ausgewertet werden. Die Reformarbeiten werden mit Beschleunigung weitergeführt."

Über das Verhältnis der Berliner Stadtbank zum Mittelstand hat der demokratische Landtagsabgeordnete, Dr. Leon Zeitlin, im

Preußischen Landtag nachstehende Kleine Anfrage eingebracht:

„In einer von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin an den Magistrat der Stadt Berlin gerichteten Eingabe wird der Nachweis erbracht, daß die Berliner Stadtbank ihrer Aufgabe, eine Mittelstandsbank zu sein, zuwider gehandelt hat. Es ist satzungsgemäße Aufgabe einer Kommunalbank, die keine selbständige Rechtspersönlichkeit darstellt, für die also die politische Gemeinde einzutreten hat, keinen größeren Aufgabenkreis zu übernehmen, als einer Sparkasse im gleichen Verhältnis zugebilligt wird. Im Gegensatz dazu hat die Berliner Stadtbank in überwiegendem Maße Kredite gewährt, die über den Rahmen dessen, was für die Kreise des Mittelstandes in Betracht kommt, hinausgehen. Weiterhin ist festgestellt worden, daß die Berliner Stadtbank gegen den § 4, Absatz 6, ihrer Satzungen verstoßen hat, demzufolge der Gesamtbetrag von Blankokrediten 5 v. H. der Depositenanlage nicht übersteigen darf.

Da in den letzten Jahren wiederholt vorgekommen ist, daß Stadtbanken in gleicher oder ähnlicher Weise wie die Berliner Stadtbank versagt haben, indem sie im Widerspruch zu ihren Satzungen und Aufgaben gehandelt haben — ich verweise auf die von der Stadtbank in Halle im Jahre 1926 erlittenen Verluste —, so besteht im Interesse der Steuerzahler sowie der Wirtschaft die Notwendigkeit, die Genehmigung zur Errichtung von Stadtbanken von schärferen Bestimmungen als den zurzeit geltenden abhängig zu machen.

Ich frage daher das Staatsministerium:

1. Ob es bereit ist, den Ministerialerlaß vom 5. April 1921 dahin zu ändern, daß eine Genehmigung zur Errichtung von Stadtbanken nur dann erteilt wird, wenn die Gewähr vorhanden ist, daß eine Kommunalbank bei unbeschränkter Haftung der Stadtgemeinde keine größeren Aufgabenkreise übernehmen darf, als einer Sparkasse in gleichem Verhältnis zugebilligt würde?
2. Ob eine regelmäßige und eingehende Kontrolle der Stadtbank seitens der zuständigen Verwaltungsbehörden gewährleistet ist, bzw. ob Vorsorge getroffen ist für den Fall, daß nach Ablauf des Depotgesetzes Ende dieses Jahres die rechtliche Voraussetzung für eine Prüfung der Kommunalbanken entfallen?
3. Welche Maßnahmen die Staatsregierung im Interesse einer solchen Kontrolle zu treffen gedenkt?“

Zur Neuordnung der Ferienfrage. Wie verlautet, werden sich voraussichtlich die Volksbildungsministerien der deutschen Länder in einiger Zeit mit der Frage der einheitlichen Gestaltung der Schulferien befassen. Die demokratische Fraktion des sächsischen Landtages hat dazu folgende Anfrage eingebracht: „In den weitesten Kreisen wird gegenwärtig die Frage erörtert, ob im Interesse nicht nur der Schulpflichtigen, sondern auch der Gesamtheit eine Neugliederung des Schuljahres derart in Aussicht genommen werden soll, daß das Schuljahr vor den großen Ferien abschließt und die großen Ferien unter Verkürzung der in das Schuljahr selbst fallenden Ferien eine wesentliche Ausdehnung erfahren. Soweit bekannt ist, hat diese Regelung sich im Auslande (Österreich, Ungarn, Italien, Schweiz, skandinavische Staaten, Rumänien usw.) durchgängig bewährt. Aus den Kreisen der Elternschaft, der Ärzte, aber auch aus der Wirtschaft wird eine solche Neuregelung gefordert. Übrigens ist auch u. a. die preußische Regierung eingehend mit Vorarbeiten über diese

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0320

Frage beschäftigt. Wir fragen deshalb: Ist die Regierung bereit, auch ihrerseits der Frage der Neugliederung des Schuljahres (Schluß des Schuljahres vor den großen Ferien unter wesentlicher Verlängerung der großen Ferien bei Verkürzung der sonstigen Ferien) ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden? Werden zurzeit schon Erörterungen darüber angestellt? Welchen Standpunkt nimmt die Regierung zu dieser Frage ein?"

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Deutschnationale Volkspartei

Die Sklareks und die Deutschnationale Volkspartei. Kurz nachdem der bisherige deutschnationale Abg. Bruhn aus der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen hatte austreten müssen, teilte er in seiner „Wahrheit" mit, daß die Sklareks dem Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei, und zwar „mit 2000 M. angefangen, wiederholt Geldbeträge durch den Stadtverordneten Ganzow gezahlt" haben. Abgeordneter Bruhn fügte hinzu, die Besuche Ganzows seien so oft erfolgt, daß den Sklareks die Zahlungen unbequem wurden und Leo Sklarek gelegentlich äußerte, Ganzow müsse nun aber einmal „Pause" machen. Natürlich wünschten die Sklareks, wenn sie den Deutschnationalen Berlins Gelder gaben, daß ihre Geschäfte mit der Stadt Berlin von den deutschnationalen Vertretern in der Stadtverwaltung nicht kritisiert würden. Das ist ja bis zum großen Krach auch nie geschehen.

Den Berliner Deutschnationalen, an deren Spitze der Abgeordnete Laverrenz steht, ist diese Enthüllung selbstverständlich höchst unangenehm gewesen. Abg. Laverrenz hat deshalb dem „Vorwärts" eine Berichtigung (abgedruckt in Nr. 525 vom 8. 11. 29) geschickt, wonach nicht wiederholte Zahlungen der Sklareks stattgefunden hätten, sondern nur eine einzige im Jahre 1926. Damals habe „ein Parteifreund, dem die Sklareks für Privatzwecke (!) 2000 M. zur Verfügung gestellt hatten, diesen Betrag durch Herrn Ganzow an den Landesverband Berlin der DNVP. weitergegeben". Laverrenz mußte auch zugeben, daß Herr Ganzow über die Herkunft des Geldes unterrichtet war. Demgegenüber hält aber Abg. Bruhn in seiner „Wahrheit" seine Angaben in vollem Umfange aufrecht (vgl. „Berl. Tagebl." Nr. 538 v. 14. 11. 29). Wenn die Deutschnationalen also besonders die Berliner Korruptionsaffäre in der Wahlbewegung zu ihren Gunsten auszunutzen gesucht haben, so ist das eine Unverfrorenheit ersten Ranges.

Der Heimkrieger Hussong. Einer der streitbarsten Mannen Hugenbergs ist der „Lokal-Anzeiger"-Redakteur Hussong, dessen Spezialität neben dem Schimpfen auf die anderen Parteien die Abfassung schwungvoller, von Patriotismus triefender Leitartikel ist. Nun enthüllt der Reichstagsabgeordnete Bruhn, der bekanntlich wegen seiner Sklarek-Freundschaft aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetreten worden ist, in seiner „Wahrheit", daß dieser Herr Hussong während des Krieges ein Held eigener Art gewesen ist; denn er hat sich, wie Bruhns schreibt (vgl. „Vorwärts" Nr. 518 vom 4. 11. 29), „als ein Mann anfangs der dreißiger Jahre, von blühender Gesundheit, das Ideal eines k.-v.-Mannes während des ganzen Krieges reklamieren lassen." Bei den „Lokal-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0321

Anzeiger"-Leuten war ein Abkommen getroffen worden, daß man sich für den patriotischen Federdienst in einem gewissen Turnus ablösen wollte, da nach Vereinbarung mit den militärischen Stellen dem Blatt ein Mindestbestand an Redakteuren zugebilligt war. Als nach diesem Turnus aber die Reihe an Herrn Hussong kam, die Feder mit dem Schwert zu vertauschen, ließ sich Hussong einfach weiter reklamieren. Ein anderer mußte für ihn im Schützengraben bleiben, da Herr Hussong sein kostbares Leben der nationalen Sache um jeden Preis erhalten wollte.

Herr Hussong rückt infolge dieser Enthüllung in dieselbe Reihe mit einer Anzahl anderer großer Patrioten, die als Heimkrieger ihr Heldentum bewährt haben. Wir nennen nur den Grafen Reventlow und Reinhold Wulle, zwei Völkische von höchster Qualität, die zu ihrem allergrößten Schmerze wegen körperlicher Leiden — von denen andere Leute nie etwas merken — zu Hause bleiben mußten.

Deutsche Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei und Justizrat Hallensleben. Die „Berliner Stimmen", die sich als parteiamtliches Organ der Deutschen Volkspartei für die Wahlkreise II, III und IV bezeichnen, brachten in ihrer fast ausschließlich dem Berliner Stadt-Wahlkampfe gewidmeten Nummer 44 v. 3. 11. 29 neben verschiedenen unsachlichen Angriffen gegen den Oberbürgermeister Böß und die Deutsche Demokratische Partei das Bild des Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch-Weser, mit der Unterschrift „Der lachende Dritte". In dem weiteren Texte wird behauptet, daß das Honorar des bei der Fusion der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft als Notar amtierenden Abgeordneten Koch-Weser „durch eine sechsstellige Zahl auszudrücken sein dürfte". Der Zweck dieser Veröffentlichung konnte natürlich nur der sein, den demokratischen Parteivorsitzenden als „Großverdiener" abzustempeln. Obwohl es sich bei der in Betracht kommenden Tätigkeit des Abgeordneten Koch-Weser um eine Berufstätigkeit für die Privatwirtschaft handelt, deren Erörterung überhaupt nicht in die Öffentlichkeit gehört, hat der Abgeordnete Koch-Weser gegenüber den tendenziösen Ausstreuungen über sein angebliches Riesenhonorar bereits vor längerer Zeit festgestellt, daß diese Ausstreuungen völlig unwahr sind. Tatsächlich hatte er nach dem Notariatskostengesetz einen Betrag von mehreren 100 000 RM. zu fordern, der durch eine rechtlich zulässige Vereinbarung auf einen Betrag ermäßigt worden ist, der kaum eine fünfstellige Zahl erreicht.

Wenn aber nun ausgerechnet das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei die unwahre, im „Berliner Lokal-Anzeiger" zweimal berichtigte Nachricht wieder aufwärmt, um damit Parteigeschäfte zu machen, so ist es doch notwendig, einmal darauf hinzuweisen, daß es sich hier um einen typischen Fall des Steinwurfs aus dem Glashaus handelt.

In derselben Nummer der „Berliner Stimmen" findet sich ein Leitartikel des volksparteilichen Stadtverordneten Justizrats Hallensleben, der dort (mit Recht) „jede Verquickung der Privatinteressen eines Stadtverordneten mit seinen amtlichen Funktionen" als „untragbar" bezeichnet, sowie die Mitteilung, daß Herr Justizrat Hallensleben an der Spitze des Stadtwahlvorschlages der Deutschen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0322

Volkspartei steht. Herr Justizrat Hallensleben hat am 29. Dezember 1923 die Generalversammlung der Gaswerke beurkundet und hierfür eine Gebühr von 320 194 RM. liquidiert. Nachdem mit ihm verhandelt worden war, erklärte er sich bereit, seine Gebühr unter Zugrundelegung der drei Tage später, am 1. Januar 1924, in Kraft getretenen Gebührenordnung zu ändern, worauf er 19 284 RM. einschließlich Stempel liquidierte. Hiervon hat er 2000 RM. dem Oberbürgermeister überwiesen; 17 284 RM. wurden Herrn Hallensleben ausgezahlt, also erheblich mehr als das Honorar des Abgeordneten Koch-Weser. Bemerkenswert ist dabei, daß in diesem Falle die Zahlungspflicht, nicht wie in dem Fall des Abgeordneten Koch-Weser bei privaten Gesellschaften ruhte, sondern bei der Stadt, deren Stadtverordnetenversammlung Herr Hallensleben auch damals bereits angehört hat.

Wirtschaftspartei

Wirtschaftspartei und Berufsbeamtentum. Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte im Oktober d. J. der Überführung von 54 Hilfsarbeiterstellen des Reichspatentamtes in planmäßige Beamtenstellen zu. Diese Maßnahme war im Hinblick auf die außerordentliche Mehrbelastung des Reichspatentamtes infolge der zahlreichen Patentanmeldungen aus allen Kreisen der Bevölkerung seitens des Reichstagsplenums bereits gelegentlich der Haushaltsberatungen im Frühjahr dieses Jahres genehmigt. Der Haushaltsausschuß hatte lediglich seine Zustimmung zu geben, die notwendig ist, wenn eine Vermehrung von Beamtenstellen über 10 Prozent eintritt. Alle Parteien waren sich über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme einig. Lediglich von der Wirtschaftspartei erhob der Abgeordnete Borrmann Einspruch gegen diese Überführung langjähriger Hilfsarbeiter in Beamtenstellen mit dem Hinweis, daß dadurch später der Pensionsfonds belastet werde. Dieser wenig soziale Einspruch fand selbstverständlich keinerlei Beachtung. Er verdient auch nur um deswegen der Erwähnung, weil die Vertreter der Wirtschaftspartei in ihren Versammlungen sich als Freunde des Berufsbeamtentums ausgeben, während sie in der Gesetzgebung durch ihre Einsprüche das Gegenteil tun.

Nationalsozialisten

Der Nationalbolschewismus hat sich bei der Agitation um das Volksbegehren von neuem kräftig gerührt. Der Münchener „Völkische Beobachter", das Hauptorgan Hitlers, veröffentlichte noch kurz vor Toresschluß, am letzten Tage der Einzeichnung in die Listen (Nr. 251 vom 29. 10. 29), den Aufruf eines nationalsozialistischen Arbeiters an seine „Arbeitergenossen von der K. P. D.", worin den Kommunisten gut zugeredet wurde, sich doch in die Listen einzutragen, da ja die Kommunistische Partei ebenfalls eine grundsätzliche Gegnerin der Stresemann'schen Politik sei. Um die Kommunisten zu gewinnen, schimpft der Aufruf gewaltig auf die Sozialdemokraten und fährt dann bezeichnenderweise fort:

„Im Kampfe gegen die S. P. D.-Betrüger würden wir uns selbst mit dem Teufel verbinden! Das Weitere wird sich später schon einmal finden! **Wir Nationalsozialisten** sind ja auch bereit, wenn es gegen die internationalen Finanzhyänen und ihre Zutreiberparteien geht, **uns mit Kommunisten** und Deutschnationalen **zusammenzutun.**"

Ob wohl ein einziger Kommunist sich von diesen Lockrufen hat einfangen lassen? Zur Beurteilung eines solchen Aufrufs kommt es aber nicht darauf an, welchen Erfolg er gehabt hat, sondern aus welcher geistigen Verfassung heraus er veröffentlicht worden ist.

Die Rauferei gehört mit dazu. Die Versammlungen der Nationalsozialisten sind schon lange eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung, weil darin jede freie Meinungsäußerung durch Prügeleien und körperliche Mißhandlungen unterdrückt wird. Mit welcher naiven Selbstverständlichkeit die Nationalsozialisten diese Raufereien als untrennbaren Bestandteil ihrer Versammlungen ansehen, ergibt sich aus dem Wortlaut eines Mietvertrages, den die Hakenkreuzler in Karlsruhe mit den Wirten der Lokale abschließen, in denen sie ihre Versammlung abhalten. Nach der „Leipziger Volkszeitung" (Nr. 253 vom 29. 10. 29) lautet der § 3 dieses Vertrages wörtlich:

„Für etwaige Schäden, die durch die Versammlung entstehen, sei es in sachlicher Hinsicht (Stühle, Tische, Gläserzerschlagen infolge Versammlungsstörungen), sei es in körperlicher Hinsicht (Verletzung der Bedienung durch Versammlungsstörung) haftet die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei."

Hieraus geht klar hervor, daß die Nationalsozialisten von vornherein mit dem Zerschlagen von Tischen, Stühlen und Biergläsern und sogar mit der Verletzung von Kellnern ziemlich sicher rechnen.

Woher kommt das Geld der Nationalsozialisten? Daß die Hitlerianer zu einem guten Teil von der Großindustrie subventioniert werden, die in den Hakenkreuzlern eine Hilfstruppe gegen die Gewerkschaften erblickt, ist schon seit langem bekannt. Jetzt findet diese Tatsache eine neue Bestätigung durch eine Mitteilung, die der „Vorwärts" (Nr. 509 vom 30. 10. 29) erhalten hat. Danach hat das Ostelbische Braunkohlensyndikat in den letzten Jahren der Deutschnationalen Volkspartei, dem Stahlhelm und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei große Geldmittel zur Verfügung gestellt. Die Summe dürfte sich insgesamt auf 300 000 Mark jährlich belaufen. Als Verbindungsmann zwischen den subventionierten Parteien und dem ostelbischen Braunkohlensyndikat fungiert ein Oberstleutnant a. D. Kersten. Die an die Putschisten gezahlten Beträge laufen über einen besonderen Fonds des Braunkohlensyndikats.

In einer späteren Mitteilung (Nr. 519 vom 5. 11. 29) ergänzt der „Vorwärts" seine Mitteilungen dahin, daß außer dem Oberstleutnant Kersten auch Generalsekretär Heubel von der Firma J. C. Heye den Subventionsfonds verwaltet. Heubel ist Mitglied des Stahlhelms und hält die finanziellen Beziehungen zu seiner Partei aufrecht. Die Zahlungen aus dem Fonds betragen monatlich 30 000 M., wozu dann noch die Wahlgelder an die Deutschnationale Volkspartei kommen. In diesem Herbst sind besonders die Nationalsozialisten durch den Reptilienfonds begünstigt worden.

Die Nationalsozialisten im Glashause. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat in noch höherem Maße als die Deutschnationale Volkspartei das Verlangen der Regierung bekämpft, daß die Beamten sich von der Eintragung in die Volksbegehrenslisten fernhalten sollten. Wie wenig aber gerade die Nationalsozialisten berechtigt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0324

sind, über einen angeblichen Terror der Regierung Klage zu führen, das ergibt sich aus Bemerkungen des „Völkischen Beobachters“ (vgl. „Vorwärts“ Nr. 517 vom 3. 11. 29), der sich neulich darüber aufregte, daß der Bund deutscher technischer Zollbeamten auf seiner Tagung ein offenes Bekenntnis zur Republik abgelegt hat. Das Blatt Hitlers bemerkt da:

„Es wird einmal der Tag kommen, wo der Boden der Tatsachen nicht mehr schwarz-rot-gelb gepflastert sein wird! Und dann wird begreiflicherweise der neue — sagen wir ruhig der nationalsozialistische — Staat sich die Beamten genau ansehen, denen er den Staatsapparat ausliefert. Und er wird voraussichtlich nur auf die Dienste jener Beamten Wert legen, deren moralische und politische Charakterstärke heute schon Garantie verspricht, daß der deutsche Nationalstaat in ihren Händen gut aufgehoben ist... Er wird gewillt sein, Beamte, die heute schon offen ihren Bekennermut zeigen, so zu beschäftigen, wie sie es verdienen.“

Hitler wird Republikaner. Die „Münchener Telegrammzeitung“ (vom 1. 11. 29) hat davon Mitteilung gemacht, daß Adolf Hitler Ende Oktober durch einen Mittelsmann den Grafen von Soden, den Kabinettchef des früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern, aufgefordert hat, er möge dahin wirken, daß Kronprinz Rupprecht innerhalb von 2½ Stunden die für die Presse bestimmte Erklärung abgeben solle, daß die vom Abgeordneten Loibl (Bayerische Volkspartei) durch einen Artikel in der Presse verbreitete Stellungnahme Rupprechts gegen das Volksbegehren der Wahrheit nicht entspräche. Als Graf von Soden darauf aufmerksam machte, daß Loibl durchaus die Wahrheit gesagt habe, soll der Vertreter Hitlers eine andere Formulierung des Widerrufs vorgeschlagen und den Termin für die Erfüllung seiner Forderung verlängert haben. Ferner soll er gedroht haben, daß Hitler im Falle der Ablehnung den Kronprinzen und die monarchistische Idee in der Öffentlichkeit scharf bekämpfen werde. Graf von Soden habe das Ultimatum abgelehnt und Rupprecht diese Antwort gebilligt.

Der Privatsekretär Hitlers, Heß, leugnete den Erlaß eines Ultimatums an den bayerischen Kronprinzen vollständig ab. Die Nachricht fand aber sofort eine Bestätigung dadurch, daß Hitler in einem Aufsatz, den er am 2. 11. 29 in dem „Münchener Illustrierten Beobachter“ veröffentlichte, den Übertritt in die Front der Republikaner erklärte. Die nationalsozialistische Bewegung, so führte er in diesem Aufsatz aus, habe bisher die Frage: Republik oder Monarchie nicht berührt. Wenn aber die Monarchen selbst wenig Wert auf eine solche Gesinnung legten, dann werde das der Anlaß sein, eine gründliche Überprüfung der nationalsozialistischen Einstellung vorzunehmen. Man könne es auf die Dauer dann nicht mehr verantworten, daß durch die Offenbarung der Frage „Monarchie oder Republik“ den republikanischen Behörden Handhaben für die Unterdrückung und Verfolgung Hunderttausender braver Menschen gegeben wurden, daß man selbst aber in derselben Zeit auch Rückenstöße von berufensten Vertretern der Monarchie bekomme. Er halte es bei solchen Erfahrungen für richtig, von nationalsozialistischer Seite die Republik als Staatsform eindeutig anzuerkennen und nur der November-Demokratie den rücksichtslosen Kampf anzusagen und weiter durchzuführen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0325

Hitlers „Völkischer Beobachter" suchte auch jetzt noch (am 5. 11. 29 in Nr. 256) die Mitteilung von einem Ultimatum als „Fälschung" hinzustellen, aber was er zugestand, war weiter nichts als eine Bestätigung. Interessant war aus dem Artikel des „Beobachters" nur die Bemerkung, Kabinettchef von Soden habe telephonisch dem Wunsche Ausdruck gegeben: „Die Nationalsozialisten soll der Teufel holen." Zu allem Überfluß hat der Landesvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Schäffer, in einer Versammlung zu Würzburg (vgl. Berliner Tageblatt Nr. 526 vom 7. 11. 29) erklärt, die Darstellung der „Münchener Telegrammzeitung" über das Ultimatum Hitlers an den Kronprinzen sei von Anfang bis zu Ende richtig. Schäffer sagte dann wörtlich:

„Ich erkläre ausdrücklich, daß, wenn Hitler die Schilderung der Telegrammzeitung als unwahr bezeichnet, er nach meiner zuverlässigen Information lügt. Er soll mich verklagen, wenn er wirklich eine Klage zu stellen wagt. Ich habe auf eine Klage gewartet, weil ich Hitler den Vorwurf des Ehrenwortbruchs gemacht habe, aber auch diese Klage ist nicht gekommen."

Die enge Verwandtschaft der Nationalsozialisten mit den Kommunisten wurde auch von dem Führer der sächsischen Nationalsozialisten von Killinger in der Sitzung des Sächsischen Landtages am 23. 10. 29 bezeugt. Killinger hatte die Aufgabe, sich namens seiner Fraktion gegen die Feier des 9. November — der zur Zeit noch offizieller sächsischer Feiertag ist — auszusprechen, und er glaubte dies nicht besser tun zu können, als dadurch, daß er die unblutige deutsche Revolution verspottete, dagegen die bluttriefende Revolution der Bolschewisten lobte. Er erklärte:

„Am 9. November hatten wir eine Revolution. Diese Revolution war keine Revolution, sondern eine Betriebsstörung, in der die einen Direktoren abtraten und die anderen Direktoren kamen. Diese Direktoren nannten sich Volksbeauftragte; vom Volk waren sie nicht beauftragt, sie waren beauftragt von den Juden und sonst weiter nichts. Revolutionen sehen im allgemeinen ganz anders aus: z. B. die Bolschewistenrevolution — eine feine Sache — die Revolution eines Kemal Pascha, die französische Revolution, das sind Revolutionen."

Nachdem dann Abg. von Killinger in derselben Tonart noch eine Zeitlang fortgefahren, bemerkte er auf den Zwischenruf eines kommunistischen Abgeordneten hin, daß der 7. November in Rußland doch anders verlaufen wäre als der 9. November in Deutschland:

„Ja, ihr habt es besser gemacht, das stimmt."

Wie Abgeordneter von Killinger sich überhaupt eine Revolution vorstellt, das bekundete er in dem Schlußsatz seiner Rede, der wie folgt lautete:

„Es kommt vielleicht die Zeit, wo wir euch den Fehdehandschuh vorwerfen in Form von abgeschlagenen Köpfen eurer Oberbonzen, und den Tag feiern wir dann."

Der „innere Schweinehund" der Nationalsozialisten. In dem „S.A.-Mann" Nr. 36 (Wochenbeilage zum „Völkischen Beobachter" Hitlers vom 25. 10. 29) wird darüber gesprochen, was die Mitglieder der Sturmabteilung auf ihren regelmäßigen S.A.-Abenden tun sollen. Es werden da allerlei Vorschläge gemacht; darunter heißt es:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0326

„Wir wollen uns nicht scheuen, uns über den Materialismus, über den inneren Schweinehund in uns selbst, zu unterhalten."

Wenn die S.A.-Männer über dieses Thema wirklich eine Unterhaltung pflegen wollen, dann werden sich vermutlich diese Abende recht lang ausdehnen.

Stahlhelm

Das Ehrenwort Duesterbergs. Am 16. Oktober hatte der zweite Bundesführer des Stahlhelms Oberstleutnant Duesterberg in einer Versammlung zu Sangerhausen die eidesstattliche Versicherung abgegeben, wonach eine Beteiligung führender Stahlhelmkreise an den deutsch-französischen Verhandlungen der Herren Rechberg-Reynaud nicht stattgefunden habe, und daß insbesondere der Stahlhelm seine Zustimmung zu den deutsch-französischen Bündnisverhandlungen nicht gegeben habe. Dieser Erklärung stellte der „Jungdeutsche" vom 25. Oktober einen Brief des Freiherrn von Lamezan entgegen, der die Verhandlungen als Unparteiischer eingeleitet und vermittelt hatte. Darin heißt es:

„. . . Darauf ist durch meine Vermittlung eine zweite Sitzung in der Wohnung des Stahlhelmführers Herrn Brauweiler verabredet worden, bei welcher diesmal die beiden ersten Bundesführer, die Herren Seldte und Oberstleutnant a. D. Duesterberg, anwesend waren. Zu dieser Sitzung, die von langer Hand her anberaumt war, habe ich Herrn Rechberg begleitet. Am Schluß der Aussprache hat der Erste Bundesführer Herr Seldte erklärt, kein nationaler Deutscher könne die von Herrn Rechberg umrissenen Bedingungen einer deutsch-französischen Einigung grundsätzlich ablehnen. Allerdings hat Herr Seldte geäußert, daß er bei Bruch der Diskretion genötigt sein werde, sogar die Tatsache der Unterredung als nicht vorhanden anzusehen."

Der Presseleiter des Stahlhelms, Dr. Brauweiler, bemühte sich in einer Zuschrift, die der „Jungdeutsche" am 27. Oktober veröffentlichte, den Eindruck dieser außerordentlich peinlichen und für die Wahrheitsliebe der Stahlhelmführung geradezu vernichtenden Enthüllung zu verwischen. Das mißlang ihm aber vollständig, da der „Jungdeutsche" in der Lage war, mit Genehmigung des Generals von der Lippe, der übrigens Mitglied des Stahlhelms ist, gleichzeitig folgenden, vom 28. 9. 29 datierten Brief des stellvertretenden Bundeskanzlers des Stahlhelms, Majors a. D. Wagner, an den General von der Lippe abzudrucken.

„Hochverehrter Herr Generalleutnant! Erst als wir von anderer Seite (Medem) darauf aufmerksam gemacht wurden, daß die Rechbergschen Pläne festere Gestalt annähmen und gegebenenfalls geeignet seien, der deutschen Linksregierung eine erhebliche Unterstützung zu bringen, sind die Bundesführer mit der Sache befaßt worden und haben sich schließlich bereit erklärt, Herrn Rechberg auf seinen Wunsch zu hören. Herr R. ist dann mit Wissen der Bundesleitung nach Paris gefahren, aber keineswegs in ihrem Auftrage . . . ."

Nachdem jetzt also in aller Form klargestellt ist, daß die Stahlhelmleitung sich an den deutsch-französischen Bündnisplänen der Herren Rechberg und Genossen beteiligt hat, erhebt sich die Frage: Wieviel ist ein Ehrenwort des Oberstleutnant Duesterberg wert?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0327

Terror des Stahlhelms. Die Stahlhelmer haben auch zu den Leuten gehört, die sich über den angeblichen Terror der Regierung gegen die Beamten beim Volksbegehren beklagt haben. Sie scheuen aber selber nicht davor zurück, da schärfsten Terror auszuüben, wo sie dazu in der Lage sind. So findet sich in der „Schlesischen Gebirgszeitung" (zitiert im „Jungdeutschen" Nr. 253 vom 29. 10. 29) eine Anzeige des Bezirksführers des Stahlhelms, von Sydow, worin folgende Drohungen ausgesprochen werden:

„Merkt euch jeden einzelnen, der die nationale Bewegung, die sich im Volksbegehren verkörpert, sabotiert! Geschäftsleute, die aus Furcht vor Boykott durch Marxisten sich nicht einzeichnen, verzichten für die Zukunft auf die Kundschaft nationaler Kreise .... Wir werden am 1. Dezember 1929 in unserem Nachrichtenblatt „Der Frontsoldat" die Liste der Drückeberger veröffentlichen! Auch unsere Stunde kommt, **wir werden Terror auf Terror, Sabotage auf Sabotage setzen.**"

Das wahre Gesicht des Stahlhelms. Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten und Nachahmung von deren Taktik empfehlen nunmehr auch die Führer des Stahlhelms. In einer Versammlung zu Bonn hat Reichstagsabgeordneter Sollmann am 8. 11. 29 (vgl. „Vorwärts" Nr. 529 vom 10. 11. 29) Mitteilungen gemacht aus einem Geheimzirkular des Stahlhelms an seine Unterführer in Rheinland und Westfalen, das nach mehr als einer Richtung hin von großem Interesse ist. Das Rundschreiben gibt Anweisungen bis ins einzelne, wie nach dem zu erwartenden Verbot des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen (das später tatsächlich verhängt werden mußte) nach kommunistischem Muster in scheinbar neutralen Organisationen Zellen des Stahlhelms gebildet werden sollen. Auch in die proletarischen Massenorganisationen sollen nach dem Rundschreiben Stahlhelmer als Zellenbauer eindringen. Am wichtigsten aber sei die Arbeit im Betrieb. Dort müsse **in Gemeinschaft mit der K. P. D.** gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsdemokratie gehetzt werden. Wörtlich heißt es in dem Rundschreiben. In bezug auf die Anpassung an die kommunistische Taktik:

„In den Bezirken ist die erfolgreiche **kommunistische Technik praktisch übernommen.**"

Daß es im übrigen dem Stahlhelm nicht im geringsten darauf ankommt, die Ansprüche der Proletarier zu befriedigen, sondern daß man sich der Arbeiterschaft nur als Sprungbrett für die eigenen, auf eine Diktatur gerichteten Wünsche bedienen will, das zeigt folgender charakteristischer Satz des Rundschreibens:

„Eine nationale rechtsgesinnte Diktatur kann doch nicht ein Heer von Fordernden, sondern nur ein solches von Vertrauenden gebrauchen. Für sie ist Begehrlichkeit oder Stumpfheit der Massen Verhängnis, freudige Pflichterfüllung und Höchstentfaltung der Persönlichkeit im Dienst an der Gesamtheit und an der Zukunft aber Notwendigkeit."

Die Verachtung der Massen soll allerdings, wie weiter hervorgehoben wird, „nur im engsten Kreise" ausgesprochen werden. Dort aber solle man deutlich sagen, daß in einer nationalen Diktatur jede Art wirkliche Mitbestimmung der Massen ausgeschlossen sei. Die Massen hätten nur „den Drang zur lediglich triebhaften, gegenwärtlichen, vegetativen Begehrlichkeit in sich".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0328

Auch der Stahlhelm huldigt Mussolini. Nachdem die Nationalsozialisten so oft vor Mussolini auf dem Bauche gekrochen sind, kann natürlich der Stahlhelm nicht zurückbleiben. Am 10. 11. 29 hat, wie die Pressestelle der Faschistischen Partei in Rom mitteilt, eine Gruppe von Mitgliedern des deutschen Stahlhelms dem Sekretär der Partei Turati seine Reverenz gemacht. Diese Gruppe befand sich auf einer Reise durch Italien, „um sich über die starke Wirksamkeit der Einrichtungen der faschistischen Herrschaft zu unterrichten". Der Führer der Stahlhelmer, Dr. Heinke, machte bei dieser Audienz nicht nur die herkömmlichen Komplimente an den italienischen Faschismus, besaß nach der erwähnten Pressestelle die Unverschämtheit, die Hoffnung auszusprechen, „daß auch in Deutschland die nationalen Kräfte sich immer stärker durchsetzen werden".

Der „unwürdige Prinzenrummel" im Stahlhelm. Allmählich fällt auch guten Stahlhelmern die Aufdringlichkeit, mit der sich gewisse Hohenzollernprinzen an den Stahlhelm heranmachen, und die Lakaiennatur mancher „Kameraden" auf die Nerven. In der Presse wird ein vom 23. 9. 29 datiertes Schreiben eines rheinischen Stahlhelm-Gauführers an den Landesverband seiner Organisation in Hagen in Westfalen veröffentlicht, worin der Gauführer mitteilt, bei einer Veranstaltung in Langenberg (die durchaus militärischen Charakter trug und zum Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen führte, sei Prinz August Wilhelm von Hohenzollern erschienen und als Ehrengast besonders gefeiert worden, obwohl er gar nicht eingeladen worden sei. Wörtlich heißt es in dem Schreiben:

„Der Gau erhebt in schärfster Form Einspruch dagegen, daß bei einer Veranstaltung in seinem Bereich ein Stahlhelmkamerad, weil er Prinz ist, als Ehrengast behandelt wird. Lediglich aus diesem Grunde hat der unterzeichnete Gauführer davon absehen müssen, seinen Gau vorbeizuführen. Der Gau behält sich vor, ebenfalls seinen Gau geschlossen aus der Aufstellung herauszuziehen, wenn nun nicht endlich diesem unwürdigen Prinzenrummel ein Ende gemacht wird."

Die materialistische Geschichtsauffassung, wonach alle Vorgänge in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit auf ökonomische Gesetze zurückzuführen sind, die sich ohne Einwirkung einzelner Personen zwangsläufig vollziehen, gehört zu dem marxistischen Dogma und ist bisher unangezweifelter Besitzstand der sozialdemokratischen Lehre gewesen. Es scheint aber, als ob auch dieses Dogma wie so viele andere angeblich wirtschaftliche „Tatsachen" von den eigenen Jüngern von Marx zum alten Eisen geworfen werden soll. Mit nicht geringem Erstaunen liest man nämlich in einem Artikel, den der sozialdemokratische Abgeordnete Ströbel im „Anderen Deutschland" (Nr. 37 vom 14. 7. 29) veröffentlicht, folgende Darlegung:

„Wir wissen ja, wie ungeheuer die Einwirkung des menschlichen Willens auf den Gang der geschichtlichen Ereignisse war. Wer möchte ernsthaft zu behaupten wagen, daß die deutsche Geschichte bis zum Jahre 1871 gerade den Verlauf genommen hätte, den sie genommen hat, wenn nicht der junkerliche Willensmensch Bismarck das Steuer der preußischen Regierung in der Hand gehabt hätte? Wer wagt zu behaupten, daß wir 1914 in den Weltkrieg gestürzt worden wären, wenn wir statt Wilhelms und Bethmanns, statt eines hysterischen Prahlers und eines

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0329

Schwächlings, Menschen von normalem Verstande und normalem Verantwortungsgefühl an leitender Stelle gehabt hätten? Wer will uns einreden, daß wir ohne Lenin ein bolschewistisches Rußland, ohne Mussolini ein faschistisches Italien besäßen? Wirtschaftliche, soziale Zwangsläufigkeit für all diese Entwicklungen lag keineswegs vor!"

*

Büchertisch

Aufgaben und Leistungen des Provinzialverbandes von Sachsen. Herausgegeben vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen. Merseburg 1929. Verlag Friedrich Stollberg.

Dies volkstümlich geschriebene Büchlein erzählt in knapper und übersichtlicher Form das Wichtigste über die Selbstverwaltung der Provinz. Es behandelt in acht Kapiteln die Verfassung des Provinzialverbandes, seine Bedeutung für Verkehr und Wirtschaft, für das Versicherungswesen, seine Tätigkeit in der Wohlfahrtspflege und für Kunst und Wissenschaft. Ferner wird die Finanzgebarung des Provinzialverbandes besprochen; auch die Gebietsfragen werden wenigstens in kurzen Zügen gestreift. Eine Anzahl instruktiver Abbildungen und Karten vervollständigt das Werkchen, das rein sachlich berichtet und ohne jede Tendenz geschrieben ist.

Deutsch die Saar immerdar! — Helft die deutsche Saar befreien!

Unter diesem Titel ist im Verlage der Geschäftsstelle „Saarverein" in Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 94, soeben eine reich illustrierte Druckschrift herausgegeben worden (Preis 1,50 RM), die gerade jetzt angesichts der Pariser Verhandlungen über die Lösung der Saarfrage sehr zeitgemäß ist. Das vom Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin ausgearbeitete Werk behandelt in kurzen klaren Darlegungen alle Fragen, die das Saargebiet in völkischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht betreffen. Über 70 ganz- und halbseitige Bilder sowie mehrere Kartenzeichnungen ergänzen den Text in glücklicher Weise und machen den Leser vertraut mit einem heißumstrittenen Teil deutschen Bodens, den es in den Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Delegation für das deutsche Volk unversehrt zu retten gilt. An Hand der Schrift können sowohl der Politiker wie der Wirtschaftler und die deutschen Volksgenossen Einblick in die Bedeutung der Saarfrage erlangen und damit die zur Entscheidung stehenden Verhandlungen entsprechend würdigen.

Abrechnung! Der Weg der deutschen Politik in Wort und Bild. Herausgegeben von Freunden deutscher Freiheit und deutscher Größe. Gilde-Verlag, Köln a. Rhein.

Das Hugenberg-Begehren hat gerade noch die notwendigen zehn Prozent erhalten. Die Sache geht also weiter, und darum ist auch heute noch aktuell die Broschüre „Abrechnung!", die in wenigen, aber gewichtigen Worten und in überzeugenden Bildern Abrechnung hält mit der Hitler- und Hugenberggarde vom Standpunkt der rheinischen Bevölkerung aus, der auch der Standpunkt aller unvoreingenommenen Deutschen ist. Alle Freunde der internationalen Verständigung und der inneren Ordnung finden in diesem Büchlein treffliches Material gegen die fanatisierten Rechtsradikalen.

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0330

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 5. Dezember 1929 Nummer 23

Postscheckkonto der Deutschen Demokratischen Partei ist: Berlin 56108

Landtagswahlen in Thüringen

Am 8. Dezember wählt Thüringen einen neuen Landtag, den fünften nach dem Zusammenschluß der früheren sieben thüringischen Kleinstaaten zu einem Lande. In dem Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, beginnt überall in dem etwas mehr als 1½ Millionen Einwohner zählenden Thüringen ein Wahlkampf, der sich zeitlich kaum über 14 Tage erstrecken, aber dennoch von allen Seiten mit Energie und oft auch mit Erbitterung geführt werden wird. Das eigentlich schon immer erwartete, dann doch überraschend schnell gekommene vorzeitige Ende des 4. thüringischen Landtags hat alle Parteien mehr oder weniger unvorbereitet gefunden.

Wenn hier Inhalt und Bedeutung dieser thüringischen Wahl auf knappem Raum aufgezeigt werden sollen, da muß ganz kurz auch ein Blick in die Vergangenheit getan werden. Thüringen ist seit seiner staatlichen Gründung nie so recht aus den Kalamitäten seiner politischen Strukturverhältnisse herausgekommen. Einem Landtag mit roter Mehrheit und dem Experiment einer sozialistisch-kommunistischen Regierung folgte ein Landtag mit einer „Bürgerblock"-Mehrheit von den Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei. Beide Landtage in ihrer gesetzgeberischen Arbeit zum Schaden des jungen Landes durchaus einseitig im Sinne der jeweiligen Mehrheit tätig, ohne jegliche Rücksichtnahme auf die jeweils überaus starke Minderheit. Die von diesen Landtagen gewählten Regierungen in der Führung der politischen Geschäfte und in der Verwaltungsarbeit geleitet von parteiegoistischen Motiven, oft in ihren Entscheidungen bewußt oder unbewußt sich bestimmen lassend von Ressentiments der Zugehörigkeit zu einer Klasse. Trotz aller schlechten Erfahrungen, die die Thüringer mit diesen beiden Landtagen gemacht hatten, sie fanden auch 1927, bei der Wahl des jetzt zu Ende gegangenen, nicht den Mut zur Abkehr und gründlichen Wandlung. Die Wahlen 1927 brachten im Gegenteil eine bedeutsame Erstarkung der wirtschaftlichen Interessenparteien, der Wirtschaftspartei und des Landbundes, eine Schwächung der politischen Mitte. Wenn die Demokratische Partei in diesem Landtag auch zum Zünglein an der Waage wurde — die Möglichkeit vernünftiger Mehrheitsbildung war in diesem wie in den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0331

vorhergehenden Landtagen, vor allem bei der Einstellung der in Frage kommenden Parteien, nicht gegeben. Zahlenmäßig war in diesem Landtag für eine „reine" große Koalition von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei keine Mehrheit vorhanden. Es bestand für die Bildung einer Koalition auf breiterer Basis von der Sozialdemokratie bis zur Wirtschaftspartei oder bis zum Landbund zwar rechnerisch eine Möglichkeit, aber bei der Verständnislosigkeit, mit der sich gerade in Thüringen vielleicht weit stärker als in anderen deutschen Ländern diese Parteien gegenüberstehen, waren von vornherein die Aussichten auf praktische Verwirklichung sehr gering. Weil die sozialistische Linke in Thüringen und die Rechtsparteien einschließlich Deutscher Volkspartei allzusehr geneigt sind, ihre ganze politische Arbeit in jedem Augenblick agitatorisch auf das Ziel der Wiedererlangung einseitiger Mehrheit abzustellen und diesem Ziele alles unterordnen, deshalb scheiterten in diesem 4. thüringischen Landtag alle demokratischen Versuche der Schaffung einer Regierung auf breiter Basis. In diesem Zusammenhang verdient festgehalten zu werden, daß die thüringische Sozialdemokratie zweimal ihr von der Deutschen Demokratischen Partei geschaffene Möglichkeiten des Eintritts in die Regierung selbst ausgeschlagen hat. Ihre Abneigung gegen eine Koalition auf breiterer Basis war stärker als bei den in Frage kommenden bürgerlichen Parteien und war diktiert von der Angst vor der kommunistischen Konkurrenz. Die Führung der thüringischen Sozialdemokratie befindet sich seit dem Experiment einer sozialistisch-kommunistischen Regierung in moralischer Abhängigkeit von den Kommunisten und fand nicht den Mut und die Entschlußkraft, sich aus dieser Bindung zu lösen und sich von diesen Hemmungen frei zu machen. Ganz stark wird die Deutsche Demokratische Partei in diesem Wahlkampf diese Verantwortungslosigkeit der Sozialdemokratie den Massen der republikanischen Wähler Thüringens zu zeigen haben. — Die S. P. D. aber hat sich durch ihre Abstinenzpolitik des Rechts begeben, an der politischen Arbeit der Deutschen Demokratischen Partei in Thüringen, ihren Erfolgen und Mißerfolgen, Kritik zu üben.

Das unzulängliche Ergebnis der Landtagswahl von 1927 ist die Ursache für die dauernden Koalitionsnöte in Thüringen gewesen und der Grund für die Unmöglichkeit der Überwindung der Finanzschwierigkeiten des Landes.

Mehr als die gesetzgeberische Arbeit des letzten Landtags, die bei weitem nicht so schlecht gewesen ist, wie das angesichts der schwierigen Mehrheitsverhältnisse und der dauernden inneren Schwäche und Brüchigkeit der Koalition eigentlich angenommen werden könnte, steht im Brennpunkt dieses Wahlkampfes die Finanzfrage. Bei einem (optimistisch geschätzten) werbenden Vermögen von rd. 480 Millionen RM. hat das Land Thüringen rd. 120 Millionen Reichsmark Kapitalschulden, für deren Verzinsung im ordentlichen Haushalt ungefähr jährlich 10 Millionen RM. aufzubringen sind. Kein Rechnungsjahr seit 1926 ohne Defizit. Mit Ende des Rechnungsjahres 1928 betragen die ungedeckten Mehrausgaben der Rechnungsjahre 1928 und vorher 14 Millionen RM., das voranschlagsmäßige Defizit für 1929 beträgt 8 Millionen RM., nach den Rechnungsausweisen der abgelaufenen Monate ist mit einem tatsächlichen Defizit von 12 bis 14 Millionen RM. für 1929 zu rechnen. Mit Ende des Rechnungsjahres 1929 also insgesamt ungedeckte Mehrausgaben in Höhe von rd. 25 Millionen RM.! Der Grund für dieses Abgleiten der Landesfinanzen ist in Maßnahmen des 3. thüringischen Landtages zu suchen, der eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0332

reine Rechtsmehrheit hatte. Neben vorgenommenen wesentlichen Senkungen der Landessteuern vergaß dieser Landtag, mit einer entsprechenden Ausgabensenkung zu beginnen. Trotz aller Bemühungen der demokratischen Abgeordneten und Regierungsmitglieder vermochte eine Änderung dieser Finanzpolitik der Rechten im letzten Landtag nicht erreicht zu werden. Mit einer Drosselung der Ausgaben wurde erst in diesem Jahre ernst gemacht. Die Initiative dazu ging von dem demokratischen Finanzminister Dr. Paulssen aus. Eine Änderung in der Steuerpolitik war nicht durchzusetzen. Ohne sie ist aber eine Ordnung der thüringischen Finanzen unmöglich.

Interessant ist es, daß die Interessenparteien in diesem Wahlkampf versuchen, das Problem der Sanierung der Finanzen in den Hintergrund der Auseinandersetzung zu rücken. Soweit sie dazu überhaupt Stellung nehmen, versprechen sie der Wählerschaft eine Sanierung durch radikale Spar- und Abbaumaßnahmen, insbesondere auf dem Gebiete der Volksbildung, verschweigen aber geflissentlich, daß alle noch so radikalen Sparmaßnahmen durch Kulturabbau und gründliche Verwaltungsreform in Thüringen bei weitem nicht reichen, die Finanzen des Landes in Ordnung zu bringen. Wirtschaftspartei, Landbund, Deutschnationale und Nationalsozialisten machen in diesem Wahlkampf sich eines Betruges an der Wählerschaft schuldig, wenn sie verschweigen, daß Sanierung der Finanzen Änderung der Steuerpolitik in Thüringen heißt, also Geld und nochmals Geld kosten wird.

Diese von der D. D. P. vorausgesehene Haltung der Rechtsparteien in der lebenswichtigsten Frage Thüringens, die Tatsache, daß die thüringische Wirtschaft erheblich erhöhte Steuerlasten kaum zu tragen in der Lage sein wird, die Überzeugung, daß die verworrenen politischen Verhältnisse des Landes auch durch die Wahl am 8. Dezember nicht geändert werden, hat die thüringischen Demokraten veranlaßt, in diesem Wahlkampf die Frage der weiteren Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit des Landes zur Debatte zu stellen. Die Demokraten Thüringens führen den Kampf ganz im Zeichen des Gedankens der deutschen Einheit. Vorwärtstreibung der Reichsreform durch einen eventuellen Anschluß des Landes Thüringen an Preußen. Es mag für die Partei am 8. Dezember nicht unvorteilhaft gewesen sein, daß sie sich im Wahlkampf ganz allein energisch gegen Kleinstaaterei und Länderparlamentarismus eingesetzt hat. Gerade Thüringen hat in zehnjähriger Geschichte die „Segnungen“ dieses Länderparlamentarismus zu spüren bekommen. Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei haben sich in dieser Frage mit nichtssagenden, platonischen Erklärungen begnügt. Wirtschaftspartei und Landbund, Deutschnationale und Nationalsozialisten schreien mit vereinter Kraft „Hie gut Thüringen allewege“ — und verraten doch gleichzeitig in ihren Programmen zur „Sanierung“ der Finanzen des Landes praktisch dessen Selbständigkeit.

Über den voraussichtlichen Ausgang der Wahl läßt sich wenig sagen. Die Parteiorganisation in Thüringen tut bei all ihrer finanziellen und organisatorischen Schwäche ihre Pflicht. Sie kämpft energisch für einen Sieg am Wahltag. Gewisse Zeichen lassen sie berechtigt hoffen, daß der Kampf am 8. Dezember mindest mit einer guten Behauptung der Stimmenzahl der Partei ausgehen wird. Und das wäre bei den thüringischen Verhältnissen schon ein Erfolg.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0333

Vor den bayerischen Gemeindewahlen

Von Dr. Semank, Würzburg.

Der Aufmarsch der Parteien für die Gemeindewahlen in Bayern ist vollzogen und der Kampf beginnt bereits. Die Parteien werben in Versammlungen um die Gunst des Wahlberechtigten, und in wenigen Tagen wird es Flugblätter und Inserate auf Seine Majestät den Wähler herabregnen. Die Parteiengruppierung ist bei den bayerischen Gemeindewahlen nicht so klar und eindeutig wie bei den früheren Wahlen, auch nicht so relativ einfach noch, wie bei den preußischen Kommunalwahlen. Das hängt damit zusammen, daß die bayerischen Gemeindewahlen ohne Zusammenhang mit der Wahl zu irgendeiner anderen Körperschaft stattfinden, da die Wahlen für die Bezirks- und Kreistage bereits mit den vorjährigen Reichs- und Landtagswahlen verbunden waren. Es ist also den lokalen Eigenarten Tür und Tor geöffnet, und den merkwürdigsten Parteigruppierungen stehen keine Hindernisse entgegen. Politische und taktische Rücksichten, die häufig diese oder jene Gruppierung unmöglich machten, weil gleichzeitig eine Reichs-, Land- oder wenigstens Kreistagswahl stattfand und einen Kampf dort, ein Zusammengehen hier ausschloß, sind nicht vorhanden. Einen klaren Aufmarsch der großen politischen Parteien findet man infolgedessen diesmal nur in den großen Städten. Die Zahl der Städte, in denen die Parteien unabhängig voneinander und unter demselben Namen, wie bei den großen Reichs- und Landtagswahlen aufmarschieren, wird in ganz Bayern an den zehn Fingern abzuzählen sein. Ein klares Bild kann unter solchen Verhältnissen die bayerische Gemeindewahl über die derzeitige politische Konstellation in Bayern ganz natürlich nicht geben. Rückschlüsse aus dem Ergebnis auf das Wachsen oder Schwinden dieser oder jener Partei werden sich stets nur auf Einzelergebnisse stützen können, ein zuverlässiges Bild infolgedessen nicht geben. Die Zahl der bürgerlichen Einheitslisten geht ins Unermeßliche, und unter lokalen Einflüssen sind mitunter Koalitionen zustande gekommen, die einem die Haare zu Berge stehen lassen. In Neu-Ulm beispielsweise gibt es eine Einheitsliste, die Demokraten und Nationalsozialisten umfaßt, um nur ein Beispiel zu zeigen, wie verworren und unübersichtlich die Verhältnisse liegen und welch sonderbare Blüten die „Bürgerliche Einigung" da mitunter zeitigt.

Klar voraussehen läßt sich schon, daß auch in Bayern die nationalsozialistische Bewegung anwachsen wird, und zwar in erster Linie ebenso wie in Norddeutschland auf Kosten der Deutschnationalen. Dabei ist jedoch nicht anzunehmen, daß das Anwachsen der Nationalsozialisten so stark wird wie in Berlin und in Norddeutschland, und zwar aus zwei Gründen. Einmal kennt man in Bayern den nationalsozialistischen Rummel schon von 1923 her zu gut. Die Bewegung ist für Bayern nichts Neues mehr, und das, was in Norddeutschland vielfach doch den großen Zulauf herbeigeführt hat, der ungewohnte Tamtam, zieht in Bayern nicht mehr recht, weil man ihn schon zu gewohnt ist und weil eine Bewegung, die schon einmal so kläglich Schiffbruch gelitten hat, wie die nationalsozialistische Bewegung 1923 in Bayern, eben doch nicht mehr die Zugkraft ausübt. Dazu kommt noch etwas anderes. 1923 noch hat die Bayerische Volkspartei mit dem Nationalsozialismus geliebäugelt. Sie sah in Hitler und seinem Anhang einen Bundesgenossen in ihrem (damals

noch heftigen) Kampf für den Monarchismus und Kampf gegen Berlin. Damals hatten auch die Nationalsozialisten noch nicht ihren 1924 beginnenden, inzwischen wieder abgeblasenen Kampf gegen Rom und den Katholizismus aufgenommen. Da liegen jetzt die Dinge ganz anders. Gerade einer der schärfsten Bekämpfer des Nationalsozialismus ist heute die Bayerische Volkspartei, und der große Einfluß, den die katholische Kirche nun einmal in Bayern hat, wird den Nationalsozialismus nicht so hemmungslos anwachsen lassen wie in anderen Teilen Deutschlands: zeigt es sich doch, daß das Volksbegehren in kleineren protestantischen Teilen Bayerns (Oberfranken usw.) bei weitem höhere Eintragungsziffern hatte als in den katholischen Teilen.

Für die Links- und Mittelparteien liegt die Situation dagegen in Bayern günstiger als in Norddeutschland. Diese Parteien sind in Bayern Oppositionsparteien, und die Berliner Skandalaffären, die diesen Parteien eben doch bei den norddeutschen Wahlen etwas geschadet haben, werden sich in Süddeutschland kaum auswirken. Schließlich haben diese Dinge bei der Schnellebigkeit unserer Zeit inzwischen ihre Aktualität auch wieder verloren. Dagegen weiß der Wähler und namentlich der Mittelständler sehr genau, daß Deutschnationale, Bayerische Volkspartei und Bauern- und Mittelstandsbund es waren, die 1926 die Gewerbesteuer in Bayern verdoppelten, die die völlig unsoziale und mittelalterliche Kopfsteuer in Bayern schufen, die, um das große Staatsdefizit zu decken, den Gemeinden aus ihren Umsatzsteueranteilen 16 Millionen wegnahmen und damit die Gemeinden ihrerseits zu Steuererhöhungen zwangen, und die die verunglückte Staatsvereinfachung durchführten, die den kleinen Orten ihre Behörden erst wegnahm, sich aber dann an eine durchgreifende Vereinfachung auch an der Spitze nicht getraute.

So liegt im ganzen gesehen die Situation bei den Gemeindewahlen für die Mittelparteien nicht ungünstig, obwohl es natürlich auf lokale Verhältnisse in ganz außerordentlicher Weise ankommt. Zu bedauern ist aber eben, daß, wie die Gemeindewahlen in Bayern auch ausfallen mögen, sich ein klares einheitliches Bild, eine Prognose für die politische Entwicklung in Süddeutschland wegen der Uneinheitlichkeit der ganzen Wahlbewegung nicht ergeben wird.

*

Organisation schafft Erfolg

Das Wahlergebnis im Wahlkreis 5

Von Dr. Conrad Schütt, Frankfurt (Oder).

Während der Eintragungsfrist für das Volksbegehren wurde viel von den Dunkeldörfern des Ostens gesprochen und geschrieben, von jenen Dörfern, in denen der Prozentsatz der Eintragenden eine geradezu erschreckende Höhe erreichte. Vielfach unerwähnt blieb dabei jedoch der von den reaktionären Kreisen ausgeübte wirtschaftliche und gesellschaftliche Terror, der oft die Hauptursache der hohen Eintragungsziffer war. Sieht es denn für die Demokraten wirklich so schlecht aus im Osten? Die Wahlergebnisse der letzten Zeit beweisen das Gegenteil. Das hat Pommern bewiesen, ein weiteres Beispiel ist der Wahlkreis Frankfurt (Oder)/Grenzmark, der bis zur Reichtagswahl 1928 allerdings stets als Musterbeispiel eines schlechten Wahl-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0335

kreises angeführt werden mußte. Seit Dr. Hermann Fischer jedoch in diesem Wahlkreise kurz vor den genannten Wahlen die Kandidatur übernahm, ist hier bereits ein merklicher Wandel eingetreten. Durch intensive Wahlarbeit konnte z. B. in der Grenzmark für die Reichstagswahlen ein Stimmenzuwachs von 30 Prozent für die Demokratische Partei erzielt werden. Dieser Gewinn konnte allerdings den Stimmenrückgang in der Lausitz nicht aufwiegen, so daß die Bilanz dieser Wahl gegenüber der letzten Reichstagswahl mit einem kleinen Defizit abschließen mußte. Seit Ende vorigen Jahres wurde sodann eine durchgreifende Organisationsarbeit durchgeführt, die in einem Jahre die Neugründung von 27 Ortsgruppen und eine Erhöhung der Zahl der organisierten Mitglieder um etwa 200 Prozent zur Folge hatte.

Liest man jetzt allerdings das Ergebnis der Provinziallandtagswahlen für die Provinz Brandenburg, so hat es den Anschein, als ob hier ein Rückschlag eingetreten ist, da die Zahl der Abgeordneten von 6 auf 4 zurückgegangen ist. Die Schuld an diesem Rückgang trifft jedoch nicht den Regierungsbezirk Frankfurt (Oder), sondern Potsdam. Im Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) wurden sogar sehr gute Erfolge erzielt, welche die Pommerns noch übertreffen. Bei dieser Wahl, wo Demokraten und Zentrum zusammen unter der Listenbezeichnung „Block der Mitte“ vorgingen, wurden für den Provinziallandtag 29 866 Stimmen erzielt, während bei der vorhergehenden Provinziallandtagswahl beide Parteien zusammen nur 20 449 Stimmen erhielten. Das bedeutet einen Zuwachs von 9417 Stimmen, gleich annähernd 50 Prozent. Daß trotzdem das Gesamtresultat für die Provinz Brandenburg ein so schlechtes war, ist darauf zurückzuführen, daß der Regierungsbezirk Potsdam außerordentlich schlecht abschnitt und den Verlust an Mandaten so herbeiführte.

Der Stimmenzuwachs im Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) ist deshalb jedoch besonders beachtlich, weil sich das Zusammengehen mit dem Zentrum als wenig glücklich erwies. Einmal zögerten sich die hierüber gepflogenen Verhandlungen derartig lange hinaus, daß für die eigentlichen Wahlvorbereitungen zu wenig Zeit blieb und sich viele Wirtschaftsgruppen, die sonst voraussichtlich mit dem Block der Mitte zusammengegangen wären, schon anderweitig gebunden hatten. Sodann machte sich selbst in den Reihen der organisierten Mitglieder eine Antipathie gegen die vorgenannte Konstellation geltend, die sogar so weit ging, daß eine große Zahl von Parteifreunden der Wahlurne fernblieb.

Diese Einstellung des Ostmärkers benutzten ferner die Rechtsparteien, um eine maßlose Hetze gegen den Block der Mitte wachzurufen. Nicht genug damit, daß diese Parteien selbst durch Anzeigen und Anschläge in einer demagogischen und üblen Art, die ihresgleichen sucht, davor warnten, den Block der Mitte zu wählen, weil hinter ihm das katholische Zentrum stände, verstanden sie es auch, alle möglichen evangelischen Vereinigungen, wie den Evangelischen Bund, den evangelischen Arbeiterverein usw. zu veranlassen, in sämtlichen Zeitungen und an Anschlagsäulen vor dem Block der Mitte aus den genannten Gründen zu warnen. Wie gefährlich eine derartige Propaganda ist, mag daraus hervorgehen, daß z. B. in Schneidemühl sich für die Stadtverordnetenwahlen in letzter Stunde ein „Evangelischer Block“ gebildet hatte, dessen Hauptziel der Kampf gegen den Katholizismus ist. Dieser Block vermochte 7322 Stimmen und 15 Mandate auf sich zu vereinigen, während z. B. die Volkspartei am gleichen Ort nur 446 Stimmen und damit kein Mandat erhielt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0336

Aber auch diese mit einem unerhörten Aufwand an Mitteln betriebene Propaganda, die sich mit dem, was die anderen Parteien für ihre eigene Propaganda aufwandten, durchaus messen konnte, und dem der Block der Mitte in dieser Beziehung nahezu nichts gegenüberstellen konnte, vermochte nicht das Vordringen der demokratischen Idee im Osten aufzuhalten. Auch in der Grenzmark konnten die Demokraten gute Erfolge erzielen. Hier gelang es ihnen zum ersten Mal, einen Demokraten in den Provinziallandtag zu bringen. In das Stadtparlament der Hauptstadt Schneidemühl kommen statt bisher 1 jetzt 3 Vertreter der Demokratischen Partei.

Bei einem Zusammengehen von mehreren Parteien läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit feststellen, welcher Partei in erster Linie der Erfolg zu verdanken ist. Wie wenig das Zentrum an dem Erfolge beigetragen hat, lehrt das Wahlergebnis im Kreise Züllichau-Schwiebus, der stark katholisch ist. Bei der letzten Provinziallandtagswahl brachte das Zentrum in diesem Kreise allein 1197 Stimmen auf. Bei dieser Wahl erhielt „der Block der Mitte" — also Zentrum und Demokraten zusammen — nur 1127 Stimmen. Selbst, wenn also kein Demokrat den „Block der Mitte" gewählt hätte, wäre doch noch für das Zentrum ein Stimmenrückgang zu verzeichnen gewesen, obwohl das Zentrum aus diesem Kreise einen Kandidaten auf der Provinziallandtagsliste an aussichtsreicher Stelle hatte. In Wirklichkeit lag die Sache so, daß in Züllichau-Schwiebus das Zentrum so gut wie geschlossen für die — deutschnationale Liste gestimmt hat. Züllichau-Schwiebus war hiermit der Kreis, der den weitaus größten Stimmenverlust hatte. Abgesehen von noch 4 Kreisen, die allerdings nur einen ganz geringen Verlust zu verzeichnen hatten, hat die Zahl der Stimmen sonst überall zugenommen.

Der Erfolg im Wahlkreis Frankfurt (Oder)/Grenzmark ist im wesentlichen auf das Konto der seit einem Jahre bestehenden Organisationsarbeit zu verbuchen. Das bestätigt auch die Beobachtung, daß die Kreise, die organisatorisch noch nicht ordentlich erfaßt werden konnten, durchweg schlechter abgeschnitten haben als die gut organisierten.

*

Aus der Deutschliberalen Partei Danzigs

Man schreibt uns aus Danzig:

Das Parteiwesen und Parteigefüge im Freistaat deckt sich ziemlich genau mit dem im deutschen Mutterlande. Der Demokratischen Partei dort entspricht hier die Deutschliberale Partei. Nachdem sich vor der letzten Wahl Ende 1927 der volksparteiliche Flügel aus der Vereinigung mit der Deutschliberalen Partei gelöst und sich unter dem Namen „Nationalliberale Bürgerpartei" selbständig gemacht hatte, ging die Deutschliberale Partei sehr geschwächt aus dem Wahlkampf hervor. Sie ist nur noch mit vier Abgeordneten im Volkstag (bei insgesamt 120 Mitgliedern) vertreten. Die innere Organisationsarbeit kam langsam zum Erliegen. Eine Neubelebung des Arbeitswillens innerhalb der Partei erfolgte von der einzigen noch lebensfähig gebliebenen, in ihrer Mitgliederzahl ständig wachsenden Ortsgruppe Langfuhr aus, auf deren Betreiben am 12. Januar 1930 zum ersten Male seit mehr als 3 Jahren wieder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0337

ein Parteitag stattfinden wird. Die Hauptaufgabe dieses Parteitages wird darin bestehen, die Arbeit für den Aufbau der Partei entschlossen in Angriff zu nehmen und die organisationsmäßigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die genannte Ortsgruppe Langfuhr hat ihre Winterarbeit mit einem bedeutsamen Vortrag des Kultussenators Dr. Strunk über das Thema „Die Überführung des Mädchenschulwesens in die öffentliche Hand — zehn Jahre Schulpolitik" eröffnet. Wenn man bedenkt, daß in Danzig die Erziehung in Privatschulen einen Umfang angenommen hatte wie wohl kaum in einer anderen deutschen Stadt, so berechtigt die Tatsache, daß heute nur noch 230 grundschulpflichtige Kinder privat unterrichtet werden gegenüber 46 000 Kindern in der Volksschule, zu der Feststellung, daß sich der Gedanke der Grundschule auch in Danzig vollständig durchgesetzt hat, ein zweifelsfreier Erfolg in der Schulpolitik des liberalen Schulsenators Dr. Strunk. R. W.

*

Zollvorschläge des Reichsernährungsministers

Nachdem die Agrarzollvorlage des Reichsernährungsministers Dietrich vom Kabinett behandelt worden ist, seien über ihren Inhalt nachstehende authentische Mitteilungen gemacht:

Auf dem Getreidegebiet besteht der Mißstand, daß die Erzeugungskosten nicht gedeckt werden, ohne daß der Verbraucher Vorteil von den niedrigen Preisen hätte. Der Reichsernährungsminster erstrebt darum die Hebung und Stabilisierung der Getreidepreise.

Das Ziel soll durch bewegliche Zölle für die Hauptgetreidearten und ihre industriellen Erzeugnisse erreicht werden. Die gegenwärtigen autonomen Zölle sollen als Normalzölle bestehen bleiben. Sie sollen erst dann eine Änderung erfahren, wenn die für die Zeitdauer von zwei Monaten festgesetzten Normalpreise nicht erreicht oder überschritten werden. In diesem Falle sollen die autonomen Zölle um je zwei Mark erhöht oder ermäßigt werden. Die Normalpreise, die angestrebt werden, sind für Weizen und Braugerste 250 bis 270 RM., für Hafer und Roggen 220 bis 240 RM. Auch der Mehlzoll soll den Weizenzöllen angepaßt werden. Es ist das Anderthalbfache des jeweils festgesetzten Weizenzolls vorgesehen. Dazu kommt eine Schutzspanne von 3,75 RM.

Der Vermahlungszwang für Inlandsweizen hat das erstrebte Ziel erreicht. Die Weizenzölle sind widerstandsfähig geblieben. Der Vermahlungszwang wird darum in der bisherigen Form beibehalten, und zwar unter allen Umständen für die nächsten beiden Monate. Darüber hinaus wird er nicht herabgesetzt oder beseitigt werden, solange die Preise und die Vorräte ihn nötig machen.

Der Anreiz zur Verfütterung von Roggen soll in der Form gegeben werden, daß verbilligter Roggen aus den Erzeugergebieten des Ostens in die Schweinemastgebiete des Westens gebracht wird. Hierfür sind 20 Millionen Reichsmark aus Reichsmitteln vorgesehen. Schweinemäster, die verbilligten und besonders gekennzeichneten Roggen beziehen, werden auch in Zukunft Gerste zum bisherigen Zollsatz von 2 RM. einführen können. Im übrigen soll der

Futtergerstenzoll auf 5 RM. erhöht werden. Die Erhöhung des Gerstenzolls und die Möglichkeit zu verbilligter Einfuhr bei Verfütterung von Roggen ist auf das Jahr 1930 beschränkt. Auf 3 Zentner gekennzeichneten Roggen sollen 7 Zentner zollverbilligte Gerste zugestanden werden. Der Reichsernährungsminister behält sich die Möglichkeit vor, das Verhältnis 3 : 7 je nach Entwicklung der Schweine- und Roggenpreise abzuändern.

Als weitere Maßnahme zur Hebung des Roggenpreises wird eine größere Menge Roggen eingelagert werden.

Die Einführung beweglicher Zölle bringt die Gefahr mit sich, daß die Spekulation sich der Einfuhrscheine bemächtigt, um auf Kosten der Reichskasse damit zu spekulieren. Deshalb soll der Wert der Einfuhrscheine dem niedrigsten Zollsatz angepaßt werden. Es ist beabsichtigt, die Einfuhrscheine für Roggen und Hafer um 1 RM. auf 5 RM. herabzusetzen, und für Weizen auf 5,50 RM. Die Müllereierzeugnisse werden in entsprechender Weise berücksichtigt werden. Der Einfuhrschein für Braugerste, der bisher dem niedrigsten Futtergerstenzoll entsprach, wird auf 3,50 RM. festgesetzt werden. Die Braugerste erzeugenden Landwirte erhalten damit die schon lange gewünschte Werterhöhung des Einfuhrscheines.

Die Zölle für Vieh werden entsprechend den Beschlüssen des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages neu geordnet. Sie sollen für Rindvieh 27 RM., für Schafe 22,50 RM. je dz betragen. Die Mindestzölle sind auf 24,50 RM. und 22,50 RM. festgesetzt. Der gegenwärtige Schweinezoll von 16 RM. pro dz wird als ausreichend angesehen, da der Preis für Schweinefleisch 70 bis 85 RM. je Zentner Lebendgewicht beträgt. Erst bei Unterschreitung des Preises von 70 RM. soll der Zoll auf 24 RM. erhöht werden. Dem entspricht die Ermäßigung auf 8 RM. bei Überschreitung der oberen Preisgrenze von 85 RM. Die Mindestzölle für lebende Schweine werden entsprechend geregelt. Der autonome Zoll für Fleisch wird beibehalten. Er beträgt gegenwärtig 45 RM. je dz.

*

Die Gärung in der Deutschnationalen Volkspartei

Kein Mensch hat angenommen, daß auf dem Kasseler Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei eine Sprengung dieser Partei erfolgen würde; niemand hat auch nur die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß auf dieser Tagung das System Hugenberg irgendwie Schaden erleiden würde. Dazu sind die Dinge noch lange nicht weit genug gediehen. Dazu verfügt Hugenberg noch immer über viel zu sichere Machtmittel: eine ausgebreitete, gut organisierte, blindlings gehorchende Presse und einen großen Geldbeutel. Es kommt hinzu, daß die Opposition, selbst wenn man von ihrer zahlenmäßigen und finanziellen Schwäche absieht, jeder Einheitlichkeit entbehrt. Da sind — wenn man schon gar nicht die Altkonservativen rechnet, die sich doch immerhin manchmal unangenehm bemerkbar machen — einmal die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die an dem sozialpolitischen Kurs des jetzigen Parteiführers ernsten Anstoß nehmen, die christlich-sozialen Kreise, die aber wegen des mangelnden nervus rerum die schon längst geplante Parteibildung immer noch hinausschieben müssen. Da sind sodann die Landbundkreise, denen

mit der grundsätzlichen und unfruchtbaren Opposition Hugenbergs gegen das jetzige Regime durchaus nicht gedient ist, denen es vielmehr auf schleunige Abstellung der Agrarnot, auch im Zusammenarbeiten mit den jetzigen Regierungsparteien, ankommt. Da sind drittens einzelne Politiker, die aus ihrer weltanschaulichen Stellung heraus entscheidende Bedenken gegen den jetzigen Kurs der Deutschnationalen Volkspartei haben.

Von diesen drei Gruppen hätte Hugenberg diejenige des Landbundes wohl am meisten zu fürchten. Aber die Verhältnisse haben sich im Laufe der Zeit hier nicht unerheblich verschoben. In den letzten Jahren vor dem Kriege beherrschte der straff organisierte, mit Geldmitteln reich ausgestattete Bund der Landwirte die konservative Partei so gut wie vollständig. In der Deutschnationalen Volkspartei, die ja auch andere Elemente an sich gezogen hat als die altkonservativen, haben sich die Agrarier niemals so völlig durchsetzen können. Man darf auch billig bezweifeln, ob es dem Landbund pekuniär noch so gut geht wie vor ein paar Jahrzehnten dem Bund der Landwirte. Und schließlich hat der agrarische Flügel der Deutschnationalen neuerdings dadurch eine Schwächung erfahren, daß sich bedeutende Teile der Bauernschaft von dem Junkertum losgesagt und eine eigene politische Gruppe, die Christlich-Nationale Bauernpartei, gegründet haben.

Außerdem darf auch nicht vergessen werden, daß der Kasseler Parteitag zwischen den Schlachten stattgefunden hat, zwischen Volksbegehren und Volksentscheid, Unternehmungen, an denen die Deutschnationale Volkspartei an erster Stelle mit beteiligt ist. Da hätte es nur unter den zwingendsten Verhältnissen zu einer Palastrevolution kommen können. Im Kriege dürfen sich bekanntlich die Diktatoren immer am sichersten fühlen.

So hat es für niemanden eine Überraschung bedeutet, daß Hugenberg ohne Widerspruch in Kassel wiederum zum Führer der Partei gewählt worden ist. Aber es ist durchaus unwahrscheinlich, daß es in der Deutschnationalen Volkspartei nach diesem Pyrrhussiege Hugenbergs alles beim alten bleiben wird. Im Gegenteil muß man annehmen, daß die Gärung weitere Fortschritte macht, und damit rechnen, daß es früher oder später zu einer Explosion kommt. Unter diesen Umständen wird es vielleicht von Nutzen sein, im folgenden einige charakteristische Äußerungen deutschnationaler Politiker oder Blätter über die innerparteiliche Krisis zu sammeln. Sie sind gleich nach dem Abschluß des Volksbegehrens oder bei Betrachtungen über den Kasseler Parteitag gefallen und sprechen für sich selbst. Auf die Abstimmungen der Deutschnationalen beim „Freiheitsgesetz" im Reichstag und auf alles, was damit zusammenhängt, wird in der nächsten Nummer des „Demokraten" zu sprechen sein.

Hermann Graf zu Dohna, Kreisvorsitzender des Kreisvereins Rosenberg in Westpreußen der Deutschnationalen Volkspartei, in der „Berliner Börsenzeitung" (Nr. 515 vom 31. November 1929): „Die Stunde ist gekommen, in der die jüngere Generation in der größten Rechtspartei Absage erteilen muß an einen Nationalismus, der sich in verblendeter Übersteigerung seinen eigenen Zielen entgegenstellt, Absage erteilt an die ganze Fragestellung ‚national — nicht national'. Die Gegensätze lauten ‚marxistisch — nicht marxistisch', und innerhalb aller derer, die nicht marxistisch sind, ist der ganze Streit darum, wer national sei und wer nicht, ein Wahnsinn . . . Es ist an der Zeit, eine Ende zu machen mit dem

Einfluß einer Geistesverfassung, die allen Ernstes behauptet, einen Block, dem die gesamte bürgerliche Mitte nicht angehört, sei ‚der' nationale Block. Sind denn also alle Parteien dieser bürgerlichen Mitte antinational? Die Frage stellen, heißt sie verneinen . . . Wenn die Politik der Männer des Reichsausschusses überhaupt ein praktisches, noch innerhalb unserer Lebenszeit greifbares Ziel hat, so kann es nur das sein, daß man glaubt, eines Tages mit einem die Minderheit darstellenden Block die Herrschaft antreten, bis dahin aber Politik und Wirtschaft dem maßgebenden Einflusse des Marxismus überlassen zu können. Besteht nicht einmal diese Zielsetzung, so ist alles bisher Geschehene und die Isolierung der Deutschnationalen Volkspartei unbegreiflich. Besteht sie aber, so ist sie nicht die unsrige. Wir haben keine Lust, in eine Sackgasse hineingeführt zu werden, aus der es eines Tages gar keinen oder nur einen schlimmen Ausweg geben kann . . . Wir, die wir heute an der Schwelle des Mannesalters stehen, sind nicht deshalb nach dem Kriege mit den größten Hoffnungen in die Deutschnationale Volkspartei eingetreten und ihr zehn Jahre lang trotz allem treu geblieben, um sie in den Händen der Alldeutschen enden zu sehen."

Gegen diese Kritiker schwebt jetzt ein Ausschlußverfahren.

*

Kunz Graf Finckenstein in der „Berliner Börsenzeitung" (Nr. 527) nach dem Abschluß des Volksbegehrens: „Die Führung (der Deutschnationalen Volkspartei) hat zum Sammeln geblasen und die Partei ist gehorsam gefolgt und steht nun da, wie die Führung es wünscht: Mit dem Rücken zum lebendigen Volksganzen, hinter sich die mit Mühe errichtete Trennungsmauer ‚Volksbegehren', die Augen starr auf das schwere Hindernis ‚Volksentscheid' gerichtet. Und mit Schrecken sehen ihre denkenden Mitglieder, daß es hier keinen Weg gibt ins fruchtbare Land der parlamentarischen Mitarbeit, daß der beschrittene Weg in die Wüste der unfruchtbaren Obstruktion führt. In weiten Kreisen bricht sich die Erkenntnis Bahn: Noch ein solcher Sieg, wie das Volksbegehren, und die Partei ist tot. Tot für fruchtbringende Mitarbeit am Staate, weil sie nicht koalitionsfähig ist für die in der Mitte stehenden bürgerlichen Parteien. Weil ihre Führung glaubt, Erbpächter zu sein des nationalen Gedankens, und ist doch nur Unterpächter des Nationalismus Hitlerscher Provenienz.. Eine große Partei hat ein starkes Beharrungsvermögen, das man nicht unterschätzen darf. Aber sie hat auch eine große Menge von Mitgliedern, die sich diesem Beharrungsvermögen entgegenstemmen können und werden, wenn es der Partei zum Verderben gereicht."

*

Johann Albrecht von Rantzau ergriff für den oben erwähnten Grafen Dohna Partei und erklärte (in der „Berliner Börsenzeitung" Nr. 541 vom 19. November 1929): „Allzu viele in der Partei sehen noch nicht, daß die Führung zu vieles, Unvereinbares in ihren Zielen vereinigen will . . . Es ist ein unerträglicher Anblick, daß die deutschnationalen Kreise den Verfall der Wirtschaft über sich ergehen lassen und ihre Gegenwehr nur in Protesten gegen einen Zeitgeist besteht, der ihnen keinen Einfluß erlaubt. Die ‚Zeit' wird sich nicht über Nacht ändern, aber auf einzelne Zeitverhältnisse läßt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0341

sich Einfluß gewinnen. Es darf keine Grundsätze mehr geben, welche auf lange Zeit die Teilnahme an der Staatsverwaltung unmöglich machen; es darf nur Grundsätze geben, für die sich im Besitz der Staatsmacht arbeiten läßt."

*

Regierungsassessor a. D. Daniel, Vorsitzender des Kreisvereins Hindenburg der Deutschnationalen Volkspartei („Berliner Börsenzeitung" Nr. 541 vom 19. November 1929): „Schon jetzt aber sollte man damit beginnen, die ‚Trennungsmauer' — um mit Graf Finckenstein zu reden — niederzureißen, die durch die nichtmarxistische Front läuft, und das vielfach erschütterte Vertrauen in die Führung wieder herzustellen . . . Graf Finckenstein hält die Deutschnationale Volkspartei für den nationalen rocher de bronce. Ich glaube, unser ganzes Parteiwesen ist so unfertig und fluktuierend, daß niemand sagen kann, wo die nationalen Kräfte ihre stärkste parlamentarische Vertretung suchen werden."

*

Die „Politische Wochenschrift" (zitiert im „Vorwärts" Nr. 533 vom 13. November 1929) denkt mit Entsetzen daran, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion im Reichstag auf Befehl Hugenbergs und unter der Aufsicht der Nationalsozialisten für den Gesetzentwurf Hugenberg eintreten soll, und prophezeit: „Es naht eine elementare Katastrophe, die durch parlamentarische Berechnungen durch das bekannte Konventikelwesen nicht mehr beschworen werden kann. Man gebe sich keinen Täuschungen hin: seit langem sind alle Blicke auf diese Männer gerichtet, von denen man weiß, daß sie die Hugenbergsche Politik nur aus Disziplin mitmachen. Fast zu lange schon hat man sich ein Wort, eine Tat von ihnen erhofft, so daß sich schon Enttäuschungen eingestellt haben. Die Zeit ist gekommen."

*

Die „Standarte", eine Zeitschrift des jungkonservativen Kreises (zitiert im „Jungdeutschen Nr. 269 vom 16. 11. 29), schreibt u. a.: „Daß der Kampf weitergeht, kann einzig Adolf Hitler uneingeschränkt freuen. Für die künftige Unterbringung des rechten Flügels der deutschnationalen Wählerschaft bei den Nationalsozialisten ist jedenfalls Vorsorge getroffen. Dem linken Flügel macht, wie üblich, zur Unzeit Artur Mahraun verlockende, doch wenig solide erscheinende Neubauwohnungsofferten. (Es sind schon in den letzten Jahren manche andere Siedlungsunternehmungen verkracht.) Immerhin, die Frage eines Asyls für obdachlose Deutschnationale wird in absehbarer Zeit aktiv werden. Es knistert bedenklich im Gebälk der Partei."

*

Die auf nationalistischem Boden stehende akademische Zeitung „Der Student" (Nr. 18 vom 15. 11. 29) veröffentlicht an leitender Stelle einen Artikel des deutschnationalen Publizisten Dr. Hermann Ullmann: „Einer neuen Rechten entgegen," worin die Schaffung einer „positiven Opposition" an Stelle der prinzipiellen Opposition der Hugenberg-Partei verlangt wird. Darin wird das System Hugenbergs wie folgt geschildert: „Hugenberg ist zwar kein reaktionärer Legitimist und seine Ziele liegen nicht dort, wo man sie nach seinem Vorgehen gegen die vermuten müßte, die das Bekenntnis zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0342

monarchischen Gedanken nicht mehr als Voraussetzung der Zugehörigkeit zur deutschnationalen Volkspartei gelten lassen wollten. Aber seine Methoden und politischen Ziele (die zum Teil von diesen Methoden bestimmt sind) sind auf Schichten und Gruppen zugeschnitten, die in hohem Maße von der Sehnsucht nach der Wiederkehr der alten Verhältnisse und von der durch den Zusammenbruch hervorgerufenen Reaktion bestimmt sind. Dabei ist vergessen, daß diese Schichten und Stimmungen immer mehr zusammenschrumpfen, indes neue Schichten als Träger neuer Forderungen nachwachsen. Zugunsten der alternden politischen Gefolgschaft werden nun gerade die Schichten und Volksgruppen abgestoßen, die für die Bildung einer neuen Rechten in erster Linie in Frage kommen. Der Reihe nach hat Hugenberg gewissen alldeutschen Gedankengängen zuliebe auf die Gefolgschaft weiter Kreise des Landvolks, christlich-nationaler Arbeiter und Angestellten, christlich-sozialer Kreise verzichtet."

*

Auf der Reichstagung des deutschnationalen Arbeiterbundes, die gleichzeitig mit dem deutschnationalen Parteitag in Kassel stattfand, erteilte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hartwig (vergleiche „Berliner Tageblatt" Nr. 554 vom 23. 11. 29) in seinem Referat Hugenberg eine scharfe Absage. Er führte aus:

„Die ungeschickte Behandlung sozialpolitischer, kultureller und wirtschaftlicher Fragen hat im Reich die nationale Opposition von Niederlage zu Niederlage geführt. Auch in den Länderregierungen ist der deutschnationale Einfluß im ständigen Sinken begriffen. Mit wehem Herzen habe die Arbeiterschaft zusehen müssen, wie die ursprünglichen Grundsätze der Partei immer mehr in den Hintergrund gedrückt wurden. Damit war auch verbunden, daß aus einem Parlament nach dem anderen die Arbeiter in den deutschnationalen Fraktionen verschwanden."

In der Aussprache wurde diese scharfe Kritik an der Parteileitung unterstützt, verschiedentlich fiel auch das Wort von einer „notwendigen Reformation der Partei an Haupt und Gliedern".

*

Die konservative „Kreuzzeitung" (Nr. 362 vom 17. 11. 29) verlangt, daß der deutschnationale Parteitag über das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten auch nach dem Volksentscheid sich deutlich ausspricht. „Es wäre allerdings wünschenswert, wenn man darüber hinaus, wenigstens in großen Zügen, eine Art Reformprogramm verkünden könnte, aus dem erkennbar ist, ob künftig eine konservative Linie innegehalten werden soll. Das Pendeln der Deutschnationalen Volkspartei zwischen Konservativismus, Liberalismus und einem undefinierbaren Etwas wird die Partei eines schönen Tages vor noch größere Schwierigkeiten stellen als bisher."

*

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" (Nr. 552 vom 21. 11. 29) zur Begrüßung des deutschnationalen Parteitags: „Die Situation, in der sich die Rechte zur Zeit in Deutschland befindet, gipfelt in der Gefahr, zwischen dem Nationalmarxismus auf der einen Seite, berufsständischen Bewegungen und Mittelparteien auf der anderen

zerrieben zu werden. Ihre beträchtliche innere Auflockerung wird ernsthaft selbst im eigenen Lager nirgendwo bestritten. Daß diese Auflockerung aber überwunden werden könnte durch im wesentlichen nur negative Parolen und Zielsetzungen, erscheint so gut wie ausgeschlossen. Die Partei um der Partei willen ist kein Gegenstand der Anziehung mehr."

*

Nach Schluß des Kasseler Parteitages konnte es die „Deutsche Tageszeitung" (Nr. 559 vom 26. November 1929) nicht versagen, mit dem Parteivorsitzenden Hugenberg — wenn auch in vorsichtiger Formulierung — abzurechnen. Sie kritisierte lebhaft sowohl mehrere der von ihm auf dem Parteitag gemachten Redewendungen als auch die gesamte Tendenz seiner Politik. Insbesondere tadelte sie — im Interesse der Landwirtschaft — es, daß sich Hugenberg so schroff für eine rein negative Opposition ausgesprochen und dabei das Wort geprägt hatte, man müsse den Mittelparteien ihre Verbindung mit der Linken mit allen Mitteln „verekeln". Sie erklärte dazu: „Schließlich gibt es keine Politik ohne Wirtschaft und umgekehrt, und wenn man um der reinen Politik willen wirtschaftlichen Berufsständen unerträgliche Opfer auferlegen wollte, so wäre der letzte Erfolg, daß man diese Berufsstände auch als politische Faktoren vernichtete. Soweit aber kann schwerlich die Taktik des Verekelns nicht gehen wollen. Denn schließlich stehen gerade für die Landwirtschaft in nächster Zeit Entscheidungen an, bei denen es für sie um Leben und Sterben geht. Eine große und ihrer Verantwortung bewußte Partei kann solche Realitäten nicht einfach ignorieren . . . Parteitage sind der Ort für die Bekundung der großen weltanschaulichen Gesichtspunkte, der Ort gegebenenfalls für Auseinandersetzungen programmatischer Art, nicht aber für irgendwelche ins einzelne gehende praktische Festlegungen, nicht für realpolitische Arbeit, die nur am konkreten Gegenstand geleistet werden kann . . . Sonach wird man sagen dürfen: Die Rolle, die die Deutschnationalen als die größte Partei der Rechten gegenüber den Aufgaben innen- und außenpolitischer Art in der nächsten Zukunft spielen, diese Rolle ist nicht in Kassel entschieden oder bindend vorherbestimmt worden, sie wird erst bestimmt durch die praktische Arbeit im Parlament. Der allerdings sehen weite Kreise gerade auch der Wirtschaft mit aufmerksamster Spannung entgegen."

*

Keine evangelische Partei!

Gegen die Bildung einer besonderen evangelischen Partei hat sich der Evangelische Bund auf seiner Generalversammlung zu Koblenz im Herbst 1929 unzweideutig ausgesprochen. Angesichts der Schaffung evangelischer Parteigruppen in einigen Landtagen, so in Württemberg und Baden, ferner der evangelischen Listen, die bei den letzten Kommunalwahlen an verschiedenen Orten aufgestellt worden sind, verdienen die Worte, mit denen D. Fahrenhorst-Berlin, der Herausgeber der evangelischen Monatsschrift „Die Wartburg" (Novemberheft 1929), den Koblenzer Beschluß erläutert, besondere Beachtung. Es heißt da:

„Auch ein zweiter Vorschlag wurde erneut abgelehnt. Es ist der alte Rat der Gründung einer eigenen evangelischen Partei. Man

darf doch dabei nicht vergessen, daß zwar der Katholizismus auf Grund seiner durch die unbedingte Unterwerfung unter die römische Autorität gegebenen Einheit wohl zu einer Parteibildung imstande ist, wenngleich heute auch das Zentrum nur noch zwei Fünftel der deutschkatholischen Wähler für sich hat, daß aber der Protestantismus seinem Wesen nach — Segen und Unsegen ruhen zugleich darin — Mannigfaltigkeit bedeutet. Wollte man wirklich an eine evangelische Parteigründung denken, so müßte man deren zum mindesten gleich ein halbes Dutzend oder mehr ins Leben rufen, um der Verschiedenheit der Meinungen und Gruppen gerecht zu werden.

Der Christliche, oder wie er sich anderwärts nennt, der Evangelische Volksdienst tritt ja nun mit dem Monopolanspruch auf, die evangelische Partei schlechthin zu sein; aber einmal zeigen die verzwickte Lage, in der zum Beispiel seine württembergischen Landtagsabgeordneten je und dann sich befinden, und die befremdende Seltsamkeit ihrer Einzelentscheidungen doch sehr deutlich, welche unüberwindbaren Schwierigkeiten ihm erwachsen. Darf man Zeitungsnachrichten trauen, so haben sich die Vertreter des Evangelischen Volksdienstes im Stadtparlament zu Gelsenkirchen zur Ermöglichung aktiver Mitarbeit sogar den dortigen Kommunisten anzuschließen genötigt gesehen. Zum andern aber ist es doch höchst fraglich, ob eine Wahlgruppe, in der — wie etwa im Berliner Christlichen Volksdienst — Einflüsse der Baptisten, Methodisten, Adventisten und außerkirchlichen Gemeinschaftler vorherrschen, das Recht hat, unter der Flagge „Evangelische Partei" zu segeln.

Im übrigen bleiben die schweren Bedenken gegen die Gründung einer evangelischen Partei bestehen. Sie würde schwerste, ja untragbare Bindung und Belastung für die überparteiliche evangelische Kirche bedeuten; sie würde mit unlöslichen praktischen und parlamentarischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben; sie würde bestehende christentums- und kirchenfreundliche Parteien rettungslos verärgern; sie würde die Sozialdemokratie zu noch entschiedenerer Einstellung gegen Evangelium und Kirche veranlassen; sie würde weitere Zersplitterung bedeuten, und sie würde letzten Endes nur dem Zentrum Freude machen, sofern ihm mit solcher Gründung Agitationsstoff und Wasser auf seine Parteimühle in überreicher Fülle geboten würde."

*

Aus dem demokratischen Parteileben

Dem bisherigen badischen Kultusminister Dr. Leers, dem verdienten Demokraten, der infolge der klerikal-sozialdemokratischen Koalition aus dem Amte geschieden ist, widmet die „Neue Badische Landeszeitung" folgende ehrenden Worte:

„Die erbitterte Wut der badischen Rechten gegen Leers erweist am besten sein Wirken für den neuen Staat. Und die Schule erzieht die Generation der Zukunft; es ist allerdings nicht so, daß die Jugend hat, wer die Schule hat; aber in einem demokratischen Staat ist der Schulminister der F ü h r e r d e r J u g e n d z u S t a a t u n d V o l k, und gerade darin hat sich Leers immer wieder als getreuer Eckart der Demokratie erwiesen, daß er sich stets als Anwalt der Volksschule gefühlt und gezeigt hat. Er erkannte die große Gefahr der Volksschule von heute, durch Abwanderung der besten Elemente in die höheren Schulen zum Aschenbrödel der Schulen zu werden, und er suchte nach Kräften dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben,

die die Volksschule zum Schemel der Mittelschulen zu erniedrigen droht. Die Volksschule ist das Fundament der Demokratie, und Leers hat sich als Baumeister gezeigt, der am Fundament anfing, ohne die Spitze des Baus zu übersehen. Leers hat eine reiche Erbschaft angetreten; er hinterläßt seinem Nachfolger eine reichere Erbschaft. Die badische Schule und die badische Demokratie haben immer in gutem Verhältnis miteinander gelebt, und Minister Leers kann scheidend von sich sagen, daß er die Aufgabe des demokratischen Schulministers erfüllt hat, die badische Schule in der Linie lebendiger und liberaler Entwicklung zu halten."

Der anhaltische Landesparteitag der D. D. P. fand am 17. November 1929 in Zerbst unter großer Beteiligung aus dem Lande unter dem Vorsitz von Dr. Rausch statt. Dem Parteitage ging am 16. November eine öffentliche Versammlung voraus, in der der Abgeordnete des Wahlkreises, Staatspräsident Hummel, über Reichspolitik und Landtagsabgeordneter Lohmann, Köthen, über anhaltische Landesfragen sprach. Auf dem Parteitage selbst referierte Staatsminister Dr. Weber, Dessau, über die wichtigsten anhaltischen Probleme, worauf Dr. Hummel Auskunft erteilte über die Stellung der Demokraten zu wichtigen Fragen der Reichspolitik. An der Debatte beteiligte sich u. a. Abg. Dr. Mathias, Bernburg, und Staatsrat a. D. Dr. Cohn. Die Entschließungen, die der Parteitag faßte, sind die folgenden:

1. Der Landesverband Anhalt der Deutschen Demokratischen Partei erblickt im Young-Plan einen außen- und innenpolitischen Fortschritt, weil er der deutschen Wirtschaft eine wesentliche Verringerung der jährlichen Zahlungsleistungen, dem Reiche die Befreiung von der Finanzkontrolle des Auslandes, dem besetzten Gebiet die Räumung von der feindlichen Besatzung bringt und darüber hinaus in absehbarer Zeit eine Revision von Zahlungsmöglichkeiten vorsieht. Eine Einwirkung dieser Maßnahme auf die deutsche Wirtschaft kann sich der Landesverband erst dann versprechen, wenn gleichzeitig für das Reich eine umfassende Finanzreform durchgeführt wird, dergestalt, daß in der innerdeutschen Wirtschaft wieder eine Kapitalbindung möglich wird und daß den Ländern und namentlich auch den Gemeinden die für ihre selbständige Finanzwirtschaft notwendigen Steuereingänge gesichert werden. Der Landesverband fordert den Abgeordneten des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt, Staatspräsident a. D. Dr. Hummel, auf, in der Reichstagsfraktion dahin zu wirken, daß der Young-Plan in Verbindung mit der Finanzreform verhandelt wird.

2. Der Parteitag der D. D. P. in Anhalt spricht Staatsminister Dr. Weber und den Vertretern der Partei in Reichstag und Landtag für ihre hingebende Arbeit wärmsten Dank und vollkommene Billigung aus. In unbedingter Treue zur demokratischen Republik stehend, wünscht die Partei die baldige Verwirklichung des dezentralisierten Einheitsstaates. Bis dahin erblickt sie den Beruf der Politik im Kleinstaat Anhalt in der tatkräftigen Förderung der Wirtschaft, insbesondere ihrer notleidenden Zweige durch Sparsamkeit auf allen Gebieten und in sorgsamer Kulturpflege.

3. Auf Antrag des Geschäftsführers Günther, Dessau, wird ein Landesausschuß für Angestelltenfragen eingesetzt.

Die Hamburger Wahlkreisorganisation der D. D. P. hielt am 26. 11. 29 ihre Generalversammlung ab, die unter dem Vorsitz von Dr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0346

Stubmann stattfand. Nachdem das Bürgerschaftsmitglied Lüth einen ausführlichen Bericht über das vergangene Jahr und der Vorsitzende Dr. Stubmann den Kassenbericht erstattet hatte, wurde der Geschäftsführung und den Schatzmeistern Entlastung erteilt. Darauf wurden die Vorstandswahlen vollzogen. Zum Vorsitzenden wurde durch Zuruf Dr. Stubmann wiedergewählt. Mit herzlichem Dank für das bewiesene Vertrauen und dem Gelöbnis fester Entschlossenheit, weiterzukämpfen und die demokratische Sache vorwärtszubringen, nahm der Gewählte dieses Amt an, das nun schon im neunten Jahre in seinen bewährten Händen liegt. Weiter wurden in den Parteivorstand gewählt: Frau Bertha Wendt, Henry Schaper, Gerhard Meuthen, Andreas Lorenzen und Dr. Hans Robinsohn.

In einer Sitzung, die der Generalversammlung vorausgegangen war, hatte der Parteiausschuß dem Vorschlage des Vorstandes gemäß beschlossen, den bisherigen Parteisekretär der Mannheimer Organisation, Dr. Bertram, als Generalsekretär nach Hamburg zu berufen. Dr. Bertram wird seinen Posten am 15. Dezember antreten.

Die Vereinigung der demokratischen Kommunalvertreter der Provinz Brandenburg hielt am Sonnabend, 2. November, in Berlin eine Tagung ab. Zuerst erstattete Oberbürgermeister a. D. Hopf-Eberswalde den Geschäftsbericht und machte Ausführungen über den Streit betreffend die Neuwahl des Landesdirektors. Sodann hielt Provinziallandtagsabgeordneter Dr. Stegemann einen Vortrag über den Provinzialhaushalt, in dem er den versammelten Vertretern die für sie wichtigen Punkte über Straßenbau, Verkehrsförderung, Meliorationen, landwirtschaftliches Schul- und Siedlungswesen und die gesamte Wohlfahrtspflege darlegte. Anschließend sprach Landtagsabgeordneter Riedel über die bevorstehenden Kommunalwahlen.

Der Ausschuß, der sich dem Kommunalpolitischen Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei als Organisation für den Bereich der Provinz Brandenburg anschließt, wählte in seinen Vorstand folgende Herren: Kaufmann Tietz-Henningsdorf für die Landkreise, Dr. Hagen-Rathenow und Justizrat Hammerschmidt für die kreisfreien Städte, Bürgermeister Rosenthal-Nowawes und Stadtrat Müller-Küstrin für kreisangehörige Städte, Gutsbesitzer Lemke-Damsdorf für die Landgemeinden. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Stegemann gewählt. Der Vorstand beabsichtigt, sogleich nach den Neuwahlen zusammenzutreten, um die aus den Wahlresultaten sich ergebenden Fragen zu besprechen.

Eine neue Ortsgruppe ist in Krojanke gegründet worden. Vorsitzender ist Herr Kaufmann Siegfried Margolinski, Krojanke (Krs. Flatow).

*

Die D.D.P. in den Parlamenten

Reichsfinanzminister und Reichsreform. Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 28. November folgenden Beschluß gefaßt:

„Angesichts der politisch bedauerlichen Tatsache, daß in dem Ausschuß der Länderkonferenz der Vertreter des Reichsfinanzministers aus doktrinären Bedenken gegen eine Lösung

gestimmt hat, auf die in monatelangen Bemühungen alle Beteiligten, auch die Vertreter der sämtlichen Länder mit Ausnahme Bayerns geeinigt waren, wird beschlossen, den Reichskanzler zu bitten, auf eine einheitliche Haltung der Reichsregierung hinzuwirken."

Veranlaßt wurde dieser Beschluß durch das merkwürdige Verhalten des Reichsfinanzministers Hilferding gegenüber der Novemberverhandlung über die Reichsreform in der Länderkonferenz. An den Sitzungen der Unterausschüsse hat Hilferding überhaupt nicht teilgenommen; in der Sitzung des Verfassungsausschusses, in der die entscheidenden Beschlüsse gefaßt wurden, ist auch wieder der Minister selbst nicht erschienen, sondern sein Staatssekretär Popitz. Dieser ist als Anhänger und Förderer der Reichsreform bekannt; zum allgemeinen Erstaunen aber trat der Staatssekretär — natürlich als Beauftragter Hilferdings — im Verfassungsausschuß auf die Seite derer, die die Reformvorschläge ablehnten.

Beschleunigung der Versicherungsreform. Die demokratische Reichstagsfraktion hatte sich in einer Anfrage nach den gesetzgeberischen Maßregeln erkundigt, die sich aus der Krise in der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. ergeben. Sie hat nunmehr von dem Reichswirtschaftsminister Moldenhauer folgende Antwort erhalten:

„Die vom Reichswirtschaftsministerium aus Anlaß des Zusammenbruchs der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. unternommenen Prüfungen lassen es angezeigt erscheinen, das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 nach verschiedenen Richtungen hin einer Änderung zu unterwerfen. Es wird dabei insbesondere auf eine häufigere örtliche Revision der Versicherungsunternehmungen und auf einen erhöhten Schutz der Versicherten bei Konzernbildungen sowie in Ansehung der für die Versicherungsansprüche zurückzustellenden technischen Reserve Bedacht zu nehmen sein. Die Erwägungen hierüber nähern sich dem Abschluß. Es soll dem Reichstag darüber mit tunlichster Beschleunigung ein Gesetzentwurf zugeleitet werden."

Kein Beamtenabbau bei der preußischen Polizei. In den Kreisen der preußischen Polizeibeamten wurde das Gerücht verbreitet, daß die Absicht bestehe, innerhalb der preußischen Polizeiverwaltung, insbesondere bei den Meldeämtern, Beamte durch Angestellte zu ersetzen. Auf eine Anfrage teilt der Preußische Minister des Innern dem demokratischen Landtagsabgeordneten Barteld (Hannover) mit, daß zurzeit nicht beabsichtigt ist, insbesondere nicht bei den Einwohnermeldeämtern, Beamte durch Angestellte zu ersetzen. Lediglich bei den Kanzleibeamten werde mit Zustimmung des Landtages, wie aus den Haushaltsplänen ersichtlich sei, ein Teil der planmäßigen Beamtenstellen in solche für Stellen für Stenotypistinnen umgewandelt.

Hilfe für die unteren Beamten. Die demokratische Landtagsfraktion hat im sächsischen Landtag einen Antrag eingebracht, der eine Erhöhung der Anfangsgehälter der unteren Besoldungsgruppen 18, 19 und 20 um je 100 Mark verlangt. Dementsprechend sollen die Endgehälter der Vergütungsgruppen 16 und 17 um 100 Mark erhöht werden. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß bei der Besoldungsreform vom 1. Oktober 1927 die Besoldung der Gruppen 18,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0348

19 und 20 auf einen Betrag festgesetzt wurde, der dem allgemeinen Lohnniveau kaum entsprach. Die seitdem eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten um 3,5 Prozent machte sich in diesen Gruppen besonders bemerkbar. Da nur 736 planmäßige Beamte und 100 Beamte im Probedienst in Frage kämen, halte sich die finanzielle Auswirkung in tragbaren Grenzen.

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Deutschnationale Volkspartei

Zu der Unterstützung der Hugenbergschen Ostbank durch die preußische Staatsregierung, die durch eine Garantie von 2 Millionen den finanziellen Zusammenbruch von vielen Tausenden, die mit dieser Bank in Geschäftsbeziehungen standen, verhinderte, wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst" (30. 11. 29) von besonderer Seite geschrieben:

Eine Bank ist zusammengebrochen. Das ist leider nichts Außergewöhnliches mehr. Aber die Begleitumstände bei der Krise der Ostbank sind schon etwas seltener Art. Hugenberg, Vater des Volksbegehrens, Vorkämpfer gegen Marxismus, Internationalismus und folglich gegen die nach seiner Meinung international-marxistische Preußenregierung, hat es nicht verschmäht, die Hilfe dieser Preußenregierung zu akzeptieren. Ihm wäre es zu gönnen gewesen, nach dem „Sieg" beim Volksbegehren den Erfolg seiner wirtschaftlichen Arbeit zu erleben. Denn fast hätte der Retter Deutschlands vor wirtschaftlicher Versklavung in aller Öffentlichkeit dokumentiert, daß er nicht einmal in seinen eigenen Unternehmungen hauszuhalten weiß. Der große Organisator, der eine Provinzbank mittleren Umfangs in Grund und Boden wirtschaftet. Der deutsche Führer, der zum Beweis seiner Qualitäten zunächst einmal 15 000 Bankkunden herrlichen Zeiten entgegenführt. Aber sollen für die Wirtschaftsart des „Duce mit dem Aktenbündel" Zehntausende ostdeutscher Bauern, Kaufleute, Handwerker leiden? Das wird niemand wollen, und nur der Gesichtspunkt ist maßgebend gewesen für die preußische Regierung, durch Übernahme einer Bürgschaft den reibungslosen Übergang der Ostbank in die Dresdner Bank zu ermöglichen. Nicht um eine Sanierung Hugenbergs handelt es sich. Hugenberg, dessen Konten bei der Ostbank glattgestellt sind, verliert drei Viertel seines Aktienkapitals und muß seine neuen Dresdner-Bank-Aktien als Sicherung hinterlegen. Sieht so eine Sanierung aus? Er und seine Freunde sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden — es war selbstverständlich, daß die preußische Staatsregierung nur auf dieser Grundlage zustimmen konnte. Gewiß, übereifrige Kämpfer mögen an dem restlosen Zusammenbruch der Ostbank eine größere Freude gehabt haben. Für die preußische Staatsregierung konnte nicht der Umfang der Hugenbergschen Niederlage maßgebend sein, sondern die Bedürfnisse der ostdeutschen Wirtschaft. Dieser Teil der deutschen Volkswirtschaft befindet sich in einer Krise, deren Ausmaß und nationalpolitischer Ernst kaum zu überschätzen sind. Diese Krise zu vergrößern wäre beinahe eines der zahlreichen Verdienste Herrn Hugenbergs gewesen, sie einzudämmen, ist eine staatsbewußte, nationalpolitische Tat der Preußenregierung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0349

Wettbewerb um nationale Würdelosigkeit. Es hat in allen Kreisen, die die nationale Gesinnung nicht bloß im Munde führen, sondern im Herzen hegen, peinlichstes Aufsehen erregt, daß eine Gruppe von Stahlhelmern vor einigen Wochen nach Italien gefahren ist und dort den Faschisten gehuldigt hat. Sie wurden dabei offiziell vom Generalsekretär der Partei, Turati, empfangen. (Vgl. „Demokrat" Nr. 22 S. 579.) Wie man nachträglich erfährt (s. „Berliner Tageblatt" Nr. 547 vom 19. 11. 29), gestaltete sich diese Audienz vor Turati und die Feier des Faschismus durch den Führer der Stahlhelmer, Dr. Heinke, noch schamloser, weil an dem Empfang auch der Faschist Starace teilnahm, der bekannte Vorkämpfer der antideutschen Politik in Südtirol. Man sollte nun glauben, daß alle Leute, die irgendwelche Beziehungen zum Stahlhelm haben, über diese Vorgänge wenigstens den Mantel des Schweigens decken. Aber weit gefehlt! Die deutschnationale „Kreuzzeitung" (Nr. 366/67 vom 20. 11. 29) entblödet sich nicht, eine Zuschrift aufzunehmen, die die Stahlhelmreise nach Rom als etwas Untadelhaftes hinstellt und mit dem Satze schließt:

„Es erscheint nur wünschenswert und für die politische Schulung des deutschen Volkes förderlich, wenn solche Studienreisen, vor allem junger deutschen Menschen, in steigender Zahl vorgenommen werden."

Die Tonart der Deutschnationalen unterscheidet sich jetzt schon in keiner Weise mehr von der rüden Sprechweise ihrer Verbündeten, der Nationalsozialisten. In dem „Deutschen Echo", dem Organ des Bismarck-Bundes (Nr. 11 v. November 1929), kanzelt der „Reichsführer" Sieveking den Grafen Dohna, Vorsitzenden des deutschnationalen Kreisvereins Rosenberg i. Westpreußen, der es gewagt hatte, gegen die Hugenbergsche Politik Bedenken zu äußern, folgendermaßen ab:

„Die Jugend in der Deutschnationalen Volkspartei verbittet sich ein für allemal, daß diese müden und matten Futterkrippenjäger sich fälschlicherweise als ihre Vertreter ausgeben. Das Beifallsgeheul der jüdischen „Weltpresse" und sogar des „Jungdeutschen" sollte übrigens, wenn sie sich noch einen Funken Anstandsgefühl bewahrt haben, selbst den Wühlmäusen zu denken geben."

Für eine Auseinandersetzung mit einem deutschnationalen Parteigenossen eine ganz achtbare Leistung des Bismarck-Bündlers!

Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten gegen ihr eigenes Programm. Der „Völkische Beobachter", das Organ Hitlers, stellt höhnisch (Nr. 270 vom 21. 11. 29) fest, daß der bayerische Ministerpräsident bei den letzten Beschlüssen der Länderkonferenz über die künftige Neugestaltung des Reiches überstimmt worden sei, und legt diese Beschlüsse folgendermaßen aus:

„Das bedeutet organisatorisch die Gleichstellung der süddeutschen Länder mit den preußischen Provinzen und die Kapitulation des föderalistischen Staatsgedankens vor dem Berliner Zentralismus und Parlamentarismus. Politisch: den Sieg der marxistischen Zentraldiktatur über alle Versuche selbständiger Regungen des nationalen Widerstandswillens in den Einzelländern."

Diese Ausführungen, die dazu bestimmt sind, den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held aufzuhetzen, und die auch Dr. Held selbst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0350

nicht föderalistischer hätte formulieren können, stehen in schroffem Widerspruch zu dem nationalsozialistischen Programm, in dem zum Schluß folgender Grundsatz ausgesprochen wird:

„Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen."

Bekanntlich hat sich Hitler vor noch nicht allzulanger Zeit zum Föderalismus bekehrt, um sich die Gunst der Bayerischen Volkspartei zu gewinnen. Daß seine Bekehrung — äußerlich wenigstens — eine recht energische ist, beweisen die obigen Sätze des „Völkischen Beobachters."

Die Bekämpfung des Marxismus durch die Nationalsozialisten — die von diesen Leuten immer als das wesentlichste Verdienst des Hakenkreuzlertums ausgegeben wird, namentlich wenn es gilt, von der Industrie Gelder einzusammeln — nimmt allmählich recht merkwürdige Formen an. In einem Aufsatz, den Adolf Hitler unter eigenem Namen im „Völkischen Beobachter" (Nr. 269 vom 20. 11. 29) veröffentlichte, stand der Satz:

„Ich verstehe jeden Sozialdemokraten und jeden Kommunisten in seinem inneren Abscheu vor den bürgerlichen Parteien. Und wäre ich nicht Nationalsozialist, so könnte ich, da ich Marxist nicht zu sein vermag, überhaupt keiner Partei angehören."

Inzwischen stellt sich heraus, daß, mag sich Hitler selbst auch, um die industriellen Geldgeber nicht zu alarmieren, bescheiden zurückhalten, andere führende Nationalsozilaisten von ihrem intimen Verhältnis zum Marxismus schon gar kein Hehl mehr machen. Da hielt beispielsweise der Berliner Hakenkreuzler Dr. Goebbels am 20. November in München über das Thema „Student und Politik" eine Rede, über die der „Völkische Beobachter" (Nr. 271 vom 22. 11. 29) sehr ausführlich berichtet. Diese Rede läuft auf nichts weiter hinaus, als auf eine Unschmeichelung der Sozialisten und auf eine Aufforderung an die nationalistischen Studenten, mit den Sozialisten gemeinsame Sache zu machen. Man lese nur folgende Sätze:

„Zwei Fronten werden aufmarschieren, rechts der nationalistische Student, links der sozialistische Arbeiter. Diese Fronten werden Deutschland vernichten, marschieren sie getrennt, und sie werden Deutschland eine neue Zukunft geben, marschieren sie in einer Linie. Diese Front ist heute schon im Begriff des Aufmarsches, ist heute schon aufmarschiert. Eine Front von Studenten und Arbeitern, die in sich schon die Synthese dieser beiden weltanschaulichen Momente trägt und die heute im verfallenden Unstaat bereits den neuen Staat verkörpert und damit.... das Verhältnis „Student zum Staat" eindeutig formuliert, das Verhältnis: Student zu dieser neuen Front, die nationalistisch und sozialistisch aufbricht, die wertvollste Kräfte des Proletariats und der Intelligenz vermählt, in Marsch setzt, aufklärt, geistig schult, ihr die brachialen Kräfte gibt, sich auch einmal mit brutalen Machtinstinkten durchzusetzen. Während die anderen versinken, steigt diese neue Front in die Höhe, die Front des Staates, der sich zwangsläufig gegen

den Unstaat wendet. Die Front der besten Kräfte aus Intelligenz und Arbeiterschaft . . ."

Wenn die Nationalsozialisten nach dieser Rede, die ihr Führer Dr. Goebbels in der Residenz Hitlers unbeanstandet gehalten hat, noch einmal behaupten, daß ihre Haupttätigkeit darin beruhe, den Sozialismus niederzukämpfen, dann sagen sie bewußt die Unwahrheit.

Die Hitlerianer schnorren bei der Industrie. Im Laufe der Zeit ist ja bekannt geworden, daß die Nationalsozialisten den Hauptteil ihrer Einnahmen den Spenden von Industriellen verdanken, die die nationalsozialistischen Arbeiter als Sturmbock gegen die Gewerkschaften benutzen möchten. Die „Rote Fahne" (Nr. 229 vom 12. November 1929) bringt einen weiteren Beitrag zu diesem Thema, indem sie den Wortlaut eines vertraulichen Schreibens veröffentlicht, das die Landesgeschäftsstelle der N. S. D. A. P. in Stuttgart an den Inhaber der weltbekannten Firma Robert Bosch gerichtet hat. Das Schreiben lautet wie folgt:

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat sich den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums auf ihr Programm geschrieben. Durch die Begeisterung ihrer Anhänger und durch ihre straffe Organisation ist sie allein in der Lage, dem Terror von links wirksam entgegenzutreten. Leider ist das ohne bedeutende Geldmittel nicht zu machen. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als uns an die deutschen und deutschvölkisch gesinnten Kreise aus Industrie und Handel mit der Bitte um Unterstützung zu wenden. Für eine gute Verwendung der Gelder bietet Ihnen die Ehrlichkeit unserer Bewegung volle Gewähr."

„Brechung der Zinsknechtschaft". Die Hakenkreuzler haben in ihrem Programm als Kernstück die Brechung der Zinsknechtschaft aufgestellt. Wie sie diese „Brechung" auffassen, geht aus den „Bestimmungen zur Errichtung des nationalsozialistischen Dispositionsfonds" hervor, die der „Roten Fahne" (Nr. 240 vom 26. November 1929) gedruckt vorliegen. Dort heißt es wörtlich unter Punkt 2:

„Die Darlehen werden von der Reichsleitung mit ½ Prozent unter dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz, das ist zurzeit 7 Prozent, verzinst. Die Verzinsung beginnt mit dem Ende des Vierteljahres, mit dem die Einzahlung erfolgt. Die Zinsen werden nach Ablauf je eines Jahres, vom oben erwähnten Vierteljahresende gerechnet, gutgeschrieben."

Ei, ei!

Hakenkreuzlerische Gesinnungsfestigkeit. In der pfälzischen Presse (s. „Pfälzische Bürgerzeitung" Nr. 269 vom 16. 11. 29) wird ein Brief veröffentlicht, den der verantwortliche Schriftleiter des Nationalsozialistischen Radaublattes „Der Eisenhammer" in Neustadt a. H., Heinrich Förster, an einen ehemaligen Arbeitgeber, den Mannheimer Bankier Schlesinger, am 10. 1. 25, in einer Zeit, als Förster sich schon längst nationalsozialistisch betätigte, gerichtet hat. In dem Briefe schreibt Förster:

„Sicherlich nicht ohne einiges Befremden werden Sie von mir diese Zeilen entgegennehmen. . . Gerade bei Herrn Straßburger und Ihrer Person habe ich schon lange die Sinnlosigkeit empfunden, alles Schlechte, das schließlich diesem oder jenem jüdischen Mitbürger anhaften mag, zu verallgemeinern. Sagt mir doch der klare Menschenverstand, daß es letzten Endes bei allen Völkern und Rassen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0352

schlechte und gute Elemente gibt. Müßte man doch, wollte man die völkischen Lehren konsequent anwenden, jetzt auch zu dem Schlusse kommen, was für Kreaturen die Deutschen sind, nachdem sich die Fälle Haarmann und Menschenfresser Denke abgespielt haben. Und doch denkt hier kein vernünftiger Mensch daran, die Deutschen seien Menschenfresser usw. Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein . . ."

Förster sucht sich dann wegen seines Nationalsozialismus zu entschuldigen und bittet schließlich Schlesinger, ihm eine Stelle zu verschaffen. „Durch doppelten Fleiß und treue Pflichterfüllung würde ich Ihnen meinen heißesten Dank dafür abstatten, wenn Sie etwas für mich tun können."

Die Rückkehr zu Herrn Schlesinger glückte dem völkischen Helden nicht, und so besann er sich denn wieder auf seine Hakenkreuzlertum und wurde Redakteur wildester nationalsozialistischer Hetzblätter.

Wie Hitler in München wohnt. Angesichts der Bemühungen der hakenkreuzlerischen Führer, durch übelste Klassenkampfhetze unter den Arbeitern Anhänger zu gewinnen, verdienen folgende Feststellungen einer Korrespondenz („P. D. C." Nr. 5 vom 13. 11. 29) besonderes Interesse:

Der Junggeselle Hitler bewohnte bis zum 1. Oktober in der Thierschstr. 41 eine Dreizimmerwohnung. Am 1. Oktober bezog er am Prinz-Regenten-Platz 16, II Treppen, eine Neunzimmerwohnung, die er von Direktor Rieß in Fa. Held & Franke für 6000 RM. (Ablösung) kaufte. In der Wohnung waren bisher zwei Parteien. Hitler bewohnt die Neunzimmerwohnung, ein Hakenkreuzlerehepaar, sein Diener und eine Dienstmagd bewohnen je ein Zimmer. Hitler hat in der Garage des Hauses zwei Autos (Sechssitzer und Achtsitzer). Jährlich bezahlt Hitler 6520 RM. Miete, ohne Dampfheizung. Die Wohnung ist ganz besonders komfortabel eingerichtet, mit einem riesigen Herren-, Rauch-, Arbeits- und Empfangszimmer und fast lauter neuen, teuersten Möbeln.

Stahlhelm

Seldtes Bekenntnis zur Republik. Der Stahlhelmführer Seldte hielt Mitte November in Breslau eine Rede, in deren Verlauf er nach dem Bericht des „Stahlhelm" (zitiert im „Jungdeutschen" Nr. 268 vom 15. 11. 29) es als eine „ungeheure Lüge" bezeichnete, wenn behauptet werde, der Stahlhelm wolle die Republik stürzen. Seldte fuhr wörtlich fort:

„Nein, das wollen wir nicht. Ich trete hiermit ausdrücklich dieser Lüge entgegen. Alle diejenigen, die meine Erklärungen anzuzweifeln wagen, wird der Stahlhelm vor den deutschen Gerichtshof fordern."

Wenn Seldte hier so heftig auftrumpft, so bestätigt das nur, daß man in weiten Kreisen des Volkes über die Stellung des Stahlhelms zur Republik anderer Meinung ist. Daß man zu dieser anderen Meinung völlig berechtigt ist, dafür zwei Zitate! In seiner bekannten Haßbotschaft erklärte der Führer des Brandenburgischen Landesverbandes des Stahlhelms, von Morozowicz, am 2. 9. 28 in Fürstenwalde:

„Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0353

Am 27. 1. 29 brachte das offizielle Organ des Stahlhelms zum 70. Geburtstage Wilhelms II. einen Gratulationsartikel, in dem es u. a. hieß:

„Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten . . . bekundet an diesem Tage des 27. Januar, daß auch er dem früheren obersten Kriegsherrn in einer Treue ergeben ist, die im Wesen echten Soldatentums wurzelt und die nicht durch die Revolution ausgelöscht werden konnte."

Hiermit vergleiche man nun, was Seldte neulich in Breslau gesagt hat!

„Stuhlbeinkameradschaft". In einer Versammlung zu Altona, in der sich die Rechtsradikalen gegenseitig über die Pleite beim Volksbegehren zu trösten suchten, gab der Referent Major Stavenhagen über das künftige Verhältnis von Stahlhelm und Nationalsozialisten, wie das „Reichsbanner" (Nr. 48 vom 30. 11. 29) mitteilt, folgende bezeichnende Erklärung ab:

„Stahlhelm und Nationalsozialisten haben nun in ihrem Bund beschlossen, sie werden fest Stuhlbeinkameradschaft halten."

Schulter an Schulter wollen wir den Stühlen die Beine ausreißen und den Republikanern die Köpfe einschlagen — das ist also der Sinn des Bündnisses zwischen Stahlhelm und Hakenkreuz!

Auf den Charakter des Königin-Luise-Bundes, einer zum Einfangen weiblicher Personen bestimmten Hilfsorganisation des Stahlhelms, warfen Ausführungen ein bedenkliches Licht, die vor einiger Zeit eine Rittergutsbesitzerin, Freifrau von Buddenbrock auf Leutmannsdorf, Kreis Schweidnitz, in einer Versammlung des Luisenbundes zu Waldenburg gemacht haben sollte. (Vgl. „Demokrat" Nr. 21 S. 548.) Die genannte Frau hatte danach die Männer der Regierung besonders durch häßliche antisemitische Äußerungen herabzusetzen versucht. In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt" (Nr. 542 vom 16. 11. 29) hat Freiherr Erich von Buddenbrock, der Gatte der Rednerin, den ursprünglich veröffentlichten Wortlaut der Rede, als vom Berichterstatter aufgebauscht, erheblich abgeschwächt. Es bleiben aber auch dann noch recht unerfreuliche Redewendungen übrig. Welche Sinnesrichtung überhaupt in diesem Königin-Luise-Bund herrscht und daß dort der Antisemitismus gang und gäbe ist, ersieht man aus einem Rundschreiben der Ortsgruppe Wittow dieses Bundes, das der „Vorpommer" (Nr. 263 vom 8. 11. 29) veröffentlicht. Der Anfang dieses vom 26. Oktober datierten Rundschreibens lautet:

„Am Mittwoch, 30. 10., abends 8 Uhr, findet im Hotel Bismarck in Wiek unsere nächste Versammlung statt. Da ich Lichtbilder vorführen lasse, in denen die ganze Entsetzlichkeit der Juden gezeigt wird, so hoffe ich, daß sich recht viele Kameradinnen diese ansehen . . ."

Ortsgruppenführerin des Bundes zu Wittow ist eine Freifrau von Bothmer.

Kommunisten

Kommunisten und Todesstrafe. Die „Rote Fahne" (Nr. 212 vom 23. 10. 29) knüpft an die Meldung von der Verhängung der Todesstrafe über 5 ehemalige zaristische Generale in Moskau die Bemerkung:

„Mag die bürgerliche und sozialfaschistische Presse toben, die Arbeiterklasse begrüßt die unerbittliche Strenge,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0354

mit der die Sowjetunion ihre Klassenfeinde vernichtet. Unsere Hoffnung und unser Kampf gelten der Herbeiführung solcher Zustände in Deutschland, daß die deutsche Arbeiterschaft ihre Henker und Bürger, die Faschisten, den hingerichteten russischen Generälen „zur Berichterstattung" ins Grab nachschickt."

Dieselbe „Rote Fahne", die hier offen ankündigt, daß die Kommunisten im Falle, daß sie die Herrschaft in Deutschland erringen, Massen-Hinrichtungen vornehmen werden, ist jedesmal außer sich vor Entrüstung, wenn der gegenwärtige Staat Kommunisten, die sich gegen die Gesetze vergangen haben, auch nur mit Gefängnis bestraft. Diese Heuchler-Gesellschaft!

*

Politische Frauenarbeit

Von Marie-Elisabeth Lüders

I.

Es war vielleicht eine Erinnerung aus Kindertagen, die Friedrich Naumann einmal sagen ließ: „Wenn Männer krank sind, rufen sie nach den Frauen." Dieser spontanen Hilfsbedürftigkeit in der Not des Augenblicks, nicht der bewußten Erkenntnis und dem daraus geborenen Willen, verdanken die Frauen die endliche Sprengung der verrammelt gewesenen politischen Tore. Als ganz Deutschland schwer krank zusammenbrach, von äußeren und inneren Feinden bedroht, von blutigen Kämpfen erschöpft, ausgehungert, geistig erschüttert, seelisch verwirrt, jedem zersetzenden und zerstörenden Einfluß von innen eine wehrlose Beute, da rief der wankende Staat nach der Stütze auch durch die Frauen. Als aus dem versinkenden Alten Neues geboren werden sollte, als nach den langen Jahren millionenfachen Verwundens und Sterbens wieder der Ruf aufklang nach Heilung und Leben, was war natürlicher, als daß auch der Staat endlich den Weg zu denen fand, die von Natur Träger und Schützer des Lebens sind! Der den Frauen eingeborene Sinn für Ruhe und Ordnung, ihre naturgegebene Abneigung gegen Zerstörung, ihre im besten Sinne des Wortes konservativen Kräfte sollten Wälle und Dämme errichten gegen die von außen und innen anstürmenden Fluten, sollten mit Mut und Ausdauer die Fundamente zu dem neuen Bau errichten helfen, in dem das zersprengte Volk sich wieder sammeln, von dem aus es sein staatliches und nationales Leben wieder zusammenfassen und verteidigen konnte.

Von allen Parteien wurden die politisch jungen Rekruten eifrig umworben. Wie zur Verteidigung im Kriege, so jetzt zum Wiederaufbau des Staates erging der bewegte Appell an ihren „gesunden Sinn", an ihre „zähe Widerstandskraft". Für die demokratische Partei war es nicht schwer, die gesuchte weibliche Gefolgschaft zu finden, denn unter ihren Mitgliedern waren manche Männer, die schon vor dem Kriege den Forderungen der Frauen nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung mit Verständnis gegenübergestanden hatten, die auch den Frauen die Existenzberechtigung mit allen Konsequenzen im Bereiche der Wirtschaft und des geistigen Lebens zuerkannten, für die die überlegene Stärke der männlichen Muskeln kein geistiges Argument war. In jenen Tagen hofften aber alle Parteien, aus dem sogenannten schwachen Geschlecht politische Kräfte ziehen zu können. Die einen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0355

vertrauten dabei auf die Einsicht und den Verstand der Frauen, die andern auf ihre politische Unerzogenheit und Unbeholfenheit. Die einen hofften, ihre unverbrauchten Kräfte für Deutschland auszunutzen, die anderen, sie für die Partei oder für das Klasseninteresse einspannen zu können. Denen, die gesinnungsmäßig demokratische Ideen und Ideale vertraten, wurde ihre Anerkennung als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitarbeiterin im Staat und Volk verhältnismäßig leicht, andere, die bislang nur zu gern dem Worte applaudiert hatten: „Das Weib schweige in der Gemeinde," suchten und fanden neue göttliche Bestätigung für ihre neue Stellung: „Was die Zeit fordert, ist Gottes Gebot," sagte man hier; „Die Frau ist dem Manne zur Gehilfin gegeben nach Gottes Ebenbilde", argumentierte man dort. Einige haben sich allerdings bis auf den heutigen Tag noch nicht in das Schicksal finden können, ihr angebliches Erstgeburtsrecht zu teilen.

Alle Parteien erklärten unterschiedslos damals den Frauen ihre Liebe „programmatisch". Alle waren an der rechtmäßigen Bestätigung dieser Liebe, an der Schaffung der Verfassung beteiligt. Klaren Ausdruck fand die Forderung nach der gleichberechtigten Anerkennung der Frau auch in dem demokratischen Parteiprogramm in den Worten: „Wir wollen, daß die demokratische Republik ein Volksstaat sei und ein Rechtsstaat, in dessen Gesetzgebung und Verwaltung gleiches Recht für alle, also auch für die Frauen, gelten soll, und wir fordern deshalb, daß alle bestehenden Zurücksetzungen den Frauen gegenüber zu beseitigen sind." Mehr oder weniger deutlich nahmen die Programme aller Parteien zu dieser für die Frauen grundsätzlichen Frage der Gleichberechtigung Stellung.

Fast zehn Jahre sind seitdem vergangen. In dieser Zeit haben die Frauen Gelegenheit gehabt, in den Parlamenten, dem demokratischen Aufbau der Volksvertretung, als Gewählte und als Wähler, teilzunehmen, haben die Parteien Gelegenheit gehabt, den Einklang zwischen ihren ehemaligen grundsätzlichen Erklärungen und ihren Handlungen, die Übereinstimmung zwischen Wort und Gesinnung zu erweisen.

Es will uns scheinen, daß sich vor allem auf seiten der Parteien ein starkes seelisches Beharrungsvermögen geltend macht, daß man je länger je mehr — abgesehen von den Zeiten der Wahlen, in denen erfahrungsgemäß die bewegtesten politischen Liebeslieder erklingen — an der bequemen Lage traditionellen Philistertums den Frauen gegenüber festhält. Es wird jedem aufmerksamen Beobachter immer klarer, daß jedenfalls auf dem Gebiete der gleichberechtigenden staatsbürgerlichen Anerkennung der Frau die Revolution wohl eine formale Änderung herbeigeführt hat, hier und dort auch die tatsächliche Machtverteilung ein wenig verschoben, aber im tiefsten Grunde die Einstellung den Frauen gegenüber nicht gewandelt hat. Dieser Widerspruch zwischen Text und Handlung auf der politischen Bühne liegt überall sichtbar zutage! Er beginnt mit dem klaffenden Mißverhältnis bei der Berücksichtigung der Frauen in der Verteilung der parlamentarischen Mandate und setzt sich fort bei ihrer systematischen Ausschaltung aus der Verwaltung, ihrer verfassungswidrigen Beseitigung aus dem öffentlichen Dienst, erst unter den Formen der Demobilmachungsorder, dann der Abbauverordnung und ihrer ebenso verfassungswidrigen Benachteiligung im Anstellungs- und Besoldungsverhältnis. Ehrgeiz in den oberen, Brotneid in den mittleren und unteren Regi-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0356

onen finden heute wie früher, lauter oder leiser gebilligt, von Ministern und Organisationen, vom Syndikus bis zum Portier, Mittel und Wege, um die Welt für den Mann mit Beschlag zu belegen. Bestenfalls sind Frauen als Gehilfinnen zugelassen, nach dem Motto „Dienen lerne das Weib nach seiner Bestimmung" — besonders im — Wahlkampf! Dem Vaterland, der Idee zu dienen — ja —, aber in diesem Dienst sind Grundsätze für uns dazu da, um Tatsache zu werden. Verfassungen und Parteiprogramme sind uns Frauen nicht nur gut formulierte Wünsche, wohlstilisierte Versprechen, sondern bindende Verpflichtungen, die wir nicht nur selber zu halten bereit sind, sondern von denen wir fordern, daß sie auch von den anderen eingehalten werden.

Deshalb erscheint uns vor allem jedes grammatikalische oder juristische Herumklauben und Deuteln an der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Staatsbürger beiderlei Geschlechts als ein unehrliches, ja als ein betrügerisches Manöver. Solche Manöver sind nicht nur unvereinbar mit den obersten Grundsätzen der Demokratie, sie verstoßen auch gegen das Interesse des Staates und der Nation; sie sind der Anfang jeder weiteren Unterscheidung zwischen Staatsbürgern verschiedener Ordnung nach dem Geschlecht, nach der sozialen Stellung, schließlich auch wieder nach der Geburt und dem Geldbeutel.

Wie an die angeblich „vaterlandslosen Gesellen", so appellierte man in der Bedrängnis des Krieges auch an die Frauen, und mit seinem Ende versetzte man sie aus den Reihen der Lehrlinge, der Geschäftsunfähigen und der der bürgerlichen Ehrenrechte Beraubten in die Gruppe der vollberechtigten Staatsbürger. In jener Not kannte man nur noch Deutsche und keine Parteien, in dieser Not kannte man nur noch Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts.

In und nach dem Kriege sind die Frauen dem Rufe gefolgt. Bei vielen von ihnen fand der Ruf ein lange vorbereitetes Echo in dem in ihnen lebenden Willen zum Bürgertum. Aus dem Gedanken und dem Willen zu der Verpflichtung heraus, der Nation zu dienen, waren die in der Frauenbewegung organisierten Frauen von jeher bereit, dem Rufe zu folgen, hatten sie seit vielen Jahren in der Forderung nach dem Stimmrecht die staatsrechtliche Voraussetzung für die Erfüllung jener Verpflichtung verlangt und waren dafür heftig verfolgt, mit überheblichem Spott überschüttet worden. Es war eine Art Ironie des Schicksals, daß gerade diese Frauen es waren, die in allen Parteien als erste um Hilfe angerufen wurden. Daß unter diesen besonders viele den Weg zur demokratischen Partei nahmen, beruht auf der Tatsache, daß die Forderungen und Ziele der Frauenbewegung ausgesprochen demokratischer Natur sind: das Volk durch gleiches Recht zu gleicher Pflicht und gleicher Verantwortung zu erziehen, durch die zusammengefaßte verantwortliche Mitarbeit aller die Bürger zu einer einheitlich geschlossenen Nation heranzubilden. Um der Nation der Zukunft willen bestehen diese Frauen mit allem Nachdruck auf dem gleichen Recht des einzelnen in der Gegenwart. Deshalb wehren sie sich gegen jeden Versuch, die Verfassung zu ihren Ungunsten umzubiegen, Versuche, die ebensooft, wie sie in der Gesetzgebung oder Verwaltung gemacht werden, ebenso nachdrücklich von ihnen bekämpft werden. Diese Verteidigung verfassungsmäßiger Rechte oder ihre nachträgliche Einfügung in bereits bestehende Gesetze hat sich gezeigt bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes, im Kampf gegen die Abbauverordnung und gegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0357

die von der Verwaltung ständig verfassungswidrig geübte Anstellungs- und Berufssperre. Um des großen nationalen Zieles willen verteidigen die Frauen das Recht eines jeden, auf welchem Gebiet es auch immer sei: das Recht der Freiheit des Geistes und der Gesinnung im Kampf gegen das Schulgesetz, das Recht auf wirtschaftliche Freiheit im Arbeits- und Berufsleben, das soziale Recht als Glied der Gesellschaft, als Bürger der deutschen Volksgemeinschaft.

Aus dem gleichen Streben stellen diese Frauen sich schützend vor die Schwachen und Bedrängten und versuchen, denen zu helfen, die vom Schicksal in den Schatten gestoßen sind. Deshalb lagen die Initiative des Gedankens und die Leitung der Durchführung der Magna Charta des Jugendschutzes und der Jugendhilfe, des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, in ihrer Hand. Deshalb stammen die ersten Vorschläge zum Schutze der Gefährdeten aus unseren Reihen. Um dem Volke verantwortliche Bürger an Stelle gesellschaftsschädlicher Parias zu erziehen, setzen sie sich ein für die Abänderung der Rechtsstellung der unehelichen Mutter und ihres Kindes. Deshalb bereiteten sie schon jahrzehntelang vor der Erlangung politischer Rechte den später im Parlament siegreich geführten Kampf gegen die Reglementierung der Prostitution vor, im Rahmen des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Um dem Volke staatsfreudige Bürger zu erhalten an Stelle verbitterter, rückwärtsgewandter Gegner, um der Verpflichtung aller gegen alle willen, führen wir den Kampf für die Enterbten, für die Kleinrentner, die selber zu schwach sind, um ihre gerechte Sache zu vertreten.

Weil wir überzeugt sind, daß gleiche Verpflichtung durch gleiches Recht die besten Kräfte zum Nutzen der Nation auslöst, wollen wir die Frau auch in der Familie neben den Mann und nicht hinter ihn stellen, wollen wir der Frau auch in der Ehe die volle eigene Rechtspersönlichkeit sichern, sei es als deutsche Reichsbürgerin, sei es als Gattin und Mutter. Was wir in bürgerlich-rechtlicher Beziehung für die Frauen fordern, im Familienrecht, im Ehegüterrecht, im Steuerrecht, im Staatsangehörigkeitsrecht, das alles fordern wir, um die künstlich schwachgehaltenen Frauen zu stärken für die Mitarbeit an der Nation.

Unserem Frauenwesen gemäß denken und leben wir der Zukunft im engsten und im weitesten Kreise, in der Familie und im Volke. Dieses in dem Rechte politischer Freiheit und Selbstbestimmung noch so junge Volk zur Nation zu bilden und zu formen, in der deutschen demokratischen Republik dem tiefsten Sehnen unseres nationalen Wollens endlich Gestalt zu geben, ist der Inhalt unseres politischen Frauenwillens. Dieser Wille stellt zwar viele Frauen an die Seite der liberalen Parteien, aber wir wissen auch, daß nur diejenige Partei Deutschland zur Nation führen kann, die diesen Frauenwillen versteht und die ihre Mitkämpferinnen ohne jeden Vorbehalt als gleichberechtigt anerkennt!

Wir sind skeptisch, ob schon alle Parteien den Wert der kameradschaftlichen Gemeinschaftsarbeit für die Zukunft der Nation erkannt haben; skeptisch, ob sie alle ehrlich bereit sind, unverbrüchlich in ihren Forderungen und Taten an der Wahrung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen festzuhalten. Wiederholte Vorfälle in den Parlamenten und in den Parteien berechtigen zu dieser Skepsis. Diese Skepsis sollte von jenen Parteien nicht leicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0358

genommen werden, sie könnte sie eines Tages vor noch peinlicher bemerkte Wahlresultate stellen als vordem. Denn ebenso entschlossen, wie die bisher politisch tätigen Frauen sind, der Nation mit allen Kräften zu dienen, ebenso entschlossen sind sie, sich nicht mit schönen Redensarten abspeisen zu lassen. Für uns sind Verfassungstexte keine Stilübungen, sondern bindende Verpflichtungen, Parteiprogramme keine leeren Deklamationen, sondern einzulösende Versprechungen. Wer sich nicht bemüht, die auf Treu und Glauben hingenommenen Worte in Taten umzuwandeln, der verliert unwiederbringlich das Vertrauen, auf das ein einzelner so gut wie eine Organisation angewiesen ist.

Äußerlich durch die Verfassung im Vollbesitz politischer Rechte, erhebt sich neben der Frage nach der tatsächlichen Anerkennung, Sicherung und zukünftigen Ausgestaltung staatsbürgerlicher Frauenrechte auch die Frage, ob schon alle Frauen den ganzen Inhalt dieser Rechte, alle in ihnen enthaltenen Verpflichtungen erkannt haben und sie zu nutzen verstehen. Auch da tauchen nicht unberechtigte Zweifel auf. (Ein zweiter Artikel folgt.)

*

Kongreß der radikalen, liberalen und demokratischen Jugendverbände Europas

Vom 21. bis 24. November fand in Berlin ein Kongreß der radikalen, liberalen und demokratischen Jugendverbände Europas statt. Dem im Juli erlassenen Aufruf der Deutschen Jungdemokraten waren die Vertreter der demokratischen Jugendorganisationen folgender Staaten gefolgt: England, Frankreich, Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Griechenland. Außerdem stimmten der Idee der Gründung einer Union der radikalen Jugend Europas die entsprechenden Verbände von Polen, Litauen, Österreich, Tschechoslowakei und Bulgarien zu. Mehr als 25 Delegierte hatten sich in Berlin versammelt, um gemeinsam mit ihren deutschen Kameraden die Probleme durchzusprechen und zu beraten, die die demokratische Jugend Europas heute in allen Staaten gemeinsam berühren.

Nach einem Empfangsabend, den der Parteiführer, Reichsminister a. D. Koch-Weser, und die Bundesleitung der Deutschen Jungdemokraten den ausländischen Kameraden in den Räumen des Demokratischen Klubs gaben, begannen die Verhandlungen am 22. November mit einer Aussprache über die Zukunft der europäischen Demokratie. Die Hauptreferate wurden erstattet von Elliott **Dodds**, dem Führer der Jungliberalen Englands und von Ernst Lemmer, M. d. R., dem Vorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten. Das englische Referat brachte in der Hauptsache in einer interessanten Gegenüberstellung die parlamentarischen Verhältnisse Englands, wobei es von dem Grundsatz ausging, daß das parlamentarische Regierungssystem auf jeden Fall eine höherstehende Form der staatlichen Organisation darstelle, als irgendeine Diktatur. Es ist diejenige Regierungsmethode, welche die größte Wahrscheinlichkeit der Dauerhaftigkeit besitzt und die allein fähig ist, zu wachsen und sich neuen und wechselnden Bedingungen anzupassen. Um so größer ist allerdings auch die Verantwortlichkeit, die Fehler zu beseitigen, die sich bei den gegenwärtigen Arbeiten in parlamentarischen Einrichtungen gezeigt haben. Deshalb

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0359

haben vor zwei Jahren die Jungliberalen Großbritanniens, die sich der ernsthaften Fehler im britischen Parlamentssystem bewußt waren, ein politisches Forschungskomitee zur Prüfung der verschiedenen Reformvorschläge eingesetzt. Dieses Komitee empfahl als Wichtigstes die Reform der Wahlmethode für das Unterhaus, das heute infolge des englischen Wahlrechts nicht als eine Vertretung der Gesamtbevölkerung anzusprechen sei. Es empfiehlt daher das Proportionalsystem der einzelnen übertragbaren Stimmen. Die britischen Jungliberalen vertreten den Standpunkt, daß das Drei-Parteien-System der einzige Weg ist, auf welchem die Übereinstimmung parlamentarischer Entscheidungen über Fragen der nationalen Politik mit den Wünschen der Nation gesichert werden könne. Aber alle diese Probleme müssen geklärt werden, und die jungen Liberalen und Demokraten aller Nationen müssen diese Probleme zunächst in ihrem eigenen Lande studieren. Es sollte den Liberalen in jedem Lande möglich sein, anzugeben, wo und weshalb Schiffbruch erlitten wurde, und es gibt keinen Grund, nicht mit der Festlegung von Regeln zu beginnen, welche Staatsleute und Parteien befolgen müssen, um ein richtiges Funktionieren der Regierung zu sichern.

Ernst **Lemmer** gab in seinem Referat einen Rückblick über die Entwicklung der demokratischen Parteien seit der Französischen Revolution. Das Europa des Jahres 1929 zeigt ein anderes Profil als etwa das von 1832, und wenn die Demokratie heute so viel Stimmen der Enttäuschung auslöst, so nicht zuletzt deshalb, weil sie vielfach dort stehengeblieben ist, wo sie 1832 stand. Auf der einen Seite hat der Sozialismus die Enttäuschung der Massen ausgelöst, auf der andern Seite das Versagen der Demokratie in der Aufgabe, die demokratische Staatsform mit der sozialen Entwicklung in Verbindung zu bringen.

In vielen Ländern wird der Parlamentarismus mit berechtigtem Neid auf die Verhältnisse in England sehen. Es ist nicht zu leugnen, daß der Parlamentarismus heute todkrank ist. Es genügt nicht, festzustellen, ob zum Sturz einer Regierung eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, ob das Wahlrecht so oder so aussehen muß, sondern wichtig ist, daß der Glaube der Masse an Demokratie und Parlamentarismus lebendig erhalten wird. Nicht nur Parteien, sondern auch einzelne Parlamentarier haben das Vertrauen der großen Masse, das die Gefolgschaft dem Führer gegenüber nun einmal aufzubringen hat, verloren; und dieses Vertrauen ergibt sich nicht nur aus der Funktionsfähigkeit des Prinzips, das beide verbindet, sondern ergibt sich zu guter Letzt aus der menschlichen Haltung des Führers.

Alles das, was wir uns unter dem Begriff des Führertums in der Demokratie vorstellen, geht verloren, wenn der Führer im Parlament keine Gefolgschaft hat, sondern nur Interessenverbände. Keine Demokratie ist lebensfähig nur unter der Perspektive des Syndikus.

Die Erneuerung der Demokratie und des parlamentarischen Systems wird von der alten Generation und von alten Parteiführern nicht mehr zu leisten sein. Die Erneuerung kann nur von der jungen Generation kommen, die unbewaffnet in die Gegenwart getreten ist. Wir sehen, wie groß die Schwierigkeiten bei der Liquidation des Krieges sind. Diese Liquidation hat die Generation vor uns zu vollziehen. Unsere Aufgabe ist es, darüber hinaus vorurteilsfrei, unbelastet und reinen Herzens in unsere Aktion hineinzutreten, um eine gemeinsame Arbeit zunächst in unserm eigenen Lande zustandezubringen, mit dem Blick auf die Arbeit der Kameraden in andern Ländern, auf ihre Leistungen und ihr Werk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0360

In der Aussprache über diese beiden Referate forderte der griechische Delegierte, Professor **Kalitsunakis**, Athen, die Bildung einer europäischen Zollunion.

Der dänische Delegierte Hermod **Lannung**, Kopenhagen, stellte die Forderung nach der Rationalisierung der Demokratie auf. Man kann wohl Ehrfurcht empfinden vor dem Alter eines Jahrhunderts in der Demokratie. Man darf sich aber nicht blenden lassen, sondern muß ausmerzen, was nicht mehr in unsere Zeit paßt.

Am Abend fand eine öffentliche Kundgebung im überfüllten Saal des Reichswirtschaftsrats statt, die sich zu einem machtvollen Bekenntnis für den europäischen Gedanken gestaltete. Zahlreiche führende Persönlichkeiten der Partei, an der Spitze Reichsminister Dietrich und Erich Koch-Weser, brachten durch ihr Erscheinen zum Ausdruck, welche Bedeutung sie der Jugend für den Wiederaufbau Europas im demokratischen Geiste zumessen.

Reichsminister a. D. **Koch-Weser** zeigte in einer groß angelegten Rede die Hindernisse auf, die der europäischen Verständigung entgegenstehen. Im besonderen beschäftigte er sich mit dem deutsch-französischen Problem und appellierte mit eindringlichen Worten an die Freunde und an die Jugend auf beiden Seiten, die Vergangenheit zu vergessen, um gemeinsam das Erbe der europäischen Kultur und Tradition zu verteidigen. Die Aufgabe der jungen Generation ist es, den wirklichen Frieden herbeizuführen. Reichsminister **Dietrich** ging auf die Lage des jungen demokratischen Staatswesens in Deutschland ein, für dessen Kampf um seine endgültige Form die Haltung der deutschen Jugend ausschlaggebend sein wird.

Die Vertreter Dänemarks, Englands, Frankreichs und der Schweiz sprachen jeder aus der besonderen Lage ihrer Vaterländer heraus. Beifallsstürme erntete Edouard **Pfeiffer**, der Generalsekretär der französischen radikalen Partei. Auch seine Ausführungen klangen in einem Appell an die demokratische Jugend Europas, in dem Glauben an ihre Sendung und ihre Zukunft aus.

Am Sonnabend, dem 23. 11., fanden die Verhandlungen mit einer Debatte über „Die Abrüstung als europäische Aufgabe" ihren Fortgang. Interessant war die Gegenüberstellung von zwei Referaten des dänischen Delegierten Hermod **Lannung** und des Schweizer Delegierten Dr. **Zellweger**. Während der Däne die Abrüstung auf jeden Preis forderte, wobei ein Land vorausgehen müsse, beschäftigte sich der Schweizer Delegierte im Gegensatz dazu mehr mit den Möglichkeiten und mit den Methoden der Abrüstung. Er forderte keine völlige Abrüstung, sondern eine Rüstungsbeschränkung im Sinne des Artikels 8 des Völkerbundspaktes. Er hob dabei insbesondere die Gefahr hervor, die innenpolitisch dadurch entstehen kann, daß, wie es der dänische Vorschlag fordert, die Verteidigung des Landes völlig einer Polizeitruppe überlassen bleibt. Er forderte Ausbau und Unterstützung aller Bestrebungen des Völkerbundes auf der ganzen Linie, die allein eine Sicherung des europäischen Friedens garantieren könne. Der englische Delegierte William **Campbell** stellte das Problem der Flottenabrüstung in den Vordergrund und wies dabei insbesondere auf die pazifistische Gesinnung der jetzigen englischen Regierung hin. England sei bereit, seine Jahrhunderte alte Seetradition zugunsten der Lösung dieses Problems zurückzustellen. Er forderte vor allen Dingen die völlige Abschaffung der Unterseeboote und Hand in Hand mit der Flottenabrüstung auch die Luftabrüstung. Ernst **Lemmer** zog eine Parallele zwischen sozialer und mili-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0361

tärischer Abrüstung, zwischen der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und internationalen Zwischenfällen. Er betonte noch einmal die Bereitwilligkeit der Deutschen Jungdemokraten, gemeinsam mit den ausländischen Kameraden in einer Front für den europäischen Frieden und freie europäische Demokratie kämpfen zu wollen.

Am Abend empfing der demokratische Abgeordnete Günther Grzimek die ausländischen Delegierten und eine große Anzahl deutscher Gäste in seinem Hause.

Die organisatorischen Verhandlungen am Sonntag brachten als Hauptergebnis die Einsetzung eines Aktionskomitees, das die Aufgabe hat, die organisatorische Ausgestaltung der neugegründeten Union der radikalen Jugendverbände Europas in die Wege zu leiten. Das Präsidium besteht aus Ernst Lemmer, M. d. R., Pierre Mendès-France, dem Führer der radikalen Jugend Frankreichs, Hermod Lannung, dem Führer der demokratischen Jugend Dänemarks, und einem Vertreter der Jungliberalen Englands. Als nächster Tagungsort wurde für den Herbst 1930 London festgesetzt.

*

Dieser Kongreß, der auf die Initiative der Deutschen Jungdemokraten zurückzuführen ist, war eine mutige Tat und ein Bekenntnis zur Solidarität und zum Gleichklang der europäischen Demokratie. Er ist ein weiterer und wichtiger Baustein in dem großen Werk der europäischen Verständigung. Zum erstenmal hat hier die demokratische Jugend ganz Europas nicht nur Aussprache und Fühlungnahme, sondern feste Bindungen zueinander gefunden. Nicht nur schöne Worte und schwungvolle Reden wurden getauscht, sondern es wurde ernsthaft mit den Problemen gerungen, Gegensätzlichkeiten wurden aufgedeckt; andererseits zeigte sich so viel Gemeinsames in der großen Grundlinie demokratischen Denkens, daß sich eine fruchtbringende Zusammenarbeit für die Zukunft erhoffen läßt. Den deutschen Jungdemokraten und ihrer Bundesleitung gebührt die Ehre, und das wurde von allen ausländischen Delegierten rückhaltlos anerkannt, die mutige Initiative zu diesem Schritt europäischer Verständigung und internationaler Annäherung getan zu haben.

*

Büchertisch

H. von Jan: Das Reichsgesetz über den Volksentscheid. Mit den einschlägigen Bestimmungen der Reichsstimmordnung. 2. Auflage. J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier), München, Berlin und Leipzig. 1926.

Die zweite Auflage des Büchleins von Jan kommt gerade zur rechten Zeit und kann noch dazu benutzt werden, bei dem bevorstehenden Volksentscheid über das sogenannte Freiheitsgesetz zu Rate gezogen zu werden. Dazu eignet sich diese Ausgabe ausgezeichnet, weil die knappen Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen vortrefflich über die Bedeutung und die Absicht des Textes vom Volksentscheidgesetz unterrichten. Die Beifügung der einschlägigen Abschnitte der Reichsstimmordnung setzt den Leser in den Besitz des gesamten Materials, dessen er bedarf.

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0362

DER
DEMOKRAT
Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 20. Dezember 1929 Nummer 24

Dem Volksentscheid fernbleiben!

Die Parole der Deutschen Demokratischen Partei

Der **Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei** erläßt folgenden Aufruf:

„Neun Zehntel der deutschen Wählerschaft haben bei dem Volksbegehren zum klaren Ausdruck gebracht, daß sie den skrupellosen Versuch der Rechtsradikalen, aus innerpolitischen Gründen die Reichsregierung zur Abkehr von der Verständigungs- und Befriedungspolitik zu zwingen, entschieden ablehnen.

Der Reichstag ist mit überwältigender Mehrheit auf die Seite der Ablehnenden getreten. Trotzdem ist es wegen der wenigen tausend Stimmen, um die das verbleibende Zehntel überschritten worden ist, notwendig geworden, noch den Volksentscheid zu veranstalten, der dem Reich Millionen unnützer Kosten machen wird, obwohl auch die Urheber des Volksbegehrens nach dessen Ergebnis nicht erwarten können, daß die erforderliche Mehrheit aller Stimmberechtigten für das zum Volksentscheid gestellte Gesetz stimmen wird.

Das Scheitern dieses Gesetzes bedeutet nicht, daß das deutsche Volk dem Young-Plan zustimmt; hierüber nach sorgfältiger Prüfung zu befinden, bleibt Sache von Reichstag und Regierung. Dagegen bedeutet es die Verwerfung einer Aktion, deren Ziel die Erschütterung des Staatsgefüges ist, und deren Erfolg unser Vaterland in unermeßliches Unglück stürzen würde.

Deshalb gebietet es das nationale Interesse, daß am 22. Dezember wieder deutlich bewiesen wird, wie klein die Minderheit derer ist, die über einen verhängnisvollen Gesetzentwurf diesen überflüssigen und schädlichen Volksentscheid hervorgerufen haben.

Die Deutsche Demokratische Partei gibt die Losung aus:

Fernbleiben!

*

Der erweiterte Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat in seiner Sitzung am 9. Dezember 1929 im Hinblick auf den Volksentscheid eine längere Kundgebung einstimmig beschlossen, die zum Schluß folgende Parole ausgibt:

„Niemand gehe zur Abstimmung! Wer aber glaubt, sich dem Terror nicht entziehen zu können, **durchstreiche den Stimmzettel** von einer Ecke bis zur andern."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0363

Ein demokratisches Finanzprogramm

Auf dem Wege zur Gesundung der Finanzen, die durch den Krieg und die sich unmittelbar daran schließenden Nachkriegsjahre in heillose Unordnung geraten waren, sind seit jeher die Demokraten richtungweisend und führend gewesen. Das war schon zu den Zeiten der Inflation der Fall: Deutschland hätte damals vermutlich nie einen so tiefen Fall zu tun brauchen, wenn rechtzeitig die Warnungen und Vorschläge Dr. Hermann Fischers beherzigt worden wären. Nach der Stabilisierung der Mark, an der gleichfalls Demokraten mit Erfolg mitgewirkt haben, sind die Männer der Deutschen Demokratischen Partei nicht müde geworden, auf die Methoden hinzuweisen, durch die allein eine brauchbare Finanzreform möglich ist. Sie haben sich dabei keineswegs auf theoretische Erörterungen beschränkt, eine rein negative Kritik lag ihnen völlig fern. Vielmehr stellten sie bei jeder Gelegenheit die Ziele einer Finanzreform und die Mittel, mit denen sie zu erreichen war, in praktischen und konkreten Anträgen heraus — leider vielfach vergeblich, da in Deutschland auch die gründliche Neuordnung des Finanzwesens von den meisten Parteien als eine parteipolitische, nicht als eine staatspolitische Angelegenheit angesehen wird. So ist Dr. Fischer bei seinem Kampf gegen die Schliebensche Finanzreform von 1925 in der Hauptsache nicht durchgedrungen, da er und seine Partei sich einem geschlossenen Block der Rechten gegenübersah. Erst im nächsten Jahre konnte dann Dr. Reinhold als Reichsfinanzminister einige besonders schlimme Bestimmungen der Finanzgesetzgebung beseitigen. Auch nach seinem Rücktritt hat die Deutsche Demokratische Partei die so wichtigen Finanzfragen immer wieder in den Kreis ernsthafterer Erörterungen gezogen und sich um eine praktische Ausgestaltung ihres Aufbauprogramms bemüht. Abgesehen von Dr. Hermann Fischer und dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Reinhold ist hier noch der Herausgeber des „Deutschen Volkswirts", Dr. Stolper, zu nennen, der neulich dem Mannheimer Parteitag der D. D. P. ein ausführliches Finanzprogramm vorgelegt hat, zu dem die Partei allerdings selbst noch nicht sofort Stellung nehmen konnte.

Neuerdings hat nun, um der Stagnation, die anscheinend im Reichsfinanzministerium in Bezug auf diese Lebensfragen des deutschen Volkes herrschte, entgegenzuwirken, die demokratische Reichstagsfraktion ein Programm veröffentlicht, das in der Form eines Aufrufes zur Mitarbeit die Ziele der Finanzreform näher bezeichnet. Der Aufruf lautet:

„Wir stehen in einer Finanz- und Wirtschaftskrisis, die vor allem auch eine Krisis des Vertrauens in die Zukunft ist. Genährt durch eine gewissenlose Agitation hat sich immer weiterer Bevölkerungsschichten der Glaube bemächtigt, daß es infolge der schweren Lasten, die uns der verlorene Krieg aufgezwungen hat, für das deutsche Volk unmöglich sei, sich in absehbarer Zeit aus eigener Kraft emporzuarbeiten.

Es gilt, das Selbstvertrauen wieder herzustellen. Es ist möglich, in Deutschland wieder für jeden Deutschen Arbeit zu schaffen. Es ist möglich, in Deutschland wieder Kapital zu sammeln, es ist möglich, in Deutschland wieder ertragreich zu wirtschaften. Die Überwindung der Not des deutschen Volkes liegt in seiner Hand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0364

Der Weg dazu führt über eine entschlossene Reform. Sie soll die deutsche Wirtschaft von unproduktiven und produktionshemmenden Lasten befreien und dadurch Gütererzeugung und Güterabsatz steigern, das Einkommen der Massen heben, den inneren Markt stärken, die Arbeitslosigkeit beseitigen, der Kreditnot abhelfen und die Kapitalflucht verhindern.

Der Beginn dieser Reform ist die Finanzreform. Ihre energische Durchführung verbürgt einen Staat, der mit geringsten Kosten und höchster Wirksamkeit seine nationalen, kulturellen und sozialen Aufgaben erfüllen kann.

Da die wirtschaftliche Not einen unerträglichen Grad erreicht hat, muß sofort Hilfe geschaffen werden. Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion verlangt deshalb die sofortige Finanzreform auf folgender Grundlage:

1. In Verwaltung und Wirtschaft haben Reich, Länder und Gemeinden die äußerste Zurückhaltung und Sparsamkeit zu üben. Die Verwirklichung dieses Grundsatzes ist durch die Haushaltsordnung zu sichern.
2. Die Einkommensteuer ist zu senken durch Heraufsetzung der steuerfreien Einkommensgrenze mit dem Ziele, den Reallohn zu erhöhen und die Kosten des öffentlichen und privaten Apparates zu vermindern; durch Auseinanderziehung des Tarifs mit dem Ziele, die mittleren Einkommen zu entlasten und bei den hohen Einkommen verstärkte Kapitalbildung zu ermöglichen.
3. Die Gewerbesteuer ist als Sonderbesteuerung der Gewerbetreibenden zu beseitigen.
4. Die Kapitalertragssteuer ist abzuschaffen. Im übrigen sind die Kapitalverkehrssteuern derart zu ordnen, daß Kapitalbildung und -umsatz und die Entwicklung zweckmäßiger Wirtschaftsformen nicht beeinträchtigt werden.
5. Soweit für die Steuersenkungen Ersparnisse in den öffentlichen Haushalten und aus dem Young-Plan nicht ausreichen, sind die Steuern auf entbehrliche Genußmittel zu erhöhen.
6. Die Teilung des Steueraufkommens zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist klar und übersichtlich neu zu gestalten. Die Gemeinden müssen in stärkerem Maße als bisher auf die selbständige Ausbeutung eigener Steuerquellen unter eigener Verantwortung verwiesen werden.
7. Die Finanznot der ländlichen Gemeinden ist vor allem durch einen ihrer Lage gerechtwerdenden Lastenausgleich zu beheben.
8. Die Eigenart der Landwirtschaft verbietet es, vom Landwirt Steuern nach städtischen Maßstäben zu erheben. Anstelle der verschiedenen direkten Steuern ist dem Landwirt als Einheitssteuer eine Flächenertragssteuer aufzuerlegen. Sie muß die Möglichkeit geben, besondere landwirtschaftliche Produktionsleistungen hervorzurufen und zu belohnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0365

Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion verwirft die Bewilligung aller unkontrollierbarer Ausgaben; sie verwirft weiter jegliche Subventionswirtschaft, durch die unwirtschaftliche Betriebe aus Mitteln der öffentlichen Hand zu Lasten der Gesamtheit künstlich am Leben erhalten werden.

Die Reform der öffentlichen Finanzen ist unaufschiebbar geworden. Sie erfordert die Anspannung und Zusammenfassung der sittlichen Kräfte und des nationalen Willens aller Volksschichten. Dazu rufen wir auf!"

*

Als am 13. 12. 1929 die Parteien zu dem von dem Reichskanzler dargelegten Reichsfinanzreformplan Dr. Hilferdings Stellung nahm, gab der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Reinhold im Auftrage der Demokratischen Reichstagsfraktion die nachstehende Erklärung ab:

„Seit Monaten hat die Deutsche Demokratische Partei auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Reichsregierung ein Finanzprogramm vorlegt, daß den Ausgleich des Reichshaushaltes sicherstellt und die des Reiches unwürdigen Schwierigkeiten der Kassenlage beseitigt. Die Hauptsache einer derartigen Reform muß sein, die für die Wirtschaft auf die Dauer unerträglichen Lasten zu senken. Erleichterungen der Steuerlasten und genügende Einnahmen für das Reich sind keine Gegensätze. Die Deutsche Demokratische Partei ist tief davon überzeugt, daß nur eine Steuerpolitik, die die Wirtschaft nicht überlastet, sondern sich ihrer Leistungsfähigkeit anpaßt und sie hebt, auf die Dauer die Erträgnisse erbringen kann, die das Reich, die Länder und die Gemeinden brauchen. Dabei haben wir nie ein Hehl daraus gemacht, daß für uns die Verminderung der Ausgaben der öffentlichen Hand ein Kernstück der Finanzreform sein muß, ohne das auf die Dauer eine Anpassung der Steuersätze an die wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gar nicht möglich ist. Nur so kann auch auf Grund einer gesunden Wirtschaft, eine gesunde, von uns stets unterstützte Sozialpolitik betrieben werden.

Wir erwarten, daß der demnächst vorzulegende Reichshaushalt für das Jahr 1930 diesem unseren Grundsatz äußerster Sparsamkeit Rechnung trägt. In dem von der Regierung vorgelegten Programm sehen wir eine Erfüllung unserer Forderungen, daß die Regierung in dieser Schicksalsfrage des deutschen Volkes die Führung übernimmt. Wir sind deshalb trotz vieler Bedenken in Einzelheiten, die wir im Zusammenarbeiten mit der Regierung und den anderen Parteien zu beseitigen hoffen, bereit, uns hinter dieses Programm zu stellen. Wir sind auch bereit, die von der Regierung sofort für notwendig erachteten Maßnahmen durchzuführen, wobei wir der Erwartung Ausdruck geben, daß alle Regierungsparteien das gleiche tun."

Postscheckkonto der Deutschen Demokratischen Partei ist: Berlin 56108

Die letzten Wahlen

(Die Wahlen des 17. November und 8. Dezember.)

Rx. Die politisch wichtigsten Wahlen am 17. November waren die preußischen Provinziallandtagswahlen, geben sie doch die politische Grundlage für den Reichs- und Staatsrat. Von diesen Wahlen muß man sagen, daß sie sehr schwer auf einem politischen Nenner zu bringen sind, daß man sich ferner bei ihrer Betrachtung vor einer Überschätzung hüten muß, allerdings auch vor einer Unterschätzung. Eine politische Tendenz festzustellen, ist vor allen Dingen deshalb erschwert, weil zahlreiche neue Parteigruppen auftraten, wie auch Listenverbindungen unter unpolitischen Kennworten. Gegenüber den letzten Provinziallandtagswahlen haben alle Parteien gewonnen. Als Vergleichsmaßstab legen wir die Ergebnisse der letzten Provinziallandtagswahlen zugrunde.

Ein hervorragendes Merkmal ist die Stärkung des Rechtsradikalismus, der zum ersten Mal ebenso wie in die Provinziallandtage, auch in die meisten Stadtparlamente eingebrochen ist. Der Zug von Hugenberg zu Hitler hielt auch hier an. Ferner hat auch die Wirtschaftspartei stark gewonnen und ebenso das Zentrum. Diese drei Parteien sind als die Sieger aus den Provinziallandtagswahlen im Vergleich zu den Landtagswahlen hervorgegangen, und zwar die Nationalsozialisten mit einem Gewinn von 530 000, die Wirtschaftspartei mit 170 000 und das Zentrum mit 215 000. Diese Siege waren vorauszusehen. Daß die berufsständische Welle so schnell noch nicht verebben wird, ist kein Geheimnis. Schließlich hat jedoch die Wirtschaftspartei — die noch lange günstigen Wind haben wird, wenn man auch zu der Annahme berechtigt ist, daß sie ihren Kulminationspunkt erreicht hat — nur den Erfolg ihrer letzten Reichstagswahlen bei den letzten Wahlen in die Praxis umgesetzt. Dem Zentrum ist es vielfach gelungen, die früher an die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen wieder zurückzugewinnen, und es hat damit den Lohn seiner aus einem nachahmungswerten Erstarkungsbedürfnis resultierenden Politik empfangen. Der Katholikentag in Freiburg und das Verhalten des Zentrums im Rechtsausschuß bei der Beratung der Ehescheidungsreform waren bewußt darauf gerichtet, dem katholischen Wähler klar zu machen, daß der Turm der heiligen römischen Kirche die Zentrumspartei ist, die daher jeder gläubige Katholik zu wählen hat. In Berlin entfaltete das Zentrum eine sehr rege Agitation, sicher, um durch ein gutes Ergebnis für die Notwendigkeit eines Bischofssitzes in der Reichshauptstadt den Beweis zu erbringen.

Sämtliche anderen politischen Parteien haben bei den Provinziallandtagswahlen bei unserem Vergleich eine starke Einbuße erlitten. So die

SPD.	810 000	weniger,
DNVP.	430 000	„
DVP.	350 000	„
KPD.	335 000	„
DDP.	240 000	„

Insgesamt erhielten die Demokraten ungefähr 610 000 Stimmen. Prozentual ausgedrückt haben wir einen Verlust von 20 Prozent erlitten, wobei nicht verschwiegen werden soll, daß dieser für alle Parteien ziemlich gleiche Verlust bei uns ein ganz anderes Gewicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0367

hat als bei den andern Parteien, da wir schon aus den letzten Wahlen geschwächt hervorgegangen sind. Wir haben jetzt nach dem vorläufigen Ergebnis 40 Provinziallandtagsvertreter gegenüber den 43 früheren.

Für die demokratische Partei sind bei den preußischen Gemeindewahlen die Ergebnisse sehr unterschiedlich. Als ein starkes Verlustgebiet heben sich eindeutig die westlichen Wahlkreise ab. Eine sichere Entwicklungslinie für unsere Partei läßt sich im übrigen bei den Gemeindewahlen nicht feststellen, wenn es auch Tatsache ist, daß unser Einfluß in den Stadtparlamenten geringer geworden ist, wobei allerdings als schwacher Ausgleich hinzukommt, daß gewählte Listenführer von unparteiischen Listen vielfach organisierte Mitglieder der D. D. P. sind. Oft haben wir mehr Stimmen als früher erzielt, jedoch an Sitzen durch die größere Wahlbeteiligung verloren. In Sachsen, das nach der letzten Landtagswahl zu einem schlechten Wahlausgang berechtigte, haben wir uns bei den Kommunalwahlen wacker geschlagen. Ein Zeichen also, daß bei den Kommunalwahlen die örtlichen Faktoren stark in den Vordergrund treten. Man kann unzählige Beispiele als Beweis anführen, daß selbst in Verlustgebieten unsere Partei an manchen Orten einen sehr starken Zuwachs erhalten hat. Entschieden geht aus den Wahlen hervor, daß wir über einen festen Stand von Wählern verfügen, der uns nicht die Treue bricht, mögen die Stürme noch so sehr über uns hinweggehen.

Die bayerischen Kommunalwahlergebnisse vom 8. Dezember sind für die Demokraten durchaus befriedigend, mit Ausnahme vielleicht von der Pfalz und den Großstädten, wo wir neben allen anderen politischen Parteien einen kleinen Rückgang zu verzeichnen haben. In Koburg, wo bekanntlich die Nationalsozialisten trotz ihrer Mißwirtschaft weiterhin nach erlangter absoluter Mehrheit die unumschränkten Herrscher sind, haben wir bei den Wahlen wiederum ein neues Mandat errungen und ebenso in vielen anderen Orten gewonnen.

Die Thüringer Wahlen brachten uns gegenüber den letzten Landtagswahlen bei einer Stimmenzahl von 23 528 einen Verlust von 3300 Stimmen, wodurch wir unser zweites Mandat verloren. Der einzige Vertreter unserer Partei im Thüringischen Landtag ist der Reichsbahnrat Kallenbach aus Meiningen. Die Wahlparole: „Durch Preußen zum Einheitsstaat“ scheint psychologisch nicht richtig gewesen zu sein, und außerdem haben gewisse Differenzen bei der Kandidatenaufstellung nicht gerade günstig gewirkt. Die Hauptverluste erlitten wir in Weimar und in Sonneberg; hier ist die frühere demokratische Zeitung uns abtrünnig geworden.

Allgemein kann vom Standpunkt unserer Partei noch gesagt werden, daß, wie immer, die heillose Listenzersplitterung gerade für sie ihre schädigende Wirkung voll ausgeübt hat. Neben unserem alten Konkurrenten, der Wirtschaftspartei, ist ein neuer aufgetreten, der Evangelische Volksdienst, der die Hauptursache unseres Rückganges im katholischen Westen bildet, und dessen Weiterentwicklung daher von unserer Seite für die Zukunft die höchste Beachtung geschenkt werden muß. Interessant ist auch die Feststellung, daß gemeinsame Listen mit anderen Parteien nicht die Hoffnung erfüllt haben, die man erwartete; viele Bezirke werden daher in Zukunft der eigenen Liste den Vorzug geben. Wir sind im übrigen mit eigenen Listen in viel größerer Zahl vorgegangen als andere bürgerliche Parteien, obwohl wir wußten, daß unser Stand ein sehr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0368

schwieriger war, besonders da, wo wir eine Einheitsliste sämtlicher bürgerlicher Parteien vor uns hatten.

Das Ergebnis der preußischen Kreistagswahlen ist durchaus günstig, unsere Vertreterzahl hat sich hier erhöht.

Unsere Wahlparole: scharf nach rechts und links abgrenzen, hat sich als richtig erwiesen. Sie ist leider zu wenig befolgt worden. Das Herausarbeiten einer eigenen politischen Linie muß in Zukunft bei der Propaganda stärker beachtet werden. Ein propagandistischer Mangel lag auch trotz ausdrücklichem Hinweis auf eine andere Taktik, anders zu handeln, in der zu starken Defensivhaltung und in der Vernachlässigung der Hervorhebung unserer Verdienste in den einzelnen Stadtparlamenten. Man wagte nicht, eine scharfe Klinge zu schlagen. Die falsche Rolle des alles geduldig hinnehmenden Lammes haben wir lange genug gespielt, lernen wir bald eine andere!

Für irgendwelchen Pessimismus geben die letzten Wahlen kein Anlaß. Schlechte Ergebnisse wechseln mit guten. Wir sehen den Ernst der Lage unserer Partei, aber an ihrer Zukunft verzweifeln, hieße Selbstmord begehen, hieße sie aufgeben. Gerade in einer Zeit, in der Gerüchte über eine Staatspartei der Mitte nicht verstummen wollen, heißt es, den Willen zur Selbsterhaltung stärken und festigen. Wer weiß, ob diese Partei überhaupt kommt. Noch sind wir die einzige nicht sozialistische Partei, die auf demokratischem Boden steht. Eine solche Partei ist eine Lebensnotwendigkeit für den neuen Staat, dem wir dienen wollen. Wir dienen ihm am besten, wenn wir der Deutschen Demokratischen Partei unsere Arbeit und unsere Kraft in voller Zuversicht für die Zukunft weiter widmen.

*

Die Regierungsbildung in Baden

Von W. Stahl, Karlsruhe.

Da nach dem Wahlergebnis des 27. Oktober die alte Weimarer Koalition wie früher die absolute Mehrheit hatte, hätte man annehmen können, daß die Regierung auf der Basis dieser Koalition gebildet werden würde, wobei so wie früher auch die Frage einer Verbreiterung der Regierung durch die Deutsche Volkspartei in Betracht kam. Es zeigte sich jedoch, daß das Zentrum — als Grund nannte es die Vermehrung seiner Sitze um 6 — eine andere Verteilung der Ministerien wünschte. Die Forderung ging zunächst nach dem Innenministerium. Als die Sozialdemokratie diese Forderung zurückwies, wurde vom Zentrum das bisher von uns besetzte Unterrichtsministerium verlangt. Die Stellung gegenüber dem Zentrum kam in einer Vereinbarung der Demokraten und der Sozialdemokraten zum Ausdruck, daß sie zur Fortsetzung der Koalition nur unter Wahrung des beiderseitigen Besitzstandes bereit seien.

Nach den Stärkeverhältnissen der Parteien im Landtag war das Zentrum in der Lage, andere Koalitionen mit Mehrheit zu bilden: einen Rechtsblock mit Volkspartei und auch eine Koalition des Zentrums mit den Deutschnationalen, Bauern, Wirtschaftspartei und Ev. Volksdienst ohne die Volkspartei, endlich auch eine Koalition aus Zentrum, Volkspartei und Demokraten. Diese Möglichkeiten machten die Sozialdemokratie wankelmütig; nicht zuletzt deshalb, da von Berlin aus die Strömungen in der Sozialdemokratie unterstützt wurden, die darauf hinausliefen, auf jeden Fall in die Regierung zu gehen. Über

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0369

diesem Streben hat die Sozialdemokratie ihre ursprüngliche Abmachung mit uns — Wahrung des alten Besitzstandes — vergessen. Neben diesen Verhandlungen schwebten auch Verhandlungen des Zentrums und der Sozialdemokratie mit der Volkspartei, wobei die Volkspartei als dritter Regierungspartner das Justizministerium übernehmen sollte.

Die Möglichkeit, durch eine Vereinbarung mit der Volkspartei dem Anspruch der demokratisch-liberalen Parteien auf das Unterrichtsministerium noch mehr Gewicht zu geben, veranlaßte nun uns, mit der Volkspartei in positive Fühlung zu treten. Eine Verständigung kam dahin zustande, daß die Volkspartei in der Person des Pforzheimer Oberbürgermeisters, des früheren Landtagsabgeordneten Gündert, den Unterrichtsminister und wir zwei Staatsräte stellen wollten. Wir brachten das große Opfer des Verzichts auf unseren bisherigen Unterrichtsminister nicht etwa des Unterschieds des einen Mandats wegen, das die Volkspartei mehr hat, sondern weil hierdurch der gemeinsamen demokratisch-liberalen Idee wirksam gedient war, die Ansprüche auf das Kultusministerium verstärkt und Hoffnungen des Zentrums auf die alte Zwietracht zwischen uns und der Volkspartei zerschlagen wurden. Dieser Schritt geschah in vollem Einverständnis mit unserem bisherigen Minister Dr. Leers, der selbst gewisse Bedenken einzelner Fraktionsmitglieder zerstreute.

Das Zentrum und auch die Sozialdemokratie nahmen den Vorschlag der demokratisch-liberalen Arbeitsgemeinschaft nicht an, obwohl nach vorhergehenden Verhandlungen dies unbedingt hätte erwartet werden müssen. Da, entsprechend den Abmachungen mit der Volkspartei, diese es auch ablehnte, in irgend eine andere Koalition einzutreten, so schien jetzt außer Frage, daß Zentrum und Sozialdemokratie die Regierung allein bilden würden. Unter dem Druck der von den beiden schwierig empfundenen Lage, allein die Regierung bilden zu müssen, erfolgte von dieser Seite ein neues Angebot, nach dem die Sozialdemokratie das Unterrichtsministerium, das Zentrum das Finanzministerium und das Innenministerium, die demokratisch-liberale Gemeinschaft aber das Justizministerium und einen Staatsrat oder für den Fall der Weimarer Koalition die Demokratie das Justizministerium erhalten sollte. Auch dieses Angebot konnte unter keinen Umständen in Frage kommen und wurde von der Arbeitsgemeinschaft einmütig abgelehnt. Nun kam es zwischen Zentrum und Sozialdemokratie zur Einigung in der Form, daß das Zentrum das Finanzministerium mit seinem bisherigen Finanzminister Schmitt und das Innenministerium mit dem bisherigen Präsidenten des Rechnungshofes, Dr. Wittemann, besetzte und die Sozialdemokratie als Unterrichtsminister den bisherigen Innenminister Dr. Remmele stellte, der zugleich auch das Justizministerium übernahm.

Unsere Partei befindet sich nun zusammen mit der Deutschen Volkspartei in der Opposition.

Die Art, wie in der Presse des Zentrums und der Sozialdemokratie gegenüber unserer Politik während der Regierungsbildung geschrieben wurde, konnte den an sich nicht leichten Entschluß in die Opposition zu gehen, nur erleichtern.

Diese Darstellung des Ganzen der Dinge kann manche bedeutsame Einzelheiten nicht wiedergeben, das kann nur in Aussprachen im Kreise von Parteifreunden geschehen. Wir badischen Demokraten haben aber die feste Zuversicht, daß wir in der Opposition mehr zum Nutzen unseres Landes tun können, als wenn wir uns den Machtansprüchen des Zentrums unterworfen hätten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0370

Krach bei Hugenbergs

Viel früher, als allgemein erwartet wurde, ist der Konflikt in der Deutschnationalen Volkspartei, der durch das diktatorische Regiment und die extreme Politik Dr. Hugenbergs heraufbeschworen ist und schon seit längerer Zeit im geheimen wucherte, zum offenen Ausbruch gekommen. Man hatte angenommen, daß der Krach, der nach allem Vorausgegangenen in absehbarer Zeit eintreten mußte, sich nicht vor dem Abschluß des Volksentscheids entladen würde. Aber es ist doch anders gekommen. Bezeichnenderweise haben auch nicht die starken Meinungsverschiedenheiten über das sogenannte „Freiheitsgesetz" und besonders über den § 4 dieses Gesetzes, den Zuchthausparagraphen, die Explosion herbeigeführt. Wie aus den unten mitgeteilten Abstimmungen beim „Freiheitsgesetz" hervorgeht, machten sich dort gewiß die Differenzen innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion deutlich bemerkbar, doch nur in der Weise, daß die mit dem Gesetz unzufriedenen Reichstagsabgeordneten sich den Abstimmungen fernhielten; von der Abgabe einer Erklärung im Reichstage durch die Opposition oder von einer demonstrativen Abstimmung gegen das Votum der Hugenberg-Mehrheit in der Fraktion war keine Rede. Vielmehr hat Dr. Hugenberg selbst durch seinen unmäßigen Despotismus den Stein ins Rollen gebracht: die unmittelbare Veranlassung zur Sezession ist darin zu suchen, daß der Parteivorsitzende auf dem Parteitag in Kassel einen Brief des Abgeordneten Treviranus vorgelesen hatte, in dem dieser Herr scharfe Kritik an der Politik Hugenbergs übte, und daß Hugenberg dann die Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen Treviranus veranlaßt hatte. Was jetzt kam, war fast alles zwangsläufig. Zunächst erklärten sich die drei Reichstagsabgeordneten Hartwig, Hülser und Lambach, die der christlich-sozialen Richtung angehören, am 30. November, also an dem Tage der zweiten Lesung des Freiheitsgesetzes, mit Treviranus solidarisch und betonten zugleich, daß sie sich in der Abstimmung zum § 4 des Volksbegehrens auf die Seite des Ministers Schiele gestellt, d. h. nicht mitgestimmt hätten. Ohne mit der Fraktion Fühlung zu nehmen, gab nunmehr Hugenberg im Parteivorstand, der am 3. Dezember zusammentrat, die Erklärung ab, daß er gegen die Abgeordneten Hartwig, Hülser und Lambach das Ausschlußverfahren einleiten werde, weil sie durch ihre Erklärung zu § 4 und dem Fall Treviranus gegen die Parteidisziplin verstoßen hätten. Die drei genannten Abgeordneten kamen dem Ausschluß durch Austritt aus der Partei zuvor, und andere folgten ihnen, indem sie entweder vollständig der Partei den Rücken kehrten oder indem sie lediglich aus der Fraktion austraten und sich ihren Austritt aus der Partei nach Rücksprache mit ihren Wählern vorbehielten.

Es hat keinen Zweck, die einzelnen Phasen dieser Bewegung zu schildern und auf die Abschiedsbriefe einzugehen, die die Sezessionisten teils Herrn Hugenberg, teils dem Grafen Westarp übermittelten. Es genügt, den — vorläufigen — Endeffekt mitzuteilen: 12 Abgeordnete verließen die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei und schlossen sich zu einer „Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft" zusammen. Es sind das die 12 Abgeordneten Lambach, Hartwig, Hülser, Dr. Klönne, Dr. Lejeune-Jung, Treviranus, D. Mumm, Behrens, von Lindeiner-Wildau, Dr. Hoetzsch, Schlange-Schöningen, Dr. von Keudell. Die letztgenannten drei Abgeordneten sind zunächst nur aus der Fraktion ausgeschieden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1920154153-1676334301929-19/fragment/page=0371

Ferner sind aus der deutschnationalen preußischen Landtagsfraktion die Abgeordneten Kliesch und Meyer-Hermsdorf ausgetreten; mehrere andere Austritte prominenter Deutschnationaler aus der Partei sind gefolgt. In der Reichstagsfraktion hat, um das gleich hier zu erwähnen, der langjährige Vorsitzende Graf Westarp den Vorsitz niedergelegt, und zwar, wie sich das Organ Westarps, die „Kreuzzeitung" (Nr. 382 vom 6. 12. 29), beeilte zu versichern, wegen „der Divergenz zwischen dem augenblicklich geschehenen Kurs der Parteiführung und der konservativen Linie der Politik des Grafen Westarp."

Um Fraktionsstärke zu erlangen, hat sich sodann die Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft mit der ebenfalls obdachlosen Christlichnationalen Bauernpartei zur „Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft" unter beiderseitiger Wahrung ihrer Selbständigkeit zusammengeschlossen. Aber es handelt sich bei den gegenwärtigen Zuständen nur um einen Übergang, um eine Etappe, deren Dauer so kurz sein kann, daß in der Zeit, da dies geschrieben und da es gedruckt wird, das Bild sich schon wieder verändert haben kann. Einmal ist gar nicht daran zu denken, daß der Gärungsprozeß innerhalb der Rumpffraktion bereits beendet ist, es ist im Gegenteil noch mit weiteren Austritten zu rechnen. Andererseits wird man in die Dauer der deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft starke Zweifel setzen müssen. Dazu sind die Elemente, aus denen diese Arbeitsgemeinschaft besteht, zu verschiedenartig. Einen wesentlichen Bestandteil der jungen Gruppe bilden die Christlich-Sozialen, die sich ja schon vor einiger Zeit auch eine eigene Organisation im Lande geschaffen haben. Neben ihnen stehen die Reste des Deutschnationalen Katholikenausschusses, der bekanntlich aufgeflogen ist, als die Deutschnationalen des Preußischen Landtags aus Haß gegen das Ministerium Braun dem Konkordat mit der Kurie die Zustimmung versagten. Ferner gehören zu der Arbeitsgemeinschaft Männer mit agrarischen Interessen, Leute aus der Industrie, schließlich auch Einspänner, die nicht bestimmte Berufsklassen hinter sich haben. Einig sind diese Abgeordneten alle in der Abneigung gegen die Gewaltherrschaft Hugenbergs und seine Desperadopolitik, die die Deutschnationalen für immer regierungsunfähig machen will. Im übrigen gehen bei ihnen die Meinungen sehr bunt durcheinander. Um nur ein Beispiel zu nennen: die Christlich-Sozialen bemühen sich um ein engeres Verhältnis zu dem Evangelischen Volksdienst in Württemberg, einer ausgesprochen konfessionellen Gruppe — werden etwa die deutschnationalen Katholiken, wie Lejeune-Jung, diese Intimität mitmachen? So hatte Hugenberg schon nicht ganz unrecht, wenn er sich neulich in einer Versammlung in Thüringen über die Buntscheckigkeit der deutschnationalen Opposition lustig machte.

Schon der Umstand, daß die Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft einer positiven Arbeit vermutlich nur in beschränktem Umfange fähig sein wird, warnt davor, die bisherige Entwicklung zu überschätzen. Es kommt noch etwas anderes, sehr Wichtiges hinzu, nämlich die Frage, was denn die deutschnationalen Wähler zu der ganzen Angelegenheit sagen. Es hat zwar nicht viel zu bedeuten, wenn die Hugenberg-Presse eine Kundgebung zu veröffentlichen in der Lage ist, die nicht nur die Unterschriften der Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion im Preußischen und im Bayerischen Landtage, sondern auch die von 38 Landesverbandsvorsitzenden trägt. Zumal wenn man noch hört, daß 13 Landesver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334301929-19/fragment/page=0372

bandsvorsitzende nicht mit ihrer Unterschrift vertreten sind und 7 von diesen ausdrücklich, die anderen 6 stillschweigend ihre Unterschrift verweigert haben. Daß im übrigen die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen eine besonders rabiate Gesellschaft sind, hat sich ja schon vor ein paar Jahren gezeigt, als diese Herren wegen des Locarno-Paktes ihre eigene Minister zum Austritt aus der Regierung nötigten. Aber es läßt sich jetzt noch gar nicht übersehen, wieweit diese Vorsitzenden ihre Organisationen hinter sich haben, und ehe nicht dargetan ist, daß die Sezessionisten sich auf einen nennenswerten Teil der deutschnationalen Wählerschaft verlassen können, daß sie nicht Offiziere ohne Soldaten sind, wird die Absplitterung, die sich jetzt vollzogen hat, mehr eine innere Angelegenheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion als der gesamten Deutschnationalen Volkspartei sein.

Ob es möglich sein wird, auf diese Hauptfrage bald eine sichere Antwort zu erhalten, steht dahin. Die Abstimmung über den Volksentscheid ist zur Aufhellung gerade dieses Punktes ungeeignet. Neuwahlen aber gibt es bei uns, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, erst nach längerer Zeit. Wenn nicht unerwartete Auflösungen vorkommen, so werden erst Ende nächsten Jahres normalerweise wieder Landtagswahlen stattfinden. Bis dahin wird man möglicherweise nur auf die Kundgebungen angewiesen sein, die aus dieser oder jener Ortsgruppe, aus dieser oder jener Bezirksorganisation der Deutschnationalen Volkspartei kommen, Kundgebungen, deren Bedeutung sehr verschieden eingeschätzt werden kann.

Inzwischen wirkt sich die Hugenbergsche Politik für die Deutschnationale Volkspartei nach einer ganz anderen Richtung als zerstörend und verhängnisvoll aus: die deutschnationalen Wähler verlassen zu Tausenden ihre Partei und gehen zu Tausenden zu der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei über. In der Tat läßt sich für einen extremen Nationalisten und verbohrten Oppositionellen — und dazu gehören dank der beispiellosen jahrelangen Verhetzung durch die Parteiagitatoren erhebliche Teile der Deutschnationalen — kein Grund einsehen, weshalb man bei der Deutschnationalen Volkspartei, deren politische Haltung so oft schwankend und unklar und schwächlich gewesen ist, stehenbleiben und nicht lieber gleich in die Nationalistische Partei hineingehen soll, die doch von Hugenberg und seinen Presseorganen als gleichwertig mit der Deutschnationalen Volkspartei hingestellt wird. So wechseln bei allen Wahlen der letzten Wochen die Rechtswähler in Scharen zu den Nationalsozialisten über, bei denen sie entschiedene Haltung und rücksichtslose Aktivität vermuten. Daß die Herrschaften dabei vom Regen in die Traufe kommen, das werden sie ja erst nach einiger Zeit spüren; bis auf weiteres schenken sie den großzügigen Verheißungen der Hakenkreuzler Vertrauen.

In welchem Umfange die Deutschnationale Volkspartei unter der glorreichen Führung Hugenbergs bereits heute dezimiert worden ist, das haben nach Baden und Lübeck besonders die letzten Landtagswahlen in Thüringen bewiesen. Dort sieht jetzt das Stärkeverhältnis der Rechtsparteien folgendermaßen aus: Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei 131 688 Stimmen, Nationalsozialisten 90 236 Stimmen, Wirtschaftspartei 76 217 Stimmen. Deutschnationale Partei — 31 618 Stimmen! Die Landvolkpartei hat also mehr als das Vierfache, die Nationalsozialisten das Dreifache, die Wirtschaftspartei mehr als das Doppelte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0373

der deutschnationalen Stimmen erhalten. Daß unter diesen Umständen deutschnationale Blätter wie die „Deutsche Zeitung" triumphierend von einem Siege der Rechten in Thüringen sprechen können, beweist, was man der deutschnationalen Wählerschaft alles glaubt zumuten zu können. Andere Organe der Rechten sind demgegenüber ehrlich genug, die Wahrheit zu gestehen. So bezeichnet es die „Deutsche Tageszeitung" (Nr. 582 vom 9. 12. 1929) als das hervorstechendste Moment des Wahlausfalls in Thüringen sowohl wie in den bayerischen Städten das starke Anwachsen der Nationalsozialisten „auf Kosten nicht der Linksparteien, auch nicht der Mitte, sondern fast einzig und allein der Rechten in Gestalt der Deutschnationalen" und fügt hinzu:

„Wenn bei den thüringischen Wahlen die Nationalsozialisten die dreifache Stimm- und möglicherweise auch Mandatsziffer der Deutschnationalen erreicht haben, wenn sie in München sich verdoppelten, während jene sich halbierten, so ist das eine Erfahrung, die um so größere und ernstere Beachtung verlangt, als sie keinen isolierten, keinen Überraschungsvorgang darstellt, sondern nur die weitere Fortführung einer Entwicklung, die bei den vorhergehenden Wahlen bereits zu beobachten war."

*

Das „Freiheitsgesetz" oder, wie es offiziell heißt, der Entwurf eines Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form davon Kenntnis zu geben, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2. Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldanerkenntnis des Artikels 231 sowie die Artikel 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden.

Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3. Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen.

Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die auf Grund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4. Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 StGB. vorgesehenen Strafen. (Anm. d. Red. Das heißt: Zuchthausstrafen.)

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

*

Die Abstimmungen über das sogenannte „Freiheitsgesetz" im Reichstage, die am 30. 11. 1929 im Anschluß an die zweite Beratung stattfanden, verliefen folgendermaßen: Während § 2 in einfacher Abstimmung abgelehnt wurde, wurde über die §§ 1, 3, 4 sowie über Einleitung und Überschrift namentlich abgestimmt. Dabei war das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0374

Abstimmungsergebnis, soweit die §§ 1 und 3 und die Überschrift (über die nach § 4 abgestimmt wurde) in Frage kamen, durchaus gleichmäßig: § 1 (Widerruf des Kriegsschuldanerkenntnisses, wurde mit 317 gegen 82 Stimmen bei 4 Enthaltungen, § 3 (Verbot der Zustimmung zu dem Young-Plan oder zu ähnlichen Verträgen) mit 313 gegen 79 Stimmen bei 4 Enthaltungen, die Einleitung und Überschrift mit 306 gegen 78 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Bei allen diesen Abstimmungen stimmten für das Gesetz Deutschnationale, Nationalsozialisten und Christlich-Nationale Bauernpartei. Die vier Enthaltungen rührten von den beiden Abgeordneten der Volksrechtpartei Dr. Best und Dr. Lobe sowie von zwei deutsch-hannoverschen Abgeordneten Arteldt und Meyer-Hannover her.

Bei der Abstimmung über den § 4, den berüchtigten Zuchthausparagraphen, änderte sich das Bild nicht unwesentlich. Er wurde mit 311 gegen nur 60 Stimmen abgelehnt. Diesmal hielt sich die Christlich-Nationale Bauernpartei von der Abstimmung überhaupt fern, die 4 Abgeordneten, die sich sonst der Abstimmung enthielten, traten auf die Seite der Neinsager, und von den Deutschnationalen beteiligte sich eine Anzahl nicht an der Abstimmung. Von der Deutschnationalen Volkspartei fehlten bei sämtlichen Abstimmungen am 30. November nachstehende Abgeordnete: als beurlaubt Bachmann und Dr. Haslacher, als krank Dr. Philipp, Dr. Reichert und Wallraf, unentschuldigt Dr. Bazille, Dr.-Ing. Klönne, Schmidt-Stettin, Vogt-Württemberg, Wolf-Oppeln. Dazu kam dann bei § 4 eine Gruppe von deutschnationalen Abgeordneten, die gegen die Diktatur Hugenbergs noch demonstrativer Einspruch erhoben dadurch, daß sie nur bei dieser einen Abstimmung fehlten. Dies waren die Abgeordneten Fromm, Hartwig, Dr. Hoetzsch, Hülser, Dr. v. Keudell, Lambach, Dr. Lejeune-Jung, v. Lindeiner-Wildau, Mentzel, Mönke, Dr. Rademacher, Schiele, Schlange (fehlte auch bei der Abstimmung über § 3), Treviranus.

*

Aus dem demokratischen Parteileben

Reichsminister Dietrich 50 Jahre. Der demokratische Reichsernährungsminister Hermann Dietrich konnte am 14. Dezember die Feier seines 50. Geburtstages begehen. Hermann Dietrich hat, aus badischem Lande stammend, zuerst die kommunalpolitische Karriere durchlaufen. Von 1908 bis zum Weltkriege war er Bürgermeister in Kehl, hierauf Oberbürgermeister von Konstanz, an dessen Spitze er bis zum Ausbruch der Revolution stand. 1918 wurde er in die vorläufige badische Volksvertretung berufen und hat dann als badischer Finanzminister eine hervorragende Rolle gespielt. Er war Mitglied der deutschen und der badischen Nationalversammlung und gehört dem Reichstag seit 1920 an. Vier Jahre lang war er im Reichshaushaltsausschuß als Korreferent für das Auswärtige Amt und als Berichterstatter für das Reichsernährungsministerium tätig. Im Juni 1928 wurde er Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. In diesem Amt hat Dietrich, der selbst als praktischer Landwirt tätig ist, bereits vieles zur Rettung der bedrängten deutschen Landwirtschaft getan; noch mehr harrt in einem wohldurchdachten rationellen Plan der Ausführung, wobei Dietrich namentlich bestrebt ist, durch Neuorganisation des landwirtschaftlichen Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0375

triebes, durch Umstellung der Produktion und des Absatzes die Agrarfrage ihrer endgültigen Lösung entgegenzuführen, während eine Erhöhung der Zölle nur vorübergehende Erleichterungen bringen kann. Hermann Dietrich genießt als Politiker wie als Mensch Ansehen und Verehrung weit über die Kreise der Demokratischen Partei hinaus.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat an Minister Dietrich nachstehenden Glückwunsch gerichtet:

„Zu Ihrem 50. Geburtstag beglückwünscht Sie, hochverehrter Herr Minister, die Deutsche Demokratische Partei auf das herzlichste. Wir sind stolz darauf, den Mann zu unsern Führern zählen zu dürfen, der in vielseitiger hingebender Arbeit für Stadt, Land und Reich, in Beruf und Politik unvergängliche Dienste um das deutsche Volk erworben hat. Wir gedenken hierbei auch besonders Ihrer gegenwärtigen Tätigkeit an der Spitze des Reichsernährungsministeriums, deren Bedeutung für die Hebung der deutschen Landwirtschaft weit über die Grenzen unserer Partei hinaus anerkannt und gewürdigt wird. Möge Ihnen und uns noch eine lange erfolgreiche Fortsetzung Ihres Wirkens zum Wohle des Vaterlandes beschieden sein."

Koch-Weser und das Märchen vom Menschenexport. Der Schwindel vom Menschenexport, so plump er ist, will kein Ende nehmen und naturgemäß sind es die Nationalsozialisten, die diesen Schwindel erfunden haben, und die ihn auch, solange wie es nur irgend möglich ist, am Leben erhalten wollen. Neuerdings ist sogar im „Völkischen Beobachter" behauptet worden, daß sich der demokratische Parteiführer Koch-Weser für den Menschenexport ausgesprochen habe.

Reichsminister a. D. Koch-Weser erklärt dazu:

„Es ist eine lächerliche und gröbliche Entstellung, daß ich für den Export deutscher Sklaven zugunsten der Kolonien fremder Völker als Ersatz für Schwarze und Gelbe eingetreten sei. Die Ausführungen, die ich über die großen Chancen, die sich für deutsche Tüchtigkeit, deutschen Fleiß und deutsche Disziplin in einem größeren Arbeitsgebiet als Deutschland bieten, gemacht habe, beziehen sich in dem Zusammenhang meines Vortrages in erster Linie überhaupt nicht auf Arbeit außerhalb der deutschen Grenzen. Sie sollen vielmehr das Interesse Deutschlands an einen Wegfall der europäischen Zollschranken in einem vereinigten Europa begründen. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die deutschen Wirtschaftsgrenzen zu eng sind, und daß für den strebenden Deutschen zu wenig Aufstiegsmöglichkeiten vorhanden sind, wenn Deutschland nur für die Befriedigung der deutschen Bedürfnisse arbeitet. Aus dem Mangel großer, die Kraft und die Phantasie des Volkes ausfüllender Aufgaben und aus der Enge unserer Verhältnisse rühren die Reibungen und Zänkereien her, denen sich so mancher Deutsche, der Besseres leisten könnte, hingibt. Wir müssen neue Aufgaben übernehmen, damit wir nicht genötigt sind, Plätze für Menschen, sondern Menschen für Plätze zu suchen. Deutschland ist das Kernland Europas und würde in einem vereinigten Europa seine Kräfte in qualifizierter Arbeit für ganz Europa verwerten können. Das ist der Grund, weswegen das Interesse Deutschlands auf eine Steigerung seiner europäischen Absatzmöglichkeiten gerichtet sein muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0376

Diese Arbeit soll natürlich innerhalb der deutschen Grenzen geleistet werden. Eine solche Wirtschaftspolitik hat gerade den Zweck, zu vermeiden, daß, wie man vor dem Kriege einmal gesagt hat, Deutschland anstatt Waren Menschen ausführen muß. Die hauptsächlichen Ausführungen meiner Rede sind also geradezu dazu bestimmt, die deutsche Auswanderung möglichst unnötig zu machen.

Daneben ist allerdings die Frage erörtert, was in einem vereinigten Europa mit den französischen Kolonien werden sollte. In dieser Hinsicht habe ich mit aller Deutlichkeit gesagt, daß den Franzosen das Menschenmaterial zur Beherrschung und Verwertung der bisher französischen Kolonien fehlt und darauf hingewiesen, daß es für Deutschland ein Glück sein wird, in einem vereinigten Europa an der Kolonisationsarbeit beteiligt zu sein. Der Stolz auf die Vorkriegsarbeit in den deutschen Kolonien, den jeder nationalgesinnte Deutsche empfindet, hat es uns doch allen immer als eine schmachvolle Zurücksetzung Deutschlands erscheinen lassen, daß wir an kolonisatorischer Arbeit nicht mehr beteiligt sein sollen. Wenn also die Vereinigung Europas dazu führen würde, daß wir für das vereinigte Europa Arbeit in den außereuropäischen Kolonien leisten dürften, so dürfte das den ruhmvollen Traditionen unserer kolonisatorischen Vergangenheit durchaus entsprechen. Es ist völlig aus der Luft gegriffen, wenn der Schluß des Artikels im „Völkischen Beobachter" davon spricht, daß ich Deutsche als Ersatz für Schwarze und Gelbe in die Kolonien schicken wolle. Ganz im Gegenteil. Die Deutschen gehören wieder in die Kolonien, weil sie es verstanden haben, Schwarze und Gelbe zu beherrschen und zu leiten.

Im übrigen wird jeder, der mein Buch „Deutsche Außenpolitik in der Nachkriegszeit", das aus dem im „Völkischen Beobachter" erwähnten Vortrag hervorgegangen ist, liest, erkennen, daß ich die ganze Frage eines vereinigten Europas nicht als eine zur Lösung reife Frage behandele, sondern unter anderen Ausblicken in die Zukunft miterörtere. Der Leser wird weiter daraus sehen, daß ich viel näherliegend als die Idee eines Pan-Europas die Idee eines Mitteleuropas ansehe, das als Lebensraum für die wirtschaftliche Betätigung Deutschlands zu gewinnen mit die Aufgabe der näheren Zukunft zu sein scheint.

Es ist betrüblich, daß Erörterungen über große politische Zukunftsfragen in Deutschland nicht mehr angestellt werden können, ohne auf den Tummelplatz parteipolitischer Klopffechtereien und vergiftender Verdächtigungen heruntergezerrt zu werden."

Kein Bürgerblockflugblatt in Berlin! Der Jungdemokrat Erich Lüth-Hamburg hat in einem Zeitungsaufsatz behauptet, daß für die Berliner Stadtverordnetenwahlen „ein Bürgerblockflugblatt der Deutschen Demokratischen Partei" erschienen sei, und daß sich „Staatssekretär a. D. Oskar Meyer mit den Deutschnationalen verbündet" habe. Das sind ganz haltlose Behauptungen.

Der Wahlausschuß der Deutschen Demokratischen Partei Groß-Berlin stellt in einem Schreiben ausdrücklich fest, daß von der Deutschen Demokratischen Partei (Berlin) kein Bürgerblockflugblatt herausgegeben worden ist, und daß sich Staatssekretär a. D. Oskar Meyer nicht mit den Deutschnationalen verbündet hat. Vielmehr ist das Gegenteil rich-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0377

tig. Die Deutsche Demokratische Partei hat den Wahlkampf sowohl gegen die kommunistische Mehrheit wie gegen die deutschnationalen Etatverneiner geführt. Der Protest eines Teiles der Berliner Jungdemokraten richtete sich gegen ein anonymes Wahlplakat, von dem der Wahlausschuß der D. D. P. feststellte, daß das Wahlplakat nicht von politischen Parteien erlassen worden ist. In der parteiamtlichen Erklärung des Wahlausschusses wurde ferner ausdrücklich festgestellt: „Die Deutsche Demokratische Partei hat insbesondere nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie im Hinblick auf die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen ihr und der Deutschnationalen Volkspartei jedes Zusammenwirken mit dieser Partei auch bei der Wahl ablehnen muß."

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei trat am 13. 12. 1929 im Reichstag, unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Koch-Weser zu einer Sitzung, zusammen. Als Geschäftsführende Vorsitzende wurden neben Koch-Weser die Reichstagsabgeordneten Oskar Meyer und Lemmer bestätigt, als Schatzmeister Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer-Köln und Landtagsabgeordneter Dr. Zeitlin. Nach einem Referat Koch-Wesers über die politische Lage wurde die parlamentarische Situation und die Stellung der Deutschen Demokratischen Partei zu den Vorgängen der letzten Zeit ausführlich erörtert. Dabei wurde einmütig betont, daß es für die Demokratische Partei darauf ankommt, das innerliche und äußerliche Stärkungswerk fortzusetzen. Der Ideengehalt der Demokratischen Partei werde auch in der Zukunft werbend und entscheidend wirken. Damit müsse in Verbindung stehen der Ausbau der Parteiorganisation, der für das nächste Jahr planmäßig fortgeführt wird.

Der Parteivorstand befaßte sich alsdann mit den Erörterungen, die sich an die Tätigkeit der Ausschüsse der Länderkonferenz geknüpft haben. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Parteivorstand begrüßt die Beschlüsse der Ausschüsse der Länderkonferenz, die sich mit den Beschlüssen und Entscheidungen der Partei decken; der Parteivorstand fordert die Reichsregierung zur tatkräftigen Weiterführung der Reichsreform auf."

Ein kommunalpolitischer Ausschuß für die Wahlkreise Düsseldorf-Ost und West ist am 30. 11. 1929 in Düsseldorf gegründet worden. Als Mitglieder eines vorbereitenden Organisationsausschusses wurden durch Zuruf gewählt: Bürgermeister Dr. Hoffmann-Dinslaken (Vorsitzender), Frau Grete Pasie-Duisburg, Silcherstr. 1, Stadtamtmann Halstenberg-Düsseldorf/Gerresheim, Friedingstr. 29, Direktor Würz-Elberfeld, Walter-Rathenau-Str. 22, Heinrich Müller-Rheydt, Hohenzollernstr. 52, Frau Bohn-Engelhardt-Essen, Zweigertstraße, Wilhelm Neuhaus, Solingen II, Zeppelinstr. 9. Aufgabe dieses Ausschusses soll es sein, die Organisation des Kommunalpolitischen Ausschusses aufzuziehen. Der Vorsitzende des Organisationsausschusses soll Vorsitzender des Kommunalausschusses werden.

Eine neue Ortsgruppe der D. D. P. ist in Meseritz (Grenzmark Posen-Westpreußen) gegründet worden. Vorsitzender ist Kaufmann Max Striemer, Meseritz, Hohe Straße 39.

Eine weitere Ortsgruppe ist in Finsterwalde gegründet worden. Vorsitzender ist Dipl.-Handelslehrer Herbert Henkel, Finsterwalde, Forststr. 36.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0378

Die D.D.P. in den Parlamenten

Das sogenannte Standesherrengesetz, d. h. das Gesetz zur Regelung älterer staatlicher Renten, ist vom Reichstag am 12. 12. 1929 in dritter Lesung endgültig verabschiedet worden. Weshalb auch die Deutsche Demokratische Fraktion dem Gesetzentwurf zugestimmt hat, das hat Abg. Ehlermann im Reichstag einleuchtend begründet. Er stellte fest, daß auf diesem Gebiet endlich durch Gesetzgebung eine Befriedung und endgültige Regelung geschaffen werden müsse. Allerdings handele es sich bei diesen Renten keineswegs nur um Standesherren. Im ganzen handele es sich um eine Erbschaft früherer Jahrhunderte. Die Rechtsprechung habe bewiesen, daß sie die Aufgabe, diese Erbschaft früherer Jahrhunderte zu regeln, nicht lösen könne. Über diese älteren staatlichen Renten sei die Staatsumwälzung, die Inflation und die Aufwertungsgesetzgebung hinweggegangen. Diesen gänzlich veränderten Verhältnissen sei die Rechtsprechung nicht gerecht geworden. Es habe sich ein starker Widerspruch zwischen der Rechtsprechung auf diesem Gebiet und dem Rechtsempfinden des Volkes ergeben, das niemals verstehen würde, daß durch die Aufwertungsgesetzgebung die große Masse der Gläubiger zwar habe getroffen werden müssen, daß aber die Gläubiger solcher älteren staatlichen Renten von den Gerichten 60- bis 100prozentige Aufwertung zugesprochen bekommen. Mit Rücksicht auf den Gedanken der Gerechtigkeit und mit Rücksicht auf die Not und Verarmung des Volkes habe hier das Gesetz nach einer vernünftigen Lösung suchen müssen. Auf der anderen Seite sei es eine ganz demagogische Darstellung der Kommunisten, daß hier neue Rechtstitel für die alten Renten geschaffen würden. Alle Renten mit unsittlichem Charakter fielen völlig entschädigungslos fort. Für die anderen Renten sei eine mäßige Aufwertung festgesetzt. Da das Gesetz wegen seines verfassungsändernden Charakters Zweidrittelmehrheit brauche, so habe man sich zu einem Kompromiß entschließen müssen. Wenn nach dem Wunsche der Kommunisten das Gesetz abgelehnt würde, so würden weiter die Gerichte den Standesherren und anderen Gläubigern solcher Renten 80- bis 100prozentige Aufwertung zusprechen und das liege nicht im Interesse der Finanzlage des Staates und nicht im Interesse der Gerechtigkeit und der Befriedung des Rechtsempfindens des Volkes. — Das Gesetz wurde dann mit Zweidrittelmehrheit, d. h. mit allen Stimmen der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei, angenommen.

Die Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsgerichte haben die Demokraten des badischen Landtags beantragt. Nach § 1 der landesherrlichen Verordnung vom 24. 6. 1879 bestehen nämlich in Baden nicht weniger als 15 Rheinschiffahrtsgerichte erster Instanz. Die Rheinschiffahrtsinteressenten wünschen jedoch eine Zusammenlegung dieser Gerichte, da für die Entscheidung dieser Prozesse mit oft sehr großen Streitwerten besondere Kenntnisse erforderlich sind, die sich nur Richter und Anwälte aneignen können, die öfter mit solchen Prozessen zu tun haben. Im Hinblick hierauf hat die badische demokratische Landtagsfraktion beantragt, die Regierung wolle den § 1 der genannten Verordnung dahin abändern, daß eine weitgehende Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsgerichte erfolgt.

Die Schaffung einer neuen Dienststrafordnung verlangt ein Antrag, den die badische demokratische Landtagsfraktion mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0379

Rücksicht darauf eingebracht hat, daß für das baldige Zustandekommen einer Reichsdienststrafordnung für Beamte doch keine Aussicht bestehe. Die demokratischen Forderungen für den Inhalt dieser Dienststrafordnung werden in dem Antrag wie folgt skizziert: In diesem Entwurfe müßten vor allem die Erfordernisse des Art. 129 Abs. 3 der Reichsverfassung erfüllt sein, und jedem badischen Beamten zwei Disziplinarinstanzen eröffnet werden. In Fortbildung der Bestimmungen der §§ 80—133 des Reichsbeamtengesetzes müßte ein Verfahren sichergestellt werden, in dem der Grundsatz der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Beweisverfahrens eingeführt wird. Außer der erforderlichen Anzahl von Richtern müßten Beamte als Mitglieder dieser Disziplinargerichte bestellt werden. Die Disziplinarrichter sollen nicht an die tatsächlichen Feststellungen des Strafrichters im Falle einer vorausgehenden Verurteilung des Beamten gebunden sein. In öffentlicher Hauptverhandlung müßte in Anwesenheit des Angeschuldigten oder seines Rechtsbeistandes, dessen sich der Angeschuldigte in jedem Teile des Disziplinarverfahrens bedienen darf, die Entscheidung gefällt werden.

*

Rüstzeug für Kampf und Werbung

Die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde am 3. 10. 1929 im Reichstag in namentlicher Schlußabstimmung mit 237 gegen 155 Stimmen bei 40 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Zentrum (außer dem Abg. Tremmel), Demokraten und Bayerische Volkspartei, dagegen Deutschnationale Volkspartei (außer dem Abgeordneten Hartwig), Kommunisten, Wirtschaftspartei, Nationalisten, Christlich-Nationale und Deutsche Bauernpartei, sowie der Zentrumsabgeordnete Tremmel. Der Abstimmung enthielten sich Deutsche Volkspartei, Deutsch-Hannoveraner, Volksrechtpartei und der deutschnationale Abgeordnete Hartwig.

Warum sich die Nationalsozialisten in die Parlamente wählen lassen, darüber haben einige ihrer Agitatoren vor den letzten badischen Landtagswahlen mit großer Offenheit Auskunft gegeben. Der bayerische nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Wagner erklärte am 7. 10. 1929 in Löffingen:

„Mir macht es Freude, wenn ich im Landtag in Bayern Radauszenen herbeiführen kann. Jawohl, so ist es. Ich habe gestern zum Kandidaten Merk in Grafenhausen gesagt, wenn er dort hinaufkommt, so ist es seine Aufgabe, daß er in dem parlamentarischen Saustall denen links und rechts auf die Köpfe schlägt, und denen in der Mitte auf die Köpfe spuckt. Jawohl, nur drauf auf die Bonzen!“

Der ehemalige Lehrer Lenz sagte am 7. 9. 1929 in Eppingen:

„Wir sagen schon heute, daß wir im Landtag keine positive Arbeit leisten werden, sondern daß wir die Immunität und den Freifahrschein benutzen, um im Land herumzuziehen und das Volk über seine Führer aufzuklären.“

Der sächsische Landtagsabgeordnete v. Killinger äußerte sich am 4. 10. 1929 in Heidelberg wie folgt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0380

„Die N. S. D. A. P. lehnt, wie ja bekannt, das parlamentarische System ab. Die Abgeordneten gehen nur deshalb in die deutschen Parlamente, um auch die schönen Diäten einstecken zu können und erster Klasse auf der Bahn zu fahren."

Diese Bekenntnisse schöner Seelen sind einer Drucksache entnommen, die der badische Innenminister am 2. 11. 1929 dem badischen Landtag über die politischen Ausschreitungen der N. S. D. A. P. während des badischen Wahlkampfes vorgelegt hat. Der Wortlaut der Äußerungen der nationalsozialistischen Redner beruht auf polizeilichen Ermittlungen.

Über die Geldquellen der Nationalsozialisten hat der kommunistische Abgeordnete Heckert in der Reichstagssitzung vom 29. November 1929 interessante Angaben gemacht, die nur zum Teil vorher bereits bekannt waren. Seinen Ausführungen sei das Folgende entnommen:

„Da gibt es eine sogenannte Opferring-Gemeinschaft. In ihr sind eine Reihe großer deutscher Börsenmänner und Kapitalisten zur Finanzierung dieser braven Freiheitsbewegung vereinigt. Herr Kirdorf, ein uns ganz gut bekannter Herr — Schwerindustrieller und Börsenmann aus Rheinland-Westfalen — gehört zu denen, die im „Opferring" ein gutes Goldstück in die nationalsozialistische Freiheitskasse tanzen lassen. In München haben sie den Kommerzienrat Senz, der auch still die nationalsozialistische Arbeiterpartei fördert. Auch ein netter Arbeiter! In Hamburg haben wir den Direktor Amsing, in Berlin den Pianofortefabrikanten Bechstein. Der hat sogar Herrn Hitler ein Auto geschenkt, mit dem der große Deutschlandbefreier herumreist. Und in Hamburg haben wir noch eine sehr interessante Dame. Sie war früher einmal eine Freifrau von Dühring, hat sich dann in eine Frau Newman verwandelt. Ihr Mann ist israelitischen Stammes gewesen . . . Diese Frau finanziert jetzt den Hitler mit dem Geld dieses israelitischen Gatten . . . . Es gibt unter den Förderern dieser Partei noch einige Männer, zum Beispiel noch einige ehemalige Prinzen. Prinz August Wilhelm ist auch ein guter Förderer der Partei. Der Kohlenindustrielle Petschek — gar kein Mann deutscher Nationalität, er ist ein ganz guter Tscheche — finanziert auch aus den Geldern, die er beim Verkauf von Briketts bekommt, die Nationalsozialisten."

Es ist bemerkenswert, daß die Nationalsozialisten, die doch über ein ganz gehöriges Mundwerk verfügen, bei diesen Ausführungen des Abgeordneten Heckert betreten dasaßen und keinen Ton riskierten, daß auch später nicht einer von ihnen in einer persönlichen Bemerkung zu der Angelegenheit Stellung nahm, und daß endlich der nationalsozialistische Abgeordnete Graf Reventlow, der am nächsten Tage in derselben Debatte das Wort nahm, sich peinlich hütete, die Angelegenheit zu berühren.

In diesem Zusammenhang sei mitgeteilt, daß über die Geldquellen der Hakenkreuzler seit langem ein Prozeß schwebt, veranlaßt durch eine Klage Hitlers gegen seinen einstigen Kampfgenossen v. Graefe, gegen die verantwortlichen Redakteure des „Bayerischen Kuriers" (Bayrische Volkspartei) und die „Münchener Post" (Sozialdemokraten) sowie gegen zwei Sekretäre der Münchener Sozialdemokratie. Diese hatten, gestützt auf die Mitteilungen italienischer Faschisten, Hitler vorgehalten, er stehe in materieller Abhängigkeit von Mussolini. Das Amtsgericht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0381

München hatte Graefe und die beiden Redakteure zu je 30 Mark, die beiden Parteisekretäre zu je 800 Mark verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten sämtliche Parteien Berufung eingelegt, und das Gericht setzte als Termin für die Verhandlungen den 22. Oktober fest. Die Verhandlung wurde aber plötzlich wegen Verhinderung des Herrn Hitler auf sein Ersuchen abgesetzt, und ein neuer Termin konnte bisher nicht anberaumt werden. Hitler hatte nach der „Münchener Post" (vgl. „Frankf. Ztg." Nr. 897 v. 2. 12. 1929) dem Gericht mitteilen lassen, daß er krank sei. Dabei hielt er gerade in jener Zeit große Versammlungsreden. Der Redakteur der „Münchener Post", also einer der Angeklagten, hat nunmehr das Landgericht um Festsetzung eines neuen Termins ersucht.

Was die Arbeiter von den Nationalsozialisten zu erwarten haben (nämlich garnichts), das ergibt sich auch aus einer Zusammenstellung, die das „Reichsbanner" (Nr. 50 vom 14. 12. 1929) veröffentlicht. Die genannte Zeitschrift hat bei den letzten Gemeindewahlen in Preußen und in Bayern an der Hand der offiziellen Kandidatenlisten einmal festgestellt, wie die Arbeiterschaft bei diesen Wahlen auf den nationalsozialistischen Listen berücksichtigt worden ist. Und da war das Resultat folgendes:

Zu den Stadtverordnetenwahlen in Bayreuth kandidiert ein Schlosser, der gleichzeitig als Kriegsbeschädigter bezeichnet ist, an neunter Stelle. Ihm folgt an sechzehnter Stelle ein Anstreicher. Für die Wahlen in München ist an dreizehnter Stelle ein Garagenwärter benannt. Die Gemeindewahlliste für Kempten weist an siebenter Stelle einen Färber auf. Wir nehmen an, daß es sich hierbei um einen Arbeitnehmer handelt. Die fünfte Stelle des Wahlvorschlages zum Provinziallandtag Grenzmark-Posen-Westpreußen ziert ein Vorarbeiter, während für die Stadtverordnetenwahlen in Adorf i. V. ein Schiffchensticker die vierte Stelle innehat. Aus den Bezirken Hannover und Hildesheim kandidierten für den hannoverschen Provinziallandtag an fünfter Stelle ein Chausseewärter, an fünfzehnter Stelle ein Arbeiter. Die Stadtverordnetenvorschlagsliste in Halle wies an erster und einziger Stelle einen Arbeiter auf. In der Provinz Brandenburg stand an siebenter Stelle ein Landarbeiter, dem Arbeiterkollegen wieder an zehnter und dreizehnter Stelle folgten. Für die Bürgerschaftswahlen in Lübeck waren an dritter Stelle ein Chauffeur, an vierzehnter Stelle ein Sozialrentner und an zweiundzwanzigster Stelle ein Arbeiter aufgestellt. In Frankfurt fanden wir an zweiter und in Köln an zweiter, achter und neunter Stelle einen Arbeiter, in der Provinz Niederschlesien an sechster Stelle einen Kapseldreher. Überhaupt keine Arbeiter kandidierten in der Rheinprovinz, in der Provinz Sachsen und in Oberschlesien.

Die Aufstellung zeigt zur Genüge, wie die Arbeiterschaft innerhalb der Nationalsozialistischen „Arbeiter"partei gewertet wird. Dafür prangen aber in ausgiebigstem Maße auf den Listen Rittergutsbesitzer, Fabrikanten, Beamte aller Schattierungen und aller Grade, ehemalige Offiziere, entwurzelte Adlige usw. Auch hier ein Beispiel. Die Liste für die Gemeindewahl in Würzburg sieht so aus: An erster Stelle ein Oberlehrer a. D., dann folgen ein Oberzollsekretär, ein Kaufmannsgehilfe, ein Major a. D., ein Verwaltungsassistent, ein Oberpostsekretär, ein Kolonialwarenhändler, ein Buchhändler, ein Postinspektor, ein Eisenbahnpensionist, ein Schuloffiziant, ein Verwaltungs-Oberinspektor und ein Fabrikant. Durch dies Ergebnis wird

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0382

deutlich die Doppelzüngigkeit der Hakenkreuzler bewiesen. Den Arbeitgebern redet diese Partei ein, die Nationalsozialisten seien für den Schutz des Privateigentums und würden demgemäß auch in den Fabriken für den Besitzer gegenüber den Ansprüchen der Gewerkschaften eintreten. Wenn sie aber ihr Geld von den Fabrikanten erhalten haben, dann gehen sie zu den Arbeitern und stellen sich diesen als 100prozentige Sozialisten vor, um die Arbeiter als Stimmvieh einzufangen. Aber auch gegen sie üben die Hitlerianer Betrug — wie die obigen Feststellungen ergeben —, indem sie ihre Anhänger aus der Arbeiterschaft ängstlich von jeder praktischen Mitarbeit auszuschließen suchen.

*

Politische Frauenarbeit

Von Marie-Elisabeth Lüders

II.

Nur allzu viele Frauen ergehen sich in fruchtlosen Klagen über das Bestehende, zahllose in unerschöpflicher negativer Kritik — andere sind enttäuscht, daß ihnen keine Gelegenheit gegeben würde, sich tätig an der Arbeit zu beteiligen, wieder andere schütten ein Füllhorn unklarer Ideen mit phantastischen Weltverbesserungsplänen aus und leider nur zu viele geben sich dem naiven Glauben hin, daß nunmehr, nach der Gewährung formaler Rechte an die Frauen, zu ihrer Erhaltung, zu ihrem Ausbau nichts mehr zu tun übrig bliebe. Viel zu wenige sind noch bereit, selber an die nächstliegenden Reformen mit Hand anzulegen, ihre mehr oder weniger begründete Kritik hinter die nächstliegende Tat des Alltags, ihr eigenes Ich hinter das Ganze zu stellen. Es will uns scheinen, daß nicht wenige scharfe Kritiker blind sind für die Fülle der Arbeit, die andere leisten und die, rings um sie aufgehäuft, nach Erledigung drängt. Sehen wir nur das den meisten Frauen nächstliegende Gebiet an, in das uns die mißverstandene Parole: „Die Frau gehört ins Haus," ausschließlich verbannen wollte. Wie vielen Frauen ist es bisher klar, welche riesigen staatsbürgerlichen Aufgaben ihnen aus dem hauswirtschaftlichen Bereich, als Frau und Mutter einerseits und als Staatsbürgerinnen andererseits, erwachsen? Diese Aufgaben liegen dort allerdings in einem sehr anderen Sinne als jene Parole sie uns glauben machen wollte. Oder gibt es Fragen, die dringender der Erledigung unter Zuhilfenahme der sachverständigen Mitarbeit der Frauen bedürfen, als z. B. die Wohnungsfrage, als die zweckmäßige Gestaltung des Hauses und des Haushalts, als die Aufgabe, die Frau und Mutter von der Herrschaft des Objekts in der Hauswirtschaft zu befreien, um ihre körperlichen und seelischen Kräfte einsetzen zu können für den besseren Teil ihrer hausmütterlichen Pflichten: für die Pflege der Familie für die Erziehung der Kinder? Die politische Verantwortung der Frau beginnt bereits im engsten Familienkreise, in der Gestaltung des Hauses, in der Erziehung der Kinder zu Bürgern des Staates, zu arbeitsbereiten, arbeitsfreudigen, arbeitsfähigen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft, zu körperlich, geistig, sittlich gesunden Menschen. So ist Artikel 109 der Reichsverfassung zu verstehen, der Männern und Frauen „grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten" gewährt und auferlegt. Wie groß die politische Bedeutung des sogenannten „natürlichen" Berufs der Frauen ist, wird ohne weiteres klar, wenn man z. B. an

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0383

den Einfluß denkt, der durch die häusliche Erziehung der künftigen Generation, durch die Beeinflussung ihres Geistes gegenüber Fragen wie der Völkerverständigung ausgeübt wird. Es ist ein wahres und verantwortungsschweres Wort; „Kriege werden in der Kinderstube vorbereitet". Durch den Geist, der den Kindern dort eingeimpft wird, werden aber ebenso gut die friedlichen Waffen des Geistes, der Wissenschaft, der Technik, der körperlichen und seelischen Widerstandskraft geschmiedet, mit denen das junge Deutschland den Kampf im friedlichen Wettbewerb aufnehmen und bestehen soll. Dort wird nicht nur über Krieg und Frieden unter den Völkern mitentschieden, sondern auch über die duldende Verständigung unter den eigenen Volksgenossen, zwischen den Ständen, Klassen und Rassen. Frauen müssen begreifen lernen, daß die Fragen der Außenpolitik, der Völkerverständigung, die Fragen der sozialen Gesetzgebung Angelegenheiten sind, die im engsten Zusammenhang mit ihrem hausmütterlichen Berufe stehen. Wer seine erzieherischen häuslichen Aufgaben aus eigenem Willen einengt und mißversteht, der darf sich nicht wundern, wenn das öffentliche Schul- und Erziehungswesen, die Berufsausbildung, wenn Fürsorge- und Wohlfahrtspflege seine berechtigten Ansprüche überhören, wenn Verwaltungen und Parlamente dem wichtigsten aller Frauenberufe keine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Frauen, die sich selber von der Mitbestimmung in der Politik schon in ihren eigenen vier Wänden ausschließen, dürfen sich auch nicht wundern, wenn eines Tages Haus und Familie, ihr eigenes Land und die ganze Nation von neuem in die furchtbarsten kriegerischen Verstrickungen zwischen den Nationen gerissen werden. Zu spät werden diese Frauen, die nicht erkannt haben, daß Haus und Familie, Kinder, Kleider und Küche politische Angelegenheiten sind, trauernd vor dem Unheil stehen, dem vorzubeugen sie in politischer Gleichgültigkeit die Zeit versäumt haben. Frauen müssen sich Rechenschaft darüber ablegen, daß ihr Haus, ihre Familie, ihr persönlichstes Arbeitsfeld, mit seiner ganzen Existenz von der Existenz des Staates, von seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kraft bedingt und abhängig ist, daß der ganze Inhalt ihres Frauenlebens in unlöslichem Zusammenhang mit dem politischen Schicksal der Nation, mit der geographischen und wirtschaftlichen Lage des Landes verbunden ist.

Bisher sind es immer nur verhältnismäßig wenige Frauen, — meist durch ihren Beruf an dieser oder jener Einzelfrage mehr oder weniger interessiert —, die zu den politischen Problemen und der Gestaltung von Gesetzen Stellung nehmen. Viele sehen z. B. die Zusammenhänge nicht bei der Vorbereitung eines so bedeutsamen Gesetzes, das für Jahrzehnte auf das tiefste das Leben eines ganzen Volkes berührt, wie es der Entwurf eines neuen Reichsstrafgesetzbuches ist, und gehen vorüber an den Fragen der strafrechtlichen Behandlung der Roheitsdelikte, der Kindermißhandlung, der Sittlichkeitsverbrechen, der Trunksucht usw.

Noch unbegreiflicher ist es, wie wenige Frauen ihr Augenmerk auf das wirtschaftspolitische Gebiet richten, obschon ihre hauswirtschaftliche Tätigkeit im höchsten Maße durch die Gestaltung der Handels- und Zollpolitik beeinflußt wird, obschon Hunderttausende deutscher Familien unter einer Wohnungsnot leiden, deren Umfang größte Gefahren in politischer, hygienischer, sittlicher und kultureller Beziehung in sich birgt, obschon Millionen Frauen, ledige und verheiratete, als Arbeiterinnen und Angestellte in dem Wirt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0384

schaftsprozeß verflochten sind, obschon alle Frauen auch als Konsumentinnen die Leidtragenden sind für jeden Fehler, der gemacht wird, für jede Störung, die der Wirtschaft ersteht. Nachdem einige Frauen sich mit besonderem Interesse den Wirtschaftsfragen zuwenden, ist es nach längeren Bemühungen gelungen, daß nach und nach breitere Frauenkreise beginnen, die Forderungen dieser Frauen nach tatkräftiger Förderung auch des hauswirtschaftlichen Teiles der Volkswirtschaft durch den Staat zu unterstützen. Auf diesen Bemühungen beruht z. B. die umfassende Inangriffnahme des Problems der Rationalisierung des hauswirtschaftlichen Betriebes und der Umgestaltung des Bau- und Wohnungswesens in erster Linie nach den praktischen Bedürfnissen, denen die Wohnungen genügen sollen, sowie die zunehmende Anteilnahme der deutschen Frauen auch an den Fragen der internationalen Wirtschaftsverständigung, von der die Prosperität der deutschen Wirtschaft in so hohem Maße abhängig ist.

Je länger die Frauen im politischen Leben stehen und an der Verantwortung für Gegenwart und Zukunft der deutschen Nation in all ihren Lebensbedingungen beteiligt sind, um so mehr zeigt es sich, daß sie sich keineswegs — wie man wohl anfänglich glauben konnte und wie manche, die der politischen Mitarbeit der Frau nicht wohlgesonnen sind, es heute noch hoffen — allein auf die wohlfahrtspflegerischen und sozialen Gebiete beschränken. Diese Beschränkung ist ohne sachlichen Schaden auch gar nicht möglich, da auch jene Fragen nur im großen Zusammenhange in Angriff genommen und gelöst werden können, da die Möglichkeiten sozialen Fortschritts untrennbar mit dem Gesamtkomplex allgemein wirtschaftlicher und allgemein politischer Fragen verbunden sind, was sich mit aller Deutlichkeit schon bei der Behandlung der für sie vorhandenen finanziellen Voraussetzung im Rahmen des gesamten Etats zeigt. Allein die Etatsberatungen zwingen also einen jeden — auch die Frauen — dazu, für die Behandlung seines speziellen Gebietes die allgemeinen großen Zusammenhänge nicht außer acht zu lassen und zu anderen Fragen Stellung zu nehmen, die scheinbar weitab von seiner besonderen Aufgabe liegen, dies aber entscheidend mit beeinflussen. Oder glaubt jemand, sozialpolitische Probleme, wohlfahrtspflegerische Aufgaben lösen zu können, ohne dafür die finanziellen Voraussetzungen oft bis in ihre internationalen Zusammenhänge hinein beachten und prüfen zu müssen?

Nicht nur für die aktiv an der Politik Teilnehmenden bedarf es zur Bewältigung der mannigfaltigen und verantwortlichen Aufgaben ernster Arbeit und intensiver Vorbereitung, sondern es ist dringend erforderlich, daß auch alle anderen, die nicht unmittelbar im politischen Leben stehen, einen Teil ihrer Zeit und ihrer Gedanken ihren staatsbürgerlichen Verpflichtungen zuwenden und wenigstens den Versuch machen, statt gleichgültig oder gar ablehnend beiseite zu stehen, mit Hand anzulegen, um Mißgriffen vorzubeugen, Mißstände zu beseitigen und menschliche Not zu lindern. Wenn jemand einen natürlichen Beruf zur Politik hat, so müßten es die Frauen sein, denn — Politik ist eine menschliche Angelegenheit. Der einzelne Mensch so gut wie die vielen als Volk sind Inhalt und Aufgabe der Politik. Das menschliche Schicksal des Nächsten und Fernsten, das nationale Schicksal aller, ist in die Hand derer gegeben, die als politisch Mündige — sei es aktiv oder passiv — an der politischen Gestaltung mitzuwirken berechtigt und verpflichtet sind. Nicht Dinge sind zu beherrschen oder — anzubeten, sondern lebendiges

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0385

Leben ist zu gestalten; nicht Sachen, sondern Menschen und Seelen sind uns letztlich anvertraut. Es gilt — wer von uns Frauen fühlte das nicht in der Politik auch! — einen Kampf gegen die Gedankenlosigkeit des Herzens. Diesem menschlichen Inhalt gegenüber dem erdrückenden Gewicht der toten Materie in der Politik Geltung zu verschaffen, ist die wesentliche Aufgabe der Frauen in der Politik. Dazu gehört ein außerordentliches Maß mutiger, planvoller und zielsicherer Arbeit, um den Menschen, um das Leben aus der Umklammerung von Mechanik und Technik, von Apparat und Maschine zu reißen, aus all den unwahren Verstrickungen von Partei- und Interessentenpolitik. Der Erfolg unserer Arbeit wird davon abhängen, ob die Frauen ihre Sonderaufgabe in den Parteien und Parlamenten erkennen und es verstehen werden, sie festzuhalten und auszubauen in gemeinsamer Front; ob sie der Gefahr zu begegnen wissen, sich nicht in jenen blut- und lebensleeren Bannkreis hineinreißen zu lassen.

Wo diese Erkenntnis und dieser Zusammenhang vorhanden war, sind sie jedesmal einen merkbaren Schritt vorwärts gekommen; wo sie sich auf die Hilfe und die einzulösenden Versprechungen anderer verließen, sind sie nur zu oft enttäuscht worden. Alle noch vorhandenen Widerstände überwindet der Stimmzettel als solcher allein nicht, es kommt auf den eisernen Willen an, der sich seiner als Mittel zu bedienen weiß. Unsere Aufgabe liegt nicht darin, als hurrarufende Mitläufer hinter den Parteifahnen herzurennen und den eitel beglückten Zuschauer abzugeben, sondern es liegt uns ob, aus eigener Kraft und aus unserem eigenen Wesen den Parteien und der Politik eine Gestalt zu geben, in der der Mensch das Maß aller Dinge ist. Hier begegnen sich Inhalt und Ziel der Frauenbewegung mit unserer Aufgabe in der Politik: Dienst am Einzelnen — Dienst an der Nation! So ist auch heute noch ein wesentlicher Teil unserer politischen Aufgabe: Frauenbewegung!

*

Büchertisch

Ilse Reicke: Das größere Erbarmen. Eigenbrödler-Verlag, Berlin. 257 S. Leinen Pr. 6 RM.

Den schwersten Kampf der Frau zeichnet Ilse Reicke in ihrem neuen Roman. Seit Jahren gehen im Reichstag die Stimmen für und wider den § 218, ringen viel Männer und wenig Frauen um eine Frage, deren Lösung unser ganzes Volk angeht. Mit tiefem Ernst und feinem weiblichen Gefühl zeigt Ilse Reicke an lebenswahren Beispielen, wie es sich auswirkt, daß die Frage des Mutterschutzes noch immer keine befriedigende Lösung gefunden hat. Tausende von Frauen verfallen Jahr für Jahr dem schwersten Siechtum und sterben infolge unsachgemäßer Behandlung. Geburtenregelung ist eine kulturelle Forderung, die alle Frauen und Männer stellen sollten. Wieviel könnte geholfen werden, wenn wir bessern wollten und nicht verachten, wenn wir helfen wollten und nicht verurteilen. Niemand kann die tatsächlichen Wirkungen des § 218 gewollt haben. Ungesundes Wirtschaftsleben und soziale Not zwingen uns alle, uns von Vorurteilen loszulösen und einen Weg der Besserung zu suchen. Aufklärung in alle Reihen des Volkes zu tragen, ist Ilse Reickes erste Forderung.

Verantwortlich: Dr. Reinold Ißberner, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.
Druck: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633430 1929-19/fragment/page=0386

Yb 2723

Zeitung

ULB Halle
3
004 355 040

Wilh. Felger
Buchbinderei
Halle a. S., Gr. Nicolaistr. 6

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-16763343019 29-19/fragment/page=0387

DER

DEMOKRAT

Organ der Deutschen Demokratischen Partei

10. Jahrgang Berlin, 15. Juni 1929 Nummer 11/12

Reichsparteitag 4.—6. Oktober

In einer Sitzung des Vorstandes der D. D. P. am 3. Juni wurde unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Erkelenz beschlossen, daß der diesjährige Reichsparteitag zu Beginn des Oktober in Heidelberg stattfinden soll, und zwar wird auf dem Reichsparteitag über das demokratische Wirtschaftsprogramm Stolper, Berlin, berichten. arteivorsitzende litik wird der urde weiter be- arationsproblem spolitik erörtert agen behandelt



Demokraten

teivorstand ver- mit dem kom- atischen Partei ommunal-Wahl- dient vor allen en Kommunal-,

erfranken)

mmerarbeit der Thema „D a s Das einleitende sminister a. D. n“ sprechen und andsdeutschtum rer der Partei, in Südeuropa der bekannte tum im Osten“ an der Sommer- Reichsgeschäfts- en.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334301929-19/fragment/page=0389